



Kanton Zürich  
Regierungsrat

# Geschäftsbericht 2017

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei



Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:

Teil I: Regierungsrat

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei (vorliegend)

Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer  
Form auf folgender Internetseite abrufbar:  
[www.gb.zh.ch](http://www.gb.zh.ch)



# Inhaltsverzeichnis

<b>01 Staatskanzlei</b>	<b>1</b>
Überblick	2
Legislaturziele	3
Finanzierung	4
Personal- und Lohnstatistik	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Leistungsgruppen	5
<b>02 Direktion der Justiz und des Innern</b>	<b>9</b>
Überblick	10
Legislaturziele	12
Finanzierung	14
Personal- und Lohnstatistik	14
Parlamentarische Vorstösse	15
Leistungsgruppen	16
<b>03 Sicherheitsdirektion</b>	<b>57</b>
Überblick	58
Legislaturziele	59
Finanzierung	61
Personal- und Lohnstatistik	61
Parlamentarische Vorstösse	62
Leistungsgruppen	63
<b>04 Finanzdirektion</b>	<b>85</b>
Überblick	86
Legislaturziele	88
Finanzierung	90
Personal- und Lohnstatistik	91
Parlamentarische Vorstösse	92
Leistungsgruppen	93
<b>05 Volkswirtschaftsdirektion</b>	<b>119</b>
Überblick	120
Legislaturziele	121
Finanzierung	123
Personal- und Lohnstatistik	123
Parlamentarische Vorstösse	124
Leistungsgruppen	125
<b>06 Gesundheitsdirektion</b>	<b>139</b>
Überblick	140
Legislaturziele	142
Finanzierung	143
Personal- und Lohnstatistik	143
Parlamentarische Vorstösse	144
Leistungsgruppen	145
<b>07 Bildungsdirektion</b>	<b>165</b>
Überblick	166
Legislaturziele	167
Finanzierung	170
Personal- und Lohnstatistik	171
Parlamentarische Vorstösse	172
Leistungsgruppen	173
<b>08 Baudirektion</b>	<b>205</b>
Überblick	206
Legislaturziele	208
Finanzierung	210
Personal- und Lohnstatistik	211

Parlamentarische Vorstösse	211
Leistungsgruppen	213
<b>Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat</b>	<b>243</b>
Abrechnung Budgetkredite	243
Rücklagen und Gewinnverwendung	249
<b>Anhang</b>	<b>251</b>
Behörden	253
Rechtspflege	260
Zu konsolidierende Anstalten	281
Nicht konsolidierte Organisationen	314
Kreditübertragungen	316
Bewilligte Kreditüberschreitungen	320

# 01

## Staatskanzlei

<b>Überblick</b>	<b>2</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>3</b>
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	3
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	3
<b>Finanzierung</b>	<b>4</b>
Übersicht	4
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	4
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	4
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>4</b>
Beschäftigungsumfang	4
Lohnaufwand	4
Anstellungsverhältnisse	4
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>4</b>
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	4
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>5</b>
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	5

# Überblick

Die Staatskanzlei erbringt Leistungen, die für das reibungslose Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde sorgen. Sie berät und unterstützt den Regierungsrat und wirkt für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend sowie unterstützend.

## **Strategie «Digitale Verwaltung»**

Die Staatskanzlei hat das Projekt «Digitale Verwaltung» (RRB Nr. 1183/2016) unter Einbezug der Direktionen vorangetrieben. Sie hat im Auftrag des Regierungsrates (RRB Nr. 157/2017) im Frühjahr eine Umfrage auf Amtsstufe durchgeführt, bei welcher der derzeitige Digitalisierungsstand, Einschätzungen zum Potenzial der Digitalisierung sowie Projektideen und konkrete Vorhaben erhoben wurden. Auf Grundlage der Umfrageergebnisse hat sie einen Entwurf des Strategiepapiers und eines Umsetzungsplans erstellt.

## **Direktionsübergreifender elektronischer Geschäftsverkehr**

Ein wichtiger Meilenstein für die verwaltungsinterne Digitalisierung wurde mit der Einführung der elektronischen Abwicklung von Mitberichtsverfahren, besonderen Stellungnahmen und Antragsbereinigungen sowie der dazu notwendigen Anpassung der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR) erreicht (RRB Nr. 738/2017). Das Projekt KP04 konnte damit abgeschlossen werden.

## **Neues IBK-Leitbild und strategische Schwerpunkte der IBK 2018–2022 beschlossen**

Ende des Berichtsjahres hat die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) ihr neues Leitbild und die strategischen Schwerpunkte für die Jahre 2018–2022 beschlossen. Die Staatskanzlei hat diesen Strategieprozess im Berichtsjahr eng begleitet und massgeblich geprägt. Der Prozess war während des IBK-Vorsitzes des Kantons Zürich 2016 aufgegleist worden. Zudem war der Kanton im für den Strategieprozess eingesetzten Ausschuss («Begleitgruppe») vertreten.

## **Leitlinien Regierungskommunikation überarbeitet**

Mit den Leitlinien Regierungskommunikation regelt der Regierungsrat seine Öffentlichkeitsarbeit und trägt dabei den Entwicklungen der elektronischen Kommunikation Rechnung. Er legt die Grundsätze und Ziele seiner Information und Kommunikation fest. Die Leitlinien wurden von der Staatskanzlei umfassend überarbeitet. So ist unter anderem neu der Grundsatz «digital vor Print» verankert.

## **Neuer Imagefilm des Kantons**

Die Staatskanzlei hat erstmals einen Imagefilm über den Kanton Zürich produzieren lassen. Darin stellt sich der Kanton aus der Perspektive eines Ich-Erzählers gleich selber vor. Der Film weckt mit seinen emotionalen Bildern Sympathien. Auf Zahlen, Statistiken und Grafiken wurde bewusst verzichtet. Vermittelt wird stattdessen die hohe Lebensqualität, zu der – neben der Politik – die vielen fleissigen, kreativen und innovativen Menschen beitragen. Der Imagefilm wurde in Hochdeutsch, Zürcher Dialekt, Englisch, Französisch und Italienisch vertont ([www.zh.ch/imagefilm](http://www.zh.ch/imagefilm)).

## **Aufbau von Open Government Data abgeschlossen**

Offene Verwaltungsdaten (Open Government Data, OGD) sind jene Datenbestände des öffentlichen Sektors, die von Staat und Verwaltung im Interesse der Allgemeinheit zur freien Nutzung, Weiterverbreitung und freien Weiterverwendung zugänglich gemacht werden. Die Ergebnisse aus der Aufbauphase der Open Government Data im Kanton Zürich (RRB Nr. 1252/2014) wurden ausgewertet und Massnahmen für die weitere Entwicklung abgeleitet. Der Regierungsrat hat den entsprechenden Abschlussbericht zur Kenntnis genommen (RRB Nr. 776/2017) und die Direktion der Justiz und des Innern beauftragt, eine zentrale Fach- und Koordinationsstelle für Open Government Data zu schaffen sowie die Erarbeitung von Rechtsgrundlagen für OGD zu prüfen.

## **Neue Angebote auf ZHservices eingeführt**

Die Transaktionsplattform ZHservices stellt E-Government-Leistungen des Kantons Zürich zur Verfügung. Ziel von ZHservices ist es, der Bevölkerung und den Unternehmen die Verwaltungsdienstleistungen interaktiv über einen gesicherten elektronischen Kanal zugänglich zu machen. Mit StipOn (Online-Stipendiengesuche) des Amtes für Jugend und Berufsberatung und dem neuen Lehrbetriebsportal des Mittelschul- und Berufsbildungsamts der Bildungsdirektion sind im Berichtsjahr zwei neue Angebote auf ZHservices umgesetzt bzw. eingeführt worden.

## **Projekt zur Erneuerung des kantonalen Internetauftritts gestartet**

Die Staatskanzlei hat im Berichtsjahr das Projekt ZHweb 2019 initiiert, das zum Ziel hat, den Internetauftritt [www.zh.ch](http://www.zh.ch) und auch die Webinfrastruktur auf einen zeitgemässen und bedürfnisgerechten Stand zu bringen.

## **Gastkanton Zürich an der Zuger Messe vom 21. bis 29. Oktober**

Mit der Sonderschau «Zürichs Wasserwelten» entführte der Kanton Zürich die rund 80000 Besucherinnen und Besucher in eine unterhaltsame Wasserwelt für die ganze Familie. Der Auftritt als Gastkanton wurde dazu genutzt, die Vielfalt des Kantons über das Thema Wasser näherzubringen. Regierungspräsident Markus Kägi, der als Baudirektor auch die Wasserwirtschaft verantwortet, eröffnete den Gastauftritt am 21. Oktober auf dem Zuger Messegelände.

## **AgroVet-Strickhof und Jubiläumsfeier 100 Jahre Proporzwahlrecht**

AgroVet-Strickhof, die Kooperation von ETH Zürich, Universität Zürich und Kanton Zürich im Bereich der Nutztierwissenschaften, wurde nach zehnjähriger Planung und zweijähriger Bauzeit eröffnet. In enger Zusammenarbeit mit den genannten Hochschulen und der Baudirektion organisierte die Staatskanzlei die offizielle Eröffnungsveranstaltung am 1. September im Strickhof in Eschikon, Lindau.

Am 7. Juli feierte der Kanton Zürich den demokratiepolitischen Meilenstein «100 Jahre Proporzwahlrecht». Die Veranstaltung unter Federführung der Parlamentsdienste des Kantonsrates wurde in enger Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der Geschäftsleitung des Kantonsrates, der Direktion der Justiz und des Innern sowie der Staatskanzlei geplant und durchgeführt.

# Legislaturziele

## Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### **RRZ 9.1 Die Steuerbarkeit von Budget und Finanzplanung ist erhalten.**

RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen

1000 2017

## Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### **RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.**

RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden

1000 2019

RRZ 10.1b Regierungsratsgeschäfte und Mitberichtsverfahren medienbruchfrei abwickeln

1000 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

1000 2019

RRZ 10.1e Organisatorische Grundlagen für die verwaltungsweite elektronische Geschäftsabwicklung schaffen und formell regeln

1000 2019

### **RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.**

RRZ 10.2a Ein bedarfsgerechtes Angebot an offenen Behördendaten bereitstellen (Open Government Data) gemäss OGD-Strategie Schweiz

1000 2019

### **RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.**

RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken

1000 2019

# Finanzierung

## Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.4	2.1	<b>2.0</b>	-0.0	-1.6
Aufwand	-19.9	-19.9	<b>-18.5</b>	1.3	6.7
Saldo	-17.5	-17.8	<b>-16.5</b>	1.3	7.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.3		0.3	100.0
- Kreditübertragungen aus 2016					
Saldo		-0.3		0.3	100.0

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
1.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.5	1000	- Minderkosten für Projekte im Bereich E-Government
0.3	1000	- Keine Bundespräsidenten- oder Nationalratspräsidentenfeier
0.2	1000	- Personalaufwand tiefer infolge Nichtbesetzung von Stellen
0.1	1000	- Minderkosten für Projekte im Bereich Regierungcontrolling
0.1	1000	- Projekt ZHlex noch nicht gestartet
0.1	1000	- Minderkosten für die Herausgabe des Amtsblattes
-0.0		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	<b>R17</b>	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	<b>0.0</b>			
- Investitionen E-Government-Projekte	<b>0.0</b>	0.3	0.0	0.3
- Übrige	<b>0.0</b>			

# Personal- und Lohnstatistik

## Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	56.9	55.7	<b>53.7</b>	-2.0	-3.6

## Lohnaufwand (Fr. 1000)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Total	9547	9350	<b>9102</b>	-248	-2.7

## Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2017)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
Total	60	20	40	41	19

# Parlamentarische Vorstösse

## Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
15/2017	Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung (Postulat Beat Habegger, Zürich, Martin Arnold, Oberrieden, und Katharina Kull-Benz, Zollikon)	08.05.2017



# 1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Zu den Hauptereignissen der Staatskanzlei vgl. Kapitel Überblick.

## Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Organisation von Anlässen).
- A2 Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen optimal unterstützen.
- A3 Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG).
- A4 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst).
- A5 Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates.

## Bemerkungen

- A2 Im Rahmen einer kleineren Reorganisation hat die Koordinationsstelle Aussenbeziehungen von der Volkswirtschaftsdi- rektion die Zusammenarbeit mit dem Europa Institut an der Universität Zürich (EIZ) sowie die Beobachterrolle des Kan- tons in der grenzüberschreitenden Hochrheinkommission (HRK) übernommen. Mit dieser Verschiebung wurde der Grundsatz der zentralen Betreuung der Aussenbeziehungs-Dossiers von direktionsübergreifender Bedeutung durch die Staatskanzlei fortgesetzt.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbe- schlüsse	A1	1271	1200	<b>1248</b>	48	4.0
L2 Anzahl vorbereitete Rekurse (Zielwert)	A1	66	50	<b>21</b>	-29	-58.0
L3 Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (Ziel- wert)	A1	15	14	<b>13</b>	-1	-7.1
L4 Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Einga- ben an den Regierungsrat und Petitionen	A1	2146	2200	<b>1398</b>	-802	-36.5
L5 Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kom- missionsmitglieder in den Eidg. Räten	A2	66	60	<b>40</b>	-20	-33.3
L6 Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe	A1	261	240	<b>251</b>	11	4.6
L7 Anzahl Medienkonferenzen (Zielwert)	A3	55	60	<b>81</b>	21	35.0
L8 Anzahl Medienmitteilungen	A3	314	300	<b>380</b>	80	26.7
L9 Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5	A3	18459	18000	<b>20110</b>	2110	11.7
L10 Anzahl geleitete direktionsübergreifende Koordinations- gremien (Zielwert)	A4	6	7	<b>8</b>	1	14.3
L11 Anzahl koordinierte E-Government-Projekte (Zielwert)	A4	27	26	<b>26</b>	0	0.0
L12 Anzahl auf ZHservices bereitgestellter E-Government- Angebote	A4	18	20	<b>20</b>	0	0.0
L13 Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern/extern)	A4	7632020	7900000	<b>7779391</b>	-120609	-1.5
L18 Anzahl bearbeitete Gesuche um Herausgabe von Regierungsratsbeschlüssen	A3		200	<b>159</b>	-41	-20.5
W1 Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet)	A3	114000	120000	<b>115000</b>	-5000	-4.2
W2 Anzahl auf ZHservices abgewickelter Transaktionen	A4	221926	200000	<b>252014</b>	52014	26.0

## Bemerkungen

- L4 Die Erfassungsmethode wurde mit der Einführung der neuen elektronischen Geschäftsverarbeitung geändert. Es wer- den nur neu eröffnete Geschäfte in der Zählweise erfasst.
- L5 Der Leistungsindikator ist in Abhängigkeit der behandelten Geschäfte in den Kommissionen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	Stand	bis
<p><b>RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen</b></p> <p>Basierend auf den Ersteingaben zum KEF 2018–2021 wurde festgestellt, dass die Globalbudgets der Leistungsgruppen des Kantons nicht ausreichend mit der Entwicklung von Leistungsmengen und Aufwendungen pro Leistungseinheit begründet sind. Der Regierungsrat bekräftigte mit Beschluss Nr. 544/2017 seine Forderung nach mehr Kostentransparenz in der Leistungserbringung. Die Abteilung Regierungscontrolling unterstützt die Direktionen und Ämter bei der Umsetzung des Beschlusses auf den KEF 2019–2022 hin.</p>	Planmässig	2017
<p><b>RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden</b></p> <p>Nach den konzeptionellen Vorarbeiten im Jahr 2016 wurden weitere Abklärungen und Konzeptarbeiten zur Übereinstimmung von Leistungsgruppenstruktur, funktionaler Gliederung und Sachplanung durchgeführt.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 10.1b Regierungsratsgeschäfte und Mitberichtsverfahren medienbruchfrei abwickeln</b></p> <p>Im Rahmen der Weiterführung des Projekts KP04 wurden Grundlagen geschaffen, um nebst den Regierungsratsgeschäften auch weitere Geschäftsfälle elektronisch abwickeln zu können. Seit Oktober des Berichtsjahrs werden Mitberichtsverfahren, besondere Stellungnahmen und Antragsbereinigungen elektronisch abgewickelt.</p>	Abgeschlossen	2019
<p><b>RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen</b></p> <p>Im Berichtsjahr wurden die Berichterstattungen 2016 der wesentlichen Beteiligungen auf ihre Konformität mit den PCG-Richtlinien geprüft. Zudem wurde der Stand bei den Eigentümerstrategien untersucht. Der Handlungsbedarf wurde dem Regierungsrat in einer Gesamtübersicht unterbreitet.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 10.1e Organisatorische Grundlagen für die verwaltungsweite elektronische Geschäftsabwicklung schaffen und formell regeln</b></p> <p>Ebenfalls im Rahmen des Projektes KP04 wurden die für die Massnahme RRZ 10.1b notwendigen Regelungen in der VOG RR mit RRB Nr. 738/2017 beschlossen. Die Inkrafttretung erfolgte per 1. November des Berichtsjahrs.</p>	Abgeschlossen	2019
<p><b>RRZ 10.2a Ein bedarfsgerechtes Angebot an offenen Behördendaten bereitstellen (Open Government Data) gemäss OGD-Strategie Schweiz</b></p> <p>Die Aufbauphase konnte abgeschlossen werden. Der Auftrag für die Weiterführung bzw. Weiterentwicklung von OGD wurde mit RRB Nr. 776/2017 an die Direktion der Justiz und des Innern übergeben.</p>	Abgeschlossen	2019
<p><b>RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken</b></p> <p>Die Mitglieder der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich haben sich für die Stärkung der Eigenständigkeit der Regierungskonferenz ausgesprochen. Die Umsetzung ist an die Hand genommen worden.</p>	Planmässig	2019
<p><b>1000 10a Die Interessenvertretung bei Bundesgeschäften verbessern durch Weiterentwicklung des zentralen Monitorings sowie der Koordination in der parlamentarischen Phase.</b></p> <p>Die Staatskanzlei beteiligt sich im Verbund mit zahlreichen weiteren Kantonen sowie interkantonalen Konferenzen an einer neuen Monitoring-Datenbank für Bundesvorlagen, welche die Interessen der Kantone tangieren.</p>	Planmässig	2019
<p><b>1000 10b Die Kenntnisse über Instrumente und Abläufe der Interessenvertretung innerhalb der Verwaltung stärken, insbesondere durch Veranstaltungen.</b></p> <p>Das Kontaktnetz und die Zusammenarbeit mit den Direktionen im Bereich Interessenvertretung wurden intensiviert. Nach einer erfolgreich durchgeführten internen Veranstaltung zur Interessenvertretung 2015 sind Konzept und Periodizität von Folgeveranstaltungen in Prüfung.</p>	Planmässig	2019
<p><b>1000 10c Fähigkeiten der Verwaltung für die digitale Transformation entwickeln, indem die organisatorischen und technischen Grundlagen für die verwaltungsweite elektronische Geschäftsabwicklung geschaffen und formell geregelt werden.</b></p> <p>Das Projekt «Digitale Verwaltung» (RRB Nr. 1183/2016) hat sich aufgrund der Komplexität und der Anzahl verschiedener Anspruchsgruppen verzögert. Die Strategie, der Umsetzungsplan sowie ein Organisationskonzept liegen als Entwürfe vor. Der Beschluss des Regierungsrates ist für die erste Jahreshälfte 2018 vorgesehen.</p>	Verzögert	2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	56.9	55.7	<b>53.7</b>	-2.0	-3.6

Bemerkungen R17 zu B17

- 0.8 Eine Teilzeitstelle im Bereich E-Government wurde noch nicht besetzt.
- 0.6 Eine Teilzeitstelle im Bereich Kommunikation ist vakant.
- 0.6 Eine Teilzeitstelle im Bereich Publikationen wird vorläufig nicht besetzt.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.4	2.1	<b>2.0</b>	-0.0	-1.6
Aufwand	-19.9	-19.9	<b>-18.5</b>	1.3	6.7
Saldo	-17.5	-17.8	<b>-16.5</b>	1.3	7.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.3		0.3	100.0
Saldo		-0.3		0.3	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.5	A4	- Minderkosten für Projekte im Bereich E-Government
0.3	A1	- Keine Bundespräsidenten- oder Nationratspräsidentenfeier
0.2	A4	- Personalaufwand tiefer infolge Nichtbesetzung von Stellen
0.1	A4	- Minderkosten für Projekte im Bereich Regierungscontrolling
0.1	A4	- Projekt ZHlex noch nicht gestartet
0.1	A4	- Minderkosten für die Herausgabe des Amtsblattes
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	<b>0.0</b>	0.3	
- Investitionen E-Government-Projekte	-0.3	<b>0.0</b>	0.3	- Es wurden keine Investitions-Projekte im Bereich E-Government getätigt.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
407048	29087	<b>0</b>	377961	-29087

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden für Anlässe mit Mitarbeitenden verwendet.



# 02

## Direktion der Justiz und des Innern

<b>Überblick</b>	<b>10</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>12</b>
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	12
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	12
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	12
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	12
<b>Finanzierung</b>	<b>14</b>
Übersicht	14
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	14
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	14
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>14</b>
Beschäftigungsumfang	14
Lohnaufwand	14
Anstellungsverhältnisse	15
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>15</b>
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	15
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	15
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>16</b>
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	16
2204 Strafverfolgung Erwachsene	19
2205 Jugendstrafrechtspflege	22
2206 Amt für Justizvollzug	25
2207 Gemeindeamt	29
2216 Kantonaler Finanzausgleich	32
2217 Abwicklung Investitionsfonds	34
2221 Handelsregisteramt	35
2223 Statistisches Amt	37
2224 Staatsarchiv	39
2232 Fachstelle Opferhilfe	42
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	44
2234 Fachstelle Kultur	46
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	48
2251 Bezirksräte	51
2261 Statthalterämter	53
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	55

# Überblick

Zu den Kernaufgaben der Direktion gehören die Strafverfolgung und der Vollzug von Strafen und Massnahmen. In diesen Bereichen sind viele Mitarbeitende tätig. Dazu kommen weitere Aufgaben wie die Beziehungen zu Gemeinden und Religionsgemeinschaften, Kulturförderung, Archivwesen, Statistik, Gleichstellung und die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. 15 Ämter, Fachstellen und angegliederte Bereiche kümmern sich um diese äusserst vielfältigen Aufgaben.

## **Offen, digital, verletzlich**

Die Verletzlichkeit des Rechtsstaates, die Digitalisierung der Verwaltung und ein Blick in die Startup-Szene: Das waren die drei Themen, mit denen sich die Leitung der Direktion an der Studienreise Ende August in Berlin auseinandersetzte. Berlin hat mehrfach schmerzvoll erfahren, wie rasch aus einem vermeintlich unverrückbaren Rechtsstaat ein Unrechtsstaat werden kann. Zudem ist Berlin gleichzeitig ein Bundesland und kämpft namentlich im Bereich der Digitalisierung mit vergleichbaren Herausforderungen wie der Kanton Zürich. In einem regen Austausch beispielsweise mit der Berliner Staatssekretärin für Informations- und Kommunikationstechnik diskutierte das oberste Kader der Direktion Fragen zur Weiterentwicklung der Verwaltungstätigkeit im E-Zeitalter. Die zwei Tage waren mit einem dichten und abwechslungsreichen Programm eine wertvolle Weiterbildung in einem inspirierenden Umfeld.

## **Neue Regelung Aufsicht Bezirksbehörde**

Die Direktion befasste sich im Berichtsjahr mit der Regelung der Aufsicht über die Bezirksbehörden. Gestützt auf die Vorarbeiten beschloss der Regierungsrat Ende des Berichtsjahres, die Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung zu ändern. Mit der vorgenommenen Änderung stellte er klar, dass die Direktion die Aufsicht über die administrative und organisatorische Führung der Bezirksverwaltung ausübt und der Bezirksverwaltung zu diesem Zweck auch Weisungen erteilen darf. Parallel zu dieser Verordnungsänderung erarbeitete die Direktion ein Aufsichtskonzept über die Bezirksbehörden, das die Schwerpunkte und die Mittel ihrer Aufsichtstätigkeit konkretisieren wird. Die Fertigstellung des Aufsichtskonzepts ist für 2018 geplant.

## **Studie Kirchliche Leistungen**

50 Mio. Franken bekommen die fünf staatlich anerkannten kirchlichen Körperschaften pro Jahr vom Kanton Zürich und leisten damit Jugendarbeit, bieten Sozialberatungen an und betreiben Jobbörsen. Dies und vieles mehr tun sie im Dienste der gesamten Bevölkerung. Eine von der Direktion an die Universität Zürich in Auftrag gegebene Studie erfasste diese kirchlichen Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Die Studie ergab, dass der Wert der von den Kirchen erbrachten Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung höher ist als die Summe, welche die Kirchen vom Staat bekommen. Die Resultate der Studie wurden an einer Medienkonferenz der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

## **Leitsätze Staat und Religion**

Die Zugehörigkeit zu Glaubensgemeinschaften verändert sich im Kanton Zürich stark und schnell. Einerseits steigt die Zahl der Konfessionslosen stetig, andererseits nimmt die Pluralisierung bei den Religionsgemeinschaften zu. Entsprechend gross ist das Bedürfnis der Gesellschaft, das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften zu diskutieren. Der Regierungsrat hat die von der Direktion erarbeiteten sieben Leitsätze zum Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften verabschiedet. Er legt damit die Grundlage für eine Fortsetzung dieser Diskussion.

## **Risikoforschungs-Tool entwickelt**

Im Berichtsjahr schloss der Psychiatrisch-Psychologische Dienst des Amtes für Justizvollzug eine zehnjährige Forschungsarbeit ab: das entwickelte Risikoforschungs-Tool «Octagon». Es dient zur Beurteilung von potenziell gewalttätigen Extremisten und anderen gewaltbereiten Risikopersonen. Im nächsten Jahr wird das Online-Tool von der Kantonspolizei Zürich getestet. Später sollen auch Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden sowie Schulsozialarbeitende damit einschätzen können, welche Personen wirklich gefährlich sein könnten.

## **Strafen im offenen Regime**

Das Vollzugszentrum Bachtel (VZB) ist für den Justizvollzug im Kanton Zürich von grosser Bedeutung: Es ist die einzige kantonale Institution, in der Straffällige ihre Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen im offenen Regime verbüssen können. Zudem hat das VZB für den Kanton Zürich auch eine wirtschaftliche Komponente, da dort Ersatzfreiheitsstrafen vollzogen werden, wenn Bussen oder Geldstrafen schuldhaft nicht bezahlt wurden. Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat, den Kredit für den Umbau und die Erweiterung des VZB zu bewilligen. Nach der Erweiterung soll im Gegenzug das Gefängnis Meilen geschlossen werden.

## **Aufsicht über die Gemeinden**

Nachdem der Bund die Rechtsgrundlagen für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts vollständig überarbeitet hatte, mussten die kantonalen Bestimmungen an die neuen Vorgaben angepasst werden. Die neue Bürgerrechtsverordnung erlaubt es, Gesuchstellende nach einheitlichen Regeln und objektiven Kriterien zu beurteilen. Die Verordnung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft. Ab diesem Termin werden die Einbürgerungsverfahren in allen Gemeinden des Kantons nach einheitlichen und transparenten Regeln ablaufen. Dies gilt insbesondere für die Wohnsitzdauer und die Anforderungen an die Integration.

### **Aufgabenverteilung im Gemeindegewesen**

Mit dem Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017 berichtete der Regierungsrat dem Kantonsrat bereits zum dritten Mal (nach 2009 und 2013) über den Stand der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden und über den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Der gestalterisch überarbeitete Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht zeigt auf, welche Aufgaben Kanton und Gemeinden gemeinsam erfüllen und wer dabei für die Rechtsetzung, den Vollzug und die Finanzierung zuständig ist. Er informiert zudem über den Stand der Gemeindeautonomie aus Sicht des Kantons und der Gemeinden. Der Bericht von 2017 gibt erstmals Aufschluss über die Erreichung der Ziele des Finanzausgleichs.

### **Thema Integration am Gemeindeforum**

Jacqueline Fehr begrüßte die Teilnehmenden am jährlich stattfindenden Gemeindeforum zum Thema «Integration – eine gemeinsame Aufgabe». Jahr für Jahr gelingt es dem Kanton Zürich, rund 30000 Zuzügerinnen und Zuzüger aus dem Ausland gut in die Gesellschaft zu integrieren. Die Integrationsarbeit im Kanton Zürich ist damit eine Erfolgsgeschichte. Wie sie sich fortschreiben lässt, interessierte 300 Fachleute aus Gemeinden, Bezirken und der kantonalen Verwaltung.

### **Projekt Gemeinden 2030**

Wie muss sich eine Gemeinde entwickeln, damit sie 2030 noch attraktiv ist? Mit dieser und ähnlichen Fragen setzt sich die von der Direktionsvorsteherin neu ins Leben gerufene Plattform «Gemeinden 2030» auseinander. Die Plattform bringt engagierte Akteure der Gemeindepolitik zusammen (Präsidentinnen und Präsidenten der Zürcher Gemeinden sowie Gemeindefachleute und -schreiber). Die Gespräche sollen ergebnisoffen sein. Die Plattform wird von einer Steuerungsgruppe getragen, in der Mitglieder des Leitenden Ausschusses des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich, des Vereins Zürcher Gemeindefachleute und der Direktion der Justiz und des Innern vertreten sind.

### **Komplexe Strukturen in der Zürcher Kulturförderung**

Die Förderung der Kultur ist eine zentrale, in der Verfassung festgeschriebene Aufgabe des Staates. Ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Kulturangebot stärkt die Attraktivität des Kantons als Innovations-, Arbeits- und Wohnort. Damit dieser Innovationsgeist im Kanton weiterhin lebt, ist die Finanzierung der kantonalen Kulturförderung langfristig zu sichern. Die bestehende Finanzierung läuft 2021 aus. Die Studie von Prof. Dr. Kuno Schedler der Universität St. Gallen zeigt auf, wie die Finanzierung in Zukunft gesichert werden kann. Die Analyse verdeutlicht, dass die über die Jahre organisch gewachsene kantonale Kulturförderung heute komplexe Strukturen aufweist. Die Finanzierung der kantonalen Kulturförderung soll vereinfacht und transparent gestaltet werden. Im Vordergrund steht ein Kulturfonds, der aus Lotteriefondsmitteln gespeist wird. Die Direktion lässt die Erkenntnisse aus der Studie zur Kulturfinanzierung in die Vernehmlassung zum neu geplanten Lotterie- und Sportfondsgesetz einfließen.

### **Integration ist Gesellschafts- und Zukunftspolitik**

Seit 2014 wird die Zusammenarbeit in der Integrationspolitik zwischen Bund und Kantonen mit einer Programmvereinbarung verbindlich festgelegt. Als Grundlage dafür dienen Kantonale Integrationsprogramme (KIP), in denen die strategischen Ziele entsprechend den kantonalen Gegebenheiten konkretisiert und festgelegt werden. Das KIP 1 (2014–2017) wird abgelöst durch das KIP 2 für die Jahre 2018 bis 2021. Die Schwerpunkte des KIP 1 sollen beibehalten werden, zudem wird die Integrationsarbeit der Schulen, der Berufsausbildung, des Gesundheitswesens, der Arbeitsmarktbehörden sowie der Sportverbände ergänzt.

### **100 Jahre Proporzwahlrecht**

Die Einführung des Proporzwahlrechts vor hundert Jahren führte im Kantonsrat zu einer repräsentativen Vertretung der politischen Kräfte und sicherte den Minderheiten einen Zugang zum Parlament. Im Rahmen des Festakts in Winterthur fand eine Sitzung des Kantonsrates für ein breites Publikum statt – inklusive einer Kommissionssitzung, die sonst nicht öffentlich ist.

# Legislaturziele

## Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 1.1 Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstum reduziert.</b>		
RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	2205	2019
	2204	2019
RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	2204	2019
<b>RRZ 1.2 Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.</b>		
RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	2204	2019
RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	2204	2019
RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren	2205	2019
	2204	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
<b>Jl 1.1 Der Justizvollzug ist verstärkt auf die Risikoorientierung ausgerichtet.</b>		
Jl 1.1a Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen	2206	2018
<b>Jl 1.2 Die Justizvollzugsinfrastruktur ist erhalten.</b>		
Jl 1.2a Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen	2206	2020
Jl 1.2b Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen	2206	2019
Jl 1.2c Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen	2206	2019

## Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
<b>Jl 3.1 Die Kulturförderung ist vielfältig und finanziell gesichert.</b>		
Jl 3.1a Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen.	2234	2020
Jl 3.1b Ausbau der Filmförderung mit dem Ziel, Zürich als nationales und internationales Zentrum des Filmschaffens zu etablieren.	2234	2020
Jl 3.1c Regionale Strukturen und Kooperationen stärken.	2234	2020
Jl 3.1d Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung.	2234	2020

## Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 5.1 Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.</b>		
RRZ 5.1a Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren	2241	2019
RRZ 5.1b Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen	2241	2019
RRZ 5.1h Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen	2241	2019
RRZ 5.1j Ein Leitbild des Regierungsrates zum Verhältnis von Staat und Religion erarbeiten, um über eine einheitliche und klare Haltung im Umgang mit Glaubensgemeinschaften zu verfügen	2270	2019
<b>RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.</b>		
RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	2241	2019
	2207	2019

## Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.</b>		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	2201	2019



<b>RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.</b>		
RRZ 10.2i	Die kantonale Einwohnerplattform (KEP) entwickeln und betreiben	2207 2018
<b>RRZ 10.4 Die kommunalen Strukturen sind eigenständige und eigenverantwortliche Träger des Service Public.</b>		
RRZ 10.4a	Verordnung zum neuen Gemeindegesetz mit den Einzelheiten zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen ausarbeiten	2207 2017
RRZ 10.4b	HRM2-Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und in allen Gemeinden implementieren	2207 2018
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG bis
<b>JI 10.1 Die Sonderlasten der Gemeinden werden adäquat berücksichtigt.</b>		
JI 10.1a	Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen	2207 2017
<b>JI 10.2 Einführung der digitalen Geschäftsführung.</b>		
JI 10.2a	Einführung eines GEVER im Generalsekretariat	2201 2018
JI 10.2b	Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen	2224 2020
JI 10.2c	Archivierung elektronischer Unterlagen	2224 2020
<b>JI 10.3 Die Rollen im Bereich der Betreuung der Gemeindearchive zwischen Kanton und Gemeinden sind geklärt.</b>		
JI 10.3a	Durchführung Pilotprojekt Gemeindearchive	2224 2018

# Finanzierung

## Übersicht

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	949.5	995.9	<b>984.6</b>	-11.4	-1.1
Aufwand	-1821.4	-1876.2	<b>-1842.3</b>	33.9	1.8
- Kreditübertragungen aus 2016		-2.4			
Saldo	-871.8	-880.3	<b>-857.8</b>	22.5	2.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	4.8	4.6	<b>4.6</b>	0.1	1.7
Ausgaben	-16.3	-55.5	<b>-22.0</b>	33.5	60.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-5.0			
Saldo	-11.4	-50.9	<b>-17.3</b>	33.6	66.0

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
22.5		Abweichungen total R17 zu B17
26.1	2216	- Kantonaler Finanzausgleich, vor allem Übergangsausgleich und individueller Sonderlastenausgleich
3.2		- Tieferer Personalaufwand
1.7	2221, 2261	- Höhere Erträge
-4.6	2206	- Höherer Strafvollzugsaufwand
-5.7	2204	- Geringere Erträge (Beschlagnahmen, Gebühren, Bussen)
1.8		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	<b>R17</b>	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	<b>-17.3</b>			
- Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019)	<b>-3.8</b>	-25.0	-5.8	-19.1
- Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel	<b>-2.1</b>	-5.6	-4.5	-1.1
- Diverse Einzelprojekte, Pöschwies	<b>-4.3</b>	-14.2	-9.3	-4.9
- Diverse Einzelprojekte, Flughafengefängnis	<b>-1.7</b>	-9.8	-4.4	-5.2
- Übrige	<b>-5.4</b>			

# Personal- und Lohnstatistik

## Beschäftigungsumfang

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1651.0	1689.7	<b>1660.0</b>	-29.7	-1.8

## Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	8805	8938	<b>8917</b>	-21	-0.2
2204 Strafverfolgung Erwachsene	44587	45739	<b>44933</b>	-806	-1.8
2205 Jugendstrafrechtspflege	9373	9829	<b>9244</b>	-585	-6.0
2206 Amt für Justizvollzug	88346	90843	<b>89800</b>	-1043	-1.1
2207 Gemeindeamt	6005	6107	<b>5834</b>	-273	-4.5
2216 Kantonaler Finanzausgleich	0	0	<b>0</b>	0	
2217 Abwicklung Investitionsfonds	0	0	<b>0</b>	0	
2221 Handelsregisteramt	5573	5749	<b>5759</b>	10	0.2
2223 Statistisches Amt	3477	3416	<b>3210</b>	-206	-6.0
2224 Staatsarchiv	5042	4687	<b>4975</b>	288	6.1
2232 Fachstelle Opferhilfe	684	688	<b>697</b>	9	1.3
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich			<b>388</b>	-6	-1.5
2234 Fachstelle Kultur	1186	1156	<b>1213</b>	57	4.9
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	1031	996	<b>1033</b>	37	3.7
2251 Bezirksräte	6412	5961	<b>6110</b>	149	2.5
2261 Statthalterämter	7965	7943	<b>7643</b>	-300	-3.8
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	0	0	<b>0</b>	0	
Total	188878	192446	<b>189756</b>		

**Direktion der Justiz und des Innern**  
**Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse**

Bemerkungen

- 2204 Rotationsgewinne, Nichtauszahlung von Dienstaltersgeschenken, Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen sowie Auflösung von Rückstellungen für Mehrleistungen des Personals führen zum ausgewiesenen Minderaufwand.
- 2205 Der tiefe durchschnittliche Personalbestand ist auf eine zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.
- 2206 Infolge nicht besetzter Stellen (Anstellungsaufschub der Stellen gemäss Ressourcenplan 2017–2020) wurde das Personalbudget nicht voll ausgeschöpft.
- 2207 Aufgrund der Verzögerung der IT-Investitionen im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG) verzögerte sich auch die Anstellung der neuen Mitarbeitenden auf Mitte 2017.
- 2223 Der Stellenplan war nicht durchgehend vollständig ausgeschöpft.
- 2224 Die ausgewiesenen Lohnkosten entsprechen nicht den effektiven Lohnkosten, da die finanziellen Drittmittel für Projekte nur teilweise berücksichtigt sind; zudem unterliegen sie jährlichen Schwankungen.
- 2234 Der Mehraufwand entspricht im Wesentlichen den höheren Entschädigungen an die Kulturförderungskommission infolge Zunahme der Anzahl Gesuche um fast 50% gegenüber dem Vorjahr.
- 2241 Aufgrund der Neueinstufung der stellvertretenden Leitung der Fachstelle für Integrationsfragen sowie infolge einer zusätzlichen Stelle ergeben sich höhere Lohnkosten.
- 2251 Bei den Behörden wurde der Lohn um den sogenannten Erfahrungsanstieg erhöht, was nicht im Budget enthalten ist. Bei den Verwaltungslöhnen führen zusätzliche temporär bewilligte Stellen zur Budgetüberschreitung.
- 2261 Der Minderaufwand ist in der tieferen Auszahlung von Dienstaltersgeschenken sowie höheren, nicht planbaren, Rückerstattungen begründet.

**Anstellungsverhältnisse** (per 31.12.2017)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	78	37	41	50	28
2204 Strafverfolgung Erwachsene	400	258	142	279	121
2205 Jugendstrafrechtspflege	91	61	30	43	48
2206 Amt für Justizvollzug	948	334	614	691	257
2207 Gemeindeamt	61	39	22	31	30
2216 Kantonaler Finanzausgleich	0	0	0	0	0
2217 Abwicklung Investitionsfonds	0	0	0	0	0
2221 Handelsregisteramt	65	46	19	46	19
2223 Statistisches Amt	29	8	21	17	12
2224 Staatsarchiv	68	39	29	18	50
2232 Fachstelle Opferhilfe	8	8	0	3	5
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich	4	2	2	1	3
2234 Fachstelle Kultur	10	8	2	1	9
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	11	9	2	4	7
2251 Bezirksräte	61	46	15	19	42
2261 Statthalterämter	90	61	29	43	47
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	0	0	0	0	0
<b>Total</b>	<b>1924</b>	<b>956</b>	<b>968</b>	<b>1246</b>	<b>678</b>

## Parlamentarische Vorstösse

### Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
251/2014	Ein Betreibungsregister für den Kanton Zürich (Motion Michael Zeugin, Winterthur, Martin Arnold, Oberrieden, und Markus Schaaf, Zell)	Vorlage 5419 vom 06.12.2017	09.03.2015
351/2014	Organisation der Staatsanwaltschaft im Zürcher Unterland (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Priska Seiler Graf, Kloten, und Peter Ritschard, Zürich)	Vorlage 5354 vom 03.05.2017	17.08.2015

### Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
248/2015	Finanzielle Neuregelung der Kulturförderung (Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, und Ralf Margreiter, Zürich)	06.06.2016
87/2017	Verwendung der Integrationspauschale: Personenbezogen und zielorientiert (Postulat Linda Camenisch, Wallisellen, Jörg Kündig, Gossau, und Astrid Furrer, Wädenswil)	21.08.2017

# 2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen

Mit der Einführung von axioma – dem bereits von der Staatskanzlei und Finanzdirektion eingesetzten Geschäftsverwaltungssystem – wurde im Herbst des Berichtsjahres ein Schritt Richtung digitale Arbeitsweise vollzogen. In der «Slackline» tauschen sich alle Mitarbeitenden des Generalsekretariats zweimal im Jahr zu Themenbereichen wie Information, Kompetenzen und Fehlerkultur aus. In den Steuergruppen Digitale Verwaltung und Kantonale Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) vertritt die Generalsekretärin die Direktion. Für die Hauptabteilung Informatik wurde ein neuer Leiter rekrutiert. Der Gesetzgebungsdienst begleitete 43 (Vorjahr: 55) Rechtsetzungsprojekte. Das Generalsekretariat war in 40 (Vorjahr: 39) parlamentarischen Geschäften federführend. Zudem erarbeitete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 133 (Vorjahr: 158) Rekurse im

Bereich des Strafvollzugs einschliesslich Begnadigung) und 20 (Vorjahr: 26) Rechtsmittel in weiteren Gebieten, 3 Stimmrechtsrekurse sowie 24 (Vorjahr: 34) Aufsichtsbeschwerden im Bereich des Gemeinderechts. Die SAP-Einführung und Ablösung Iris werden in zwei Schritten vollzogen: Auf den 1. Januar 2018 werden alle Leistungsgruppen umgestellt ausser der Strafverfolgung Erwachsene, der Jugendstrafrechtspflege und dem Amt für Justizvollzug. Diese folgen 2019. Der Personaldienst arbeitete intensiv an den Vorbereitungen zum E-Dossier. Die Abteilung Kommunikation führte zum Jahresbeginn erstmals einen Werkstattbericht im Roten Turm in Winterthur durch. In diesem Gefäss stellt die Vorsteherin den Medien sich noch in Arbeit befindende Projekte vor. Die Medienresonanz war sehr erfreulich.

## Aufgaben

- A1 Das Generalsekretariat unterstützt die Vorsteherin bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Unterstützung bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifenden Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
- A2 Das Generalsekretariat führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst (GGD).
- A3 Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Organisationseinheiten bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät die Direktionsvorsteherin, das Kader sowie die Mitarbeitenden. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig und vertritt die Anliegen der Direktion in direktionsübergreifenden Projekten.
- A4 Die Hauptabteilung Informatik (IT) erbringt Dienstleistungen für Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw. Die beiden Service Center Lotus Notes und PKI betreuen direktionsübergreifend die Betriebe für Lotus Notes, PKI/Security-Lösungen Kantonspolizei, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und e-Voting Kanton Zürich.
- A5 Die Abteilung Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachämter und Fachstellen, Einhaltung IKS (Internes Kontrollsystem)-Grundsätze), Controlling (Direktionscontrolling) und Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Telefonie) erbringt zentrale Dienstleistungen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
L1 Rekurerledigungen (inkl. Begnadigungen)	A1	218	170	<b>178</b>	8	4.7
L2 Betreuung PC-Arbeitsplätze	A4	1890	1887	<b>1886</b>	-1	-0.1
B1 Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten)	A1	<3	1	<b>&lt;1</b>		-100.0
B2 Kosten Basis-Arbeitsplatz JI	A4	1724	1900	<b>1576</b>	-324	-17.1
B3 Gesamt-Kosten PC-Arbeitsplatz JI	A4	9225	9921	<b>10240</b>	319	3.2
W1 Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden in %	A1	20	10	<b>17</b>	7	
W2 Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte	A1	100	100	<b>100</b>	0	
W3 Bearbeitung von Gesetzesvorlagen der Direktionen Rückweisungen durch Redaktionskommission an GGD in %	A2	0	<5	<b>&lt;5</b>		
W4 Zufriedenheit der Mitarbeitenden der Direktion (Messinstrument: Resultate der Personalumfrage alle 3 Jahre)	A3					
W5 Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren in %	A3	<10	<10	<b>&lt;10</b>		
W6 IKS-Prozesse werden überprüft in %	A5	100	100	<b>100</b>	0	

Bemerkungen

- B2 Insbesondere tiefere Personalkosten im Bereich Helpdesk/Support führten zur ausgewiesenen Abnahme der Kosten pro Basis-Arbeitsplatz.
- B3 Der höhere IT-Gesamtaufwand bei gleichbleibender Anzahl PC-Arbeitsplätze führt zu einer Zunahme der durchschnittlichen Kosten pro PC-Arbeitsplatz.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen**

Die Vorarbeiten zur Umsetzung der Richtlinien bezüglich der Zusammenarbeit mit der Opernhaus AG und der kantonalen Anstalt für Stiftungsaufsicht erfolgen termingerecht. Planmässig 2019

**Jl 10.2a Einführung eines GEVER im Generalsekretariat**

Auf den 8. Januar des Berichtsjahres konnte axiomaJl als GEVER im Support- und Rechtsdienst, in der Kommunikation und Kanzlei in Betrieb genommen werden. 2018 folgt das restliche Generalsekretariat. Planmässig 2018

**2201 5a Anpassung Kirchengesetz**

Die Gesetzesanpassung wurde vom Kantonsrat verabschiedet und tritt am 1. April 2018 in Kraft. Abgeschlossen 2017

**2201 10a Revision Gesetz über die politischen Rechte**

Der erste Teil der Gesetzesänderung wurde am 28. August 2017 vom Kantonsrat verabschiedet und tritt am 1. Januar 2018 in Kraft. Planmässig 2018

**2201 10b Koordination Sicherheitsaspekte bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben**

Abgeschlossen 2017

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	65.4	68.1	<b>66.8</b>	-1.3	-1.9

Bemerkungen R17 zu B17

- 1.3 Die Abweichung ergibt sich aus zeitlich verzögerten Stellenbesetzungen sowie Veränderungen bei Beschäftigungsgraden.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.4	19.6	<b>20.4</b>	0.7	3.8
Aufwand	-26.7	-28.7	<b>-28.8</b>	-0.2	-0.5
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.6			
Saldo	-6.3	-9.1	<b>-8.5</b>	0.6	6.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-4.0	-8.1	<b>-0.3</b>	7.8	96.5
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.3			
Saldo	-4.0	-8.1	<b>-0.3</b>	7.8	96.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R17 zu B17
2.6	A4	- Geringerer Aufwand für die Beschaffung von Ersatzgeräten, Lizenzen/Updates, Hardware-Unterhalt und LEUnet2. Einige Vorhaben mussten aus Ressourcengründen zeitlich verschoben werden.
1.1	A4	- Höherer interner IT-Verrechnungsertrag
0.6	A2	- Einsparungen im Bereich Dienstleistungen Dritter
-0.5	A4	- Wegfall der Aktivierung von Eigenleistungen für RIS2
-0.6	A4	- Höherer, zum Teil in der Investitionsrechnung budgetierter Aufwand für den Unterhalt von immateriellen Anlagen
-0.7	A4	- Mehraufwand bei den internen Verrechnungen; insbesondere CC SAP-Leistungen (SAP-Einführung) und kdmz (Enterprise-Agreement)
-1.8	A4	- Mehraufwand für externe Beratungsdienstleistungen im Projekt Einführung SAP; die Projektkosten sind im Investitionsbudget enthalten.
-0.1		- Übrige Abweichungen

**Direktion der Justiz und des Innern**  
**Leistungsgruppe 2201**

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-8.1	<b>-0.3</b>	7.8	
- PJZ ICT & EDV, Ausstattungs- und Betriebsinfrastrukturinvestitionen, Normmobiliar	-0.6	<b>0.0</b>	0.6	- Der bisherige Baufortschritt lässt noch keine Investitionen in die Ausstattungs- und Betriebsinfrastruktur zu.
- Ersatz PC-Arbeitsplätze (Hard- & Software)		<b>-0.1</b>		- RRB Nr. 287/2016
- Ersatzinvestitionen Rechenzentrum Informatik (Hardware)	-0.5	<b>0.1</b>	0.6	- Verzögerung bei der Evaluation. Die unter «Übrige» aufgeführten 0.3 Mio. Franken betreffen die Kreditübertragung aus dem Vorjahr für den RZ-Ersatz.
- Ersatz Drucker (Hardware)	-0.6	<b>0.0</b>	0.6	- Die Beschaffung einer neuen Druckerflotte wurde auf 2018 zurückgestellt.
- Service Provider Organisation (Ersatz und Ergänzung Netzwerkcomponenten als Basis zur Virtualisierung externer Zugänge)	-0.4	<b>0.0</b>	0.4	- Das Vorhaben wird auf 2018 verschoben.
- Projekt RIS2 (Software)	-3.0	<b>0.0</b>	3.0	- Die Weiterentwicklung von RIS2 wurde mit RRB Nr. 389/2017 eingestellt.
- Einführung SAP in der JI (Software)	-2.0			- Die Aufwendungen für die Einführung von SAP fallen grösstenteils in der Erfolgsrechnung an (Migration auf bestehendes kantonales System). Die gemäss RRB Nr. 550/2017 bewilligte Ausgabe zulasten der Investitionsrechnung wird auf 2018 übertragen, da der Bau der Schnittstellen zwischen SAP und den JI-Geschäftsverwaltungssystemen 2018 anfällt.
- Projekt WaMoRIS (Software)		<b>-0.1</b>		- Erhaltung der Funktionsfähigkeit von RIS1 und RIS2 bis zu deren Ablösung (RRB Nr. 389/2017)
- Enterprise-Agreement	-0.2	<b>0.0</b>	0.2	- Die Beschaffung wurde 2016 gebucht.
- CR-Business (Branchenlösung Handelsregisteramt)	-0.5	<b>-0.1</b>	0.4	- RRB Nr. 454/2016, es wurden bereits 2016 Investitionen im Umfang von 0.3 Mio. Franken getätigt.
- Übrige	-0.3	<b>-0.1</b>	0.2	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
388564	63463	<b>0</b>	325101	-63463

# 2204 Strafverfolgung Erwachsene

Das Strategieprojekt STR2020 hat Formen angenommen. Im Zuge der Umstrukturierung der Oberstaatsanwaltschaft wurde die Stelle des Stabschefs geschaffen, mit dem Ziel, die Stabsdienste zu zentralisieren und zu stärken. Weiter ist vorgesehen, die vier Besonderen Staatsanwaltschaften in drei Kantonale Staatsanwaltschaften zu gliedern.

Im Februar des Berichtsjahres erhielt die Strafverfolgung Erwachsene zehn neue Stellen für die Bekämpfung der Cyberkriminalität (je fünf davon für Staatsanwälte und deren Verwaltungsassistenten). Diese werden nicht nur in dem für komplexe Verfahren zuständigen Kompetenzzentrum Cybercrime eingesetzt. Ein Teil soll die Regionalen Staatsanwaltschaften unterstützen, die für die Bekämpfung von Straftaten unter Zuhilfenahme von Mitteln und Vorgehensweisen der Internettechnologie zuständig sind. Neue Wege geht die

Strafverfolgung Erwachsene im Rahmen des Schwerpunktes Bekämpfung von Einzeltrickbetrüger, indem sie seit September des Berichtsjahres in einer gemeinsamen internationalen Ermittlungsgruppe (JIT) vertreten ist. Dank dieser Mitwirkung werden Informationen schneller und unbürokratischer ausgetauscht, wodurch der Zugriff auf die Täterschaft zeitnah erfolgen kann.

Erste Schritte hin zur Digitalisierung sind durch die Einführung des Videoeinvernahmesystems TrueConf, die Inbetriebnahme von Relativity, einer Kollaborationsplattform für die Fallführenden, sowie die Etablierung von Weblaw und Swisslex gemacht. Im Projekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) bringt sich die Strafverfolgung Erwachsene seit Beginn in die Planung der Betriebsorganisation auf Stufe Steuerung sowie in verschiedenen Projekten aktiv ein.

## Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsorganisationsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Strafbefehle oder Einstellungen erledigt.
- A2 Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
L1	Anklagen	A1	1341	1900	<b>1498</b>	-402	-21.2
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	A1	15586	16300	<b>15989</b>	-311	-1.9
L3	Strafbefehle	A1	16084	16800	<b>15841</b>	-959	-5.7
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	A1	33011	35000	<b>33328</b>	-1672	-4.8
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	A1	24	25	<b>54</b>	29	116.0
L6	Pendenzen total (Zielwert)	A2	8418	9000	<b>9508</b>	508	5.6
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr in % (Zielwert)	A2	15.6	11.5	<b>14.3</b>	2.8	
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre in % (Zielwert)	A2	6.1	3.5	<b>5.4</b>	1.9	
B1	Bruttoaufwand pro erledigter Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr.	A2	2073	1979	<b>2111</b>	132	6.7
B2	Bruttoaufwand pro erledigter Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr.	A2	18265	17442	<b>18607</b>	1165	6.7
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen in %	A1	40.7	40	<b>42.7</b>	2.7	
W2	Anteil erstmaliger Strafbefehle in %	A1	83.1	78	<b>82.4</b>	4.4	
W3	Zugelassene Anklagen in %	A1	97.4	98.5	<b>97.7</b>	-0.8	

## Bemerkungen

- L1, L2, Die Erledigungen verzeichnen einen Zuwachs von 317 bzw. 1% gegenüber Vorjahr, jedoch konnte das Budget nicht erreicht werden. Der Budgetwert von 35 000 Erledigungen ist zu beobachten und allenfalls anzupassen.
- L3, L4
- L5 Der Wert ist aufgrund nochmaligen Eingriffs in die Erfassung nicht mit dem Vorjahr vergleichbar und wird mit RE18 vermutlich noch höher ausfallen. Im KEF 2019–2022 wird diesem Umstand mit Erhöhung des Budgetwerts Rechnung getragen.
- L6 Der gegenüber Vorjahr und Budget erhöhte Pendenzenbestand resultiert aus erhöhten Eingängen, die nicht vollumfänglich durch erhöhte Erledigungen kompensiert werden konnten.
- L7, L8 Gegenüber Vorjahr konnte sowohl der Anteil über 1-jähriger Fälle (-1.3%) als auch der Anteil über 2-jähriger Fälle (-0.7%) reduziert werden. Die Allgemeinen Staatsanwaltschaften (Massengeschäft) sind mit beiden Werten im Zielbereich (11.3% und 3.7%). Treiber sind die zeitaufwendigen Geschäfte der Besonderen Staatsanwaltschaften.
- B1 Dieser Indikator liegt im ordentlichen Schwankungsbereich leicht über Budget, was mit den leicht unter Ziel liegenden Erledigungen zusammenhängt.
- B2 Dieser Indikator liegt leicht über Budget, was mit den leicht unter Ziel liegenden Erledigungen sowie u.U. mit der komplexeren Kostenstruktur in den Fällen der Besonderen Staatsanwaltschaften zusammenhängt.
- W1 Mit 42.7% im Berichtsjahr wird der mit B17 erhöhte Zielwert von 40.0% bestätigt. Der Wert liegt im normalen Schwankungsbereich.
- W2 Der mit 82.4% hohe Anteil erstmaliger Strafbefehle belegt die präventive Wirkung der ausgefallenen Strafen und den geringen Anteil Wiederholungstäter (17.6%).
- W3 Der Wert liegt über Vorjahr und zum Budget im normalen Schwankungsbereich.

## Entwicklungsschwerpunkte

### RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern

Der 2016 vollständig überarbeitete Leitfaden Kantonales Bedrohungsmanagement für Behörden und Institutionen bewährt sich in der Praxis als wertvolle Arbeitsgrundlage. Zur weiteren Vertiefung wird seit 2016 jährlich eine ganztägige interdisziplinäre Fachtagung Bedrohungsmanagement-Gewaltprävention durchgeführt.

Stand bis  
Planmässig 2019

### RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen

Aufgrund klarer inner- und interkantonaler Zuständigkeitsregelungen und Optimierung der Verfahrensabläufe konnte die Vernetzung der Schnittstellenpartner zur Bekämpfung des betrügerischen Missbrauchs von Kapitalgesellschaften deutlich verbessert werden.

Planmässig 2019

### RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken

Im Berichtsjahr konnte die Zuständigkeit von Bund und Kantonen geklärt werden. Zur Implementierung des Kompetenzzentrums Cybercrime des Kantons Zürich wurde ein Grobkonzept erarbeitet und die Umsetzung anhand eines Detailkonzeptes verabschiedet. Der Regierungsrat bewilligte mit Beschluss Nr. 113/2017 zehn Stellen (je fünf Staatsanwältinnen/-anwälte und Verwaltungsassistentinnen/-assistenten), sodass dieses Detailkonzept ab 1. Januar 2018 umgesetzt werden kann.

Planmässig 2019

### RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen

Siehe Kommentare zu den Entwicklungsschwerpunkten RRZ 1.1b, RRZ 1.1d, RRZ 1.2a und RRZ 1.2c.

Planmässig 2019

### RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren

Im Bereich gemeinsame Untersuchungsplanung von Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei konnten weitere Meilensteine realisiert werden. Bei grossen Fällen wird beispielsweise mit einer gemeinsamen Untersuchungssoftware gearbeitet. Das Thema Digitalisierung erfordert eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit, so werden gegenwärtig die digitale Kommunikation im Kernprozess forciert und gemeinsame Prozesse (z.B. Asservate-Bewirtschaftung) fundiert analysiert. Die Optimierung der Feedback-Kultur Staatsanwaltschaft/Polizei ist in Bearbeitung. Im Berichtsjahr wurde in der Region See Oberland ein Pilotversuch erfolgreich durchgeführt, sodass 2018 alle Regionen entsprechend eingebunden werden können. Im Berichtsjahr wurde die Erarbeitung eines gemeinsamen Lagebildes Oberstaatsanwaltschaft/Kantonspolizei aufgenommen. Knapp 40 lagebildrelevante Phänomene wurden gemeinsam identifiziert und priorisiert, da nicht alle Phänomene gemeinsam bearbeitet werden können.

Planmässig 2019

### 2204 1a Die Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (L7/L8: Pendenzen älter als 1 Jahr/2Jahre) bleibt ein wichtiger Entwicklungsschwerpunkt.

Die Verbesserung der Altersstruktur wird weiterhin als Zielsetzung der Führung verfolgt.

Verzögert 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	345.3	348.7	<b>346.0</b>	-2.7	-0.8

Bemerkungen R17 zu B17

-2.7 Der Beschäftigungsumfang liegt 2.7 Stellen unter Budget. Das Lohnbudget wurde entsprechend nicht ausgeschöpft (-0.2).

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	31.7	35.7	<b>30.2</b>	-5.5	-15.5
Aufwand	-100.5	-103.2	<b>-103.4</b>	-0.1	-0.1
Saldo	-68.8	-67.5	<b>-73.2</b>	-5.7	-8.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.0	-0.1	<b>-0.1</b>	-0.0	-6.3
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.1			
Saldo	-0.0	-0.1	<b>-0.1</b>	-0.0	-6.3



Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.7		Abweichungen total R17 zu B17
2.3	A1	- Tiefere Dienstleistungen Dritter (0.4 Dolmetscherkosten, 1.6 Fedpol-Beitrag für Zeugenschutzprogramm, 0.3 übrige Dienstleistungen)
0.9	A1	- Tieferer Personalaufwand (0.2 Rotationsgewinn, 0.1 Abbau Zeitguthaben, 0.2 nicht geldwert bezogene Dienstaltersgeschenke, 0.4 Rückerstattung Personalaufwand)
-0.3	A1	- Höhere Informatikmittel/Informatikdienstleistungen
-1.3	A1	- Tiefere Gebühren für Amtshandlungen
-1.3	A1	- Höhere Forderungsverluste für Untersuchungskosten
-1.4	A1	- Tiefere Bussen/Geldstrafen
-1.9	A1	- Höhere Wertberichtigungen auf Forderungen von Untersuchungskosten aufgrund höheren Forderungsbestandes
-2.7	A1	- Tiefere Beschlagnahmte Vermögenswerte
0.0		- Übrige Abweichungen

**Rüchlagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
1 707 485	6 079	<b>0</b>	1 701 406	-6 079

Bemerkungen

Für den Strategieprozess STR2020 zur Überprüfung von Strukturen und Abläufen wurden Fr. 6079 beansprucht.

# 2205 Jugendstrafrechtspflege

Die Jugendstrafrechtspflege blickt auf ein Jahr ohne Grosseignisse, jedoch mit konstantem Falleingang zurück. Einer der Schwerpunkte war die Zusammenarbeit innerhalb der Jugendstrafrechtspflege – dazu wurden in verschiedenen Projekten neue Grundlagen für die Führung und Organisation erarbeitet. Im Weiteren entwickelten die zuständigen Stellen das bestehende Handlungsmodell «Kompetenz- und Risiko-orientierung in der Jugendstrafrechtspflege» (KORJUS) erfolgreich weiter mit dem Ziel, Interventionen und Ressourcen noch besser dem jeweiligen Rückfallrisiko anzupassen. Mit Bund und Kantonen konnte die Zusammenarbeit im Be-

reich Radikalismus weiter vertieft werden. Die bereits etablierte Öffentlichkeitsarbeit wurde intensiviert – auch im Hinblick auf Prävention und Aufklärung. Die entsprechenden Themen und Inhalte stellte die Kommunikationsbeauftragte einem breiten Publikum vor. Die Informationen wurden auch für interne Schulungen verwendet. Zusätzlich fanden Weiterbildungen zu Themen wie Radikalismus und Cyberkriminalität statt. Herausfordernd gestaltete sich insbesondere der Umgang mit strafrechtlich auffälligen Jugendlichen mit psychischen Problemen.

## Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren.
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Strafbefehl verurteilte Jugendliche);	A1	4196	3750	<b>3815</b>	65	1.7
L2	Anklagen an das Jugendgericht;	A1	40	45	<b>19</b>	-26	-57.8
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen);	A1	1613	1500	<b>1484</b>	-16	-1.1
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen);	A2	71	75	<b>67</b>	-8	-10.7
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen);	A2	293	350	<b>254</b>	-96	-27.4
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens);	A1, A2	88	100	<b>80</b>	-20	-20.0
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens);	A1, A2	74	70	<b>80</b>	10	14.3
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche;	A1, A2	1005	1000	<b>847</b>	-153	-15.3
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen;	A1, A2	3406	3300	<b>2649</b>	-651	-19.7
L10	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge);	A1, A2	66	60	<b>68</b>	8	13.3
L11	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen / Bewährungshilfen bei bedingten Strafen);	A2	580	600	<b>540</b>	-60	-10.0
L12	Pendenzen pro Jugendanwalt/ -anwältin; (Zielwert)	A1	60	75	<b>74</b>	-1	-1.3
L13	Durchschnittliches Pendenzenalter in Tagen; (Zielwert)	A1	132	115	<b>123</b>	8	7.0
L14	Anteil der Pendenzen > 365 Tage in %; (Zielwert)	A1	7	6.5	<b>5.9</b>	-0.6	
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen);	A1	99	100	<b>95</b>	-5	-5.0
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen in %;	A1	84	85	<b>85</b>	0	
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmevollzug Entlassenen) in %;	A2	57	65	<b>55</b>	-10	
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel inkl. Rechtsbehelfe) in %;	A1	1	5	<b>1</b>	-4	

Bemerkungen

- L1, L2 Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 62 (Vorjahr: 92) Schutzmassnahmen, davon 7 (18) stationäre und 55 (74) ambulante Schutzmassnahmen, sowie 3693 (4094) Strafen ausgesprochen. Als Strafen wurden ausgefällt: 2134 (2355) Verweise, 847 (1005) Persönliche Leistungen, 624 (571) Bussen und 75 (95) Freiheitsentzüge. In 13 (39) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 17 (19) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 26 (29) Erwachsenenstrafen an.
- L4, L5, L6, L7 Der Rückgang der schweren Straftaten in den Vorjahren wirkte sich auch im Berichtsjahr auf die zu vollziehenden Schutzmassnahmen aus. Am 31. Dezember befanden sich 44 (Vorjahr: 50) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 158 (188) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme.
- L13 Abschluss verschiedener umfangreicher Strafuntersuchungen pendent
- W1 Beendigung mehrerer Schutzmassnahmen mit umfassenden Problemstellungen

**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern**

Das Handlungsmodell «Kompetenz- und Risikoorientierung in der Jugendstrafrechtspflege» (KORJUS) wurde, insbesondere im Bereich der Falltriagierung, weiterentwickelt, um die Interventionen und aufgewendeten Ressourcen dem jeweiligen Rückfallrisiko anzupassen. Das Handlungsmodell KORJUS wird inzwischen in zehn deutschsprachigen Kantonen eingesetzt. Die Zusammenarbeit mit verschiedenen kantonalen und Bundesbehörden im Bereich des Phänomens «Radikalismus» wurde weiter vertieft.

Planmässig 2019

**RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren**

Die Kontakte mit der Strafverfolgung Erwachsene und der Polizei mit ihren Jugenddiensten wurden weiter gepflegt. Die Zusammenarbeit wurde vertieft, zum Beispiel im Bereich der Delikte gegen das Betäubungsmittelgesetz (BetmG). Verstärkt wurde auch die Zusammenarbeit im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs, namentlich mit dem Massnahmenzentrum Uitikon (MZU).

Planmässig 2019

**2205 1a Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität**

Die finanziellen und personellen Ressourcen wurden weiterhin vorrangig zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität eingesetzt.

Planmässig 2019

**2205 1b Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren**

Die durchschnittliche Untersuchungsdauer konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesenkt werden. Rund 70% der Strafverfahren wurden im Berichtsjahr innert 90 Tagen abgeschlossen.

Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	77.7	81.3	<b>76.9</b>	-4.4	-5.4

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Der tiefe durchschnittliche Personalbestand ist – aufgrund der weiterhin moderaten Geschäftseingänge – auf eine zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	1.8	<b>1.8</b>	-0.1	-4.8
Aufwand	-35.4	-36.1	<b>-34.7</b>	1.3	3.7
Saldo	-33.7	-34.2	<b>-33.0</b>	1.2	3.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.1	<b>-0.1</b>	0.0	34.2
Saldo		-0.1	<b>-0.1</b>	0.0	34.2

**Direktion der Justiz und des Innern**  
**Leistungsgruppe 2205**

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.2		Abweichungen total R17 zu B17
2.0	A1, A2	- Sachaufwand; geringere Kosten für Dienstleistungen Dritter, insbesondere für jugendstrafrechtliche Strafen und Schutzmassnahmen
0.7	A1, A2	- Personal; zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen
0.1	A1	- Gebühren für Amtshandlungen und Bussen; Erledigung umfangreicher Strafuntersuchungen
-0.1	A2	- Entgelte; Leistungen von Sorgeberechtigten und Jugendlichen an Schutzmassnahmen: Tiefere Erträge aufgrund geringerer Anzahl Schutzmassnahmen
-1.5	A1, A2	- Interne Verrechnungen; Mehrkosten für den Straf- und Massnahmenvollzug durch interne Leistungserbringer
0.0		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
94531	0	0	94531	0

# 2206 Amt für Justizvollzug

Mehr als aufsehenerregende Vorfälle prägten wichtige strategische Weichenstellungen und personelle Wechsel das Berichtsjahr im Amt für Justizvollzug (JuV): In den Untersuchungsgefängnissen Zürich und im Psychiatrisch-Psychologischen Dienst haben zwei neue Hauptabteilungsleiter die Nachfolge ihrer verdienten Vorgänger angetreten. Ebenfalls neu besetzt werden konnten die Leitungen der Gefängnisse Limmattal, Winterthur und Pfäffikon. Zudem wurde der Stab der Amtsleitung reorganisiert und ein neuer Stabschef und eine neue Personalchefin ernannt.

Angebotsseitig können im Haus Lägern der Justizvollzugsanstalt Pöschwies neu auch Massnahmenklienten nach Art. 59 des Strafgesetzbuches im Arbeitsexternat aufgenommen werden. Zudem konnte die wegen Personalmangels ab Mitte

2016 geschlossene Jugendabteilung im Massnahmenzentrum Uitikon auf Anfang des Berichtsjahres wieder in Betrieb genommen werden.

Für den Bereich der Untersuchungshaft trieben die Verantwortlichen die Planungen zur Anpassung der Haftmodalitäten weiter voran. Für die psychiatrische Grundversorgung in den Vollzugseinrichtungen und den Untersuchungsgefängnissen konnte die Kooperation mit der Klinik für Forensische Psychiatrie der Psychiatrischen Universitätsklinik intensiviert werden.

In den Bewährungs- und Vollzugsdiensten waren schliesslich umfangreiche Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Inkraftsetzung des neuerlich revidierten Sanktionenrechts des Strafgesetzbuches auf Anfang 2018 zu tätigen.

## Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallenen Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen einschliesslich Bewährungshilfe und Weisungskontrolle
- A2 Durchführung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie ausländerrechtlicher Haft
- A3 Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen
- A4 Betreuung, Beschäftigung und Ausbildung inhaftierter und verurteilter Personen
- A5 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Gesamtanzahl Aufenthaltstage Justizvollzugsinstitutionen	A3	440545	470000	<b>422631</b>	-47369	-10.1
L2	Anzahl Aufenthaltstage Untersuchungs- und Sicherheitshaft	A2	125887	135000	<b>116453</b>	-18547	-13.7
L3	Belegung aller Gefängnisse und Vollzugseinrichtungen in %	A3	89.1	95	<b>87.80</b>	-7.2	
L4	Anzahl Freiheitsstrafen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	2496	2500	<b>2159</b>	-341	-13.6
L5	Anzahl Stationäre Massnahmen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	396	400	<b>376</b>	-24	-6.0
L6	Anzahl Ambulante Massnahmen (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	359	400	<b>333</b>	-67	-16.8
L7	Anzahl Gemeinnützige Arbeit (Bestand Vollzugsfälle Jahresende)	A1	682	650	<b>488</b>	-162	-24.9
L8	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	A5	13994	13400	<b>14318</b>	918	6.9
L9	Anzahl Lerngruppen «Bildung im Strafvollzug» (Bestand Jahresende; Zielwert)	A4	26	32	<b>26</b>	-6	-18.8
B1	Kosten pro Aufenthaltstag Justizvollzugsanstalt Pöschwies (in Franken)	A3	300	320	<b>305</b>	-15	-4.7
B2	Kosten pro Aufenthaltstag Untersuchungsgefängnisse und Vollzugseinrichtungen Zürich (in Franken)	A3	206	220	<b>212</b>	-8	-3.6
B3	Kosten pro Aufenthaltstag Massnahmenzentrum Uitikon (in Franken)	A3	835	810	<b>843</b>	33	4.1
W1	Anzahl Ausbrüche aus gesicherten Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen	A3	1	0	<b>0</b>	0	
W2	Anzahl Übergriffe auf Personal	A4	8	10	<b>15</b>	5	50.0
W3	Anzahl Suizide	A4	2	2	<b>1</b>	-1	-50.0
W4	Quote korrekt absolvierter Urlaube aus geschlossenem Regime in %	A4	95.3	95	<b>95.20</b>	0.2	
W5	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	A1	405	450	<b>338</b>	-112	-24.9
W6	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit in %	A1	78.7	80	<b>79.30</b>	-0.7	

Bemerkungen

- L1, L2 Sowohl die Gesamtzahl der Aufenthaltstage als auch in noch leicht ausgeprägterem Masse diejenige im Bereich der Untersuchungs- und Sicherheitshaft liegen aufgrund weniger Einweisungen unter Budget. Gegenüber dem Vorjahr ist der Rückgang in erster Linie bei der Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie der ausländerrechtlichen Administrativhaft angefallen.
- L3 Aufgrund weniger Aufenthaltstage (L1) wird die budgetierte Auslastung nicht erreicht. Wegen Bauarbeiten im Flughafengefängnis mussten zudem die dortigen Platzkapazitäten temporär eingeschränkt werden.
- L4, L5, L6, L7 Die Vollzugsfälle der Bewährungs- und Vollzugsdienste liegen allesamt deutlich unter den Budget- und Vorjahreswerten. Einzig die Stationären Massnahmen haben sich vergleichsweise stabil entwickelt. Der allgemeine Rückgang bei den Bestandeszahlen liegt darin begründet, dass gleichzeitig weniger Fälle neu eingingen und mehr abgeschlossen wurden.
- L8 Die Zahl der psychiatrisch-psychologischen Konsultationen und Behandlungen übertrifft den budgetierten Wert leicht, was in erster Linie auf eine Zunahme der Konsultationen im Bereich der psychiatrischen Grundversorgung zurückzuführen ist.
- L9 Der Ausbau bei den Lerngruppen für «Bildung im Strafvollzug» konnte nicht wie ursprünglich geplant und budgetiert in die Praxis umgesetzt werden. Zusätzlich mussten im Flughafengefängnis aufgrund der Bauarbeiten an Ort Lerngruppen zurückgestellt werden.
- B1 Tiefere Erträge aus Verkäufen führten dazu, dass die Kosten pro Aufenthaltstag leicht anstiegen. Sie liegen jedoch noch unter dem budgetierten Wert.
- B2 Durch die Bauarbeiten im Flughafengefängnis und eine entsprechend tiefere Belegung konnten weniger Erträge aus Verkäufen generiert werden. Dies führte ebenfalls zu einem leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Jedoch sind die Kosten auch hier tiefer als budgetiert.
- B3 Die Kosten pro Aufenthaltstag im Massnahmenzentrum Uitikon sind höher als budgetiert. Die Gruppe C in der Geschlossenen Abteilung wurde im Berichtsjahr sukzessive aufgebaut. Eine solche schrittweise Aufstockung führt anfänglich zu mehr Aufwand bei niedrigem Ertrag. Dies schlägt sich auch in den Kosten pro Aufenthaltstag nieder.
- W1 Es wurden keine Ausbrüche verzeichnet im Berichtsjahr.
- W2 Die körperlichen Übergriffe auf das Personal haben sowohl im Vergleich zum Budget, als auch zum Vorjahr zugenommen. Bei der Mehrzahl der Fälle resultierten keine oder nur Bagatelverletzungen. In einem Fall wurde eine ärztliche Behandlung notwendig.
- W3 In den Untersuchungsgefängnissen Zürich musste ein Suizid verzeichnet werden. Ein weiterer Todesfall (Unfall/Substanzmissbrauch) ereignete sich im Flughafengefängnis.
- W5 Die bedingten Entlassungen aus dem Strafvollzug kommen markant unter Budget und Vorjahreswert zu liegen, wobei der allgemeine Rückgang der Fallzahlen bei den Bewährungs- und Vollzugsdiensten sich auch bei diesem Indikator auswirkt.
- W6 Die Quote der erfolgreichen Abschlüsse bei der Gemeinnützigen Arbeit hat sich trotz des allgemeinen Rückgangs der Fallzahlen im Rahmen des budgetierten Werts entwickelt.
- L1, L3 Gegenüber dem Geschäftsbericht 2016 mussten bei den Indikatoren L1 (alter Wert: 440 333) und L3 (alter Wert: 89.0) geringfügige Nachkorrekturen vorgenommen werden.

**Entwicklungsschwerpunkte**

**Jl 1.1a Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen**

Für «Electronic Monitoring» (EM) wurde im Berichtsjahr ein weiterer Pilotbetrieb (im Bereich Überwachung von Ersatzmassnahmen nach Art. 237 StPO) abgeschlossen. Für die anderen Anwendungsfelder wurden alle konzeptionellen Grundlagen erarbeitet, namentlich für EM als Vollzugsform für kurze Freiheitsstrafen ab 1. Januar 2018. Auch andere Kantone werden ab 2018 das Zürcher EM-System nutzen. Dazu wurden im Berichtsjahr die entsprechenden Verträge abgeschlossen.

Stand bis  
Planmässig 2018

**Jl 1.2a Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen**

Die Grundsteinlegung für das Polizei- und Justizzentrum und das sich darin befindende Polizei- und Justizgefängnis (PJG) erfolgte im Juni des Berichtsjahres. Die Pläne für die Gefängnisräumlichkeiten wurden letzten Anpassungen unterzogen und die Platzzahl zugunsten von mehr Einzelzellen auf rund 250 reduziert. Im Herbst des Berichtsjahres wurde vom Bund ein provisorischer Baubeitrag von rund 2 Mio. Franken dazu bzw. für den voraussichtlichen Anteil von Gefangenen im Status des (vorzeitigen) Strafvollzugs im PJG verfügt.

Verzögert 2020

**JI 1.2b Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen**

Die Bauarbeiten für die neue geschlossene Justizvollzugsanstalt im Kanton Graubünden («JVA Cazis Tignez»), in der auch Zürcher Gefangene aufgenommen werden können, schreiten planmässig voran (voraussichtliche Eröffnung auf Herbst 2019). Im Zentrum für Stationäre Forensische Therapie in Rheinau ist ein Ausbau der Plätze für den Vollzug von stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB geplant. Von der Psychiatrischen Universitätsklinik wurde im Berichtsjahr in Aussicht gestellt, mittels geeigneter Massnahmen bereits vor Bauvollendung ein Überbrückungsangebot bereithalten zu können. Planmässig 2019

**JI 1.2c Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen**

Der Regierungsrat hat Mitte des Berichtsjahres einen Objektkredit von 49,5 Mio. Franken für den Umbau und die Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel in Ringwil bewilligt. Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Kantonsrates ist der Bezug aller neuen Gebäude auf Ende 2020 vorgesehen. Verzögert 2019

**2206 1a Die Integration des Polizeigefängnisses von der Kantonspolizei in die Leistungsgruppe des Amtes für Justizvollzug sicherstellen**

Hinsichtlich des für den Betrieb des PJG vereinbarten Übertrags von Budgetmitteln und Personalstellen von der Kantonspolizei an das Amt für Justizvollzug wurde im Berichtsjahr beschlossen, 2018 eine mit Vertreterinnen und Vertretern beider betroffenen Direktionen besetzte Arbeitsgruppe zur Formulierung eines Projektauftrags einzusetzen. Verzögert 2020

**2206 1b Einer älter werdenden Gefangenenpopulation unter Einbezug praktischer und ethischer Aspekte durch entsprechende Konzepte und Massnahmen wirkungsvoll begegnen**

Die neue JVA Cazis Tignez (vgl. JI 1.2b) wird über eine Spezialabteilung für ältere und pflegebedürftige Gefangene verfügen. Die Realisierungsmöglichkeiten von allfälligen weiteren Spezialangeboten für diese und andere Gruppen von Gefangenen mit besonderen Bedürfnissen werden zudem in der Standortstrategie «Geschlossener Vollzug» bearbeitet, mit deren Erarbeitung der Regierungsrat im Berichtsjahr die Direktion der Justiz und des Innern und die Baudirektion beauftragt hat. Planmässig 2018

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	845.0	864.8	<b>853.3</b>	-11.5	-1.3

Bemerkungen R17 zu B17

-11.5 Infolge nicht besetzter Stellen ist der Beschäftigungsumfang tiefer als budgetiert.

**Finanzierung**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	64.5	67.0	<b>64.8</b>	-2.2	-3.3
Aufwand	-243.9	-242.9	<b>-245.3</b>	-2.4	-1.0
Saldo	-179.5	-175.9	<b>-180.5</b>	-4.6	-2.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	4.8	4.6	<b>2.2</b>	-2.4	-52.5
Ausgaben	-11.0	-29.5	<b>-12.8</b>	16.7	56.5
Saldo	-6.2	-25.0	<b>-10.7</b>	14.3	57.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.6		Abweichungen total R17 zu B17
1.6	A1, A2	- Eine höhere Belegung in der JVA Pöschwies sowie den Vollzugseinrichtungen Kanton Zürich durch ausserkantonale Einweiser führt zu einem Mehrertrag der Kostgelder von 5.2 Mio. Franken. Demgegenüber stehen Mindereinnahme von 3.0 Mio. Franken infolge der Kündigung von vermieteten Plätzen in den Untersuchungsgefängnissen. Ausserdem verzeichnete das Massnahmenzentrum Uitikon Mindereinnahmen der Kostgelder infolge tieferer Belegung.
1.1	A3	- Infolge nicht realisierter und verschobener Bauprojekte bzw. Verzögerungen im Baufortschritt wird das Budget für Abschreibungen um 1.1 Mio. Franken unterschritten.
0.8	A3	- Infolge nicht besetzter Stellen (Anstellungsaufschub der Stellen gemäss Ressourcenplan 2017-2020) kann das Budget im Personalaufwand unterschritten werden.
0.4	A3	- Infolge nicht realisierter und verschobener Bauprojekte bzw. Verzögerungen im Baufortschritt wird das Budget für kalk. Mieten und Zinsen nicht voll ausgeschöpft.

## Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2206

-0.5	A4	- Höhere Beiträge für Bildung im Strafvollzug sowie für das Schweizerische Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal führen zu einer Überschreitung im Transferaufwand.
-1.2	JI 1.1a	- Die in den Vorjahren aktivierten Personalkosten für das Projekt Electronic Monitoring mussten ausgebucht werden, da eine erneute Abklärung zusammen mit dem kantonalen Rechnungswesen ergab, dass diese nicht aktivierbar sind und das Projekt als Finanzierungsleasing verbucht werden muss.
-2.2	A2	- Tiefere Belegung im Flughafengefängnis infolge Bauarbeiten führen zu Mindereinnahmen der internen Verrechnungen (Ertrag) durch das Migrationsamt und die Jugendanwaltschaften.
-4.3	A1	- Der Sachaufwand wird um 4.3 Mio. Franken überschritten. Hauptgründe: vermehrte ausserkantonale Platzierungen in Kliniken infolge Platzmangel in der PUK und allgemeine Zunahme der Klienten nach Art. 59 StGB (psych. Störung)
-0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-25.0	<b>-10.7</b>	14.3	
- Ersatzinvestitionen «Technische Sicherheit»	-15.1	<b>-8.2</b>	6.9	- Verzögerungen bei Grossprojekten für den Ersatz von Sicherheitsanlagen (besonders JVA Pöschwies, Flughafengefängnis und Gefängnis Zürich)
- Ersatzinvestitionen «Betriebliche Sicherheit»	-3.0	<b>-1.7</b>	1.3	- Verzögerungen bei Grossprojekten (besonders Ersatz Zellenfenster JVA Pöschwies)
- Ersatzinvestitionen «Nebengebäude»	-0.9	<b>-0.2</b>	0.7	- Verzögerung und Sistierung von Teilprojekten
- Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel	-7.0	<b>-2.1</b>	4.9	- Projektierung bzw. vorgezogene Ausführungsplanung verzögert; Objektkreditantrag zum Entscheid durch Kantonsrat seit Mitte Berichtsjahr vorliegend
- Diverse Einzelprojekte	-2.1	<b>1.5</b>	3.6	- Erhaltene Bundessubventionen für abgeschlossenes Projekt (Geschlossene Abteilung Massnahmenzentrum Uitikon) sowie Verzögerung bei Grossprojekt in der JVA Pöschwies (Versorgungsbetriebe/Werkstätten)
- Mobilien	-0.9	<b>0.0</b>	0.9	- Im Berichtsjahr nicht angefallene, budgetierte Ausgaben für Electronic Monitoring
- Übrige	4.0	<b>0.0</b>	-4.0	

### Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
3451266	696389	<b>0</b>	2754877	-696389

#### Bemerkungen

Im Berichtsjahr wurden Fr. 696 389 für Personal über Rücklagen finanziert.



# 2207 Gemeindeamt

Im Hinblick auf die Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes genehmigte der Regierungsrat zwölf Neufassungen und zehn Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen, zwei Neufassungen und eine Änderung von Zweckverbandsstatuten sowie zwei Verträge zur Gründung einer interkommunalen Anstalt. Ausserdem nahm er von der Vereinigung dreier Schulgemeinden mit ihrer politischen Gemeinde Kenntnis. Rund 1850 Teilnehmende (Behörden und Verwaltungspersonal) konnten an rund 65 Kursen erstmals in der Umsetzung des neuen Gemeindegesetzes geschult werden. Die Kurse werden bis 2019 weitergeführt. Die Abteilung Zivilstandswesen hat im vergangenen Jahr ein Grundsatzurteil des Bundesgerichts zur zwangsweisen Durchführung einer DNA-Probenentnahme erwirkt. Diese war im Verfahren zur Anfechtung einer Kindesanerkennung vom Gericht angeordnet, vom beklagten Vater aber verweigert

worden. Das Bundesgericht hat nun festgestellt, dass die zwangsweise Durchführung einer DNA-Probenentnahme zulässig ist.

Die Anzahl der neu eingegangenen Gesuche um ordentliche Einbürgerung ist auf 7272 (+33,6%) gestiegen. Aufgrund der höheren Gesuchseingänge des Vorjahres konnte das Kantonsbürgerrecht 7483 Personen (+9,8%) erteilt werden. Das Staatssekretariat für Migration überwies 3233 (+30,5%) Gesuche zur Bearbeitung und verfügte 1771 (+11,3%) Aufnahmen in das zürcherische Bürgerrecht.

Zwecks Umsetzung der neuen Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes wurde eine totalrevidierte Bürgerrechtsverordnung entworfen, die der Regierungsrat genehmigte. Das Gemeindeamt organisierte ein Gemeindeforum zum Thema «Integration – eine gemeinsame Aufgabe», das rund 350 Personen besuchten.

## Aufgaben

- A1 Aufsicht über die rechtskonforme Organisation, Haushaltsführung und Rechnungslegung der Gemeinden und gemeinderechtlichen Organisationen
- A2 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs (vgl. Leistungsgruppe Kantonaler Finanzausgleich, Nummer 2216)
- A4 Aufsicht über das Zivilstandswesen der Gemeinden, Erfüllung der kantonalen Zivilstandsaufgaben und Bearbeitung der Namensänderungsgesuche
- A5 Aufsicht über das Bürgerrechtswesen der Gemeinden und Vollzug der kantonalen Einbürgerungen
- A6 Aufsicht über den Kindes- und Erwachsenenschutz

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Behördenschulungstage (Zielwert)	A1	34	18	<b>17</b>	-1	-5.6
L2	Anzahl Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister	A4	2492	2100	<b>2620</b>	520	24.8
L3	Anzahl erledigte Namensänderungen	A4	1115	850	<b>1200</b>	350	41.2
L4	Anzahl erledigte ordentliche Einbürgerungen	A5	5235	4500	<b>5619</b>	1119	24.9
L5	Anzahl erledigte erleichterte Einbürgerungen	A5	2731	2500	<b>2707</b>	207	8.3
B1	Durchschn. Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung	A5	2.5	3	<b>2.3</b>	-0.7	-23.3
W1	Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmer mindestens gut in %	A1	89	85	<b>93.3</b>	8.3	
W2	Durchschn. Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen; Anzahl Monate	A5	17.2	18	<b>17.2</b>	-0.8	-4.4
W3	Durchschn. Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen; Anzahl Monate	A5	4.1	4.2	<b>4.0</b>	-0.2	-4.8
W4	Durchschn. Verfahrensdauer bei Namensänderungen; Anzahl Monate	A4	1.1	2	<b>2.2</b>	0.2	10.0
W5	Anteil Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden in %	A1	95	85	<b>93</b>	8	

## Bemerkungen

- L1 Das Gemeindeamt bietet Schulungsveranstaltungen für Mitglieder von Gemeinde- sowie von Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden an. Daneben organisiert es Weiterbildungskurse für Verwaltungsfachleute. Seine Mitarbeitenden unterrichten an der Gemeindefachschule sowie an der ZHAW. Der Leistungsindikator bezieht sich ausschliesslich auf die ordentlichen Schulungsveranstaltungen, deren Zielpublikum die Gemeindebehörden sind. Während des Berichtsjahres waren im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes zahlreiche Weiterbildungsveranstaltungen durchzuführen, die sich vordringlich an Verwaltungsfachleute richteten. Sie werden vom Indikator nicht wiedergegeben. Aus personellen Gründen konnten deshalb nicht gleich viele ordentliche Behördenschulungen durchgeführt werden wie im Vorjahr.
- L2 Mit Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister korrigiert die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen fehlerhafte Einträge der kommunalen Zivilstandsämter. Wider Erwarten ist der Korrekturbedarf erneut gestiegen.

- L3 Wer seinen Vor- oder Nachnamen ändern will, muss dafür achtenswerte Gründe nennen. Die Zahl der Gesuche um Namensänderung ist erneut gestiegen. Das Gemeindeamt bemühte sich, dieser Entwicklung gerecht zu werden und erledigte deutlich mehr Gesuche als im Vorjahr. Wegen beschränkter personeller Ressourcen konnten aber nicht alle Gesuche im gewünschten Zeitraum bearbeitet werden, sodass die Zahl der Ende Jahr hängigen Verfahren auf 460 (Vorjahr: 129) zunahm.
- L4 Im ordentlichen Einbürgerungsverfahren ist das Gemeindeamt die verfahrensleitende Behörde. Die Zahl der Gesuche um ordentliche Einbürgerung stieg im Vorfeld der Anfang 2018 erfolgten bundesrechtlichen Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen. Dank des Einsatzes zusätzlicher personeller Ressourcen konnten deutlich mehr Gesuche erledigt werden als ursprünglich geplant.
- L5 Im erleichterten Einbürgerungsverfahren liegt die Verfahrensleitung bei den Bundesbehörden. Die Zahl der Gesuche um erleichterte Einbürgerung stieg im Vorfeld der Anfang 2018 erfolgten bundesrechtlichen Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen. Dank des Einsatzes zusätzlicher personeller Ressourcen konnten deutlich mehr Gesuche erledigt werden als ursprünglich geplant.
- B1 Die durchschnittliche Arbeitszeit zur Erledigung eines Gesuchs um ordentliche Einbürgerung sank um 8%. Der Zielwert von 3 Stunden wurde deutlich unterschritten.
- W1 Die teilnehmenden Personen waren nicht mit allen Schulungsveranstaltungen gleich zufrieden. Die Veranstaltung mit dem tiefsten Zufriedenheitsgrad bewerteten 82% der Teilnehmenden mit «gut» oder «sehr gut», bei der Veranstaltung mit dem höchsten Zufriedenheitsgrad waren es 97%.
- W2 Trotz vermehrter Gesuche um ordentliche Einbürgerung konnte die Verfahrensdauer dank des Einsatzes zusätzlicher personeller Ressourcen auf Vorjahresniveau gehalten werden.
- W3 Trotz vermehrter Gesuche um erleichterte Einbürgerung konnte die Verfahrensdauer dank des Einsatzes zusätzlicher personeller Ressourcen auf Vorjahresniveau gehalten werden.
- W4 Angesichts deutlich vermehrter Gesuche um Namensänderung und beschränkter personeller Ressourcen stieg die durchschnittliche Verfahrensdauer.
- W5 Das Gemeindeamt beantwortet in all seinen Tätigkeitsbereichen telefonische Anfragen von Gemeindebehörden, Verwaltungsfachleuten und Privatpersonen. Der Indikator bezieht sich ausschliesslich auf juristische Anfragen an die Abteilung Gemeinderecht. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der telefonisch erteilten Auskünfte deutlich von 728 auf 822. Trotzdem konnte fast wie im Vorjahr die weit überwiegende Zahl der telefonischen Anfragen innert 24 Stunden beantwortet werden.

### Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren</b>		
Im Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017 beurteilt der Regierungsrat Möglichkeiten zur Verminderung finanzieller Unterschiede der Gemeinden bei den Sozialkosten.	Planmässig	2019
<b>RRZ 10.2i Die kantonale Einwohnerplattform (KEP) entwickeln und betreiben</b>		
Alle Gemeinden sind an der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP) angeschlossen. Diese sollte im dritten Quartal 2018 betriebsbereit sein.	Planmässig	2018
<b>RRZ 10.4a Verordnung zum neuen Gemeindegesetz mit den Einzelheiten zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen ausarbeiten</b>		
Der Kantonsrat hat die Verordnung am 7. November 2016 genehmigt.	Abgeschlossen	2017
<b>RRZ 10.4b HRM2-Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und in allen Gemeinden implementieren</b>		
Die Kapitel wurden dem Lektorat übergeben. Das Handbuch sollte im ersten Quartal 2018 fertiggestellt und danach den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.	Planmässig	2018
<b>Jl 10.1a Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen</b>		
Der Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017 wurde am 14. Dezember 2016 vom Regierungsrat verabschiedet und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme übergeben.	Abgeschlossen	2017

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	48.7	50.2	<b>48.7</b>	-1.5	-2.9

Bemerkungen R17 zu B17

- 1.5 Aufgrund der Verzögerung der IT-Investitionen im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG) verzögerte sich auch die Anstellung der neuen Mitarbeitenden auf Mitte des Berichtsjahres.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	3.9	3.4	<b>4.3</b>	0.9	26.0
Aufwand	-9.7	-10.2	<b>-9.8</b>	0.4	3.7
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.6			
Saldo	-5.8	-6.8	<b>-5.5</b>	1.3	18.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0		<b>0.3</b>	0.3	0.0
Ausgaben	-0.0	-2.0	<b>-1.0</b>	1.0	52.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-2.0			
Saldo	0.0	-2.0	<b>-0.6</b>	1.4	68.5

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.6	A5	- Mehreinnahmen aus Gebühren für ordentliche und erleichterte Einbürgerungen.
0.2	RRZ 10.2i	- Mehrausgaben für Beratungen sowie anteilmässige Betriebskosten im Zusammenhang mit der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP)
0.2	RRZ 10.4a, RRZ 10.4b	- Mehreinnahmen aus HRM2-Fachschulungen
0.1	RRZ 10.2i	- Mehraufwand infolge Migration, Erweiterung und anteilmässige Betriebskosten der Applikation eUmzugZH in eUmzug-Verbund
0.1	A2, JI 10.1a	- Mehraufwand für den Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2017
0.1	A1, A2, A4, A5, A6	- Mehraufwand für das Gemeindeforum und das Projekt Gemeinden 2030
0.1	A1, RRZ 10.4a, RRZ 10.4b	- Mehraufwand HRM2-Kickoff- und -Fachveranstaltungen, Gerichts- und Rechtsmittelkosten
0.1	A4, A5, RRZ 10.4a, RRZ 10.4b	- Mehreinnahmen aus Projekt Einführung HRM2 für die Katholische Kirchgemeinde Zürich, Dienstleistungserträge
-0.2	RRZ 10.2i	- Minderaufwand aufgrund der Verzögerung der IT-Investitionen im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG). Dadurch erfolgten die Anstellungen der neuen Mitarbeitenden erst ab Mitte 2017
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.0	<b>-0.6</b>	1.4	
- IT-Investitionen im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG)				- Anteil der IT-Investitionsausgaben im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerwesen (MERG).
- Übrige	-2.0	<b>-0.6</b>	1.4	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
53576	26905	<b>0</b>	26671	-26905

### Bemerkungen

Verwendung für Personalanlässe und für Vergünstigungen für das Personal.

# 2216 Kantonaler Finanzausgleich

Drei Gemeinden reichten für das Jahr 2018 ihre Budgets ein und beantragten individuellen Sonderlastenausgleich im Umfang von rund 0,9 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachdirektionen und des Fachbeirates sicherte das Gemeindeamt Beiträge von rund 0,7 Mio. Franken zu. Die hängigen Rechtsmittel wurden vom Verwal-

tungsgericht mehrheitlich zugunsten der Gemeinden entschieden. Die zugesicherten Beiträge erhöhten sich dadurch um rund 1,7 Mio. Franken. Die Abgeltung der Zentrumslasten für Zürich und Winterthur beliefen sich auf 401,1 Mio. bzw. 83,7 Mio. Franken.

## Aufgaben

A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleiches mit den folgenden fünf Instrumenten: 1) Der Ressourcenausgleich vermindert die grossen Steuerkraftunterschiede, welche die Hauptursache für die unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden sind. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt. 2) Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren. 3) Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und schwieriger Topografie aus. 4) Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen. 5) Der Zentrumslastenausgleich gleicht den Städten Zürich und Winterthur die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten ab.

## Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W1 Ressourcendisparität vor Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	10556	11308	<b>11308</b>	0	-0.0
W2 Ressourcendisparität nach Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	3021	3209	<b>3209</b>	0	0.0
W3 Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	A1	42.84	42	<b>42.39</b>	0.39	
W4 Ausgleichsvolumen in Mio. Fr.	A1	1148	1192	<b>1168</b>	-24	-2.0

## Bemerkungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt sich in der Differenz der Steuerkraft pro Einwohner zwischen der ressourcenstärksten und -schwächsten Gemeinde aus. Der Wert von Fr. 11 308 ist eher hoch und zeigt vor allem, dass ressourcenstarke Gemeinden ihre Werte weiter erhöhen konnten.
- W2 Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität verringert werden. Die Reduktion der Disparität von Fr. 11 308 (vor Finanzausgleich) auf Fr. 3209 (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs.
- W3 Der Wert zeigt die Differenz der notwendigen Steuerfüsse zur Deckung des Normaufwandes (Fr. 3000 indexiert; aktuell bei 2919.39) zwischen der steuergünstigsten und der am stärksten steuerbelasteten Gemeinde nach dem Ressourcenausgleich. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten eine Mindestangleichung der Ressourcen und somit einen garantierten ressourcenbedingten Steuerfuss.
- W4 Das Volumen zeigt den Bruttoaufwand des Finanzausgleichs und hat sich gegenüber dem Budget nur unwesentlich verändert. Grössere Veränderungen ergaben sich beim individuellen Sonderlastenausgleich.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	728.3	765.1	<b>765.1</b>	-0.0	-0.0
- Ressourcenabschöpfung	716.3	753.0	<b>753.0</b>	0.0	0.0
- Beitrag aus Strassenfonds	12.0	12.1	<b>12.1</b>	-0.0	-0.0
Aufwand	-1147.5	-1193.9	<b>-1167.8</b>	26.1	2.2
- Ressourcenzuschuss	-620.7	-662.5	<b>-662.5</b>	-0.0	-0.0
- Zentrumslastenausgleich	-491.0	-484.8	<b>-484.8</b>	0.0	0.0
- Geografisch-topografischer Sonderlastenausgleich	-20.9	-20.3	<b>-20.3</b>	-0.0	-0.0
- Demografischer Sonderlastenausgleich	-7.7	-6.6	<b>-6.6</b>	0.0	0.0
- Übergangsausgleich	6.8	-1.6	<b>0.6</b>	2.2	138.1
- Individueller Sonderlastenausgleich	-11.4	-16.0	<b>7.4</b>	23.4	146.5
- Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung	-2.6	-2.0	<b>-1.6</b>	0.4	20.9
- Steuerfussausgleichsbeiträge					
Saldo	-419.2	-428.8	<b>-402.7</b>	26.1	6.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
26.1		Abweichungen total R17 zu B17
25.3	A1	- Die Veränderungen ergaben sich einerseits bei der Rückerstattung des individuellen Sonderlastenausgleichs, 10.9 Mio. Franken anstelle der budgetierten 0.0 Mio. Franken, andererseits bei dessen Zusage von 3.5 Mio. Franken statt der budgetierten 16 Mio. Franken.
0.8		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
0	0	<b>0</b>	0	0

# 2217 Abwicklung Investitionsfonds

Mit Einführung des neuen Finanzausgleichsgesetzes auf den 1. Januar 2012 werden keine Investitionsbeiträge mehr bewilligt. Die letzten Investitionsbeiträge wurden 2016 ausbezahlt, sodass im Berichtsjahr nur noch Verzinsung und Abschreibung des Fonds weiterlaufen.

## Aufgaben

- A1 Die Zielsetzung orientiert sich an den im per 31.12.2013 aufgelösten Investitionsfonds definierten Aufgaben: Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates.
- A2 Die Leistungsgruppe "Abwicklung Investitionsfonds" dient der Auszahlung der bereits gesprochenen Investitionsbeiträge, deren Bilanzierung sowie Abschreibung und Verzinsung.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-5.4	-4.5	<b>-4.5</b>	0.0	0.6
- Abschreibungen	-5.0	-4.2	<b>-4.2</b>	0.0	0.8
Saldo	-5.4	-4.5	<b>-4.5</b>	0.0	0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.4				
Saldo	-0.4				

# 2221 Handelsregisteramt

Im August des Berichtsjahres konnte die neue Fachapplikation für die Geschäftsbearbeitung (CR-Business) in Betrieb genommen werden. Die Software ist bereits in 21 Kantonen im Einsatz – das Handelsregisteramt Kanton Zürich ist jedoch das einzige Amt, das einen digitalisierten Workflow hat. Eine ressourcenintensive Herausforderung war der Zugriff von gleichzeitig 60 Personen auf die webbasierte Plattform und die damit verbundene hohe Auslastung der Datenbank. Zudem war die Einbindung des digitalisierten Workflows einzigartig und musste in enger Zusammenarbeit zwischen dem Softwarelieferanten und den Endnutzern erfolgen, um die Benutzerbedürfnisse bestmöglich abzudecken. Firmenkonten im Kanton Zürich nahmen entgegen dem gesamt-

schweizerischen Trend um rund 4% ab (Schweiz +5%). Im Berichtsjahr erhöhte sich die Anzahl der eingetragenen, aktiven Firmen um 3108 auf 108144. Damit haben über 17% aller Unternehmen in der Schweiz ihren Sitz im Kanton Zürich. Den stärksten Zuwachs zeigten die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (+1867). Damit ist diese im Kanton Zürich erstmals Spitzenreiterin mit 34846 aktiven Gesellschaften. Mit geringem Abstand folgen die Aktiengesellschaften mit 33821 und die Einzelunternehmen mit 28283 aktiven Firmen. Diese drei Rechtsformen machen rund 90% aller eingetragenen aktiven Firmen aus. Die Kommanditgesellschaft war im Berichtsjahr die einzige Rechtsform mit einer Bestandesabnahme.

## Aufgaben

- A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	A1	336809	342000	<b>345686</b>	3686	1.1
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	A1	26410	21000	<b>25237</b>	4237	20.2
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	A1	46216	44000	<b>45583</b>	1583	3.6
L4	Anzahl Registerauskünfte	A1	52407	52000	<b>50767</b>	-1233	-2.4
L5	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen in % (Zielwert)	A1	100	80	<b>100</b>	20	
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt in %	A1	123	112	<b>123</b>	11	
W2	Periodische Kundenumfrage bezügl. Zufriedenheit, 3-jährlich Gesamtwertung	A1			-		
W3	Revisionsbericht EHRA	A1	sehr gut		-		
W4	Kundenumfrage: Beratungsqualität	A1			-		

### Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.  
 L2 Die hohe Anzahl Rechtsauskünfte ist insbesondere auf die Inanspruchnahme kostenloser Fachauskünfte zurückzuführen.  
 L3 Die Anzahl Eintragungen ins Tagesregister liegt über Budget, ist jedoch gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.  
 L4 Die Anzahl Registerauskünfte liegt leicht unter Budget und Vorjahr.  
 L5 Die Überprüfung des Registers konnte vollumfänglich durchgeführt werden.

## Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>2221 10a Aktuell nachgeführtes und wahres Register</b> Im Berichtsjahr wurden systematisch Bereinigungen durchgeführt und amtliche Verfahren eingeleitet.	Planmässig	2020
<b>2221 10b Neu: Einführung neue Handelsregistersoftware (CR-Business)</b> CR-Business wurde im Berichtsjahr erfolgreich eingeführt.	Abgeschlossen	2017

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	56.4	58.0	<b>57.6</b>	-0.4	-0.6

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.0	12.6	<b>13.1</b>	0.6	4.5
Aufwand	-10.6	-11.3	<b>-10.7</b>	0.6	5.1
Saldo	2.4	1.3	<b>2.5</b>	1.1	86.8

**Direktion der Justiz und des Innern  
Leistungsgruppe 2221**

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

**Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R17 zu B17
0.6	A1	- Höherer Geschäftseingang führte zu höheren Gebühreneinnahmen.
0.4	A1	- Tieferer Sachaufwand (insbesondere weniger tatsächliche Forderungsverluste und tiefere Wertberichtigung auf Forderungen)
0.1		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
323737	0	0	323737	0



# 2223 Statistisches Amt

Im Berichtsjahr stimmte die Bevölkerung an drei Sonntagen über sieben eidgenössische und sieben kantonale Vorlagen ab. Seit Ende April des Berichtsjahres bietet das Statistische Amt mit der «Züri stimmt App» die Abstimmungsergebnisse auch in optimaler Form für unterwegs an. Die erste App des Statistischen Amtes hat bereits mehr als 5000 aktiv Nutzende. Die Webseite des Statistischen Amtes hat erneut einen starken Besucherzuwachs verzeichnet und unterstreicht somit die Attraktivität der veröffentlichten Angebote. Der im März des Berichtsjahres erstellte Twitter-Account @statistik\_zh zählte Ende Jahr bereits 635 Follower und generierte in den letzten zwei Monaten jeweils über 50000 Impressionen. Ende August wurde mit dem RRB Nr. 776/2017 die Schaffung der Fach- und Koordinationsstelle OGD (Open Government Data) beschlossen, die Anfang 2018 die Arbeit aufnehmen wird. Das Statistische Amt publizierte unter anderem Analysen zum Verkehrsverhalten der Bevölke-

runge, zum Geburten- und Wanderungsgeschehen und zum Wohnflächenverbrauch. Der Liegenschaftsmarkt und ein Bodenpreismodell bildeten einen weiteren Schwerpunkt der analytischen Tätigkeit. Für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnte ein Monitoring der Firmenzu- und -wegzüge und der Gewerbeflächen aufgebaut werden. In einem Auftrag des Amtes für Raumentwicklung (ARE) wurden kleinräumige raumplanerische Grundlagendaten aufbereitet und die Verwendung des Bodenpreismodells im Rahmen des Mehrwertausgleichs bei Um- und Aufzonungen vertieft geprüft. Der Bereich Befragungen und Sozialhilfestatistik führte 19 Befragungen für kantonale Stellen, Gemeinden, öffentlich-rechtliche und gemeinnützige Institutionen durch, wovon sieben Benchmarkingprojekte. Im Auftrag des Bundesamtes für Statistik (BFS) wurde in fünf Kantonen die Datenerhebung für die Sozialhilfestatistik durchgeführt. Erstmals wurden auch die Sozialhilfeempfänger im Asyl- und Flüchtlingsbereich erfasst.

## Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich
- A2 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen
- A3 Kundenspezifische Dienstleistungen (Auswertungen, Studien, Befragungen)

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L3 Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (Zielwert)	A1	18	18	<b>18</b>	0	0.0
L5 Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 1000 je Fall (Zielwert)	A3	113	100	<b>152</b>	52	52.0
B1 Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten) in %	A3	118.2	100	<b>102</b>	2	
W1 Anzahl Berichte in den Medien über statistische Analysen	A1	85	80	<b>94</b>	14	17.5
W3 Beurteilung des Angebots (Web, Publikationen, Dienstleistungen) durch Nutzer (Anteil zufriedener Nutzer in %)	A1		75	<b>75</b>	0	
W4 Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	A1		2	<b>1</b>	-1	-50.0
W5 Zufriedenheitsgrad der beteiligten Instanzen bei Wahlen und Abstimmungen in %	A2		90	<b>-</b>		
W6 Zufriedenheitsgrad der Kunden in %	A3		75	<b>97</b>	22	
W7 Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeinderesultates)	A2	2.5	5	<b>2</b>	-3	-60.0

### Bemerkungen

- W5 Da im Berichtsjahr keine Gemeindegemeinschaften stattfanden, wurde auf die Befragung verzichtet.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 2223 10a Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen

Zunehmend stehen Mehrjahresdatensätze aus kantonalen Registern (z.B. Einwohner- und Gebäuderegister) und den Erhebungen des Bundesamtes für Statistik zur Verfügung. Diese erlauben es, Themengebiete inhaltlich und räumlich detaillierter zu analysieren und entsprechend Mehrwert zu schaffen.

Stand bis  
Planmässig 2019

### 2223 10b Ausbau des Statistikangebots auf Internet

Die Datenbestände des Statistischen Amtes wurden weitgehend harmonisiert und liegen nun datenbankgestützt vor. Dies ermöglicht einen standardisierten Zugriff über Applikationen und Tools, die laufend technologisch modernisiert und im Internet aufgeschaltet werden.

Planmässig 2019

### 2223 10c E-Voting

Im Vorprojekt «Flächendeckendes E-Voting» (RRB Nr. 551/2016) wurde mit den Gemeinden die bevorzugten Rahmenbedingungen für ein flächendeckendes E-Voting erarbeitet. Der Bericht wurde in der Kommission für Staat und Gemeinden und auf Wunsch den Kantonsratsfraktionen vorgestellt.

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	27.9	29.0	<b>25.8</b>	-3.2	-11.0

Bemerkungen R17 zu B17

B17 zu R17 Der Stellenplan war nicht durchgehend vollständig ausgeschöpft. Zudem ist im Budget 2017 eine Stelle als Praktikant/in enthalten.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	0.8	0.8	<b>1.0</b>	0.1	13.1
Aufwand	-6.7	-6.3	<b>-5.8</b>	0.5	7.9
Saldo	-5.9	-5.4	<b>-4.8</b>	0.6	11.2

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R17 zu B17
0.2		- Weniger Lohnaufwand
0.2	A2	- Wegfall eines Abstimmungstermins
0.1	A3	- Mehr Ertrag
0.1		- Übrige Abweichungen

## Rücklagen

	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	0	<b>0</b>	173655	0

# 2224 Staatsarchiv

Die Aushubarbeiten für Bau 3 des Staatsarchivs verzögerten sich aufgrund von geologischen Schwierigkeiten um rund drei Monate; entsprechend wird sich die Eröffnung auf Herbst 2019 verschieben. Die Unterstützung von Betroffenen von fürsorglichen Zwangsmassnahmen hat sich auf hohem Niveau stabilisiert; die Forschungsarbeiten zu Zwangsmassnahmen im Kanton sind auf Kurs. Das Pilotprojekt «Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden» verläuft weiterhin erfolgreich. Das Angebot wird deshalb 2019 verstetigt, wobei kaum die ganze Nachfrage gedeckt werden wird. Die Verordnung über die Informationsverwaltung und -sicherheit (IVSV) steht vor der Verabschiedung durch den Regierungsrat. Die Übernahme wichtiger Bestände privater Herkunft ist auf gutem Niveau stabil geblieben. Der Abbau

der Restanzen Zwischenarchiv kann zu wenig schnell vorangetrieben werden. Zusätzliche Ressourcen im Bereich Aktenerschliessung sind deshalb zwingend. Die neuen Online-Werkzeuge für die Kunden (z.B. Quickaccess) sind sehr beliebt. Die Benutzungszahlen aller Segmente (historisch Interessierte, Betroffene von Zwangsmassnahmen, Wissenschaftler/innen usw.) vor Ort und online entwickeln sich weiter positiv. Der Umfang der konservatorisch aufbereiteten Bestände steigt weiter an. Um die Lesbarkeit aller Unterlagen weiterhin zu gewährleisten, sind die Ressourcen im Bereich Beständeerhaltung etwas zu knapp. Das Projekt Transkription der RRB konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Nun steht noch die Online-Publikation des Amtsblatts bevor. Die weiteren Editionsprojekte verlaufen erfolgreich.

## Aufgaben

- A1 Überlieferungsbildung: Bildung und Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten (Bewertung und Übernahme der angebotenen Akten)
- A2 Aktenerschliessung: Erschliessung der übernommenen Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
- A3 Individuelle Kundendienste, Editionsprojekte: Gewährleistung bzw. Herstellung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
- A4 Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Gemeindearchivberatungen pro Jahr	A1, A2, A3, A4	52	50	<b>49</b>	-1	-2.0
L2	Anzahl Ablieferungen anbietepflichtiger Stellen	A1	114	70	<b>86</b>	16	22.9
L3	Anzahl Ablieferungen nicht anbietepflichtiger Stellen	A1	31	20	<b>30</b>	10	50.0
L4	Abgelieferte Akten anbietepflichtiger Stellen in Laufmetern	A1	884	700	<b>723</b>	23	3.3
L5	Abgelieferte Akten nicht anbietepflichtiger Stellen in Laufmetern	A1	141	100	<b>92</b>	-8	-8.0
L6	Erschlossene, im Durchschnitt der letzten 4 Jahre abgelieferte Unterlagen + 400 Laufmeter Restanzen in % (ab 2017)	A2	88	100	<b>65</b>	-35	
L7	Nacherschliessungen von Endarchivbeständen in Laufmetern	A2	199	200	<b>337</b>	137	68.5
L8	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen	A3	1926	2000	<b>2224</b>	224	11.2
L9	Anzahl online publizierter Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse (Projektende 2017)	A3	54182	40000	<b>195033</b>	155033	387.6
L10	Anzahl online edierter Rechtsquellen (Projektende Teilprojekt 1 2018)	A3	126	600	<b>100</b>	-500	-83.3
L11	Konservierte/restaurierte Bestände in Laufmetern	A4	467	200	<b>448</b>	248	124.0
L12	Konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände (bestellbare Einheiten)	A4	30230	5000	<b>3291</b>	-1709	-34.2
B1	Anteil Ablieferungen mit elektronischen Metadaten, die für die Aktenerschliessung direkt verwendbar sind, in %	A1	26	30	<b>34</b>	4	
B2	Innerhalb einer Woche beantwortete schriftliche Anfragen in %	A3	96	90	<b>95</b>	5	
B3	Innerhalb von 3 Monaten katalogisierte Neuzugänge in der Bibliothek in %	A3	81	90	<b>98</b>	8	
B4	Verfügbarkeit des Online-Archivkataloges und des Online-Bestellschalters in %	A3	98	98	<b>98</b>	0	
W1	Anzahl Nennungen in den Medien (Reichweite; in Mio.)	A1, A2, A3, A4	6.6	3	<b>2.2</b>	-0.8	-26.7
W2	Pilotprojekt Gemeinden: Erfüllungsgrad der Dienstleistungsverträge mit den 10 Pilotgemeinden in %	A1, A2, A3, A4	93	95	<b>94</b>	-1	

## Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2224

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
W3	Positive Rückmeldungen der anbietepflichtigen Stellen in Bezug auf die Dienstleistungen in den Bereichen Records Management und Ablieferungsprozess in %	A1		90	100	10	
W4	Verbesserung der durchschnittlichen Überlieferungslage aller anbietepflichtigen Stellen in %	A1		8	7.1	-0.9	
W5	Brauchbarkeit und Zweckmässigkeit neu erarbeiteter und überarbeiteter elektronischer Findmittel in %	A2		90	90	0	
W6	Zufriedenheit der externen Kunden mit den Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg in %	A3		90	-		
W7	Zufriedenheit der externen Kunden mit der Qualität und der Verfügbarkeit des Online-Angebots in %	A3		90	-		
W8	Anzahl Recherchen auf Online-Datenbank	A3	718930	300000	2024000	1724000	574.7
W9	Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen in %	A4	100	100	100	0	

### Bemerkungen

L2	Mehrfachablieferungen grosser Partner mit mehreren Standorten (USZ, AWA, AJB, MBA); separate Ablieferungen elektronischer Akten
L3	Grosse Abhängigkeit von Angeboten, daher schwer beeinflussbar; häufig sehr kleine Ablieferungen
L6	Erhöhte Mengen an Unterlagen aus den Ablieferungsjahren 2014 und 2016 (Aufhebung Ablieferungsstopp für Patientendokumentationen), zu wenig personelle Ressourcen für die Erschliessung
L7	Nacherschliessungen Akten Notariatswesen (Projekt Notariatsbestände) und Zivilstandsämter
L9	Übergang von Publikation handschriftlicher Beschlüsse zu Publikation gedruckter Beschlüsse, deren Aufbereitung ist mit wesentlich geringerem Aufwand verbunden.
L10	Anpassung der Projektplanung bzw. Änderung der Messmethode
L11	Restaurierung Bücher (sehr grosse Anzahl, viele Laufmeter), für Restaurierung/Konservierung von Akten und AV-Medien stehen insgesamt zu wenig personelle Ressourcen zur Verfügung.
L12	Die Anzahl konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände steht in direktem Zusammenhang mit den erschlossenen AV-Medien, zu wenig personelle Ressourcen für die Erschliessung.
W6	Aus Ressourcengründen nicht erhoben (grosser Aufwand für Anfragen Betroffener Fürsorgerischer Zwangsmassnahmen)
W7	Aus Ressourcengründen nicht erhoben (grosser Aufwand für Anfragen Betroffener Fürsorgerischer Zwangsmassnahmen)
W8	Starke Erhöhung Anzahl online verfügbarer Dateien (Projekt Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803), deshalb stark verbessertes Angebot und grosse Nachfrage

### Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>Jl 10.3a Durchführung Pilotprojekt Gemeindearchive</b> Die Projektarbeiten sind weit vorangeschritten, diese sind auch im Berichtsjahr auf gutes bis sehr gutes Echo gestossen.	Planmässig	2018
<b>Jl 10.2b Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen</b> Der Entwurf für eine Verordnung über die Informationsverwaltung und -sicherheit (IVSV) ist verabschiedungsreif. Zahlreiche Direktionen wurden bei der Umstellung auf elektronische Geschäftsverwaltung unterstützt.	Planmässig	2020
<b>Jl 10.2c Archivierung elektronischer Unterlagen</b> Durch die Neuausrichtung auf eine gemeinsame Lösung für Kanton und Gemeinden leicht verzögert.	Verzögert	2020
<b>2224 2a Betrieb von Lehrstellen in den Bereichen Handbuchbinderei, Information und Dokumentation</b> Die ersten Lehrabschlüsse in den Bereichen Handbuchbinderei und Information und Dokumentation wurden erfolgreich durchgeführt.	Planmässig	2017
<b>2224 10a Projektierung/Realisierung Bau 3: Am 21.03.16 bewilligte der Kantonsrat den Objektkredit (KRB 5211a). Die Bauphase findet 2017/2018 statt, der Bezug ist für März 2019 und die Eröffnung für Mai 2019 geplant.</b> Infolge geologischer Probleme gab es eine dreimonatige Verzögerung, der Bezug ist für Sommer 2019 und die Eröffnung für Herbst 2019 geplant.	Planmässig	2018
<b>2224 10b Aktenschliessung Akten 20./21. Jh</b> Die vorhandenen Ressourcen reichen nicht für die planmässige Zielerreichung.	Verzögert	2020
<b>2224 10c Abbau Restanzen Zwischenarchiv</b> Die vorhandenen Ressourcen reichen nicht für die planmässige Zielerreichung.	Verzögert	2020

**2224 10d Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für korrespondierende Kundschaft**

Die Begleitung von Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen ist mit erheblichen Mehrarbeiten verbunden. Planmässig 2020

**2224 10e Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter)/Koppelung mit Portal Museum**

Weitere Bestände konnten mit QuickAccess besser zugänglich gemacht werden, was zu steigenden Nutzungszahlen geführt hat. Planmässig 2020

**2224 10f Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellenserien**

Das Projekt Transkription und Digitalisierung der Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse konnte abgeschlossen werden. Abgeschlossen 2020

**2224 10g Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen**

Das Volumen konservatorisch behandelter Unterlagen ist weiter gewachsen. Um das Ziel trotzdem vollständig zu erreichen, sind die Ressourcen nicht ganz ausreichend. Planmässig 2020

**2224 10h Betrieb Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien**

Das Kompetenzzentrum ist intern und extern gefragt. Die erbrachten Leistungen sind essenziell für den Fortgang der Geschäfte. Planmässig 2020

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	54.4	57.9	<b>53.6</b>	-4.4	-7.5

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Im Beschäftigungsumfang R17 sind Lernende und Praktikanten im Umfang von 4.4 Stellen nicht miteinberechnet (B17 schon).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.0	1.3	<b>2.5</b>	1.2	92.0
Aufwand	-12.5	-8.8	<b>-9.8</b>	-1.0	-11.0
Saldo	-7.5	-7.5	<b>-7.3</b>	0.2	3.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			<b>2.0</b>	2.0	0.0
Ausgaben	-0.6	-10.0	<b>-3.9</b>	6.1	60.7
Saldo	-0.6	-10.0	<b>-1.9</b>	8.1	80.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R17 zu B17
0.1		- Weniger Zinsen Bau 3
0.1	A1, A2, A3, A4	- Weniger Unterhalt Liegenschaft und Anschaffungen Maschinen/Geräte
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-10.0	<b>-1.9</b>	8.1	
- Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019)	-10.0	<b>-1.9</b>	8.1	- Aufwand Bau 3: 3.8 Mio. (Budgetabweichung: 3-monatige Bauverzögerung infolge geologischer Probleme) / Subventionen für Kulturgüterschutz Bau 3: 2.0 Mio. / Ersatz Beleuchtung und Tische Bibliothek: 0.1 Mio.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
156982	0	<b>0</b>	156982	0

## 2232 Fachstelle Opferhilfe

Insgesamt wurden an Opfer und Angehörige finanzielle Leistungen im Umfang von Fr. 3731386 (Vorjahr: Fr. 3534886) erbracht. Mittels Regress auf Täter konnten Rückforderungen von Fr. 138046 (Vorjahr: Fr. 166409) erhältlich gemacht werden.

Die anerkannten Opferberatungsstellen erhielten Staatsbeiträge im Umfang von Fr. 6166430 (Vorjahr: Fr. 5865854) als Abgeltung für ihre Leistungen. Für die Beratung von Opfern mit ausserkantonalem Wohnsitz hat der Kanton Einnahmen von Fr. 445014 (Vorjahr: Fr. 302706) netto erzielt. Gestützt auf Art. 14 des Bundesgesetzes vom 30. September 2016 über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 wurde die Leistungs-

vereinbarung mit der Opferberatung Zürich erweitert, um die Beratung und Unterstützung von Betroffenen gewährleisten zu können. Unter der Leitung der Kantonalen Opferhilfestelle wurde mit elf Partnerorganisationen im Bereich des Menschenhandels eine Vereinbarung betreffend die Zuständigkeiten für die Beratung und Betreuung von Opfern von Menschenhandel im Kanton Zürich abgeschlossen. Die Kantonale Opferhilfestelle hat bei der Medienkonferenz der Kantonspolizei zum 10-Jahr-Jubiläum des Gewaltschutzgesetzes und an einer Tagung des Bundesamtes für Justiz zum 25-Jahr-Jubiläum des Opferhilfegesetzes mitgewirkt. Zudem war sie in verschiedenen inner- und interkantonalen Gremien und Arbeitsgruppen tätig.

### Aufgaben

- A1 Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe  
A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

### Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl neu eröffnete Opferhilfverfahren	A1	628	580	<b>512</b>	-68	-11.7
L2	Anzahl beurteilte Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe	A1	624	600	<b>532</b>	-68	-11.3
L3	Anzahl neu eröffnete Beschwerdeverfahren	A1	10	10	<b>9</b>	-1	-10.0
L4	Anzahl neu eröffnete Regressverfahren	A1	64	50	<b>46</b>	-4	-8.0
L5	Anzahl abgeschlossene Leistungsverträge mit Beratungsstellen (alle 2 Jahre)	A2		9	<b>8</b>	-1	-11.1
B2	Kosten je Opferhilfverfahren im Durchschnitt in Fr. (inkl. Leistungen an Opfer)	A1	3896	5800	<b>5994</b>	194	3.3
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung) in Monaten, ab 2011 als Wirkungsindikator	A1	1.5	2	<b>1.1</b>	-0.9	-45.0
W2	Durchschnittliche Anzahl Beratungsfälle pro Berater/in à 100 Stellenprozent, ab 2011	A2	240	230	<b>255</b>	25	10.9

### Bemerkungen

- L1, L2, Die Beratungsstellen sind im Rückstand bei den Gesuchseinreichungen wegen hoher Belastung mit Beratungsdienstleistungen. Somit konnten auch weniger Gesuche bearbeitet werden, was wiederum zu einer kürzeren Bearbeitungszeit führte.
- L4 Durch die Verlagerung der Opferhilfebeiträge von Genugtuung/Entschädigung hin zu Kostenersatz/Soforthilfe ergeben sich weniger Rechtsöffnungstitel für den Rückgriff auf die Täterschaft.
- L5 Durch den Zusammenschluss zweier Beratungsstellen sind es neu nur noch 8 anerkannte Opferberatungsstellen.
- B2 Infolge der deutlich tieferen Anzahl beurteilter Gesuche resultieren höhere durchschnittliche Kosten pro Opferhilfverfahren.

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	6.2	6.0	<b>6.0</b>	0.0	0.0

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		1.4	1.3	<b>0.8</b>	-0.5	-38.6
Aufwand		-11.1	-11.6	<b>-11.1</b>	0.5	4.5
Saldo		-9.7	-10.3	<b>-10.3</b>	0.0	0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
0.4	A1	- Höheren Abschreibungen von Forderungsverlusten steht die Auflösung von Wertberichtigungen gegenüber.
0.1	A2	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter und Beratungshonoraren
0.1	A1	- Höhere Leistungsabgeltung durch andere Kantone
0.1	A2	- Höhere Beiträge an die Beratungsstellen gemäss Leistungsvereinbarungen
-0.7	A1	- Weniger Rechtsöffnungstitel für den Rückgriff auf Täterschaft sowie Fakturierungsstopp ab November des Berichtsjahres infolge Einführung von SAP CML
0.0		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
34 116	3 722	<b>4 000</b>	34 394	278

Bemerkungen

Es wurden vermehrt Leistungen durch die Mitarbeitenden der Fachstelle erbracht, statt Dritte damit zu beauftragen, was u.a. zum tieferen Aufwand für Dienstleistungen Dritter beitrug.

# 2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Die Fachstelle für Gleichstellung (FFG) organisierte die erste «vo Züri für Züri»-Tagung im Rahmen der «Diversity & Inclusion»-Konferenz. Die FFG hat lokale Unternehmen beraten und leistete einen wichtigen Beitrag zur Standortförderung. Sensibilisiert und thematisiert wurden flexible Arbeitsmodelle, Vereinbarkeit von Beruf und Privat und nachhaltiges Generationenmanagement.

Im Rahmen der Polistage am Mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium Rämibühl führte die FFG im September zum dritten Mal einen dreitägigen Workshop zum Thema Lohngleichheit durch. Die vier Gruppen kreierten animierte Videoclips zu einem von ihnen recherchierten Aspekt der Thematik. In Kooperation mit «Great Place to Work» und

der Standortförderung zeichnete die FFG die vereinbarkeitsfreundlichsten Arbeitgebenden im Kanton mit dem «Prix Balance ZH» aus. Bei den Arbeitgebenden, die dieses Jahr mitgemacht haben, arbeiten insgesamt rund 10000 Personen. Im Rahmen der Berufsmesse Zürich konnten junge Menschen im Berufswahlprozess ermuntert werden, ihre Rollenbilder zu überdenken. Begrüsst wurden 1222 Jugendliche, 197 Eltern und 68 Lehrpersonen. Zudem führte die FFG verschiedene Workshops durch zu den Themen Chancengleichheit, Lohn- und Laufbahnentwicklung, sexuelle Belästigung und Diskriminierung am Zentrum Ausbildung Gesundheit (ZAG) in Winterthur, an der Zürcher Polizeischule und im Rahmen des nationalen Zukunftstages.

## Aufgaben

- A1 Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (Zielwert)	A1	16	15	<b>18</b>	3	20.0
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (Zielwert)	A2	9	11	<b>13</b>	2	18.2
L3	Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.; Zielwert)	A1, A3	25.5	20	<b>28</b>	8	40.0
W1	Einbezug der Fachstelle durch öffentliche Verwaltungen und Bildungsinstitute	A1, A2	7	10	<b>5</b>	-5	-50.0
W2	Einbezug der Fachstelle durch Arbeitgebende	A1, A3	14	35	<b>62</b>	27	77.1
W3	Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf websites pro Jahr	A1, A3	19750	19200	<b>25 600</b>	6400	33.3

## Bemerkungen

- W3 Im Budget 2017 wurde für B17 irrtümlich der Wert pro Monat (1 600) statt pro Jahr (19 200) erfasst. Dies wurde im vorliegenden Geschäftsbericht korrigiert.
- W1, W2 Die Fachstelle wurde im Berichtsjahr vermehrt von kleineren Unternehmen beigezogen, hingegen weniger durch kantonale Stellen.
- L1, L2, L3 Der höhere Grad an Einbezug bei Arbeitgebenden schlägt sich auch in der Zunahme bei den Leistungsindikatoren nieder.

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3.1	3.2	<b>3.1</b>	-0.2	-4.7

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0	0.0	<b>0.1</b>	0.0	48.2
Aufwand		-0.9	-0.8	<b>-0.9</b>	-0.1	-6.8
Saldo		-0.8	-0.8	<b>-0.8</b>	-0.0	-4.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.0		Abweichungen total R17 zu B17
-0.0	A1, A3	- Aufgrund des Aufgabenzuwachses (siehe Indikatoren) und der knappen personellen Ressourcen musste vermehrt auf externe Unterstützung zurückgegriffen werden.
0.0		- Übrige Abweichungen



**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016  
plus Bildung 2016  
14453

Verwendung  
2017  
2414

**Antrag Bildung 2017**  
**(verbucht 2018)**  
**0**

Bestand 31.12.2017  
plus Bildung 2017  
12039

Veränderung Bestand  
-2414

# 2234 Fachstelle Kultur

Auf Grundlage des Kulturförderungsgesetzes von 1970 richtet die Fachstelle Kultur Subventionen an öffentliche und private Kulturinstitute aus, unterstützt kulturelle Veranstaltungen von Gemeinden und vergibt Beiträge an einzelne Kulturschaffende und Projekte. Als Leitfaden dient das 2015 verabschiedete Leitbild Kulturförderung.

Den Kulturpreis 2017 vergab der Regierungsrat an den Leiter des Unionsverlages Lucien Leitess. Mit der Goldenen Ehrenmedaille zeichnete er das sogar Theater, geleitet von Peter Brunner und Doris Aebi, aus. Erstmals konnte der Regierungsrat zudem zwei Förderpreise vergeben: ausgezeichnet wurden die Musikerin Evelinn Trouble und der Bildende Künstler Reto Boller.

Für über 100 Kulturbetriebe und kulturelle Institutionen sowie für über 70 kommunale Kulturprogramme wurden Subventionen von rund 99,9 Mio. Franken ausgerichtet. Im Bereich der Projekt- und Personalförderung sind 1461 Dossiers (beinahe 50% mehr als im Vorjahr) eingegangen, die von der kantonalen Kulturförderungskommission geprüft und in 737 Fällen ganz oder teilweise gutgeheissen wurden.

Mit dem Ziel, möglichst breiten Bevölkerungskreisen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen, fördert der Kanton Zürich neu auch Vorhaben im Bereich der Kulturellen Teilhabe. Im Rahmen der Umsetzung dieses Schwerpunkts vergab die Fachstelle Kultur erstmals drei Anerkennungsbeiträge an FAHR.WERK.ö!, Ox & Öl sowie an das MAXIM Theater.

## Aufgaben

- A1 Unterstützung von kulturellen Werken und künstlerisch Begabten.
- A2 Unterstützung öffentlicher und privater Kulturinstitutionen und -organisationen.
- A3 Subventionierung von professionellen kommunalen Kulturprogrammen.
- A4 Mitfinanzierung des Opernhauses Zürich (Kostenbeitrag Betrieb, Kostenanteil Bauunterhalt und Subvention Bauvorhaben).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl unterstützte Vorhaben zeitgenössischer künstlerischer Produktion (Zielwert)	A1	633	450	<b>737</b>	287	63.8
L2	Anzahl unterstützte öffentliche und private Kulturinstitutionen (Zielwert)	A2	96	90	<b>106</b>	16	17.8
L3	Anzahl unterstützte kommunale Kulturprogramme (Zielwert)	A3	64	50	<b>71</b>	21	42.0
L4	Opernhaus Zürich: Anzahl Aufführungen Hauptbühne (Zielwert)	A4	260	200	<b>252</b>	52	26.0
L5	Opernhaus Zürich: Anzahl Premieren (Zielwert)	A4	12	10	<b>12</b>	2	20.0
L6	Opernhaus Zürich: Anzahl Volksvorstellungen (Zielwert)	A4	35	20	<b>35</b>	15	75.0
B1	Anteil Verwaltungskosten am Total der Förderbeiträge (ohne Kostenbeitrag Bauvorhaben und ohne Kostenanteil Opernhaus Zürich)	A1, A2, A3, A4	1.81	2	<b>1.78</b>	-0.22	
B2	Opernhaus Zürich: Eigenwirtschaftlichkeit in %	A4	37.2	30	<b>37</b>	7	
W1	Anzahl Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge	A1	63	50	<b>74</b>	24	48.0
W2	Anzahl unterstützte Veranstaltungen in den Gemeinden (ohne Zürich und Winterthur)	A3	922	1200	<b>1345</b>	145	12.1
W3	Opernhaus Zürich: Auslastung in %	A4	83.3	74	<b>85.1</b>	11.1	

### Bemerkungen

- L1, W1 Zunahme der Gesuche um rund 50% gegenüber dem Vorjahr
- L4, L5, Indikatoren Opernhaus Zürich: Mindestwerte gemäss Leistungsvereinbarung
- L6, B2,
- W3

## Entwicklungsschwerpunkte

### Jl 3.1a Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen.

Es fand eine gemeinsame Tagung für die Entscheidungsträgerinnen und -träger der Kulturinstitutionen im Kanton Zürich in Zusammenarbeit mit Kultur Stadt Zürich statt zum Thema Kulturelle Teilhabe. Die Betriebsbeiträge z.B. für Theater Winterthur, Kunstverein Winterthur, Musikkollegium Winterthur wurden neu festgesetzt.

Stand bis  
Planmässig 2020

### Jl 3.1b Ausbau der Filmförderung mit dem Ziel, Zürich als nationales und internationales Zentrum des Filmschaffens zu etablieren.

Der Beitrag an die Zürcher Filmstiftung wurde erhöht. Die Woche der Nominierten im Rahmen des Schweizerischen Filmpreises wurde unterstützt.

Planmässig 2020

**JI 3.1c Regionale Strukturen und Kooperationen stärken.**

Ein regelmässiges Austauschtreffen mit allen Kulturbeauftragten von Städten und Gemeinden im Kanton Zürich wurde etabliert. Der Aufbau regionaler Strukturen im Zürcher Oberland und im Zürcher Unterland wurde unterstützt. Planmässig 2020

**JI 3.1d Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung.**

Erstmalige Ausrichtung von Anerkennungsbeiträgen im Bereich Kulturelle Teilhabe. Planmässig 2020

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	7.4	7.9	<b>7.6</b>	-0.3	-3.5

Bemerkungen R17 zu B17

-0.3 Praktikumsstelle nicht durchgehend besetzt

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	25.5	31.6	<b>30.8</b>	-0.8	-2.4
Aufwand	-105.7	-111.2	<b>-111.2</b>	-0.0	-0.0
- Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich	-80.0	-80.0	<b>-80.0</b>	0.0	0.0
- Kostenanteil Opernhaus Zürich	-4.1	-4.1	<b>-4.1</b>	0.0	0.0
Saldo	-80.2	-79.7	<b>-80.4</b>	-0.8	-1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-3.0	<b>-3.0</b>	0.0	0.0
Saldo		-3.0	<b>-3.0</b>	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.8		Abweichungen total R17 zu B17
-0.8	A2, A4	- Interkantonale Kulturlastenvereinbarung ILV: Mindererträge (0.6 Mio. Franken) und Mehraufwand (Beitrag an Kanton LU, 0.2 Mio. Franken) von insgesamt 0.8 Mio. Franken
0.0		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016	Verwendung	<b>Antrag Bildung 2017</b>	Bestand 31.12.2017	
plus Bildung 2016	2017	<b>(verbucht 2018)</b>	plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
40455	5184	<b>0</b>	35271	-5184

# 2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen

Im Berichtsjahr stand die Erarbeitung der Strategie des Kantonalen Integrationsprogramms KIP2 (2018–2021) im Fokus. In einem partizipativen Prozess mit Gemeinden, Hilfswerken, Migrantenorganisationen und der kantonalen Verwaltung wurden die Ziele der spezifischen Integrationsförderung festgelegt und die Abgrenzung zur Integrationsförderung in den Regelstrukturen geschärft. Zudem konnten der Indikator als Grundlage des Finanzierungsschlüssels für die Gemeinden und der Finanzierungsmechanismus angepasst werden. Der Regierungsrat hat das KIP2 genehmigt und im Kontext der Umsetzung überarbeitete die Fachstelle das Vertragsmanagement, die Controllinginstrumente sowie das Finanzmonitoring. Die Gemeinden nutzten die mit der Integrationspauscha-

le finanzierten Angebote rege. Zum einen konnten die 2016 begonnenen jahresübergreifenden Angebote im Berichtsjahr weitergeführt bzw. abgeschlossen werden (rund 1200 Angebotsnutzungen). Zum anderen haben die Gemeinden rund 2300 neue Anmeldungen für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge vorgenommen. Bei diesen wurde abgeklärt, welche Integrationsmassnahmen angezeigt sind, damit der Schritt in den ersten Arbeitsmarkt gelingt. Insgesamt wurden rund 730 Personen neu in intensive Deutschkurse, rund 270 Personen neu in begleitende Arbeitsintegrationsangebote und rund 500 Personen neu in Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote sowie in weiterführende Deutschkurse triagierte.

## Aufgaben

- A1 Information, Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten im Sinne von «Fördern und Fordern».
- A2 Zusammenarbeit mit Gemeinden zur Realisierung von Integrationsfördermassnahmen und -projekten.
- A3 Kooperation mit Dritten (Projektanbieter, Migrantenorganisationen, Arbeitgeber,...) zur sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration.
- A4 Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration.
- A5 Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere dem Staatssekretariat für Migration (SEM).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Erstinformationsveranstaltungen (Zielwert)	A1	0	0	<b>0</b>	0	
L2	Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden (Zielwert)	A2	61	60	<b>61</b>	1	1.7
L3	Anzahl finanziell unterstützter Integrationsmassnahmen Dritter	A3	70	50	<b>70</b>	20	40.0
L4	Gemeinsame Anlässe mit Migrantenorganisationen (Zielwert)	A3	5	7	<b>5</b>	-2	-28.6
L5	Öffentlichkeitsauftritte (Kampagnen, öffentliche Veranstaltungen u.a.)	A4	4	4	<b>4</b>	0	0.0
L6	Gemeinsam mit anderen Kantonen oder dem Bund realisierte Vorhaben	A5	5	4	<b>4</b>	0	0.0
B1	Durchschnittlich vereinbarter Kantonsbeitrag an die Gemeinden pro Ausländerin und Ausländer, in Franken	A2	17	15	<b>17</b>	2	13.3
B2	Betreuungsaufwand pro Kooperationsgemeinde, in Stunden	A2	95	100	<b>113</b>	13	13.0
B3	Arbeitsaufwand für Anfragen von Migrantinnen und Migranten, in Stunden	A1	467	500	<b>409</b>	-91	-18.2
W1	Zielgruppenerreichung der Informations- und Beratungsangebote in den Gemeinden, in %	A2	21	25	<b>25</b>	0	
W2	Zielgruppenerreichung durch die von Gemeinden realisierten Deutsch- und Integrationskurse, in %	A2	9	10	<b>11</b>	1	

## Bemerkungen

- L1 Erstinformationsveranstaltungen werden inzwischen von den Gemeinden eigenverantwortlich durchgeführt. Der Indikator L1 ist ab Budget 2018 eliminiert.
- L3 Es konnten zusätzliche Leistungsvereinbarungen in den Bereichen soziale Integration und Diskriminierungsschutz umgesetzt werden.
- B1 Gemeinden wurden intensiver unterstützt bei der Realisierung von Angeboten im Bereich Integration von Ausländerinnen und Ausländer.
- B2 Höherer Betreuungsaufwand der Gemeinden im Rahmen der Aufbauarbeit für die Fortsetzung des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP2)
- B3 Leichter Rückgang der direkten Anfragen von Migrantinnen und Migranten über die Fachstelle.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 5.1a Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren

Im Berichtsjahr wurden Leistungsvereinbarungen mit insgesamt 61 Gemeinden und 70 mit Drittanbietern (Vorjahr: 58) abgeschlossen. Ausgebaut wurden niederschwellige Angebote im Bereich der sozialen Integration insbesondere auch in Zusammenarbeit mit Akteuren der Migrationsbevölkerung.

Planmässig 2019

### RRZ 5.1b Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen

Die Strategie zur Verwendung der Integrationspauschale wird seit 1. Januar 2016 umgesetzt. Die Angebote haben sich bewährt und werden im Rahmen des Qualitätsmanagements der Fachstelle laufend überprüft und optimiert.

Planmässig 2019

### RRZ 5.1h Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen

Im Rahmen der Projekte des Vereins JASS (Just a Simple Scarf) fanden mehr als die Hälfte der Veranstaltungen in den Gemeinden statt. Es handelt sich dabei um Veranstaltungen zur Förderung des interkulturellen Austausches. Zudem fanden verschiedene Koordinations- und Austauschkanäle mit Gemeinden und kantonalen Stellen (z.B. Berufsinformationszentren, Kinder- und Jugendhilfezentren) statt.

Planmässig 2019

### RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Im Berichtsjahr wurde insbesondere das Schnittstellenmanagement im Bereich der Arbeitsintegration (insbesondere Sozialhilfe, Regionale Arbeitsvermittlung), Radikalisierung (insbesondere Kantonspolizei, Gewaltpräventionsstellen, Religionsgemeinschaften, Gemeinden) und Bildung (insbesondere Frühe Förderung, Sprachkurse) verbessert.

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	7.9	8.6	<b>8.5</b>	-0.1	-0.7

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	20.9	23.1	<b>16.5</b>	-6.6	-28.5
- Beiträge vom Bund, Integrationsförderung	6.3	8.1	<b>7.3</b>	-0.8	-10.5
- Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich	14.6	15.0	<b>9.3</b>	-5.7	-38.3
Aufwand	-23.2	-25.4	<b>-18.5</b>	6.9	27.1
- Beiträge an Gemeinden	-6.8	-6.5	<b>-6.5</b>	-0.0	-0.1
- Beiträge an andere Direktionen			<b>-0.1</b>	-0.1	0.0
- Beiträge an Dritte	-14.7	-16.9	<b>-10.2</b>	6.7	39.5
Saldo	-2.3	-2.3	<b>-2.0</b>	0.3	13.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ausgaben					
Saldo					

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R17 zu B17
5.7	A4, RRZ 5.1b	- Die saldoneutralen Ausgaben im Flüchtlingsbereich (Integrationspauschale) wurden in einer Phase von hohem Flüchtlingsaufkommen budgetiert. Die Anzahl der Asylgewährungen ist jedoch deutlich zurückgegangen.
0.3	A3	- Abschluss von Projekten im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms
-5.7	A4, RRZ 5.1b	- Die saldoneutralen Bundesbeiträge im Flüchtlingsbereich (Integrationspauschale) wurden in einer Phase von hohem Flüchtlingsaufkommen budgetiert. Die Anzahl der Asylgewährungen ist jedoch deutlich zurückgegangen.
0.0		- Übrige Abweichungen

**Direktion der Justiz und des Innern**  
**Leistungsgruppe 2241**

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016  
plus Bildung 2016  
34934

Verwendung  
2017  
0

**Antrag Bildung 2017**  
**(verbucht 2018)**  
**0**

Bestand 31.12.2017  
plus Bildung 2017  
34934

Veränderung Bestand  
0

## 2251 Bezirksräte

Die Bezirksräte führten die Vorbereitung der Wahl der Bezirksbehörden durch, wobei in fast allen Bezirken die Behördenmitglieder in einer stillen Wahl gewählt werden konnten. Ferner kamen einige Bezirksräte als wahlleitende Behörden bei Ersatzwahlen zum Zuge. Als Aufsichtsbehörde visitierten die Bezirksräte die Gemeinden und Zweckverbände sowie die Alters- und Pflegeheime, Invalideneinrichtungen und Spitex-Organisationen und schritten bei Mängeln ein. Die Bezirksräte prüften die Jahresrechnungen sämtlicher Gemeinden und Zweckverbände. Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes stand die Weiterentwicklung der Rechtsprechung zum neuen Recht im Vordergrund. Die materielle Bearbeitung der Rechtsmittelverfahren, insbesondere im Kinderschutz, erwies sich als sehr komplex und zeitaufwendig, galt es doch regelmässig eine Vielzahl strittiger Punkte des angefochtenen Entscheides zu prüfen, Anhörungen

durchzuführen, Sachverständigengutachten anzuordnen und Zwischenentscheide zu fällen. Im Kindes- und Erwachsenenschutz verzeichneten die Bezirksräte gegenüber dem Vorjahr eine leichte Abnahme der Geschäftseingänge. Dagegen stieg die Anzahl der Rechtsmitteleingänge in den übrigen Bereichen teilweise markant an. Aus diesem Grund erhöhte sich sowohl die Zahl der eingegangenen Geschäfte als auch diejenige der auf Jahresende pendenten Geschäfte erneut, obschon die Bezirksräte in diesem Geschäftsjahr so viele Rechtsmittelfälle erledigten wie nie zuvor.

Die Anzahl Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide hat sich gegenüber den beiden Vorjahren nicht wesentlich verändert. Die Zahl der erstinstanzlichen Verfahren verharrte aufgrund der «Lex Koller»-Fälle und der Aufsichtsbeschwerden auf sehr hohem Niveau.

### Aufgaben

- A1 Rechtspflegefunktion: Der Bezirksrat ist verantwortlich für die Anordnung der Wahl der Bezirksbehörden, für Bewilligungen von Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller), sowie Entbindung vom Amtsgeheimnis von Organen.
- A2 Aufsicht: Der Bezirksrat überwacht die Gemeindebehörden und -beamten, die Stiftungen, sowie im Sozialbereich die Fürsorgebehörden, Heime und Spitexorganisationen.
- A3 Erstinstanzliche Entscheide: Der Bezirksrat behandelt erstinstanzlich Rekurse oder Beschwerden gegen das Gemeinwesen, im Sozial- und Jugendhilferecht sowie gegen die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden.
- A4 Auskunfts-, Beratungstätigkeit: Der Bezirksrat übernimmt Aufgaben, die von anderen Behörden nicht übernommen werden und erteilt telefonisch Auskunft für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen.

### Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Rechtsmittel	A1	1546	1510	<b>1573</b>	63	4.2
L2	Rechtsauskünfte für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen erteilt	A4	8011	7900	<b>8364</b>	464	5.9
L3	Entscheide und Bewilligungen von erstinstanzlich Rekurse oder Beschwerden erledigt	A3	577	500	<b>468</b>	-32	-6.4
L4	Jahresrechnungen, Visitationen u. Revisionsberichte: beim Gemeinwesen im Rahmen des Aufsichtsrechts durchgeführt	A2	1855	2000	<b>1617</b>	-383	-19.1
L5	Visitationen: bei Heimen, Stiftungen, Spitex und Sozialbehörden im Rahmen des Aufsichtsrecht durchgeführt	A2	866	910	<b>989</b>	79	8.7
L7	Pendente Geschäfte spruchreif	A1	507	350	<b>521</b>	171	48.9
L8	Pendente Geschäfte total	A1, A3	928	800	<b>965</b>	165	20.6
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittel in % (§ 27c VRG)	A1	71.15	70	<b>72.55</b>	2.55	
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %)	A1	12.85	11.5	<b>13.07</b>	1.57	

### Bemerkungen

- L1 Mehrererledigung durch Personalaufstockung mittels befristeter Stellen
- L2 Zunahme von Anfragen aus Behörden- und Privatbereich wegen Komplexität der Fälle und Steigerung der Rechtssicherheit
- L3 Rückgang bei vorsorglicher Fallklärung durch Behörden betreffend «Lex Koller»-Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland
- L4 Weniger Schulgemeinden bzw. mehr Einheitsgemeinden durch Zusammenschlüsse und zu hoch budgetiert
- L5 Es werden nicht in jedem Jahr alle Institutionen geprüft, +/- im Schwankungsbereich.
- L7 Rechtsmitteleingang hat zugenommen durch Weiterzug der Betroffenen.
- L8 Erhöhter Falleingang führt zu mehr offenen Fällen.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 2251 10a Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG)

Die speditive Behandlung der eingegangenen Rekurse und Beschwerden wird fortlaufend angestrebt.

Stand bis  
Verzögert 2020

### 2251 10b Konsolidieren der einheitlichen Praxis KESB

Beschwerden gegen Entscheide und Massnahmen der Behörden werden in Anwendung der geltenden Rechtsprechung und Rechtsentwicklung entschieden. Massgebliche Rechtsentscheide wurden regelmässig im Bezirksratsgremium besprochen.

Verzögert 2020

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	39.4	38.6	<b>39.1</b>	0.6	1.5

Bemerkungen R17 zu B17

0.6 Im Schwankungsbereich verursacht durch Rotation.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.5	<b>1.1</b>	-0.4	-27.6
Aufwand	-10.0	-9.5	<b>-9.4</b>	0.2	1.7
Saldo	-8.9	-8.0	<b>-8.3</b>	-0.3	-3.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			<b>0.1</b>	0.1	0.0
Ausgaben			<b>-0.3</b>	-0.3	0.0
Saldo			<b>-0.2</b>	-0.2	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.1	A1, A2, A3	- Abnahme der Honorare für unentgeltliche Rechtsbeistände und Dienstleistung Dritter
-0.4	A1, A2, A3	- Ertrag ist im Rahmen des Vorjahres, zu hoch budgetiert.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	<b>-0.2</b>	-0.2	
- Umzug der Bezirksverwaltung an die Löwenstrasse 17, Zürich	0.0	<b>-0.2</b>	-0.2	- Mit RRB 71/2017 wurden die gebundenen Kosten für Ausbauten und Einrichtungen Löwenstrasse 17 bewilligt.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
232045	70899	<b>0</b>	161146	-70899



# 2261 Statthalterämter

Die Statthalterämter erledigen im Kanton Zürich als Strafuntersuchungsbehörden sämtliche zur Anzeige gebrachten Gesetzesübertretungen, die mit Busse geahndet werden, mit Ausnahme derjenigen Übertretungen, deren Erledigung durch den Regierungsrat auf Antrag hin an die Gemeinde delegiert wurden. In den vergangenen Jahren ist eine stetige Steigerung bei den Geschäftseingängen zu verzeichnen. Auf Ende des Berichtsjahres hat sie einen neuen Höhepunkt erreicht. Der vermehrte Einsatz von Informatiktechnologien, das Erreichen des Soll-Bestandes bei der Kantonspolizei sowie der laufende Ausbau der Kommunalpolizeien führen zu einer effi-

zienteren Tatbestandesaufnahme und in der Folge zu erheblich mehr rapportierten Übertretungstatbeständen. Die Entwicklung hält seit mehreren Jahren an und bedeutet eine besondere Belastung für die Ressourcen. Mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung wurde zudem das Strafbefehlsverfahren im Übertretungsbereich aufwendiger. Fälle, die durch das Gericht beurteilt werden müssen, erfordern von den Statthalterämtern einen ausführlicheren Strafbefehl, der im gerichtlichen Verfahren die Funktion einer Anklage übernimmt.

## Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
- A2 Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrwesen und bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden in diesen Bereichen. Aufsicht über die Feuerpolizei, Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl erledigte Straffälle	A1	68889	61100	<b>69896</b>	8796	14.4
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren	A1	70	47	<b>41</b>	-6	-12.8
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	A3, A5	4459	2500	<b>4729</b>	2229	89.2
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	A2, A4	177	1100	<b>139</b>	-961	-87.4
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen	A1	116325	98000	<b>112473</b>	14473	14.8
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %)	A1	83.33	83	<b>84.56</b>	1.56	
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	A1	2808	2950	<b>2965</b>	15	0.5
W2	- in % der erledigten Fälle - Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	A1	4.04	4.66	<b>4.24</b>	-0.42	
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	A1	8254	5000	<b>7570</b>	2570	51.4
W4	- in % aller Fälle - Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	A1	11.4	7.38	<b>9.77</b>	2.39	
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	A1	1323	1200	<b>1822</b>	622	51.8
W6	- in % der erledigten Fälle - Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	A1	1.88	1.84	<b>2.61</b>	0.77	

### Bemerkungen

- L1 Fallzunahmen beim Übertretungsstrafrecht wie SVG, Umwelt- und Abfallgesetz sowie Transportgesetz
- L3 Neue Gültigkeitsperiode der Ausweiskarte Reisende mit einer Behinderung (2017-2020)
- L4 Starke Fallabnahme von Brand- und Elementarschäden an Gebäuden (direkter Online-Zugang zu GVZ)
- L5 Konstant hoher Falleingang der Verzeigungen
- W3 Mehrbelastung durch erhöhten Falleingang und begrenzt durch Ressourcenmöglichkeiten
- W5 Kaum beeinflussbar, da von Gerichtspraxis abhängig

## Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>2261 1a Planmässige Umsetzung neuer Rechtsentscheide</b>		
Massgebliche Rechtsentscheide wurden regelmässig in der Statthalterkonferenz besprochen.	Planmässig	2020
<b>2261 6a Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes (SVG)</b>		
Auf Stufe Polizei konnte die Verkehrsüberwachung personell und technisch verstärkt werden.	Verzögert	2020

**Direktion der Justiz und des Innern**  
**Leistungsgruppe 2261**

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	66.2	67.5	<b>67.0</b>	-0.5	-0.7

Bemerkungen R17 zu B17

-0.5 Im Schwankungsbereich verursacht durch Rotation.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	31.4	31.0	<b>32.1</b>	1.1	3.6
Aufwand	-21.0	-20.6	<b>-20.7</b>	-0.1	-0.4
Saldo	10.4	10.4	<b>11.5</b>	1.0	9.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			<b>0.1</b>	0.1	0.0
Ausgaben			<b>-0.5</b>	-0.5	0.0
Saldo			<b>-0.4</b>	-0.4	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total R17 zu B17
1.1	A1, A5	- Grosse Mehrleistung des Personals, um die massiv erhöhten Falleingänge termingerecht und mit hoher Qualität zu erledigen
-0.1	A1, A5	- Leicht tieferen Personalkosten stehen Mehraufwendungen für Informatikdienstleistungen und höheren Forderungsverlusten gegenüber.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	<b>-0.4</b>	-0.4	
- Umzug der Bezirksverwaltung an die Löwenstrasse 17, Zürich	0.0	<b>-0.4</b>	-0.4	- Mit RRB 71/12017 wurden die gebundenen Kosten für Ausbauten und Einrichtungen Löwenstrasse 17 bewilligt.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016	Verwendung	<b>Antrag Bildung 2017</b>	Bestand 31.12.2017	
plus Bildung 2016	2017	<b>(verbucht 2018)</b>	plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
323784	65613	<b>120000</b>	378171	54387

Bemerkungen

Das Ergebnis konnte durch Mehrleistung des Personals aufgrund starker Zunahme der Fallbearbeitung verbessert werden. Die Statthalterämter beantragen Rücklagen von Fr. 120 000.

# 2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften

Die Verteilung der Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für die Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erfolgte im vorgesehenen Umfang. Die Studie, mit der die kirchlichen Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung im Kanton Zürich erfasst werden

sollten, wurde abgeschlossen und den Auftraggebenden (Kanton, Evangelisch-reformierte Landeskirche, Römisch-katholische Körperschaft) übergeben. Der Bericht ist eine taugliche Grundlage für die Festlegung der Kostenbeiträge für die Phase 2020 bis 2025.

## Aufgaben

A1 Begleitung Erstellung Tätigkeitsprogramme und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. Kirchengesetz

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 5.1j Ein Leitbild des Regierungsrates zum Verhältnis von Staat und Religion erarbeiten, um über eine einheitliche und klare Haltung im Umgang mit Glaubensgemeinschaften zu verfügen

Im Herbst des Berichtsjahres hat der Regierungsrat eine Orientierung zum Verhältnis zwischen Staat und Religion mit sieben Leitsätzen verabschiedet. Diese wurden am 8. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt. Abgeschlossen 2019

### 2270 5a Begleitung und Evaluation Beitragsphase 2014-2019

Mit einer umfangreichen Studie zu den kirchlichen Leistungen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wurde die Grundlage für die Berichterstattung zur ersten ordentlichen Beitragsphase geschaffen. Planmässig 2019

### 2270 5b Überprüfung und allenfalls Anpassung Daten-Grundlagen für System der Kostenbeiträge

Mit einer umfangreichen Studie zu den kirchlichen Leistungen mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wurden das bisherige Finanzierungssystem überprüft und Kriterien für Anpassungen der Daten Grundlagen zur Verfügung gestellt. Abgeschlossen 2019

## Finanzierung

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	0.0				
Aufwand	-50.6	-51.2	-50.0	1.2	2.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.2			
Saldo	-50.6	-51.2	-50.0	1.2	2.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-2.6		2.6	100.0
- Kreditübertragungen aus 2016		-2.6			
Saldo	-0.2	-2.6		2.6	100.0

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.2		Abweichungen total R17 zu B17
1.2		- Der budgetierte Betrag entspricht den Abschreibungen auf den Investitionen. Die kirchlichen Liegenschaften wurden auf den 1. Januar des Berichtsjahres dem Immobilienamt übergeben.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	R17	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.6	0.0	2.6	
- Diverse Investitionen in kirchliche Liegenschaften	-2.6			- Die kirchlichen Liegenschaften wurden auf den 1. Januar des Berichtsjahres dem Immobilienamt übergeben.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	



# 03

## Sicherheitsdirektion

<b>Überblick</b>	<b>58</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>59</b>
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	59
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	59
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	59
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	60
<b>Finanzierung</b>	<b>61</b>
Übersicht	61
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	61
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	61
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>61</b>
Beschäftigungsumfang	61
Lohnaufwand	61
Anstellungsverhältnisse	61
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>62</b>
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	62
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	62
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>63</b>
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	63
3100 Kantonspolizei	65
3200 Strassenverkehrsamt	68
3300 Migrationsamt	70
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	72
3500 Sozialamt	75
3700 Sportamt	78
3910 Sportfonds	80
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht	82
3930 Schutzraumfonds	84

# Überblick

Mit ihrer Arbeit trägt die Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist. Im Berichtsjahr ist der langjährige Generalsekretär, Hans-Peter Tschäppeler, in Pension gegangen. Sein Nachfolger ist Lukas Geissmann.

## Präventionsarbeit der Polizei

Der dschihadistisch motivierte Terrorismus, der Urheber von Anschlägen in verschiedenen europäischen Ländern ist, stellt unverändert auch eine Bedrohung für die Schweiz dar. Die Kantonspolizei hat unter der Bezeichnung «SOKO MASTER» eine ständige Einrichtung ins Leben gerufen, an der alle an der Terrorismusbekämpfung beteiligten Stellen des Kantons, der Stadtpolizeien Zürich und Winterthur und der Bundeskriminalpolizei beteiligt sind. Diese stellt den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren sicher und verbessert deren Vernetzung. Präventive Massnahmen sind von besonderer Bedeutung, weil Zürich der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz ist und auf seinem Kantonsgebiet regelmässig Grossveranstaltungen stattfinden. Zudem verfügt der Kanton mit dem Flughafen und dem Hauptbahnhof über eine verletzte Infrastruktur.

Der Prävention kommt auch im Zusammenhang mit der Gesamtkriminalität eine grosse Bedeutung zu. Mit dem Kantonalen Bedrohungsmanagement wurde ein Instrument zur frühzeitigen Erkennung von Einzelpersonen mit einem Gewaltpotenzial und Anzeichen für sich ankündigende Gewalttaten geschaffen. Mittlerweile sind im entsprechenden Netzwerk rund 400 Ansprechpersonen eingebunden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Präventionsabteilung der Kantonspolizei mit der dort angesiedelten Fachstelle «Brückenbauer» zu. Die Mitarbeitenden dieses Dienstes pflegen in allen Bezirken den regelmässigen Kontakt mit unterschiedlichsten ausländischen Organisationen und Gruppierungen. Der Dienst «Jugendintervention» hat einen besonderen Stellenwert für die Präventionsarbeit im Jugendbereich. Der Unterricht an den Schulen thematisiert vermehrt Kriminalprävention und geht damit über den traditionellen Verkehrsunterricht hinaus. Die Kantonspolizei nimmt in der Präventionsarbeit schweizweit eine Pionierrolle ein. Die getroffenen Massnahmen fügen sich gut in den Kontext des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus ein, der im Berichtsjahr verabschiedet und vom Bundesrat zur Kenntnis genommen worden ist.

## Cybercrime

Im Berichtsjahr bewilligte die Regierung zusätzliche Stellen für die Bekämpfung der Internetkriminalität. Die zusätzlichen Stellen stärken den Kampf gegen Internetkriminelle wirkungsvoll. Im Rahmen eines spezifischen Ausbildungskonzepts hat die Kantonspolizei zudem sowohl Ermittelnde wie auch Frontmitarbeitende im Rahmen des Programms PACE (Polizeiliche Ausbildung für Computer-Ermittlungen) geschult.

## Asylwesen

Die auf dem neuen Asylgesetz beruhende Neustrukturierung des Asylbereichs soll zu einer Beschleunigung der Verfahren beitragen. Zu dessen Umsetzung ist der Bund auf zusätzliche eigene Strukturen angewiesen. Der Kanton Zürich wird

870 Plätze für Bundesunterkünfte an den Standorten Stadt Zürich, Embrach und Rümlang zur Verfügung stellen.

In der Volksabstimmung vom 24. September nahmen die Stimmberechtigten eine Änderung des Sozialhilfegesetzes an, womit die Gemeinden vorläufig aufgenommenen Personen nur noch eine Unterstützung im Rahmen der Asylfürsorge statt wie bisher in der ordentlichen Sozialhilfe zukommen lassen können. Die Änderungen in der Asylfürsorgeverordnung treten zusammen mit dem geänderten Gesetz am 1. März 2018 in Kraft und müssen von allen Gemeinden spätestens am 1. Juli 2018 umgesetzt sein.

Die Sonderleistungen des Kantons in Verbindung mit dem Betrieb von Bundeszentren und im Zusammenhang mit den Ausschaffungen am Flughafen kompensiert der Bund mit einer Reduktion der Zuweisungen von Asylsuchenden an den Kanton. Dank dieser Kompensation, verbunden mit dem Rückgang der Asylgesuche, konnte die Aufnahmequote der Gemeinden unverändert bei 0,7% bleiben (7 Asylsuchende pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Alle Gemeinden erfüllen diese Aufnahmequote.

Die Anstrengungen im Hinblick auf die tatsächliche Ausreise von Personen, welche die Schweiz verlassen müssen, blieben gross. Damit und mit der Überprüfung von Dossiers von Nothilfebeziehenden konnte die Zahl der Nothilfebeziehenden weiter reduziert werden.

## Sport

Im Zentrum der Tätigkeiten des Sportamtes stand unverändert die Förderung des Jugend- und Breitensports. Dabei kommt dem Jugendsport eine wichtige Rolle bei der Integration ausländischer Jugendlicher generell und von Mädchen mit Migrationshintergrund im Speziellen zu.

Das kantonale Sportzentrum Kerenzerberg in Filzbach, das zu einem grossen Teil durch Jugend+Sport-Kurse aus dem Kanton Zürich genutzt wird, soll angepasst und erweitert werden. Nachdem der Regierungsrat im Vorjahr eine entsprechende Ausgabe für die Projektierung bewilligt hatte, genehmigte er im Berichtsjahr eine Ausgabe von insgesamt 50 Mio. Franken für die Instandsetzung der Anlage, eine zusätzliche Dreifachsporthalle sowie einen neuen Unterkunftstrakt mit zusätzlichen Betten. Finanziert wird dieser Betrag über den aus Lotteriegeldern gespiesenen Sportfonds.

Das Leiternachwuchsprogramm «1418coach» wurde weiter ausgebaut. Mit diesem Programm sollen Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren an erste Leitungstätigkeiten herangeführt werden und als Hilfsleiterinnen und -leiter Mitverantwortung in ihrem Sportverein übernehmen. Es erweitert die bestehende Leiterinnen- und Leiterausildung von Jugend+Sport, die ab dem 18. Altersjahr besucht werden kann. Mittlerweile sind über 800 Jugendliche als «1418coaches» ausgebildet.

Die zum zweiten Mal durchgeführte Studie «Die Sportvereine im Kanton Zürich» zeigt, dass die Sportvereine äusserst aktiv sind. Die Studie bestätigt, dass die getroffenen Massnahmen der kantonalen Sportpolitik die Vereine sinnvoll und zielführend unterstützen. Hervorzuheben ist vor allem die Unterstützung des Baus von Sportanlagen mit Beiträgen aus dem Sportfonds. Über zwei Drittel aller Vereine sind für ihren Sportbetrieb auf die Benutzung öffentlicher Anlagen angewiesen.

# Legislaturziele

## Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
<b>RRZ 1.1</b>	<b>Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstum reduziert.</b>		
RRZ 1.1a	Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren	3100	2019
RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	3100	2019
RRZ 1.1c	Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten	3100	2019
RRZ 1.1d	Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	3100	2019
RRZ 1.1e	Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktbegehung verstärken	3100	2019
<b>RRZ 1.2</b>	<b>Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.</b>		
RRZ 1.2a	Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	3100	2019
RRZ 1.2b	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	3100	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
<b>DS 1.1</b>	<b>Verkehrssicherheit weiter erhöhen</b>		
DS 1.1a	Einführung der neuen IVZ-Datenbank des Bundes (Informationssystem Verkehrszulassung)	3200	2017
DS 1.1b	Umsetzung der "Via sicura"-Gesetzesänderungen	3200	2019
DS 1.1c	Redesign der Geschäftsapplikation Viacar	3200	2020
<b>DS 1.2</b>	<b>Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen</b>		
DS 1.2a	Umsetzung des geänderten Bundesrechts	3300	2019
DS 1.2b	Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden	3300	2019
<b>DS 1.3</b>	<b>Ausbildungsstand des Zivilschutzes und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes optimieren</b>		
DS 1.3a	Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern	3400	2019
DS 1.3b	Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen	3400	2019
DS 1.3c	Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen	3400	2019
DS 1.3d	Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen	3400	2019

## Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
<b>DS 3.1</b>	<b>Erhöhung des Anteils von Kindern (insbesondere von Mädchen), die sportlich aktiv sind, und des Anteils Erwachsener, die sich regelmässig sportlich betätigen</b>		
DS 3.1b	Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm für jugendliche Hilfsleitende einführen.	3700	2018
DS 3.1c	Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können.	3700	2019
DS 3.1d	Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken.	3700	2019

## Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
<b>RRZ 5.1</b>	<b>Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.</b>		
RRZ 5.1g	Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien	3700	2019
RRZ 5.1i	Ein leistungsabhängiges Finanzierungssystem für Invalideneinrichtungen umsetzen	3500	2018
<b>RRZ 5.2</b>	<b>Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.</b>		
RRZ 5.2a	Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren	3500	2019
RRZ 5.2b	Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten	3500	2019
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	3500	2019

**Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)**

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.</b>		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	3000	2019
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
<b>DS 10.1 Kundenorientierte Ausstellung von Ausweisen und Bewilligungen</b>		
DS 10.1a Prozessoptimierungen mit Hilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoringsystems (PUM)	3300	2019
DS 10.1b Anpassungen im Passbüro Zürich an Ausweisanfrage	3000	2017
DS 10.1c Umsetzung des Bundesprojektes zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte	3000	2019



# Finanzierung

## Übersicht

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1 155.2	1 087.5	<b>1 159.4</b>	71.9	6.6
Aufwand	-2 250.0	-2 182.3	<b>-2 262.2</b>	-79.9	-3.7
- Nachtragskredit		-25.0			
Saldo	-1 094.7	-1 094.8	<b>-1 102.8</b>	-8.0	-0.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	1.5	2.0	<b>1.0</b>	-1.1	-52.0
Ausgaben	-41.5	-96.4	<b>-55.8</b>	40.7	42.2
- Kreditübertragungen aus 2016		-20.4			
Saldo	-40.0	-94.4	<b>-54.8</b>	39.6	42.0

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-8.0		Abweichungen total R17 zu B17
2.8	3400	- Mehrertrag beim Amt für Militär und Zivilschutz, vor allem ausserordentliche Entschädigung vom Bund für Waffenplatz Zürich-Reppischtal
-11.6	3500	- Höhere gebundene Beiträge des Sozialamtes, vor allem für wirtschaftliche Hilfe und Familienzulagen
0.8		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	<b>R17</b>	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	<b>R17</b>			
Nettoinvestitionen total	<b>-54.8</b>			
- ICT, Sicherheitsfunknetz, Fahrzeuge der Kantonspolizei	<b>-14.7</b>			
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen des Sozialamtes	<b>-14.4</b>			
- Weitere Hochbauprojekte in der Sicherheitsdirektion (vor allem Sanierungen)	<b>-18.2</b>			
- Übrige	<b>-7.5</b>			

# Personal- und Lohnstatistik

## Beschäftigungsumfang

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4 456.5	4 512.3	<b>4 458.0</b>	-54.2	-1.2
Δ abs. LG Begründungen					
-54.2					
-17.5	3200				
-34.6	3100				
-2.1					

## Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	8 481	7 957	<b>8 161</b>	204	2.6
3100 Kantonspolizei	363 402	365 652	<b>364 353</b>	-1 299	-0.4
3200 Strassenverkehrsamt	35 385	38 270	<b>36 316</b>	-1 954	-5.1
3300 Migrationsamt	14 160	14 580	<b>14 305</b>	-275	-1.9
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13 145	13 389	<b>13 223</b>	-166	-1.2
3500 Sozialamt	19 164	18 991	<b>19 092</b>	101	0.5
3700 Sportamt	1 499	1 449	<b>1 595</b>	146	10.1
Total	455 236	460 288	<b>457 045</b>		

**Anstellungsverhältnisse** (per 31.12.2017)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	78	53	25	48	30
3100 Kantonspolizei	3879	1262	2617	2963	916
3200 Strassenverkehrsamt	410	157	253	372	38
3300 Migrationsamt	177	114	63	138	39
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	146	43	103	117	29
3500 Sozialamt	237	139	98	89	148
3700 Sportamt	18	10	8	9	9
Total	4945	1778	3167	3736	1209

## Parlamentarische Vorstösse

### Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
268/2014	Sozialhilfegesetz und Verordnung, Änderung bezüglich Wohnkosten (Miete und Nebenkosten) (Motion Linda Camenisch, Wallisellen, Cyrill von Planta, Zürich, und Willy Haderer, Unterengstringen)	Vorlage 5355 vom 03.05.2017	22.06.2015
353/2014	Bestrafung von Chaoten und Verbrechern in Saubannerzügen (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Heinz Kyburz, Männedorf, und Hans Egli, Steinmaur)	Vorlage 5413 vom 22.11.2017	08.02.2016

### Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
223/2015	Zusätzliche Kosten der Eichmeister (Postulat Peter Preisig, Hinwil, Martin Farner, Oberstammheim, und Peter Uhlmann, Dinhard)	22.08.2016
196/2016	Bedarf und Finanzierung von begleitetem Wohnen für Menschen mit Behinderung (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Markus Schaaf, Zell, und Josef Widler, Zürich)	29.08.2016
404/2016	Betreutes Wohnen statt verfrühter Heimeintritt (Postulat Silvia Rigoni, Zürich, und Linda Camenisch, Wallisellen)	30.01.2017
46/2016	Gleicher Schutz für alle Stalking-Opfer (Motion Michael Biber, Bachenbülach, Yvonne Bürgin, Rüti, und Davide Loss, Adliswil)	03.04.2017
58/2016	Weitergabe von Informationen sowie Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen in der Sozialhilfe bei Wohnortwechseln (Motion Stefan Schmid, Niederglatt, Linda Camenisch, Wallisellen, und Rico Brazerol, Horgen)	03.04.2017

# 3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, die Zentralen Vollzugsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie die Rekursabteilung.

Für das Generalsekretariat standen die Unterstützung des Direktionsvorstehers im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Amtsstellen unter Federführung des Generalsekretariats. Das Generalsekretariat vertrat die Direktion in verschiedenen direktionsüber-

greifenden Querschnittprojekten vor allem in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Wie im Budget vorgesehen, ist die Zahl der durch das Passbüro bearbeiteten Ausweisgeschäfte im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen. Der Grund liegt zur Hauptsache im Zyklus der Passerneuerung. Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen. Im Vordergrund stehen Verfügungen im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Die Zahl der erledigten Rekurse bewegte sich im Berichtsjahr auf dem Stand des Vorjahres.

## Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung ("Think Tank")
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Dienstleistungen und Unterstützung für die Sicherheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, IT, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A4 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A5 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligungen von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
- A6 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A7 Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	A1, A2, A3, A4	111	100	<b>120</b>	20	20.0
L2	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	A5	530	500	<b>511</b>	11	2.2
L3	Anzahl Beglaubigungen	A5	33 122	33 000	<b>34 301</b>	1 301	3.9
L4	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel	A5	13 501	13 000	<b>13 313</b>	313	2.4
L5	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	A5	1 022	900	<b>1 275</b>	375	41.7
L6	Anzahl Ausweisgeschäfte	A6	306 917	220 000	<b>229 293</b>	9 293	4.2
L7	Anzahl erledigte Rekurse	A7	894	900	<b>901</b>	1	0.1
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)	A2	0.5	0.5	<b>0.5</b>	0.0	
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)	A2	0.7	0.6	<b>0.4</b>	-0.2	
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %)	A1, A2, A3, A4	100	100	<b>100</b>	0	

## Bemerkungen

- L1 Die Anzahl durch die Sicherheitsdirektion beantragter RRB liegen im Schwankungsbereich des Vorjahres.
- L5 Die Anzahl statistisch geprüfter Fertigpackungs-Lose nimmt gegenüber den Vorjahren leicht zu (Budgetwert zu tief).
- L6 Die Anzahl Ausweisgeschäfte liegt leicht über den Erwartungen.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Über die Erfüllung der Aufgaben und Ziele sowie der Finanzen und Risiken der Gebäudeversicherung wird jährlich Bericht erstattet (RRB Nr. 377/2015). Planmässig 2019

### DS 10.1b Anpassungen im Passbüro Zürich an Ausweissnachfrage

Die Schwankungen in der Anzahl von Ausweisgeschäften wurden mit organisatorischen und personellen Anpassungen im Passbüro aufgefangen. Abgeschlossen 2017

### DS 10.1c Umsetzung des Bundesprojektes zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte

Bei den Projekten «Erneuerung Pass» und «Erneuerung Identitätskarte» haben sich beim Bund gegenüber der ursprünglichen Planung Verzögerungen ergeben. Die Einführung der neuen Passfamilie ist nicht vor Ende 2019 zu erwarten, die neue Identitätskarte wird nach aktuellem Planungsstand 2020 vorliegen. Verzögert 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	73.5	71.8	<b>68.8</b>	-3.1	-4.2

Bemerkungen R17 zu B17

-3.1 Zurückhaltende Personalrekrutierung, vor allem im Passbüro infolge geringerer Anzahl Ausweisgeschäfte gegenüber dem Vorjahr

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	11.8	9.1	<b>9.5</b>	0.4	4.1
Aufwand	-15.9	-14.3	<b>-14.7</b>	-0.4	-2.8
Saldo	-4.1	-5.2	<b>-5.2</b>	-0.0	-0.6

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben		-0.2	<b>-0.1</b>	0.1	64.6
Saldo		-0.2	<b>-0.1</b>	0.1	64.6

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Bemerkungen zur Investitionsrechnung				
Nettoinvestitionen total	-0.2	<b>-0.1</b>	0.1	
- Passbüro: u.a. Sicherheitsmassnahmen	-0.2	<b>-0.1</b>	0.1	
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

## Rücklagen

	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016				
62722	24280	<b>0</b>	38442	-24280

# 3100 Kantonspolizei

Ein Schwergewicht der polizeilichen Tätigkeit lag im konsequenten Vorgehen gegen Radikalisierung und extremistische Gewalttaten. Gemeinsam mit Partnern gelang es, das Vorgehen abzustimmen und das Kantonale Bedrohungsmanagement weiter zu etablieren.

Da die digitale Welt viele neue Möglichkeiten für Betrug öffnet, wurde auch der Kampf gegen Telefonbetrug verstärkt. Präventionskampagnen und gezielte Repression erschwerten das illegale Geschäft der Einzeltrick- und Telefonbetrügerinnen und -betrüger stark. Insbesondere im Zusammenhang mit dem sogenannten Spoofing (Fälschen) von Telefonnummern und der erhöhten Anzahl betrügerischer E-Mails musste die Sensibilisierung der Bevölkerung mit entsprechenden Verhaltenshinweisen verstärkt werden.

Im Dezember des Berichtsjahres konnte der Verkehrsstützpunkt in Wädenswil sein 50-jähriges Bestehen und zugleich den Abschluss der Sanierungsarbeiten feiern. Dieser Stützpunkt Neubüel ist der älteste von fünf Verkehrsstützpunkten der Regionalpolizei und damit auch der erste, der erneuert wurde. Die Sanierungsarbeiten an den übrigen Stützpunkten werden in den folgenden Jahren ausgeführt.

Für die wirkungsvolle Bekämpfung von Cybercrime wurden zehn neue Stellen geschaffen. Um sowohl die Ermittelnden als auch die Frontpolizei in digitaler Ermittlung zu schulen, entwickelte und lancierte die Abteilung Cybercrime das sogenannte PACE-Programm (Polizeiliche Ausbildung für Computer-Ermittlungen).

## Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontrollen)	A1	352	270	<b>278</b>	8	3.0
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen)	A2	8378	7800	<b>8930</b>	1130	14.5
L3	Anzahl Notrufe	A5	169329	180000	<b>162803</b>	-17197	-9.6
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen	A1	112260	110000	<b>109330</b>	-670	-0.6
L5	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	A3	8976	8300	<b>9608</b>	1308	15.8
L6	Anzahl Ordnungsdienst-Stunden	A3	37152	36000	<b>32941</b>	-3059	-8.5
L7	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen	A1	2554	2100	<b>2640</b>	540	25.7
L8	Anzahl erfasste Straftaten StGB/BetmG	A4	101658	110000	<b>101714</b>	-8286	-7.5
L9	Anzahl erfasste Straftatenverdächtige StGB/BetmG	A4	22054	22500	<b>22435</b>	-65	-0.3
L10	Anzahl Ordnungsbussen	A1	32210	35000	<b>26857</b>	-8143	-23.3
L11	Anzahl Arrestanteneingänge	A4	11357	11500	<b>11203</b>	-297	-2.6
L12	Anzahl Arrestantentransporte	A4	39348	40000	<b>36874</b>	-3126	-7.8
L13	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	A2	235283	240000	<b>234298</b>	-5702	-2.4
L14	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio.	A3	13.8	13.3	<b>14.7</b>	1.4	10.5
L15	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	A3	61873	50000	<b>71894</b>	21894	43.8
L16	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg	A1	5454	5800	<b>4947</b>	-853	-14.7
L17	Anzahl grenzkontrollierte Passagiere Flughafenpolizei, Mio.	A6	10	9.7	<b>10.5</b>	0.8	8.2
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung [in %]		-0.1	0	<b>0.2</b>	0.2	
B2	Anzahl Interventionen pro Korpsangehörige/r	A1	64	60	<b>63</b>	3	5.0
W1	Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befragung [in %]	A1	91	90	<b>92</b>	2	
W2	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen [in Min.]	A1	15	19	<b>15</b>	-4	-21.1
W3	Anteil Interventionszeit über 30 Min. [in %]	A1	5	14	<b>9</b>	-5	
W4	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG [in %])	A4	42	42	<b>44</b>	2	
W5	Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben [in %])	A4	81	83	<b>82</b>	-1	

Bemerkungen

- L2 Unter den Aktivitäten der Verkehrsinstruktion werden neu auch die zusätzlichen Aktivitäten der Kinder-/Jugendinstruktion im Bereich Kriminalprävention aufgeführt (Unterricht).
- L5 Anstieg bei den Verkehrsunfällen mit Sachschaden
- L6 Weniger Anlässe mit erhöhten Ordnungsdienstaufgeboten
- L7 Mehr Geschwindigkeitskontrollen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit; auf Vorjahresniveau
- L10 Weniger Ordnungsbussen wegen erhöhter Tätigkeit der Kommunalpolizeien in diesem Bereich
- L12 Weniger Arrestantentransporte aufgrund des leicht gesunkenen Rückgangs bei den Arrestanteneingängen
- L14 Der Anstieg des Passagieraufkommens am Flughafen erfordert mehr Sicherheitskontrollen.
- L15 Mehr sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck infolge Anstieg des Passagieraufkommens und der Nichtbeachtung von Vorschriften (unter anderem bezüglich des Transports von Batterien); Budgetwert zu tief
- L16 Die Anzahl der Ausschaffungen (Rückführungen auf dem Luftweg) nimmt ab. Für die Ausschaffungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig.
- L17 Höhere Anzahl grenzkontrollierter Passagiere aufgrund des gestiegenen Passagieraufkommens am Flughafen.
- W1 Bezüglich Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Polizeikontakt wurden Betroffene von Gewaltdelikten befragt.
- W2 Senkung der durchschnittlichen Interventionszeiten bei Notrufen aufgrund der verstärkten Patrouillentätigkeit
- W3 Senkung der durchschnittlichen Interventionszeit über 30 Minuten, unter anderem aufgrund der verstärkten Patrouillentätigkeit

**Entwicklungsschwerpunkte**

	Stand	bis
<p><b>RRZ 1.1a Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren</b> Die bewährten Schwerpunktaktionen wurden erneut erfolgreich durchgeführt. Ergänzt wurden diese laufend durch kurzfristige Ad-hoc-Aktionen. Vor allem bei aufkommenden Kriminalitätsbrennpunkten zu digitaler Kriminalität wurden zusätzlich kurzfristige Präventionsaktionen durchgeführt.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern</b> Die Strukturen des Kantonalen Bedrohungsmanagements wurden weiter gefestigt. Das Netzwerk von Ansprechpersonen wurde auf 400 Personen bei Behörden/Institutionen erweitert. In der Zusammenarbeit mit den psychiatrischen Kliniken konnte das gemeinsame Verständnis zum Bedrohungsmanagement weiterentwickelt werden. Das Instrument der Gefährderansprache sowie der Aufbau und die Pflege des interkulturellen Netzwerks (Brückenbauer) haben sich als Vorzeigemodelle etabliert.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 1.1c Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten</b> Die Einführung der flächendeckenden Kriminalprävention an den Schulen (ab Beginn Schuljahr 2016/2017) hat sich etabliert und wird von Lehrpersonen sowie Eltern geschätzt. Die Aufgabenteilung zwischen den Diensten Kinder-/Jugendinstruktion und Jugendintervention erweist sich als zielführend und wirkungsvoll. Durch Monitoring werden jugendliche Intensivtäterinnen und -täter frühzeitig erkannt. In Hotspots werden regelmässig Kontrollen durchgeführt und Jugendliche angesprochen. Die Kontrollen dienen der Früherkennung und Prävention.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen</b> Neben der gezielten Bekämpfung des systematischen Konkursmissbrauchs wurden insbesondere präventive und repressive Massnahmen gegen Telefonbetrügereien konzipiert und umgesetzt.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 1.1e Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktbegehung verstärken</b> Die Zürcher Strafverfolgungsbehörden beteiligen sich aktiv an einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung des Einzeltrickbetrugs. Durch den Abgleich von Lageinformationen (gemeinsames Lagebild) und Analysen stellen sie zudem die Früherkennung neuer Deliktsphänomene (z.B. Abrechnungsbetrug bei Pflegedienstleistungen) sicher.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken</b> Die Zürcher Strafverfolgungsbehörden wurden zur Bekämpfung der Internetkriminalität personell verstärkt. Bei der kriminalpolizeilichen Ermittlung in der polizeilichen Grundversorgung wurden umfangreiche Ausbildungsmassnahmen umgesetzt. Damit konnten eine Zunahme entsprechender Ermittlungsverfahren erreicht und Präventionsmassnahmen zur raschen Gefahrensensibilisierung der Bevölkerung umgesetzt werden.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen</b> Die festgelegten Schwerpunkte fokussieren einerseits auf fachliche Themen (Gewaltprävention, Vermögensdelikte und Internetkriminalität) und andererseits auf Aspekte der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und Polizei. Beide Themenfelder wurden im Rahmen der gemeinsamen Planung vorangetrieben.</p>	Planmässig	2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3505.0	3539.8	<b>3505.2</b>	-34.6	-1.0

Bemerkungen R17 zu B17

-34.6 Tieferer Beschäftigungsumfang als geplant (Sicherheitsbeauftragte Flughafen, Zivilangestellte)

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		178.3	185.2	<b>179.3</b>	-5.9	-3.2
Aufwand		-581.2	-587.2	<b>-580.4</b>	6.8	1.2
Saldo		-402.9	-402.0	<b>-401.1</b>	0.9	0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.7	0.1	<b>0.1</b>	-0.0	-44.3
Ausgaben		-20.1	-55.5	<b>-25.1</b>	30.4	54.7
- Kreditübertragungen aus 2016			-15.6			
Saldo		-19.4	-55.4	<b>-25.1</b>	30.3	54.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R17 zu B17
0.9	A4	- Vor allem geringerer Personalaufwand
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung		B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total		-55.4	<b>-25.1</b>	30.3	
- PJZ (v.a. Ersatz Einsatzzentrale, Schiessanlage und Nutzerausbauten)		-7.2	<b>0.0</b>	7.2	- Projektverzögerungen
- Hochbauprojekte (u.a. Sanierung Verkehrsstützpunkte)		-33.1	<b>-6.9</b>	26.2	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen (u.a. Neubau Ausbildungsanlage «Trockenloo», Regensdorf und Sanierung Verkehrsstützpunkte)
- ICT, Funknetz (Polycom), Fahrzeuge		-14.2	<b>-14.7</b>	-0.5	- Mehrausgaben aufgrund von vorgezogenen Projekten und Beschaffungen
- Übrige		-0.9	<b>-3.5</b>	-2.6	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
1593000	0	<b>0</b>	1593000	0

# 3200 Strassenverkehrsamt

Im März des Berichtsjahres nahm der neue Standort Bassersdorf planmässig den Betrieb auf. Er verkürzt die Wege für die Kundinnen und Kunden in der Wachstumsregion um den Flughafen und ermöglicht die notwendige Erhöhung der Prüfkapazitäten.

Der Bestand an Strassenfahrzeugen hat innerhalb des Be-

richtsjahres erneut zugenommen, dies um 0,8% von 966043 auf 973 897 Fahrzeuge per Stichtag 30. September. Der Zuwachs fiel aber deutlich geringer aus als in den Vorjahren. Am Stichtag standen im Kanton total 718 115 (Vorjahr: 713 503) Personenwagen in Verkehr. 3107 (Vorjahr: 2338) davon verfügten über einen Elektroantrieb.

## Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungsstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

## Bemerkungen

- A2 Die Fahrzeugprüfungsintervalle sind im Bundes- und EU-Recht vorgegeben. Die Übernahme der bilateralen Verträge verpflichtet zu kürzeren Prüfungsintervallen (LKW) mit teilweiser Erhöhung der Prüfzeiten.
- A2 Zusätzlich durch Verkehrsexperten ausgeführte Arbeiten: Intensive Abklärungen und Beratungen für die Ausrüstung von behindertengerechten Fahrzeugen sowie Auskünfte über die technischen Anforderungen von Strassenfahrzeugen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.)	A1	28281	30000	<b>28087</b>	-1913	-6.4
L2 Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.)	A1	32379	30000	<b>32129</b>	2129	7.1
L3 Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.)	A2	319537	330000	<b>298869</b>	-31131	-9.4
L4 Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	A2	508	500	<b>511</b>	11	2.2
L5 Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle)	A3	830768	825000	<b>834136</b>	9136	1.1
L6 Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	A3	487388	490000	<b>484834</b>	-5166	-1.1
L7 Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	A4	56674	52000	<b>53829</b>	1829	3.5
L8 Administrativrechtliche Anordnungen inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle)	A4	113259	115000	<b>118035</b>	3035	2.6
L9 Erstellte Rechnungen (in Mio.)	A5	1.87	1.85	<b>1.81</b>	-0.04	-2.16
L10 Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	A5	253805	245000	<b>253014</b>	8014	3.3
L11 Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen)	A5	100162	95000	<b>98563</b>	3563	3.8
L12 Chauffeurfahrten		1369	1500	<b>1325</b>	-175	-11.7
L13 Selbstfahrten durch Verwaltungs-Mitarbeiter/innen		5848	6000	<b>5636</b>	-364	-6.1
B1 Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.)	A1	445	460	<b>446</b>	-14	-3.0
B2 Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte (Strassen- und Wasser-Fz.)	A2	2346	2300	<b>2214</b>	-86	-3.7
B3 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	A3	7491	7500	<b>7323</b>	-177	-2.4
B4 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	A3	4395	4600	<b>4257</b>	-343	-7.5
B5 Administrativrechtliche Anordnungen inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in	A4	1956	1900	<b>2134</b>	234	12.3
B6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	A5	8786	8900	<b>8353</b>	-547	-6.1
W1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre)						



Bemerkungen

- L3 Weniger technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.), u.a. wegen vakanter Stellen  
 B5 Mehr administrativrechtliche Anordnungen pro Mitarbeiter/in aufgrund laufender Umsetzung der Massnahmenpakete «Via sicura»  
 W1 Im Berichtsjahr wurde wie geplant keine Kundenzufriedenheitsumfrage durchgeführt (gemäss KEF 2018–2021 erfolgt die Umfrage 2019).

**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**DS 1.1a Einführung der neuen IVZ-Datenbank des Bundes (Informationssystem Verkehrszulassung)**

Die Einführung der Informationsdatenbank des Bundes erfolgt voraussichtlich Anfang April 2018. Verzögert 2017

**DS 1.1b Umsetzung der "Via sicura"-Gesetzesänderungen**

Nach Vorgabe des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) werden laufend weitere Massnahmen betreffend der Verkehrssicherheit «Via sicura» umgesetzt. Planmässig 2019

**DS 1.1c Redesign der Geschäftsapplikation Viacar**

Die Softwareeigentümerin (Viacar AG) der Strassenverkehrsamtsapplikation wird die Modernisierung der Software voraussichtlich Ende 2022 abschliessen. Verzögert 2020

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	386.2	408.0	<b>390.5</b>	-17.5	-4.3

Bemerkungen R17 zu B17

-17.5 Geringerer Beschäftigungsumfang infolge vorübergehend unbesetzter Stellen, insbesondere Verkehrsexpertinnen und -experten

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		412.2	417.6	<b>420.3</b>	2.8	0.7
- Verkehrsabgaben		322.3	325.0	<b>331.6</b>	6.6	2.0
Aufwand		-393.6	-400.0	<b>-403.2</b>	-3.3	-0.8
- Übertrag an Strassenfonds		-321.3	-323.5	<b>-330.2</b>	-6.7	-2.1
Saldo		18.6	17.6	<b>17.1</b>	-0.5	-3.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben		-1.3	-4.9	<b>-2.8</b>	2.1	43.0
- Kreditübertragungen aus 2016			-0.7			
Saldo		-1.3	-4.9	<b>-2.8</b>	2.1	43.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.5		Abweichungen total R17 zu B17
-0.5		- Minderertrag aus Fahrzeugprüfungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-4.9	<b>-2.8</b>	2.1	
- Diverse Sanierungen Hochbauten	-2.4	<b>-1.7</b>	0.7	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen und -verschiebungen
- Übrige	-2.5	<b>-1.1</b>	1.4	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
344536	312700	<b>0</b>	31836	-312700

# 3300 Migrationsamt

Der Zuwachs der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung (Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung) hat sich im Berichtsjahr verlangsamt. Nachdem in den vergangenen zehn Jahren ein jährlich durchschnittlicher Anstieg von 3,1% zu verzeichnen war, erhöhte sich der Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung im Berichtsjahr um 1,6%. Ende Dezember waren 392'767 ausländische Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung im Kanton Zürich wohnhaft. Dank Effizienzgewinnen konnten die weiterhin steigende Geschäftslast bewältigt und die Verfahrensdauern kurz gehalten werden.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 18'088 Asylgesuche eingereicht. Damit nahm die Zahl der Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr um 33,5% ab. Dementsprechend verringerte sich die Anzahl Asylsuchender, die dem Kanton zugewiesen wurden. Dieser Rückgang entlastete die Asyladministration sowie den Vollzugsbereich des Migrationsamtes.

Der Bestand der vorläufig aufgenommenen Personen hat sich

weiter erhöht. Ende des Berichtsjahres hielten sich 7543 vorläufig aufgenommene Personen im Kanton Zürich auf, wovon 1567 Personen über die Flüchtlingseigenschaft verfügten. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Bestand der vorläufig aufgenommenen Personen damit um rund 11,4%. Grund dafür ist die anhaltend hohe Zahl von Asylgesuchen von Staatsangehörigen aus Eritrea, Afghanistan und Syrien, bei denen die Schutzquote (Asylgewährung oder vorläufige Aufnahme) hoch ist.

Das Migrationsamt intensivierte die Bemühungen zur Umsetzung des elektronischen Datenaustausches mit Partnerbehörden. So werden dem Migrationsamt ab Anfang 2018 die meisten Rapporte der Polizeikorps nur noch elektronisch zugestellt. Ebenfalls zu Beginn des Jahres 2018 startet der elektronische Datenaustausch mit der Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion. Weitere Datenaustauschprojekte, beispielsweise mit den Einwohnerkontrollen oder mit anderen kantonalen Migrationsämtern, wurden aufgenommen.

## Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u.a.).
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes (u.a. Ausweiserstellung und -verlängerung, Befragungen, Prüfung und Entscheid über Härtefallgesuche).
- A3 Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegaler Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen öffentliche Sicherheit und Ordnung.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche	A1	19174	16000	<b>18619</b>	2619	16.4
L2	Anzahl Visageschäfte / Schaltergespräche	A1	46473	50000	<b>45371</b>	-4629	-9.3
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	A1	120087	120000	<b>146024</b>	26024	21.7
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	A1	7620	10000	<b>8145</b>	-1855	-18.5
L5	Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen	A3	8294	7000	<b>8222</b>	1222	17.5
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender	A2	18196	28000	<b>13028</b>	-14972	-53.5
L7	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag)	A1	591	600	<b>583</b>	-17	-2.8
L8	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige	A1	61682	52000	<b>62189</b>	10189	19.6
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.), Berechnung auf Teilkostenbasis	A1	-7	0	<b>1</b>	1	
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen)	A1	2	3	<b>1</b>	-2	-66.7
W2	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	A1	11	13	<b>12</b>	-1	-7.7

### Bemerkungen

- L1 Anzahl der bewilligten Einreisegesuche auf Niveau der Vorjahre
- L3 Die Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung ist stark vom Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung sowie von der Gültigkeitsdauer der Ausweise abhängig. Deshalb können erhebliche, nicht budgetierbare Schwankungen auftreten.
- L6 Geringere Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender wegen höherer Asylgewährung oder vorläufiger Aufnahme (vgl. Schutzquote) und vermehrter Eingrenzungen statt Inhaftnahme
- L7 Geringere Anzahl beantwortete telefonische Anfragen aufgrund der kurzen Gesuchsbearbeitungsdauer
- B2 Geringere mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall wegen Prozessoptimierungen mit Informatikmitteln

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### DS 1.2a Umsetzung des geänderten Bundesrechts

Die im Oktober 2016 in Kraft gesetzten Gesetzesänderungen betreffend Umsetzung der Ausschaffungsinitiative konnten ohne besondere Probleme umgesetzt werden. Die weiteren Gesetzesänderungen im Ausländerrecht, die das Bundesparlament am 16. Dezember 2016 verabschiedet hat, namentlich die Änderung des Ausländergesetzes (AuG) zur Verbesserung der Integration sowie die Änderung zur Steuerung der Zuwanderung, treten (voraussichtlich) im Sommer 2018 in Kraft. Das Migrationsamt wirkt bei der Ausarbeitung der Vollzugsverordnungen sowie bei der innerkantonalen Umsetzung mit.

Planmässig 2019

Am 5. Juni 2016 nahmen die Stimmberechtigten die Revision des Asylgesetzes betreffend Beschleunigung der Asylverfahren an. Diese Änderungen und damit die Umsetzung der Neustrukturierung des Asylverfahrens treten 2019 in Kraft. Das Migrationsamt wirkte bei der Ausarbeitung der Vollzugsverordnungen mit. Die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten verlaufen wie vorgesehen.

### DS 10.1a Prozessoptimierungen mit Hilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoring-systems (PUM)

Die Einführung des PUM 2015 hat dazu beigetragen, dass das Migrationsamt die steigende Geschäftslast effizient und kundengerecht bearbeiten kann. Weitere Prozessoptimierungen werden laufend vorgenommen.

Planmässig 2019

### DS 1.2b Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden

Ab Anfang 2018 werden dem Migrationsamt die meisten Rapporte der Polizeikörpers in elektronischer Form übermittelt. Der elektronische Datenaustausch mit anderen Partnerbehörden wird laufend erweitert.

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	163.4	162.0	<b>163.4</b>	1.4	0.8

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	18.1	19.1	<b>16.8</b>	-2.2	-11.8
Aufwand	-29.6	-30.8	<b>-28.1</b>	2.7	8.9
Saldo	-11.5	-11.7	<b>-11.2</b>	0.5	4.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-0.1	<b>0.0</b>	0.1	100.0
Saldo	-0.2	-0.1	<b>0.0</b>	0.1	100.0

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R17 zu B17
0.5	A1	- Minderaufwand, vor allem geringere interne Verrechnungen infolge weniger verrechneter Hafttage (vgl. L6)
0.0		- Übrige Abweichungen

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
81391	61394	<b>60000</b>	79997	-1394

### Bemerkungen

Die Zunahme des Ausländerbestandes führte erneut zu einer höheren Geschäftslast, die nur dank Mehreinsatz des Personals bewältigt werden konnte.

# 3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Das Amt für Militär und Zivilschutz begleitet die Dienstpflichtigen vom Anfang der Militär- oder Zivilschutzlaufbahn bis zur Abrüstung und Entlassung. So informierte die Militärverwaltung an den Orientierungstagen gegen 6000 Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen und entliess im Gegenzug fast 3000 Angehörige der Armee feierlich aus der Militärdienstpflicht. In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft wurden die neu brevetierten Leutnants an einem besonderen Anlass begrüsst.

Der Zivilschutz bildete in einer zweiwöchigen Grundausbildung fast 1400 Stabsassistenten, Unterstützer (Pioniere), Betreuer, Material- und Anlagewarte aus und führte Weiterbildungskurse für die Kader und Spezialisten der 40 Zivilschutzorganisationen (ZSO) durch. Das Ausbildungszentrum Andelfingen war weiterhin gut belegt und ist ein modernes Ausbildungszentrum für den Bevölkerungsschutz: Zivilschutz, Feuerwehr und Polizei teilen sich die Ausbildungsanlagen zu

rund je einem Drittel. Im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und bei Katastrophen- und Notlagen wurden fast 10000 Einsatztage geleistet. Gefragt waren hier vor allem die Bereiche Betreuung und Pflege.

Die Dienstleistungen der Retablierungsstelle (Logistikbasis der Armee) im kantonalen Zeughaus wurden von über 7500 Armeeangehörigen in Anspruch genommen. Ein wichtiger Auftrag war wiederum die Instandstellung und Revision von Sturmgewehren (Stgw 90).

Dank der Infanterie-Durchdienerschulen und der Militärakademie an der ETH Zürich waren der Waffenplatz Zürich-Reppischtal und seine Schiess- und Ausbildungsplätze erneut gut ausgelastet.

Auf hohem Stand bleiben die Einnahmen der Wehrpflichtersatzverwaltung, die über 48000 Ersatzpflichtige veranlagte, was sich auch für den Kanton positiv auswirkt, da ihm 20% der Einnahmen als Bezugsprovision zufallen.

## Aufgaben

- A1 Die Militärverwaltung führt die Orientierungstage durch, bietet zur Rekrutierung auf und entlässt die Armeeangehörigen aus der Militärdienstpflicht. Sie erledigt das Kontroll-, Schiess-, Straf- und Dienstverschiebungswesen.
- A2 Der Zivilschutz (ZS) bildet Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
- A3 Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
- A4 Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
- A5 Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt die Ersatzpflichtigen, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Geschäftsfälle im Kontrollwesen (Mutationen, Gesuche) (Anzahl)	A1	32037	35500	<b>32359</b>	-3141	-8.8
L2	Informierte Stellungspflichtige und entlassene Armeeangehörige (Anzahl)	A1	9056	9500	<b>8449</b>	-1051	-11.1
L3	Durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes (Anzahl)	A2	8339	9500	<b>9439</b>	-61	-0.6
L4	Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal (Anzahl)	A3	167000	177000	<b>149000</b>	-28000	-15.8
L5	Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren (Anzahl)	A4	3500	3000	<b>4000</b>	1000	33.3
L6	Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes (Anzahl)	A5	38168	40000	<b>45293</b>	5293	13.2
B1	Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer an Orientierungstagen und Entlassungen (Fr.)	A1	39	38	<b>40.3</b>	2.3	6.1
B2	Aufwand pro Geschäftsfall im Kontrollwesen (Std.)	A1	0.2	0.2	<b>0.2</b>	0.0	0.0
B3	Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen (in %)	A2	76	80	<b>81</b>	1	1.3
B4	Aufwand pro Gesuch betreffend Schutzraumbauten (Std.)	A2	3	3	<b>3</b>	0	0.0
B5	Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal (in Fr.)	A3	55	50	<b>58</b>	8	16.0
W1	Genügend informierte Stellungspflichtige an Orientierungstagen (in %)	A1	94	92	<b>97</b>	5	
W2	Zivilschutzorganisationen, welche die Inspektionsübung erfüllt haben (in %)	A2	100	75	<b>100</b>	25	
W3	Zufriedene Kunden des Zeughauses (in %)	A4	93	90	<b>90</b>	0	

Bemerkungen

L2	Abnahme bei der Anzahl informierter Stellungspflichtiger und entlassener Angehörigen der Armee (AdA) als Folge des reduzierten AdA-Bestandes (Auswirkung der Weiterentwicklung der Armee; WEA)
L4	Rückgang der Anzahl Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal als Folge der Sanierung eines Unterkunftsgebäudes
L5	Zunahme der Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren aufgrund der neuen Leistungsvereinbarung 2017 mit dem Bund
L6	Mehr Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes aufgrund nachträglich erfolgter Rechnungstellung
B5	Höhere Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal wegen tieferer Belegung (vgl. L4)
W2	Alle geprüften Zivilschutzorganisationen haben ihre Inspektionsübung erfüllt.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**DS 1.3a Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern**

Die Ausbildung im Zivilschutz wird laufend verbessert. Planmässig 2019

**DS 1.3b Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen**

Es finden regelmässige Inspektionsübungen statt. Planmässig 2019

**DS 1.3c Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen**

Die Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes wird vermehrt in die Ausbildung aufgenommen. Planmässig 2019

**DS 1.3d Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen**

Es finden regelmässig gemeinsame Übungen des Bevölkerungsschutzes mit Partnerorganisationen statt. Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	130.9	134.5	<b>131.3</b>	-3.1	-2.3

Bemerkungen R17 zu B17

-3.1 Geringerer Beschäftigungsumfang, u.a. infolge vorübergehend vakanter Stellen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	29.1	28.3	<b>31.4</b>	3.1	11.0
Aufwand	-41.1	-41.3	<b>-41.6</b>	-0.3	-0.8
Saldo	-12.0	-13.0	<b>-10.2</b>	2.8	21.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.8	1.9	<b>0.9</b>	-1.1	-54.9
Ausgaben	-2.5	-9.2	<b>-7.2</b>	2.0	21.7
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.9			
Saldo	-1.7	-7.3	<b>-6.3</b>	0.9	12.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.8		Abweichungen total R17 zu B17
2.1	A3	- Ausserordentliche rückwirkende Entschädigung vom Bund für Waffenplatz Zürich-Reppischtal
0.7	A5	- Mehreinnahmen Wehrpflichtersatzverwaltung
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-7.3	<b>-6.3</b>	0.9	
- Waffenplatz Zürich-Reppischtal, diverse Sanierungen (u.a. Lüftungsanlagen, Brücken, Loge/Wache)	-3.7	<b>-3.8</b>	-0.1	
- Zeughaus Zürich, diverse Sanierungen (u.a. Fenster-/Fassadensanierungen, Heizung)	-2.9	<b>-1.7</b>	1.2	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen
- Übrige	-0.7	<b>-0.8</b>	-0.1	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016  
plus Bildung 2016  
0

Verwendung  
2017  
0

**Antrag Bildung 2017**  
**(verbucht 2018)**  
**0**

Bestand 31.12.2017  
plus Bildung 2017  
0

Veränderung Bestand  
0

# 3500 Sozialamt

Der Bund hat die Vorbereitung zur Beschleunigung der Asylverfahren weiter vorangetrieben («Neustrukturierung Asyl») sowie Kantone und Gemeinden informiert und konsultiert. Der Kanton ist seinerseits bereit, die mit der Neustrukturierung verbundenen neuen Aufgaben und Abläufe zeitgerecht mit dem Inkrafttreten der Neuregelung 2019 umzusetzen.

Der Kanton schloss mit dem Staatssekretariat für Migration eine Leistungsvereinbarung betreffend Resettlement-Programm 2017–2019 ab. Ab 2018 wird der Kanton Flüchtlinge aus diesem Programm aufnehmen.

Die Vorlage betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes wurde von den Stimmberechtigten am 24. September des Berichtsjahres angenommen. Damit werden vorläufig Aufgenommene neu nach der Regelung der Asylfürsorge statt wie

bisher nach derjenigen der ordentlichen Sozialhilfe unterstützt. Die Änderung tritt am 1. März 2018 in Kraft und muss spätestens am 1. Juli 2018 umgesetzt sein.

Der Kanton verfügt in den Invalideneinrichtungen, mit denen er Leistungsvereinbarungen abschliesst, über rund 10 000 Wohn- und Arbeitsplätze. Im Rahmen des Vollzugs von § 11a der Verordnung über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen und den Transport von mobilitätsbehinderten Personen (IEV) werden die Leistungsvereinbarungen der Bereiche Wohnen und Tagesstätten ab 2018 in einem letzten Schritt dem Benchmark angepasst. Alle dazu notwendigen Vorbereitungsarbeiten konnten termingerecht durchgeführt werden.

## Aufgaben

- A1 Prüfung und Auszahlung des Kostenersatzes und der Staatsbeiträge an Gemeinden sowie Behandlung von Kostengut-sprachegesuchen von Dritten. Durchführung der Verfahren bei interkantonaler Weiterverrechnung von Sozialhilfekosten und Finanzierung bei Zuständigkeit. Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Gemeinden
- A2 Koordination der Asylfürsorge
- A3 Prüfung und Auszahlung der Staatsbeiträge an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie Abrechnung mit dem Bund
- A4 Auszahlung der Familienzulagen für Nichterwerbstätige an die Familienausgleichskassen des Kantons Zürich. Vergütung der Durchführungsentschädigung sowie Kontrolle der jährlichen Revisionsberichte der Familienausgleichskassen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Sozialen Einrichtungen für Erwachsene

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Unterstützungsanzeigen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe	A1	6333	5100	<b>5643</b>	543	10.6
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber	A2	3450	2500	<b>2073</b>	-427	-17.1
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich	A2	4700	2000	<b>4000</b>	2000	100.0
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarung	A5	9958	10026	<b>10019</b>	-7	-0.1
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	A3	48950	49300	<b>49050</b>	-250	-0.5
L6	Anzahl Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige	A4	4277	3550	<b>4376</b>	826	23.3
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %)	A2	90	90	<b>90</b>	0	
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarungen (in %)	A5	95	96	<b>95</b>	-1	
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Fr.)	A1, A2, A3, A4, A5	1083	985	<b>1083</b>	98	9.9

## Bemerkungen

- L1 Mehr Unterstützungsanzeigen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe als geplant, insbesondere für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene.
- L2 Die Anzahl der vom Bund zugewiesenen Asylsuchenden im Kanton Zürich ist rückläufig wegen gesamtschweizerisch geringerer Gesuchszahlen.
- L3 Höhere Anzahl fürsorgeabhängiger Asylsuchender im Kanton Zürich (höhere Zuweisung durch den Bund als budgetiert)
- L6 Die Anzahl Fälle für Familienzulagen für Nichterwerbstätige ist leicht über dem Vorjahresniveau.
- W1 Der Gesamtaufwand bzw. der Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen bewegt sich auf dem Vorjahresniveau.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 5.1i Ein leistungsabhängiges Finanzierungssystem für Invalideneinrichtungen umsetzen

Mit der Anpassung der gesetzlichen Grundlagen wurden die Voraussetzungen geschaffen, das System auf einer rechtlich gesicherten Basis auf 2018 einzuführen. Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen fortgesetzt. Insbesondere sind die Beitragssätze in den Leistungsvereinbarungen mit den Invalideneinrichtungen für 2018 vereinheitlicht worden.

Planmässig 2018

### RRZ 5.2a Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) im Rahmen des iiz-Netzwerks Kanton Zürich (RRB Nr. 517/2014) wird gestützt auf das iiz-Konzept vom April 2014 laufend den Bedürfnissen der Partnerinstitutionen angepasst. Der Bereich iiz-Sozialhilfe bearbeitete im Berichtsjahr rund 400 Dossiers.

Planmässig 2019

### RRZ 5.2b Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten

Das internetgestützte und laufend aktualisierte Sozialhilfe-Behördenhandbuch wurde auch im Berichtsjahr rege besucht. Ausserdem wurden wöchentlich rund 100 telefonische und schriftliche Fachanfragen zur Sozialhilfe der Gemeinden und Dritter beantwortet. Das Sozialamt führte in Zusammenarbeit mit dem Weiterbildungsprogramm «metier» der Sozialkonferenz des Kantons Zürich sowie auf Anfrage von Gemeinden und Dritten verschiedene Schulungen und Beratungssitzungen durch.

Planmässig 2019

### RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Im Berichtsjahr fanden zahlreiche Gespräche mit Stakeholdern statt. Ein Zwischenbericht zum Stand des Projekts mit einem Lösungsvorschlag wird 2018 vorgestellt.

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	184.1	182.0	<b>184.3</b>	2.3	1.3

Bemerkungen R17 zu B17

2.3 Vorübergehend höherer Beschäftigungsumfang wegen befristeter Anstellungen zur Überbrückung von personellen Engpässen.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>	<b>463.9</b>	<b>388.0</b>	<b>461.9</b>	73.9	19.0
- Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	137.1	88.5	<b>136.7</b>	48.3	54.5
- Rückerstattungen an Asylaufgaben	86.2	40.1	<b>79.5</b>	39.4	98.5
- Rückerstattungen an Zusatzleist. und Familienzulagen	225.1	244.0	<b>230.4</b>	-13.6	-5.6
<b>Aufwand</b>	<b>-1 143.7</b>	<b>-1 065.4</b>	<b>-1 150.9</b>	-85.5	-8.0
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-243.3	-176.4	<b>-254.2</b>	-77.8	-44.1
- Beiträge an Asylaufgaben	-96.7	-47.7	<b>-83.3</b>	-35.7	-74.9
- Beiträge an Zusatzleist. und Familienzulagen	-406.8	-427.8	<b>-413.4</b>	14.5	3.4
- Beiträge an Soziale Einrichtungen	-333.2	-333.1	<b>-332.5</b>	0.6	0.2
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-1.6	-2.1	<b>-1.8</b>	0.3	13.1
- Nachtragskredit		-25.0			
<b>Saldo</b>	<b>-679.8</b>	<b>-677.4</b>	<b>-689.0</b>	-11.6	-1.7
<b>Investitionsrechnung (in Mio. Franken)</b>	<b>R16</b>	<b>B17</b>	<b>R17</b>	<b>Δ abs.</b>	<b>Δ %</b>
<b>Einnahmen</b>					
<b>Ausgaben</b>	<b>-16.3</b>	<b>-17.5</b>	<b>-14.4</b>	3.1	17.5
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.9			
<b>Saldo</b>	<b>-16.3</b>	<b>-17.5</b>	<b>-14.4</b>	3.1	17.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-11.6		Abweichungen total R17 zu B17
-3.2		- u.a. höhere interne Verrechnungen mit der Gesundheitsdirektion
-3.9	A4	- Mehraufwand für Familienzulagen (Nachzahlungen für Vorjahre und eine erhöhte Anzahl an Anspruchsberechtigten)



-4.5	A1	- Höherer Nettoaufwand für wirtschaftliche Hilfe in den Bereichen für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge
0.0		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016 209298	Verwendung 2017 21462	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b> <b>0</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017 187836	Veränderung Bestand -21462
---	-----------------------------	--	---	-------------------------------

# 3700 Sportamt

Die Zuständigkeit für die Förderung des freiwilligen Schulsports wechselte auf das Berichtsjahr hin vom Volksschulamt zum Sportamt.

Zum zweiten Mal hat das Sportamt die Studie «Sportvereine im Kanton Zürich» durchgeführt. Sie zeigt, dass die Vereine nach wie vor die wichtigsten Anbieter von Sportmöglichkeiten und Wettkämpfen sind. Die Zürcher Sportvereine verzeichneten in den letzten Jahren einen leichten Mitgliederzuwachs, insbesondere im Kindersport. Für das vielfältige Vereinsangebot sind 42000 Ämter zu besetzen, 5000 mehr als noch vor sieben Jahren. Die Besetzung ehrenamtlicher Funktionen bleibt gleichzeitig die grösste Herausforderung. Die Studie bestätigt, dass die Zürcher Vereine sinnvoll und ziel führend unterstützt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die finanzielle Unterstützung von Sportanlagen aus dem Sportfonds. Über zwei Drittel aller Vereine sind auf die Benutzung öffentlicher Anlagen existenziell angewiesen.

Jugend+Sport (J+S) verzeichnet weiterhin einen erfreulichen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen. Der Bund kommt dem Wachstum im Rahmen des Aktionsplans Sportförderung mit einer stufenweisen Erhöhung des J+S-Kredits nach. Das Sportamt organisierte 141 Aus- und Weiterbildungskurse, um den wachsenden Bedarf zu decken. Auch die Jugendsportcamps verzeichneten mit 1310 Teilnehmenden beinahe wieder einen Höchstwert. Das Leiternachwuchsprojekt «1418coach» wurde weiter ausgebaut und zählt mittlerweile 816 ausgebildete «1418coaches».

Das erste «Zürcher Sportfest» erlebte in Horgen eine gelungene Premiere. Das Sportamt war dieses Jahr Gastgeber der nationalen «Sommerkonferenz Sport» und organisierte zudem wiederum eine «Kantonale Sportkonferenz» für Gemeinden und Städte, das «Symposium Nachwuchsförderung» sowie das «Forum Sportkanton Zürich».

## Aufgaben

- A1 Bearbeiten der Belange des Sportfonds zur Förderung des organisierten (Vereinssport) und ungebundenen Sports mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Menschen im Kanton Zürich sportlich betätigen.
- A2 Fördern von Aktivitäten, damit Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich täglich sportlich aktiv sind (Jugend+Sport).
- A3 Unterstützen von Gemeinden und Dritten bei Bau und Sanierung von Sportanlagen für eine bedarfsgerechte Abdeckung des Kantons Zürich mit Sportanlagen.
- A4 Koordinieren des kantonalen Auftritts im Bereich des ausserschulischen Sports, insbesondere bei breitenwirksamen Anlässen und bei Sport-Grossveranstaltungen.
- A5 Koordinieren der kantonalen Aktivitäten im Nachwuchsleistungssport für eine gute Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn sowie Fördern der Qualität der Leistungszentren im Kanton Zürich.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen	A1, A3	51	50	<b>67</b>	17	34.0
L2 Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen	A1, A4	116	100	<b>115</b>	15	15.0
L3 Anzahl abgerechnete J+S-Kurse und -Lager	A2	11949	11500	<b>12369</b>	869	7.6
L4 Anzahl unterstützte freiwillige Schulsportkurse	A1, A2	1184	1200	<b>1341</b>	141	11.8
L5 Anzahl J+S Leiteraus- und -weiterbildungskurse	A2	134	132	<b>141</b>	9	6.8
L6 Anzahl kantonale Jugendsportlager	A2	34	32	<b>34</b>	2	6.3
L7 Anzahl bearbeitete Gesuche von Leistungszentren	A1, A5	77	75	<b>76</b>	1	1.3
B1 Nettoaufwand pro Einwohner (Fr.)	A1, A2, A3, A4, A5	2	2	<b>2</b>	0	0.0
W1 Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven (in %; Erhebung alle 5 Jahre)	A1					
W2 Anzahl Mitglieder in Sportvereinen	A1	352000	350000	<b>373421</b>	23421	6.7
W3 Anzahl Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern	A2	149912	148000	<b>156386</b>	8386	5.7
W4 Anzahl Teilnehmende an J+S-Aus- und Weiterbildungskursen	A2	4078	4000	<b>4438</b>	438	11.0
W5 Anzahl Teilnehmende in Jugendsportlagern	A2	1313	1300	<b>1310</b>	10	0.8
W6 Anzahl der sportlichen Talente (Swiss Olympic Talent Cards)	A5	2611	2800	<b>2659</b>	-141	-5.0

### Bemerkungen

- L1 Höhere Anzahl bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen wegen mehr Beiträgen an Neubauten und Instandsetzungsarbeiten
- L2 Höhere Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen, insbesondere für wiederkehrende Sportveranstaltungen
- L4 Höhere Anzahl unterstützte freiwillige Schulsportkurse infolge Angebotsausbau in den Zürcher Gemeinden
- W1 Nächste Erhebung des Bevölkerungsanteils der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven (in %) ist 2019 geplant.

- W2 Leicht zunehmende Anzahl Mitglieder in Sportvereinen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen  
W3 Mehr Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern infolge stetigen Nachfragewachstums, insbesondere im Bereich Kindersport (5- bis 10-Jährige)

### Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

#### **RRZ 5.1g Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien**

Im schulischen Umfeld sowie im Freizeitbereich wurden Massnahmen umgesetzt und niederschwellige Projekte unterstützt.

Planmässig 2019

#### **DS 3.1b Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm für jugendliche Hilfsleitende einführen.**

Das Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm «1418coach» für jugendliche Hilfsleiterinnen und Hilfsleiter wurde weiter ausgebaut.

Planmässig 2018

#### **DS 3.1c Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können.**

Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen ist weiter gewachsen. Zudem haben sechs weitere Schulen das Label für sportfreundliche Schulkultur erhalten.

Planmässig 2019

#### **DS 3.1d Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken.**

Bei der Beitragsbemessung für die Unterstützung von Sportveranstaltungen werden die Anzahl der Teilnehmenden sowie die wiederkehrende Durchführung speziell berücksichtigt. Die Anzahl unterstützter Veranstaltungen hat sich erhöht.

Planmässig 2019

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	13.5	14.2	<b>14.6</b>	0.4	2.9

Bemerkungen R17 zu B17

0.4 Zusätzliche, befristete Anstellungen für Vertretungen während Mutterschaftsurlaub

### Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1.6	1.6	<b>1.7</b>	0.1	6.1
Aufwand	-4.7	-4.7	<b>-4.8</b>	-0.1	-2.7
Saldo	-3.1	-3.1	<b>-3.1</b>	-0.0	-0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

# 3910 Sportfonds

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie Swisslos wurde dem Sportfonds rund 26,1 Mio. Franken zugewiesen. Dies entspricht 30% des Ertragsanteils. Insgesamt wurden Beiträge von rund 20,1 Mio. Franken zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt: Fr. 6491300 an 48 Sportanlagen von Gemeinden und Dritten, Fr. 1121700 für Förderbeiträge im Nachwuchsleistungssport, Fr. 1787000 (einschliesslich Fr. 948400 J+S-Beiträge) an 1341 «schulsport.zh»-Kurse, Fr. 250000 an den Kantonalverband Zürich für Sport in der Schule für 135 Schülerturniere und -meisterschaften, Fr. 932000 an 90 Sportveranstaltungen, Fr. 231600 an 18 Sportprojekte, Fr. 138000 für «1418coach»-Beiträge, Fr. 11000 an vier Schulen mit dem Label für sportfreundliche Schulen und Fr. 7949712 an den Zürcher Kantonalverband für Sport für seine Mitgliederverbände und -vereine. Der Betrieb des kan-

tonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit Fr. 1 088 217 unterstützt.

Der Bau und der Unterhalt des Sportzentrums belasteten den Fonds (inkl. Zinsen und Abschreibungen) mit 2,6 Mio. Franken. Das Sportzentrum beherbergte 4412 Anlässe und Kurse mit 29753 Übernachtungen. Im Dezember des Berichtsjahres bewilligte der Regierungsrat einen Kredit von 50 Mio. Franken aus dem Sportfonds, um das aus einem Architekturwettbewerb als Sieger hervorgegangene Projekt «Silhouette» zu realisieren. Es sieht den Neubau einer Dreifachsporthalle mit integrierter Werkhof vor. Zudem wird das über vierzigjährige Unterkunftsgebäude zurückgebaut und durch einen neuen, grösseren Unterkunfts- und Schulungstrakt ersetzt. Damit können die heutigen Kapazitätsengpässe bei Sporthallen, Betten und Theorieräumen behoben werden.

## Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursports (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg, Filzbach GL)

Fonds	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	84.2	80.2	88.2	7.9	0.0

Bemerkungen R17 zu B17

- 7.9 Erhöhung Fondsbestandes aufgrund Mehrertrag aus Reingewinn der Swisslos sowie noch nicht eingereichter Abrechnungen für zugesicherte Beiträge. Der Fondsbestand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr (84.2 Mio. Franken) um 4 Mio. Franken und beträgt am 31. Dezember 2017 neu 88.2 Mio. Franken. In diesem Betrag enthalten sind rund 31 Mio. Franken Immobilienbestand des Sportzentrums Kerenzerberg (SZK) sowie rund 33 Mio. Franken offene Verpflichtungen zu bewilligten, von Gemeinden und Dritten noch nicht abgerechneten Baubeiträgen.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag	27.2	27.0	27.1	0.2	0.7
- Swisslos	23.0	23.0	26.1	3.1	13.6
- Zinsen	1.3	0.0		0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto	2.8	3.9		-3.9	-100.0
Aufwand	-27.2	-27.0	-27.1	-0.2	-0.7
- Beiträge	-24.3	-24.0	-20.1	3.9	16.4
- Einlagen in Bestandeskonto		0.0	-4.0	-4.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-1.1	-9.1	-6.2	2.9	32.3
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.3			
Saldo	-1.1	-9.1	-6.1	3.0	32.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
3.9	A1	- Wegen höherer Erträge und Minderaufwendungen war die budgetierte Fondsentnahme nicht erforderlich.
3.1	A1	- Der Ertrag von Swisslos war im Berichtsjahr höher als budgetiert (höherer Reingewinn der Swisslos).
0.9	A1	- Der Gemeindeanteil der schulsport.zh-Pauschale des Bundes (J+S-Beitrag) wird ab dem Berichtsjahr über den Kanton ausbezahlt.
-3.9	A1	- Weniger ausbezahlte Beiträge infolge noch nicht eingereichter Projektabrechnungen
-4.0	A1	- Wegen höherer Erträge und Minderaufwendungen war eine Fondseinlage möglich.
0.0		- Übrige Abweichungen

**Sicherheitsdirektion**  
**Leistungsgruppe 3910**

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-9.1	<b>-6.1</b>	3.0	
- Fondsfinanzierte Erweiterung und Anpassung im Sportzentrum Kerenzlerberg, Filzbach GL	-4.3	<b>-1.9</b>	2.4	- Minderausgaben aufgrund Projektverzögerung
- Übrige	-4.8	<b>-4.2</b>	0.6	

# 3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser für die Bekämpfung des Alkoholismus. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen erneut an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen). Die Leistungsabgeltung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung. Der Fondsbestand wird durch zusätzliche jährliche Ausschüttungen von Fr. 300000 an die Alkoholberatungsstellen über einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren schrittweise auf die Hälfte des Bestandes vom 31. Dezember 2012 gesenkt (vgl. Vorlage 4945). Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkanto-

nal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 2. März 2016 (RRB Nr. 152/2016) der Weiterführung des Zentrums für Spielsucht bis Ende 2018 zugestimmt. Das Zentrum wird vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich fachlich begleitet.

Im Berichtsjahr wurde gemeinsam mit anderen Kantonen in den Aufbau eines interaktiven Selbsthilfetools investiert. Das Angebot (Website/App) soll Betroffene und Angehörige unterstützen, eine allfällige Spielsucht zu erkennen und angemessen darauf reagieren zu können.

## Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention).
- A2 Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert in Franken)	A1	34.8	37.6	<b>35.1</b>	-2.5	-6.6
B1 Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben	A1	72	71	<b>67</b>	-4	
W1 Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in %)	A1	100	100	<b>100</b>	0	
W2 Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht (in %)	A2	100	100	<b>100</b>	0	

### Bemerkungen

- L1 Tieferer durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen wegen mehr erbrachter Leistungsstunden
- B1 Der Bestand des Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben hat sich gegenüber dem Vorjahr reduziert wegen geringeren Fondsbestandes.

## Fonds

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	5.7	5.2	<b>5.4</b>	0.2	0.0

### Bemerkungen R17 zu B17

- 0.2 Höherer Fondsbestand als budgetiert infolge geringerer Fondsentnahme im Lotteriespielsuchtfonds (weniger Aufwand für Dienstleistungen Dritter)  
Total Fondsbestand am 31. Dezember 2017: 5.40 Mio. Franken, davon:  
- Alkoholfonds 3.15 Mio. Franken  
- Lotteriespielsuchtfonds 2.25 Mio. Franken

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.4	5.5	<b>5.4</b>	-0.1	-1.0
Alkoholfonds:					0.0
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol	4.3	4.3	<b>4.4</b>	0.1	2.1
- Zinsen aus Bestandeskonto	0.1	0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.4	0.3	<b>0.3</b>	0.0	2.0
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Anteil aus Bruttospielerträgen d. Lotterieunternehmen	0.6	0.6	<b>0.7</b>	0.1	10.8
- Zinsen aus Bestandeskonto	0.0	0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.0	0.3	<b>0.0</b>	-0.2	-87.0
Aufwand	-5.4	-5.5	<b>-5.4</b>	0.1	1.0
Alkoholfonds:					0.0
- Betriebsbeiträge	-2.7	-2.5	<b>-2.6</b>	-0.1	-3.9
- Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2.1	-2.0	<b>-2.0</b>	0.0	0.2
- Einlagen in Bestandeskonto					0.0
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Dienstleistung Dritter		-0.2		0.2	100.0
- Betriebsbeiträge	-0.6	-0.7	<b>-0.7</b>	-0.0	-5.1
- Einlagen in Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
0.2	A2	- Lotteriespielsuchtfonds: geringere Fondsentnahme als budgetiert (weniger Aufwand für Dienstleistungen)
-0.2	A1	- Alkoholfonds: höhere Betriebsbeiträge
0.0		- Übrige Abweichungen

## 3930 Schutzraumfonds

Für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge in der Höhe von rund 5,9 Mio. (7,3 Mio.) Franken in den kantonalen Schutzraumfonds (§22a Zivilschutzgesetz [ZSG]). Das Amt für Militär und Zivilschutz entschädigte die Gemeinden für das Inkasso der Ersatzbeiträge im Umfang von Fr. 128'800 (Vorjahr: Fr. 115'400) gemäss §27 Abs. 2 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV). Im Rahmen der Instandsetzung

eines öffentlichen Schutzraumes wurde ein Betrag von rund Fr. 30'000 ausbezahlt. Weitere Ausschüttungen wurden nicht vorgenommen, da die Gemeinden zurzeit noch über genügend Mittel aus früheren Ersatzbeiträgen verfügen für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume, die Erneuerung von privaten Schutzräumen sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen (vgl. KZV, Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 18. Januar 2012, Abs. 3).

### Aufgaben

A1 Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeisen wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 47 BZG, Art. 22 Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.

Fonds	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	33.8	39.7	<b>39.6</b>	-0.1	-0.0

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.7	6.3	<b>5.9</b>	-0.3	-4.9
- Ersatzbeiträge d. ersatzpflichtigen Bauherren an Gemeinden	7.3	6.3	<b>5.9</b>	-0.3	-4.9
- Zinsen	0.4	0.0		0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-7.7	-6.3	<b>-5.9</b>	0.3	4.9
- Kostenbeiträge/Entschädigungen an Gemeinden	-0.1	-0.4	<b>-0.2</b>	0.2	55.9
- Abschreibungen und Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Einlagen in Bestandeskonto	-7.5	-5.9	<b>-5.8</b>	0.1	1.7
Saldo	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
0.3	A1	- Minderaufwand wegen tieferer Kostenbeiträge an Gemeinden und leicht tieferer Fondseinlage
-0.3	A1	- Minderertrag vor allem wegen tieferer Ersatzbeiträge der Gemeinden
0.0		- Übrige Abweichungen



# 04

## Finanzdirektion

<b>Überblick</b>	<b>86</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>88</b>
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	88
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	88
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	88
<b>Finanzierung</b>	<b>90</b>
Übersicht	90
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	90
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	91
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>91</b>
Beschäftigungsumfang	91
Lohnaufwand	92
Anstellungsverhältnisse	92
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>92</b>
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	92
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	92
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>93</b>
4000 Generalsekretariat FD	93
4100 Finanzverwaltung	95
4300 Amt für Tresorerie	98
4400 Steuern Betriebsteil	100
4500 Personalamt	104
4600 Direktionsübergreifende Informatik	107
4700 Drucksachen und Material	109
4910 Steuererträge	111
4921 Schadenausgleich	112
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	113
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen	114
4960 Nationaler Finanzausgleich	115
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen	116
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich	117

# Überblick

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittaufgaben zusammenfassen. Die meisten dieser Dienstleistungen kommen der Bevölkerung nicht direkt, sondern indirekt zugute, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittaufgaben lassen sich in Planung und Steuerung einerseits sowie in interne Dienstleistungen andererseits unterteilen. Aufgaben mit Aussenbeziehungen – das heisst ein direkter Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen – bestehen ausgeprägt nur beim Steueramt.

Hauptschwerpunkte der Tätigkeit im Berichtsjahr bildeten:

- die Mitarbeit bei der Entwicklung der Steuervorlage 17 (Überarbeitung der Unternehmenssteuerreform III),
- die Erarbeitung eines Verhaltenskodexes für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung,
- die Erarbeitung der Grundlagen für eine künftige kantonale Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), sowie
- die Vorbereitungsarbeiten zu den organisatorischen Veränderungen 2018 (neues Amt für Informatik, Eingliederung des Amtes für Tresorerie in die Finanzverwaltung).

## **Steuervorlage 17 (SV17)**

Nach dem Scheitern der Referendumsabstimmung zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) hat der Bundesrat Eckwerte für eine neue Steuervorlage 17 (SV17) verabschiedet und dazu im Herbst 2017 eine Vernehmlassung eröffnet. Ohne Ersatzmassnahmen für die vom Ausland kritisierten Regeln der schweizerischen Unternehmensbesteuerung würde die Steuerbelastung von mobilen, gewinnintensiven Unternehmen mit kantonalem Steuerstatus massiv steigen, was auch im Kanton Zürich zu Wegzügen und zum Verlust von Arbeitsplätzen und Steuersubstrat führen würde.

Der Regierungsrat hat im November des Berichtsjahres dem Bund mitgeteilt, dass er die Stossrichtung der SV17 grundsätzlich befürwortet. Die Einschränkungen der Wirkung der Ersatzinstrumente sowie der zusätzlichen Massnahmen wie der Erhöhung der Teilbesteuerung der Dividenden und der Familienzulagen trägt er mit. Abzulehnen sind aus Zürcher Sicht dagegen der Verzicht auf Einführung der zinsbereinigten Gewinnsteuer bei den Kantonen und die Reduktion des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer von den mit der USR III beschlossenen 21,2% auf 20,5%. Im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden beabsichtigt der Regierungsrat, im kantonalen Recht die obligatorischen und fakultativen Ersatzinstrumente der SV17 im grösstmöglichen Umfang umzusetzen, den Steuersatz für die Gewinnsteuer in zwei Schritten von 8% auf 6% zu senken und die Städte und Gemeinden substantziell an der Ausgleichsleistung des Bundes zu beteiligen. Damit soll die Attraktivität des Kantons Zürich insbesondere für innovative, wertschöpfungsintensive Unternehmen, für Finanzgesellschaften und die Finanzbranche erhalten werden.

## **Compliance und Korruptionsvorbeugung**

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr einheitliche Regeln zur Vorbeugung gegen unethisches Verhalten erlassen (RRB Nr. 1205/2017). Dabei handelt es sich um einen Verhaltenskodex mit direkt anwendbaren Standards für alle Mitarbeitenden in den Direktionen, der Staatskanzlei, der Bezirksverwaltung und den unselbstständigen Anstalten.

Dieser Kodex legt verbindlich fest, was der Regierungsrat unter verantwortungsbewusster Arbeit versteht: «Wer nach gesundem Menschenverstand handelt, hinschaut statt wegschaut, Fragen stellt und Bedenken äussert, handelt richtig.» Ziel ist es, eine Kultur der Aufmerksamkeit und des offenen Gesprächs zu fördern.

Der Regierungsrat macht klar, dass es einem Vertrauensbruch gleichkommt, wenn Mitarbeitende einen persönlichen Vorteil aus ihrer beruflichen Stellung zu ziehen versuchen, der ihnen nicht zusteht. Die neuen Regeln betreffen insbesondere Selbstkontrolle, Schutz der Unabhängigkeit, Geschenke, Einladungen und Verdachtsmeldungen.

## **Grundlagen für die künftige Informatik-Strategie**

Der Regierungsrat hat die Finanzdirektion beauftragt, ein Projekt zur Schaffung der Grundlagen für die künftige kantonale Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) durchzuführen. Im Verlauf der Projektarbeiten hat sich gezeigt, dass Weichenstellungen notwendig sind, die nicht auf Projektebene getroffen werden können. Der Regierungsrat hat deshalb die strategischen Eckpfeiler für die Ausgestaltung der neuen kantonalen IKT beschlossen. Im neu zu bestimmenden strategischen Steuerungsgremium werden mehrere Mitglieder des Regierungsrates vertreten sein. Das Gremium soll auch die strategische Steuerung der Digitalisierung der Verwaltung übernehmen. Die Leistungen der IKT-Grundversorgung (IT-Arbeitsplatz, Support, Betrieb Server, Netzwerk usw.) werden durch das in der Finanzdirektion neu gebildete Amt für Informatik verantwortet. Die Fachapplikationen bleiben bei den Direktionen und der Staatskanzlei. Zudem wird der Kanton Zürich für intern betriebene Services nur noch über zwei Standorte in einem Rechenzentrumsverbund verfügen.

## **Personalpolitische Schwerpunkte 2016–2019**

Die personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 (RRB Nr. 1231/2016) umfassen drei Massnahmen:

- HR 2020: Im Berichtsjahr wurde wie geplant die Bestandesaufnahme durchgeführt. Es wurden zu diesem Zweck mit den HR-Bereichen der Direktionen und einzelnen Verwaltungseinheiten Interviews geführt.
- Stellenplan: Das Projektteam hat die aktuelle Rechtslage geprüft und Vorbereitungen für Vergleiche mit den Regelungen anderer öffentlicher Verwaltungen und privatwirtschaftlicher Unternehmen getroffen.
- Kompetenzmodell 2020: Das Projekt startet im ersten Quartal 2018; die Grundzüge der Projektorganisation sind bereits festgelegt und geeignete Projektmitglieder identifiziert.

## **HR-IT-Weiterentwicklung**

Das Projektteam erarbeitete das Konzept für E-Dossiers im Kanton beruhend auf der Lösung der Kantonspolizei. Deren Erfahrungen wurden ausgewertet und mit den Bedürfnissen der neu dazugekommenen Direktionen ergänzt. Das Personalamt konnte so verschiedene Optimierungslösungen identifizieren und Zusatzentwicklungen realisieren (lassen). Weiter führte das Personalamt die Ausschreibung für das Initialscanning der papierenen Dossiers durch und bereitete die Einführung des E-Dossiers in den Abteilungen HR FD und CC Payroll als Piloteneinheiten vor.

Das Personalamt erarbeitete im Projekt für ein einheitliches Organisationsmanagement (OM) eine Weisung für die einheitliche Führung des OM im System SAP HCM, erstellte ein Einführungskonzept und überarbeitete das bestehende Schulungskonzept bzw. den Schulungsinhalt. Auch für das HR-Informationsportal, das den Vorgesetzten die direkte Einsichtnahme ins E-Dossier ihrer Mitarbeitenden ermöglichen wird, hat das Personalamt mit der Umsetzung begonnen.

Für die Evaluation einer allfälligen Ablösung von SAP Stäfa durch den SAP-Standard für Mehrfachanstellungen wurde ein Auftrag zur Erarbeitung einer Voranalyse durch ausgewählte Anbieter vergeben.

#### **Vorbereitungsarbeiten zum neuen Amt für Informatik**

Auf den 1. Januar 2018 wurden das Kompetenzzentrum SAP der Finanzverwaltung und die KITT-Geschäftsstelle, einschliesslich der IT-Basis-Infrastruktur mit Netzwerk- und Verzeichnisdiensten sowie des Kompetenzzentrums IT-Sicherheit, in einem neuen Amt für Informatik (AFI) zusammengefasst. Beim Aufbau des neuen Amtes mussten unter anderem die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen geschaffen, die personalrechtlichen Anforderungen für die Übernahme der Mitarbeitenden umgesetzt sowie die künftige Planung und Berichterstattung vorbereitet werden.

#### **Tresorerie neu in der Finanzverwaltung**

Ab 1. Januar 2018 wird das bisherige Amt für Tresorerie als neue Abteilung in die Finanzverwaltung überführt. Die detaillierten Vorbereitungsarbeiten wurden im Berichtsjahr durchgeführt und umfassten insbesondere die Überarbeitung der Tresorerie-Richtlinien, eine klare Aufgabentrennung zwischen den Abteilungen Kantonales Rechnungswesen und Tresorerie sowie neue Stellenbeschriebe für alle Mitarbeitenden.

#### **Fusion von Abraxas und VRSG**

Die Unternehmen Abraxas Informatik AG (Abraxas) und Verwaltungsrechenzentrum AG St. Gallen (VRSG) haben ihren Aktionären nach intensiven Abklärungen einen Zusammenschluss beantragt. Der Kanton Zürich wies bisher einen Anteil an der Abraxas von 50% und an der VRSG von 0,73% auf. Die Aktionäre stimmten der Fusion zu, wobei 100% des Abraxas-Aktienkapitals sowie rund 90% des VRSG-Aktienkapitals in Anteile der neuen Abraxas-VRSG Holding AG umgetauscht wurden. Das Aktienkapital bleibt weiterhin vollständig im öffentlichen Eigentum; die Anteile der Kantone Zürich und St. Gallen betragen dabei je 42,4%. Durch den Zusammenschluss entsteht ein führender Anbieter von durchgängigen Informatiklösungen für die öffentliche Hand im Schweizer Markt mit rund 830 IT-Fachleuten.

#### **Stark gestiegene Zahl von Selbstanzeigen**

Die Schweiz hat mit Wirkung ab 1. Januar des Berichtsjahres mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und mit zahlreichen weiteren Staaten vereinbart, neu Informationen über Finanzkonten automatisch auszutauschen. Die das Berichtsjahr betreffenden Informationen werden 2018 zwischen den beteiligten Staaten ausgetauscht und umfassen Einkünfte wie Zinsen und Dividenden sowie Vermögensstände von Bankkonten und Wertschriftendepots. Die Einführung des automatischen Informationsaustauschs hat zu einem enormen Anstieg an – zumeist straflosen – Selbstanzeigen von hier wohnhaften Steuerpflichtigen geführt. Verzeichnete das kantonale Steueramt 2016 noch rund 2100 Selbstanzeigen,

haben im Berichtsjahr mehr als 6100 Steuerpflichtige eine Selbstanzeige eingereicht. Zahlreiche dieser Selbstanzeigen betreffen im Ausland gelegene Liegenschaften und damit verbundene Liegenschaftskonten bei ausländischen Banken.

#### **Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten ihre Kosten für den Arbeitsweg bisher vollumfänglich als Berufskosten von ihren steuerbaren Einkünften abziehen. Dieser Arbeitswegkostenabzug wird bei den Staats- und Gemeindesteuern ab 1. Januar 2018 auf Fr. 5000 pro Jahr beschränkt. Die Kosten für einen ZVV-NetzPass (alle Zonen) oder ein SBB-Generalabonnement der 2. Klasse bleiben auch mit der Begrenzung abzugsfähig. Betroffen von der Begrenzung sind rund 10% der Steuerpflichtigen, die heute einen höheren Abzug geltend machen können. Die Bevölkerung hat diese Gesetzesänderung in einer obligatorischen Referendumsabstimmung mit 70,71% Ja-Stimmen angenommen. Mit den Mehreinnahmen soll ein Teil der Mehrkosten des Kantons Zürich für den Ausbau der Bahninfrastruktur finanziert werden.

#### **Einheitliches Lohnmeldeverfahren (ELM)**

Das Personalamt hat ein einheitliches Lohnmeldeverfahren (ELM 4.0) eingeführt, womit die Meldungen aller Löhne und Mutationen an die kantonalen Steuerämter (Quellensteuer), Ausgleichskassen und Versicherungen nun direkt elektronisch übermittelt werden können. Dadurch werden alle alten Papierformulare oder Einzelübermittlungen in anderen Formaten abgelöst. Es handelt sich um einen landesweit anerkannten Standard, sodass alle Sozialversicherungen und die Quellensteuerämter aller Kantone damit bedient werden können. Von besonderer Bedeutung ist die elektronische Übermittlung der monatlichen Quellensteuermeldungen an alle 26 Kantone gleichzeitig. Dank der automatischen Rückmeldungen der Steuerämter lassen sich fehlerhafte Daten frühzeitig erkennen und zeitnah ergänzen oder korrigieren.

# Legislaturziele

## Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### RRZ 7.2 Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.

RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten

4100 2017

## Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### RRZ 9.1 Die Steuerbarkeit von Budget und Finanzplanung ist erhalten.

RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen

4100 2017

### RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.

RRZ 9.2b Umsetzungsbereite Finanzierungsmodelle entwickeln und die dazu allenfalls notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen

4100 2018

### RRZ 9.3 Das Steuersubstrat ist durch Erhalt der Position im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb gesichert.

RRZ 9.3a Die Unternehmenssteuerreform III nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten

4400 2018

RRZ 9.3b Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen

4400 2019

RRZ 9.3c Rechtzeitig eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Unternehmenssteuerreform III sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene

4400 2019

## Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

4100 2019

RRZ 10.1d Erarbeitung der Informatikstrategie 2015-2018 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen

4600 2019

RRZ 10.1f Ein Compliance Management System einführen, um Abweichungen von gültigen Regeln zu vermeiden

4000 2017

RRZ 10.1g Die direktionsübergreifenden Personaladministrationsprozesse standardisieren, dokumentieren und umsetzen sowie die Verantwortlichkeiten klar zuordnen. Damit die Grundlagen für weitergehende Automatisierungen und Systeme schaffen (z.B. Workflowlösungen)

4500 2018

RRZ 10.1h Eine vergleichbare Einstufung und Weiterentwicklung des Linien- und Fachkaders sowie flexible und zeitgemässe Arbeitszeitmodelle schaffen. Das heutige Personalgesetz überprüfen und gegebenenfalls erneuern

4500 2020

### RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2b Vollständige elektronische Personaldossiers aller aktiven Personen im SAP HCM (PULS) einführen (inkl. Lohndossiers). Neue Akten nur noch elektronisch führen

4500 2018

RRZ 10.2c Die notwendigen Personalkennzahlen Führungskräften und Verwaltungseinheiten elektronisch zur Verfügung stellen. Für Führungskräfte ein neues IT-basiertes Instrument für teambezogene Standortbestimmungen einführen

4500 2019

RRZ 10.2d Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben

4400 2020

### RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3c Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten

4400 2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
<b>FD 10.1 Die Ressourcen des Kantons Zürich können ohne Beeinträchtigungen nachhaltig eingesetzt werden.</b>		
FD 10.1a Überarbeitung des bestehenden Versicherungskonzepts und Integration in ein übergeordnetes Risikokonzept	4000	2017
FD 10.1b Einführung regelmässiger Erhebungen der Grossrisiken des Kantons	4000	2017
<b>FD 10.2 Die gesetzlichen Grundlagen des Lotteriefonds sind gemäss den aktuellen Anforderungen überarbeitet.</b>		
FD 10.2a Erarbeitung eines kantonalen Lotteriefondsgesetzes	4000	2017
<b>FD 10.3 Abschluss des Informatikprogramms «ZüriPrimo»</b>		
FD 10.3a Umsetzung des Informatikprojekts «ZüriPrimo»	4400	2018
FD 10.3b Einführung Register / Veranlagung «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE01	4400	2018
FD 10.3c Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE04	4400	2017
FD 10.3d Ablösung der Applikation Quellensteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE07	4400	2017
FD 10.3e Ablösung der Applikation Erbschafts- / Schenkungssteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE09	4400	2018
FD 10.3g Programmführung «ZüriPrimo», Realisierung Liegenschaftsportfolio, Entwicklungs- und Betriebsplattform, Realisierungseinheiten RE00, RE06, RE11, RE12	4400	2018
<b>FD 10.4 Standardisierung der Personalprozesse</b>		
FD 10.4a Innerhalb der Finanzdirektion wird ein HR-Standardisierungsprojekt durchgeführt. In dessen Rahmen soll die Personalarbeit durch definierte HR-Dienstleistungen, die Standardisierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Formulare für die ganze Finanzdirektion sowie damit verbunden die Einführung IT-unterstützter Supportfunktionen markant optimiert werden.	4500	2018
<b>FD 10.5 Optimierung der Personalinformatik in der Finanzdirektion</b>		
FD 10.5a Evaluation der Ablösung der bisherigen PULS-Lösung durch den SAP-Mehrfachanstellungsstandard. Damit wird die Aufgabe A5 unterstützt, insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.	4500	2018

# Finanzierung

## Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	8 147.5	8 258.2	<b>8 342.0</b>	83.8	1.0
Aufwand	-1 068.1	-1 167.6	<b>-1 124.7</b>	42.9	3.7
- Kreditübertragungen aus 2016		-5.3			
Saldo	7 079.4	7 090.6	<b>7 217.3</b>	126.7	1.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.0	0.7	<b>1.8</b>	1.1	155.4
Ausgaben	-9.1	260.1	<b>-4.9</b>	-265.0	-101.9
- Kreditübertragungen aus 2016		-7.0			
Saldo	-8.1	260.8	<b>-3.1</b>	-264.0	-101.2

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
126.7		Abweichungen total R17 zu B17
86.3	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
79.4	4910	- Deutlich höhere Bundessteuereinnahmen, vor allem bei den juristischen Personen
75.3	4910	- Höherer Kantonsanteil aus der Verrechnungssteuer (+76.2), jedoch tieferer Kantonsanteil aus der EU-Zinsbesteuerung (-0.9)
44.8	4910	- Höhere Erträge für die laufende Periode bei den natürlichen Personen sowohl bei den Einkommenssteuern (+16.9) als auch bei den Vermögenssteuern (+27.9)
40.4	4910	- Höherer Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer
38.0	4910	- Höhere Erträge aus Nachsteuern
10.8	4930	- Höhere Sonderdividende (+7.75) und höhere ordentliche Dividende (+3.05) der Flughafen Zürich AG
6.5	4930	- Geringerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinsen
6.4	4910	- Tieferer Aufwand für Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Steuerforderungen (+6.2), tieferer Zinsaufwand aus vorzeitigen Steuerforderungsbegleichungen (+2.0); dafür höherer Aufwand für Entschädigungen an die Gemeinden (-1.8)
5.4	4950	- Geringere Rückstellungsbildung aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich, da die Umstellung der versicherungstechnischen Grundlagen für Sterblichkeit nicht wie erwartet zusätzlichen Aufwand verursacht hat
4.6	4000	- Höhere Erträge aus Erbfällen
4.2	4400	- Tieferer Aufwand im Steueramt aufgrund von Projektverzögerungen bei «ZüriPrimo» und durch die Beschränkung auf nur einen Wartungsrelease für die Veranlagungslösung
3.6	4930	- Marktwertanpassung der Beteiligung Hangenmoos AG (Finanzvermögen)
3.2	4400	- Tieferer Abschreibungsaufwand wegen Projektverzögerungen mit späteren Inbetriebnahmen der «ZüriPrimo»-Realisierungseinheiten
3.1	4930	- Zinsertragsüberschuss aus Geldmarktgeschäften
3.0	4930	- Höhere Abgeltung des ZKB-Dotationskapitals
2.2	4400	- Tieferer Lohnaufwand im Steueramt aufgrund der Umsetzung der Verbesserung im Haushaltsvollzug 2017, tieferer Aufwand für Dienstaltersgeschenke sowie tieferer durchschnittlicher Aufwand pro Vollzeitstelle aufgrund des Einsatzes von Aushilfen
1.8	4500	- Geringerer Aufwand des Personalamtes aufgrund notwendiger Terminüberarbeitung der Projekte der HR-IT-Weiterentwicklungen und damit einhergehender Verschiebung der Ausgaben
1.6	4400	- Tiefere Aufwendungen des Steueramtes im Sachaufwand für Gebühren für Amtshandlungen (+0.3), Aufwendungen für Drucksachen (+0.3), Ersatzbeschaffungen von Normmobiliar (+0.3), Betriebsgebühren (+0.2), Beratungsaufwand (+0.2), diverse Mehr- und Minderaufwendungen (+0.3)
1.2	4100	- Tieferer Aufwand der Finanzverwaltung für externe Beratende im Kompetenzzentrum SAP und noch nicht ausgeschöpfte Mittel aus Kreditübertragungen 2016 (SAP-Prozessoptimierung)
1.0	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizer Salinen AG
0.9	4400	- Tiefere Sozialleistungen und Zulagen im Steueramt aufgrund des niedrigeren Lohnaufwandes
0.6	4100	- Tieferer Personalaufwand in der Finanzverwaltung aufgrund unbesetzter Stellen im CC SAP und im Buchungszentrum
0.5	4500	- Geringerer Aufwand im Bereich Management Development aufgrund einer geringeren Anzahl durchgeführter Kurse
0.5	4100	- In der Finanzverwaltung noch nicht verwendete Mittel für Finanzapplikationsprojekte des kantonalen Rechnungswesen und des Controllerdienstes (z.B. Ablösung Zahlungsverkehr-Software)
0.5	4950	- Nicht budgetierte Fremdwährungsgewinne
0.4	4000	- Geringere Aufwände für Honorare externer Beratender (+0.3) und für Dienstleistungen Dritter (+0.1)

## Finanzdirektion Finanzierung, Personal- und Lohnstatistik

-3.6	4921	- Die Neu Beurteilung der Risikosituation in der Leistungsgruppe Nr. 4921, Schadenausgleich, hat einen Rückstellungs-Neubildungsbedarf von insgesamt 4.5 Mio. Franken gegeben. Davon betrafen 0.5 Mio. Franken die Erhöhung des Rückstellungsbestandes in einem bisher bestehenden Staatshaftungsfall, und 4.0 Mio. Franken den Zugang eines neuen Haftpflichtfalls. Da für diese Aufwände lediglich 0.9 Mio. Franken budgetiert waren, ergibt sich eine Budgetüberschreitung von -3.6 Mio. Franken.
-4.0	4950	- Der Ertrag aus der Verlustscheinbewirtschaftung fällt in den jeweiligen Leistungsgruppen an.
-5.0	4950	- Die zentral eingestellte Abschreibungskorrektur fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
-5.0	4950	- Die zentral eingestellte Aufwandminderung aus der Senkung des Arbeitgeberbeitragsatzes an die Familienausgleichskasse von 1.2% auf 1.1% fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
-5.3	4910	- Tieferer Ertrag bei der Quellensteuer trotz Pendenzenabbau
-6.3	4950	- Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand, hauptsächlich infolge höherer Kontokorrenbestände
-7.0	4910	- Tieferer Zinsertrag aus Steuerforderungen, hauptsächlich infolge Zinsanpassung
-10.9	4950	- Geringerer kalkulatorischer Zinsertrag infolge tieferer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
-15.0	4950	- Die zentral eingestellte Senkung der Lohnsumme um 0.4% wird in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt.
-19.8	4910	- Tieferer Ertrag für die laufende Periode bei den juristischen Personen, vor allem bei den Gewinnsteuern
-30.0	4930	- Keine Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich aufgrund penderter Rechtsverfahren
-62.8	4910	- Bei den natürlichen Personen tiefere Nachträge für die laufende Periode (-77.4), höhere Nachträge für die abzurechnende Periode 2013 (+0.9), tiefere Nachträge für die Steuerperioden vor 2013 (-3.3), höhere Nachträge wegen eines geringeren Korrekturbedarfs für die Steuerperioden 2014 und 2015 (+17.0)
-124.7	4910	- Bei den juristischen Personen tiefere Nachträge für die laufende Steuerperiode (-17.8), für die abzurechnende Steuerperiode 2013 (-6.3) und wegen eines höheren Korrekturbedarfs für die Steuerperioden 2014 und 2015 (-107.0), höherer Ertrag aus den Nachträgen für die Steuerperioden vor 2013 (+6.4)
-0.1		- Übrige Abweichungen

### Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R17	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	<b>-3.1</b>			
- ZüriPrimo (LG Nr. 4400, Steuern Betriebsteil)	<b>-2.2</b>	-64.2	-57.9	-6.3
- SAP Weiterentwicklungen und Lizenzen (LG Nr. 4100, Finanzverwaltung)	<b>-0.7</b>			
- Projekt PARZIVAL (LG Nr. 4100, Finanzverwaltung)	<b>-0.2</b>			
- Einführung Zeit- und Leistungserfassungssystem SAP CATS mit ProTime in der Finanzverwaltung (LG Nr. 4100, Finanzverwaltung)	<b>-0.1</b>			
- Diverse Ersatzbeschaffungen Hardware und Software (LG Nr. 4400, Steuern Betriebsteil)	<b>-0.8</b>			
- Projekt HR-IT-Weiterentwicklung (LG Nr. 4500, Personalamt)	<b>-0.2</b>	-0.8	-0.2	-0.5
- Optimierung IT-gestützter Beschaffungsprozesse (LG Nr. 4700, kdmz)	<b>-0.3</b>			
- Amortisation des Darlehens durch die Zurich International School Wädenswil (LG Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat)	<b>0.7</b>			
- Rückzahlung des Darlehens vom Bund durch die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (LG Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat)	<b>1.0</b>			
- Sachdividende der Schweizer Salinen AG in Form von 136 zusätzlichen Namenaktien (Ertrag in der Erfolgsrechnung)	<b>-0.2</b>			
- Übrige	<b>-0.1</b>			

## Personal- und Lohnstatistik

### Beschäftigungsumfang

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	901.4	906.6	<b>899.5</b>	-7.1	-0.8

Δ abs.	LG	Begründungen
-7.1		Abweichungen total R17 zu B17
0.9	4000	- Stellenmässige Überschneidungen
0.1	4500	- Geringfügige Abweichung, bezogen auf den Gesamtbeschäftigungsumfang
-0.5	4100	- Im Durchschnitt des Berichtsjahres unbesetzte Stellen
-0.7	4400	- Geringfügige Abweichung, bezogen auf den Gesamtbeschäftigungsumfang

## Finanzdirektion Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

-1.4	4600	- Vakante Stelle des Leiters des Kompetenzzentrums Messaging (-1.0) und Reduktion des Beschäftigungsgrads von zwei Mitarbeitenden (-0.4)
-5.5	4700	- Vorläufiger Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen (-3.5) und Verzögerungen bei Stellenwiederbesetzungen (-2.0)
0.0		- Übrige Abweichungen

### Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
4000 Generalsekretariat FD	-2310	-2068	<b>-2139</b>	-71	-3.4
4100 Finanzverwaltung	-8270	-8731	<b>-8252</b>	479	5.5
4300 Amt für Tresorerie	-627	-598	<b>-601</b>	-3	-0.5
4400 Steuern Betriebsteil	-81921	-83034	<b>-80895</b>	2139	2.6
4500 Personalamt	-8710	-9004	<b>-8674</b>	330	3.7
4600 Direktionsübergreifende Informatik	-1476	-1317	<b>-1053</b>	264	20.0
4700 Drucksachen und Material	-4093	-4366	<b>-3988</b>	378	8.7
Total	-107407	-109118	<b>-105602</b>		

### Bemerkungen

4000	Stellenmässige Überschneidungen und nicht budgetierte Praktikantenstelle
4100	Unbesetzte Stellen im Kompetenzzentrum SAP (CC SAP) und im Buchungszentrum im Durchschnitt des Berichtsjahres
4400	Umsetzung des Haushaltvollzugs 2017, tieferer Aufwand für Dienstaltersgeschenke und ein tieferer durchschnittlicher Aufwand pro Vollzeitstelle aufgrund des Einsatzes von Aushilfen
4500	Hauptsächlich geringere Aufwände für Überbrückungsstellen
4600	Nichtbesetzung einer Stelle, Bezug eines unbezahlten Urlaubs und tieferer Beschäftigungsumfang von zwei Mitarbeitenden
4700	Vgl. die Erläuterungen zum tieferen Beschäftigungsumfang

### Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2017)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
4000 Generalsekretariat FD	16	7	9	12	4
4100 Finanzverwaltung	73	37	36	51	22
4300 Amt für Tresorerie	4	1	3	4	0
4400 Steuern Betriebsteil	777	357	420	611	166
4500 Personalamt	60	42	18	36	24
4600 Direktionsübergreifende Informatik	9	3	6	7	2
4700 Drucksachen und Material	40	10	30	36	4
Total	979	457	522	757	222

# Parlamentarische Vorstösse

## Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
171/2015	Übermässige Einschätzung durch Steuerbehörden: Änderung des Steuergesetzes (Postulat Monika Wicki, Wald, Johannes Zollinger, Wädenswil, und Andreas Erdin, Wetzikon)	Vorlage 5397 vom 04.10.2017	26.10.2015
329/2015	Strategie Computerbeschaffung (Postulat Sonja Gehrig, Urdorf, Maria Rohweder-Lischer, Männedorf, und Stefan Hunger, Mönchaltorf)	Vorlage 5390 vom 20.09.2017	04.04.2016
12/2016	Massvolle Neubewertung von Immobilien im Finanzvermögen (Postulat Martin Hübscher, Wiesendangen, Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil)	Vorlage 5331 vom 01.02.2017	23.05.2016
281/2016	Schluss mit der Überdotation beim NFA (dringliches Postulat Roger Liebi, Zürich, Alex Gantner, Maur, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	Vorlage 5389 vom 20.09.2017	31.10.2016

## Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
135/2017	Elektronisches Büro im Steueramt (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Sonja Gehrig, Urdorf, und Christoph Ziegler, Elgg)	21.08.2017



# 4000 Generalsekretariat FD

Neben den Unterstützungsleistungen zugunsten des Direktionsvorstehers sowie der Ämter war das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten beschäftigt:

- Der Bereich Versicherungsdienste betreute im Berichtsjahr knapp 80 Versicherungspolice. Es gingen 67 nicht versicherte Staatshaftungsfälle ein (Vorjahr: 75). Im gleichen Zeitraum wurden 58 nicht versicherte Staatshaftungsfälle erledigt (Vorjahr: 74).
- Im Berichtsjahr gingen 6 Rekurse und 2 Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 17 bzw. 6). Im gleichen Zeitraum wurden 13 Rekurse und 2 Aufsichtsbeschwerden erledigt (Vorjahr: 17 bzw. 5).
- Im Bereich Erbschaften und Vermächtnisse einschliesslich Nachlasskonkurse konnten 38 Fälle abgeschlossen werden.
- Mit Beschluss Nr. 148/2017 ermächtigte der Regierungsrat die Finanzdirektion, eine Vernehmlassung zum Entwurf eines Lotteriefonds- und Sportfondsgesetzes durchzuführen.

Diese Vernehmlassung wurde am 28. Februar mit Frist bis 31. Mai des Berichtsjahres eröffnet. Anschliessend wurden im Generalsekretariat die Vernehmlassungsantworten ausgewertet und die Vorlage weiterbearbeitet.

- Mit Beschluss Nr. 560/2017 setzte der Regierungsrat ein Versicherungskonzept für den Kanton Zürich fest, das zuvor im Generalsekretariat erarbeitet worden war.
- Mit Beschluss Nr. 1205/2017 legte der Regierungsrat einen Verhaltenskodex zur Compliance und Korruptionsvorbeugung als unmittelbar anwendbaren Standard für die Direktionen, die Staatskanzlei, die Bezirksverwaltung und die unselbstständigen Anstalten fest und setzte diesen auf den 1. Januar 2018 in Kraft. Der Verhaltenskodex schliesst an eine Empfehlung der Arbeitsgruppe «Compliance» an, die Mitte 2016 unter der Leitung des Compliancebeauftragten ihre Tätigkeit aufgenommen hatte. Der Compliancebeauftragte ist administrativ dem Generalsekretariat angegliedert.

## Aufgaben

- A1 Stabsdienste: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten.
- A2 Div. eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen.
- A3 Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen, Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle.
- A4 Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds.
- A5 Kommunikation: Kontinuierliche Information der Öffentlichkeit, Bearbeiten von Medienanfragen und Pflege des Internetauftritts.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Arbeitsstunden für Unterstützung des Direktionsvorstehers	A1, A5	10444	11000	<b>9504</b>	-1496	-13.6
L2 Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD	A1	138	150	<b>138</b>	-12	-8.0
L3 Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen	A1	1120	1300	<b>1121</b>	-179	-13.8
L4 Anzahl erledigter Notariatsgebührenrekurse	A2	10	5	<b>9</b>	4	80.0
L5 Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle	A2	29	10	<b>26</b>	16	160.0
L7 Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle	A3	74	50	<b>58</b>	8	16.0
L8 Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle	A3	20	155	<b>19</b>	-136	-87.7
L9 Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen	A3	49	25	<b>65</b>	40	160.0
L10 Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds	A4	396	420	<b>320</b>	-100	-23.8
B1 Durchschn. Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall	A3	24	30	<b>33</b>	3	10.0
B2 Durchschn. Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall	A3	30	7	<b>5</b>	-2	-28.6
B3 Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien	A3	0.5	0.5	<b>0.6</b>	0.1	

### Bemerkungen

- L1 Normalwert nach dem Direktionsvorsteherwechsel und dem Regierungspräsidium (die Budgetierung erfolgte aufgrund des hohen Werts in der R15)
- L2, L3 Diese Indikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.
- L4 Es konnten mehr Notariatsgebührenrekurse erledigt werden.
- L5 Es konnten mehr Erbschafts- und Vermächtnisfälle abgeschlossen werden.
- L7 Es konnten mehr nicht versicherte Haftpflichtfälle erledigt werden.
- L8 Aufgrund einer neuen Aufgabenteilung werden die versicherten Spitalhaftpflichtfälle seit dem Rechnungsjahr 2016 nicht mehr über das Generalsekretariat der Finanzdirektion abgewickelt. Diese Fälle machten bisher den Grossteil der versicherten Haftpflichtfälle aus, verursachten aber zugleich verhältnismässig pro Fall wenig Aufwand. Da die Planung 2017 vom Kantonsrat abgenommen war, konnte der Indikator nicht mehr den neuen Gegebenheiten angepasst werden.
- L9 Es konnten mehr Versicherungspolice überprüft und neu abgeschlossen werden.

L10 Anzahl ist nicht beeinflussbar

Allg. Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 10.1f Ein Compliance Management System einführen, um Abweichungen von gültigen Regeln zu vermeiden

Das Vorgehen einer Arbeitsgruppe, koordiniert durch den Compliancebeauftragten, zur Beurteilung von Handlungsbedarf und zur Erarbeitung von Empfehlungen zwecks Vermeidung von Unregelmässigkeiten ist implementiert. Zudem hat der Regierungsrat im Berichtsjahr mit Beschluss Nr. 1205/2017 einen Verhaltenskodex für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung festgelegt. Abgeschlossen 2017

### FD 10.1a Überarbeitung des bestehenden Versicherungskonzepts und Integration in ein übergeordnetes Risikokonzept

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr das neue Versicherungskonzept beschlossen (RRB Nr. 560/2017). Zudem wurden alle Policen im neuen Policenverwaltungssystem vollständig erfasst. Abgeschlossen 2017

### FD 10.2a Erarbeitung eines kantonalen Lotteriefondsgesetzes

Die Finanzdirektion hat im Berichtsjahr auf der Grundlage des Rechtsetzungskonzepts (RRB Nr. 749/2016) und der Ermächtigung des Regierungsrates (RRB Nr. 148/2017) die Vernehmlassung zu einem Lotterie- und Sportfondsgesetz durchgeführt. Die Vernehmlassungsantworten wurden ausgewertet und die Vorlage weiterbearbeitet. Es ist geplant, dass der Regierungsrat die Vorlage 2018 dem Kantonsrat unterbreitet. Zur vorgesehenen Lotteriefondsverordnung wurden im Berichtsjahr Grundlagen zusammengetragen. Verzögert 2017

### FD 10.1b Einführung regelmässiger Erhebungen der Grossrisiken des Kantons

Diese Massnahme wird im Rahmen der regelmässigen Erstellung des Risikoberichts gemäss §14 VOG RR sowie gemäss den kantonalen Grundsätzen zum finanziellen Risikocontrolling umgesetzt. Verzicht 2017

## Personal

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	15.3	13.6	14.5	0.9	6.9

Bemerkungen R17 zu B17

0.9 Stellenmässige Überschneidungen

## Finanzierung

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	2.6	1.5	6.0	4.5	291.0
- Übertrag aus Lotteriefonds	0.5	0.5	0.5	0.0	4.2
- Ertrag aus Erbanfällen	1.8	0.6	5.2	4.6	801.8
- Regalien	0.1	0.4	0.1	-0.3	-65.8
Aufwand	-3.9	-3.6	-3.3	0.2	6.9
Saldo	-1.3	-2.1	2.7	4.7	230.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.3				
Ausgaben	-0.3				
Saldo	-0.0				

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.7		Abweichungen total R17 zu B17
4.6	A2	- Höhere Erträge aus Erbfällen
0.4	A1	- Geringere Aufwände für Honorare externer Beratender (+0.3) und für Dienstleistungen Dritter (+0.1)
0.1	A1	- Höhere Erträge aus Verwaltungsrats honoraren und Sitzungsgeldern
-0.1	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand, insbesondere wegen Auszahlungen von Mehrleistungen des Personals, stellenmässigen Überschneidungen und einer nicht budgetierten Praktikantenstelle
-0.3	A2	- Weniger Einnahmen aus Regalien infolge des milden Winters 2016/2017
0.0		- Übrige Abweichungen

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
47643	12765	0	34878	-12765

# 4100 Finanzverwaltung

Im Berichtsjahr unterstützte die Finanzverwaltung die Direktion der Justiz und des Innern im Projekt zur Ablösung des Finanzsystems IRIS durch SAP. Mit der Baudirektion hat das Kompetenzzentrum SAP die Anwendung ProTime für die Zeit-, Leistungs- und Spesenerfassung implementiert. Diese Lösung ist in die Finanz- und Personalsysteme integriert. Die schweizerischen Standards im Zahlungsverkehr werden im Rahmen des Projekts «Neuer Zahlungsverkehr Schweiz» von 2015 bis 2020 den europäischen Standards angeglichen. Um die technischen Herausforderungen sowie die gestiegenen Compliance-Anforderungen zu erfüllen, hat die Finanzverwaltung im Berichtsjahr begonnen, die bisherige Softwarelösung durch eine leistungsfähige, in das SAP-System inte-

grierte Lösung zu ersetzen. Zunächst wurden die Überweisungen auf ISO 20022 Standard umgestellt. Der Kanton setzte sich im Berichtsjahr für Massnahmen zur Optimierung des nationalen Finanzausgleichs (NFA) ein. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) stimmte im März des Berichtsjahres einem Gesamtpaket zu, das Mängel des NFA beseitigt und das Gesamtsystem für alle Kantone verbessert. Insbesondere soll die Dotation des Ressourcenausgleichs ab 2020 über einen gesetzlichen Automatismus gesteuert und die derzeitige Überdotierung abgebaut werden. Ein integraler Bestandteil des Kompromisses ist die bessere Abgeltung der Sonderlasten.

## Aufgaben

- A1 Finanzcontrollerdienst zur Vorbereitung politischer Entscheide
- A2 Führung eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
- A3 Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
- A4 Führung der SAP-Applikationen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen	A1	9	10	<b>12</b>	2	20.0
L2	Anzahl schriftliche Stellungnahmen	A1	1015	850	<b>1037</b>	187	22.0
L3	Anzahl Grossprojekte (über Fr. 500'000)	A1–A4	3	0	<b>1</b>	1	
L4	Anzahl Projekte (zwischen Fr. 100'000 und Fr. 500'000)	A1–A4	3	2	<b>6</b>	4	200.0
L5	Anzahl Anfragen Kantonales Rechnungswesen	A2	1044	1000	<b>1035</b>	35	3.5
L6	Anzahl bearbeitete Kreditorenbelege	A3	338229	320000	<b>305272</b>	-14728	-4.6
L7	Anzahl Anfragen Buchungszentrum	A3	6328	6500	<b>8051</b>	1551	23.9
L8	Anzahl Bankbelege bzw. -positionen	A3	93664	90000	<b>104295</b>	14295	15.9
L9	Anzahl betreute Benutzer Buchungszentrum	A3	3948	4000	<b>4170</b>	170	4.3
L10	Anzahl mutierende SAP-Benutzer	A4	1766	1800	<b>2248</b>	448	24.9
L11	Anzahl abfragende SAP-Benutzer	A4	2655	3000	<b>2202</b>	-798	-26.6
L12	Anzahl selbstbedienende SAP-Benutzer (zur Zeit vor allem Zeit- und Leistungserfassung)	A4	4863	4200	<b>4388</b>	188	4.5
L13	Anzahl SAP-Störungsmeldungen	A4	1506	1200	<b>1961</b>	761	63.4
L14	Anzahl SAP-Serviceanfragen	A4	1341	1600	<b>846</b>	-754	-47.1
L15	Anzahl SAP-Entwicklungsanträge	A4	557	600	<b>553</b>	-47	-7.8
L16	Anzahl betriebene SAP und SAP-nahe Systeme	A4	58	55	<b>65</b>	10	18.2
L17	Anzahl betriebene SAP und SAP-nahe Mandanten	A4	107	135	<b>137</b>	2	1.5
L18	Anzahl Systemlinien-Updates	A4	15	19	<b>18</b>	-1	-5.3
L19	Anzahl Rahmenverträge Kompetenzzentrum SAP	A4	17	16	<b>18</b>	2	12.5
L20	Anzahl Leistungsvereinbarungen Kompetenzzentrum SAP	A4	15	40	<b>16</b>	-24	-60.0
B1	Verarbeitungszeit pro Kreditorenbeleg in Minuten	A3	3.2	3.4	<b>3.5</b>	0.1	2.9
W1	Verfügbarkeit der produktiven SAP-Systeme in Prozent (ohne Wartungsfenster)	A4	99.71	99.5	<b>99.7</b>	0.2	0.2

## Bemerkungen

- L1 nicht beeinflussbar
- L2 nicht beeinflussbar
- L4 Neben den Projekten zur Zusammenführung der Finanzverwaltung und des Amtes für Tresorerie sowie zum Aufbau des neuen Amtes für Informatik wurden zwei zusätzliche eigene SAP-Projekte (Einführung der Zeit- und Leistungserfassung mit CATS/ProTime sowie Harmonisierung der Kostenrechnungskreise) durchgeführt.
- L6 Für die Auswertung wird neu auf das Erfassungsdatum und nicht mehr auf das Buchungsdatum abgestellt (alter Parameter: 325 535).
- L7 Zunahme aufgrund der Ausbreitung der Workflow-Lösung
- L8 Die neuen Zahlungsformate ISO 20022 führen zu mehr Positionen auf dem Tagesauszug.
- L10 Verschiebung der Benutzerzahlen aufgrund neuer mutierender Funktionen

L11	vgl. L10
L12	Weniger Benutzer durch den Wegfall des Betriebs des Personalsystems für das USZ und andere Benutzerbereinigun- gen
L13	Das Ticketsystem wurde auf eine neue Version umgestellt. In den ersten Monaten wurden insbesondere Benutzerände- rungen als Problemmeldungen statt Serviceanfragen verarbeitet. Dadurch ist die Zahl der Problemmeldungen wesent- lich höher und diejenige der Serviceanfragen wesentlich tiefer.
L14	vgl. L13
L16	Im Hinblick auf die Verselbstständigung der psychiatrischen Kliniken PUK und ipw wurden die bisher gemeinsam genutzten Systeme in unabhängige Systeme je Klinik getrennt.
L17	vgl. L16
L18	vgl. L16
L20	Die Leistungsvereinbarungen wurden nicht wie ursprünglich vorgesehen mit einzelnen Ämtern, sondern mit den Direk- tionen für die zugehörigen Ämtern abgeschlossen. Dadurch ergaben sich wesentlich weniger Leistungsvereinbarungen.
B1	Die gestiegenen Anforderungen im Zahlungsverkehr (Format ISO 20022 und Einhaltung der kantonalen Zahlungsfristen) sowie in der Compliance führen zu höheren Verarbeitungszeiten.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten

Die Finanzdirektion unterstützt die Fachdirektion in ihrer Eignerrolle gegenüber den Beteiligungen Abgeschlossen 2017  
(PCG-Richtlinie 11.3). Die Finanzdirektion nahm zu den Anträgen der Baudirektion betreffend die  
Eigentümerstrategien Axpo und EKZ aus Eignersicht Stellung und beurteilte die Vorschläge zur Risi-  
koberichterstattung. Die Eigentümerstrategien wurden mit RRB Nrn. 1196/2016 und 1197/2016 ver-  
abschiedet.

### RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priori- sierung von Leistungen und Aufwendungen

Die Finanzverwaltung hat die Staatskanzlei mit Auswertungen zur Saldoentwicklung unterstützt. Abgeschlossen 2017

### RRZ 9.2b Umsetzungsbereite Finanzierungsmodelle entwickeln und die dazu allenfalls notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen

Die vertiefte Problemaufnahme konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Es hat sich kein Hand- Abgeschlossen 2018  
lungsbedarf in Bezug auf Finanzierungsmodelle ergeben. Die vorgebrachten Anliegen betreffend eine  
langfristige Finanz- und Investitionsplanung wurden in den Budgetierungs- und Planungsprozess auf-  
genommen.

### RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Die Finanzdirektion hat Konzepte für die Berichterstattung über das Eignercontrolling und die Grossri- Abgeschlossen 2019  
siken mit niedriger Eintretenswahrscheinlichkeit erstellt.

## Personal

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	66.4	67.7	67.2	-0.5	-0.8

Bemerkungen R17 zu B17

-0.5 Unbesetzte Stellen innerhalb der Berichtsperiode und Ende der Berichtsperiode

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag	12.3	14.8	14.4	-0.4	-2.8
- Interne Verrechnungen Dienstleistungen	11.8	11.5	12.7	1.2	10.6
Aufwand	-19.6	-25.8	-22.6	3.2	12.5
- Personalaufwand	-10.1	-10.9	-10.3	0.6	5.6
- Abschreibungen und Zinsen	-0.4	-0.4	-0.5	-0.1	-16.8
- Kreditübertragungen aus 2016		-2.1			
Saldo	-7.4	-11.0	-8.1	2.8	25.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.8	-1.4	-1.1	0.3	19.8
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.2			
Saldo	-0.8	-1.4	-1.1	0.3	19.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.8		Abweichungen total R17 zu B17
2.0	A4	- Höhere interne Verrechnung für allgemeine Supportleistungen, externe Projektkosten des Kompetenzzentrums SAP
1.2	A4	- Tieferer Aufwand für externe Beratende im CC SAP und noch nicht ausgeschöpfte Mittel aus Kreditübertragungen 2016 (SAP-Prozessoptimierung)
0.6	A4	- Tiefere Personalkosten aufgrund unbesetzter Stellen im CC SAP und im Buchungszentrum
0.5	A2	- Noch nicht verwendete Mittel für Finanzapplikationsprojekte des Kantonalen Rechnungswesen und des Controllerdienstes (z.B. Ablösung Zahlungsverkehr-Software)
0.3	A3	- Noch nicht verwendete Projektmittel des Buchungszentrums (hauptsächlich E-Rechnung und elektronischer Kontoauszug)
-0.2	A3	- Die internen Erträge des Buchungszentrums sind infolge der Umstellung des Verrechnungsstichtages tiefer. Der Stichtag wurde vom Buchungs- auf das Erfassungsdatum verlegt.
-1.7	A4	- Zu hoch budgetierter Ertrag aus Eigenleistung (Projektverrechnung direkt an den kantonalen Besteller)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	R17	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.4	<b>-1.1</b>	0.3	
- Anpassung Zahlungsverkehr	-0.1	<b>-0.1</b>	0.0	
- Einführung Notes Management (Reporting Package)		<b>-0.0</b>		
- SAP-Oberfläche Fiori	-0.2	<b>0.0</b>	0.2	- Finanzierung über Kreditübertragung aus 2016 (-0.16)
- Einführung Zeit- und Leistungserfassungssystem SAP CATS mit ProTime in der FV	0.0	<b>-0.1</b>	-0.1	
- Projekt PARZIVAL (Ticketsystem und Bestelllösung)	0.0	<b>-0.2</b>	-0.2	
- Benutzerprovisionierung	-0.1	<b>-0.0</b>	0.1	- Finanzierung über Kreditübertragung aus 2016 (-0.05)
- SAP Weiterentwicklungen und Lizenzen	-0.1	<b>-0.1</b>	0.0	
- SAP Weiterentwicklungen und Lizenzen, Kreditübertragungen	-0.9	<b>-0.6</b>	0.3	- Finanzierung über Kreditübertragung aus 2016 (-0.94)
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
200871	16766	<b>0</b>	184105	-16766

# 4300 Amt für Tresorerie

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Kantons. Dazu tätigte es 69 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 5,09 Mrd. Franken. Dabei legte es grossen Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken. Im Berichtsjahr musste Fremdkapital im Umfang von 1,2 Mrd. Franken zurückbezahlt werden. Dagegen wurde Fremdkapital in Form einer Anleihe im Umfang von 275 Mio. Franken aufgenommen. Um das Risiko von Liquiditätsengpässen abzufedern, wurden kurzfristige feste Vorschüsse mit einem Volumen von rund 3,128 Mrd. Franken und Laufzeiten zwischen 31 und 105 Tagen aufgenommen.

Im Finanz- und Verwaltungsvermögen sind folgende Hauptereignisse zu verzeichnen:

- Teilrückzahlung des Darlehens durch die Zurich International School, Wädenswil, von Fr. 687'500

- Rückzahlung des Darlehens durch den Kaufmännischen Verband Zürich von Fr. 475'000  
 - Ausserordentliche Sachdividende durch die Schweizer Salinen AG von Fr. 207'148  
 - Neues Darlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK) von Fr. 100'000  
 - Teilrückzahlung des Darlehens für das Theater 11 durch die MCH Group AG von rund Fr. 67'000  
 Ausserdem wurden die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert.

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, ausgewiesen.

## Aufgaben

- A1 Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
- A2 Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie des «Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die ZKB»
- A3 Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
- A4 Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
L1 Arbeitsstunden für Tresorerie	A1	2930	3000	<b>2895</b>	-105	-3.5
L2 Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen	A2	1153	1300	<b>1110</b>	-190	-14.6
L3 Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens	A3	566	500	<b>859</b>	359	71.8
L4 Arbeitsstunden für Anfragen / Beratung KR / RR	A4	251	300	<b>263</b>	-37	-12.3
B1 Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in %	A1	1.39	1.34	<b>1.33</b>	-0.01	
B2 Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in %	A2	0.13	0.15	<b>0.09</b>	-0.06	
W1 Anzahl Überbrückungskredite	A1	0	0	<b>0</b>	0	
W2 Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	A1	AAA	AAA	<b>AAA</b>		

### Bemerkungen

- L3 Die Arbeitsstunden für Beteiligungen waren höher als budgetiert infolge Vertiefungsprüfung der Beteiligungen durch die Finanzkontrolle sowie Fusion der Abraxas Informatik AG und Verwaltungsrechenzentrum AG St. Gallen
- B2 Im Berichtsjahr konnten die externen Verwaltungskosten reduziert werden.

## Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	4.1	4.0	<b>4.0</b>	0.0	0.0

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-0.9	-0.9	<b>-0.8</b>	0.0	4.3
Saldo	-0.9	-0.9	<b>-0.8</b>	0.0	4.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016  
plus Bildung 2016  
11257

Verwendung  
2017  
0

**Antrag Bildung 2017**  
**(verbucht 2018)**  
**0**

Bestand 31.12.2017  
plus Bildung 2017  
11257

Veränderung Bestand  
0

# 4400 Steuern Betriebsteil

Das Steueramt erhob im Berichtsjahr bei über 1,1 Mio. Steuerpflichtigen rund 6,5 Mrd. Franken an Staatssteuern, Quellensteuern sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern. Trotz der zahlreichen Projekte und dem sich stetig ändernden Umfeld erfüllten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter grossem Einsatz zuverlässig die Aufgaben und stellten den reibungslosen Betrieb des Steueramtes sicher.

Der bevorstehende automatische Informationsaustausch von Bankinformationen hat zahlreiche Steuerpflichtige veranlasst, eine straflose Selbstanzeige einzureichen. Die Zahl der eingegangenen Selbstanzeigen hat sich im Berichtsjahr von 2100 auf rund 6150 erhöht und damit fast verdreifacht.

Das Zürcher Steuerbuch, eine Sammlung von Erlassen zum Zürcher Steuerrecht, ist neu vollständig auf der Website des kantonalen Steueramtes abrufbar. Die Erlasse können nach Themen geordnet oder mittels Suchfunktion abgerufen werden. Die bisherige Papierversion wird nicht weitergeführt.

Als Gastgeber richtete das Steueramt im Berichtsjahr turnusgemäss die Jahresversammlung der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) aus. Das Steueramt hat den rund 200 Gästen

aus dem Kreis der Steuerbehörden von Bund und Kantonen in einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm den Kanton Zürich als modernen und innovativen Kanton präsentiert. Um die komplexen künftigen Herausforderungen im Steuerbereich meistern zu können, hat das kantonale Steueramt mit Vertretungen der Gemeindesteuerämter ein Strategisches Steuerungsgremium geschaffen. Dabei geht es darum, operative und strategische Vorhaben gemeinsam zu identifizieren und im Rahmen von Projektportfolios zu steuern. Bedeutende Projekte wurden im Berichtsjahr bereits lanciert.

Das Projekt «digZertFD» hat den Zugriffs- und Datenschutz auf Systemen des kantonalen Steueramtes und der Finanzdirektion weiter erhöht. Neu kommt in der gesamten Finanzdirektion flächendeckend eine Zwei-Faktor-Authentisierung zum Einsatz. Alle Mitarbeitenden der Direktion verwenden neu eine SmartCard mit integriertem digitalem Zertifikat zur Anmeldung an den Systemen. Für die Gemeinden ist für 2018 die Einführung einer entsprechenden Zwei-Faktor-Authentisierung für den Zugriff auf die kantonalen Steuersysteme geplant.

## Aufgaben

- A1 Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
- A2 Bezug Bundessteuern
- A3 Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
- A4 Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L4	Anzahl total erledigte Steuererklärungen	A1	941811	1002000	<b>944358</b>	-57642	-5.8
L5	Anzahl durch Kanton erledigte Steuererklärungen (Zielwert)	A1	434488	440000	<b>404639</b>	-35361	-8.0
L6	Anzahl durch Gemeinden erledigte Steuererklärungen	A1	507323	562000	<b>539719</b>	-22281	-4.0
L19	Anteil durch Kanton erledigte Steuererklärungen in % des Total erledigte Steuererklärungen	A1	46	44	<b>43</b>	-1	
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr	A1	277199	304000	<b>298191</b>	-5809	-1.9
L9	Fristgerechte Veranlagungen: - 1 Jahr nach Steuerperiode in % (Zielwert)	A1	55	58	<b>52</b>	-6	
L10	Fristgerechte Veranlagungen: - 2 Jahre nach Steuerperiode in % (Zielwert)	A1	96	97	<b>95</b>	-2	
L11	Fristgerechte Veranlagungen: - 3 Jahre nach Steuerperiode in % (Zielwert)	A1	99	99	<b>99</b>	0	
L12	Anzahl Rechnungen Bundessteuer	A2	1509586	1450000	<b>1470792</b>	20792	1.4
L20	Anzahl Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen mit Steuerbezug	A3	2222	2000	<b>1957</b>	-43	-2.1
L16	Anzahl abzurechnende Arbeitgeber im Quellensteuerverfahren	A4	24145	23500	<b>25124</b>	1624	6.9
L17	Anzahl zu erfassende Arbeitnehmer im Quellensteuerverfahren	A4	176212	170000	<b>177749</b>	7749	4.6
L18	Anzahl Quellensteuer-Rechnungen	A4	98299	95000	<b>120963</b>	25963	27.3
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen korrigierte Veranlagungsentscheide des kantonalen Steueramtes in %		8	7	<b>9</b>	2	



Bemerkungen

- L4, L5 Aufgrund von personellen Kapazitätsengpässen durch verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen beim Veranlagungspersonal und aufgrund von Einschränkungen in der Systemverfügbarkeit konnten weniger Steuererklärungen als budgetiert erledigt werden.
- L4, L6 Von den Gemeinden wurden rund 32 000 Deklarationen mehr erledigt als im Vorjahr. Trotzdem wurde die budgetierte Zahl um rund 22 000 Steuererklärungen verfehlt. Diese Zahl ist abhängig vom Zeitpunkt der Ablieferungen der Deklarationen von den Gemeinden an den Kanton und kann deshalb grösseren Schwankungen unterliegen.
- L8 Tieferer Bestand an offenen Steuererklärungen als budgetiert, jedoch resultiert aus der tieferen Erledigungsmenge ein im Vergleich zum Vorjahr höherer Bestand an offenen Steuererklärungen.
- L9 Als Folge der erhöhten Inanspruchnahme von Fristerstreckungen zur Einreichung der Steuererklärungen konnten weniger Veranlagungen in der Frist «1 Jahr nach Steuerperiode» erledigt werden.
- L16, L17 Aufgrund der gegenüber dem Budget bereits höheren Ausgangszahlen aus der «R16» resultieren in der «R17» auch höhere als im Budget eingestellte Zahlen.
- L18 Aus dem Pendenzenabbau resultierte eine deutlich höhere Anzahl an versendeten Quellensteuer-Rechnungen.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**RRZ 9.3a Die Unternehmenssteuerreform III nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten**

Aufgrund des Entscheids der Stimmberechtigten zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) wurde diese Legislaturzielmassnahme sistiert. Mit RRB Nr. 647/2017 wurde die Sistierung wieder aufgehoben und die Begriffsanpassung zur Steuervorlage 17 (SV17) genehmigt. Nach intensiver Zusammenarbeit mit dem Gemeindepräsidentenverband und der Stadt Zürich sowie auf Grundlage zusätzlicher Untersuchungen zur Wirkung einzelner Ersatzinstrumente hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 1069/2017 Stellung zur neuen Vernehmlassungsvorlage des Bundes genommen. Gleichzeitig hat er die Strategie zur Umsetzung der SV17 im Kanton bekannt gegeben.

Planmässig 2018

**RRZ 9.3b Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen**

Nach dem von BAK Basel entwickelten Index lag die Steuerbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons 2016 weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Gemäss Steuerbelastungsmonitor 2017 hat Zürich die seit 2012 gewonnenen sechs Plätze in der Kantonsrangliste der Einkommenssteuer erneut verteidigt und steht weiterhin auf dem zehnten Rang.

Planmässig 2019

**RRZ 9.3c Rechtzeitig eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Unternehmenssteuerreform III sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene**

Aufgrund des Entscheids der Stimmberechtigten zur USR III wurde diese Legislaturzielmassnahme sistiert. Mit RRB Nr. 647/2017 wurde die Sistierung wieder aufgehoben und die Begriffsanpassung zu SV17 genehmigt. Mit Beschluss Nr. 1069/2017 hat der Regierungsrat die Steuerstrategie im Rahmen der geplanten Umsetzung der SV17 im Kanton festgelegt.

Planmässig 2019

**RRZ 10.2d Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben**

Die Arbeiten an beiden Elementen des Legislaturziels wurden im Berichtsjahr aufgenommen.

Verzögert 2020

**RRZ 10.3c Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten**

Der Kanton wirkt an der Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene laufend mit, so etwa im vergangenen Jahr durch Beteiligung an Arbeitsgruppen zur Umsetzung des spontanen Informationsaustausches von Steuerrulings. Auch beim Nachfolgeprojekt zur USR III (SV17) nimmt der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten Einfluss.

Planmässig 2019

**FD 10.3a Umsetzung des Informatikprojekts «ZüriPrimo»**

Das 2004 gestartete Programm «ZüriPrimo» verläuft weiter nach Plan. Im Rahmen der Vorhaben «RE04 Ersatzbeschaffung Direkte Bundessteuer» und «RE07 Ersatzbeschaffung Quellensteuer» erfolgte im Berichtsjahr die Anbindung der Pilotgemeinde Erlenbach an das gemeinsame Personenregister. Im Berichtsjahr wurde die Programmgesamtplanung überprüft. Die Ziele der Realisierungseinheiten 06, 11 und 12 werden im Rahmen der übrigen Realisierungseinheiten umgesetzt. Die verbleibenden Teile der Realisierungseinheiten «RE01 Register Veranlagung» und «RE09 Erbschafts-/Schenkungssteuer» wurden im Berichtsjahr realisiert und werden 2018 eingeführt.

Planmässig 2018

**FD 10.3b Einführung Register / Veranlagung «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE01**

Der verbleibende Teil «RE01 Veranlagung Juristische Personen» der Realisierungseinheit «RE01 Register/Veranlagung» wurde im Berichtsjahr realisiert und wird 2018 eingeführt.

Planmässig 2018

**FD 10.3c Ablösung der Applikation Direkte Bundessteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE04**

Die Ablösung war im Berichtsjahr vorgesehen. Aufgrund von Verzögerungen des Vorhabens und im Hinblick auf die Betriebssicherheit des Steuerbezugs wurde die auf Ende 2016 geplante Einführung der neuen Lösung auf 2017 verschoben. Die Inbetriebnahme der neuen Anwendung für die direkte Bundessteuer ist mit Jahresendrelease 2017 erfolgt, die Gesamtsystemabnahme ist für 2018 geplant.

Verzögert 2017

**FD 10.3d Ablösung der Applikation Quellensteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE07**

Bereits Ende 2014 hatte das Webportal Quellensteuer den Betrieb aufgenommen. Seit 1. April 2015 wurden sämtliche Bezugshandlungen für Arbeitgeberrechnungen der Quellensteuer schrittweise von der neuen Bezugslösung übernommen, die im Rahmen der laufenden Projekte zur Ersatzbeschaffung der veralteten Systeme für die Direkte Bundessteuer und die Quellensteuer entwickelt wurde. Im Berichtsjahr wurde das Projekt aufgrund der Abhängigkeit zur Legislaturziel-Massnahme FD 10.3c, die um ein Jahr verschoben wurde, sistiert, und wird für das Jahr 2018 wieder aufgenommen.

Verzögert 2017

**FD 10.3e Ablösung der Applikation Erbschafts- / Schenkungssteuer im Rahmen von «ZüriPrimo», Realisierungseinheit RE09**

Die Realisierungseinheit wurde im Berichtsjahr realisiert und wird 2018 eingeführt.

Planmässig 2018

**FD 10.3g Programmführung «ZüriPrimo», Realisierung Liegenschaftsportfolio, Entwicklungs- und Betriebsplattform, Realisierungseinheiten RE00, RE06, RE11, RE12**

Für die Realisierungseinheiten 06, 11 und 12 wird auf eine Umsetzung als eigene Realisierungseinheit aufgrund der Kosten-Nutzen-Betrachtung verzichtet. Deren Ziele werden im Rahmen der übrigen Realisierungseinheiten umgesetzt. Bezüglich der Realisierungseinheit 06 war 2004 die Ablösung einer Applikation vorgesehen, die in der Zwischenzeit bereits nicht mehr aktiv ist. Der Aufbau von Entwicklungs- und Betriebsumgebungen (Realisierungseinheiten 11 und 12) erfolgt im Rahmen der jeweils betroffenen Realisierungseinheit.

Verzicht 2018

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	718.1	718.0	<b>717.4</b>	-0.7	-0.1

Bemerkungen R17 zu B17

Allg.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.4	5.8	<b>5.8</b>	-0.0	-0.2
Aufwand	-168.0	-168.8	<b>-158.6</b>	10.3	6.1
- Personalaufwand	-100.0	-102.4	<b>-99.4</b>	3.1	3.0
- Abschreibungen und Zinsen	-5.6	-7.2	<b>-4.0</b>	3.2	44.2
- Betrieb Informatik	-11.8	-11.8	<b>-13.5</b>	-1.8	-14.9
- Hard- und Softwareaufwand	-28.6	-25.4	<b>-22.7</b>	2.7	10.5
- Mieten und Sachaufwand	-22.1	-20.5	<b>-18.9</b>	1.6	7.9
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.5			
Saldo	-161.6	-163.1	<b>-152.8</b>	10.3	6.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-7.1	-8.0	<b>-3.0</b>	5.0	63.0
- Kreditübertragungen aus 2016		-5.6			
Saldo	-7.1	-8.0	<b>-3.0</b>	5.0	63.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
10.3		Abweichungen total R17 zu B17
4.2	A1, A2, A3, A4, FD 10.3c, FD 10.3d	- Tieferer Aufwand aufgrund von Projektverzögerungen bei «ZüriPrimo» und durch die Beschränkung auf nur einen Wartungsrelease für die Veranlagungslösung
3.2	FD 10.3c, FD 10.3d	- Tieferer Abschreibungsaufwand wegen Projektverzögerungen mit späteren Inbetriebnahmen der «ZüriPrimo»-Realisierungseinheiten
2.2	A1, A2, A3, A4	- Tieferer Lohnaufwand aufgrund der Umsetzung der Verbesserung im Haushaltsvollzug 2017, tieferer Aufwand für Dienstadressgeschenke sowie tieferer durchschnittlicher Aufwand pro Vollzeitstelle aufgrund des Einsatzes von Aushilfen

- 1.6 A1, A2, A3, - Tiefere Aufwendungen im Sachaufwand für Gebühren für Amtshandlungen (+0.3), Aufwendungen für  
A4 Drucksachen (+0.3), Ersatzbeschaffungen von Normmobiliar (+0.3), Betriebsgebühren (+0.2),  
Beratungsaufwand (+0.2), diverse Mehr- und Minderaufwendungen (+0.3)
- 0.9 A1, A2, A3, - Tiefere Sozialleistungen und Zulagen aufgrund des niedrigeren Lohnaufwandes  
A4
- 1.8 FD 10.3c - Aufgrund von Projektverzögerungen bei «ZüriPrimo» sowie dem Parallelbetrieb der Bezugslösung ent-  
stand ein höherer Aufwand.
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-8.0	<b>-3.0</b>	5.0	
- ZüriPrimo (LG 4400)	-1.2	<b>-0.4</b>	0.8	- Das Budget inkl. Kreditübertragungen beläuft sich für «ZüriPrimo» auf 6.8 Mio. Franken (vgl. nachstehende Zeile). Tiefere Ausgaben aufgrund des Projektfortschritts.
- ZüriPrimo (LG 4400), Kreditübertragung	-5.6	<b>-1.8</b>	3.8	
- Diverse Ersatzbeschaffungen von Hard- und Software	-1.2	<b>-0.8</b>	0.4	- Verschiebung Projekt neuer Arbeitsplatz (AP18+) in Abstimmung mit dem Amt für Informatik
- Übrige	-0.0	<b>0.0</b>	0.0	

### **Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
2320038	368013	<b>300 000</b>	2252025	-68013

#### Bemerkungen

Im Berichtsjahr konnte der Pendenzenstand in der Dienstabteilung Quellensteuer von 6 Monaten auf 2 Monate reduziert werden.

# 4500 Personalamt

Das Berichtsjahr stand ganz im Zeichen der Umsetzung. Im Vordergrund standen die Arbeiten an den HR-IT-Projekten (RRB Nr. 911/2016) und den personalpolitischen Schwerpunkten (RRB Nr. 1231/2016). Das grösste HR-IT-Projekt «E-Dossier» steht kurz vor der Einführung. Das Personalamt erarbeitete aber auch die nötigen Grundlagen in den Projekten SAP-Organisationsmanagement und HR-Info-Portal. Für die personalpolitischen Schwerpunkte «HR 2020» und «Stellenplan als internes Steuerungsinstrument» wurden die Projektaufträge erstellt und freigegeben. Die Arbeiten erfolgten in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen und umfassen insbesondere auch Bestandesaufnahmen der aktuellen Situation und Vergleiche mit anderen Kantonen und ausgewählten Betrieben in der Privatwirtschaft. Die Projektarbeiten verlaufen nach Plan. Die dritte Massnahme «Kompetenzmodell 2020» startet im ersten Quartal 2018. Resultate werden dem Regierungsrat voraussichtlich noch 2018 zum Entscheid vorgelegt.

Das Personalamt hat weiter die ersten zwei Etappen der neu definierten Standardprozesse für HR FD und die Zahlstelle 1 umgesetzt. Die Prozesse der Zahlstelle 1 sind für alle ange-

schlossenen Verwaltungseinheiten verbindlich (rund 15000 Anstellungsverhältnisse). Zusätzlich reduzierte das Personalamt den Versand der Lohnabrechnungen (RRB Nr. 1207/2016) dahingehend, dass nur noch bei einer Veränderung im Auszahlungsbetrag automatisch eine Lohnabrechnung verschickt wird. Dies führte zu einer sofortigen jährlichen Aufwandsenkung von Fr. 160000.

Das Personalamt übernahm neu eine Koordinationsfunktion für alle Grundbildungen innerhalb der kantonalen Verwaltung. Es hat zur Stärkung der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit den Rapport der Berufsbildungsbeauftragten ins Leben gerufen; darin sind alle Direktionen vertreten. Die gemeinsame Zielsetzung ist, das Image des Kantons Zürich als attraktiven Lehrbetrieb zu stärken, beim Lehrstellenangebot weiterhin eine möglichst breite Palette an Berufszweigen abzudecken und eine Vorreiterrolle bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen in neuen Berufen zu übernehmen.

Ausserdem führte das Personalamt in der Finanzdirektion das Anwesenheitsmanagement flächendeckend ein und schulte alle Vorgesetzten entsprechend.

## Aufgaben

- A1 Gewinnung und Erhaltung von Mitarbeitenden erfolgt bedürfnisorientiert und nach wirtschaftlichen Kriterien.
- A2 Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalstrategie. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling.
- A3 Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung.
- A4 Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts. Koordination von Case Management. Aufgaben des betrieblichen Gesundheitswesens.
- A5 Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.
- A6 Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (Zielwert)	A3	135	125	<b>123</b>	-2	-1.6
L2 Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage inkl. Führungsweiterbildung (Zielwert)	A3	5638	5500	<b>5297</b>	-203	-3.7
L3 Anzahl betreute Lernende (Zielwert)	A3	199	190	<b>198</b>	8	4.2
L5 Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat	A5	61464	50000	<b>42217</b>	-7783	-15.6
L6 Anzahl bewirtschafteter Personaldossiers (Zahlstelle 1)	A5	17858	18000	<b>17500</b>	-500	-2.8
L7 Anzahl betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle	A6	170	170	<b>170</b>	0	0.0
B1 Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung	A3	3833	3500	<b>2658</b>	-842	-24.1
B2 Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung	A3	582	600	<b>544</b>	-56	-9.3
B3 Kosten pro Lernende pro Jahr, ohne Arbeitsplatzkosten	A3	21621	24000	<b>21730</b>	-2270	-9.5
W1 Kursbeurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. "gut" (in %)	A3	96.7	90	<b>92</b>	2	
W2 Kursbeurteilung Personalschulung, mind. "gut" (in %)	A3	96	90	<b>96</b>	6	
W3 Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. "gut" (in %)	A3	94	90	<b>90</b>	0	

### Bemerkungen

- L5 Weggang des USZ und Rückgang der Anzahl Entschädiger.
- B1 Die Überarbeitung von einzelnen Programmen und Programmteilen bewirken tiefere Kosten.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

**RRZ 10.1g Die direktionsübergreifenden Personaladministrationsprozesse standardisieren, dokumentieren und umsetzen sowie die Verantwortlichkeiten klar zuordnen. Damit die Grundlagen für weitergehende Automatisierungen und Systeme schaffen (z.B. Workflowlösungen)**

Im Berichtsjahr wurden die Prozesse der Etappe 2 definiert, abgenommen und auf den 1. Januar 2018 implementiert. Die Arbeiten für die Etappe 3 wurden aufgenommen.

Planmässig 2018

**RRZ 10.1h Eine vergleichbare Einstufung und Weiterentwicklung des Linien- und Fachkaders sowie flexible und zeitgemässe Arbeitszeitmodelle schaffen. Das heutige Personalgesetz überprüfen und gegebenenfalls erneuern**

Gemäss Controllingbericht 2017 (RRB Nr. 219/2017) wird auf diese Legislaturzielmassnahme verzichtet. Sie wird durch die Umsetzung der personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 ersetzt (RRZ 10.1j).

Verzicht 2020

**RRZ 10.2b Vollständige elektronische Personaldossiers aller aktiven Personen im SAP HCM (PULS) einführen (inkl. Lohndossiers). Neue Akten nur noch elektronisch führen**

Im Berichtsjahr wurde der erstellte Projektauftrag bewilligt und die Phase Konzept abgeschlossen. Die Realisierung und wesentliche Optimierungen wurden vorgenommen. Die Ausschreibungen für das Initialscanning und die Beschaffung der Scanner wurden ebenfalls durchgeführt. Die Rollout-Planung wurde im Entwurf erstellt und für die Scanning-Software ein Einladungsverfahren eingeleitet.

Planmässig 2018

**RRZ 10.2c Die notwendigen Personalkennzahlen Führungskräften und Verwaltungseinheiten elektronisch zur Verfügung stellen. Für Führungskräfte ein neues IT-basiertes Instrument für teambezogene Standortbestimmungen einführen**

Gemäss Controllingbericht 2017 (RRB Nr. 219/2017) wird auf diese Legislaturzielmassnahme verzichtet.

Verzicht 2019

**FD 10.4a Innerhalb der Finanzdirektion wird ein HR-Standardisierungsprojekt durchgeführt. In dessen Rahmen soll die Personalarbeit durch definierte HR-Dienstleistungen, die Standardisierung der Prozesse und die Vereinheitlichung der Formulare für die ganze Finanzdirektion sowie damit verbunden die Einführung IT-unterstützter Supportfunktionen markant optimiert werden.**

Im Berichtsjahr wurden die Prozesse der Etappe 2 definiert, abgenommen und auf den 1. Januar 2018 implementiert. Die Arbeiten für die Etappe 3 wurden aufgenommen. Ein Projekt zur Einführung eines in SAP HCM integrierten Zeugnistools wurde gestartet.

Planmässig 2018

**FD 10.5a Evaluation der Ablösung der bisherigen PULS-Lösung durch den SAP-Mehrfachanstellungsstandard. Damit wird die Aufgabe A5 unterstützt, insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen.**

Die Lösungsvorschläge der Anbieter wurden eingeholt und geprüft. Das Vorgehen für die weitere Ausarbeitung ist in Planung.

Verzögert 2018

**4500 10a Schaffung vergleichbarer Einstufung und Weiterentwicklung des Linien- und Fachkaders (Teilmassnahme 1 zu RRZ 10.1h)**

Vgl. Kommentar zu RRZ 10.1h

Verzicht 2019

**4500 10b Überprüfung und ggf. Ergänzung weiterer flexibler Arbeitszeitmodelle (Teilmassnahme 2 zu RRZ 10.1h)**

Vgl. Kommentar zu RRZ 10.1h

Verzicht 2019

**4500 10c Überprüfung und gegebenenfalls Erneuerung des heutigen Personalgesetzes (Teilmassnahme 3 zu RRZ 10.1h)**

Vgl. Kommentar zu RRZ 10.1h

Verzicht 2020

**4500 10d Die notwendigen Personalkennzahlen Führungskräften und Verwaltungseinheiten elektronisch zur Verfügung stellen (Teilmassnahme 1 zu RRZ 10.2c)**

Vgl. Kommentar zu RRZ 10.2c

Verzicht 2019

**4500 10e Einführung eines neuen IT-basierten Instruments für teambezogene Standortbestimmungen (Teilmassnahme 2 zu RRZ 10.2c)**

Vgl. Kommentar zu RRZ 10.2c

Verzicht 2017

## Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
45.5	47.3	<b>47.4</b>	0.1	0.1

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.9	2.0	<b>1.8</b>	-0.2	-9.6
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.5	1.5	<b>1.2</b>	-0.3	-19.0
Aufwand	-17.5	-20.8	<b>-18.0</b>	2.8	13.3
- Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-10.6	-11.1	<b>-10.8</b>	0.3	2.8
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.6			
Saldo	-15.6	-18.8	<b>-16.2</b>	2.6	13.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.5	<b>-0.2</b>	0.2	44.6
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.3			
Saldo		-0.5	<b>-0.2</b>	0.2	44.6

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.6		Abweichungen total R17 zu B17
1.8	FD 10.5a, RRZ 10.1g, RRZ 10.2b, RRZ 10.2c	- Geringerer Aufwand aufgrund notwendiger Terminüberarbeitung der Projekte der HR-IT-Weiterentwicklungen und damit einhergehender Verschiebung der Ausgaben
0.5	A2, A3	- Geringerer Aufwand im Bereich Management Development aufgrund einer geringeren Anzahl durchgeführter Kurse
0.3		- Geringerer Personalaufwand insbesondere aufgrund weniger benötigter Überbrückungsstellen
0.1	A4	- Geringerer Aufwand für die Weiterentwicklung des elektronischen «Handbuch Personalrecht»
0.1	A6	- Geringerer Aufwand im Projekt «Betriebliches Gesundheitsmanagement»
-0.2	A3, A5	- Geringere Erlöse aus der Weiterbildung sowie den Quellensteuerprovisionen, die aber teilweise kompensiert werden konnten
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.5	<b>-0.2</b>	0.2	
- Projekt HR-IT Weiterentwicklung	-0.2	<b>-0.2</b>	0.0	
- Projekt HR-IT-Weiterentwicklung (Kreditübertrag aus Rechnung 2016)	-0.3	<b>0.0</b>	0.3	- Geringere Ausgaben aufgrund notwendiger Terminüberarbeitung der Projekte der HR-IT-Weiterentwicklungen und damit einhergehender Verschiebung der Ausgaben
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
326682	0	<b>0</b>	326682	0

# 4600 Direktionsübergreifende Informatik

Am 25. Januar des Berichtsjahres hat der Regierungsrat entschieden, im Rahmen eines Projektes die Grundlagen für die zukünftige kantonale Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zu schaffen. Die bestehende KITT-Organisation soll durch eine neue IKT-Organisation abgelöst und die KITT-Geschäftsstelle in das neu zu schaffende Amt für Informatik (AFI) übertragen werden. Die KITT-Geschäftsstelle war daher nicht mehr mit der Aktualisierung der Gesamt-IT-Strategie beauftragt.

Die Migration LEUnet2 konnte Ende Mai des Berichtsjahres erfolgreich abgeschlossen werden. Das kantonale Datennetzwerk LEUnet ist nun auf einem technisch modernen Stand. Die Anzahl Standorte wurde von geplant 500 auf über 660 erhöht, was die längere Migrationszeit begründet.

Die zwei weiteren Projekte des LEUnet2, Secure Web Access

und Secure Remote Access, sind noch in Bearbeitung. Der Abschluss und die Migration der beiden Services zu Swisscom ist für Mitte 2018 geplant.

Das CC IT-Sicherheit hat den Entwurf einer Richtlinie zur Informationssicherheit erarbeitet.

Das CC Verzeichnisdienste führte eine neue Lösung ein (IDV ZH Broker), mit der nun verschiedene Benutzerverwaltungen zusammengeführt werden können. Dies führt zu einer vereinfachten Authentisierung und verbessert so die Zusammenarbeit zwischen den Behörden.

Das CC Messaging realisierte zur Erhöhung der Sicherheit eine Verschlüsselungslösung für den E-Mail-Verkehr, die Einführung wird im ersten Quartal 2018 abgeschlossen. Zudem wurden die für die Sicherstellung des Betriebs der Notes-Plattform notwendigen Arbeiten durchgeführt.

## Aufgaben

- A1 Kantonale Informatikstrategie entwickeln, pflegen und umsetzen
- A2 Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
- A3 Definition und Pflege von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden	A1	3443	3000	<b>2500</b>	-500	-16.7
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden	A2	6090	6000	<b>6200</b>	200	3.3
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse	A1, A3	9	10	<b>4</b>	-6	-60.0
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEU-net	A2	18067	17000	<b>20024</b>	3024	17.8
L6	Anzahl betreute Wireless Access Points (WLAN)	A2	517	500	<b>800</b>	300	60.0
L7	Anzahl betreute Wide Area Network (WAN) Standorte	A2	592	810	<b>669</b>	-141	-17.4
L8	Anzahl Einträge im ZHdirectory	A2	29089	28500	<b>28789</b>	289	1.0
W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	A2	99.9	99.4	<b>99.9</b>	0.5	

## Bemerkungen

- L1 Da die Zuständigkeit für die Weiterentwicklung der IKT-Strategie nicht mehr in der KITT-Geschäftsstelle lag, wurden weniger Stunden für die Informatikstrategie eingesetzt als geplant.
- L2 Die Weiterentwicklung der Informatikstrategie erfolgte im Berichtsjahr durch das Projekt IKT, darum fällt das KITT weniger strategische Entscheide als erwartet.
- L4 Dank des attraktiveren Portpreises im neuen LEUnet wurden vermehrt Switch-Ports bestellt.
- L6 Der Trend nach mobilem Arbeiten setzt sich auch in der Verwaltung durch. Deswegen wurden an vielen zentralen- wie dezentralen Standorten die WLAN-Infrastruktur ausgebaut.
- L7 Die Anzahl betreuter Hausanschlüsse des LEUnet (WAN) ist vom Service nicht beeinflussbar. Sie richtet sich nach Anforderungen der Kundinnen und Kunden.
- L8 Die Einträge sind von uns nicht beeinflussbar.
- W1 Der Soll-Wert gemäss SLA (Service Level Agreement) ist immer 99,75%. Er wurde während des gesamten Berichtsjahres überschritten.

## Entwicklungsschwerpunkte

**RRZ 10.1d Erarbeitung der Informatikstrategie 2015-2018 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen**

Die neue IKT-Strategie wurde vor dem Hintergrund der Ergebnisse der unabhängigen externen Überprüfung der kantonalen Informatik erarbeitet. Deren Eckpfeiler wurden vom Regierungsrat im Herbst des Berichtsjahres genehmigt (RRB Nr. 780/2017). Die eigentliche Verabschiedung der IKT-Strategie ist im Frühjahr 2018 vorgesehen.

Stand bis

Verzögert 2019

**Finanzdirektion**  
**Leistungsgruppe 4600**

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	8.9	9.2	<b>7.8</b>	-1.4	-15.5

Bemerkungen R17 zu B17

- 1.0 Die Stelle des Leiters des Competence Center Messaging wurde noch nicht besetzt.
- 0.4 Reduktion des Arbeitspensums von zwei Mitarbeitenden

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.6	0.1	<b>0.3</b>	0.3	449.2
Aufwand	-10.8	-11.3	<b>-10.7</b>	0.6	5.2
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.2			
Saldo	-7.2	-11.2	<b>-10.4</b>	0.8	7.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1		<b>-0.1</b>	-0.1	0.0
Saldo	-0.1		<b>-0.1</b>	-0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R17 zu B17
0.2		- Geringere Personalkosten durch die Nichtbesetzung einer offenen Stelle und durch den Bezug eines unbezahlten Urlaubs
0.2	A1	- Das geplante Projektbudget wurde unterschritten, da Teile der LEUnet-Migration auf 2018 verschoben wurden.
0.2	A1	- Das Budget für das Projekt IKT wurde nicht ausgeschöpft; die Kosten werden 2018 anfallen.
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	<b>-0.1</b>	-0.1	
- Federation-based Login für Secure Web Access	0.0	<b>-0.1</b>	-0.1	- Im Rahmen der Budgetierung wurden diese Ausgaben wie im Vorjahr in der Erfolgsrechnung eingestellt, müssen gemäss den Rechnungslegungsnormen allerdings aktiviert werden. Die kantonale Verwaltung stellt mit dieser Lösung sicher, dass im Zuge der Internetnutzung keine personenbezogenen Daten auf Datenbanken oder Speichermedien ausserhalb der Schweiz übertragen werden.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
7297	0	<b>0</b>	7297	0



# 4700 Drucksachen und Material

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Beschaffungen hat zahlreiche Aufgaben zur steten Optimierung und Weiterentwicklung des kantonalen Beschaffungswesens wahrgenommen und auch Beschlüsse des Regierungsrates vorbereitet. Zu erwähnen ist insbesondere RRB Nr. 243/2017 mit dem Auftrag zur Erarbeitung einer kantonalen Beschaffungspolitik und mit der Festlegung, dass bei Beschaffungen die Lead Buyer jeweils zwingend beizuziehen sind.

Die kdmz nimmt die Lead-Buyer-Funktion für die Materialgruppen Büromaterial, Publikationen und Outputsysteme wahr. Sie hat dementsprechend die Aufgabe, die Beschaffungsstrategien und -prozesse wiederkehrend zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Im Berichtsjahr erfolgten diese Aufgaben unter anderem für die Beschaffung von Outputsystemen, verbunden mit einer Submission für neue Rahmenverträge. Zudem erfolgten Arbeiten zur weiteren Entwicklung und Optimierung von IT-gestützten Beschaffungsprozessen.

Die kdmz hat gemäss ihren Zuständigkeiten wie in den Vorjahren ein wiederum grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt (u.a. Büromaterial, Publikationen, Drucksachen, Informatikmittel, Outputsysteme). Im Berichtsjahr ist bei einzelnen Gütern eine leichte Abnahme der Beschaffungsmengen zu verzeichnen. Die kdmz hat die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um ihre Infrastruktur und den Beschäftigungsumfang schrittweise und flexibel auf diese Entwicklungen ausrichten zu können.

## Aufgaben

- A1 Beschaffung verwaltungswweit genutzter Güter mehrerer Materialgruppen (u.a. Büromaterial, Drucksachen, Outputsysteme).
- A2 Unterstützung und Beratung bei Beschaffungsaufgaben (u.a. Durchführung von Submissionen).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl abgewickelte Beschaffungsaufträge	A1	70971	73000	<b>69996</b>	-3004	-4.1
L3	Anzahl bewirtschaftete Kundenadressen	A1		7800	<b>6200</b>	-1600	-20.5
L4	Anzahl durchgeführte Lieferantenbewertungen	A1		70	<b>57</b>	-13	-18.6
L5	Anzahl durchgeführte Submissionen im offenen Verfahren und im Einladungsverfahren	A2		20	<b>13</b>	-7	-35.0
B1	Durchschnittliche Prozesskosten je Beschaffungsauftrag (in Fr.)	A1		84	<b>84</b>	0	0.0
W2	Anteil abgewickelter Beschaffungsaufträge ohne Reklamationen (in%)	A1		98	<b>99.5</b>	1.5	
W3	Anteil durchgeführte Submissionen ohne gutgeheissene Rekurse (in%)	A2		95	<b>100</b>	5	

### Bemerkungen

Allg. Die Indikatoren wurden mit dem KEF 2017-2020 neu festgelegt. Deshalb liegen keine Rechnungswerte R16 vor.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 4700 10a Weitere Förderung IT-gestützter Beschaffungsprozesse

Mehrere IT-gestützte Beschaffungsprozesse wurden weiterentwickelt und optimiert. Zudem wurden die Arbeiten zur Erneuerung des Webshops abgeschlossen.

Stand bis

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	43.2	46.8	<b>41.3</b>	-5.5	-11.7

### Bemerkungen R17 zu B17

-5.5 Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf Verzögerungen bei Wiederbesetzungen (-2.0) sowie auf den vorläufigen Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen (-3.5) zurückzuführen.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	32.5	32.6	<b>29.6</b>	-3.0	-9.2
Aufwand	-32.4	-32.3	<b>-29.6</b>	2.7	8.4
- Betriebsaufwand (einschliesslich Personal)	-7.8	-8.2	<b>-7.5</b>	0.7	0.0
Saldo	0.1	0.3	<b>0.0</b>	-0.3	-98.0

**Finanzdirektion**  
**Leistungsgruppe 4700**

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.2	-0.1	<b>-0.3</b>	-0.2	-141.5
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.0			
Saldo	-0.2	-0.1	<b>-0.3</b>	-0.2	-141.5

**Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R17 zu B17
-0.3	A1	- Der tiefere Aufwand und Ertrag sind vor allem auf den Rückgang von Beschaffungsmengen sowie auf Massnahmen zur Verminderung des Betriebsaufwands zurückzuführen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.1	<b>-0.3</b>	-0.2	
- Optimierung IT-gestützter Beschaffungsprozesse	-0.1	<b>-0.3</b>	-0.2	- Der Einsatz der Digitaldruckmaschinen wird neu als Finanzierungsleasing qualifiziert.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
410613	0	<b>0</b>	410613	0

# 4910 Steuererträge

## Aufgaben

A1 Die dem Kanton zustehenden Steuererträge erfassen und ausweisen.

## Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W1 Steuerfuss in Prozenten der einfachen Staatssteuer	A1	100	100	<b>100</b>	0	

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>	<b>7261.2</b>	<b>7324.0</b>	<b>7382.2</b>	58.2	0.8
- Staatssteuern	6207.2	6303.6	<b>6166.7</b>	-136.9	-2.2
- davon Laufende Periode NP	3796.6	3850.0	<b>3894.8</b>	44.8	1.2
- davon Laufende Periode JP	1142.7	1255.0	<b>1235.2</b>	-19.8	-1.6
- davon Nachträge NP	638.8	602.0	<b>539.2</b>	-62.8	-10.4
- davon Nachträge JP	280.0	199.0	<b>74.3</b>	-124.7	-62.7
- davon Quellensteuer	264.1	313.4	<b>308.1</b>	-5.3	-1.7
- davon Übrige Erträge	84.9	84.3	<b>115.3</b>	31.0	36.7
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	275.8	240.2	<b>280.7</b>	40.4	16.8
- Direkte Bundessteuer	679.4	677.0	<b>756.4</b>	79.4	11.7
- Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	98.7	103.1	<b>178.4</b>	75.3	73.0
<b>Aufwand</b>	<b>-138.7</b>	<b>-147.8</b>	<b>-141.5</b>	6.3	4.3
- Staatssteuern	-137.9	-146.5	<b>-140.3</b>	6.2	4.2
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	-0.8	-1.3	<b>-1.1</b>	0.1	11.1
<b>Saldo</b>	<b>7122.5</b>	<b>7176.2</b>	<b>7240.7</b>	64.5	0.9
<b>Investitionsrechnung (in Mio. Franken)</b>	<b>R16</b>	<b>B17</b>	<b>R17</b>	<b>Δ abs.</b>	<b>Δ %</b>
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
64.5		Abweichungen total R17 zu B17
79.4	A1	- Deutlich höhere Bundessteuereinnahmen, vor allem bei den juristischen Personen
75.3	A1	- Höherer Kantonsanteil aus der Verrechnungssteuer (+76.2), jedoch tieferer Kantonsanteil aus der EU-Zinsbesteuerung (-0.9)
44.8	A1	- Höhere Erträge für die laufende Periode bei den natürlichen Personen sowohl bei den Einkommenssteuern (+16.9) als auch bei den Vermögenssteuern (+27.9)
40.4	A1	- Höherer Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer
31.0	A1	- Höhere übrige Erträge aus Nachsteuern (+38.0); tieferer Zinsertrag (-7.0)
6.4	A1	- Tieferer Aufwand für Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Steuerforderungen (+6.2), tieferer Zinsaufwand (+2.0); dafür höherer Aufwand für Entschädigungen an die Gemeinden (-1.8)
-5.3	A1	- Tieferer Ertrag bei der Quellensteuer trotz Pendenzenabbau
-19.8	A1	- Tieferer Ertrag für die laufende Periode bei den juristischen Personen, vor allem bei den Gewinnsteuern
-62.8	A1	- Bei den natürlichen Personen tiefere Nachträge für die laufende Periode (-77.4), höhere Nachträge für die abzurechnende Periode 2013 (+0.9), tiefere Nachträge für die Steuerperioden vor 2013 (-3.3), höhere Nachträge wegen eines geringeren Korrekturbedarfs für die Steuerperioden 2014 und 2015 (+17.0)
-124.7	A1	- Bei den juristischen Personen tiefere Nachträge für die laufende Steuerperiode (-17.8), für die abzurechnende Steuerperiode 2013 (-6.3) und wegen eines höheren Korrekturbedarfs für die Steuerperioden 2014 und 2015 (-107.0), höherer Ertrag aus den Nachträgen für die Steuerperioden vor 2013 (+6.4)
-0.2		- Übrige Abweichungen

# 4921 Schadenausgleich

## Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet (www.versicherungsdienste.zh.ch).

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-2.4	-2.2	<b>-5.7</b>	-3.5	-156.9
- Versicherungsprämien	-1.3	-1.3	<b>-1.2</b>	0.1	11.4
- Schadenausgleich	-1.2	-0.9	<b>-4.5</b>	-3.6	-400.0
Saldo	-2.4	-2.2	<b>-5.7</b>	-3.5	-156.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.5		Abweichungen total R17 zu B17
0.1	A1	- Leicht tiefere Versicherungsprämienzahlungen (Schwankung)
-3.6	A1	- Die Neubeurteilung der Risikosituation hat einen Rückstellungs-Neubildungsbedarf von insgesamt 4.5 Mio. Franken gegeben. Davon betrafen 0.5 Mio. Franken die Erhöhung des Rückstellungsbestandes in einem bisher bestehenden Staatshaftungsfall, und 4.0 Mio. Franken den Zugang eines neuen Haftpflichtfalles. Da für diese Aufwände lediglich 0.9 Mio. Franken budgetiert waren, ergibt sich eine Budgetüberschreitung von -3.6 Mio. Franken.
0.0		- Übrige Abweichungen

# 4930 Kapital- und Zinsendienst Staat

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4300,  
Amt für Tresorerie, dargestellt.

## Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	414.6	441.7	<b>520.5</b>	78.9	17.9
- Finanzertrag	97.4	104.8	<b>97.4</b>	-7.4	-7.1
- Gewinnanteil ZKB	200.0	220.0	<b>220.0</b>	0.0	0.0
- Gewinnanteil Nationalbank	116.9	116.5	<b>202.8</b>	86.3	74.1
Aufwand	-69.4	-70.6	<b>-64.9</b>	5.7	8.0
- Finanzaufwand	-68.2	-70.4	<b>-64.8</b>	5.6	8.0
Saldo	345.3	371.1	<b>455.6</b>	84.5	22.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.7	0.7	<b>1.8</b>	1.1	155.4
Ausgaben	-0.5	0.0	<b>-0.2</b>	-0.2	0.0
Saldo	0.2	0.7	<b>1.5</b>	0.9	125.3

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
84.5		Abweichungen total R17 zu B17
86.3	A1	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
10.8	A1	- Höhere Sonderdividende (+7.75 Mio.) und ordentliche Dividende (+3.05 Mio.) der Flughafen Zürich AG
6.5	A1	- Geringerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinzen
3.6	A1	- Marktwertanpassung der Beteiligung Hangenmoos AG (Finanzvermögen)
3.1	A1	- Zinsertragsüberschuss aus Geldmarktgeschäften
3.0	A1	- Höhere Abgeltung des ZKB-Dotationskapitals
1.0	A1	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizer Salinen AG
-30.0	A1	- Keine Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich aufgrund penderter Rechtsverfahren
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.7	<b>1.5</b>	0.9	
- Rückzahlung des Darlehens vom Bund durch die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse		<b>1.0</b>		
- Amortisation des Darlehens durch die Zurich Intl. School Wädenswil	0.7	<b>0.7</b>	0.0	
- Übrige	0.0	<b>-0.2</b>	-0.2	

# 4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

## Aufgaben

- A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden in dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.
- A2 Vornahme zentraler Korrekturen, wie z.B. pauschaler Saldoverbesserungen, Teuerungsausgleiche, Abschreibungs-/Investitionskorrekturen und Intercompany-Ausgleichen im Rahmen der Konsolidierung.
- A3 Zentrale Verbuchung einzelner nicht-betrieblicher Aufwände und Erträge, wie z.B. der Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professoren / Regierungsräte / Richter oder der Vereinnahmung der CO2-Rückerstattung des Bundes (ohne Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie Arbeitslosenkasse).

## Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W1 Interner Zinssatz in %	A1	1.5	1.5	<b>1.5</b>	0.0	

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>	265.9	221.4	<b>217.3</b>	-4.2	-1.9
- Kalkulatorischer Zinsertrag	165.7	175.6	<b>164.8</b>	-10.9	-6.2
- BVK-Sanierungsbeiträge	69.0	34.5	<b>34.5</b>	0.0	0.0
<b>Aufwand</b>	-16.2	-25.2	<b>-60.9</b>	-35.7	-142.0
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-48.7	-36.5	<b>-42.8</b>	-6.3	-17.2
- Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	-8.2	-8.5	<b>-3.1</b>	5.4	63.2
- Teilauflösung BVK-Sanierung	69.5			0.0	0.0
- Zentrale Korrektur Abschreibungen		5.0			
<b>Saldo</b>	249.7	196.3	<b>156.4</b>	-39.9	-20.3
<b>Investitionsrechnung (in Mio. Franken)</b>	<b>R16</b>	<b>B17</b>	<b>R17</b>	<b>Δ abs.</b>	<b>Δ %</b>
<b>Einnahmen</b>					
<b>Ausgaben</b>		270.1		-270.1	-100.0
<b>Saldo</b>		270.1		-270.1	-100.0

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-39.9		Abweichungen total R17 zu B17
5.4	A3	- Geringere Rückstellungsbildung aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich, da die Umstellung der versicherungstechnischen Grundlagen für Sterblichkeit nicht wie erwartet zusätzlichen Aufwand verursacht hat.
0.5	A3	- Nicht budgetierte Fremdwährungsgewinne
0.4	A3	- Der Ertrag aus der Rückverteilung der CO2-Abgabe des Bundes fällt höher aus.
		- BVK-Sanierungsbeiträge und Teilauflösung BVK-Sanierung: Die Werte in der Spalte R16 stimmen nicht mit jenen im Geschäftsbericht 2016 überein. Die Werte R16 gemäss vorliegendem Geschäftsbericht 2017 sind korrekt.
-4.0	A3	- Der Ertrag aus der Verlustscheinbewirtschaftung fällt in den jeweiligen Leistungsgruppen an.
-5.0	A3	- Die zentral eingestellte Abschreibungskorrektur fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
-5.0	A2	- Die zentral eingestellte Aufwandminderung aus der Senkung des Arbeitgeberbeitragssatzes an die Familienkassen von 1.2% auf 1.1% fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
-6.3	A3	- Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand, hauptsächlich infolge höherer Kontokorrentbestände
-10.9	A3	- Geringerer kalkulatorischer Zinsertrag infolge tieferer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
-15.0	A2	- Die zentral eingestellte Senkung der Lohnsumme um 0.4% wird in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
0.0		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	270.1	<b>0.0</b>	-270.1	
- Zentrale Korrekturen Investitionsrechnung	270.1	<b>0.0</b>	-270.1	- Die im Budget zentral eingestellte Korrektur des Investitionsvolumens fällt in den anderen Leistungsgruppen an.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

# 4960 Nationaler Finanzausgleich

## Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) erfasst.

## Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W1 Ressourcenindex in %		120.6	120.4	<b>120.4</b>	0.0	

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	74.4	84.2	<b>84.2</b>	0.0	0.0
- Soziodemografischer Lastenausgleich	74.4	84.2	<b>84.2</b>	0.0	0.0
<b>Aufwand</b>	<b>-516.2</b>	<b>-528.2</b>	<b>-528.2</b>	0.0	0.0
- Ressourcenausgleich	-497.0	-510.0	<b>-510.0</b>	0.0	0.0
- Härteausgleich	-19.2	-18.2	<b>-18.2</b>	0.0	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-441.8</b>	<b>-444.1</b>	<b>-444.1</b>	0.0	0.0
 Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	 R16	 B17	 <b>R17</b>	 Δ abs.	 Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

# 4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

## Aufgaben

- A1 Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen.
- A2 Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen.
- A3 Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist.
- A4 Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand					
Saldo					
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					



# 4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage 5315 einen Beitrag von 20 Mio. Franken zugunsten der Kongresshaus-Stiftung Zürich, der Stadt Zürich und der Tonhalle-Gesellschaft für die Sanierung von Tonhalle und Kongresshaus.

Mit Vorlage 5334 bewilligte er einen Beitrag von 7,5 Mio. Franken zugunsten der Stadt Winterthur für künstlerische

und Investitionsvorhaben des Kunstvereins Winterthur, des Theaters Winterthur und des Musikkollegiums Winterthur und einen Beitrag von 7,5 Mio. Franken zugunsten der Stadt Zürich für künstlerische und Investitionsvorhaben der Schauspielhaus Zürich AG und des Kunsthauses Zürich.

## Aufgaben

- A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke, u.a. im kulturellen Bereich verwendet.  
A2 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke, u.a. im sozialen Bereich verwendet.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:	A1, A2					
L2 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Denkmalpflege in %	A1	11	11	<b>6</b>	-5	
L3 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Ausland- und Inlandhilfe in %	A1, A2	14	9	<b>10</b>	1	
L4 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Kultur in %	A1	35	56	<b>68</b>	12	
L5 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Zoo (Betrieb und Investitionen) in %	A1	5	4	<b>4</b>	0	
L6 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Bildung in %	A1, A2	25	12	<b>6</b>	-6	
L7 - Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Bereich Soziales/Gesundheit in %	A2	3	3	<b>1</b>	-2	
L8 - Anteil übriger Lotteriefondsbeiträge in %	A1, A2	7	5	<b>5</b>	0	
L9 Anzahl Beitragsgesuche an den Lotteriefonds	A1, A2	396	400	<b>320</b>	-80	-20.0
B1 Kosten pro Gesuch (in Fr.)	A1, A2	1315	1200	<b>1562</b>	362	30.2

## Bemerkungen

- Allg. Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden bzw. über die abschliessend entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragsbewilligungen des Kantonsrates.
- L2 Einerseits fiel der Übertrag zugunsten der Denkmalpflege geringer aus als budgetiert. Andererseits erfolgten im Berichtsjahr insgesamt geringere Bewilligungen als budgetiert.
- L3 Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert, entspricht die ziemlich genau budgetierbare Ausland- und Inlandhilfe einem grösseren Anteil an den Gesamtbewilligungen.
- L4 Aufgrund der Verzögerung beim KR-Entscheid Tonhalle/Kongresshaus, der für 2016 budgetiert war, erhöhte sich der Anteil für Kulturausgaben.
- L6 Aufgrund der Verzögerung der KR-Entscheidung Technorama und Stiftung Studentisches Wohnen (ursprünglich budgetiert für das Berichtsjahr) verringerte sich der Anteil der Bildungsausgaben. Zudem fiel der Übertrag zugunsten der Bildung geringer aus als budgetiert.
- L7 Der Anteil von Gesuchen, die den Bereichen Soziales und Gesundheit zuzuordnen sind, ist gering.
- L8 Der Sammelbereich «Übriges» ist nicht steuerbar.
- L9 Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar.

## Fonds

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	307.5	232.3	<b>288.8</b>	56.5	24.3

## Bemerkungen R17 zu B17

- 56.5 Der Fondsbestand liegt mit 288.8 Mio. Franken aufgrund der geringeren Auszahlungen (+50.3) und des höheren Swisslos-Ertrags (+6.2) höher als budgetiert.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>	<b>72.1</b>	<b>130.2</b>	<b>79.9</b>	-50.3	-38.6
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	53.8	55.0	<b>61.2</b>	6.2	11.2
- Entnahme aus Bestandeskonto	13.5	75.2	<b>18.7</b>	-56.5	-75.1
- Kalkulatorischer Zinsertrag	4.8	0.0		0.0	0.0
<b>Aufwand</b>	<b>-72.1</b>	<b>-130.2</b>	<b>-79.9</b>	50.3	38.6
- Zahlungen an Private und Dritte	-38.2	-87.4	<b>-45.1</b>	42.3	48.4
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Übertrag an Leistungsgruppen	-33.9	-42.8	<b>-34.8</b>	8.0	18.7
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

**Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
42.3	A1, A2	- Die Beitragszahlungen im Berichtsjahr fielen geringer aus als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen noch nicht zur Auszahlung gelangten oder vom Kantonsrat nicht bewilligt wurden (z.B. Villa Flora, Hopp Zürich, Theater Kanton Zürich, Technorama, Stiftung Studentisches Wohnen).
8.0	A1, A2	- Die internen Verrechnungen waren tiefer als budgetiert, weil einzelne Direktionen den ihnen zustehenden Beitrag aus dem Lotteriefonds nicht ausschöpften.
6.2	A1, A2	- Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung (insbesondere von der Anzahl guter Jackpot-Wochenenden). 2016 war der Ertrag überdurchschnittlich gut. Dieser Ertrag wurde dem Lotteriefonds im Berichtsjahr gutgeschrieben.
-56.5	A1, A2	- Bei der Budgetierung bestand die Annahme, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge bzw. Teilbeiträge zur Auszahlung kommen würden (Villa Flora, Hopp Zürich, Theater Kanton Zürich, Technorama, Stiftung Studentisches Wohnen). Die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. In zwei Fällen hat der Kantonsrat eine Beitragsleistung abgelehnt. Folglich war die Entnahme aus dem Bestandeskonto geringer als budgetiert.
0.0		- Übrige Abweichungen

# 05

## Volkswirtschafts- direktion

<b>Überblick</b>	<b>120</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>121</b>
Verkehr (Politikbereich 6)	121
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	121
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	122
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	122
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	122
<b>Finanzierung</b>	<b>123</b>
Übersicht	123
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	123
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	123
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>123</b>
Beschäftigungsumfang	123
Lohnaufwand	123
Anstellungsverhältnisse	123
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>124</b>
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	124
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>125</b>
5000 Generalsekretariat (GS)	125
5205 Amt für Verkehr (AFV)	127
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	131
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	132
5920 Verkehrsfonds	135
5921 Flughafenfonds	137
5925 Strassenfonds	138

# Überblick

Die Volkswirtschaftsdirektion fördert und entwickelt den Kanton Zürich als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum. Ihre Mitarbeitenden engagieren sich für einen starken Standort mit guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende. Für die Menschen im Kanton plant und organisiert die Volkswirtschaftsdirektion das Verkehrsangebot auf Schiene, Strasse und Wasser. Im Bereich Luftverkehr setzt sie sich im Rahmen der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG für eine gute internationale Anbindung des Kantons ein und wahrt die Interessen der Bevölkerung im Bereich des Lärmschutzes. Die Volkswirtschaftsdirektion leistet mit ihren Aktivitäten einen Beitrag an die hervorragende Lebensqualität und die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich.

## **Wirtschaft und Arbeit**

Im Berichtsjahr schwächte sich der Schweizer Franken gegenüber den wichtigsten Handelswährungen der Schweiz ab. Der Index des handlungsgewichteten realen Frankenkurses erreichte im Herbst 2017 wieder das Niveau von anfangs 2015 vor der Aufgabe des Mindestkurses durch die Schweizer Nationalbank. Die einzelnen Branchen reagierten bisher unterschiedlich auf diese Abwertung. Die Zahl der Arbeitslosen sank im Berichtsjahr um insgesamt 2168 Personen. Dieser Rückgang ist unter anderem auf die bessere Beschäftigungssituation im zweiten Sektor zurückzuführen. Während die meisten Wirtschaftszweige einen Rückgang der Arbeitslosigkeit registrierten, stieg sie in den Branchen Banken, Verkehr und Transport leicht an. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank im Berichtsjahr von 3,7% auf 3,5%.

Am 20. September des Berichtsjahres traf sich der Regierungsrat mit Vertretern von Startups aus den Bereichen Digitalisierung, Biotechnologie und Hightech zum Standortdialog 2017. Die Regierung diskutierte gemeinsam mit rund 80 Teilnehmenden Themen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, wie die Besteuerung von Jungunternehmen, Arbeitsbewilligungen für Erwerbstätige aus Nicht-EU-Staaten und den Fachkräftemangel. Die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen durch Politik und Verwaltung ist für eine dynamische Gründerszene ein wichtiger Standortfaktor.

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit veröffentlichte im Berichtsjahr die Studie «Digitalisierung und Industrialisierung am Finanzplatz Zürich», die das schwierige Geschäftsumfeld des Finanzsektors als wichtigster Branche der Region Zürich in Bezug auf Bruttowertschöpfung und Arbeitsplätze untersucht.

## **Berichterstattung zu Grossanlässen gemäss RRB Nr. 489/2012**

Im Berichtsjahr wurden Beiträge von insgesamt 2,1 Mio. Franken an 37 Grossanlässe bewilligt und bei 15 Grossanlässen geldwerte Leistungen von kantonaler Seite erbracht. Rund die Hälfte der Beiträge ging an die folgenden vier Anlässe: 100 Jahre Proporzwahlssystem im Kanton Zürich, Gastkanton Zürich an der Zuger Messe, Gigathlon Switzerland und Zürcher Kantonalturnfest.

## **Öffentlicher Verkehr**

In der jährlichen Fahrgastbefragung konnte der ZVV an den Erfolg aus dem Vorjahr anknüpfen und verzeichnete in der Gesamtzufriedenheit wiederum 77 von 100 möglichen Punkten. Dieser Wert entspricht abermals dem höchsten Stand seit Beginn der Befragung im Jahr 2000. Die grösste abso-

lute Verbesserung verzeichnete der telefonische Kundendienst ZVV-Contact.

Im Juli unterbreitete der Regierungsrat dem Kantonsrat die ZVV-Strategie 2020–2023 und beantragte gleichzeitig einen Rahmenkredit von 709 Mio. Franken für die Fahrplanperiode 2018/2019, 3 Mio. Franken weniger als für die Fahrplanperiode 2016/2017. Hauptziel bleibt es, die steigende Nachfrage im öffentlichen Verkehr abzudecken und gleichzeitig die finanzpolitischen Vorgaben zu erfüllen.

Ende August erfolgte im Beisein von Bundespräsidentin Doris Leuthard der Spatenstich für die Limmattalbahn. Die erste Etappe von Zürich Altstetten nach Schlieren soll 2019 in Betrieb gehen. Gegen die von den Stimmberechtigten beschlossene Fertigstellung der Bahn bis nach Killwangen-Spreitenbach wurde eine Volksinitiative eingereicht.

Ende September eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur STEP 2030/2035 mit zwei Varianten. In der vom Bundesrat empfohlenen grösseren Variante für 11,5 Mrd. Franken bis 2035 sind die beiden Projekte Brüttener Tunnel und der Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen enthalten. Diese beiden Projekte sind zwingend für den mittel- und langfristigen Ausbau der Zürcher S-Bahn. Der Kanton sowie die Planungsregion Zürich sprechen sich klar für diese grössere Variante aus.

Im Bereich Vertrieb wurden im Berichtsjahr zwei wichtige Schritte getätigt: Die ZVV-Ticket-App, seit 2015 auf dem Markt, kann seit Oktober auch Tickets für schweizweite Reisen ausstellen. Gleichzeitig ging der ZVV eine Partnerschaft mit der BLS AG ein, um eine Lösung zur automatischen Reiseerfassung in die App zu integrieren. Mit dieser Funktion müssen Fahrgäste künftig nicht mehr vorgängig ein Ticket lösen. Es genügt ein Einchecken vor der Fahrt und ein Auschecken beim Aussteigen. Das korrekte Ticket wird automatisch verrechnet.

Pünktlich zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember des Berichtsjahres eröffneten Stadt und Kanton die neue Tramverbindung Hardbrücke. Die verlängerte Linie 8 bindet den Bahnhof Zürich Hardbrücke optimal ans Tramnetz an und schafft eine direkte Verbindung zwischen Zürich West und dem Stadtzentrum. Damit wird das Tramnetz in der Innenstadt entlastet, das während der Stosszeiten oft an seine Kapazitätsgrenzen stösst.

Der im Rahmen der tariflichen Massnahmen des ZVV im Dezember 2016 eingeführte ZSG-Schiffszuschlag sorgte im vergangenen Jahr für ein grosses Medienecho und verschiedene Vorstösse und Diskussionen im Kantonsrat. Mit den zusätzlichen Einnahmen aus dem Schiffszuschlag soll der Kostendeckungsgrad der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft angehoben werden, was einen Beitrag zur Verbesserung des Finanzhaushalts des Kantons leistet.

## **Anpassung des SIL Objektblatts Flughafen Zürich**

Der Bundesrat hat am 23. August des Berichtsjahres das angepasste Objektblatt Flughafen Zürich des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) verabschiedet. Damit werden die raumplanerischen Leitplanken für die Umsetzung weiterer Massnahmen aus der Sicherheitsüberprüfung bei gleichzeitiger Optimierung des Betriebs geschaffen. Wesentliche Elemente sind der Betrieb auf den verlängerten Pisten 28 und 32, Südabflüge geradeaus bei Bise und bei Nebel sowie Anpassungen einzelner Flugrouten. Der Regierungsrat hat am

14. Februar seine Stellungnahme zum Entwurf des SIL-Objektblatts abgegeben und sich am 5. Juli zu den noch vorhandenen Widersprüchen zur kantonalen Richtplanung geäussert. Der Bundesrat hat in seiner Entscheidung verschiedene Anliegen des Kantons Zürich berücksichtigt. Er verzichtet auf eine ursprünglich geplante Flugroute direkt über das Stadtzentrum von Zürich, womit eine zusätzliche Belastung zu den vorgesehenen Südstarts geradeaus vermieden werden kann. Ebenfalls auf Antrag des Kantons hat der Bundesrat ein neues Ziel formuliert, wonach Massnahmen zum Abbau der Verspätungen nach 23.00 Uhr zu treffen sind. Dadurch erhofft sich der Regierungsrat auch eine verbesserte Einhaltung der im Flughafengesetz festgelegten siebenstündigen Nachtruhe.

Gesuche der Flughafen Zürich AG betreffend Änderungen am Pistensystem genehmigen muss. Der Regierungsrat hatte in seinem Bericht und Antrag vom 28. Oktober 2015 die mit der Volksinitiative vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Ausdehnung der Mitspracherechte der Stimmberechtigten als sinnvoll und verhältnismässig erachtet und dem Kantonsrat beantragt, der Volksinitiative zuzustimmen. Nach dem positiven Kantonsratsbeschluss lief die Referendumsfrist unbenutzt ab, allerdings wurde beim Bundesgericht gegen die Änderung des Flughafengesetzes Beschwerde erhoben. Mit dem Bundesgerichtsentscheid BGE 1C\_26/2017 vom 19. Oktober 2017 ist dieses aus formellen Gründen nicht auf die Beschwerde eingetreten. Zusätzlich hat das Bundesgericht dem Initiativkomitee sowie dem Kantonsrat und dem Regierungsrat auch in materieller Hinsicht Recht gegeben. Die entsprechenden Änderungen im Flughafengesetz werden am 1. März 2018 in Kraft treten.

**Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk!»:  
Änderung des Flughafengesetzes tritt in Kraft**

Am 5. September 2016 hatte der Kantonsrat mit grosser Mehrheit der Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk!» zugestimmt. Gemäss dieser sollten die Stimmberechtigten künftig in jedem Fall das letzte Wort haben, wenn der Kanton

## Legislaturziele

### Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

**RRZ 6.1 In den urbanen Räumen übernimmt der öffentliche Verkehr einen überdurchschnittlichen Anteil des Verkehrszuwachses. Der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Gesamtverkehr ist gesteigert.**

RRZ 6.1a	Die Tramverbindung Hardbrücke im Dezember 2017 in Betrieb nehmen	5210	2017
RRZ 6.1b	Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahn Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019	5210	2019
RRZ 6.1c	Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen	5205	2019
RRZ 6.1d	Den Velonetzplan festlegen und als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen berücksichtigen	5205	2019
RRZ 6.1e	Die prioritären Massnahmen im Bereich Fussverkehr als A-Massnahmen mit dem Agglomerationsprogramm 3. Generation beim Bund einreichen	5205	2016
RRZ 6.1f	Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze)	5205	2019

**RRZ 6.2 Die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems ist auch mit zunehmender Mobilität sichergestellt.**

RRZ 6.2a	Punktueller Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen	5205	2019
RRZ 6.2b	Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen	5205	2019
RRZ 6.2c	Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen	5205	2019
RRZ 6.2d	Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben	5205	2019

### Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

**RRZ 7.1 Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.**

RRZ 7.1f	Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern	5205	2019
----------	--	------	------

**RRZ 7.2 Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.**

RRZ 7.2a	Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten	5000	2017
----------	--	------	------

## **Volkswirtschaft (Politikbereich 8)**

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### **RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.**

RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	5300	2019
RRZ 8.1b	Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken	5300	2019
RRZ 8.1c	Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.	5300	2019

### **RRZ 8.2 Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.**

RRZ 8.2a	Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich	5300	2019
RRZ 8.2b	Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung Innovationspark Zürich. Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovation genutzt wird	5300	2019

## **Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)**

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### **RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.**

RRZ 9.2d	Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können	5205	2019
----------	--	------	------

## **Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)**

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

### **RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.**

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	5205	2019
-----------	---	------	------

### **RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.**

RRZ 10.3b	Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen	5300	2019
-----------	---	------	------

# Finanzierung

## Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		716.6	732.7	<b>744.2</b>	11.5	1.6
Aufwand		-949.0	-987.1	<b>-971.4</b>	15.7	1.6
Saldo		-232.5	-254.5	<b>-227.2</b>	27.3	10.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		28.3	19.8	<b>20.7</b>	0.9	4.6
Ausgaben		-132.8	-206.3	<b>-186.0</b>	20.2	9.8
Saldo		-104.5	-186.4	<b>-165.3</b>	21.1	11.3

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
27.3		Abweichungen total R17 zu B17
14.0	5925	- Höhere Verkaufserlöse bei Liegenschaften im Finanzvermögen
7.5	5925	- Geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr
6.7	5925	- Mehrertrag aus kantonalen Verkehrsabgaben (Übertrag aus LG Nr. 3200, Strassenverkehrsamt)
6.5	5205	- Geringere Beiträge an den Strassenunterhalt der Städte Zürich und Winterthur (geringerer Unterhaltsaufwand Tiefbauamt im Vorjahr)
4.6	5210	- Geringerer Kantonsbeitrag an den ZVV
2.0	5925	- Mehrerträge bei den Bundesanteilen: LSVA (1.8 Mio. Franken), Mineralölsteuer (0.2 Mio. Franken)
1.4	5205	- Weniger Drittaufträge
-8.2	5205	- Geringere Überträge aus Strassenfonds (7.5 Mio. Franken) und Flughafenfonds (0.7 Mio. Franken)
-10.9	5925	- Höherer Übertrag an das Tiefbauamt
3.7		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	<b>R17</b>	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	<b>-165.3</b>			
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773)	<b>-13.2</b>	-79.9	-33.5	-46.4
- Beiträge an Autobahnüberdeckung Katzenssee (Vorlage 4691)	<b>-6.0</b>	-29.9	-12.0	-17.9
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	<b>-40.7</b>			
- Durchmesserlinie (Vorlage 3817)	<b>-15.0</b>	-1232.0	-747.8	-484.2
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	<b>-18.7</b>	-575.6	-46.4	-529.2
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	<b>-19.7</b>	-361.3	-97.0	-264.3
- Tram Hardbrücke (Vorlage 5046; inkl. Anpassungen Bahnhof Hardbrücke)	<b>-29.6</b>	-76.9	-62.2	-14.7
- Investitionsbeiträge Infrastruktur SZU/FB	<b>-18.7</b>	-37.4	-18.7	-18.7
- Übrige	<b>-3.7</b>			

# Personal- und Lohnstatistik

## Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	754.1	782.8	<b>767.7</b>	-15.0	-1.9

## Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
5000 Generalsekretariat (GS)	-3537	-3478	<b>-3821</b>	-343	-9.9
5205 Amt für Verkehr (AFV)	-6791	-7052	<b>-6761</b>	291	4.1
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	-67364	-70601	<b>-68349</b>	2252	3.2
Total	-77692	-81131	<b>-78931</b>		

## Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2017)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
5000 Generalsekretariat (GS)	31	14	17	21	10
5205 Amt für Verkehr (AFV)	58	24	34	36	22
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	766	448	318	588	178
Total	855	486	369	645	210

# **Parlamentarische Vorstösse**

## **Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)**

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
150/2009	Waidhaldetunnel (Motion Kommission für Planung und Bau)	20.08.2012
22/2016	Anpassung der kantonalen Signalisationsverordnung (dringliches Postulat Marc Bourgeois, Zürich, Roland Scheck, Zürich, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	04.04.2016
183/2015	Förderung und Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Jörg Mäder, Opfikon)	21.11.2016
405/2016	Integration von Ü50 Arbeitslosen (Postulat Nik Gugger, Winterthur, Tobias Langenegger und Roger Liebi, Zürich)	08.05.2017
24/2017	Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung (Einzelinitiative Gregor Rutz, Zollikon)	22.05.2017
159/2017	Start-up-Wirtschaftsregion Zürich (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Judith Bellaiche, Kilchberg, und Andreas Hauri, Zürich)	02.10.2017
330/2015	Bildung eines einheitlichen Arbeitsinspektorates für den Kanton Zürich und Auflösung der städtischen Arbeitsinspektorate Zürich und Winterthur (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Hans-Jakob Boesch, Zürich, und Dieter Kläy, Winterthur)	30.10.2017



# 5000 Generalsekretariat (GS)

Zu den Hauptaufgaben des Generalsekretariats zählt die Unterstützung der Volkswirtschaftsdirektorin bei der Planung, Steuerung, Organisation und Koordination ihres breitgefächerten Tätigkeitsgebiets. Als zentrale Planungs- und Koordinationsstelle erbrachte das Generalsekretariat für die gesamte Direktion Leistungen in den Bereichen Informatik, Rechtsfragen, Finanzen, Personal und Kommunikation. Die zentrale Informatikinfrastruktur der Direktion (Server, Spei-

chersysteme, Backup/Restore) ist nach sieben Betriebsjahren komplett ersetzt, vereinfacht und modernisiert worden. Das Projekt konnte erfolgreich, termingerecht und innerhalb des Budgets realisiert werden. Die Informatiksicherheit konnte ein weiteres Mal gesteigert werden. Die Mitarbeitenden der Direktion können sich für die nächsten fünf bis sieben Jahre wieder auf eine moderne, robuste, schnelle und sichere Informatikinfrastruktur verlassen.

## Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin
- A2 Rechtswesen (Juristische Unterstützung der Direktionsvorsteherin und der Verwaltungseinheiten der VD; Rechtspflege sowie Führung von Rechtsmittelverfahren) und Aufsicht in den Bereichen Gastgewerbe, Ruhetage und Ladenöffnungszeiten
- A3 Informatikversorgung für die VD (Abwicklung von Informatikprojekten, Bereitstellung von effizienten Informatikarbeitsplätzen und angemessener Informatiksicherheit)

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl in der GEKO erfasste Direktionsgeschäfte, ohne RR-Anträge	A1	807	850	<b>776</b>	-74	-8.7
L2	Anzahl RR-Anträge der VD	A1	125	100	<b>133</b>	33	33.0
L3	Anzahl erledigte Rekurse	A2	117	90	<b>93</b>	3	3.3
L4	Anzahl betreute IT-Arbeitsplätze	A3	1255	1230	<b>1309</b>	79	6.4
B1	Basisarbeitsplatzkosten (Informatik)	A3	1427	1600	<b>1356</b>	-244	-15.3
W1	Anteil Rekurse, die innerhalb von 5 Monaten erledigt sind, in %	A2	61	60	<b>43</b>	-17	
W2	Kundenzufriedenheit mit der VD-Informatik	A3	5				

### Bemerkungen

- L4 Personalaufbau in der Arbeitslosenkasse (ALK) und im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) stärker als erwartet, entsprechend höherer Bedarf an Arbeitsplätzen
- B1 Skaleneffekte durch Unterstützung von mehr Arbeitsplätzen mit gleichen Ressourcen
- W1 Die Vorgabe konnte wegen reduzierter Ressourcen (Mutterschaftsurlaub) nicht erreicht werden.
- W2 2017 wurde keine Umfrage durchgeführt (2018 findet sie wieder statt).

## Entwicklungsschwerpunkte

### RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten

Die Eigentümerstrategien wurden mit RRB Nrn. 1196/2016 und 1197/2016 verabschiedet. Stand bis

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	26.2	25.8	<b>26.9</b>	1.1	4.1

### Bemerkungen R17 zu B17

- 1.1 Stellenmässige Überschneidungen sowie strukturelle Bereinigung Vorzimmer und Sekretariat

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	4.6	4.7	<b>4.5</b>	-0.2	-5.0
- Interne Informatik-Dienstleistungen	4.1	4.4	<b>4.1</b>	-0.3	-6.3
Aufwand	-7.9	-8.3	<b>-8.3</b>	0.1	1.1
Saldo	-3.3	-3.6	<b>-3.8</b>	-0.1	-4.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-0.2	<b>-0.2</b>	0.0	18.4
Saldo		-0.2	<b>-0.2</b>	0.0	18.4

**Volkswirtschaftsdirektion**  
**Leistungsgruppe 5000**

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R17 zu B17
-0.1	A3	- Weniger Kundenprojekte durch VD-Informatik als budgetiert, dadurch leicht tieferer Aufwand und Ertrag
0.0		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016	Verwendung	<b>Antrag Bildung 2017</b>	Bestand 31.12.2017	
plus Bildung 2016	2017	<b>(verbucht 2018)</b>	plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
23645	6927	<b>0</b>	16718	-6927

## 5205 Amt für Verkehr (AFV)

Die von der Koordinationsstelle Veloverkehr und der Kantonspolizei Zürich entwickelte Ausbildungskampagne «Velo-schuel» hat in den Schulen des Kantons Einzug gehalten. Anlässlich des Jubiläums «10 Jahre Agglomerationsprogramme» hat der Kanton eine Fachtagung durchgeführt. Der dabei im Zentrum stehende Erfahrungsaustausch liefert wichtige Erkenntnisse für die weiteren Arbeiten im Rahmen der Agglomerationsprogramme.

Die erarbeitete Gebietsplanung Bassersdorf, Dietlikon und Wangen-Brüttisellen bildet die Basis, um die grossen Infrastrukturvorhaben des Bundes in diesem Raum (Brüttener Tunnel und Glattalautobahn) besser auf die kantonalen und kommunalen Vorhaben abstimmen und siedlungs- und land-schaftsverträglich planen zu können.

Mit der positiven Abstimmung zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) wurde die Grundlage für die Übernahme der Oberlandautobahn durch den Bund gelegt. Die neue Linienführung wurde vom Kantonsrat im kantonalen Richtplan festgesetzt.

Zur besseren Abstimmung von Siedlung und Verkehr wurden in verschiedenen grösseren Gemeinden und einzelnen Regionen Verkehrskonzepte erarbeitet, so in Bülach, Wetzikon, Uster und in der Region Furttal.

Die Zunahme des Zürcher Fluglärm-Indexes (ZFI) gegenüber dem Vorjahr betrug 3,5%, was erneut vor allem durch das überdurchschnittlich hohe Bevölkerungswachstum in der Flughafenregion bedingt ist.

Die Regierung hat bezüglich der künftigen aviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf eine Neubeurteilung vorgenommen und Eckwerte für die kantonale Interessensvertretung im SIL-Koordinationsprozess definiert. Im Weiteren hat sie in diversen Geschäften und Verfahren des Bundes sowie gegenüber der Flughafen Zürich AG (FZAG) und der SWISS wiederholt darauf hingewirkt, dass eine Nachtflugsperrung von sieben Stunden eingehalten wird.

### Aufgaben

- A1 Planungen von Öffentlichem Verkehr, Motorisiertem Individualverkehr, Langsamverkehr und Güterverkehr miteinander und mit der gewünschten Raumentwicklung abstimmen
- A2 Beobachten, prognostizieren und lenken von Verkehrsnachfrage und Verkehrsverhalten
- A3 Veloförderprogramm umsetzen
- A4 Infrastrukturen für den Strassenverkehr planen und optimieren
- A5 Durchsetzen der hoheitlichen Verantwortung gemäss Strassengesetzgebung
- A6 Entscheidungsgrundlagen für Interessenausgleich am Flughafen Zürich zur Verfügung stellen

### Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl der bearbeiteten Gesamtverkehrsplanungen	A1	6	3	<b>3</b>	0	0.0
L2	Anzahl beantwortete Anfragen bzgl. Verkehrsgrundlagen	A2	45	45	<b>41</b>	-4	-8.9
L3	Anzahl von Informationskampagnen und Veranstaltungen im Rahmen des Veloförderprogramms (Zielwert)	A3	1	1	<b>1</b>	0	0.0
L4	Anzahl beurteilte Problemsituationen bzgl. Strasseninfrastruktur (auf Strassenabschnitten oder Teilsystemen)	A4	92	100	<b>105</b>	5	5.0
L5	Anzahl an das Tiefbauamt übergebene Strassenbauprojekte	A4	101	95	<b>124</b>	29	30.5
L6	Anzahl der vom Regierungsrat beurteilten Projekte zu Strassen von überkommunaler Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur	A5	9	17	<b>21</b>	4	23.5
L7	Anzahl behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung	A5	924	1000	<b>1108</b>	108	10.8
L8	Anzahl überwachte Flüge während der siebenstündigen Nachtflugsperrung (Zielwert)	A6	2542	2000	<b>2674</b>	674	33.7
L9	Anzahl geprüfte Gesuche im Rahmen des Förderprogramms Wohnqualität Flughafenregion	A6	27	50	<b>65</b>	15	30.0
L10	Anzahl bearbeitete Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht	A6	258	270	<b>245</b>	-25	-9.3
B1	Aufwand pro Baubewilligung an Staatsstrassen (in Std., Jahresdurchschnitt)	A5	7.4	9	<b>6.9</b>	-2.1	-23.3
B2	Aufwand pro Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht (in Std., Jahresdurchschnitt)	A6	8.1	7.7	<b>8.5</b>	0.8	10.4
W1	Anteil des Öffentlichen Verkehrs am Verkehrsaufkommen Öffentlicher Verkehr+Motorisierter Individualverkehr im Kanton Zürich (Basis Wege in %)	A1	31.6	31.8	<b>31.2</b>	-0.6	
W2	Veloverkehrsanteil am Gesamtverkehr der Zürcher Bevölkerung (Basis Wege in %)	A1, A3		8	<b>8</b>	0	

# Volkswirtschaftsdirektion

## Leistungsgruppe 5205

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W3 Länge der an das Tiefbauamt übergebenen Strassenprojekte (in km)	A4	21	45	<b>25</b>	-20	-44.4
W4 Ausgelöstes Finanzvolumen durch die an das TBA übergebenen Radweg-/Uferwegprojekte (in Mio. Fr.)	A4	26.5	17	<b>35</b>	18	105.9
W5 Monitoring-Wert des Zürcher Fluglärm-Index (ZFI)	A6	61916	60000	<b>64110</b>	4110	6.9

### Bemerkungen

L5	Realisierung von mehr, jedoch kleineren Projekten
L7	Starker Anstieg der bearbeiteten Baugesuche
L8	Solange das Betriebsreglement 2014 und die Verbesserungen aus dem Sachplan Infrastruktur Luftfahrt 2 (SIL2) nicht umgesetzt werden, sind keine grösseren betrieblichen Verbesserungen möglich.
L9	Da die Anzahl Sanierungen nicht vorhersehbar ist, sind erhebliche jährliche Schwankungen möglich.
L10	Das Grossprojekt Circle bindet bei der Flughafen Zürich AG viele personelle und finanzielle Ressourcen auf Kosten anderer Projekte am Flughafen.
B1	Die Einführung der elektronischen Bearbeitung von Baugesuchen hat zu einer Effizienzsteigerung geführt.
B2	Der Aufwand für die Plangenehmigungen ist stark auf das Grossprojekt Circle konzentriert (siehe auch Bemerkung zu L10).
W3	Realisierung von zahlreicheren, jedoch kleineren Projekten (siehe Indikator L5)
W4	Realisierung von zahlreichen Projekten im Rahmen des Agglomerationsprogramms der 3. Generation
W5	Die Anzahl Flüge nach 22 Uhr, die Nebenwirkungen der Flight-Level-80-Regel und das überproportionale Bevölkerungswachstum in der Flughafenregion sind die Gründe für den Anstieg des ZFI-Monitoringwerts.

## Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>RRZ 6.1c Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen</b>		
Die Massnahmen im A-Horizont sind zu rund 70% entweder bereits umgesetzt, in andere Massnahmen überführt, an den Bund als Massnahmenträger übergeben oder aber vom Planungsstand her so weit fortgeschritten, dass eine Umsetzung in den nächsten zwei Jahren realistisch ist. Bei den übrigen Massnahmen führen vielfältige Gründe zu Verzögerungen in der Umsetzung.	Planmässig	2019
<b>RRZ 6.1d Den Velonetzplan festlegen und als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen berücksichtigen</b>		
Der kantonale Velonetzplan wurde 2016 vom Regierungsrat beschlossen. Die Überführung in die regionalen Richtpläne erfolgte im Berichtsjahr. Einzelne Richtpläne wurden bereits festgesetzt, andere stehen kurz davor.	Abgeschlossen	2019
<b>RRZ 6.1e Die prioritären Massnahmen im Bereich Fussverkehr als A-Massnahmen mit dem Agglomerationsprogramm 3. Generation beim Bund einreichen</b>		
Mit dem Massnahmenplan Fussverkehr hat der Kanton Zürich ein strategisches Instrument geschaffen, um das Angebot für den Fussverkehr zu verbessern und auszubauen. Eine Reihe von Massnahmen wurde in das Agglomerationsprogramm der 3. Generation aufgenommen.	Abgeschlossen	2016
<b>RRZ 6.1f Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze)</b>		
Im Februar des Berichtsjahres hat der RR dem KR ein Spezialgesetz für das Gesamtvorhaben Rosengartentram und Rosengartentunnel überwiesen. Gleichzeitig beantragt er beim KR einen Rahmenkredit von gut 1 Mrd. Franken für die weiteren Planungen und die Umsetzung. Im September hat der RR zudem die für das Vorhaben notwendige Anpassung des kantonalen Richtplans dem KR überwiesen. Mit Beschluss des KR vom 7. Juli über die Teilrevision des kantonalen Richtplans ist der geänderte Eintrag der Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze im kantonalen Richtplan erfolgt.	Planmässig	2019
<b>RRZ 6.2a Punktuelle Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen</b>		
Die Massnahmen werden entweder kontinuierlich gemäss den aktuell dringlichsten Problemen oder im Rahmen des Programms der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) umgesetzt.	Planmässig	2019
<b>RRZ 6.2b Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen</b>		
Die Umsetzung der prioritären Massnahmen läuft. Im Limmattal werden die Massnahmen im Rahmen der Umsetzung der umfassenden Strassenmassnahmen zur Limmattalbahn umgesetzt. Im Glattal wurden im Bereich der Anschlussknoten zur Autobahn Massnahmen für die Projektierung ans TBA übergeben.	Planmässig	2019

**RRZ 6.2c Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen**

Das Projekt «Prüfung der Einführung eines Mobilitätsmanagements in den Direktionen des Regierungsrates» wurde unter Einbezug von acht kantonalen Einrichtungen inhaltlich abgeschlossen. Für die Umsetzung von Massnahmen des Mobilitätsmanagements wurde eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet. Die Umsetzung soll durch die Direktionen erfolgen. Planmässig 2019

**RRZ 6.2d Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben**

Die im Richtplan eingetragenen Ausbauten werden entsprechend der Prioritätenreihung systematisch geplant und der Realisierung zugeführt. Planmässig 2019

**RRZ 7.1f Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern**

Das Förderprogramm «Wohnqualität Flughafenregion» ist auf Kurs. Die Wirkung nimmt langsam aber stetig zu. Planmässig 2019

**RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können**

Seitens der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe wurde im Sinne einer Auslegeordnung und einer ersten Variantenbeurteilung ein Berichtsentwurf zur Flexibilisierung der Strassenfinanzierung erstellt. Als nächster Schritt ist die Erstellung des definitiven Schlussberichts und von Entscheidungsgrundlagen für das weitere Vorgehen vorgesehen. Planmässig 2019

**RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen**

Auf der Grundlage der Richtlinien zur Public Corporate Governance hat das Amt für Verkehr im Flughafenbericht 2016 erstmals aus Investorensicht über die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG Bericht erstattet. Abgeschlossen 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	51.5	52.4	<b>51.0</b>	-1.3	-2.5

**Finanzierung**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	95.1	99.0	<b>90.7</b>	-8.3	-8.4
- Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	91.0	94.6	<b>86.3</b>	-8.3	-8.7
Aufwand	-98.8	-103.7	<b>-94.3</b>	9.4	9.1
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-51.0	-50.2	<b>-43.7</b>	6.5	13.0
- Abschreibungen	-22.8	-23.9	<b>-23.9</b>	0.0	0.2
Saldo	-3.6	-4.7	<b>-3.6</b>	1.1	23.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	13.7	5.3	<b>9.2</b>	4.0	75.9
Ausgaben	-68.6	-76.6	<b>-64.6</b>	12.1	15.8
Saldo	-55.0	-71.4	<b>-55.3</b>	16.1	22.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R17 zu B17
6.5	A4, A5	- Geringere Beiträge an den Strassenunterhalt der Städte Zürich und Winterthur wegen geringeren Unterhaltsaufwands des Tiefbauamtes im Vorjahr
1.4	A1, A3, A4, A6	- Weniger Drittaufträge
-8.2A4, A6, RRZ	6.1f, RRZ	- Geringere Überträge aus Strassenfonds (7.5 Mio. Franken) und Flughafenfonds (0.7 Mio. Franken)
	6.2d, RRZ	
	7.1f	
1.4		- Übrige Abweichungen

**Volkswirtschaftsdirektion**  
**Leistungsgruppe 5205**

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-71.4	<b>-55.3</b>	16.1	
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b & 4773)	-13.2	<b>-13.2</b>	0.0	
- Beiträge an Autobahnüberdeckung Katzensee (Vorlage 4691)	-6.0	<b>-6.0</b>	0.0	
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-56.5	<b>-40.7</b>	15.8	- Geringere Pauschalbeiträge an die Städte Zürich und Winterthur wegen geringerer Ausgaben des Tiefbauamtes für den Strassenbau im Vorjahr
- Übrige	4.3	<b>4.6</b>	0.3	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
104070	27118	<b>0</b>	76952	-27118

# 5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Der Aufwand dieser Leistungsgruppe setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV), der Einlage in den Verkehrsfonds und der Zahlung in den Bahninfrastrukturfonds (BIF). Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind unter der Leistungsgruppe 5920 beschrieben, jene des ZVV in der Leistungsgruppe 9300 und in dessen Geschäftsbericht.

## Aufgaben

- A1 Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Einlage in den Verkehrsfonds: Der Verkehrsfonds hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zu Gunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).
- A3 Kantonseinlage gemäss Art. 87a Bundesverfassung (BV)/Art. 57 Eisenbahngesetz (EBG) in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	A1	23.9	24.1	<b>23.9</b>	-0.2	-0.8
L2	Zugskilometer Tram (in Mio.)	A1	12.6	12.6	<b>12.6</b>	0.0	0.0
L3	Wagenkilometer Bus (in Mio.)	A1	49.9	50	<b>50.2</b>	0.2	0.4
B1	Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	A1	3.93	3.86	<b>3.76</b>	-0.10	-2.59
B4	Kostendeckungsgrad ZVV (in %)	A1	65.1	66.1	<b>66.7</b>	0.6	0.9
W1	Personenkilometer (in Mio.)	A1	3380	3400	<b>n.n.b.</b>		
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	A1	77	76	<b>77</b>	1	1.3

### Bemerkungen

- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

## Entwicklungsschwerpunkte

**RRZ 6.1a Die Tramverbindung Hardbrücke im Dezember 2017 in Betrieb nehmen** Stand bis  
Die Tramverbindung Hardbrücke wurde im Dezember des Berichtsjahres termingerecht dem Betrieb übergeben. Abgeschlossen 2017

**RRZ 6.1b Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahnhof Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019** Planmässig 2019  
Die Bauarbeiten für die Limmattalbahnhof wurden im Herbst des Berichtsjahres wie geplant aufgenommen. Die aktuelle Planung sieht unverändert die Inbetriebnahme des Abschnitts Zürich, Farbhof – Schlieren, Geissweid im Herbst 2019 und der restlichen Strecke im Dezember 2022 vor.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0				
Aufwand	-298.0	-299.5	<b>-294.6</b>	4.9	1.6
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-170.8	-168.7	<b>-164.1</b>	4.6	2.7
- Kantonseinlage Bahninfrastrukturfonds (BIF)	-115.8	-116.0	<b>-115.7</b>	0.3	0.0
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-16.6	-20.0	<b>-20.0</b>	0.0	0.0
Saldo	-298.0	-299.5	<b>-294.6</b>	4.9	1.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.9		Abweichungen total R17 zu B17
4.6	A1	- Dank tieferer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die Kostenunterdeckung des ZVV gegenüber dem Budget um 9 Mio. Franken unterschritten werden.
0.3		- Übrige Abweichungen

# 5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die Zahl der arbeitslosen Personen hat im Berichtsjahr um 2168 abgenommen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank im Vergleich zum Vorjahr von 3,7% auf 3,5%. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) konnten rund 7700 Stellensuchende erfolgreich an Arbeitgeber vermitteln und sind damit gut gerüstet für die Vermittlungszusammenarbeit im Rahmen der Stellenmeldepflicht, die Mitte 2018 in Kraft treten wird. Die RAV haben im Berichtsjahr sehr gute Wirkungen erzielt dank hoher Beratungsqualität und gezielt wirkenden arbeitsmarktlichen Massnahmen.

Mehrere Behörden sind an der Bekämpfung von Schwarzarbeit beteiligt, daher intensivierte das kantonale Kontrollorgan gegen Schwarzarbeit (KKO) die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden. Gleichzeitig wirkte das KKO als Drehscheibe für den Austausch von Controllergebnissen.

Die Abteilung Arbeitsbewilligungen schöpfte die Kantonskontingente für Drittstaatenangehörige bereits Ende März aus, beantragte mehrfach Kontingente aus den Bundesreserven und war ab September aufgrund schweizweiter Knappheit mit einer gewissen Planungsunsicherheit konfrontiert. Es wurden 1201 Arbeitsbewilligungen für Kurzaufenthalter (davon 403 Kantonskontingente) und 762 für Aufenthaltler (252 Kantonskontingente) erteilt.

Die Standortförderung war im Berichtsjahr bei rund 50 Veranstaltungen engagiert, davon war sie bei der Hälfte massgeblich involviert oder federführend in der Organisation. Zu den Aktivitäten mit Teilnahme von Regierungsratsmitgliedern zählten das Festival Zürich meets Hong Kong, der Standortdialog zum Thema Startup, die Veranstaltung Zürich meets Basel und die eZürich ICT-Cluster-Dialoge.

## Aufgaben

- A1 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich
- A2 Leisten eines Beitrags für gute Arbeitsbedingungen (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
- A3 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
- A4 Mitfinanzierung von Wohnbauvorhaben, die preisgünstigen Wohnraum bereitstellen (paritätisch mit Gemeinden)
- A5 Leisten eines Beitrags für fairen Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)
- A6 Sicherstellung Regulierungsfolgeabschätzung (Messung Belastung für Unternehmen, qualitativ und quantitativ)

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	A1	14084	14000	<b>14421</b>	421	3.0
L2	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen	A1	96755	100000	<b>97998</b>	-2002	-2.0
L3	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG; Zielwert)	A2	2401	2252	<b>2420</b>	168	7.5
L4	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	A3	36786	38000	<b>36226</b>	-1774	-4.7
L5	Ausnutzungsgrad des Rahmenkredites WBF (180 Mio.) in Prozent	A4	67	72	<b>67</b>	-5	
L6	Anzahl Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM; Zielwert)	A5	2337	2200	<b>2249</b>	49	2.2
L7	Anzahl Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA; Zielwert)	A5	1582	1500	<b>1573</b>	73	4.9
L8	Anzahl Regierungsratsbeschlüsse mit einem Kapitel "Regulierungsfolgeabschätzung"	A6	12	20	<b>27</b>	7	35.0
B1	Kostenbeitrag durch den Bund in Prozent der Gesamtkosten des AVIG Vollzugs (Ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7bis sowie Art. 59d AVIG)	A3	99.7	99.4	<b>99.7</b>	0.3	
B2	Durchlaufzeit pro Arbeitsbewilligungsgesuch (Anzahl Tage)	A1	10	20	<b>10</b>	-10	-50.0
W1	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2015 - 2018 mit dem SECO	A3	104	100	<b>105</b>	5	5.0
W2	Zürcher Unternehmen in Prozent, die administrative Belastung als "gering" oder "eher gering" einschätzen	A6		-	-		

## Bemerkungen

- L3 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz bildet die Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.
- L5 Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat keinen Einfluss auf das Volumen der ausgegebenen Darlehen. Das derzeitige Zinsumfeld ist der Nachfrage jedoch nicht förderlich.
- L6 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich der Flankierenden Massnahmen bildet die Leistungsvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.
- L7 Grundlage für die Anzahl Kontrollen im Bereich der Schwarzarbeit bildet die Leistungsvereinbarung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht Bundesrecht.



- L8 In 27 Regierungsratsgeschäften zu Gesetzen und Verordnungen wurde im Rahmen der Vorabklärung für die Reguli-  
rungsfolgeabschätzung geprüft, ob Unternehmen dadurch administrativ belastet würden. Davon weisen im Berichts-  
jahr drei Vorlagen Kostenfolgen für Unternehmen aus.
- B2 Der Budgetwert gilt als Maximalwert. Gesuche werden vermehrt online eingereicht, was die Bearbeitungszeit verkürzt.
- W2 Der nächste Bürokratiemonitor des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) wird 2018 veröffentlicht, deshalb gibt es im  
Berichtsjahr keinen Ausweis.

## **Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

### **RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern**

Die direktionsübergreifende Arbeitsgruppe hat ihre Arbeiten fortgeführt und abgeschlossen. Nach der Bestandesaufnahme aller laufenden und geplanten Massnahmen im Jahr 2016, wurde im Berichtsjahr der Handlungsbedarf ermittelt und sinnvolle Massnahmen erarbeitet. Die Resultate der Arbeitssitzungen wurden in einem Zwischenbericht zusammengetragen, der den beteiligten Direktionen vorgelegt wurde. Der Regierungsrat wird das weitere Vorgehen im Verlauf des ersten Quartals 2018 beschliessen.

Planmässig 2019

### **RRZ 8.1b Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken**

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat die Ansätze mit ICT-Schweiz sowie, betreffend beruflicher Nachholbildung, mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt aufgenommen. Weiter werden Anpassungen vorgenommen bei den Arbeitsmarktlichen Massnahmen aufgrund der veränderten Profile der Stellensuchenden.

Planmässig 2019

### **RRZ 8.1c Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.**

Eine Delegation des Regierungsrates besuchte im Berichtsjahr die Länder Russland, China und Indien.

Planmässig 2019

### **RRZ 8.2a Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich**

Die Standortförderung hat im Berichtsjahr 16 Clusteranlässe durchgeführt. Grenzüberschreitend wirksam war der Anlass mit der Basler Regierung zum Thema Logistik. Im Rahmen des Festivals Zürich meets Hong Kong konnten verschiedene Clusterkompetenzen international sichtbar gemacht werden. Mit fünf Anlässen schlug der ICT-Cluster zu Buche, unter anderem mit der Fortführung der Informatiktage und der weiteren Etablierung des PolitTalks Digitales Zürich. Im Januar konnte die Finanzplatz-Studie 2016/2017 den Medien vorgestellt werden. Im Finance-Cluster wurden Verhandlungen geführt und Vorarbeiten geleistet für die Verankerung der Blockchain-Aktivitäten im Innovationspark Zürich (Arbeitstitel Blockchain-Initiative «Trust Square»). In allen Clustern wurden die Netzwerke weiter intensiv ausgebaut. Das Swiss Green Economy Symposium mit über 800 Teilnehmenden hat sich zu einem wichtigen Standbein im Cleantech-Cluster entwickelt. Eine clusterverbindende Wegmarke konnte mit dem Standortdialog zum Thema Startup im Beisein von Zürcher Regierungsmitgliedern im September gesetzt werden. Die Fortschreibung der neu jährlich zu publizierenden Clusterzahlen wurde aufgegleist. Die Daten werden im zweiten Halbjahr 2018 vorliegen.

Planmässig 2019

### **RRZ 8.2b Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung Innovationspark Zürich. Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovation genutzt wird**

Im Berichtsjahr wurde der Pavillon auf dem Innovationspark-Gelände erstellt.

Planmässig 2019

### **RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen**

Der Umsetzungsplan ist bestimmt.

Planmässig 2019

### **5300 8a Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich begleiten.**

Neuansiedlungen von Firmen werden laufend begleitet.

Planmässig 2019

**Volkswirtschaftsdirektion**  
**Leistungsgruppe 5300**

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	676.4	704.6	<b>689.8</b>	-14.8	-2.1

Bemerkungen R17 zu B17

- 2.7 Im Bereich Amtsleitung/Stab ist der Beschäftigungsumfang (BU) 2.7 Stellen unter Budget. Per 31.12.2017 sind 2 Stellen unbesetzt.
- 4.3 Im Bereich Arbeitsbewilligungen sind im Berichtsjahr 4.5 Stellen unbesetzt. Diese werden unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Dossierbelastung rekrutiert.
- 3.3 Abbau von Schnittstellen durch Zusammenlegung der Kontrollstellen Industrie und Gewerbe (-1.3), sowie je eine Vakanz im Meldeverfahren und im Backoffice
- 1.2 Die personellen Anpassungen im AVIG-Vollzug wurden etwas verzögert abgeschlossen, weshalb der BU im Berichtsjahr tiefer ist. Per 31.12.2017 sind 9.9 Volzeiteinheiten (VZE) mehr als budgetiert angestellt.
- 3.3 Übrige Abweichungen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	94.8	99.1	<b>96.6</b>	-2.5	-2.5
- Vollzug AVIG	85.7	91.2	<b>88.2</b>	-3.0	-3.3
Aufwand	-140.6	-149.2	<b>-144.9</b>	4.4	2.9
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-86.0	-91.6	<b>-88.5</b>	3.1	3.4
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-29.8	-31.0	<b>-33.1</b>	-2.1	-6.8
Saldo	-45.8	-50.1	<b>-48.3</b>	1.8	3.7

  

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	10.7	10.0	<b>10.1</b>	0.1	1.0
Ausgaben	-7.5	-15.0	<b>-14.6</b>	0.4	2.4
Saldo	3.2	-5.0	<b>-4.5</b>	0.5	9.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R17 zu B17
0.8	A1	- Minderaufwände im Bereich Arbeitsbewilligungen
0.8	A1	- Minderaufwände im Bereich Standortförderung aufgrund von Projektverzögerungen
0.7	A3	- Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte sind tiefer ausgefallen. Die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Teilnehmenden zu, das AWA hat wenig Einfluss auf die Auslastung, muss jedoch das Budget für die Leistung zur Verfügung stellen.
0.7	A3	- Minderaufwände und Mehrverrechnung von zentralen Aufwänden (Stab, Personal & Dienste) an den vom Bund finanzierten Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)
0.4	A2, A5	- Minderaufwände im Bereich Arbeitsbedingungen
-2.1		- Höhere Beiträge Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) gemäss Art. 59d und 92 Abs. 7bis. Nicht beeinflussbarer Aufwand aufgrund übergeordnetem Bundesrecht
0.5		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
1580147	50157	<b>0</b>	1529990	-50157

# 5920 Verkehrsfonds

Im Berichtsjahr wurde die Einlage in den Verkehrsfonds ausserordentlich auf 20 Mio. Franken gesenkt.

Nach der termingerechten Inbetriebnahme der Durchmesserlinie im Dezember 2015 wurden im Berichtsjahr verschiedene Restbauarbeiten an den Publikumsanlagen im Bahnhof Oerlikon und im Hauptbahnhof Zürich finalisiert. Mit der Eröffnung des Aufgangs Europaallee im September wurde die Bautätigkeit abgeschlossen.

Die Ausbauten an der 3. Etappe der 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn wurden entsprechend dem vereinbarten Terminplan fortgesetzt. Im September konnte, nach einem längeren Rechtsverfahren, mit den Bauarbeiten für das Wendegleis im Bahnhof Herrliberg-Feldmeilen begonnen werden.

Die SBB planen den Bauabschluss dieses Projekts bis Juni 2019. Wegen Einsparungen gegen den Bau der Kreuzungsstation Tann-Dürnten verzögert sich der Bau dieses Objekts und damit auch die Einführung des auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2018 geplanten Halbstundentakts auf der Teilstrecke Bauma-Rüti.

Die Tramverbindung Hardbrücke wurde im Dezember termingerecht dem Betrieb übergeben.

Die Bauarbeiten für die Limmattalbahn wurden im Herbst wie geplant aufgenommen. Die aktuelle Planung sieht unverändert die Inbetriebnahme des Abschnitts Zürich, Farbhof – Schlieren, Geissweid im Herbst 2019 und der restlichen Strecke im Dezember 2022 vor.

## Aufgaben

A1 Finanzierung von Investitionen zu Gunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Basis von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe Finanzierung öffentlicher Verkehr (5210)

Fonds	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	899.2	850.3	<b>850.1</b>	-0.2	-0.0

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag	82.0	83.0	<b>82.6</b>	-0.4	-0.5
- Zinserträge	14.3	14.1	<b>13.5</b>	-0.6	-4.4
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	16.6	20.0	<b>20.0</b>	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandskonto	51.1	48.9	<b>49.1</b>	0.2	0.4
Aufwand	-82.0	-83.0	<b>-82.6</b>	0.4	0.5
- Zinsaufwände	-18.3	-19.1	<b>-18.6</b>	0.6	2.9
- Abschreibungen	-63.7	-63.9	<b>-64.1</b>	-0.1	-0.2
- Einlagen in Bestandskonto		0.0		0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	4.0	4.6	<b>1.4</b>	-3.2	-69.4
Ausgaben	-56.7	-114.4	<b>-106.7</b>	7.7	6.8
Saldo	-52.8	-109.8	<b>-105.3</b>	4.6	4.2

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	R17	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-109.8	<b>-105.3</b>	4.6	
- Durchmesserlinie (Vorlage 3817)	-23.3	<b>-15.0</b>	8.3	- Die Endkostenprognose für die Durchmesserlinie hat sich bis zum Bauabschluss im Herbst des Berichtsjahres leicht verringert. Die letzten Reserven für Baurisiken wurden aufgelöst.
- Stadtbahn Glattal (Vorlage 3925)	4.0	<b>0.0</b>	-4.0	- Der Projektabschluss der Glattalbahn verzögert sich, da ein einzelnes Objekt noch nicht abgeschlossen werden konnte.
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-13.2	<b>-18.7</b>	-5.5	- Mehrbedarf für die im August des Berichtsjahres gestarteten Bauarbeiten der 1. Etappe. Die Kosten für das Gesamtprojekt bleiben gleich.
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-28.4	<b>-19.7</b>	8.7	- Die Bauarbeiten für Herrliberg-Feldmeilen konnten erst im September des Berichtsjahres aufgenommen werden. Die Inbetriebnahme ist auf Juni 2019 geplant.

**Volkswirtschaftsdirektion**  
**Leistungsgruppe 5920**

- Tram Hardbrücke (Vorlage 5046; inkl. Anpassungen Bhf Hardbrücke)	-24.2	<b>-29.6</b>	-5.4	- Ein Teil der für 2016 geplanten Staatsbeiträge wurden erst im Berichtsjahr fällig.
- Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz (Vorlage 4379)	-1.0	<b>-2.1</b>	-1.1	- Im Berichtsjahr fielen für die Ertüchtigungsarbeiten der Haltestelle Bellevue höhere Kosten an als budgetiert.
- Tram Zürich-West (Vorlage 4358)	-0.3	<b>0.0</b>	0.3	
- Investitionsbeiträge Infrastruktur SZU / FB	-19.0	<b>-18.7</b>	0.3	
- Übrige	-4.4	<b>-1.5</b>	2.9	

# 5921 Flughafenfonds

Vgl. auch Leistungsgruppe Nr. 5205, Amt für Verkehr

## Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz

## Fonds

Fondsbestand	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	433.2	434.4	<b>436.2</b>	1.8	0.4

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.4	6.4	<b>6.5</b>	0.1	0.9
- Zinsertrag	6.4	6.4	<b>6.5</b>	0.1	0.9
Aufwand	-2.0	-5.3	<b>-3.5</b>	1.8	33.5
- Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-1.7	-2.4	<b>-1.7</b>	0.7	29.7
Saldo	4.5	1.1	<b>3.0</b>	1.8	159.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben					
Saldo		0.0		0.0	0.0

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.8		Abweichungen total R17 zu B17
1.1	A1	- Weniger Subventionen nach § 3 der ZFI-Verordnung für das Förderprogramm Wohnqualität (0.8 Mio. Franken) und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden (0.3 Mio. Franken)
0.7	A1	- Geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	<b>0.0</b>	0.0	
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

# 5925 Strassenfonds

Vgl. auch Leistungsgruppe Nr. 5205, Amt für Verkehr

## Aufgaben

A1 Ausweis über die Herkunft der Fondsmittel (vor allem kantonale Verkehrsabgaben sowie Bundesanteile an der LSVa und der Mineralölsteuer) und die Verwendung der Fondsmittel (vor allem Nettoaufwendungen des Tiefbauamtes (TBA, LG 8400) und des strassenbezogenen Teils des Amtes für Verkehr (AFV, LG 5205))

## Fonds

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1076.2	1178.6	<b>1 196.4</b>	17.7	1.5

Bemerkungen R17 zu B17

1196.4 Mio. Fr. Der hohe Fondsbestand von 1.20 Mrd. Franken ist in Relation zu setzen zur Verpflichtung des Strassenfonds gegenüber den von der Staatskasse vorfinanzierten, noch nicht abbeschriebenen Investitionen und Investitionsbeiträgen für Strassenanlagen von 1.72 Mrd. Franken. Diese Verpflichtung beträgt 520 Mio. Franken. Zusätzlich bestehen noch Zusicherungen von 521 Mio. Franken für noch nicht beanspruchte Kantonsrats- und Regierungsratskredite des Tiefbauamtes. Ausserdem werden die angesparten Fondsmittel langfristig benötigt, um die anstehenden Grossprojekte (Rosengartentunnel, Projekte Winterthur, Umfahrung Eglisau) finanzieren zu können.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>	<b>433.6</b>	<b>440.4</b>	<b>463.4</b>	23.0	5.2
- Buchgewinne (Liegenschaften)	8.4	4.0	<b>18.0</b>	14.0	351.1
- Ertrag Mineralölsteuer, Vignette	34.3	36.6	<b>36.8</b>	0.2	0.5
- Ertrag LSVa	55.1	60.4	<b>62.2</b>	1.8	2.9
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	321.3	323.5	<b>330.2</b>	6.7	2.1
<b>Aufwand</b>	<b>-319.8</b>	<b>-338.0</b>	<b>-343.2</b>	-5.2	-1.5
- Vergütung an Strassenverkehrsamt	-6.8	-6.8	<b>-6.8</b>	-0.1	-0.9
- Übertrag an Tiefbauamt	-207.3	-218.9	<b>-229.8</b>	-10.9	-5.0
- Übertrag an Amt für Verkehr	-89.3	-92.1	<b>-84.6</b>	7.5	8.2
- Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-12.0	-12.1	<b>-12.1</b>	0.0	0.0
- Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	<b>-3.7</b>	0.0	0.0
<b>Saldo</b>	<b>113.8</b>	<b>102.4</b>	<b>120.1</b>	17.7	17.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
17.7		Abweichungen total R17 zu B17
14.0	A1	- Höhere Verkaufserlöse bei Liegenschaften im Finanzvermögen
7.5	A1	- Geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr
6.7	A1	- Mehrertrag aus kantonalen Verkehrsabgaben (Übertrag aus LG Nr. 3200, Strassenverkehrsamt)
2.0	A1	- Mehrerträge bei den Bundesanteilen: LSVa (1.8 Mio. Franken), Mineralölsteuer (0.2 Mio. Franken)
1.0	A1	- Keine Anpassung der Steuerrückstellungen für die Liegenschaften im Finanzvermögen
-2.9	A1	- Bestandeskorrektur und realisierte Verluste bei Liegenschaften im Finanzvermögen
-10.9	A1	- Höherer Übertrag an das Tiefbauamt
0.3		- Übrige Abweichungen

# 06

## Gesundheits- direktion

<b>Überblick</b>	<b>140</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>142</b>
Bildung (Politikbereich 2)	142
Gesundheit (Politikbereich 4)	142
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	142
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	142
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	142
<b>Finanzierung</b>	<b>143</b>
Übersicht	143
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	143
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	143
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>143</b>
Beschäftigungsumfang	143
Lohnaufwand	144
Anstellungsverhältnisse	144
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>144</b>
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	144
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	144
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>145</b>
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	145
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	149
6150 Arzneimittelversorgung	152
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	154
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	156
6400 Psychiatrische Versorgung	159
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	162
6900 Tierseuchenfonds	164

# Überblick

Die Gesundheitsdirektion setzt sich ein für eine hochstehende, sichere und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung, für qualitativ einwandfreie medizinische Dienstleistungen, Heilmittel, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sowie für finanziell tragbare Krankenversicherungsprämien.

## **Neuorganisation des Notfalldienstes**

Wenn nachts oder am Sonntagmorgen das Fieber höher und höher steigt oder die Bauchschmerzen immer stärker werden, dann sind die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons auf eine ambulante ärztliche Versorgung angewiesen, die auch ausserhalb von Praxisöffnungszeiten und in allen Gemeinden gleichermassen funktioniert. Tatsache ist jedoch, dass die über lange Zeit bewährte ärztliche Notfalldienstorganisation zunehmend infrage gestellt war: Viele Hausärzte stehen vor der Pensionierung und die jüngeren Medizinerinnen und Mediziner lassen sich vermehrt anstellen oder arbeiten Teilzeit und leisten keinen Notfalldienst. Gleichzeitig haben immer weniger Patientinnen und Patienten einen eigenen Hausarzt, dessen Dienste sie uneingeschränkt in Anspruch nehmen können. In der Folge wird oft der teure Spitalnotfall aufgesucht, obwohl das eigentlich nicht nötig wäre. Dadurch werden das Gesundheitssystem und die Prämien- sowie Steuerzahler mit unnötigen Kosten belastet.

Damit die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung rund um die Uhr weiterhin gewährleistet ist, haben die Ärztesellschaft des Kantons Zürich (AGZ), der Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV) und die Gesundheitsdirektion Ende 2016 gemeinsam die Eckwerte für die Neuorganisation des Notfalldienstes festgelegt. Im Berichtsjahr wurden die notwendigen Vorbereitungsarbeiten für ein tragfähiges und tragbares Modell von allen Beteiligten mit grossem Einsatz vorangetrieben, sodass die Umsetzung nun ab dem 1. Januar 2018 möglich ist. Kern des neuorganisierten Notfalldienstes wird die zentrale Triage-Stelle unter ärztlicher Leitung sein, die das ganze Kantonsgebiet abdeckt. Ihr sind auch die Organisationen der Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie der Apothekerinnen und Apotheker angeschlossen. Die Triagestelle ist über die Gratis-Telefonnummer 0800 33 66 55 rund um die Uhr, sieben Tage die Woche erreichbar. Sie vermittelt die Anrufenden kompetent an die Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker, die Notfalldienst leisten und von den jeweiligen Standesorganisationen koordiniert und organisiert werden. Sofern angezeigt, werden auch andere Leistungserbringer wie Spitäler, Spitex-Organisationen oder der Rettungsdienst beigezogen. Mit der Führung der Triagestelle hat die Gesundheitsdirektion – in Absprache mit dem GPV – die AGZ beauftragt. Die Betriebskosten übernehmen der Kanton und die Gemeinden. Die dafür nötige Anpassung des kantonalen Gesundheitsgesetzes hat der Kantonsrat im Dezember des Berichtsjahres verabschiedet (Vorlage 5376).

## **«ambulant statt stationär»**

Der medizinische Fortschritt ermöglicht immer mehr ambulante Behandlungen und Untersuchungen, sodass weniger stationäre Aufenthalte nötig werden. Diese Entwicklung ist in zweierlei Hinsicht zu begrüssen: Einerseits entspricht sie einem verbreiteten Patientenbedürfnis, so schnell wie möglich nach einem Eingriff oder einer Untersuchung wieder nach Hause zu können. Andererseits sind ambulante Behandlungen

und Untersuchungen regelmässig gesamthaft kostengünstiger als stationäre. Aus diesem Grund hat der Kanton Zürich gemeinsam mit medizinischen Expertinnen und Experten eine Liste mit Untersuchungen und Behandlungen definiert, die grundsätzlich ambulant durchzuführen sind. Der Kantonsrat hat im Berichtsjahr einer entsprechenden Änderung des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes zugestimmt und so den Weg freigemacht für die Umsetzung von «ambulant statt stationär» (Vorlage 5293). Die Liste wird ab 1. Januar 2018 zur Anwendung gelangen. Ob zwingende Gründe für eine stationäre Behandlung vorliegen, wird in jedem einzelnen Fall von der behandelnden Ärztin oder vom behandelnden Arzt entschieden. Die Liste ist koordiniert mit jener des Kantons Luzern und auf die geplante nationale Liste des Bundesamtes für Gesundheit abgestimmt, wobei sie aber über diese hinausgeht. Die Kantone Wallis und Zug haben die Liste übernommen und weitere Kantone werden folgen.

Nach Schätzungen der Gesundheitsdirektion werden damit in einem ersten Schritt für 2018 knapp 4000 bisher stationär durchgeführte Eingriffe künftig ambulant erfolgen. Damit sollten Einsparungen in der Höhe von knapp 10 Mio. Franken möglich sein. Entlastet werden dadurch vor allem die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Mit der gezielten Förderung von Behandlungen, die sich aus medizinischer Sicht ohne Nachteile ambulant statt stationär durchführen lassen, trägt der Kanton Zürich somit den Patientenbedürfnissen Rechnung und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten.

## **Prüfung weiterer Kostendämpfungsmassnahmen**

Weitere mögliche Kostendämpfungsmassnahmen im Gesundheitswesen wurden im Berichtsjahr nicht nur auf Bundesebene durch den Bundesrat und das Bundesparlament diskutiert, sondern auch auf kantonaler Ebene. Die Gesundheitsdirektion hat das Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie damit beauftragt, die wichtigsten bisher in der politischen Diskussion stehenden Massnahmen und Instrumente zur Beeinflussung der Gesundheitskosten systematisch darzustellen und zu bewerten. Der Bericht wurde im November des Berichtsjahres fertiggestellt. Als vorrangige Massnahme empfohlen wird die Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen mittels verbindlicher Listen. Diese Empfehlung deckt sich mit der vom Kanton bereits eingeleiteten Massnahme «ambulant statt stationär» (vgl. vorne). Die übrigen zur Prüfung empfohlenen Massnahmen sowie weitere Massnahmen werden von der Gesundheitsdirektion in den kommenden Monaten vertieft auf ihre politische Realisierbarkeit sowie das Verhältnis von Nutzen und Aufwand überprüft.

## **Qualität der Spitalbehandlungen weiter steigern**

2012 hat der Kanton Zürich als erster Kanton der Schweiz für ausgewählte medizinische Eingriffe in Spitälern Mindestfallzahlen festgelegt. Damit hat der Kanton Zürich Pionierarbeit geleistet. Vorgaben zu den Mindestfallzahlen dienen der Qualitätssicherung in den Spitälern. Denn grundsätzlich gilt: Mit steigender Fallzahl steigt auch die Qualität der Behandlung und sinkt das Risiko, dass bei einem Eingriff Fehler passieren. Zahlreiche Studien belegen darüber hinaus, dass sich die Behandlungsqualität durch eine Verbindung von Mindestfallzahlen pro Spital mit Mindestfallzahlen pro Operateurin oder Operateur weiter verbessern lässt.



Bei rund 30 verschiedenen stationären Eingriffen gelten für die Spitäler seit 2012 moderat angesetzte Mindestfallzahlen. Die Erfahrungen aus den ersten Jahren zeigen, dass sich die Verankerung von Mindestfallzahlen pro Spital positiv auf die Qualität und Wirtschaftlichkeit ausgewirkt hat. Auf den 1. Januar 2018 tritt nun eine Aktualisierung der Zürcher Spitallisten in Kraft (RRB Nr. 746/2017). Dabei werden die bestehenden Mindestfallzahlen pro Spital weitergeführt und noch auf fünf weitere Leistungsgruppen ausgedehnt. Auf den 1. Januar 2019 werden zudem in sechs Leistungsgruppen neu auch Mindestfallzahlen pro Operateurin oder Operateur eingeführt werden. Die Mindestwerte liegen dabei zwischen 10 und 50 Fällen pro Jahr und sind damit ebenfalls bewusst tief angesetzt; in erster Linie sollen damit «Gelegenheitsoperationen» ausgeschlossen werden. Gegen diese Beschlüsse des Regierungsrates wurden von mehreren Spitälern sowie Operateurinnen und Operateuren Beschwerde ergriffen, die derzeit vor Bundesverwaltungsgericht hängig sind.

### **Das Rettungswesen stärken**

Das Rettungswesen im Kanton Zürich funktioniert bei den zahlreichen täglichen Rettungseinsätzen wie auch bei Grossereignissen in der Regel gut. Nichtsdestotrotz hat die Gesundheitsdirektion die Organisation des Rettungswesens im Kanton vertieft untersucht und zusammen mit der Einsatzleitzentrale und Vertretern der Rettungsdienste gezielt Massnahmen erarbeitet, um die Qualität des Systems weiter zu verbessern. Neu wird es zwei verschiedene Bewilligungskategorien geben: eine Bewilligung für effektive Rettungseinsätze und eine für einfache Verlegungstransporte. Die Anforderungen an die Organisation, das Personal und die Infrastruktur, die ein Unternehmen für eine Bewilligung der Kategorie «Rettungsdienste» erfüllen muss, gehen dabei über jene für einfache Verlegungsdienste hinaus (z.B. bezüglich Einsatzbereitschaft rund um die Uhr oder Ausbildung der Rettungssanitäterinnen und -sanitäter). Neben der Sicherstellung einer guten Mindestqualität aller im Kanton tätigen Rettungsdienste steht auch die Optimierung der Zeitdauer zwischen Notruf und Eintreffen der Rettungsequipe am Notfallort im Fokus. Hierfür gibt es neu Vorgaben, wann zwingend das bestmöglich positionierte Fahrzeug aufzubieten und das am besten geeignete Spital anzufahren ist (Nächst-Best-Strategie). Die neuen Vorgaben treten am 1. Juli 2018 in Kraft, sodass die Rettungsdienste die nötige Zeit haben, um Organisation, Abläufe und Infrastruktur anzupassen.

### **Ein einheitliches Modell für die vier kantonalen Spitäler**

Seit Inkrafttreten der neuen Finanzierung im Jahr 2012 gelten im Spitalbereich in der Schweiz neue Rahmenbedingungen. Um die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der vier kantonalen Spitäler langfristig sichern zu können, sollen deshalb ihr Handlungs- und Entscheidungsspielraum vergrössert werden. Für das Kantonsspital Winterthur (KSW), das seit 2007 als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons geführt wird, sowie die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw), die heute noch eine Verwaltungseinheit des Kantons ist, war daher die Umwandlung in Aktiengesellschaften geplant, um ihnen so mehr unternehmerische Freiheit zu ermöglichen. Nachdem sich die Stimmberechtigten im Mai des Berichtsjahres gegen die Umwandlung ausgesprochen haben, musste für die beiden kantonalen Spitäler eine andere Lösung gesucht werden. Hinsichtlich der Psychiatrischen

Universitätsklinik Zürich (PUK) hat der Kantonsrat im September des Berichtsjahres entschieden, sie als öffentlich-rechtliche Anstalt mit Übertragung der Liegenschaften im Baurecht auf den 1. Januar 2018 zu verselbstständigen (Vorlage 5259). Dies erfolgt in Übereinstimmung mit der Übertragung der Spitalimmobilien, wie sie der Kantonsrat beim Universitätsspital Zürich (USZ) mit Beschluss im Juni des Berichtsjahres vorgenommen hat (Vorlage 5198). An diese beiden Projekte knüpft der Regierungsrat nun auch beim KSW und der ipw an: Das bereits als öffentlich-rechtliche Anstalt verselbstständigte KSW soll – gleich wie das USZ – seine Immobilien in Zukunft selbstständig planen und bauen können. Und ebenso, wie es der Kantonsrat für die PUK beschlossen hat, soll auch die ipw von einer in die kantonale Gesundheitsdirektion eingebundenen Verwaltungseinheit in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden. Die entsprechenden Gesetzesvorlagen hat der Regierungsrat im September des Berichtsjahres zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlagen 5391 und 5392). Dieses einheitliche Modell soll den vier kantonalen Spitälern die nötige Autonomie für eine langfristig erfolgreiche Tätigkeit verschaffen.

# Legislaturziele

## Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 2.2 Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.</b>		
RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	6000	2019
RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	6000	2019

## Gesundheit (Politikbereich 4)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 4.1 Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die kostenrelevanten Faktoren sind identifiziert und werden genutzt.</b>		
RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen	6400	2019
RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen	6300 6400	2019 2019
RRZ 4.1c Leitlinien für die Stärkung der wettbewerblichen Elemente und der Eigenverantwortung in der Gesundheitsversorgung entwickeln und umsetzen	6300 6000	2019 2019
RRZ 4.1d Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen	6100	2019
<b>RRZ 4.2 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist optimiert.</b>		
RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren	6000	2019
RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren	6400 6300	2019 2019
RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen	6400 6300	2019 2019
RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren	6400 6300	2019 2019

## Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.</b>		
RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	6000	2019

## Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.</b>		
RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	6000	2019

## Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.</b>		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	6000	2019
<b>RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.</b>		
RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen	6000	2019

# Finanzierung

## Übersicht

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1054.6	924.5	<b>1098.9</b>	174.4	18.9
Aufwand	-2879.7	-2846.0	<b>-2969.6</b>	-123.6	-4.3
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.7			
Saldo	-1825.1	-1921.5	<b>-1870.6</b>	50.8	2.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	259.2	12.7	<b>55.1</b>	42.3	332.9
Ausgaben	-98.9	-169.1	<b>-136.9</b>	32.2	19.0
- Kreditübertragungen aus 2016		-3.6			
Saldo	160.4	-156.4	<b>-81.9</b>	74.5	47.7

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
50.8		Abweichungen total R17 zu B17
17.5	6300	- Minderaufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für frühere Jahre (Tarifrückabwicklungen 2012–2016)
17.4	6700	- Höherer Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung aufgrund höherer Prämienteuerung
10.6	6400	- Effizienzverbesserung der kantonalen Psychiatrien und Einmaleffekt reduzierter Anlagenutzungskosten (ipw)
10.5	6300	- Minderaufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2017 (vor allem schwächere Entwicklung der Leistungsmenge)
9.7	6700	- Höherer Übertrag der Sicherheitsdirektion für vorläufig Aufgenommene mit einer Aufenthaltsdauer unter 7 Jahren
8.6	6300	- Auflösung von Rückstellungen (BVK-Sanierungsbeiträge und USZ NUK 1+2)
2.8	6400	- Minderaufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale 2017 (vor allem aufgrund Tarifiereduktion)
-7.4	6700	- Mehraufwand für die individuelle Prämienverbilligung aufgrund höherer Prämienteuerung
-9.7	6700	- Mehraufwand bei der Prämienübernahme von vorläufig Aufgenommenen mit einer Aufenthaltsdauer unter 7 Jahren
-14.4	6700	- Mehraufwand bei den Prämienübernahmen für Sozialhilfebeziehende und Ergänzungsleistungsbezüger sowie bei Verlustscheinen
5.2		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	<b>R17</b>	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	<b>-81.9</b>			
- USZ, Sanierung OST I-III	<b>-0.6</b>	-142.2	-118.1	-24.1
- USZ, Modulbau SUED2 und Technikzentrale TZ-SUED im Park	<b>-27.2</b>	-134.5	-60.8	-73.7
- USZ, NUK, Ersatz (ohne Rückbau)	<b>-8.5</b>	-21.0	-9.8	-11.3
- USZ, Gebäudeautomation, Gesamterneuerung	<b>-1.7</b>	-19.9	-9.8	-10.0
- USZ, Ersatz Kältemaschinen	<b>-1.0</b>	-19.8	-18.8	-1.0
- KSW, Ersatzneubau Hochhaus (neue und gebundene Ausgaben)	<b>-28.3</b>	-312.7	-66.8	-245.9
- PUK/KJPD, Erweiterung Brüsshalde	<b>-8.5</b>	-28.4	-27.1	-1.2
- Ersatz Betriebseinrichtung und Gebäudeausstattung im Neubau in Schlieren (RRB Nr. 985/2014), inkl. Kreditübertragung von 1.9 Mio. Franken aus 2016	<b>-3.9</b>	-15.6	-13.9	-1.8
- Rückzahlung Darlehen	<b>46.0</b>			
- Übrige	<b>-48.2</b>			

# Personal- und Lohnstatistik

## Beschäftigungsumfang

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2290.8	2363.8	<b>2329.2</b>	-34.6	-1.5

Δ abs.	LG	Begründungen
-34.6		Abweichungen total R17 zu B17
-31.4	6400	- Verzicht auf Stellenausbau bei den kantonalen psychiatrischen Kliniken
-3.2		- Übrige Abweichungen

**Gesundheitsdirektion**  
**Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse**

**Lohnaufwand** (Fr. 1000)

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	13045	13784	<b>12555</b>	-1229	-8.9
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	15137	15599	<b>15263</b>	-336	-2.2
6150 Arzneimittelversorgung	10461	11253	<b>11543</b>	290	2.6
6400 Psychiatrische Versorgung	200640	204428	<b>206060</b>	1632	0.8
Total	239283	245064	<b>245421</b>		

**Anstellungsverhältnisse** (per 31.12.2017)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	112	68	44	68	44
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	163	90	73	102	61
6150 Arzneimittelversorgung	133	87	46	102	31
6400 Psychiatrische Versorgung	2773	1779	994	1070	1703
Total	3181	2024	1157	1342	1839

## Parlamentarische Vorstösse

### Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
91/2015	Stärkung der hebammengeleiteten Geburtshilfe im Kanton Zürich (Postulat Monika Wicki, Wald, Judith Anna Stofer, Zürich, und Markus Schaaf, Zell)	Vorlage 5424 vom 20.12.2017	18.01.2016

### Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
7/2016	Zusätzliche Vereinbarung für die Weiterbildungsfinanzierung von ambulanten Weiterbildungsstätten, welche von Ärzten mit Lehrauftrag einer Schweizer Universität geführt werden (Postulat Bettina Balmer-Schiltknecht, Zürich, Josef Widler, Zürich, und Ruth Frei-Baumann, Wald)	04.04.2016
198/2015	Umsetzung «ambulant vor stationär» in der psychiatrischen Versorgung (Postulat Andreas Daurù, Winterthur, Kathy Steiner, Zürich, und Markus Schaaf, Zell)	27.06.2016
416/2016	Strukturelle Änderung im Gesundheitswesen ist überfällig (dringliches Postulat Jürg Trachsel, Richterswil, und Lorenz Schmid, Männedorf)	30.01.2017
345/2016	Kosteneinsparung durch Entlastung der Spitalnotfall-Stationen (Postulat Erika Zahler, Boppelsen, Lorenz Schmid, Männedorf, und Hans Peter Häring, Wettswil a.A.)	30.01.2017

# 6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat für das Universitätsspital Zürich und die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich Eigentümerstrategien beschlossen, die vom Kantonsrat genehmigt wurden. Die Strategien für das Kantonsspital Winterthur und die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland folgen 2018. Während auf der Ebene der Gesetze die grundlegenden Prinzipien der Steuerung der Anstalten und die dauerhaft gültigen Rahmenbedingungen festgelegt sind, werden in den Eigentümerstrategien die mittelfristigen Aspekte der Steuerung geregelt. Sie dienen als Grundlage für das Beteiligungscontrolling des Kantons und die Eigentümergespräche mit den Spitälern. Die Gesundheitsdirektion als zuständige Fachdirektion wird inskünftig dem Regierungsrat auf der Grundlage der entsprechenden Berichterstattung

durch die Spitäler jährlich Rechenschaft über die Umsetzung der Eigentümerstrategie ablegen.

Im Berichtsjahr haben sich die Kantone Zürich und Bern entschieden, zur Umsetzung des elektronischen Patientendossiers (EPD) gemäss EPD-Gesetz eng miteinander zusammenzuarbeiten. Dazu wurde eine gemeinsame Trägerorganisation, die Cantosana AG, gegründet. Über die Cantosana AG bündeln die beiden Kantone ihre Interessen als Aktionäre der axsana AG, die mit dem Aufbau und Betrieb der EPD-Stammgemeinschaft beauftragt worden ist. Inskünftig werden alle Einwohnerinnen und Einwohner der beiden Kantone die Möglichkeit haben, ein elektronisches Patientendossier bei der nicht gewinnorientierten axsana AG zu eröffnen.

## Aufgaben

- A1 Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung des Direktionsvorstehers
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation
- A3 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
- A4 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
- A5 Führen von Beteiligungen des Kantons

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	A1	4	3	<b>3</b>	0	0.0
L2	Anzahl erledigte Rekurse	A2	51	50	<b>50</b>	0	0.0
L3	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	A1	47	35	<b>28</b>	-7	-20.0
L4	Anzahl akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	47	47	<b>47</b>	0	0.0
L5	Anzahl psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	15	15	<b>15</b>	0	0.0
L6	Anzahl neu gewährter Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler	A3	0	0	<b>0</b>	0	
L7	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbst-/unselbstständigen Berufsausübung	A4	1743	2250	<b>1770</b>	-480	-21.3
L8	Anzahl geführte Beteiligungen	A5	2	2	<b>2</b>	0	0.0
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich in %	A1, A3	3.6	3.5	<b>3.7</b>	0.2	
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz in %	A1, A3	4	3.5	<b>4.5</b>	1.0	
B3	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.	A3	13.54	15.22	<b>13.23</b>	-1.99	-13.07
W1	Generelle Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8	8	<b>8</b>	0	0.0
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8.7	8	<b>8.7</b>	0.7	8.7
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8.4	8	<b>8.5</b>	0.5	6.3

### Bemerkungen

- L7 Die Zunahme bei den Bewilligungen für Gesundheitsberufe ist nicht in der erwarteten Höhe eingetreten.

## Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<p><b>RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken</b></p> <p>Das Projekt UMZH ist in der Umsetzungsphase. Die Verordnung über die Forschung und Lehre der Universität im Gesundheitsbereich (LS 415.16) wird diesbezüglich revidiert; die Inkraftsetzung ist für den 1. August 2018 vorgesehen. Die Stelle der Direktorin oder des Direktors Universitäre Medizin wurde im Berichtsjahr ausgeschrieben.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen</b></p> <p>Zur Erhöhung der Kapazitäten im Studiengang Humanmedizin hat die Universität Zürich (UZH) unter Beteiligung der universitären Spitäler Zürich, der ETH Zürich, der Universitäten St. Gallen, Luzern und Tessin sowie weiterer Lehr- und Partnerspitäler das Netzwerk Humanmedizin gebildet. Im März des Berichtsjahres hat der Regierungsrat der Netzwerkbildung zugestimmt (RRB Nr. 292/2017). Damit wurde die Aufnahmekapazität für den Studiengang Humanmedizin ab Studienjahr 2017/2018 im Bachelor definitiv um 72 Plätze und ab Studienjahr 2020/2021 im Master definitiv um 65 Plätze erhöht (RRB Nr. 738/2016).</p>	Abgeschlossen	2019
<p><b>RRZ 4.1c Leitlinien für die Stärkung der wettbewerblichen Elemente und der Eigenverantwortung in der Gesundheitsversorgung entwickeln und umsetzen</b></p> <p>In den Anhängen zur Spitalliste werden generelle und spezifische Vorgaben beispielsweise zu Transparenz und Qualität festgelegt, die Leitlinien zur Stärkung des Wettbewerbs und der Eigenverantwortung bilden. Im Berichtsjahr wurde unter anderem die Qualitätsstrategie der stationären Versorgung veröffentlicht, an der sich die Listenspitäler ab 1. Januar 2018 zu orientieren haben. Zudem wurden Mindestfallzahlen pro Operateurin oder Operateur für ausgewählte Leistungsbereiche in der Akutsonomatik festgelegt (RRB Nr. 746/2017).</p>	Abgeschlossen	2019
<p><b>RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren</b></p> <p>Nach der Definition von Qualitätsanforderungen an die Rettungsdienste wurden im Berichtsjahr zwei verschiedene Bewilligungskategorien festgelegt: eine für einfache Verlegungstransporte und eine für effektive Rettungseinsätze (RRB Nr. 746/2017). Um die Reaktionszeiten und Hilfsfristen weiter zu verkürzen, wurden zudem Vorgaben definiert, wann zwingend das bestmöglich positionierte Fahrzeug aufzubieten und das am besten geeignete Spital anzufahren ist (Nächst-Best-Strategie). Die neuen Anforderungen und Vorgaben treten am 1. Juli 2018 in Kraft. Das Projekt wird von den Stakeholdern (Rettungsdienste, Gemeinden, Spitäler) eng begleitet.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren</b></p> <p>Im Berichtsjahr fanden zahlreiche Gespräche mit Stakeholdern statt. Ein Zwischenbericht zum Stand des Projektes mit einem Lösungsvorschlag wird 2018 vorgestellt.</p> <p>Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat Antrag für ein neues Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) gestellt (Vorlage 5313). Dieses Gesetz führt zu einer bedarfsgerechteren Verteilung der Mittel für die Prämienverbilligung.</p>	Verzögert	2019
<p><b>RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern</b></p> <p>Im Berichtsjahr hat die direktionsübergreifende Arbeitsgruppe (AG IDA) unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion einen Zwischenbericht erarbeitet. Dabei wurde der Handlungsbedarf – unter Berücksichtigung verschiedener bereits laufender Massnahmen der beteiligten Direktionen – skizziert und eine Priorisierung von notwendigen kurz- bis langfristigen Massnahmen vorgenommen. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist Anfang 2018 vorgesehen.</p> <p>Zur Nachwuchssicherung in den Pflegeberufen hat die Gesundheitsdirektion ein Konzept zur Ausbildungsverpflichtung für Heime und Spitex-Organisationen erstellt. Eine Vernehmlassung dazu erfolgte in der ersten Jahreshälfte. Die Inkraftsetzung ist für den 1. Januar 2019 geplant. Die entsprechende Verordnung soll vom Regierungsrat 2018 verabschiedet werden.</p>	Planmässig	2019

**RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen**

Im Berichtsjahr wurden vom Regierungsrat Eigentümerstrategien für das Universitätsspital Zürich (USZ), das Kantonsspital Winterthur (KSW), die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK) und die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) festgesetzt. Zwei dieser Strategien (USZ, PUK) hat der Kantonsrat mittlerweile genehmigt. Die Eigentümerstrategien für das KSW und die ipw müssen hingegen überarbeitet werden, da die Umwandlung der beiden Spitäler in Aktiengesellschaften im Mai vom Volk abgelehnt wurde. Bereits konnten neue Verselbstständigungsverordnungen für KSW und ipw (Vorlagen 5391 und 5392) zuhanden des Kantonsrates verabschiedet werden. Die dazugehörigen Eigentümerstrategien werden dem Regierungsrat im Frühjahr 2018 zur Festsetzung vorgelegt. Planmässig 2019

**RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen**

Der Aufbau der betrieblichen Infrastruktur für das elektronische Patientendossier im Kanton Zürich über die vom Kanton und den Leistungserbringerverbänden gegründete axsana AG schreitet planmässig voran. Seitens des Kantons lag der Fokus im Berichtsjahr auf der Ausweitung des Tätigkeitsgebiets der axsana AG auf andere Kantone. Mit dem Kanton Bern konnte im Frühjahr eine entsprechende Vereinbarung erzielt werden, die im Sommer zur Gründung der Cantosana AG führte (Aktionäre: Kantone Zürich und Bern). Sie fungiert neu als kantonale Trägerin der axsana AG. Wie vorgesehen, reichte die axsana AG im Herbst den Antrag auf Gewährung des gesetzlichen Unterstützungsbeitrages beim Bund ein. Planmässig 2019

**Personal**

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	93.8	99.8	<b>92.8</b>	-7.0	-7.0

Bemerkungen R17 zu B17

-7.0 Geringerer Beschäftigungsaufwand aufgrund verzögerter Stellenbesetzung

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.1	3.4	<b>3.6</b>	0.2	5.9
Aufwand	-24.2	-25.4	<b>-23.4</b>	2.0	7.9
Saldo	-20.1	-22.0	<b>-19.8</b>	2.2	10.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	<b>1.2</b>	1.2	0.0
Ausgaben	-0.8	-0.8	<b>-0.3</b>	0.4	53.6
Saldo	-0.8	-0.8	<b>0.8</b>	1.6	211.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.2		Abweichungen total R17 zu B17
1.0		- Geringerer Personalaufwand, vor allem aufgrund verzögerter Besetzung von Stellen
0.8		- Geringerer Sachaufwand für Informatik und Dienstleistungen Dritter
0.2		- Geringere Abschreibungen
0.2		- Mehrertrag, u.a. bei den Dienstleistungen der Kantonalen Ethikkommission, bei der Kodierrevision und beim Lizenzverkauf von Software
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.8	<b>0.8</b>	1.6	
- Übertragung der ehemaligen Räumlichkeiten des Ambulatoriums Wetzikon aus der Anlagebuchhaltung ins Finanzvermögen der Leistungsgruppe Nr. 8710, Liegenschaftenerfolg (Grundstück und Gebäude, RRB Nr. 311/2017)	0.0	<b>1.2</b>	1.2	
- Übrige	-0.8	<b>-0.4</b>	0.4	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
407940	133115	<b>100000</b>	374825	-33115

Bemerkungen

Bildung von Rücklagen 2017:

Fr. 100 000

Es konnten Einsparungen bei der Beanspruchung von Dienstleistungen Dritter, beim Informatikaufwand und bei den Personalkosten erzielt werden.



# 6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Die gemäss Heilmittelrecht geforderten Inspektionen in Herstellungs-, Grosshandels- und Detailhandelsbetrieben von Arzneimitteln konnten von der Kantonalen Heilmittelkontrolle planmässig durchgeführt werden. Diese Kontrollen gehören, wie die analytischen Überprüfungen von Ausgangsstoffen, zur Marktüberwachung der in Verkehr gebrachten Heilmittel. Aufgrund von Publikumsmeldungen wurde u. a. die Anwendung von Faltenunterspritzungsmitteln in Kosmetikstudios abgeklärt, da bestimmte Produkte nur unter direkter ärztlicher Aufsicht angewendet werden dürfen. Die Erteilung von Detailhandelsbewilligungen an ambulante ärztliche Institutionen nahm stark zu. Gegen Ende des Berichtsjahres stieg auch die Zahl der erteilten Berufsausübungsbewilligungen für Apothekerinnen und Apotheker, da ab 1. Januar 2018 jede Person, die ihren Beruf in eigener fachlicher Verantwortung ausübt (ob selbstständig oder unselbstständig), eine solche Bewilligung benötigt. Im Berichtsjahr wurden sämtliche Arbeitsplätze an der Haldenbachstrasse 12 zusammengezogen und die zwei Aussenstandorte aufgegeben.

Die Hauptaufgabe des Kantonalen Labors, die Lebensmittelkontrolle, konnte im Berichtsjahr planmässig vollzogen werden. Das Inkrafttreten der revidierten Lebensmittelgesetzge-

bung am 1. Mai des Berichtsjahres erforderte einen erheblichen Aufwand an Instruktion der Kontrollorgane. Aber auch bei den Lebensmittelbetrieben bestand grosser Informationsbedarf. Die Verantwortlichen wurden bei dieser anspruchsvollen Aufgabe mit eigens dafür erarbeiteten Merkblättern und Fachreferaten unterstützt. Grosszügige Übergangsfristen für Teilbereiche der neuen Gesetzgebung erfordern zudem die Berücksichtigung zweier im Aufbau sehr unterschiedlicher Rechtsetzungen.

Die nationalen Ausrottungs- und neu lancierten Bekämpfungsprogramme von Seuchen bei Nutztieren waren Schwerpunkte des Veterinäramtes. Zudem galt es anlässlich sich ausbreitender neuer Tierseuchen in Europa die Vorsorgemassnahmen hochzuhalten. Bei der Lebensmittelsicherheit lag der Schwerpunkt bei der Information zum korrekten Tierarzneimiteleinsetz und dessen Überprüfung. Die Anzahl Bewilligungsverfahren, Mängelabklärungen, Massnahmen und die Anzahl Auskunftsbegehren zu Heim-, Nutz-, Wild- und Versuchstieren blieben auch im Berichtsjahr hoch. Die Schadenskommission und die Tierschutzkommission kamen ihren gesetzlichen Tätigkeitspflichten nach.

## Aufgaben

- A1 Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
- A3 Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien (Betriebs- und Marktkontrollen)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen (Überwachung Tiere, Betriebskontrollen und Tilgung Seuchenfälle)
- A5 Tierschutz durchsetzen (Abklärung Mängelmeldungen, Bewilligungen und Betriebskontrollen und sicherer Umgang mit Hunden)
- A6 Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen (Bewilligungen, Betriebskontrollen, Fleischkontrolle und Umgang mit Tierarzneimitteln)

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers im Heilmittelbereich	A1	14280	14200	<b>14806</b>	606	4.3
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (min.)	A1	557	585	<b>637</b>	52	8.9
L3	Anzahl Bewilligungen im Heilmittelbereich	A1	5202	5100	<b>5374</b>	274	5.4
L4	Anzahl mikrobiologische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	12564	12500	<b>12534</b>	34	0.3
L5	Anzahl Gehaltsanalysen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	6528	6900	<b>7397</b>	497	7.2
L6	Anzahl untersuchte Proben des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2, A3	18870	20500	<b>19068</b>	-1432	-7.0
L7	Anzahl Inspektionen im Chemikalienbereich (min.; Zielwert)	A3	118	100	<b>108</b>	8	8.0
L8	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht z.B. für Viehhandelspatente (min.; Zielwert)	A4	317	330	<b>386</b>	56	17.0
L10	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (min.; Zielwert)	A5	2098	2220	<b>2012</b>	-208	-9.4
L11	Anzahl Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (min.; Zielwert)	A5	2141	2450	<b>2069</b>	-381	-15.6
L12	Anzahl durchgeführte Kontrollen in der Primärproduktion (min.; Zielwert)	A6	3967	4750	<b>3609</b>	-1141	-24.0

## Gesundheitsdirektion Leistungsgruppe 6100

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L13 Anzahl Fleischkontrollen (Zielwert)	A6	174381	185000	<b>179305</b>	-5695	-3.1
B1 Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.		11.2	11.51	<b>11.24</b>	-0.27	-2.35
W1 Anteil der kontrollierten Betriebe zur Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln ohne kritische Mängel in % (min.)	A1	74	80	<b>73</b>	-7	
W2 Anteil der kontrollierten Lebensmittelbetriebe mit gewährleistetester Lebensmittelsicherheit in % (min.)	A2	88	90	<b>90</b>	0	
W3 Anteil der Lebensmittelbetriebe mit Mängel mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten in % (min.)	A2	81	75	<b>89</b>	14	
W4 Anteil vollständiger Einträge bei der Anmeldung von Chemikalien in das Produkteregister in % (min.)	A3	50	70	<b>72</b>	2	
W5 Anzahl Tierseuchenfälle mit Untersuchungspflicht (max.)	A4	167	100	<b>153</b>	53	53.0
W6 Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind in %	A5	100	100	<b>98</b>	-2	
W7 Anzahl gemeldete schwere Bissvorfälle durch Hunde an Menschen (max.)	A5	82	85	<b>78</b>	-7	-8.2
W8 Anteil der kontrollierten Betriebe der Primärproduktion mit gewährleistetester Lebensmittelsicherheit in % (min.)	A6	71	70	<b>79</b>	9	

### Bemerkungen

- L6 Der frühzeitige Abschluss des Projekts «Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen» führte zu einer tieferen Anzahl Proben als geplant. Die zur Verfügung stehende Analysenkapazität wurde für weitere Untersuchungen an den anderen Proben verwendet, sodass die vorgesehene Anzahl Analysen (u.a. L4 und L5) eingehalten werden konnte.
- L8 Zunahme durch mehr Ausstellungen mit Tieren und illegale Importe von Hunden und Katzen aus Risikoländern
- L11 Risikobasierte Kontrollen bei Heim- und Nutztieren konnten aus Ressourcengründen nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden.
- L12 Geringerer Leistungsumfang in der Überwachung der Primärproduktion aus Ressourcengründen (Umlagerung in den Bereich Tierseuchen)
- W5 Die Anzahl der Seuchenfälle bei Bienen blieb unerwartet hoch trotz intensiver Bekämpfungsmassnahmen. Zudem stieg in der Endphase der Ausrottung die Zahl der Fälle mit Boviner Virusdiarrhö (BVD).

### Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>RRZ 4.1d Den umsichtigen Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren unterstützen</b>		
Die durchgeführten Untersuchungen von Kälbern mit bekanntem Antibiotikaprofil erbrachten ungeklärte Antibiotikawerte in Schlachttierkörpern, was von den beteiligten Ämtern (Veterinäramt, Kantonales Labor, Heilmittelkontrolle) in einem Schlussbericht dargelegt wird. Diese Resultate werden dem Bund und der Forschung unterbreitet, da sie im Zuge der Nationalen Strategie gegen Antibiotika Resistenzen (StAR) weiter abgeklärt werden sollen.	Abgeschlossen	2019

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	137.7	137.5	<b>138.1</b>	0.6	0.4

### Bemerkungen R17 zu B17

- 0.6 Höherer Beschäftigungsumfang wegen projektbezogener Teilzeitstelle im Bereich Qualitätsmanagement beim Kantonalen Labor

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	9.8	10.2	<b>10.0</b>	-0.1	-1.3
Aufwand	-26.4	-26.9	<b>-26.9</b>	0.0	0.2
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.2			
Saldo	-16.6	-16.8	<b>-16.9</b>	-0.1	-0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-1.6	-2.4	<b>-2.5</b>	-0.1	-4.8
Saldo	-1.6	-2.4	<b>-2.5</b>	-0.1	-4.8

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.4	<b>-2.5</b>	-0.1	
- Sanierungen beim Kantonalen Labor (inkl. Gebäudeautomation und Zuluft Labortrakt)	-1.5	<b>-1.0</b>	0.5	- Verzögerung bei einzelnen Bauvorhaben, Minderaufwand durch günstige Vergabe und Nichtausschöpfung der Reserven
- Ersatz Maschinen und Geräte beim Kantonalen Labor	-0.8	<b>-0.4</b>	0.4	- Verzicht auf Ersatzbeschaffung
- Innensanierung und Instandsetzung Aussenhülle bei der Heilmittelkontrolle	0.0	<b>-1.0</b>	-1.0	- Die Innensanierung sowie die dringliche Instandsetzung der Aussenhülle des Gebäudes Haldenbachstrasse 12 waren im Budget der Heilmittelkontrolle nicht enthalten.
- Übrige	-0.1	<b>-0.1</b>	0.0	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
631 068	45 349	<b>20 000</b>	605 719	-25 349

### Bemerkungen

Bildung von Rücklagen 2017:

Fr. 20 000 bei der Kantonalen Heilmittelkontrolle

Mehrleistung des Personals aufgrund der Bearbeitung von zusätzlichen Bewilligungsgesuchen und der Durchführung von mehr Inspektionen in Gross- und Detailhandelsbetrieben

## Tierversuche: Bewilligungen und eingesetzte Tiere

Unter den 876 gültigen Bewilligungen (davon 864 mit Einschränkungen erteilt) wurde im Kalenderjahr 2016 folgende Anzahl von Tieren eingesetzt

Tiergruppe	Grundlagenforschung	Entwicklung	Toxikologische Prüfung	Krankheitsdiagnostik	Ausbildung	anderer Zusammenhang	Total	davon Tiere im Schweregrad 0
Mäuse	107 990	1 836	76	235	985	1 492	<b>112 614</b>	29 076
Ratten	3 796	434	0	296	586	161	<b>5 273</b>	1 810
Hamster	0	0	0	0	0	0	<b>0</b>	0
Meerschweinchen	0	0	0	0	4	0	<b>4</b>	0
andere Nager	0	0	0	73	0	0	<b>73</b>	0
Kaninchen	111	9	0	0	17	2	<b>139</b>	0
Hunde	116	41	0	58	138	60	<b>413</b>	348
Katzen	126	25	0	135	22	66	<b>374</b>	280
Primaten	44	0	0	0	0	0	<b>44</b>	44
Rindvieh	285	0	0	38	212	164	<b>699</b>	467
Schafe, Ziegen	80	94	0	0	34	42	<b>250</b>	4
Schweine (einschliesslich Minipigs)	87	125	0	0	429	397	<b>1 038</b>	392
Pferde, Esel	0	68	0	0	8	53	<b>129</b>	104
Vögel (einschliesslich Geflügel)	1 075	0	0	0	22	0	<b>1 097</b>	644
Amphibien, Reptilien	89	0	0	0	68	0	<b>157</b>	87
Fische	4 220	0	244	0	101	1 044	<b>5 609</b>	2 128
diverse Säuger	777	0	0	0	8	1	<b>786</b>	183
Wirbellose	0	0	0	0	0	0	<b>0</b>	0
<b>Total</b>	<b>118 796</b>	<b>2 632</b>	<b>320</b>	<b>835</b>	<b>2 634</b>	<b>3 482</b>	<b>128 699</b>	<b>35 567</b>
in %	92.3	2.0	0.3	0.7	2.0	2.7	100	27.6

2016 wurden 265 Bewilligungen neu erteilt, ein Gesuch wurde abgelehnt. Zusätzlich wurden 418 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt.

Gegen ein abgelehntes Gesuch wurde 2014 Rekurs eingereicht, der am 5. April 2017 vom Verwaltungsgericht entschieden wurde und rechtskräftig geworden ist. Somit darf dieses Primatenvorhaben nun durchgeführt werden.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle Gesuche betreffend Tierversuche in deren Rahmen Tiere Belastungen erfahren. Sie besprach an 15 Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 33 neue und 48 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad und kontrollierte zwei Mal alle 40 Versuchstierhaltungen.

# 6150 Arzneimittelversorgung

Das Berichtsjahr war ein historisches, ausgesprochen intensives, von Wandel geprägtes und erfolgreiches Jahr für die Kantonsapotheke Zürich. Im Januar startete der Umzug der Kantonsapotheke in den Neubau in Schlieren (RRB Nrn. 325/2014, 985/2014). Das hochkomplexe Projekt war in Rekordzeit im Rahmen einer Public Private Partnership realisiert worden. Die Kantonsapotheke verfügt nun wieder über eine gesetzeskonforme Infrastruktur zur Herstellung und Lagerung von Arzneimitteln, die dem modernsten Stand entspricht.

Der sehr zeit- und personalintensive Prozesstransfer sowie der physische Umzug wurden in mehreren über das ganze Berichtsjahr verteilten Phasen durchgeführt. Während dieser Zeit wurde das Tagesgeschäft der Kantonsapotheke ohne

Unterbruch fortgeführt. Zusätzlich zum Umzug musste das neue Gebäude mit allen Anlagen in Betrieb genommen, sämtliche Anlagen qualifiziert und die Prozesse validiert werden. All dies war mit hohem zusätzlichem Dokumentations- und Schulungsaufwand verbunden, da sich mit dem Umzug sämtliche Prozesse geändert haben.

Insgesamt waren im Berichtsjahr wieder ein deutliches Umsatz- und Leistungswachstum festzustellen. Das Bestellvolumen nahm erneut zu und die Anzahl zentral hergestellter Zytostatika ist ebenfalls gewachsen. Zudem wurde die pharmazeutische Betreuung externer Spitäler weiter ausgebaut. Schliesslich konnte im Berichtsjahr auch das Outsourcing der IT an die Firma Abraxas erfolgreich umgesetzt und abgeschlossen werden (RRB Nr. 833/2015).

## Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten, sicheren, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlichen pharmazeutischen Versorgung und der damit verbundenen Dienstleistungen inkl. Arzneimittelbeschaffung des USZ, des KSW, der psychiatrischen Kliniken (PUK, IPW) und weiterer Krankenhäuser und kantonaler Betriebe
- A2 Herstellung von nicht auf dem Markt erhältlichen und patientenspezifischen Arzneimitteln
- A3 Sicherstellung der Vorhalteleistungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln bei Notfallsituationen und akuten Einzel- oder Grossereignissen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl ausgelieferte Bestellpositionen	A1	818789	745000	<b>803966</b>	58966	7.9
L2 Anzahl gelagerte/bewirtschaftete Arzneimittel	A1	3952	5250	<b>4451</b>	-799	-15.2
L3 Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten sterile Arzneimittel	A2	252803	285000	<b>275869</b>	-9131	-3.2
L4 Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten feste Arzneimittel	A2	35078	35000	<b>46498</b>	11498	32.9
L5 Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten flüssige Arzneimittel	A2	9297	11000	<b>11823</b>	823	7.5
L6 Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten halbfeste Arzneimittel	A2	18430	18500	<b>22992</b>	4492	24.3
L7 Anzahl hergestellte Abgabeeinheiten Rezepturen	A2	50019	80000	<b>70373</b>	-9627	-12.0
L8 Anzahl hergestellte Zytostatika/Chemotherapien	A2	35080	35000	<b>37474</b>	2474	7.1
L9 Anzahl chemische und mikrobiologische Analysen/Qualitätskontrollen	A2	3827	7290	<b>7706</b>	416	5.7
L10 Anzahl (unterstützte) klinische Studien	A1, A2	83	80	<b>90</b>	10	12.5
L11 Lagerwert des Bestandes für Vorhalteleistungen in % des Gesamtbestandes per 31.12. (min.; Zielwert)	A3	5	5	<b>6.9</b>	1.9	
B1 Kostendeckungsgrad (Verhältnis Ertrag zu Aufwand) in %	A1, A2, A3	100	100	<b>98</b>	-2	
W1 Kundenzufriedenheit in Punkten aus maximal 100 Punkten (min.)	A1, A2, A3	-	80	<b>75</b>	-5	-6.3
W2 Anzahl kritische Mängel bei Inspektionen (max.)	A1, A2	0	0	<b>0</b>	0	
W3 Fehllieferungsquote in % der Anzahl Lieferpositionen (max.)	A1, A2, A3	0.02	0.12	<b>0.01</b>	-0.11	
W4 Anzahl verschiedener essentieller Arzneimittel mit Verbrauchsabdeckung von mindestens zwei Monaten aufgrund Zusatzlager für Vorhalteleistungen (min.)	A3	140	200	<b>140</b>	-60	-30.0

### Bemerkungen

- L4, L5, Zunahme durch erhöhte Nachfrage der Spitäler und Verschiebung von Rezepturen in die Serienherstellung
- L6
- L7 Weniger Rezepturen aufgrund der Verschiebung in die Serienherstellung, trotzdem deutlich gesteigerte Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr
- L8 Zunahme der Therapien und Patientenzahlen bei USZ und KSW führte zur Steigerung bei der Herstellung von patientenindividuellen Chemo- bzw. Immuntherapien.
- L10 Erneut zunehmende Anzahl Anfragen des USZ für die Zusammenarbeit bei klinischen Studien
- L11 Der Lagerwert hat sich durch die Anpassung der Mengen an die aktuellen Verbrauchszahlen leicht erhöht.

- W1 Die Kundenzufriedenheit fiel im Berichtsjahr auf hohem Niveau leicht tiefer aus, was primär auf den Umzug nach Schlieren und die damit verbundenen Umstellungen der Prozesse zurückzuführen ist.
- W3 Aufgrund des Umzugs konnte die Messung erst ab September des Berichtsjahres wieder systematisch erfasst werden. Dank zusätzlicher Kontrollen konnte die Fehlerquote am neuen Standort deutlich gesenkt werden.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### 6150 4a Bezug des neuen Standortes in Schlieren

Das Gebäude wurde zeitgerecht fertiggestellt. Bis auf die Verlegung der Sterilherstellung, die im Januar 2018 erfolgt, ist der Umzug abgeschlossen. Verzögert 2017

### 6150 4b Überprüfung der Trägerschaft der Kantonsapotheke

Derzeit wird das Regulierungskonzept finalisiert. Im Anschluss daran werden die einzelnen Bestimmungen ausformuliert. Die Vorlage soll im Frühjahr 2018 in die Vernehmlassung gegeben werden. Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	111.4	115.5	<b>118.8</b>	3.3	2.8

Bemerkungen R17 zu B17

- 3.3 Zusätzliche temporäre Mitarbeitende für Vorbereitungsarbeiten und Umzug nach Schlieren, um die Arzneimittelversorgung u.a. des USZ jederzeit sicherstellen zu können.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		168.7	165.8	<b>185.8</b>	19.9	12.0
Aufwand		-168.6	-165.8	<b>-188.9</b>	-23.1	-13.9
Saldo		0.1	0.1	<b>-3.1</b>	-3.2	
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			0.0		0.0	0.0
Ausgaben		-7.8	-5.4	<b>-4.0</b>	1.4	25.8
- Kreditübertragungen aus 2016			-1.9			
Saldo		-7.8	-5.4	<b>-4.0</b>	1.4	25.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.2		Abweichungen total R17 zu B17
26.9		- Höhere Erträge durch mehr Medikamentenbezüge der Spitäler
-6.7		- Nichterreichen des geplanten Umsatzes aus Arzneimittelverkäufen an Patientinnen und Patienten
-23.3		- Mehraufwand bei der Medikamentenbeschaffung bedingt durch das höhere Bestellvolumen.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-5.4	<b>-4.0</b>	1.4	
- Ersatz Betriebseinrichtung und Gebäudeausstattung im Neubau in Schlieren (RRB Nr. 985/2014), inkl. Kreditübertragung von 1.9 Mio. Franken aus 2016	-5.3	<b>-3.9</b>	1.4	- Das Projekt ist noch nicht abgeschlossen, neben zum Teil offenen Schlussabrechnungen sind einzelne Arbeiten noch im Gange.
- Übrige	-0.1	<b>-0.1</b>	0.0	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
70847	58125	<b>0</b>	12722	-58125

# 6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Um die Budgetkürzungen des Kantonsrates verwirklichen zu können, musste eine Reihe von Projekten redimensioniert werden – selbst im Themenschwerpunkt «psychische Gesundheit». Zudem mussten neue Aktivitäten zurückgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit Partnern in verschiedenen Bereichen wurde trotzdem weiterentwickelt. Im Berichtsjahr fanden ein Präventionstag zum Thema Familiengesundheit sowie zwei Forumsveranstaltungen zum Körperbild und zu den sexuell übertragbaren Krankheiten statt, die alle sehr gut besucht waren. Bei der Prävention übertragbarer Krankheiten wurde der Schwerpunkt auf Jugendliche sowie Risikogruppen gelegt. Die Umsetzung der HPV-Impfempfehlungen auch bei Knaben macht gute Fortschritte, wobei die Förderung der Durchimpfung aber generell ein wichtiges Thema bleibt. Die Ausbreitung von ernsthaften Infektionskrankhei-

ten konnte durch das Zusammenspiel von medizinischer Behandlung und spezifischen Massnahmen im Umfeld verhindert werden (z.B. bei der Tuberkulose gemeinsam mit der Lunge Zürich). Im Rahmen des Bevölkerungsschutzes wurde weiter an der Vorbereitung von Risikoszenarien gearbeitet. Während der Sommerhitze wurde auch die Website von Gesundheitsförderung Zürich ([www.gesundheitsfoerderung-zh.ch](http://www.gesundheitsfoerderung-zh.ch)) als Kommunikationskanal genutzt. Das Thema «Bewegung und Ernährung» wurde besonders für Vorschulkinder und ihre Bezugspersonen weiterentwickelt. In der Suchtprävention bildeten belastete Familien einen zusätzlichen Schwerpunkt. Schliesslich konnten für das kantonale Tabakpräventionsprogramm erneut nationale Unterstützungsgelder gewonnen werden.

## Aufgaben

- A1 Monitoring, Berichterstattung und Information über den Gesundheitszustand der Zürcher Bevölkerung
- A2 Unterstützung der Bevölkerung im Hinblick auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten
- A3 Bekämpfung epidemiologisch bedeutsamer übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/Aids oder Masern
- A4 Bekämpfung des Missbrauchs legaler und illegaler Suchtmittel

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Berichte über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (min.; Zielwert)	A1	1	0	<b>0</b>	0	
L2	Anzahl Bulletins "Prävention & Gesundheitsförderung im Kanton Zürich" (min.; Zielwert)	A1, A2	2	2	<b>2</b>	0	0.0
L3	Anzahl Kommunikationseinheiten (Inserate, Radiospots, Plakate etc.) Prävention und Gesundheitsförderung (min.; Zielwert)	A2	169	120	<b>115</b>	-5	-4.2
L4	Anzahl öffentliche Präventionsveranstaltungen (min.; Zielwert)	A2	3	3	<b>3</b>	0	0.0
L5	Anzahl Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen der Lunge Zürich (min.; Zielwert)	A3	115	75	<b>73</b>	-2	-2.7
L6	Anzahl HIV-Tests der Zürcher Aidshilfe (min.; Zielwert)	A3	2405	1800	<b>2446</b>	646	35.9
L7	Anzahl HPV-Impfungen (min.; Zielwert)	A3	12500	15000	<b>16500</b>	1500	10.0
L8	Anzahl Magazine für Suchtprävention "laut & leise" (min.; Zielwert)	A4	3	3	<b>3</b>	0	0.0
L9	Anzahl von regionalen Suchtpräventionsstellen beratenen Personen (min.; Zielwert)	A4	30011	24000	<b>27146</b>	3146	13.1
L10	Anzahl verteilter Informationsmaterialien (Broschüren, Kleinplakate, Jugendschutzbündel etc.) zur Suchtprävention (min.; Zielwert)	A4	510318	450000	<b>477270</b>	27270	6.1
B1	Prüfung der Wirtschaftlichkeit im Rahmen des Gesundheitsberichtes	A1	1	0	<b>0</b>	0	
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr.		4.8	5	<b>4.43</b>	-0.57	-11.40
W1	Anteil der Bevölkerung, der die aktuelle Medienkampagne kennt in % (min.)	A2	-	50	<b>51</b>	1	
W2	Anzahl Besuche auf der von Gesundheitsförderung und Prävention (EBPI) betriebenen Webseiten (min.)	A2, A4	124776	45000	<b>113343</b>	68343	151.9
W3	Anzahl Todesfälle wegen Herz- und Gefässkrankheiten (max.)	A2	3335	4000	<b>3552</b>	-448	-11.2
W4	Anzahl Todesfälle wegen Krebs (max.)	A2	2755	2800	<b>2889</b>	89	3.2
W5	Anzahl Selbsttötungen (max.)	A2	171	190	<b>179</b>	-11	-5.8
W6	Anzahl Tuberkulose-Neuerkrankungen (max.)	A3	126	130	<b>94</b>	-36	-27.7
W7	Anzahl Aids-Neuerkrankungen (max.)	A3	26	35	<b>23</b>	-12	-34.3
W8	Anteil Säuglinge mit zwei Masernimpfungen in % (min.)	A3	87	90	<b>87</b>	-3	

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W9	Anteil 15-Jähriger mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum in % (max.)	A4	11.3	20	<b>11.3</b>	-8.7	

**Bemerkungen**

- L3 Reduktion infolge der Budgetkürzungen des Kantonsrates
- L5 Abnahme aufgrund rückläufiger Tuberkulosefälle
- L6 Weiterhin erhöhte Anzahl Tests im Anschluss an BAG-Kampagne
- L7 Zunahme der Impfungen aufgrund der Zulassung auch für Knaben ab Juli 2016
- L10 Zusätzlicher Versand von Elternbroschüren entsprechend gesteigerter Nachfrage
- W2 Anhaltend grosse Nachfrage nach Selbsttests zur Suchtgefährdung
- W3, W4 Höhere Fallzahlen 2015 wegen Grippe und Hitzewelle; der Zielwert bei den Krebstodesfällen wurde dadurch nicht erreicht.
- W3, W4, W5 Todesursachenstatistik BFS, im Berichtsjahr sind die Fallzahlen 2015 abgebildet.
- W6 Abnahme der Fälle aufgrund der rückläufigen Migration
- W8 Erhebung alle drei Jahre, nächste Erhebung im Kanton Zürich 2018
- W9 Erhebung alle vier Jahre, nächste Erhebung im Kanton Zürich 2018

**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**6200 4a Schwerpunktprogramm im Bereich der psychischen Gesundheit**

Planmässig 2019

Die Weiterführung der erfolgreichen Kampagne «Wie geht's dir?» wurde gesichert. Sodann startete mit finanzieller Unterstützung von Gesundheitsförderung Schweiz ein Programm rund um die psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen des direktionsübergreifenden Schwerpunktprogramms zur Suizidprävention wurden verschiedene Angebote aufgebaut. Auch konnte die Online-Kampagne für Suizidgefährdete und ihr Umfeld gemeinsam mit den SBB weitergeführt werden.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.4	3.8	<b>4.3</b>	0.5	12.7
Aufwand	-10.5	-10.8	<b>-10.9</b>	-0.1	-1.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.5			
Saldo	-7.1	-7.0	<b>-6.6</b>	0.3	4.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

**Bemerkungen zur Erfolgsrechnung**

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.4		- Minderaufwand beim Schwerpunktprogramm Suizidprävention wegen Verzögerungen
-0.1		- Übrige Abweichungen

# 6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Die Zürcherinnen und Zürcher sind mit der Gesundheitsversorgung sehr zufrieden und fühlen sich gut abgesichert. Dies hat die jährliche Bevölkerungsbefragung ergeben. Dank Vertragsabschlüssen mit konstanten Tarifen für die Jahre 2016 bis 2018 zwischen den meisten Zürcher Listenspitälern und den Krankenversicherern besteht eine Planungssicherheit für alle Akteure. Gleichzeitig wird damit ein wichtiger Beitrag zur Dämpfung des stetigen Kostenwachstums im Gesundheitswesen geleistet. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den geltenden Mindestfallzahlen hat die Gesundheitsdirektion in Zusammenarbeit mit Fachexpertinnen und -experten in ausgewählten spezialisierten Bereichen zusätzliche Qualitätsanforderungen sowie Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur definiert und verbindlich festgelegt (RRB Nr. 746/2017). Ebenfalls im Berichtsjahr wurde das Projekt «ambulant statt stationär» erfolgreich weiterentwickelt: Mit

dessen rechtlicher Verankerung im Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz durch den Kantonsrat ist der Grundstein für eine wirkungsvolle Umsetzung auf den 1. Januar 2018 gelegt. Dass «ambulant statt stationär» eine zentrale Massnahme ist, um innert nützlicher Frist wirksam Gesundheitskosten zu dämpfen, bestätigt auch die im Berichtsjahr erschienene Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften «Sparpotentiale im Gesundheitswesen, Massnahmen und Instrumente zur Beeinflussung der Kostenentwicklung im Schweizer Gesundheitswesen aus der Perspektive des Kantons Zürich». Gestützt auf die Empfehlungen der Studie wird die Gesundheitsdirektion weitere Massnahmen vertieft prüfen – insbesondere im Rahmen der im Berichtsjahr aufgegleisten neuen Spitalplanung auf das Jahr 2022.

## Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Somatik: Stationäre Normfälle KVG ZH, IV ZH	A1	200257	206500	<b>200730</b>	-5770	-2.8
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH in Tagen (max.; Zielwert)	A1	5.7	5.6	<b>5.7</b>	0.1	1.8
L3	Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich (min.; Zielwert)	A1	35072	35800	<b>36390</b>	590	1.6
L4	Reha: Stationäre Pflagestage KVG ZH, IV ZH	A2	246779	264000	<b>255000</b>	-9000	-3.4
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH in Tagen (max.; Zielwert)	A2	24.7	25.6	<b>24.6</b>	-1.0	-3.9
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharzttitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	1714	1700	<b>1730</b>	30	1.8
B1	Somatik: Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr. (max.)	A1	26	31	<b>24</b>	-7	-22.6
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Anteil zufriedener und sehr zufriedener Patienten in % (min.)	A1, A2	84	80	<b>88</b>	8	
W2	Anteil Zürcher Reha-Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden in % (min.)	A2	34	35	<b>35</b>	0	
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit in % (min.)	A1, A2	100	-	-		

### Bemerkungen

Allg. Die Werte R16 entsprechen den definitiven Werten (vgl. R16 im KEF 2018–2021).  
L1, L2, Hochrechnung; die tatsächlichen Daten des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2018 vor.  
L3, L4,  
L5, L6,  
W2



## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Eine von der Gesundheitsdirektion in Auftrag gegebene Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften analysiert 28 Massnahmen gezielt auf ihr Potenzial zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und liefert konkrete Handlungsempfehlungen. Während sich ein Teil der empfohlenen Massnahmen im Berichtsjahr bereits in Umsetzung befindet (z.B. «ambulant statt stationär»), wird die Gesundheitsdirektion im Jahr 2018 weitere Massnahmen auf ihre Umsetzbarkeit hin prüfen.

Planmässig 2019

### RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Die Vorbereitungen zur Kontrolle von Spitalrechnungen mittels eines neuen elektronischen Systems wurden im Berichtsjahr fortgeführt. Damit lassen sich ab Januar 2018 die Spitalrechnungen mit einem hohen Automatisierungsgrad prüfen und auszahlen. Dank der stetigen Rechnungsprüfung konnten im Berichtsjahr wiederum Einsparungen im Umfang mehrerer Millionen Franken erzielt werden.

Planmässig 2019

### RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Die in Zusammenarbeit mit dem Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) erarbeitete Qualitätsstrategie der stationären Versorgung wurde veröffentlicht.

Planmässig 2019

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den geltenden Mindestfallzahlen für spezialisierte medizinische Eingriffe hat die Gesundheitsdirektion in Zusammenarbeit mit Fachexpertinnen und -experten in ausgewählten spezialisierten Bereichen zusätzliche Qualitätsanforderungen sowie Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur definiert und verbindlich festgelegt (RRB Nr. 746/2017).

Um eine bedarfsgerechte ambulante Versorgung der Bevölkerung rund um die Uhr zu gewährleisten, wurden die nötigen Vorbereitungsarbeiten zur Neuorganisation des Notfalldienstes zusammen mit allen Partnern vorangetrieben. Die Umsetzung erfolgt auf den 1. Januar 2018.

### RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Auf der Grundlage einer 2016 durchgeführten Leistungs- und Kostenerhebung bei psychiatrischen Tages- und Nachtkliniken hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr ein umfassendes Konzept erarbeitet, nach dem Subventionen an psychiatrische Tages- und Nachtkliniken ab 2018 leistungsbezogen ausgerichtet werden. Weiter wurden in der Akutsomatik die konzeptionellen Grundlagen für Pilotprojekte zur Reduktion der tarifären Fehlanreize an der Schnittstelle «ambulant-stationär» geschaffen.

Planmässig 2019

### RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Die Umsetzung des Masterplans für das Hochschulgebiet Zürich Zentrum ist im Gang: Die Gestaltungspläne wurden öffentlich aufgelegt und der Planerwettbewerb für die erste Bauetappe der Gesamterneuerung des Universitätsspitals Zürich ist angelaufen. Noch in der parlamentarischen Beratung befindet sich die Richtplan-Teilrevision 2015, von der die Umsetzung des Masterplans Rheinau abhängt. Flankierend wurden die Vorbereitungsarbeiten für den Gestaltungsplan soweit möglich abgeschlossen. Der Masterplan für das Areal Lengg wurde vom Regierungsrat verabschiedet. Die zur Umsetzung nötige Richtplan-Teilrevision ist im Revisionspaket 2017 enthalten, dessen öffentliche Auflage im November des Berichtsjahres gestartet wurde.

Planmässig 2019

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	85.0	80.8	<b>81.6</b>	0.8	1.0
Aufwand	-1261.7	-1377.2	<b>-1 335.6</b>	41.6	3.0
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-38.4	-46.6	<b>-45.5</b>	1.1	2.4
Saldo	-1 176.7	-1 296.4	<b>-1 254.0</b>	42.4	3.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	251.5	12.7	<b>46.0</b>	33.3	262.1
Ausgaben	-65.5	-126.8	<b>-1 11.9</b>	14.9	11.7
Saldo	185.9	-114.0	<b>-65.9</b>	48.2	42.2

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
42.4		Abweichungen total R17 zu B17
17.5	A1, A2	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für frühere Jahre (vor allem Tarifrückabwicklungen 2012–2016)

**Gesundheitsdirektion  
Leistungsgruppe 6300**

- 10.5     A1, A2 - Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2017 (vor allem schwächere Entwicklung der Leistungsmenge)
- 8.6        A1 - Auflösung von Rückstellungen (BVK-Sanierungsbeiträge; USZ NUK 1+2)
- 5.8        - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-114.0	<b>-65.9</b>	48.2	
- USZ, BERTHOLD, 1. Etappe inkl. Rückbau und Abbrüche	-2.9	<b>0.0</b>	2.9	- Verzögerung bei der Fakturierung
- KSW, Ersatzneubau Hochhaus (neue und gebundene Ausgaben)	-68.0	<b>-28.3</b>	39.7	- Verzögerung bei der Bauausführung
- KSW, Verbindungstrakt, Sanierung Etappe 2020	-0.5	<b>0.0</b>	0.5	- Verzögerung bei der Planung
- Kinderspital, Darlehen Neubau	0.0	<b>0.0</b>	0.0	
- USZ, Sanierung OST I-III	0.0	<b>-0.6</b>	-0.6	- Verzögerung bei der Fakturierung
- USZ, Modulbau SUED2 und Technikzentrale TZ-SUED im Park	-28.0	<b>-27.2</b>	0.8	- Verzögerung bei der Bauausführung
- USZ, NUK, Ersatz (ohne Rückbau)	-9.5	<b>-8.5</b>	1.0	- Verzögerung bei der Bauausführung
- USZ, Ersatz Kältemaschinen	-1.3	<b>-1.0</b>	0.3	- Verzögerung bei der Fakturierung
- USZ, Gebäudeautomation, Gesamterneuerung	-3.1	<b>-1.7</b>	1.4	- noch im Projektierungsstadium
- Pauschale Kürzung Hochbauinvestitionen (F30, RRB Nr. 709/2016)	60.0	<b>0.0</b>	-60.0	- Vorgaben gemäss KEF-Überarbeitung
- Rückzahlung Darlehen	12.7	<b>46.0</b>	33.3	- Einnahmen aus vorgezogenen Rückzahlungen von Darlehen aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge
- USZ/KSW, Kleinprojekte	-73.4	<b>-44.6</b>	28.8	- Nichtrealisation oder Verzögerung der Kleinprojekte
- Übrige	0.0	<b>-0.0</b>	-0.0	

# 6400 Psychiatrische Versorgung

Die Abgeltung von Tages- und Nachtkliniken durch die Krankenversicherer ist seit Längerem strittig. Gestützt auf eine Erhebung in allen Tages- und Nachtkliniken der Zürcher Psychiatriekliniken hat sich gezeigt, dass drei Viertel der Gesamtkosten auf Pflichtleistungen der Obligatorischen Krankenversicherung beruhen. In der Folge hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr zusammen mit Psychiatriekliniken und Versicherungsvertretungen eine Rahmenvereinbarung erarbeitet, die Minimalstandards für tagesklinische Angebote definiert und als Grundlage für Tarifverhandlungen dienen soll. Zusätzlich wurde ein leistungsbezogenes Subventionierungskonzept entwickelt, das 2018 erstmals zur Anwendung kommt.

Im Frühling des Berichtsjahres konnte der Um- und Ausbau der Kinderstation Brüschalde in Männedorf eröffnet werden,

sodass nun alle behandlungsbedürftigen Zürcher Kinder auf Kinderstationen behandelt werden können sollten. Für den Ersatz- und Ergänzungsbau der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland hat der Regierungsrat dem Kantonsrat im Dezember Antrag zur Bewilligung eines Objektkredits gestellt (RRB Nr. 1207/2017).

Im Rahmen des Projekts «Versorgungsstrukturen und -prozesse im Kanton Zürich qualitätsorientiert optimieren» soll eine umfassende und klinikvergleichende Qualitätserfassung im stationären Bereich der Zürcher Psychiatrie (Grundversorgung Erwachsenenpsychiatrie) eingeführt werden. Im Berichtsjahr wurde die Konzept- und Vorbereitungsphase abgeschlossen. Im Frühjahr 2018 werden ergänzende Messungen (Patienteninterviews) durchgeführt und die Daten dann im Herbst 2018 ausgewertet.

## Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Stationäre Patientenaustritte KVG ZH, IV ZH	A1	15261	15000	<b>16274</b>	1274	8.5
L2	Stationäre Pflgeetage KVG ZH, IV ZH	A1	457800	448000	<b>478130</b>	30130	6.7
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH in Tagen (max.; Zielwert)	A1	30	29.9	<b>29.4</b>	-0.5	-1.7
L4	Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken in Mio. Taxpunkten	A2	43.4	49.5	<b>47.2</b>	-2.3	-4.6
L5	Betreuung in Tageskliniken in Tagen	A2	74000	79000	<b>69000</b>	-10000	-12.7
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharzttitle (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	225	231	<b>224</b>	-7	-3.0
B1	Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung in Fr. (max.)	A1, A2	22	27	<b>27</b>	0	0.0
W1	Anteil Zürcher Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden in % (min.)	A1	91	90	<b>90</b>	0	0.0
W2	Verhältnis der ambulanten Patientenaustritte zu den stationären Austritten KVG ZH, IV ZH in % (min.)	A1, A2	66	62	<b>65</b>	3	4.8
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit in % (min.)	A1, A2	100				

### Bemerkungen

- Allg. Die Werte R16 entsprechen den definitiven Werten (vgl. R16 im KEF 2018–2021).  
 L1, L2, Hochrechnung; die tatsächlichen Daten des Berichtjahres liegen erst Mitte 2018 vor.  
 L3, L4,  
 L5, L6,  
 W1,  
 W2

## Entwicklungsschwerpunkte

### RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Eine im Berichtsjahr von der Gesundheitsdirektion in Auftrag gegebene Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften analysiert 28 Massnahmen gezielt auf ihr Potenzial zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und liefert konkrete Handlungsempfehlungen. Während sich ein Teil der empfohlenen Massnahmen im Berichtsjahr bereits in Umsetzung befindet (z.B. «ambulant statt stationär»), wird die Gesundheitsdirektion 2018 weitere Massnahmen auf ihre Umsetzbarkeit hin prüfen.

Stand bis  
Planmässig 2019

### RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Die Vorbereitungen zur Kontrolle von Spitalrechnungen mittels eines neuen elektronischen Systems wurden im Berichtsjahr fortgeführt. Damit lassen sich ab Januar 2018 die Spitalrechnungen mit einem hohen Automatisierungsgrad prüfen und auszahlen. Dank der stetigen Rechnungsprüfung konnten im Berichtsjahr wiederum Einsparungen im Umfang mehrerer Millionen Franken erzielt werden.

Planmässig 2019

### RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Die in Zusammenarbeit mit dem Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) erarbeitete Qualitätsstrategie der stationären Versorgung im Kanton Zürich wurde im Berichtsjahr veröffentlicht.

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den geltenden Mindestfallzahlen für spezialisierte medizinische Eingriffe hat die Gesundheitsdirektion in Zusammenarbeit mit Fachexpertinnen und -experten in ausgewählten spezialisierten Bereichen zusätzliche Qualitätsanforderungen sowie Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur definiert und verbindlich festgelegt (RRB Nr. 746/2017).

Um eine bedarfsgerechte ambulante Versorgung der Bevölkerung rund um die Uhr zu gewährleisten, wurden im Berichtsjahr die nötigen Vorbereitungsarbeiten zur Neuorganisation des Notfalldienstes zusammen mit allen Partnern vorangetrieben. Die Umsetzung erfolgt auf den 1. Januar 2018.

Planmässig 2019

### RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Auf der Grundlage einer 2016 durchgeführten Leistungs- und Kostenerhebung bei psychiatrischen Tages- und Nachtkliniken wurde ein umfassendes Konzept erarbeitet, nach dem Subventionen an psychiatrische Tages- und Nachtkliniken ab 2018 leistungsbezogen ausgerichtet werden. Weiter wurden in der Akutsomatik die konzeptionellen Grundlagen für Pilotprojekte zur Reduktion der tarifären Fehlanreize an der Schnittstelle «ambulant-stationär» geschaffen.

Planmässig 2019

### RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Die Umsetzung des Masterplans für das Hochschulgebiet Zürich Zentrum ist im Gang: Die Gestaltungspläne wurden öffentlich aufgelegt und der Planerwettbewerb für die erste Bauetappe der Gesamterneuerung des Universitätsspitals Zürich ist angelaufen. Noch in der parlamentarischen Beratung befindet sich die Richtplan-Teilrevision 2015, von der die Umsetzung des Masterplans Rheinau abhängt. Flankierend wurden die Vorbereitungsarbeiten für den Gestaltungsplan soweit möglich abgeschlossen. Der Masterplan für das Areal Lengg wurde vom Regierungsrat verabschiedet. Die zur Umsetzung nötige Richtplan-Teilrevision ist im Revisionspaket 2017 enthalten, dessen öffentliche Auflage im November des Berichtsjahres gestartet wurde.

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1947.9	2011.0	<b>1979.6</b>	-31.4	-1.6

Bemerkungen R17 zu B17

-31.4 Verzicht auf Stellenausbau bei kantonalen psychiatrischen Kliniken

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	337.2	214.1	<b>340.1</b>	126.0	58.8
Aufwand	-536.5	-440.6	<b>-553.0</b>	-112.4	-25.5
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-31.9	-39.9	<b>-35.7</b>	4.2	10.5
- Eigentümerbeitrag an kantonale Kliniken	-3.8	-1.0	<b>-5.3</b>	-4.3	-408.3
Saldo	-199.3	-226.4	<b>-212.9</b>	13.6	6.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	7.8	0.0	<b>7.9</b>	7.8	
Ausgaben	-23.2	-33.8	<b>-18.2</b>	15.7	46.3
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.7			
Saldo	-15.4	-33.8	<b>-10.3</b>	23.5	69.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
13.6		Abweichungen total R17 zu B17
123.3	A1	- Höherer Ertrag: Verbuchung der Staatsbeiträge als Ertrag bei PUK und ipw gemäss Bruttoprinzip (im Budget nicht ausgewiesen, da sich Aufwand- und Ertragsbuchungen innerhalb der LG Nr. 6400 neutralisieren)
10.6	A1, A2	- Effizienzverbesserung kantonaler Betriebe und Einmaleffekt reduzierter Anlagenutzungskosten (ipw)
2.8	A1	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale 2017 (vor allem aufgrund Tarifiereduktion)
-123.3	A1	- Höherer Aufwand: siehe Begründung betreffend Ertrag
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-33.8	<b>-10.3</b>	23.5	
- ipw, Ersatz- und Ergänzungsbau 96 Betten	-3.0	<b>-0.7</b>	2.3	- Verzögerung bei der Bauausführung
- PUK, Erweiterung Forensik +35	-2.0	<b>0.0</b>	2.0	- Verzögerung bei der Bauausführung
- PUK/KJPP, Erweiterung KJPP	-1.0	<b>0.0</b>	1.0	- Verzögerung bei der Bauausführung
- PUK/KJPD, Erweiterung Brüschalde	-2.9	<b>-8.5</b>	-5.6	- Verzögerung bei der Fakturierung
- PUK, Übertragung Grundstücke	0.0	<b>7.7</b>	7.7	- Abgabe zweier Grundstücke in der Brüschalde (RRB Nr. 103/2017)
- Pauschale Kürzung Hochbauinvestitionen (F30, RRB Nr. 709/2016)	2.9	<b>0.0</b>	-2.9	- Vorgaben gemäss KEF-Überarbeitung
- PUK/ipw, Kleinprojekte	-27.8	<b>-8.8</b>	19.0	- Nichtrealisation oder Verzögerung der Kleinprojekte
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
10031816	794815	<b>819000</b>	10056001	24185

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2017:

Fr. 549 185 Personalanlässe und Anschaffung Mobiliar PUK

Fr. 245 630 Personalanlässe ipw

Bildung von Rücklagen 2017:

Fr. 819 000 bei der ipw, vor allem Produktivitätssteigerungen im stationären Bereich sowie verstärkte Anstrengungen zur Ertragsoptimierung in den Tageskliniken

# 6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Der Kanton richtete im Berichtsjahr rund 435 000 Personen oder 29% der Versicherten Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 370 000 Personen wurden individuelle Beiträge gewährt (IPV).

Gemäss § 17 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) muss der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung mindestens 80% des mutmasslichen Bundesbeitrages betragen. Entsprechend hat der Regierungsrat den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung im Berichtsjahr auf 352,8 Mio. Franken festgesetzt (RRB Nr. 949/2016). Nachdem sich die Kantonsbeitragsquote in den beiden Vorjahren jeweils auf über 93% des Bundesbeitrags belaufen hat, betrug sie im Berichtsjahr aufgrund der effektiven Kantons- und Bundesbeiträge 78%.

Seit dem Herbst des Berichtsjahres steht in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) des Kantonsrates eine Vorlage zur Verbesserung des Prämienverbilligungssystems in Beratung (Vorlage 5313). Der Grundgedanke der Revision ist, die Prämienverbilligung bedarfsgerecht auszurichten. Anspruch sollen jene Personen haben, bei denen die Krankenkassenprämien über einem bestimmten Prozentsatz des Einkommens liegen. Dieses wird ausgehend vom steuerbaren Einkommen und unter Berücksichtigung weiterer Faktoren ermittelt. Die Neuerungen führen zu einer zielgerichteten Mittelverwendung.

## Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet individuelle Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1bis KVG.
- A2 Bei Ergänzungsleistungsbeziehenden übernimmt der Kanton die regionalen Durchschnittsprämien.
- A3 Bei den Sozialhilfebeziehenden übernimmt der Kanton die Prämien.
- A4 Der Kanton finanziert 85% der Ausstände aufgrund von Verlustscheinen (Prämien und Kostenbeteiligung).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	33	30	<b>29</b>	-1	
L2	Anteil der Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	41	39	<b>37</b>	-2	
L3	Kantonsbeitrag in Prozent des Bundesbeitrages (min.; Zielwert)	A1, A2, A3, A4	93.4	80	<b>78</b>	-2	
L4	Anzahl IPV-beziehende Personen (min.; Zielwert)	A1	420 000	382 700	<b>369 400</b>	-13 300	-3.5
L5	Anzahl EL-Bezüger mit Prämienverbilligung (min.; Zielwert)	A2	54 700	55 000	<b>55 200</b>	200	0.4
L6	Anzahl Sozialhilfebezüger mit Prämienübernahme (min.; Zielwert)	A3	52 000	51 600	<b>56 300</b>	4 700	9.1
L7	Anzahl betroffene Versicherte mit Verlustschein	A4	21 100	19 000	<b>20 800</b>	1 800	9.5
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung (max.)	A1	13	14	<b>15</b>	1	7.1
B2	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro betroffenen Versicherten mit Verlustschein (max.)	A4	10	16	<b>17</b>	1	6.3
W1	Finanzielle Entlastung der unterstützten Personen und Haushalte bei den Krankenkassenprämien in Mio. Fr. (ohne Verlustscheine und ohne Vollzugsentschädigung an die SVA) (min.)	A1, A2, A3	802	757	<b>784</b>	27	3.6
W2	Durchschnittliche individuelle Prämienverbilligung in % der Bruttoprämie eines Haushalts:	A1					
W3	- Alleinstehender Erwachsener (min.)	A1	19	18	<b>17</b>	-1	
W4	- Alleinerziehende(r) mit einem Kind (min.)	A1	33	30	<b>31</b>	1	
W5	- Zwei Erwachsene mit zwei Kindern (min.)	A1	33	30	<b>31</b>	1	
W6	Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) in % des verfügbaren Einkommens (bei einem standardisierten Bruttolohn von Fr. 49 678):	A1					
W7	- Alleinstehender Erwachsener (max.)	A1	11	13	<b>11.8</b>	-1.2	
W8	- Alleinerziehende(r) mit einem Kind (max.)	A1	8.2	10	<b>8.8</b>	-1.2	
W9	- Zwei Erwachsene mit zwei Kindern (max.)	A1	12.4	13.5	<b>13.6</b>	0.1	

Bemerkungen

- L3 Der Kantonsbeitrag im Verhältnis zum Bundesbeitrag liegt knapp unter der gesetzlichen Vorgabe. In den Jahren 2015 und 2016 resultierte eine Kantonsbeitragsquote von über 93%.
- L6 Die Fälle mit Prämienübernahme bei Sozialhilfebeziehenden haben stark zugenommen. Auseinanderklaffende Entwicklungen von Prämienhöhe und IPV-Leistungen führen allgemein zu mehr Gesuchen um Sozialhilfeunterstützung.
- L6, L7 Rechnungswerte 2016 und 2017 für L6 und L7 aufgrund von Hochrechnungen
- W1 Die Abweichung ist primär auf eine höhere Prämienteuerung als geplant zurückzuführen.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	446.4	446.4	<b>473.6</b>	27.2	6.1
- Bundesbeitrag	434.1	441.0	<b>458.4</b>	17.4	4.0
Aufwand	-851.7	-799.2	<b>-830.8</b>	-31.5	-3.9
- Entschädigung SVA	-5.7	-5.9	<b>-6.0</b>	-0.0	-0.8
- Individuelle Prämienverbilligung	-445.5	-388.7	<b>-396.1</b>	-7.4	-1.9
- Prämienübernahmen	-400.4	-404.6	<b>-428.7</b>	-24.1	-6.0
Saldo	-405.3	-352.8	<b>-357.2</b>	-4.4	-1.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.4		Abweichungen total R17 zu B17
17.4	A1, A2, A3, A4	- Höherer Bundesbeitrag aufgrund höherer Prämienteuerung
9.7	A1, A2, A3, A4	- Höherer Übertrag der Sicherheitsdirektion für vorläufig Aufgenommene mit einer Aufenthaltsdauer unter 7 Jahren
-7.4	A1	- Mehraufwand für die individuelle Prämienverbilligung aufgrund höherer Prämienteuerung
-9.7	A3	- Mehraufwand bei der Prämienübernahme von vorläufig Aufgenommenen mit einer Aufenthaltsdauer unter 7 Jahren
-14.4	A2, A3, A4	- Mehraufwand bei den Prämienübernahmen für Sozialhilfebeziehende und Ergänzungsleistungsbezüger sowie bei Verlustscheinen
0.0		- Übrige Abweichungen

# 6900 Tierseuchenfonds

Seit am 1. Januar 2014 das total revidierte kantonale Tierseuchengesetz (KTSG) und die neue kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV) in Kraft traten, werden sämtliche Kosten für die Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen über die Betriebsrechnung des Veterinärarnamtes (Leistungsgruppe Nr. 6100) abgerechnet. Gestützt auf das KTSG wurden 2014 57% des Fondsbestands dem Kanton zugeführt. Der Restbestand des Tierseuchenfonds ist zur Senkung der ordentlichen und ausserordentlichen Tierhalterbeiträge in den kommenden Jahren zu verwenden. Die Senkung kommt aller-

dings nur Halterinnen und Haltern zugute, die vor dieser Änderung Beiträge in den Tierseuchenfonds geleistet haben. Sobald der Restbestand aufgebraucht ist, wird der Fonds aufgehoben.

Im Berichtsjahr wurden nur ordentliche Tierhalterbeiträge erhoben. Von der gesetzlich vorgeschriebenen Beitragsenkung konnten rund 37,5% der als beitragspflichtig registrierten Tierhaltungen profitieren und es wurden rund Fr. 131 000 vom Fonds in die Betriebsrechnung des Veterinärarnamtes übergeführt.

## Aufgaben

A1 Fonds zur Senkung der Tierhalterbeiträge für die Tierseuchenbekämpfung

### Fonds

Fondsbestand	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	1.1	1.0	<b>1.0</b>	-0.0	-0.6

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	<b>0.0</b>	-0.0	-0.9
Aufwand	-0.1	-0.1	<b>-0.1</b>	-0.0	-4.7
- Senkung Tierhalterbeiträge (Übertrag an Veterinärarnamt)	-0.1	-0.1	<b>-0.1</b>	-0.0	-4.7
Saldo	-0.1	-0.1	<b>-0.1</b>	-0.0	-5.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0



# 07

## Bildungsdirektion

<b>Überblick</b>	<b>166</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>168</b>
Bildung (Politikbereich 2)	168
Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	168
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	169
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	169
<b>Finanzierung</b>	<b>170</b>
Übersicht	170
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	170
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	170
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>171</b>
Beschäftigungsumfang	171
Lohnaufwand	171
Anstellungsverhältnisse	171
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>172</b>
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	172
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	172
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>173</b>
7000 Bildungsverwaltung	173
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	177
7100 Lehrmittelverlag	180
7200 Volksschulen	182
7301 Mittelschulen	185
7306 Berufsbildung	188
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	192
7402 Sonstige universitäre Leistungen	195
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	196
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	198
7501 Kinder- und Jugendhilfe	199
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	202
7930 Berufsbildungsfonds	204

# Überblick

Die Bildungsdirektion setzt sich dafür ein, dass dem Kanton Zürich qualitativ hochstehende und bedarfsgerechte Bildungsangebote zur Verfügung stehen. Dieses Bildungsangebot umfasst die Kindergartenstufe, die Primarstufe, die Sekundarstufen I und II, die Tertiärstufe sowie den Bereich Weiterbildungen. Mit der Kinder- und Jugendhilfe, dem Stipendienwesen sowie der Berufsberatung werden zudem ergänzende Bildungsleistungen erbracht, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei ihrem Einstieg und ihrem Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu unterstützen.

## **Lehrplan 21 erlassen**

Der Bildungsrat hat am 13. März des Berichtsjahres den Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich auf der Grundlage des Lehrplans 21 erlassen (BRB Nr. 4/2017). Gleichzeitig hat der Bildungsrat die neue Lektionentafel unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse beschlossen. Mit der Lektionentafel liegt eine Lösung vor, die bei den Partnerinnen und Partnern im Schulfeld breit akzeptiert ist. (BRB Nr. 5/2017). Der Zürcher Lehrplan 21 tritt auf der Kindergarten- und der Primarstufe bis zur 5. Klasse im August 2018 und in der 6. Klasse und auf der Sekundarstufe I im August 2019 in Kraft.

## **Umsetzung der Schulraumstrategie**

Die Bildungsdirektion hat die Strategie «Schulrauminfrastruktur Sekundarstufe II» im Berichtsjahr planmässig weitergeführt. Mit der Raumstrategie soll längerfristig genügend Schulraum geschaffen werden, um die steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler aufzufangen.

Der Regierungsrat genehmigte die Strategie für die Region Winterthur und Umgebung und bildet damit die Grundlage für den künftigen Ausbau für die Mittelschulen und die Berufsfachschulen in Winterthur. In Urdorf ist die Erweiterung der Kantonsschule in Planung, nachdem der Architekturwettbewerb abgeschlossen wurde. Für die Berufsbildungsmeile im Kreis 5 in Zürich ist der Projektwettbewerb für die Baugewerbliche Berufsfachschule ausgeschrieben. Nach dem Beschluss des Kantonsrates zur Errichtung von neuem Schulraum im Scheller-Areal Wetzikon konnte mit der Umsetzung begonnen werden. In Uetikon am See sind die Bauarbeiten für das Mittelschulprovisorium angelaufen und die Gebietsplanung zur Arealentwicklung für den Neubau am rechten Zürichseeufer ist gestartet. Der Regierungsrat hat den Kaufvertrag zum AuPark bewilligt und damit grünes Licht gegeben für die geplante Mittelschule am linken Seeufer in Wädenswil. Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt, dass der Gestaltungsplan genehmigt wird und der Kantonsrat der Gründung der Mittelschule zustimmt.

## **E-Government-Portal für Lehrbetriebe eingeführt**

Das neue Lehrbetriebsportal ist seit 1. Juni des Berichtsjahres über die E-Government-Plattform des Kantons Zürich verfügbar. Über das Online-Portal können Lehrbetriebe jederzeit Lehrstellen im Lehrstellennachweis (LENA) ausschreiben, Lehrverträge erfassen, Daten des Lehrbetriebs, der Berufsbildungsverantwortlichen und der Lernenden mutieren, ihre Lernenden zum Qualifikationsverfahren anmelden und Beiträge des kantonalen Berufsbildungsfonds einfordern. Bis zum Ende des Jahres haben sich 3500 der ungefähr 10000 aktiven Lehrbetriebe im Portal registriert.

## **Nachholen eines Berufsabschlusses**

Wenn Erwachsene einen Berufsabschluss erwerben möchten, hatten sie bislang kein Beratungsangebot, das auf ihre spezifischen Bedürfnisse ausgerichtet war. Mit dem Projekt «Nach- und Höherqualifizierung im Rahmen der beruflichen Grundbildungen» werden nun Rahmenbedingungen geschaffen, die kundenfreundlich und auf die Bedürfnisse von Erwachsenen zugeschnitten sind. Interessierte Personen werden von einer spezialisierten Fachstelle beraten und begleitet. Die Anrechnung von Bildungsleistungen, die bereits erbracht wurden, wird unter Einbezug der Branchen pro Beruf standardisiert festgelegt und im abschliessenden Qualifikationsverfahren werden die fehlenden Kompetenzen geprüft. Um die Prüfung erfolgreich zu bestehen, gibt es spezifische Angebote zur Prüfungsvorbereitung. Das Zürcher Projekt ergänzt das nationale Projekt «Berufsabschluss und Berufswechsel für Erwachsene» des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation. Mit der Eröffnung der Fachstelle «Berufsabschluss für Erwachsene» im biz Oerlikon im Januar 2018 wird ein Meilenstein erreicht.

## **Erklärungen für Austritte während der Probezeit im Gymnasium**

Die Bildungsdirektion ist in einer Untersuchung der Frage nachgegangen, welche Faktoren wichtig sind, damit eine Schülerin oder ein Schüler die Probezeit in einem Zürcher Gymnasium erfolgreich durchläuft. Die Ergebnisse zeigen, dass die Aufnahmeprüfung ein guter Indikator dafür ist, wer die Probezeit besteht. Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, haben mehr Mühe, die Probezeit zu bestehen. Keinen Einfluss auf das Bestehen der Probezeit hat die Klassengrösse oder die Länge des Schulweges. Die Ergebnisse wurden anlässlich einer Medienkonferenz im Mai der Öffentlichkeit präsentiert. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Gymnasien bereits erste Massnahmen getroffen. Sie bieten vermehrt Aufgabenhilfen und Coachings an und arbeiten im Rahmen des Projekts VSGYM eng mit der Volksschule zusammen.

## **Zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin an der Universität Zürich**

Die Universität Zürich (UZH) hat im Studiengang Humanmedizin die Kapazitäten erhöht. Unter Beteiligung der universitären Spitäler Zürich, der ETH Zürich, der Universitäten St. Gallen, Luzern und Tessin sowie weiterer Lehr- und Partnerspitäler wurde dazu das Netzwerk Humanmedizin gebildet. Der Regierungsrat hat im März des Berichtsjahres der Netzwerkbildung zugestimmt. Damit wurde die Aufnahmekapazität für den Studiengang Humanmedizin ab Studienjahr 2017/2018 im Bachelor definitiv um 72 Plätze und ab Studienjahr 2020/2021 im Master um 65 Plätze erhöht (RRB Nr. 738/2016).

## **Universitäre Medizin Zürich (UMZH) gestärkt**

Mit dem Projekt Universitäre Medizin Zürich (UMZH) stärkt die Bildungsdirektion die universitäre Medizin am Standort Zürich, zusammen mit den zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten. Das Projekt ist zurzeit in der Umsetzungsphase. Der Kantonsrat hat die erforderliche Anpassung des Universitätsgesetzes vorgenommen. Das im Rahmen des Projekts erarbeitete Koordinationsmodell wird umgesetzt. Die

Verordnung über die Forschung und Lehre der Universität im Gesundheitsbereich (LS 415.16) wird diesbezüglich revidiert; die Inkraftsetzung ist für den 1. August 2018 vorgesehen. Die Stelle des Direktors oder der Direktorin Universitäre Medizin wurde ausgeschrieben.

#### **Änderung des bisherigen Jugendheimgesetzes**

Nachdem das Bundesgericht in einem Urteil von 2016 zum Schluss gekommen ist, Eltern seien gestützt auf das bisherige Jugendheimgesetz nicht zur Mitfinanzierung der Unterbringung ihrer Kinder in staatsbeitragsberechtigten Kinder- und Jugendheimen verpflichtet, hat der Kantonsrat am 23. Januar des Berichtsjahres eine Änderung des geltenden Jugendheimgesetzes beschlossen. Diese Änderung sieht vor, dass bei Platzierungen in beitragsberechtigten Kinder- und Jugendheimen die Eltern lediglich Schuldner der Versorger- taxe sind, die von der Bildungsdirektion festgelegt wird. Die übrigen Kosten übernimmt der Kanton. Wenn die Eltern wirtschaftlich nicht in der Lage sind, die Versorgertaxe zu bezahlen, hat die sozialhilferechtlich zuständige Gemeinde die Kosten zu tragen. Gegen diese Gesetzesänderung erhoben 67 Gemeinden das Gemeindereferendum. Am 24. September des Berichtsjahres stimmte das Volk des Kantons Zürich der Gesetzesänderung zu. Ab 2018 ist damit die langjährige Praxis der gemeinsamen Finanzierung von Kinder- und Jugendheimplatzierungen durch Kanton, Gemeinden und Eltern gesetzlich verankert.

#### **Verabschiedung des neuen Kinder- und Jugendheim- gesetzes (KJG)**

Am 27. November des Berichtsjahres hat der Kantonsrat das neue Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) verabschiedet, das die Planung und Finanzierung eines bedarfsgerechten Angebots an ergänzenden Hilfen zur Erziehung im Kanton neu regelt.

# Legislaturziele

## Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
<b>RRZ 2.1</b>	<b>Qualitativ gute und bedarfsgerechte Bildungsangebote sind sichergestellt.</b>		
RRZ 2.1a	Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen	7200	2019
RRZ 2.1b	Die Lehrmittelplanung und -entwicklung auf die Anforderungen des neuen Lehrplans ausrichten und digitale Lehr- und Lernmedien entwickeln	7100	2019
RRZ 2.1c	Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen	7200	2019
RRZ 2.1d	Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben	7200	2019
RRZ 2.1e	Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern	7200	2019
RRZ 2.1f	Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen	7000	2019
RRZ 2.1g	Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen	7000	2019
RRZ 2.1h	Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen	7306	2019
		7301	2019
		7050	2019
<b>RRZ 2.2</b>	<b>Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.</b>		
RRZ 2.2a	Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)	7401	2019
RRZ 2.2b	Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	7401	2019
RRZ 2.2c	Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	7401	2019
RRZ 2.2d	In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren	7406	2019
		7050	2019
		7401	2019
RRZ 2.2e	Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern	7301	2019
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
<b>BI 2.3</b>	<b>Eine bedarfsgerechte Infrastruktur für morgen sicherstellen.</b>		
BI 2.3a	Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen	7301	2019
BI 2.3b	Die Planung Hochschulgebiet Zürich und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Winterthur umsetzen	7050	2022
BI 2.3d	Die Handlungsfelder der Schulrauminfrastruktur der Sekundarstufe II weiterbearbeiten	7050	2019

## Gesellschaft und Soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
<b>RRZ 5.1</b>	<b>Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.</b>		
RRZ 5.1c	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken	7501	2019
RRZ 5.1d	Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten	7200	2019
RRZ 5.1e	Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern	7200	2019
		7000	2019
RRZ 5.1f	Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen	7306	2019
<b>RRZ 5.2</b>	<b>Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.</b>		
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	7000	2019

## Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
<b>RRZ 8.1</b>	<b>Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.</b>		
RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	7501	2019
RRZ 8.1d	Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern	7306	2019
RRZ 8.1e	Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren	7301 7306	2019 2019
RRZ 8.1f	Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tages-schulen fördern	7200	2019
<b>RRZ 8.2</b>	<b>Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.</b>		
RRZ 8.2c	Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren	7000	2019
RRZ 8.2d	Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln	7406	2019
		7401	2019
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
<b>BI 8.1</b>	<b>Mehr Fachkräfte ausbilden und Talente fördern</b>		
BI 8.1a	Inländisches Fachkräftepotential in Kooperation mit der Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern).	7000	2019
BI 8.1b	Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)	7000	2019
BI 8.1c	Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7306	2019
BI 8.1d	Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden.	7306	2019
BI 8.1e	Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken.	7306	2019
BI 8.1f	Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7301	2019
BI 8.1g	Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)	7301	2019

## Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
<b>RRZ 10.1</b>	<b>Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.</b>		
RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	7000	2019
<b>RRZ 10.2</b>	<b>Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.</b>		
RRZ 10.2g	Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten	7000	2019

# Finanzierung

## Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	772.4	786.4	<b>862.3</b>	75.9	9.6
Aufwand	-3253.6	-3333.0	<b>-3367.3</b>	-34.4	-1.0
- Kreditübertragungen aus 2016		-11.7			
- Nachtragskredit		-49.5			
Saldo	-2481.2	-2546.6	<b>-2505.1</b>	41.5	1.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	14.4	10.3	<b>6.2</b>	-4.1	-39.9
Ausgaben	-143.6	-267.3	<b>-177.7</b>	89.6	33.5
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.7			
Saldo	-129.2	-257.0	<b>-171.5</b>	85.5	33.3

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
41.5		Abweichungen total R17 zu B17
26.3	7306	- Einmalig tiefere Staatsbeiträge bei der Berufsbildung aufgrund einer von der Finanzkontrolle empfohlenen Anpassung bei der Abgrenzungsmethode.
20.8	7402	- Auflösung von Rückstellungen für Teuerungszulagen von Renten aufgrund einer mit Bundesgerichtsurteil vom 4. September 2017 letztinstanzlich abgewiesenen Klage der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse für Professoren der Universität Zürich (WWPK).
9.7	7406	- Im Berichtsjahr verzögerte bzw. nicht realisierte Projekte sowie verzögerte Stellenbesetzungen infolge Fachkräftemangel bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
9.2	7406	- Tiefere Kostenbeiträge an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (7.2 Mio. Franken) und an die Pädagogische Hochschule Zürich (2 Mio. Franken).
5.5	7200	- Geringerer Personalaufwand bei den Volksschulen, insbesondere aufgrund tieferer Pensionskassenbeiträge.
5.4	7200	- Tiefere Kosten bei den Sonderschulen aufgrund umgesetzter Sparmassnahmen (Lü16) sowie infolge Rückforderungen im Rahmen des Projekts «Neues Finanzierungsmodell für Sonderschulen».
2.7	7306	- Höhere Pauschalbeiträge des Bundes an die Berufsbildung.
2.2	7301	- Auflösung von Rückstellungen für Mediothekarinnen und Mediothekare.
2.2	7301	- Geringerer Personalaufwand bei den Mittelschulen.
-5.8	7402	- Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten und dadurch höhere IUV-Beiträge.
-7.1	7306	- Bildung von Rückstellungen für Personalmassnahmen bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung (EB).
-14.8	7407	- Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen und dadurch höhere FHV-Beiträge.
-16.2	7501	- Mehraufwand insbesondere bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime. Für detailliertere Informationen siehe Leistungsgruppe Nr. 7501, Kinder- und Jugendheime.
1.4		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	<b>R17</b>	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	<b>-171.5</b>			
- Zürich, Universität Irchel, Chemische Institute, 5. Ausbaustufe	<b>-10.9</b>	191.2	43.7	147.5
- Uster, Kantonsschule Uster + Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU	<b>-24.4</b>	114.0	46.9	67.1
- Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtanierung Altbau mit Erweiterung	<b>-8.5</b>	73.0	20.6	52.4
- Winterthur, Kantonsschule Büelrain, Ersatz- und Ergänzungsbau	<b>-9.3</b>	54.4	14.4	40.0
- Zürich, Allgemeine Berufsschule Zürich, «Bildungsmeile» Sanierung und Anpassungen Schultrakt Sihlquai 87	<b>-9.9</b>	28.3	28.9	0.0
- Zürich, Universität Irchel, Y50, Instandsetzung Parkhaus Irchel	<b>-7.0</b>	24.4	9.1	15.3
- Zürich, Universität, Institut für Medizinische Mikrobiologie IMM, Neubau, Diagnostik, Gloriastrasse 28	<b>-7.0</b>	19.8	16.4	3.4
- Übrige	<b>-94.5</b>			

### Bemerkungen

Für weitere Informationen zur Investitionsrechnung siehe insbesondere Leistungsgruppe Nr. 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion.

# Personal- und Lohnstatistik

## Beschäftigungsumfang

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	15293.2	15517.0	<b>15364.3</b>	-152.7	-1.0

Δ abs.      LG      Begründungen

-152.7      Abweichungen total R17 zu B17

-131.1      7200      - Die Änderung des Arbeitszeitmodells auf der Kindergartenstufe führte zu einer Änderung der Lohnkategorie und der Anpassung des Beschäftigungsumfangs (-88 Stellen). Eine weitere Abweichung resultiert bei den Volksschulen durch den Basiseffekt der zu hohen Ausgangslage gegenüber dem Jahr 2016 (-53 Stellen) und zusätzlichen Stellen für Vikariate (+10 Stellen).

-21.6      - Übrige Abweichungen

## Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
7000 Bildungsverwaltung	-39540	-40324	<b>-40738</b>	-414	-1.0
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	<b>0</b>	0	
7100 Lehrmittelverlag	-4406	-4314	<b>-4626</b>	-312	-7.2
7200 Volksschulen	-216312	-227555	<b>-218544</b>	9011	4.0
7301 Mittelschulen	-264263	-261326	<b>-257083</b>	4243	1.6
7306 Berufsbildung	-216326	-224800	<b>-231652</b>	-6852	-3.0
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	<b>0</b>	0	
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	<b>0</b>	0	
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	<b>0</b>	0	
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	<b>0</b>	0	
7501 Kinder- und Jugendhilfe	-50428	-51850	<b>-51190</b>	660	1.3
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	-13252	-13603	<b>-13248</b>	355	2.6
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	<b>0</b>	0	
Total	-804527	-823772	<b>-817081</b>		

### Bemerkungen

7200 Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu gut 80% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand für kantonal angestellte Lehrpersonen (inkl. Schulleitungen) 2016 rund 1280.6 Mio. Franken und im Budget 2017 1284.6 Mio. Franken bzw. in der Rechnung 2017 1278.5 Mio. Franken.

## Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2017)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
7000 Bildungsverwaltung	399	264	135	165	234
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	0
7100 Lehrmittelverlag	45	25	20	37	8
7200 Volksschulen	16626	13107	3519	3822	12804
7301 Mittelschulen	3050	1615	1435	678	2372
7306 Berufsbildung	3055	1383	1672	582	2473
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	0
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	0
7501 Kinder- und Jugendhilfe	788	671	117	119	669
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	161	124	37	24	137
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	0
Total	24124	17189	6935	5427	18697

### Bemerkungen

7050, Diese Leistungsgruppen werden durch Personal in Ämtern und Abteilungen der Bildungsverwaltung administriert,  
7401, weshalb in diesen Leistungsgruppen keine Beschäftigten ausgewiesen werden.

7402,

7406,

7407,

7930

# Parlamentarische Vorstösse

## Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
25/2015	Lehrkräfte in zweiter Landessprache stärken (Postulat Moritz Spillmann, Ottenbach, Andreas Erdin, Wetzikon, und Rochus Burtscher, Dietikon)	Vorlage 5339 vom 29.03.2017	27.04.2015
43/2015	Bürokratieabbau in der Volksschule (Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, Jörg Kündig, Gossau, und Katharina Kull-Benz, Zollikon)	Vorlage 5345 vom 05.04.2017	29.06.2015
287/2013	Förderung der Berufsmaturität (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Werner Scherrer, Bülach, und Ralf Margreiter, Zürich)	Vorlage 5347 vom 12.04.2017	21.09.2015
144/2015	Jokertage für alle (Einzelinitiative Beat Brunner, Zürich)	Vorlage 5365 vom 17.05.2017	26.10.2015
172/2014	Anschlussquote in der beruflichen Grundbildung bis 2020 auf 95% erhöhen (Postulat Moritz Spillmann, Ottenbach, Andreas Daurù, Winterthur, und Susanna Rusca Speck, Zürich)	Vorlage 5359 vom 03.05.2017	16.11.2015
85/2014	Sprachen- und Kulturaustausch in der Schweiz für alle (Postulat Moritz Spillmann, Ottenbach, Jacqueline Peter, Zürich, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen)	Vorlage 5377 vom 23.08.2017	16.11.2015
158/2016	Moratorium für die Einführung des Lehrplan 21 (Einzelinitiative Katrin Meier, Zürich)	Vorlage 5418 vom 06.12.2017	29.08.2016

## Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
44/2015	Reduktion Angebot Berufsvorbereitungsjahre (Postulat Werner Scherrer, Bülach, Olivier Moïse Hofmann, Hausen a.A., und Dieter Kläy, Winterthur)	13.06.2016
46/2015	Attraktive und zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Schulleitung/Rektorinnen und Rektoren auf der Sekundarstufe II (Postulat Sabine Wettstein-Studer, Uster, Dieter Kläy, Winterthur, und Peter Vollenweider, Stäfa)	13.06.2016
67/2015	Überprüfung Organisation der Sonderpädagogik der Volksschule bezüglich Aufwand und Ertrag sowie Nachhaltigkeit des schulischen Erfolgs (Postulat Peter Ritschard, Zürich, Anita Borer, Uster, und Christoph Ziegler, Elgg)	19.09.2016
172/2017	PV-Anlage für die Kantonsschule Büelrain (Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Cornelia Keller, Gossau, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten)	25.09.2017



# 7000 Bildungsverwaltung

Die Unterstützung bei der Steuerung, Planung, Organisation und Koordination der vielfältigen Tätigkeiten der Bildungsdirektion ist eine zentrale Aufgabe des Generalsekretariats. Dazu wurden im Berichtsjahr wiederum zahlreiche Leistungen in den Bereichen Recht, Informatik, Finanzen, Bauten, Personal und Kommunikation erbracht. Die Bildungsdirektorin hat das Präsidium der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) im zweiten Jahr geführt. Im Auftrag der Bildungsdirektion wurde ein Bericht «Erklärungen für Austritte während der Probezeit im Gymnasium» erstellt. Dieser thematisiert die Austritte während der Probezeit an Zürcher Gymnasien. Der Monitoringbericht «Entwicklung der Berufsbildung im Kanton Zürich 2008–2017» umfasst eine Situationsanalyse der Zürcher Berufsbildung im Zeitraum zwischen 2008 und 2017. Der Bericht zeigt die Entwicklungen in der dualen Berufsbildung seit Inkraftsetzung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz (EG BBG) im Jahr 2008 und wird im Februar 2018 publiziert.

Ende März wurde mit dem Kanton Bern eine Zusammenarbeitsvereinbarung zur Nutzung des Systems BISS der Bildungsstatistik Zürich unterzeichnet. Mit dem System BISS werden bereits heute die Daten von vier Kantonen verarbeitet, zusammen mit dem Kanton Bern entspricht das künftig 35% des Gesamtvolumens der Statistik der Lernenden (SDL) der Schweiz. Die Fachstelle für Schulbeurteilung (FSB) hat mit dem Beginn des Schuljahres 2016/2017 den 3. Evaluationszyklus gestartet. Im Berichtsjahr hat die Fachstelle rund 100 Regelschulen der Primar- und Sekundarschule evaluiert. Besonders gut haben die untersuchten Schulen in den Bereichen Schulgemeinschaft, Unterrichts- und Klassenführung, Zusammenarbeit mit den Eltern und der Schulführung abgeschlossen. Entwicklungspotenzial haben die Evaluatorinnen und Evaluatoren vor allem in den Bereichen Qualitätssicherung und -entwicklung sowie in der Beurteilung der Schülerinnen und Schüler festgestellt.

## Aufgaben

- A1 Die Bildungsverwaltung steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- A2 Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zu Händen von Regierungs- und Kantonsrat.
- A3 Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- A4 Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- A5 Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und führt die Kinder- und Jugendhilfe- sowie Berufsinformationszentren.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten	A1, A3	6	6	<b>6</b>	0	0.0
L2	Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen	A1, A3	6	2	<b>2</b>	0	0.0
L3	Anzahl Leistungsgruppen (inkl.9690/9600/9710/9720/9740)	A1	18	18	<b>18</b>	0	0.0
L4	Anzahl strategische Projekte	A1, A3	13	18	<b>18</b>	0	0.0
L5	Beschäftigungsumfang administrierte MitarbeiterInnen (BU)	A5	15293.4	15519	<b>15486.9</b>	-32.1	-0.2
L6	Anzahl Erlasse in Bearbeitung	A1, A2, A5	9	5	<b>10</b>	5	100.0
L7	Anzahl eingegangene Rekurse	A5	192	230	<b>219</b>	-11	-4.8
L8	Anzahl erledigte Rekurse	A5	233	240	<b>219</b>	-21	-8.8
L9	Anzahl eingegangene parlamentarische Vorstösse	A2	32	39	<b>30</b>	-9	-23.1
L10	Anzahl erledigte parlamentarische Vorstösse	A2	34	41	<b>35</b>	-6	-14.6
L11	Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	A4	38	39	<b>42</b>	3	7.7
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %	A5	1.94	2.01	<b>2.01</b>	0.00	
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden in %	A1	6.7	6.6	<b>6.7</b>	0.1	

## Bemerkungen

- L1 Statistik der Lernenden (SdL), Statistik des Schulpersonals (SSP), Statistik der Bildungsabschlüsse (SBA), Erhebung zur Schul- und Berufswahl (SOS/SBW), Erhebung zu den Berufsvorbereitungsjahren (BVJ), Erhebung der Probezeitergebnisse an Mittelschulen (PZ)
- L2 PISA 2018 (Beitrag an nationale Erhebung), Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (EDK ÜGK)
- L8 Die Zahl der Erledigungen war etwas unter Budget, weil Vakanzen im Rechtsdienst bestanden.
- L11 Es gab einen Zuwachs bei den EDK-Gremien, im Hochschulbereich sowie eine Einsitznahme in den Koordinationsausschuss Digitalisierung in der Bildung.

- L5 Geringe Reduktion in den Volksschulen infolge Änderung des Arbeitszeitmodells auf der Kindergartenstufe sowie geringe Abnahme Beschäftigungsumfang Lehrpersonen Berufsbildung
- L6 Es wurden mehr Erlasse in Bearbeitung genommen, als zum Zeitpunkt des Abschlusses der KEF-Erstellung 2017–2020 definitiv absehbar war.

## Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>RRZ 2.1f Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen</b> In Zusammenarbeit der Kantone St. Gallen und Zürich entsteht ein digitales Lernfördersystem für die 3. bis 9. Klassen, das die Lehrpersonen im Schulalltag mit Orientierungstests, Standortbestimmungen, einem Aufgabenpool und Planungstools bei der individuellen Förderung unterstützt. Im Schuljahr 2017/2018 werden erste Versionen des digitalen Lernfördersystems einem Praxistest unterzogen.	Planmässig	2019
<b>RRZ 2.1g Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen</b> Die Unterstützung der Schulen und Heime im Bereich «Sicherheit und Krisenmanagement» ist ein Schwerpunkt des Beauftragten Massnahmen Jugendgewalt. Im Berichtsjahr wurden dazu verschiedene Weiterbildungsmodule angeboten.	Planmässig	2019
<b>RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern</b> Für den Frühbereich wurde ein Fachkonzept «Frühe Sprachbildung» veröffentlicht. Entsprechende Weiterbildungsmodule zur Ausbildung der Fachfrauen/Fachmänner Kinderbetreuung wurden durchgeführt. Mit der Erstellung von Kurzfilmen für Eltern zur frühen Sprachbildung wurde begonnen.	Planmässig	2019
<b>RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren</b> Im Controllingbericht des Regierungsrates wurde die Zuständigkeit der Bildungsdirektion für dieses Geschäft aufgehoben (RRB Nr. 219/2017).	Verzicht	2019
<b>RRZ 8.2c Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren</b> Die Arbeiten erfolgen planmässig.	Planmässig	2019
<b>RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen</b> Mit RRB Nr. 1248/2017 wurde der Verzicht einer Eigentümerstrategie für die Zürcher Hochschulen beschlossen.	Planmässig	2019
<b>RRZ 10.2g Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten</b> Die Arbeiten erfolgen planmässig.	Planmässig	2019
<b>BI 8.1a Inländisches Fachkräftepotential in Kooperation mit der Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern).</b> Die Massnahme betrifft alle Leistungsgruppen der Bildungsdirektion. Umsetzungsschritte sind den Berichterstattungen der einzelnen Leistungsgruppen zu entnehmen.	Planmässig	2019
<b>BI 8.1b Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)</b> Die Pädagogische Hochschule Zürich erstellt derzeit ein Konzept, um die Zahl der Studierenden insbesondere im Studiengang Kindergarten-/Unterstufe zu erhöhen.	Planmässig	2019

## Personal

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	312.5	306.6	<b>311.5</b>	5.0	1.6

Bemerkungen R17 zu B17

5.0 Einsatz von befristet Angestellten und Schwankungen bei Stellenbesetzungen

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	17.8	21.5	<b>20.1</b>	-1.3	-6.3
Aufwand	-79.2	-86.5	<b>-81.8</b>	4.7	5.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.9			
Saldo	-61.3	-65.0	<b>-61.7</b>	3.3	5.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.7	-1.7	<b>-0.4</b>	1.2	73.3
Saldo	-0.7	-1.7	<b>-0.4</b>	1.2	73.3

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.3		Abweichungen total R17 zu B17
3.1	A1, A5	- Minderausgaben beim Lotteriefonds Bildungsbereich
0.3	A5	- Geringere Abschreibungen infolge reduzierter Investitionen vor allem im Informatikbereich
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.7	<b>-0.4</b>	1.2	
- Informatikinvestitionen	-1.7	<b>-0.4</b>	1.3	- Im Amt für Jugend und Berufsberatung sowie in geringem Mass im Generalsekretariat wurde weniger in die Bereiche Mobiliar sowie Hard-/Software investiert infolge geringerer Ersatzanschaffungen sowie verzögerter geplanter Hard-/Software-Investitionen
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
883000	0	<b>0</b>	883000	0

## Gesamtübersicht Lernendenzahlen

	Total 2016 <sup>2</sup>	Total 2017	Anzahl	Frauen %	Anzahl	Ausländer/innen %	Anzahl	Öffentliche Schulen %
<b>Vorschulstufe</b>	<b>31 973</b>	<b>32 460</b>	<b>15 707</b>	<b>48.4%</b>	<b>9 252</b>	<b>28.5%</b>	<b>30 552</b>	<b>94.1%</b>
Regelkindergarten	30 925	31 293	15 267	48.8%	8 683	27.7%	29 863	95.4%
Integrierte Sonderschulung	365	420	128	30.5%	148	35.2%	420	100.0%
Separierte Sonderschulung	220	269	82	30.5%	116	43.1%	269	100.0%
Alternativer Kindergarten <sup>3</sup>	463	478	230	48.1%	305	63.8%	0	0.0%
<b>Primarstufe</b>	<b>87 379</b>	<b>89 274</b>	<b>43 270</b>	<b>48.5%</b>	<b>23 995</b>	<b>26.9%</b>	<b>84 628</b>	<b>94.8%</b>
Primarschule	81 569	83 537	41 166	49.3%	21 017	25.2%	80 874	96.8%
Integrierte Sonderschulung	1 779	1 857	602	32.4%	766	41.2%	1 857	100.0%
Besondere Klassen <sup>4</sup>	610	561	212	37.8%	394	70.2%	494	88.1%
Separierte Sonderschulung	1 470	1 411	369	26.2%	543	38.5%	1 403	99.4%
Alternativer Lehrplan <sup>3</sup>	1 951	1 908	921	48.3%	1 275	66.8%	0	0.0%
<b>Sekundarstufe I</b>	<b>41 765</b>	<b>42 373</b>	<b>20 671</b>	<b>48.8%</b>	<b>10 300</b>	<b>24.3%</b>	<b>38 700</b>	<b>91.3%</b>
Sekundarschule	31 303	31 716	15 472	48.8%	7 441	23.5%	29 694	93.6%
Integrierte Sonderschulung	623	663	225	33.9%	298	44.9%	663	100.0%
Besondere Klassen <sup>4</sup>	531	455	133	29.2%	344	75.6%	352	77.4%
Separierte Sonderschulung	941	978	319	32.6%	341	34.9%	952	97.3%
Gymnasien	7 081	7 262	3 877	53.4%	1 106	15.2%	6 860	94.5%
Übrige Mittelschulen <sup>5</sup>	180	179	73	40.8%	20	11.2%	179	100.0%
Alternativer Lehrplan <sup>3</sup>	1 106	1 120	572	51.1%	750	67.0%	0	0.0%
<b>Sekundarstufe II</b>	<b>59 623</b>	<b>60 152</b>	<b>28 202</b>	<b>46.9%</b>	<b>11 480</b>	<b>19.1%</b>	<b>53 776</b>	<b>89.4%</b>
Brückenangebote	2 244	2 229	1 010	45.3%	963	43.2%	1 972	88.5%
Gymnasien	9 291	9 360	5 224	55.8%	1 197	12.8%	8 327	89.0%
Übrige Mittelschulen <sup>6</sup>	1 444	1 644	1 022	62.2%	171	10.4%	1 427	86.8%
Berufslehren <sup>7</sup> (inkl. BMS I)	42 937	43 106	19 077	44.3%	8 105	18.8%	40 073	93.0%
Anlehren	181	199	69	34.7%	67	33.7%	199	100.0%
BMS II (nach Lehrabschluss)	2 081	2 206	1 147	52.0%	153	6.9%	1 570	71.2%
Sonderschulen	217	208	80	38.5%	71	34.1%	208	100.0%
Alternativer Lehrplan <sup>3</sup>	1 228	1 200	573	47.8%	753	62.8%	0	0.0%
<b>Tertiärstufe</b>	<b>67 445</b>	<b>69 725</b>	<b>37 268</b>	<b>53.4%</b>	<b>11 447</b>	<b>16.4%</b>	<b>58 192</b>	<b>83.5%</b>
Vorbereitung Berufsprüfung	5 939	6 178	2 596	42.0%	858	13.9%	3 443	55.7%
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	1 124	1 057	268	25.4%	122	11.5%	596	56.4%
Höhere Fachschule HF	7 509	8 499	4 032	47.4%	1 553	18.3%	4 475	52.7%
Übrige Fachausbildung	4 096	4 323	2 838	65.6%	753	17.4%	1 743	40.3%
Fachhochschulen <sup>8</sup>	22 494	23 196	12 406	53.5%	2 898	12.5%	21 463	92.5%
Universität <sup>9</sup>	26 283	26 472	15 128	57.1%	5 263	19.9%	26 472	100.0%
<b>Total</b>	<b>288 185</b>	<b>293 984</b>	<b>145 118</b>	<b>49.4%</b>	<b>66 474</b>	<b>22.6%</b>	<b>265 848</b>	<b>90.4%</b>

<sup>1</sup> Stichtage 15.9.2016 bzw. 15.9.2017

<sup>2</sup> Die Angaben für 2016 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

<sup>3</sup> Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z.B. ausländische Schulprogramme, Rudolf Steiner Schulen)

<sup>4</sup> inkl. Aufnahmeklassen Asyl

<sup>5</sup> Handelsmittelschule

<sup>6</sup> Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

<sup>7</sup> Berufliche Grundbildung Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössisches Berufsatest (EBA)

<sup>8</sup> Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule Schweiz und der Fernfachhochschule Schweiz)

<sup>9</sup> Uni Zürich inkl. MAS

# 7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion

Die Umsetzung der Instandsetzung und Erweiterung des Bildungszentrums in Uster, die Instandsetzung und Erweiterung des Bildungszentrums Zürich, der Ersatzneubau der Kantonsschule Büelrain und der Neubau der 5. Baustufe des Campus Irchel konnten vorangetrieben werden. Die Instandsetzungen des Schulhauses für die Berufsschule Mode und Gestaltung an der Ackerstrasse 30 sowie der Neubau an der Plattenstrasse für die Universität und der Bau des Provisoriums für die neue Mittelschule in Uetikon am See wurden gestartet. Das Museum für Gestaltung wurde instand gesetzt. Im Weiteren wurde das Provisorium des Institutes für Medizinische Mikrobiologie an der Gloriastrasse 28 in Betrieb genommen und die Instandsetzung des Giacomettibaus an der Gloriastrasse 30 abgeschlossen.

Für die neue Mittelschule am linken Zürichseeufer wurde der Standortentscheid getroffen und der Kaufvertrag für das entsprechende Grundstück abgeschlossen. Der Wettbewerb für die Erweiterung der Kantonsschule Limmattal wurde abgeschlossen und die Projektierung gestartet.

Ebenfalls mit der Projektierung gestartet wurde die umfangreiche Gesamtinstandsetzung für die Kantonsschule Zürich Nord. Die Projektierung für das Laborgebäude der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Wädenswil ist in Bearbeitung, der Antrag für die Bewilligung des Mietvertrages und des Ausbaus wurden dem Kantonsrat überwiesen. Ebenfalls dem Kantonsrat überwiesen wurde der Antrag für die Errichtung eines Mehrzweckgebäudes für die Berufsschule in Rüti. Die Projekte im Sulzer-Areal Winterthur sind auf Kurs. Der Kantonsrat hat der Anmiete des «Scheller-Areals» in Wetzikon zugestimmt, die Realisierung erfolgt planmässig.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Wettbewerbe ausgeschrieben: auf dem Entwicklungssperimeter «Bildungsmeile» im Bereich Hafner-/Limmatstrasse für den Neubau für die Baugewerbliche Berufsschule, in Winterthur für die erste Etappe auf dem Technikumareal der ZHAW sowie für den Neubau des «Forums UZH» auf dem Wässerwies Areal in Zürich.

## Aufgaben

- A1 Wahrnehmung der Investoreninteressen, Ausübung des finanziellen Controlling, Unterstützung in der strategischen Steuerung der Hochbauinvestitionen sowie die Sicherstellung des Werterhalts der Gebäude im Verwaltungsvermögen der Bildungsdirektion für die selbstständigen Anstalten, die Hochbauten der Mittelschulen, der Berufsschulen, Kinder- und Jugendhilfe sowie dem Zentrum für Gehör und Sprache.
- A2 Optimierung der Investitionspolitik, insbesondere optimale Mittelallokation auf die Hochbauprojekte
- A3 Führen der Anlagenbuchhaltung im Hochbau

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl im Jahr bewilligte Projekte >20 Mio. Franken	A1	1	3	<b>1</b>	-2	-66.7
L2	Anzahl im Jahr bewilligte Projekte >1 Mio. Franken	A1	14	7	<b>14</b>	7	100.0
L3	Anzahl im Jahr bewilligte Projekte <1 Mio. Franken	A1	70	70	<b>81</b>	11	15.7
L4	Anzahl im Jahr abgerechneter Projekte (Kreditabrechnungen)	A2	111	90	<b>99</b>	9	10.0
W1	Ausnützungsgrad der Budgets (verwendete Mittel zu verfügbare Mittel)	A2	67	>80%	<b>70</b>		

### Bemerkungen

- L1 Bei zwei Projekten wurde im Berichtsjahr mit einem Beschluss durch den Kantonsrat gerechnet. Die Projekte wurden dem Kantonsrat überwiesen, aber noch nicht beschlossen.
- L2 Die Abweichung ist das Resultat schnellerer Entscheidungsprozesse und konsequenter Projektleitung.
- L3 Mehrbedarf an dringlichen Instandsetzungsmassnahmen, wie Sofortmassnahmen bei undichten Dächern und gebäudetechnischen Installationen sowie einem Brandfall
- L4 Abbau von pendenten Kreditabrechnungen im Bereich Mittel- und Berufsfachschulen
- W1 Abweichung des Budgetausnützungsgrades infolge Terminverzügen, Änderungen in der Projektabwicklung, Projektüberarbeitungen, rascherer Projektabwicklungen und Projektabschlüssen unter Budget

## Entwicklungsschwerpunkte

### RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Die Ausarbeitung der regionalen Entwicklungsstrategien als Grundlage für die Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Kapazitäten ist auf Kurs. Auf der Grundlage dieser Strategien werden die notwendigen Massnahmen priorisiert und die Mittel eingestellt.

Stand bis  
Planmässig 2019

### RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Im Berichtsjahr konnte eine Vielzahl an Projekten umgesetzt oder begonnen werden. Grossvorhaben wurden weiterentwickelt. Die Wettbewerbe für das Forum UZH und das Technikumareal der ZHAW in Winterthur wurden gestartet.

Planmässig 2019

**BI 2.3b Die Planung Hochschulgebiet Zürich und Irchel 5 vorantreiben sowie die Planung Winterthur umsetzen**

Siehe RRZ 2.2d

Planmässig 2022

**BI 2.3d Die Handlungsfelder der Schulrauminfrastruktur der Sekundarstufe II weiterarbeiten**

Siehe RRZ 2.1d

Planmässig 2019

**7050 2a Das Mietermodell im Immobilienbereich einführen**

Die Leitung der Einführung liegt beim Immobilienamt. Die Vorbereitungen für die notwendigen organisatorischen Anpassungen aufseiten Bildungsdirektion verlaufen planmässig.

Planmässig 2019

**7050 2b Das Delegationsmodell für die Universität Zürich umsetzen**

Die Einführung des Delegationsmodells ist auf Anfang 2019 vorgesehen.

Planmässig 2018

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag	165.6	167.9	<b>171.2</b>	3.3	1.9
Aufwand	-166.9	-171.9	<b>-175.2</b>	-3.3	-1.9
Saldo	-1.3	-3.9	<b>-3.9</b>	-0.0	-0.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	13.7	9.5	<b>5.7</b>	-3.8	-40.4
Ausgaben	-124.8	-230.5	<b>-159.6</b>	70.9	30.8
Saldo	-111.1	-221.0	<b>-153.9</b>	67.1	30.4

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	R17	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-221.0	<b>-153.9</b>	67.1	
- Winterthur, ZHAW, Umsetzung Entwicklung Standort Winterthur Technikum. Etappen 1a - 1c	-1.0	<b>0.0</b>	1.0	- Minderausgaben aufgrund Projektverzögerung, Wettbewerb wurde begonnen
- Zürich, Universität Irchel, Chemische Institute, 5. Ausbauetappe	-50.0	<b>-10.9</b>	39.1	- Minderausgaben aufgrund notwendiger Projektüberarbeitung mit entsprechendem Terminverzug
- Uster, Kantonsschule Uster + Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU	-20.0	<b>-24.4</b>	-4.4	- Mehrausgaben aufgrund eines schnelleren Realisierungsfortschritts
- Zürich, Kantonsschule Zürich Nord, Gesamtsanierung und Erweiterung	-1.0	<b>0.0</b>	1.0	- Minderausgaben aufgrund einer Projektverzögerung; Auswahlverfahren wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, Projekt nun auf Kurs
- Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtsanierung Altbau mit Erweiterung	-13.0	<b>-8.5</b>	4.5	- Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung
- Wädenswil, ZHAW, Grüntal Entwicklung 17-28/Kleinprojekte Instandsetzungen Umbauten	-3.0	<b>-0.2</b>	2.8	- Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung
- Winterthur, Kantonsschule Büelrain, Ersatz- und Ergänzungsbau	-10.0	<b>-9.3</b>	0.7	- Realisierung auf Kurs
- Urdorf, Kantonsschule Limmattal, Erweiterung mit Ersatzneubau und Turnhalle	-1.0	<b>0.0</b>	1.0	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung; Wettbewerb wurde im Berichtsjahr abgeschlossen; Projekt nun auf Kurs
- Winterthur, Kantonsschule Im Lee, Gesamtinstandsetzung/Dachausbau	-0.8	<b>-0.4</b>	0.4	- Minderausgaben aufgrund geringeren Kosten in der Phase Projektierung
- Zürich, Universität Irchel, Gebäude der 1. Bauetappe, Ertüchtigung der haustechnischen Anlagen	-5.1	<b>-1.3</b>	3.8	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- Winterthur, ZHAW Campus Technikum Sofortmassnahmen Instandhaltung aller Gebäude	-1.5	<b>-0.5</b>	1.0	- Minderausgaben aufgrund eines Minderbedarfs
- Wädenswil, ZHAW, Reidbach, Gebäude Shedhalle / diverse Projekte	-1.0	<b>0.0</b>	1.0	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen
- Wetzikon, Kantonsschule Zürcher Oberland, Sanierung Grosser Spezialtrakt	-1.0	<b>-1.0</b>	0.0	

- Zürich, Allgemeine Berufsschule Zürich, «Bildungsmeile» Sanierung und Anpassungen Schultrakt Sihlquai 87	-1.0	<b>-9.9</b>	-8.9	- Mehrausgaben aufgrund des Projektabschlusses
- Zürich, Universität, Audio-Video-Anlagen-Projekt	-2.0	<b>0.0</b>	2.0	- Minderausgaben aufgrund einer Verzögerung der Projektdefinition
- Zürich, Universität Irchel, Y50, Instandsetzung Parkhaus Irchel	-5.0	<b>-7.0</b>	-2.0	- Mehrausgaben aufgrund eines schnelleren Realisierungsfortschritts
- Zürich, Universität, Institut für Medizinische Mikrobiologie IMM, Neubau, Diagnostik, Gloriastrasse 28	-1.0	<b>-7.0</b>	-6.0	- Mehrausgaben aufgrund von schnellerem Projektfortschritt
- Zürich, Berufsschule Mode & Gestaltung, Gesamtanierung	-3.7	<b>-4.4</b>	-0.7	- Realisierung auf Kurs
- Übrige	-99.9	<b>-69.1</b>	30.8	- Verschiebungen infolge von Terminverzügen, Änderungen in der Projektabwicklung, Projektüberarbeitungen und Projektabschlüssen unter Budget im Bereich der Sekundarstufe II, der Universität und Fachhochschulen, im Besonderen in den folgenden aufgeführten Projekten:
- Universität				- +2 Mio. Franken Universität, Erweiterungsneubau Plattenstrasse, +6 Mio. Franken Universität Irchel, Multifunktionaler Laborneubau, +5.5 Mio. Franken Universität, botanischer Garten, stabilisierende Massnahmen Hörsaalgebäude, +2 Mio. Franken Universität, SOD, Instandsetzung Gebäude und Haustechnik
- Fachhochschulen				- +1 Mio. Franken Pädagogische Hochschule Zürich, +3.8 Mio. Franken ZHAW Umnutzung Flächen Reidbach
- Mittelschulen				- +2 Mio. Franken Neue Mittelschule Uetikon am See, Provisorium
- Berufsbildung				- +1.6 Mio. Franken Berufsschule Rüti, Mehrzweckgebäude mit Aulafunktion
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

# 7100 Lehrmittelverlag

Die Planung und Entwicklung von Lehrmitteln für die Volksschule verläuft bezogen auf die Anforderungen des neuen Lehrplans 21 und die Erfordernisse digitaler Lehr- und Lernmedien weiterhin positiv. Im Berichtsjahr konnte das didaktisch und digital entwickelte Französischlehrmittel «dis donc!» in der Primarschule eingeführt werden. Die Erarbeitung neuer Lehrmittel für Medien und Informatik und Ethik sind auf Kurs. In Angriff genommen wurde die Neuschaffung eines Lehrmittels für das Fach Deutsch. Dieses gehört zur ersten Generation von Lehrmitteln, die nach Freigabe des Lehrplans 21 aus einem Guss aufbauend vom Kindergarten bis zur Sekundarschule entsteht.

Für den Einsatz digitaler Lehr- und Lernmedien hat der LMVZ eine Lizenzplattform eingeführt. Digitale Lehr- und Lernformen sind integrale Bestandteile aller neuen Lehrmittel. Um den Herausforderungen des Marktumfeldes gerecht zu werden, beschloss der Kantonsrat am 11. April 2016 die Zustimmung zur Umwandlung des Lehrmittelverlags Zürich in eine Aktiengesellschaft. Der Regierungsrat beschloss am 13. Dezember des Berichtsjahres die Teilinkraftsetzung des Gesetzes über den Lehrmittelverlag. Dabei ermächtigte er die Bildungsdirektion, die privatrechtliche Aktiengesellschaft Lehrmittelverlag Zürich zu gründen. Der operative Start ist 2019 geplant.

## Aufgaben

- A1 Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung) sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung) mit dem Ziel der finanziellen Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.
- A2 Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung) in Fr. Mio.	A1, A2	11.7	14	<b>14.2</b>	0.2	1.4
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung) in Fr. Mio.	A1	12.1	11	<b>11.7</b>	0.7	6.4
B1	Ertrag pro Mitarbeitenden in Fr.	A1, A2	588494	633527	<b>626169</b>	-7358	-1.2
B2	Saldo pro Mitarbeitenden in Fr.	A1, A2	9265	126904	<b>34813</b>	-92091	-72.6
W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundenschaftsbefragung in %	A1, A2	94				
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundenschaftsbefragung in %	A1, A2	95				
W3	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale in %	A1	78	75	<b>77</b>	2	
W4	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen am Gesamtumsatz mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale in %	A1	93	90	<b>93</b>	3	
W5	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich in %	A1	58	70	<b>51</b>	-19	

## Bemerkungen

- L1, L2 Leicht höherer Umsatz, insbesondere bei den Kommissionsfabrikaten
- B2 Der höhere Aufwand führt zu einem per saldo deutlich geringeren Gewinn je Mitarbeitende/n.
- W1, W2 Es wurde keine neue Umfrage zur Zufriedenheit der Lehrkräfte durchgeführt. Eine solche erfolgt jeweils alle 3–4 Jahre und wurde letztmals 2016 durchgeführt. Deshalb keine Werte in R17 eingefügt.
- W5 Reduktion von Obligatorien im interkantonalen Lehrmittelsortiment sowie Sparmassnahmen bei Kantonen und Gemeinden.



**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**RRZ 2.1b Die Lehrmittelplanung und -entwicklung auf die Anforderungen des neuen Lehrplans ausrichten und digitale Lehr- und Lernmedien entwickeln**

Das Französischlehrmittel «dis donc!» ist in der Primarschule eingeführt worden. Die Erarbeitung neuer Lehrmittel für Medien und Informatik und Ethik wurden vorangetrieben. Mit der Erarbeitung eines neuen Lehrmittels für das Fach Deutsch wurde begonnen.

Planmässig 2019

**7100 2a Lehrmittelverlag Zürich als Aktiengesellschaft etablieren.**

Mit Beschluss Nr. 1211/2017 hat der Regierungsrat das Gesetz über den Lehrmittelverlag teilweise in Kraft gesetzt, den Gründungsverwaltungsrat gewählt und die Bildungsdirektion ermächtigt, die Aktiengesellschaft Lehrmittelverlag Zürich zu gründen. Die Gründung der Aktiengesellschaft ist für 2018 geplant. Der operative Start erfolgt 2019.

Planmässig 2018

**7100 2c Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen.**

Das Projekt wird planmässig auf das Schuljahr 2018/2019 eingeführt.

Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	40.5	39.4	<b>41.4</b>	2.0	4.9

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	23.8	25.1	<b>25.9</b>	0.8	3.3
Aufwand	-23.5	-20.1	<b>-24.5</b>	-4.4	-21.8
Saldo	0.4	5.0	<b>1.4</b>	-3.6	-71.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-0.8	<b>-0.1</b>	0.7	92.3
Saldo	-0.2	-0.8	<b>-0.1</b>	0.7	92.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.6		Abweichungen total R17 zu B17
0.6	A1	- Leichte Erhöhung des Umsatzes bei den Kommissionsfabrikaten
-0.4	A1	- Höherer Aufwand für die Weiterentwicklung der Unternehmenssoftware sowie und für die Etablierung des LMVZ als Aktiengesellschaft
-3.9	A1, RRZ 2.1b	- Erhöhter Aufwand für Lehrmittelkonzepte und Digitalisierung von Lehrmitteln, insbesondere bei den Lehrmitteln «dis donc!», Natur und Technik sowie Deutsch (-2.7 Mio. Franken) sowie höherer Aufwand für Einkauf Fremdfabrikate und Kommissionsware (-0.9 Mio. Franken)
0.1		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
0	0	0	0	0

# 7200 Volksschulen

Der Bildungsrat hat am 13. März des Berichtsjahres den Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich auf der Grundlage des Lehrplans 21 erlassen (BRB Nr. 4/2017). Gleichzeitig hat er die neue Lektionentafel unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse beschlossen. Der Zürcher Lehrplan 21 tritt auf der Kindergarten- und der Primarstufe bis zur 5. Klasse im August 2018 und in der 6. Klasse und auf der Sekundarstufe I im August 2019 in Kraft. Seit August 2017 stehen Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen zur Verfügung. Dazu gehören unter anderem Online-Lerneinheiten zum Zürcher Lehrplan 21 sowie der Grundlagenkurs Medien und Informatik. Die Schulleitungen besuchten von Juni bis September eine eineinhalbtägige obligatorische Weiterbildung.

Im Schuljahr 2017/2018 wurde für die Lehrpersonen der Volksschule ein neues Arbeitszeitmodell eingeführt (neudefinierter Berufsauftrag). Mit der Einführung der Jahresarbeitszeit soll eine Annäherung an das Arbeitszeitmodell des übrigen Staatspersonals erfolgen. Zur Unterstützung für die

Schulen wurden zahlreiche Materialien erarbeitet (Handbuch für die Schulleitungen, Planungstool, Hinweise für die Planung des Schuljahres). Zur Begleitung der Einführungsphase wurde gemeinsam mit den Verbandsvertretenden ein regelmässiger Austausch gepflegt, um anstehende Fragen zu klären.

Im Rahmen der Leistungsüberprüfung (Lü16) sieht der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage zur Kommunalisierung der Schulleitungen vor. Diese umfasst die vollständige Überführung der Schulleitungen in die Kompetenz der Gemeinden. Damit beschränkt sich der Kanton auf Mindestvorgaben für den Bestand und die Anstellung der Schulleitungen. Zudem ist vorgesehen, dass die im neuen Gemeindegesetz ermöglichte erhöhte Organisationsautonomie der Gemeinden auch in die Volksschulgesetzgebung einfließen und den organisatorischen Gestaltungsraum der kommunalen Schulträger erweitern soll. Zu dieser Gesetzesvorlage wurde im zweiten Halbjahr eine Vernehmlassung durchgeführt.

## Aufgaben

- A1 Unterricht von Volksschülern/Volksschülerinnen (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe) im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans
- A2 Unterricht von Sonderschülerinnen/Sonderschülern im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Unterrichtete Kindergartenschüler/innen	A1	29519	29929	<b>30057</b>	128	0.4
L2	Unterrichtete Primarschüler/innen	A1	79985	82020	<b>82167</b>	147	0.2
L3	Unterrichtete Sekundarschüler/innen	A1	29980	30048	<b>30495</b>	447	1.5
L4	- davon Anzahl unterrichtete integrierte Sonderschüler/innen (von L1-L3)	A2	2704	2879	<b>2839</b>	-40	-1.4
L5	Separierte Sonderschüler/innen	A2	2783	2826	<b>2821</b>	-5	-0.2
L6	Anzahl Volksschüler/innen, entspricht L1-L3	A1	139484	141997	<b>142719</b>	722	0.5
B1	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	A1	19.6	19.6	<b>19.4</b>	-0.2	-1.0
B2	Durchschnittliche VZE pro Kindergartenschüler/in	A1	0.05	0.05	<b>0.05</b>	0.00	0.00
B3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	A1	20.8	20.7	<b>20.7</b>	0.0	0.0
B4	Durchschnittliche VZE pro Primarschüler/in	A1	0.06	0.06	<b>0.06</b>	0.00	0.00
B5	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	A1	18.4	18.3	<b>18.3</b>	0.0	0.0
B6	Durchschnittliche VZE pro Sekundarschüler/in	A1	0.07	0.07	<b>0.07</b>	0.00	0.00
B7	Personalaufwand pro Volksschüler/in (exkl. sep. Sonderschüler/in) in Fr.	A1	11006	11158	<b>10842</b>	-316	-2.8
B8	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. sep. Sonderschüler/in) in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	A1, A2	2825	2924	<b>2818</b>	-106	-3.6
W1	Regelverlaufsquote Primarschule, %	A1	91.9	91.5	<b>91.7</b>	0.2	
W2	Anteil Schüler/innen mit einer Anschlusslösung an die Volksschule, %	A1	95.5	96.2	<b>96.5</b>	0.3	
W3	Anteil aller Schüler/innen mit Sonderschulstatus am Total aller Volksschüler/innen einschliesslich Sonderschüler/innen, %	A2	3.9	3.9	<b>3.9</b>	0.0	
W4	Anteil der in die Regelschule integrierten Sonderschüler/innen am Total aller Sonderschüler/innen mit Sonderschulstatus, %	A2	49.3	50.5	<b>50.2</b>	-0.3	

## Bemerkungen

- L4 Der Anstieg liegt leicht unter Budget. Der Anteil an integrierten Sonderschülerinnen und Sonderschülern stagniert erwartungsgemäss. Ein Beitrag dazu leisten die bei den Gemeinden durchgeführten Monitorings.
- L5 Trotz Schülerentwicklung ist die Anzahl separierter Schülerinnen und Schüler nicht gestiegen. Das ist auch einer verstärkten Tragfähigkeit der Regelschule zu verdanken.

- L6 Die Schülerentwicklung ist stärker als erwartet.  
 B7 Der tiefere Wert gegenüber dem Vorjahr und der Prognose begründet sich durch einen tieferen Personalaufwand, insbesondere tiefere Vorsorgebeiträge (Rotation).  
 B8 Der auch im Vergleich zu dieser Zahl tiefere Wert im Berichtsjahr begründet sich durch den geringeren Personalaufwand bei den Lehrpersonen der Regelschule (siehe auch B7), einmalige Effekte bei den Sonderschulen und erste positive Resultate aus der Leistungsüberprüfung 2016 (siehe auch Abweichungsbegründungen zur Erfolgsrechnung).  
 W2 Der positive Anstieg von 0.3% im Berichtsjahr kann auf das weiterhin erfreuliche Lehrstellenangebot, die präzisierte Erhebung durch die kantonale Bildungsstatistik sowie die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung zurückgeführt werden.  
 W4 Der Anteil integrierter Schülerinnen und Schüler mit Sonderschulstatus ist weniger angestiegen als erwartet. Dies lässt sich aber zurückführen auf die ebenfalls geringere Zunahme an Sonderschülerinnen und -schülern (siehe auch L4).

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### **RRZ 2.1a Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen**

Mit dem Lehrplan 21 setzen die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone Art. 62 der Bundesverfassung um und harmonisieren die Ziele der Schule. Der Bildungsrat hat am 13. März den Lehrplan für die Volksschule des Kantons Zürich auf der Grundlage des Lehrplans 21 erlassen (BRB Nr. 4/2017).

Planmässig 2019

### **RRZ 2.1c Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen**

Die Gesetzesvorlage zu den Tagesstrukturen und Tagesschulen wird vom Kantonsrat beraten. Parallel dazu wird die Entwicklung von Tagesschulen im Kanton Zürich beobachtet.

Planmässig 2019

### **RRZ 2.1d Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben**

Der Schulversuch ist 2013 gestartet. Im Berichtsjahr haben die zwölf Versuchsschulen den Fokus auf die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts gelegt. Das Projekt entwickelte dazu das Fachkonzept «Integrierte Sprachförderung auf der Kindergarten- und Primarstufe». Der Schlussbericht der Evaluation wird im Mai 2018 vorliegen. Bis feststeht, ob aufgrund des Schulversuchs gesetzliche Grundlagen angepasst werden sollen, haben die Versuchsschulen Planungssicherheit erhalten. Dazu hat der Regierungsrat den Schulversuch bis 2022 verlängert.

Planmässig 2019

### **RRZ 2.1e Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern**

Die Umsetzung in den Pilotschulen der Sekundarstufe verläuft planmässig. Die obligatorischen Weiterbildungen für die Lehrpersonen und eine Fachtagung im Herbst des Berichtsjahres wurden erfolgreich durchgeführt. Die externe Evaluation erstreckt sich über die drei Schuljahre 2016/2017 bis 2018/2019. Rund 1500 Schülerinnen und Schüler aus 91 1. Sekundarklassen haben an den ersten Erhebungen teilgenommen. Ein erster Zwischenbericht der externen Evaluation wird Ende 2018 erwartet.

Planmässig 2019

### **RRZ 5.1d Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten**

Bisher wurden 60 Monitorings oder ähnliche Verfahren durchgeführt. Dies umfasst rund drei Viertel der Schulgemeinden, die eine Sonderschulquote über 3,5% aufweisen.

Planmässig 2019

### **RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern**

In der Volksschule wurden der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und die Aufnahmeklassen ausgebaut. Die Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger verstärkten die Sprachförderung im Kindergarten und im Bereich des Schreibens.

Planmässig 2019

### **RRZ 8.1f Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tagesschulen fördern**

siehe RRZ 2.1c

Planmässig 2019

### **7200 2a Angebotsplanung des Sonderschulbereichs im Kanton Zürich**

Die Angebotsplanung für die Sonderschulung 2017/2018 bis 2019/2020 wurde verabschiedet und die Umsetzung mit den Sonderschulen vorbereitet.

Planmässig 2019

**7200 2h Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen**

Die Aktualisierungsarbeiten für Lernlupe (3. bis 6. Klasse) sind abgeschlossen und für Lernpass (7. bis 9. Klasse) in Arbeit. Eine Betaversion steht den Schulen im Schuljahr 2017/18 kostenlos zur Verfügung. Ab Schuljahr 2018/19 wird die kostenpflichtige Vollversion erhältlich sein. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen den Kantonen St. Gallen und Zürich im Bereich der Lernfördersysteme wird weiter ausgebaut. Die Einführung der Lernfördersysteme im Kanton Zürich wird in Zusammenarbeit zwischen dem Volksschulamt und der Pädagogischen Hochschule Zürich durchgeführt. Zusammen bilden Lernlupe und Lernpass ein durchgängiges Lernfördersystem für den 2. und 3. Zyklus gemäss Lehrplan 21.

Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	10915.0	11170.3	<b>11039.2</b>	-131.1	-1.2

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Die Abweichung begründet sich durch den Basiseffekt der zu hohen Ausgangslage gegenüber dem Jahr 2016 (-53 Stellen) und zusätzlichen Stellen für Vikariate (+10 Stellen). Die Änderung des Arbeitszeitmodells auf der Kindergartenstufe führte zu einer Änderung der Lohnkategorie und Anpassung des Beschäftigungsumfangs (-88 Stellen).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	23.7	14.0	<b>9.9</b>	-4.1	-29.0
Aufwand	-425.6	-436.5	<b>-420.1</b>	16.5	3.8
- Personalaufwand	-268.1	-278.4	<b>-272.8</b>	5.5	2.0
Saldo	-401.9	-422.5	<b>-410.1</b>	12.4	2.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-9.0	-9.5	<b>-7.8</b>	1.7	18.0
Saldo	-9.0	-9.5	<b>-7.8</b>	1.7	18.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
12.4		Abweichungen total R17 zu B17
5.5	A1	- Geringerer Anstieg des Personalaufwands, insbesondere aufgrund tieferer Pensionskassenbeiträge.
5.4	A2	- Kostenreduktion bei den Sonderschulen aufgrund einmaliger Effekte (Rückforderungen aus Überschüssen bei der pauschalen Leistungsabgeltung im Rahmen des Projekts «Neues Finanzierungsmodell für Sonderschulen») und aufgrund der umgesetzten Sparmassnahmen aus Lü16.
1.5	A1, A2	- Geringere Kosten bei der Spitalschulung aufgrund der Umsetzung der Sparvorgaben und einer neuen Vereinbarung mit der Gesundheitsdirektion bezüglich Kostenanteilen für die Spitalschulung von Schülerinnen und Schülern, die weder in der Volksschule noch in einer Berufs- oder Mittelschule sind.
1.4	A1, A2	- Tiefere Abschreibungen (0.7) und Personalleistungen (0.7)
-1.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-9.5	<b>-7.8</b>	1.7	
- Die Staatsbeiträge an Schulhausbauten sind auslaufend. Es konnten mehr Bauvorhaben zum Abschluss gebracht werden als erwartet (-1,3 Mio.). Diverse Bauvorhaben bei Sonderschulen haben sich verzögert und deren Kosten werden erst in den Folgejahren anfallen (+3.0).	-9.5	<b>-7.8</b>	1.7	
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

# 7301 Mittelschulen

Im Berichtsjahr schlossen erneut knapp 3000 Schülerinnen und Schüler eine kantonale Mittelschule mit der gymnasialen Maturität oder einem entsprechenden Abschluss an der Fachmittelschule, Handelsmittelschule oder Informatikmittelschule ab. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt arbeitete intensiv an der Umsetzung der Schulraumstrategie. Diese hat mit der Grundsteinlegung der neuen Kantonsschule in Uetikon am See und dem Antrag an den Kantonsrat zur Errichtung einer neuen Kantonsschule in Wädenswil zwei wichtige Meilensteine erreicht.

Im Berichtsjahr wurde zusammen mit zahlreichen Involvierten an der Stärkung der beiden Übergänge von der Volksschule ans Gymnasium (VSGYM) und vom Gymnasium an die Hochschule (HSGYM) gearbeitet. Beim Übergang von der Volksschule ans Gymnasium sind insbesondere die Analyse der Probezeitaustritte und die Stärkung des Dialogs zwischen den beiden Schulstufen zu vermerken. Beim Übergang vom Gymnasium an die Hochschule lag der Fokus bei der Umsetzung der vier Teilprojekte der Erziehungsdirektorenkonferenz zur Sicherung des allgemeinen Hochschulzugangs.

## Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
- A2 Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
- A3 Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und Berufsmaturität an Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
- A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
- A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die 'Passerelle' zur Hochschule

## Bemerkungen

- A5 Seit Sommer 2017 werden Vorbereitungskurs und Passerellenprüfung auch für Absolventen der Fachmaturität angeboten.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor	A1	1.95	1.94	<b>1.94</b>	0.00	0.00
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, welche in den Leistungsaufträgen finanziert werden	A1, A2, A3	16444	16440	<b>16490</b>	50	0.3
L3	Anzahl Lernende an Gymnasien und Fachmittelschulen	A1, A2	15785	15800	<b>15831</b>	31	0.2
L4	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Maturität	A1	411	420	<b>379</b>	-41	-9.8
B1	Nettoaufwand pro finanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.	A1, A2, A3	21930	21780	<b>21440</b>	-340	-1.6
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher zufrieden' in %.	A1	91.6				
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens 'eher gut' in %.	A1	72.7				
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr in %	A1	23.5	22.4	<b>22.4</b>	0.0	
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung in %	A1, A2		19.3	<b>21.5</b>	2.2	

## Bemerkungen

- L1 Lektionenfaktor 1,94 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin/Schüler und Schuljahr 1,94 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich beispielsweise Projektwochen oder Maturitätsarbeit.
- L2 Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für das Berichtsjahr: Gymnasium 15 133, Fachmittelschulen 717, Handels-/Informatikmittelschulen 640.
- L2, L3 Der Indikator L3 enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler, ausgenommen der Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, diese erlangen ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität und werden deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet. Da die Lehrgänge jedoch an Mittelschulen durchgeführt werden, sind sie im Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen und im Indikator L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 13,8 Mio. Franken.
- W1, W2 Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird.
- W3 Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und -schülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.

- W4 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II Allgemeinbildung misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II in der Schweiz mit gymnasialer Maturität, Fachmittelschulabschluss oder an einer internationalen Schule absolviert haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben. Dank der Einführung des einheitlichen Identifikators in den Personenregistern von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Modernisierung der Bildungsstatistiken können die Quoten nun auf der Grundlage von Einzeldaten erstmals zuverlässig und detailliert berechnet werden.

## **Entwicklungsschwerpunkte**

	Stand	bis
<p><b>RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen</b></p> <p>Die Umsetzung der Strategie Schulrauminfrastruktur Sekundarstufe II verläuft wie geplant. Der Regierungsrat hat die «Regionalstrategie Winterthur und Umgebung» genehmigt. Damit kann die Planung für neuen Schulraum im Perimeter der Kantonsschulen Rychenberg und Im Lee gestartet werden. Der Wettbewerb Erweiterung Kantonsschule Limmattal wurde durchgeführt und die Projektierung beschlossen (RRB Nr. 920/2017). Ebenfalls beschlossen wurde bei der Kantonsschule Im Lee Winterthur Instandsetzung und Ausbau des Dachgeschosses (RRB Nr. 989/2017). Die Standortevaluation für eine Mittelschule am linken Zürichseeufer ist abgeschlossen durch den Kauf des Grundstücks in Wädenswil und den Antrag an den Kantonsrat zur Errichtung einer Kantonsschule (Vorlage 5409).</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 2.2e Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern</b></p> <p>Der Bildungsrat hat das Rahmenkonzept zum Gemeinsamen Prüfen beschlossen. Die kantonalen Mittelschulen haben schulische Konzepte zur Stärkung der Studien- und Berufswahl ausgearbeitet; es wurden zwei Hearings zu Entwürfen des Rahmenkonzepts zu den basalen fachlichen Kompetenzen für die allgemeine Studierfähigkeit durchgeführt und das Projekt Hochschule-Gymnasium (HSGYM) wurde weitergeführt.</p>	Planmässig	2019
<p><b>RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern</b></p> <p>Der Bildungsrat hat im Dezember des Berichtsjahres den Zwischenbericht zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an den Zürcher Mittelschulen zur Kenntnis genommen. Die kantonalen Mittelschulen haben das Schulkonzept zur Stärkung der Berufs- und Studienwahl erarbeitet.</p>	Planmässig	2019
<p><b>BI 2.3a Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen</b></p> <p>Siehe RRZ 2.1h</p>	Planmässig	2019
<p><b>BI 8.1f Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren</b></p> <p>Der Bildungsrat hat eine neue Studententafel und einen neuen Lehrplan für die kantonalen Fachmittelschulen und ein neues Aufnahmereglement im Fachmittelschulprofil Pädagogik beschlossen. Seit Sommer wird erstmals die Fachmittelschul-Passerelle angeboten. Der Monitoringbericht zu Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und Informatikmittelschulen wurde in die Planung aufgenommen. Das Anerkennungsverfahren Berufsmaturität an Handelsmittelschule und Informatikmittelschule läuft.</p>	Planmässig	2019
<p><b>BI 8.1g Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)</b></p> <p>Siehe LG Nr. 7000, Bildungsverwaltung, BI 8.1b</p>	Planmässig	2019
<p><b>7301 2a Stärkung der Zürcher Matura durch qualitätsfördernde Massnahmen zur Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs</b></p> <p>Zwei Hearings zu Entwürfen des Rahmenkonzepts zu den basalen fachlichen Kompetenzen für die allgemeine Studierfähigkeit wurden durchgeführt. Der Bildungsrat hat das Rahmenkonzept zum Gemeinsamen Prüfen beschlossen. Die Schulen erarbeiten gegenwärtig ihre Schulkonzepte. Das Projekt Hochschule-Gymnasium (HSGYM) wurde weitergeführt. Die kantonalen Mittelschulen haben schulische Konzepte zur Stärkung der Studien- und Berufswahl ausgearbeitet. Vgl. 7301 2c.</p>	Planmässig	2019
<p><b>7301 2b Inhaltliche und strukturelle Massnahmen zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an Gymnasien</b></p> <p>Siehe RRZ 8.1d</p>	Planmässig	2019
<p><b>7301 2c Verbesserung der Berufs- und Studienwahlberatung an Gymnasien</b></p> <p>Die kantonalen Mittelschulen haben ihre Schulkonzepte zur Stärkung der Studien- und Berufswahl fertiggestellt.</p>	Planmässig	2019
<p><b>7301 2d Zusätzliche Mittel für Betrieb und Infrastruktur bereitgestellt, um Schülerwachstum zu bewältigen</b></p> <p>Siehe RRZ 2.1h</p>	Planmässig	2019

**7301 2e Governance an Kantonsschulen etabliert**

Die einjährigen Leistungsaufträge werden im kommenden Jahr durch substanziellere vierjährige Leistungsaufträge und dazugehörige Jahresaufträge ersetzt. Im Berichtsjahr wurden Richtlinien zur Finanzierung von kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen und Richtlinien zur Gewährung von Zusatzleistungen und Entlastungen von Schulleitungen sowie Richtlinien zur Anwendung des Stundenkontos von Lehrpersonen erlassen.

Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1880.4	1868.7	<b>1864.2</b>	-4.6	-0.2

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	55.2	53.5	<b>105.0</b>	51.5	96.2
Aufwand	-415.8	-411.9	<b>-458.5</b>	-46.7	-11.3
- Personalaufwand	-317.2	-317.9	<b>-313.2</b>	4.7	1.5
- Hauswirtschaftskurse	-6.0	-7.8	<b>-7.2</b>	0.6	7.9
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.4			
Saldo	-360.6	-358.4	<b>-353.6</b>	4.8	1.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.2	-2.6	<b>-0.9</b>	1.7	66.1
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.4			
Saldo	-1.2	-2.6	<b>-0.9</b>	1.7	66.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.8		Abweichungen total R17 zu B17
2.5	A1	- Auflösung von Rückstellungen für Mediothekarinnen und Mediothekare
2.2	A1	- Tieferer Personalaufwand, insbesondere aufgrund tieferen Beschäftigungsumfangs
0.6	A1	- Minderausgaben für Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen
-0.5		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
6988556	0	<b>0</b>	6988556	0

# 7306 Berufsbildung

Im Berichtsjahr genehmigte das Mittelschul- und Berufsbildungsamt rund 12000 Lehrverträge. Mehr als 90% der Lernenden bestanden das abschliessende Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfung). Unverändert blieb die Zahl der Lehrstellen. Das im Juni eingeführte Online-Portal für die Lehrbetriebe bewährt sich. Ende des Berichtsjahres wird es bereits von rund 3500 Betrieben genutzt. Zur besseren Integration zugewanderter Personen startete im Oktober die Integrationsvorlehre. Das Konzept wurde mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung entwickelt und erstmals wird von der Berufsberatung eine umfassende Potenzialabklärung durchgeführt.

Im Berichtsjahr arbeitete das Mittelschul- und Berufsbildungsamt zusammen mit Rektorinnen und Rektoren bzw. Präsidentinnen und Präsidenten der Schulkommissionen intensiv an der Optimierung der Berufszuteilung und der Bildung von Kompetenzzentren, die später dem Bildungsrat vorgelegt werden wird. Das Thema wird in den kommenden Jahren weiterverfolgt. Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 wurde bei den Berufsfachschulen ein einheitliches Finanzierungsmodell eingeführt und die Schliessung zweier kantonaler Lehrwerkstätten vorbereitet. Mehrere Berufsfachschulen durchliefen Organisationsentwicklungsprozesse.

## Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, Höhere Fachprüfungen und von Bildungsgängen an Höheren Fachschulen
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung
- A4 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z.B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, Höhere Berufsbildung)

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren	A1	1988	2060	<b>1961</b>	-99	-4.8
L2	Anzahl Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	A1	42730	42860	<b>42555</b>	-305	-0.7
L3	davon (L2) Fachmann / Fachfrau Gesundheit (EFZ)	A1	1986	2030	<b>2105</b>	75	3.7
L4	davon (L2) Assistent/in Gesundheit und Soziales (Attestausbildung)	A1	313	300	<b>312</b>	12	4.0
L5	davon (L2) Lernende in Handels- und Informatikmittelschulen	A1	631	600	<b>640</b>	40	6.7
L6	Anzahl Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A1	5946	6200	<b>5990</b>	-210	-3.4
L7	Anzahl durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren	A3	15715	16160	<b>15330</b>	-830	-5.1
L8	Anzahl Diplomprüfungen Berufsmaturität	A3	2298	2450	<b>2351</b>	-99	-4.0
L9	Anzahl Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen	A2	192	196	<b>192</b>	-4	-2.0
L10	Anzahl Studierende / Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen	A2	11861	13260	<b>12884</b>	-376	-2.8
L11	davon (L10) Höhere Fachschulen alle Bereiche	A2	6625	6560	<b>7231</b>	671	10.2
L12	davon (L11) Höhere Fachschulen im Gesundheitsbereich	A2	1698	1560	<b>1870</b>	310	19.9
L13	davon (L10) Vorbereitungskurse auf Höhere Fachprüfungen	A2	1101	1300	<b>944</b>	-356	-27.4
L14	davon (L10) Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen	A2	4134	5400	<b>4709</b>	-691	-12.8
B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/r in der schulischen Grundbildung in Fr.	A1	8330	8880	<b>8561</b>	-319	-3.6
B2	Lektionenpauschale berechnet aus Lohnaufwand Lehrpersonen für Grundbildung in den Bereichen gewerblich-industrielle, kaufmännische und gesundheitliche Berufsfachschulen in Fr.	A1	187	185	<b>186</b>	1	0.5
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidat/in Schlussprüfung in Fr.	A3	1568	1580	<b>1557</b>	-23	-1.5
B4	Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung (in Mio. Fr.)	A2		60	<b>85</b>	25	41.7



Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität) in %	A1		52	<b>53.5</b>	1.5	
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität in %	A1		15.6	<b>15.8</b>	0.2	
W3	Total der gesamten Abschlussquote (inkl. Allgemeinbildung) in %	A1		87	<b>90.8</b>	3.8	

**Bemerkungen**

- L7 Die 15 330 Abschlussprüfungen umfassen 12 620 von Lernenden im Kanton Zürich, 2619 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 91 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton Zürich.
- L10, L11, L12, L13, L14 Diese Indikatoren zeigen den Umfang der Teilnahme an den vom Bund anerkannten Bildungsgängen der Höheren Berufsbildung. Das Wachstum der Anzahl Studierenden hat nicht ganz im prognostizierten Ausmass stattgefunden. Zuwachs besteht bei den Höheren Fachschulen und bei den Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, während bei den Vorbereitungskursen auf Höhere Fachprüfungen gar ein Rückgang zu verzeichnen ist.
- B4 Erstmalsiger Ausweis des Nettoaufwands der Höheren Berufsbildung und Weiterbildung. Der Anteil der Höheren Berufsbildung beträgt 67 Mio., wobei der Budgetwert 2017 noch auf unvollständigen Annahmen beruhte.
- W1, W2, W3 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II in der Schweiz absolviert haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben. Dank der Einführung des einheitlichen Identifikators in den Personenregistern von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Modernisierung der Bildungsstatistiken können die Quoten nun auf der Grundlage von Einzeldaten erstmals zuverlässig und detailliert berechnet werden.

**Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

**RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen**

Die Umsetzung der Strategie Schulrauminfrastruktur Sekundarstufe II verläuft wie geplant. Der Regierungsrat hat die «Regionalstrategie Winterthur und Umgebung» genehmigt. Damit kann die Planung für einen Neubau an der Tösstalstrasse weitergeführt werden. In der Berufsbildungsmeile der Stadt Zürich hat die Allgemeine Berufsschule ihren renovierten Standort an der Ausstellungsstrasse 44 bezogen und es wurde mit der Sanierung der Liegenschaft der Berufsschule Mode und Gestaltung begonnen. Weiter wurde der Wettbewerb für den neuen Standort der Abteilung Planung und Rohbau der Baugewerblichen Berufsschule Zürich gestartet. In Wetzikon wurde mit dem Bau des Objektes Schellerstrasse gestartet, das während der Sanierungen der Kantonsschule Zürcher Oberland und der Gewerblichen Berufsschule genutzt wird und als definitiver Standort für die KV-Schule vorgesehen ist.

Planmässig 2019

**RRZ 5.1f Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen**

Im Herbst des Berichtsjahres startete das Projekt «Optimierung Übergang Volksschule – Berufliche Grundbildung». Im Rahmen des Projekts werden einerseits die Angebote am Übergang 1 überprüft und noch besser auf die Zielgruppe ausgerichtet. Andererseits werden Unterstützungsmassnahmen für die Begleitung während des ersten Ausbildungsjahres festgelegt.

Planmässig 2019

**RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern**

Siehe Leistungsgruppe Nr. 7301, Mittelschulen, RRZ 8.1.d

Planmässig 2019

**RRZ 8.1e Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren**

Die Eintritte in die Berufsmaturität (BM) konnten sowohl in der berufsbegleitenden BM1 als auch in die BM2, die nach Erhalt des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) erfolgt, im Vergleich zum Vorjahr um 3,7% gesteigert werden. Gemeinsam mit den Lehrbetrieben wurde das weitere Vorgehen in der Talentförderung und für die Mobilitätsprojekte festgelegt. «Leuchtturmprojekte» wurden im Berichtsjahr etabliert und werden im nächsten Jahr weiterentwickelt.

Planmässig 2019

**BI 8.1c Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren**

Der Bildungsrat hat ein neues Aufnahmereglement im Fachmittelschulprofil Pädagogik sowie neue Studententafeln und neue Lehrpläne für die kantonalen Fachmittelschulen beschlossen. Seit Sommer wird erstmals die Fachmittelschul-Passerelle angeboten. Der Monitoringbericht zu Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und Informatikmittelschulen wurde in die Planung aufgenommen. Das Anerkennungsverfahren Berufsmaturität an Handelsmittelschule und Informatikmittelschule läuft.

Planmässig 2019

**BI 8.1d Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden.**

Die Instrumente, welche die Anrechnung (Validierung) von informell erworbenen Bildungsleistungen ermöglichen, wurden weiterentwickelt und in Branchen, welche dies akzeptieren, implementiert. Voraussetzung für eine Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen sind vom Bund erlassene Grundlagen. Diese sind für Abschlüsse aus dem EU-/EFTA-Raum vorhanden, nicht aber für die Abschlüsse aus Drittstaaten. Zurzeit erfolgen Zulassungen nur vereinzelt und auf Empfehlung der Branchen. Verzögert 2019

**BI 8.1e Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken.**

Die Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) erfolgt in einer interdirektionalen Arbeitsgruppe und hat die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Weiterbildungen im Bereich der Grundkompetenzen zum Ziel. Im Projekt «Nach- und Höherqualifizierung» wurden die Grundlagenarbeiten abgeschlossen. Damit ist es ab Januar 2018 möglich, dass die Berufsberatung umfassend über alle Wege, die zu einem Berufsabschluss führen, informieren kann. In einem nächsten Schritt werden die rechtlichen Grundlagen und die Finanzierung überprüft. Planmässig 2019

**7306 2b Ausbildungsmöglichkeiten und Fördermassnahmen für schulisch schwächere Jugendliche verbessert**

Gestützt auf das Rahmenkonzept der Bildungsdirektion «Beratung-Förderung-Begleitung für Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen im Kanton Zürich» hat die Mehrheit der Berufsfachschulen ein Schulkonzept erarbeitet, das vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt genehmigt wurde. Gestützt auf diese Schulkonzepte und die konkreten Umsetzungsmassnahmen wird nun evaluiert, ob die getroffenen Massnahmen die erhoffte Wirkung zeigen. Planmässig 2019

**7306 2d Talentförderung in der beruflichen Grundbildung verstärkt (z.B. Fremdsprache, Bilingualer Unterricht, Berufsmeisterschaften)**

Die an der Konferenz Berufsbildung 2016 ausgesprochenen Empfehlungen zur Förderung der Sprachkompetenz konnten teilweise umgesetzt werden. Fortschritte wurden bei den Mobilitätsprojekten erzielt. Mit Unterstützung des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes und des Berufsbildungsfonds konnten zahlreiche Vorhaben realisiert werden. Verzögert 2019

**7306 2e Governance an staatlichen Berufsfachschulen etabliert**

Die einjährigen Leistungsaufträge werden im kommenden Jahr durch substantiellere vierjährige Leistungsvereinbarungen und dazugehörige Jahresvereinbarungen ersetzt. Im Berichtsjahr wurden Richtlinien zur Finanzierung von kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen und Richtlinien zur Gewährung von Zusatzleistungen und Entlastungen von Schulleitungen sowie Richtlinien zur Anwendung des Stundenkontos von Lehrpersonen erlassen. Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1571.8	1557.6	<b>1535.7</b>	-21.9	-1.4

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab. Der Beschäftigungsumfang liegt unter Budget aufgrund tieferer Anzahl Lernender als prognostiziert, Optimierungen der Klassengrössen an den Berufsfachschulen und eines Rückgangs der Anzahl Teilnehmenden bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB).

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	224.1	238.0	<b>257.7</b>	19.7	8.3
Aufwand	-574.8	-613.5	<b>-616.5</b>	-3.0	-0.5
- Eigene Beiträge	-194.0	-210.1	<b>-186.7</b>	23.4	11.2
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.1			0.0
Saldo	-350.7	-375.5	<b>-358.8</b>	16.7	4.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen			<b>0.1</b>	0.1	0.0
Ausgaben	-2.9	-15.1	<b>-5.3</b>	9.8	65.1
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.1			
Saldo	-2.9	-15.1	<b>-5.2</b>	9.9	65.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
16.7		Abweichungen total R17 zu B17
26.3	A1, A2, A4	- Einmalig tiefere Staatsbeiträge, insbesondere aufgrund von Anpassungen bei der Abgrenzungsmethode von Staatsbeiträgen (Umsetzung Empfehlung Finanzkontrolle)
2.7	A1	- Höhere Pauschalbeiträge des Bundes
1.6	A3	- Tiefere Kosten im Qualifikationsverfahren, da weniger Prüfungen abgelegt wurden
-1.7	A1	- Tiefere Kantonsbeiträge (Rückgang bei den ausserkantonalen Lernenden)
-4.0	A1	- Mehraufwand für Infrastrukturkosten (Restwertabschreibungen)
-7.1	A1	- Bildung (netto) von Rückstellungen, insbesondere für Personalmassnahmen bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB)
-1.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-15.1	<b>-5.2</b>	9.9	
- Investitionen		<b>-5.2</b>		- Minderausgaben insbesondere wegen Verzögerungen bei Investitionen für den Staatsbeitrag zur Sanierung und Instandsetzung KV Zürich, für Informatik-Projekte und für die Ausstattungen der Gesamtsanierung der Allgemeinen Berufsschule Zürich
- Übrige	-15.1	<b>0.0</b>	15.1	

**Rüchlagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
1 000 000	0	<b>0</b>	1 000 000	0

# 7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Das Immobilienwesen der Universität steht in den nächsten Jahrzehnten vor Herausforderungen. Namentlich die 5. Baustufe auf dem Campus Irchel, das Projekt Forum UZH und weitere Grossprojekte im Rahmen der Entwicklung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum bedürfen organisatorischer Rahmenbedingungen, die eine bedarfsgerechte Steuerung ermöglichen. Der Universitätsrat hat aus diesen Gründen im Berichtsjahr beschlossen, das Immobilienwesen auf den 1. Januar 2018 neu zu organisieren. Kernpunkt der Reorganisation ist die Gliederung der bisherigen Verwaltungsdirektion in die neuen Direktionen Finanzen & Personal und Immobilien & Betrieb.

Im Zuge des Abschlusses des Projekts Universitäre Medizin Zürich (UMZH) wurden die erforderlichen Umsetzungsarbeiten weitergeführt. Im Vordergrund stand das Koordinationsmodell zur Zusammenarbeit in der UMZH, dessen Organisation in der Verordnung über die Lehre und Forschung der Uni-

versität im Gesundheitsbereich festzulegen ist. Die betreffende Verordnungsänderung soll Mitte 2018 in Kraft treten. Auf denselben Zeitpunkt soll auch die neue Direktorin oder der neue Direktor Universitäre Medizin das Amt antreten. Im Rahmen einer Teilrevision der Universitätsordnung wurden die Bestimmungen über die Privatdozierenden und Titularprofessorinnen und -professoren aktualisiert. Zentral ist die Neuausrichtung der Titularprofessur, die im Blick auf die Internationalisierung und Flexibilisierung akademischer Karrierewege von der festen Anbindung an die Habilitation gelöst wird. Mit dieser Neuausrichtung erfahren die Rechte und Pflichten der Privatdozierenden verschiedene Änderungen. Damit einher geht auch eine Neuordnung der Stände. Diese ist Teil einer Revision des Universitätsgesetzes, die der Universitätsrat zuhanden des Regierungsrates und des Kantonsrates verabschiedet hat.

## Aufgaben

- A3 Die Universität Zürich (UZH) vermittelt wissenschaftsbasierte Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau und fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit.
- A4 Die UZH leistet wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A5 Die UZH fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L4 Anzahl Studierende gesamt,	A3	25542	25800	<b>25672</b>	-128	-0.5
L5 - Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A3	13466	13700	<b>13566</b>	-134	-1.0
L6 - Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A3	6142	6100	<b>6204</b>	104	1.7
L7 - Anteil Studierende Lizentiat/Diplom/höheres Lehramt	A3	643	700	<b>578</b>	-122	-17.4
L8 - Anteil Studierende im Doktoratsstudium	A4, A5	5291	5300	<b>5324</b>	24	0.5
L3 Anzahl Habilitationen	A4, A5	93	100	<b>85</b>	-15	-15.0
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in (Fr.)	A3, A4	23079	23158	<b>23273</b>	115	0.5
B2 Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität in %	A3, A4, A5	43.4	44.2	<b>43.3</b>	-0.9	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität in %	A3, A4, A5	10.6	10.4	<b>11.6</b>	1.2	
W4 Anzahl Abschlüsse gesamt,	A3	5394	5720	<b>5417</b>	-303	-5.3
W5 - Anteil Bachelorabschlüsse	A3	2495	2600	<b>2414</b>	-186	-7.2
W6 - Anteil Masterabschlüsse	A3	2007	2120	<b>1998</b>	-122	-5.8
W7 - Anteil Lizentiat/Diplom/höheres Lehramt	A3	249	210	<b>300</b>	90	42.9
W8 - Anteil Dokorate Medizin/Veterinärmedizin	A3, A4	233	300	<b>247</b>	-53	-17.7
W9 - Anteil Dokorate ohne Medizin/Veterinärmedizin	A4, A5	410	490	<b>458</b>	-32	-6.5
W3 Beschäftigung im ersten Jahr nach Abschluss in %	A3, A5	95.4		<b>95.4</b>		

### Bemerkungen

- L4, L5, Die Zahl der Studierenden lag etwas unter dem budgetierten Wert, übertraf aber leicht den Vorjahreswert. Die von der Universität budgetierten Studierendenzahlen orientieren sich an der zum betreffenden Planungszeitpunkt verfügbaren Prognosen des Bundesamtes für Statistik (BFS), die Entwicklung erfolgte also etwas langsamer als vom BFS prognostiziert.
- B1 Bedingt durch einen einmaligen Effekt im Vorjahr (tieferer Kostenbeitrag 2016 infolge tieferer Nutzungskosten für die von der Universität belegten Liegenschaften) war der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion pro Student/in im Berichtsjahr höher als im Vorjahr.

- B2 Der Kostenanteil der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität lag im Bereich des Vorjahres und unter dem budgetierten Wert, da seitens der Universität mehr Drittmittel eingeworben werden konnten als budgetiert.
- B3 Bedingt durch erfolgsneutrale Umgliederungen in der Kostenrechnung der UZH lag der Administrationskostenanteil über Budget und Vorjahr. Hierbei wurden die Kostenzuteilungen zu zentralen Einrichtungen stärker gewichtet.
- W4, W5, W6, W8, W9 Die Anzahl der Abschlüsse entwickelte sich analog zu den Studierendenzahlen unter der BFS-Prognose.

## **Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

### **RRZ 2.2a Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)**

Die Universität Zürich (UZH) konnte im Berichtsjahr 13 von 42 neuen Förderungsprofessuren des Schweizer Nationalfonds für sich gewinnen. Zusätzlich erhielten drei junge Forschende ERC Starting Grants im Gesamtumfang von über 4 Mio. Euro. Über den universitätsinternen, kompetitiven Forschungskredit erhielten 71 Doktorierende und 47 Postdoktorierende einen Forschungsgrant. Im Rahmen der von swissuniversities ausgeschrieben Mittel für Doktoratsprogramme werden ab Berichtsjahr an der UZH 44 inter- und intrauniversitäre Doktoratsprogramme bzw. Kooperationen gefördert. Diese werden vom Graduate Campus der Universität Zürich begleitet.

Planmässig 2019

### **RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken**

Aufbauend auf der 2016 skizzierten Vision für die UMZH-Dachstrategie hat die UZH im Berichtsjahr gemeinsam mit den UMZH-Netzwerkpartnern strategische Positionierungsoptionen diskutiert und erste strategische Entwicklungsrichtungen erarbeitet. In Vorbereitung auf die beschlossene Einsetzung einer Direktorin oder eines Direktors Universitäre Medizin erfolgte im Berichtsjahr die Aufteilung des Prorektorats Medizin und Naturwissenschaften in ein Prorektorat Medizin sowie ein Prorektorat Veterinärmedizin-Naturwissenschaften (VNW). Der Findungsprozess für die Direktorin oder den Direktor Universitäre Medizin wurde im Berichtsjahr aufgenommen.

Planmässig 2019

### **RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen**

Für die Erstsemestrigen stehen im Herbstsemester erstmals 372 Plätze im Bachelorstudium Humanmedizin einschliesslich Chiropraktik zur Verfügung, wie beschlossen 72 mehr als im letzten Jahr. In dieser Aufnahmekapazitätserweiterung eingeschlossen sind je 40 Plätze für den sogenannten «Luzerner Track» sowie für den «St. Galler Track». Diese Studierenden werden nach ihrem Bachelorabschluss an der UZH für den Joint-Degree-Master nach Luzern oder St. Gallen wechseln. Diese beiden Masterstudiengänge werden dort ab Herbstsemester 2020/2021 gemeinsam mit der UZH durchgeführt.

Planmässig 2019

### **RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren**

Der Universitätsrat hat am 30. Oktober des Berichtsjahres strategische Festlegungen zur künftigen Organisation des Immobilienwesens an der Universität Zürich getroffen. Um die grossen Bauvorhaben der kommenden Jahrzehnte bedarfsgerecht steuern zu können, erhält die UZH ab 1. Januar 2018 eine Direktion Immobilien & Betrieb. Im Berichtsjahr wurde «AgroVet-Strickhof», die Kooperation in Bildung und Forschung von Universität Zürich, ETH Zürich und dem Strickhof, dem kantonalen Kompetenzzentrum für Land- und Ernährungswirtschaft, eröffnet. Ebenso erfolgte die Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau für die Institute Betriebswirtschaftslehre sowie Banking und Finance. Das neu gebaute Provisorium für Medizinische Mikrobiologie konnte bezogen werden. Dessen Betriebsdauer ist auf rund 15 Jahre festgelegt bis zur Realisierung der geplanten Gesamtüberbauung auf dem Areal Gloriarank/Häldeliweg. Der Kanton Zürich baut derzeit die 5. Bauetappe am Standort Irchel der Universität Zürich. Um diese wichtige Etappe zukunftsgerichtet erweitern zu können, hat der Regierungsrat beim Kantonsrat einen Kredit von 55,4 Mio. Franken beantragt.

Planmässig 2019

### **RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln**

Als Ergebnis des laufenden Technologietransfers betreute die Universität Zürich im Berichtsjahr über 350 aktive Lizenzen und ein Portfolio von über 400 Patentfamilien. Die UZH war am 31. Dezember an 30 Spin-off-Firmen beteiligt. Sie unterstützt junge Forschende aus dem Bereich Life Sciences mit dem neuen Programm «UZH BioEntrepreneur-Fellowships» beim Schritt in die Selbstständigkeit. Im Berichtsjahr konnten die ersten vier Fellows starten.

Planmässig 2019

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0		0.0	0.0
- durchlaufende Grundbeiträge Bund		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-597.8	-604.3	<b>-601.7</b>	2.6	0.4
- Kostenbeitrag an Universität	-589.5	-597.5	<b>-597.5</b>	0.0	0.0
- durchlaufende Grundbeiträge Bund		0.0		0.0	0.0
Saldo	-597.8	-604.3	<b>-601.7</b>	2.6	0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.6		Abweichungen total R17 zu B17
2.6		- Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
0.0		- Übrige Abweichungen

# 7402 Sonstige universitäre Leistungen

## Aufgaben

- A2 Vertraglich festgesetzte jährliche Kostenbeiträge des Kantons an die Zentralbibliothek (ZB) und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet.  
A3 Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek.  
A1 Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten mit IUV-Beitrag Kanton Zürich		2174	2100	<b>2247</b>	147	7.0
L2	Anzahl Ausleihen an der Zentralbibliothek	A2, A3	940094	985000	<b>927812</b>	-57188	-5.8
B1	Interkantonaler Beitrag des Kantons Zürich pro Student/in über Finanzierung IUV		12303	10568	<b>12466</b>	1898	18.0
B2	Anzahl Ausleihen an der ZB pro Vollzeitstelle	A2, A3	5205	5500	<b>5192</b>	-308	-5.6
W2	ZB-Webseitenzugriffe	A2, A3	1453404	1500000	<b>1255537</b>	-244463	-16.3

## Bemerkungen

- L1, B1 Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten und höherer durchschnittlicher IUV-Beitrag pro Studierende oder Studierender als in der Prognose und im Vorjahr  
L2, W2 siehe Bemerkungen Leistungsgruppe Nr. 9690, Zentralbibliothek

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	149.0	149.1	<b>148.7</b>	-0.4	-0.3
Aufwand	-207.9	-203.8	<b>-188.4</b>	15.4	7.6
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-26.7	-22.2	<b>-28.0</b>	-5.8	-26.2
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-29.5	-29.8	<b>-29.7</b>	0.1	0.5
Saldo	-59.0	-54.7	<b>-39.7</b>	15.1	27.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-2.1	-2.5	<b>-2.3</b>	0.2	6.9
Saldo	-2.1	-2.5	<b>-2.3</b>	0.2	6.9

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
15.1		Abweichungen total R17 zu B17
20.8		- Auflösung Rückstellung Teuerungszulage auf Renten WWPK aufgrund Abweisung der Klage der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich (WWPK) mit Bundesgerichtsurteil vom 4. September 2017
0.1	A2	- Tieferer Beitrag an das Sozialarchiv
-5.8	A1	- Höhere IUV-Beiträge für mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
-0.0		- Übrige Abweichungen

# 7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Der Fachhochschulrat ernannte Prof. Dr. Reto Steiner zum neuen Direktor der ZHAW School of Management and Law sowie Svetlana Heger-Davis zur neuen Direktorin des Departements Kunst & Medien an der ZHdK. Ferner sind im Berichtsjahr die drei Prorektorate der PHZH durch Ernennungen des Fachhochschulrates neu besetzt worden: 2018 werden Prof. Dr. Bruno Leutwyler als Prorektor Forschung & Entwicklung, Dr. Hanja Hansen als Prorektorin Weiterbildung und Dienstleistungen sowie Dr. Silja Rüedi als Prorektorin Ausbildung ihre Tätigkeit aufnehmen. Überdies verlieh der Fachhochschulrat auf Antrag der Hochschulleitungen zahlreichen Dozierenden den Professorinnen- bzw. Professorentitel ZFH. Der Fachhochschulrat legte im vergangenen Jahr einen Schwerpunkt auf das Thema Digitalisierung und befasste sich u. a. mit deren Auswirkung auf die Lehre.

Auf Gesuch der ZHdK bewilligte der Fachhochschulrat den Masterstudiengang in Dance am Departement Darstellende Künste und Film. Weiter befasste er sich mit Änderungen und Neuerlassen von Studien- und Prüfungsordnungen einzelner Hochschulen und genehmigte Weiterbildungs-Masterstudiengänge (Master of Advanced Studies; MAS), u. a. auch den ersten Master of Business Administration (MBA) an der ZHAW School of Management and Law.

Die Rektorenkonferenz der ZFH beschäftigte sich – wie gemäss Fachhochschulgesetz (FaHG) vorgesehen – mit der Koordination hochschulübergreifender Angelegenheiten wie der Beteiligung an der Swiss Library Service Platform AG oder der Umsetzung der Richtlinien über die Public Corporate Governance.

## Aufgaben

- A3 Die Hochschulen der der Zürcher Fachhochschule ZFH (bestehend aus den drei staatlichen Hochschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW, Zürcher Hochschule der Künste ZHdK, Pädagogische Hochschule Zürich PHZH und der nicht über öffentliche Mittel mitfinanzierten privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich HWZ) bereiten durch eine praxisorientierte Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und, je nach Fachbereich, gestalterische und künstlerische Fähigkeiten erfordern.
- A4 Die Hochschulen der ZFH betreiben anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und sichern damit die Verbindung zur Wissenschaft und Praxis. Im Weiteren engagieren sie sich in der Weiterbildung und bieten gemäss gesetzlichem Leistungsauftrag auch Dienstleistungen an.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl Studierende an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH gesamt,	A3	17681	18205	<b>18239</b>	34	0.2
L2 - Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A3	14771	15095	<b>15029</b>	-66	-0.4
L3 - Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A3	2910	3110	<b>3210</b>	100	3.2
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A3, A4	21319	21352	<b>20782</b>	-570	-2.7
B2 Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der staatlichen Hochschulen der ZFH in %	A3, A4	49.2	49.8	<b>48.6</b>	-1.2	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen in %	A3, A4	10.2	9.5	<b>10.2</b>	0.7	
W1 Total FH-Diplomabschlüsse an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH,	A3	4612	4670	<b>4701</b>	31	0.7
W2 - Anteil Bachelorstufe	A3	3839	3755	<b>3760</b>	5	0.1
W3 - Anteil Masterstufe	A3	773	915	<b>941</b>	26	2.8
W4 Anzahl Projekte Forschung und Entwicklung	A4		2125	<b>2193</b>	68	3.2

## Bemerkungen

- L1, L2, Die Entwicklung der Studierendenzahl verlief im Total über alle Hochschulen auf der Bachelorstufe etwas unter und auf L3 Masterstufe etwas über Budget. Gegenüber dem Vorjahr war ein Wachstum von insgesamt 3.2% zu verzeichnen.
- B1 Der Kostenbeitrag pro Student/in war tiefer als budgetiert, da die Studierendenzahlen etwas über Budget und die Kostenbeiträge insgesamt unter Budget lagen. Der tiefere Wert als im Vorjahr ergibt sich aus dem Anstieg der Studierendenzahlen gegenüber dem Vorjahr (siehe L1).
- B2 Die Entwicklung des Kostenbeitragsanteils der Bildungsdirektion widerspiegelt die Entwicklung des Indikators B1 (vgl. oben).
- B3 Der Administrationskostenanteil entsprach dem Vorjahreswert und lag über Budget, Letzteres bedingt durch erfolgsneutrale Umgliederungen in der Kostenrechnungen der ZHAW und ZHdK (Anpassungen bei hochschulinternen IT-Leistungsverrechnungen und höhere Zuteilung von Personalaufwendungen zur Kostenebene Hochschule gesamt).
- W1, W2, W3 Die Zahl der Bachelor- und Masterabschlüsse übertraf die budgetierten Werte und kam um insgesamt 1.9% über dem Vorjahr zu liegen.



W4 Gesamtzahl SNF-/KTI-/EU-Projekte und Projekte mit Dritten (Praxispartner) der drei staatlichen Hochschulen der ZFH (SNF: Schweizerischer Nationalfonds; KTI: Kommission für Technologie und Innovation). Dieser Indikator wurde im Berichtsjahr neu eingeführt gemäss Umsetzung KEF-Erklärung Nr. 30/2016 (kein Wert R16).

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### **RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren**

Auf dem Sulzer-Areal Winterthur ist mit dem Bau des Adeline-Favre-Hauses begonnen worden. Der Regierungsrat hat die Erhöhung des Vorstudienkredits für die Arealentwicklung des Campus Technikum in Winterthur (Ausschreibung und Durchführung des Projektwettbewerbs, Etappe 1, Erarbeitung des Gestaltungsplans und Ermittlung des Kreditbedarfs für die Projektierung) sowie die Erhöhung des Projektierungskredits für das Areal Reidbach in Wädenswil (Projektierung des Mieterausbaus I und II für den Laborneubau des Gebäudes RD) bewilligt.

Planmässig 2019

### **RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln**

Die ZHAW, ZHdK und PHZH führen im Rahmen der Projektgebundenen Beiträge 2017–2020 des Bundes zahlreiche Kooperationsprojekte für Doktoratsausbildungen durch (Kooperation FH mit einer Schweizer Universität oder, in Bereichen, die an Schweizer Universitäten keine Verankerung haben, mit ausländischen Hochschulen).

Planmässig 2019

### **7406 2b Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards**

Die ZHdK hat im Berichtsjahr ihre Qualitätsstrategie 2016–2020 um ein Rahmenkonzept für Peer-Review-Verfahren ergänzt. Die PHZH hat den Umstrukturierungsprozess nach der Neugestaltung der Grobstruktur (Organigramm) fortgesetzt.

Planmässig 2022

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-384.1	-404.6	<b>-382.6</b>	22.0	5.4
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-374.4	-386.3	<b>-377.1</b>	9.2	2.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-10.4			
Saldo	-384.1	-404.6	<b>-382.6</b>	22.0	5.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0		0.0	0.0

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
22.0		Abweichungen total R17 zu B17
9.6	A3, A4	- Im Berichtsjahr verzögerte bzw. nicht realisierte, ursprünglich für 2016 budgetierte Projekte sowie verzögerte Stellenbesetzungen infolge Fachkräftemangel bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
5.6	A3, A4	- Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW, davon -0.7 Mio. Franken für die Beanspruchung von Kreditübertragungen aus 2016 und 6.3 Mio. Franken für im Berichtsjahr budgetierte, infolge Projektverzögerungen, aber noch nicht ausgeführte Projekte der ZHAW
2.2	A3, A4	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
2.0	A3, A4	- Tieferer Kostenbeitrag an die Pädagogische Hochschule. Antrag Gewinnverwendung der Pädagogischen Hochschule in der Leistungsgruppe Nr. 9740 in der Höhe von 1.9 Mio. Franken zur Einlage in die allgemeinen Reserven der PHZH. Die restlichen 2 Mio. Franken des Überschusses der PHZH werden an den Kanton zurückgeführt.
1.7	A3, A4	- Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW aufgrund tieferer Nutzungskosten für die von der ZHAW belegten kantonalen Liegenschaften
0.1		- Tiefere Beiträge zur nachhaltigen Finanzierung der BVK
0.8		- Übrige Abweichungen

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
4000000	0	<b>0</b>	4000000	0

# 7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

## Aufgaben

- A1 Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört.
- A2 Ausrichtung von Beiträgen an ausserkantonale Fachhochschulen (FH) und Pädagogische Hochschulen (PH) für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH/PH (Finanzierung FHV) und Studierende an Konkordatshochschulen	A1, A2	4497	4350	<b>4766</b>	416	9.6
B1 Beitrag des Kantons Zürich pro Student/in über Finanzierung FHV und Finanzierungsbeteiligung Konkordatshochschulen	A1, A2	13617	11463	<b>13419</b>	1956	17.1

## Bemerkungen

- L1 Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen als in der Prognose und im Vorjahr
- B1 Durchschnittlicher FHV-Beitrag pro Studierende/n höher als budgetiert, jedoch etwas tiefer als im Vorjahr

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-61.2	-49.9	<b>-64.1</b>	-14.3	-28.6
Saldo	-61.2	-49.9	<b>-64.1</b>	-14.3	-28.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-14.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.6	A1	- Tieferer Beitrag an die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, hauptsächlich bedingt durch Rückerstattung Konkordatsbeiträge 2016
-0.1		- Rundungsdifferenz
-14.8	A2	- Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
0.0		- Übrige Abweichungen

# 7501 Kinder- und Jugendhilfe

Als Folge der Gerichtsurteile zur Heimfinanzierung wurde eine provisorische Zentralstelle für Kostengutsprachen geschaffen. Diese übernahm für 90 Zürcher Gemeinden die Finanzierungsabwicklung und stellte bis Ende des Berichtsjahres 893 Kostenübernahmegarantien aus. Total wurden bisher 32,3 Mio. Franken ausbezahlt. Für den Kanton fallen für den Zeitraum ab Rechtskraft der Urteile bis zur Inkraftsetzung des revidierten Jugendheimgesetzes geschätzte Mehrkosten von gesamthaft 106,5 Mio. Franken an.

Die Zusammenarbeit zwischen den Kinder- und Jugendhilfeszentren (kjz) sowie den regionalen Rechtsdiensten und den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) verlief positiv. Das gemeinsam erarbeitete Grundlagendokument, das die Zusammenarbeit regelt, hat sich bewährt und wird laufend überprüft.

Das Bundesamt für Justiz hat die von ihm anerkannten kantonalen Kinder- und Jugendheime im Berichtsjahr einer Aufsicht unterzogen. Die Resultate waren positiv und umfassen keine Auflagen für den Kanton.

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Bewilligungen von selbstständigen Therapeutinnen und Therapeuten sowie Institutionen zur Durchführung von sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich überprüft und erneuert. Anfang Jahr ist das neue Kindesunterhaltsrecht in Kraft getreten. Für die Beratung der Eltern in Unterhaltsfragen durch die regionalen Rechtsdienste wurde eine Methode zur Bemessung des Kindesunterhalts entwickelt und die Zürcher Kinderkosten-Tabelle, welche die durchschnittlichen Barkosten eines Kindes abbildet, überarbeitet.

## Aufgaben

- A1 Mandatsführung und Abklärungen im Auftrag der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und der Gerichte
- A2 Beratung von Eltern und Jugendlichen in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen (Erziehungs- und Familienberatung)
- A3 Beratung von Eltern mit Neugeborenen (Mütter- und Väterberatung)
- A4 Abwicklung Alimentenbevorschussung und -inkasso
- A5 Koordination und Mitfinanzierung sonderpädagogischer Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
- A6 Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Heimen
- A7 Ausrichten von Ausbildungsbeiträgen an Personen in Ausbildung

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L11	Anzahl Kinder und Jugendliche mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte	A1	6579	6500	<b>5992</b>	-508	-7.8
L12	Anzahl Erziehungs-/Familienberatungsaufträge	A2	4329	4300	<b>4389</b>	89	2.1
L13	Anzahl Kinder mit Mütter- und Väterberatung	A3	13839	15000	<b>13375</b>	-1625	-10.8
L14	Anzahl Fälle Alimentenhilfe	A4	6670	7000	<b>6390</b>	-610	-8.7
L15	Anzahl finanzierter sonderpädagogischer Massnahmen	A5	3716	3650	<b>3923</b>	273	7.5
L16	Anzahl mitfinanzierte Heimplätze	A6	918	950	<b>911</b>	-39	-4.1
L17	Anzahl unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II	A7	2710	3000	<b>2775</b>	-225	-7.5
L18	Anzahl unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär	A7	1319	1600	<b>1304</b>	-296	-18.5
B11	Kosten pro Kind / Jugendliche(r) mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte pro Jahr in Fr.	A1	2665	2600	<b>3001</b>	401	15.4
B12	Kosten pro Erziehungs-/Familienberatung pro Jahr in Fr.	A2	977	1128	<b>997</b>	-131	-11.6
B13	Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung pro Jahr in Fr.	A3	381	363	<b>393</b>	30	8.3
B14	Kosten sonderpädagogischer Massnahmen pro Kind und Jahr in Fr.	A5	6500	6357	<b>6613</b>	256	4.0
B15	Beiträge pro mitfinanziertem Heimplatz in Fr.	A6	91950	41053	<b>114963</b>	73910	180.0
B16	Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II in Fr.	A7	8381	7350	<b>8622</b>	1272	17.3
B17	Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär in Fr.	A7	10552	8800	<b>10824</b>	2024	23.0
B18	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen in Tagen	A7	125	70	<b>110</b>	40	57.1
W11	Anteil der Neugeborenen mit deren Eltern eine Kontaktaufnahme erfolgte (Erreichungsgrad Mütter- und Väterberatung; in Prozent)	A3	95	95	<b>93</b>	-2	
W12	Inkassoquote Unterhaltsbeiträge (bevorschusste und nicht bevorschusste; in Prozent)	A4	45	45	<b>44</b>	-1	

Bemerkungen

- L11, B11 Die Abweichung zum Prognose- und auch Vorjahreswert ist auf die angepasste Zählweise zurückzuführen. Beim Vorjahres- und Budgetwert wurde irrtümlich die Anzahl der Mandate und nicht der Kinder berücksichtigt. Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) geht in ihrer Statistik ebenfalls von der Anzahl Kinder aus. Da je Kind mehrere gesetzliche Mandate erteilt werden können, liegt die Zahl der Kinder tiefer. Die Anzahl Kinder im Vorjahr betrug 6033 und veränderte sich somit im Berichtsjahr kaum. Die Kosten je Kind (B11), und nicht mehr je Mandat, stiegen zum Vorjahr (korrekter Wert Vorjahr: 2906) infolge erhöhter Fallkomplexität leicht an.
- L12, B12 Die Anzahl der Beratungsaufträge lag leicht höher als erwartet, die entsprechenden Kosten dadurch etwas tiefer und näher beim Vorjahreswert.
- L13, B13 Die prognostizierte Zahl der Kinder mit Mütter- und Väterberatung traf nicht ein, was unter anderem auf die längere Beratungspräsenz der Hebammen nach der Geburt zurückzuführen ist. Bei gleichbleibenden Kosten stieg der Durchschnittswert gegenüber Budget und Vorjahr entsprechend an.
- L14, W12 Die Anzahl Fälle in der Alimentenhilfe fiel etwas tiefer als erwartet aus. Sie wird unter anderem von der verbesserten wirtschaftlichen Lage und somit geringeren Zahl von Unterhaltsschuldnern beeinflusst. Die Inkassoquote (W12) bewegt sich im erwarteten Rahmen.
- L15, B14 Die Zahl der sonderpädagogischen Massnahmen im Frühbereich sowie der entsprechenden Kosten pro Kind sind gegenüber Budget wie Vorjahr angestiegen. Sie werden von der steigenden Bevölkerungszahl der bis Vierjährigen bzw. dem Geburtenwachstum beeinflusst und unterliegen gewissen Schwankungen.
- L16, B15 Bei den Heimplätzen führten die Bundes- und Verwaltungsgerichtsurteile betreffend Versorgertaxen zu einem weiteren Kostenanstieg. Die Beitragspflicht des Kantons bestand für das ganze Jahr, im Vorjahr erst ab Rechtskraft der Gerichtsurteile.
- L17, L18, B16, B17 Die Anzahl der unterstützten Personen in Ausbildung bewegte sich auf Vorjahresniveau und klar unter den prognostizierten Werten. Die durchschnittlich ausbezahlten Stipendienbeträge stiegen dagegen aufgrund höherer Beitragsberechtigungen sowohl gegenüber Budget wie Vorjahr an.
- B18 Die Durchlaufzeit für die Bearbeitung von Stipendien- und Darlehensgesuchen lag noch deutlich über den Erwartungen und nahm gegenüber dem Vorjahr nur leicht ab. Die befristete Aufstockung der Mitarbeitenden schlägt sich aufgrund einer langen Einarbeitungsphase erst mittelfristig nieder.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	Stand	bis
<b>RRZ 5.1c Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken</b>		
Die Erprobung von verschiedenen Elternbildungsangeboten in Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendhilfezentren (kjz) ist nach wie vor im Gange.	Planmässig	2019
<b>RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern</b>		
Die Mitarbeit in einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe dauert weiter an.	Planmässig	2019
<b>7501 2b Erarbeitung von Grundlagen und Instrumenten zur Versorgungssteuerung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe (neues Kinder- und Jugendheimgesetz/KJG)</b>		
Das neue Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) wurde am 27. November des Berichtsjahres durch den Kantonsrat verabschiedet. Die Ausarbeitung der Verordnung verläuft planmässig. Mit der Planung der umfangreichen Umsetzungsvorbereitungen wurde begonnen.	Planmässig	2018
<b>7501 2c Das Stipendienwesen weiterentwickeln (Umsetzung Stipendienreform)</b>		
Die Arbeiten an der Stipendienverordnung sind im Gange. Die Planung der Umsetzungsarbeiten wurde gestartet.	Planmässig	2018

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	460.2	460.0	<b>461.4</b>	1.4	0.3

Bemerkungen R17 zu B17

- 1.4 Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl schwankt aufgrund von Personalmutationen. Die Budgetüberschreitung ist u.a. auf befristete Anstellungen zum Abbau der Wartefristen im Stipendienbereich zurückzuführen.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	80.2	80.0	<b>81.2</b>	1.2	1.4
- Durchlaufende Beiträge	10.0	10.2	<b>10.0</b>	-0.2	-1.7
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	9.0	8.8	<b>9.1</b>	0.2	2.5
Aufwand	-266.1	-274.2	<b>-293.9</b>	-19.7	-7.2
- Eigene Beiträge	-133.7	-89.0	<b>-158.4</b>	-69.4	-77.9
- Durchlaufende Beiträge	-10.0	-10.2	<b>-10.0</b>	0.2	1.7
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	-9.1	-8.8	<b>-9.0</b>	-0.2	-2.3
- Nachtragskredit		-49.5			
Saldo	-185.9	-194.2	<b>-212.7</b>	-18.5	-9.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.7	0.8	<b>0.5</b>	-0.3	-42.2
Ausgaben	-2.7	-4.4	<b>-1.3</b>	3.1	70.1
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.1			
Saldo	-2.0	-3.6	<b>-0.8</b>	2.7	76.4

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-18.5		Abweichungen total R17 zu B17
1.3		- Der Sach- und übrige Betriebsaufwand fiel bei den Kinder- und Jugendhilfezentren (kiz) tiefer als erwartet aus.
0.9		- Im Personalbereich resultierten Budgetunterschreitungen aufgrund von verzögerten Anstellungen sowie aufgrund von Rotationsgewinnen. Die Kosten aus dem Anstieg der Beschäftigten konnten dadurch kompensiert werden.
0.9		- Geplante Projektausgaben verlagerten sich ins Folgejahr und führten zu Budgetunterschreitungen beim Sachaufwand.
0.4		- Geringere Investitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand und kalkulatorische Zinsen.
0.2		- Höhere Finanzerträge ergaben sich aus Aufwertungen bzw. der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
-0.3		- Als Folge der tiefer als geplant ausgefallenen Kosten der Kinder- und Jugendhilfezentren resultierten geringere Gemeindebeiträge (-0.8), der Anteil der Stadt Zürich an den Kosten der sonderpädagogischen Massnahmen stieg dagegen an (+0.5).
-2.0	A5	- Mehrkosten ergaben sich bei den sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter.
-3.7		- Eine Budgetüberschreitung bei den Stipendien (-4.2) infolge steigender Gesuchszahlen und höherer Beiträge konnte durch Budgetunterschreitungen bei den übrigen Staatsbeiträgen (+0.5) teilweise kompensiert werden.
-16.2	A6	- Bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime führte der zusätzliche Rückstellungsbedarf von 66.1 Mio. Franken (Vorjahr: 40.4 Mio.) für die Versorgertax-Abwicklung 2016/2017 mit den Gemeinden 2018 zu einer Budgetüberschreitung von -65.7 Mio. bzw. -16.2 Mio. Franken nach Abzug des genehmigten Nachtragskredits von 49.5 Mio. Franken. Zum Zeitpunkt der Nachtragskreditbeantragung wurde von einer Inkraftsetzung der bereinigten Gesetzesgrundlage auf den 1. Oktober des Berichtsjahres ausgegangen. Da diese nach der Volksabstimmung vom 24. September auf den 1. Januar 2018 festgesetzt wurde, resultierte ein entsprechender Fehlbetrag.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-3.6	<b>-0.8</b>	2.7	
- Saldoabweichung	-3.6	<b>-0.8</b>	2.8	- Zeitliche Verögerungen insbesondere bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime sowie bei Mobiliar- und Softwarebeschaffungen.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

# 7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Das Kerngeschäft der sieben Berufsinformationszentren (biz), das Beratungen für Jugendliche und Erwachsene, Seminare und Informationsveranstaltungen umfasst, war vergleichbar mit den Vorjahren.

Der Informationsauftrag für die Bevölkerung über das Bildungssystem und bestehende Weiterbildungsmöglichkeiten wurde durch die biz-Infotheken und das Internetportal [www.berufsberatung.ch](http://www.berufsberatung.ch) wahrgenommen. Um sicherzustellen, dass die Informationsvermittlung hinsichtlich eines zeitgemässen digitalen Informationsmanagements weiterentwickelt wird, wurde das Projekt «biz 2.0» lanciert. Dabei wurde das Gesamtkonzept der Infotheken erneuert und das biz Uster als Prototyp ausgewählt. Die dortige Infothek wird entsprechend umgebaut, sodass neue Beratungs- und Nutzungsformen evaluiert werden können.

Im Rahmen des vierjährigen Pilotprogramms des Bundes wird im Kanton die Integrationsvorlehre für Flüchtlinge aufgebaut. Für das Aufnahmeverfahren sind die biz neu zuständig. Im Rahmen einer standardisierten Potenzialabklärung werden die persönlichen Voraussetzungen und Eignungen abgeklärt, sodass die Zuweisung zu den von der Wirtschaft bereitgestellten Ausbildungsplätzen gezielt erfolgen kann.

Im Berichtsjahr wurde die Qualitätsentwicklung der biz im Rahmen von regionalen biz-Audits intern thematisiert. Dabei resultierte ein positives Gesamtbild. Die Angebotserbringung und die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern befindet sich in allen biz auf hohem Niveau und wurde als sehr gut und zweckmässig eingestuft.

## Aufgaben

- A1 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Jugendlichen und Erwachsenen  
A2 Information von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl, der Weiterbildung und der Laufbahngestaltung

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L11 Anzahl beratene Personen im biz	A1	14636	14000	<b>14238</b>	238	1.7
L12 Anzahl beratene Schüler/Schülerinnen der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden	A1	13178	13500	<b>12791</b>	-709	-5.3
L13 Anzahl Seminare und Veranstaltungen	A2	1311	1200	<b>1275</b>	75	6.3
B11 Kosten pro beratene Person in Fr.	A1	546	625	<b>549</b>	-76	-12.2
B12 Kosten pro beratene/n Schüler/in der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden in Fr.	A1	127	152	<b>132</b>	-20	-13.2
W11 Anteil Schüler/Schülerinnen im 2. Schuljahr der Sekundarschule, die eine Veranstaltung besucht haben (in Prozent)	A2	98	85	<b>99</b>	14	

## Bemerkungen

- L11, B11 Die Zahl der beratenen Personen übertraf den budgetierten Wert und kam leicht unter dem Vorjahr zu liegen. Eine gewisse Verlagerung zu Informationsauskünften und Kurzberatungen ist in den kantonalen biz aufgrund der dafür aufgewendeten Stunden festzustellen. Dies trägt zu einem folglich tieferen als budgetierten Wert B11 bei, der etwa dem Vorjahr entspricht.
- L12, B12 Die Frequenz des Sprechstundenangebotes in öffentlichen Sekundarschulhäusern hat sich über die Jahre eingespielt. Diese Kurzberatungen wurden von den Jugendlichen etwas weniger als geplant bzw. als im Vorjahr genutzt. Die aktuell gute Lehrstellen-Situation sowie generell verbesserte Aussichten auf Anschlusslösungen können zu diesem Resultat beigetragen haben. Insgesamt verblieb der Indikator B12 im Bereich des Vorjahresniveaus und unter dem budgetierten Wert.
- L13 2017 führten die kantonalen biz etwas mehr Veranstaltungen und Seminare als geplant durch. Der höhere Wert geht insbesondere auf die verstärkten Informationsbemühungen zugunsten von Eltern mit Migrationshintergrund (Integrationsangebote), Eltern von Primarschulkindern (Anlässe «Berufswahl in Sicht») sowie Berufsfachschulklassen («Wie weiter nach der Lehre?») zurück. Gegenüber dem Vorjahr ging insbesondere die Zahl der berufs-, schul- und studienkundlichen Informationsanlässe leicht zurück.
- W11 Dank der engen Zusammenarbeit zwischen Sekundarschule und Berufsberatung, auf der Grundlage des vom Bildungsrat verabschiedeten Rahmenkonzepts Sekundarschule-Berufsberatung, wurden 99% der Schülerinnen und Schüler durch die biz erreicht. Dieser Wert liegt klar höher als der vorsichtig geschätzte Budgetwert.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 7502 2a Entwicklung und Umsetzung Rahmenkonzept für die Unterstützung der Mittelschülerinnen und Mittelschüler in Fragen der Berufs- und Studienwahl

	Stand	bis
Die Praxiserprobung der neu konzipierten Angebote für Mittelschülerinnen und Mittelschüler («Workshop Untergymi – wie weiter?») sowie von neuen Studienwahlkanälen (Twitter/Facebook) dauert noch bis Ende 2018 an.	Planmässig	2018

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	112.9	114.4	<b>110.9</b>	-3.5	-3.1

Bemerkungen R17 zu B17

-3.5 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer etwas tieferen Durchschnittszahl der Beschäftigten.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	15.9	16.6	<b>15.7</b>	-0.8	-5.1
Aufwand	-33.6	-35.1	<b>-33.2</b>	1.8	5.2
- Eigene Beiträge	-3.5	-3.7	<b>-3.5</b>	0.1	3.8
Saldo	-17.7	-18.5	<b>-17.5</b>	1.0	5.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		-0.3	<b>-0.0</b>	0.3	84.9
Saldo		-0.3	<b>-0.0</b>	0.3	84.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total R17 zu B17
0.8		- Der Sach- und Betriebsaufwand kam unter Budget zu liegen.
0.4		- Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer etwas tieferen Beschäftigtenzahl sowie geringerem Personalaufwand.
0.1		- Staatsbeiträge an private Organisationen für Projekte und Angebotsentwicklungen fielen nicht im erwarteten Rahmen an.
0.1		- Weniger Abschreibungs- und Zinsaufwand aufgrund sich zeitlich verschiebender Investitionsausgaben
-0.1		- Die Dienstleistungserträge fielen etwas tiefer als budgetiert aus.
-0.3		- Die Gemeindebeiträge reduzierten sich als Folge der tiefer ausgefallenen biz-Betriebskosten.
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	<b>-0.0</b>	0.3	
- Saldoabweichung	-0.3	<b>0.0</b>	0.3	- Geplante Beschaffungen im Zusammenhang mit der Neukonzipierung/Digitalisierung der Infotheken verzögerten sich.
- Übrige	0.0	<b>-0.0</b>	-0.0	

# 7930 Berufsbildungsfonds

Der hohe Fondsbestand Ende 2016 ermöglichte im Berichtsjahr eine erneute Auszahlung einer Ausbildungszulage an alle aktiven Lehrbetriebe. Die Höhe der Ausbildungspauschale richtet sich nach der Anzahl Lernender und variiert zwischen 500 und 40000 Franken. Im Berichtsjahr konnten die Leistungen für die überbetrieblichen Kurse, die Kurse für Berufsbildende sowie die Kosten für die Qualifikationsverfahren (QV) im selben Umfang wie im Vorjahr geleistet werden. Im Rahmen der Berufsmesse Zürich wurde im Berichtsjahr eine Sonderschau zum Thema «Berufswelten der Zukunft» realisiert, die vom Berufsbildungsfonds (BBF) massgeblich mitfinanziert wurde. Weitere Beiträge wurden für Projekte zur Reduzierung von Lehrabbrüchen oder zur Steigerung der Erfolgsquote bei den QV bewilligt.

Die Finanzkontrolle hat bei ihrer Vertiefungsprüfung 2016 Mängel in der Organisation des BBF festgestellt. Zur Klärung der Regelung der Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortung zwischen dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA), der Geschäftsstelle des BBF und der Berufsbildungskommission wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern aller drei Bereiche gebildet. Die Arbeitsgruppe erarbeitete verschiedene Varianten mit Klärungsansätzen und priorisierte dabei die Lösungsvariante mit einer organisatorischen und personellen Trennung zwischen dem BBF und dem MBA. Die Umsetzung erfolgt Anfang 2018.

## Aufgaben

- A1 Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons  
A2 Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
L2 Durchschnittlich erbrachte Leistung pro lernende Person	A1, A2	288	566	<b>737</b>	171	30.2
B1 Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro lernende Person	A1, A2	18	20	<b>17</b>	-3	-15.0

## Fonds

Fondsbestand	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	23.7	19.0	<b>16.3</b>	-2.7	-14.2

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>	17.0	20.7	<b>26.8</b>	6.1	29.4
- Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	16.8	16.0	<b>19.4</b>	3.4	21.2
- Entnahme aus Bestandeskonto		4.7	<b>7.4</b>	2.7	57.3
- Kalkulatorischer Zinsertrag	0.3	0.0		0.0	0.0
<b>Aufwand</b>	-17.0	-20.7	<b>-26.8</b>	-6.1	-29.4
- Zahlungen an Lehrbetriebe	-10.2	-20.0	<b>-26.2</b>	-6.2	-30.8
- Einlagen in Bestandeskonto	-6.2	0.0		0.0	0.0
- Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-0.6	-0.7	<b>-0.6</b>	0.1	14.8
<b>Saldo</b>	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
<b>Investitionsrechnung (in Mio. Franken)</b>	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
3.4	A2	- Die Beiträge werden von den Ausgleichskassen mit einem Promille auf der Lohnsumme der pflichtigen Arbeitgeber erhoben. Trotz geringer Zunahme der Anzahl beitragspflichtiger Arbeitgeber resultierte ein höherer Ertrag als erwartet. Da nur rund ein Drittel aller Arbeitgeber im Kanton Zürich von der Beitragspflicht befreit ist, gestaltet sich eine Prognose über die Lohnsumme der beitragspflichtigen Arbeitgeber schwierig.
2.7	A2	- Höhere Entnahme aus dem Bestandeskonto
-6.0	A2	- Aufgrund des hohen Fondsbestandes Ende 2016 bewilligte die Berufsbildungskommission die Ausschüttung eines einmaligen Ausbildungsbeitrages an die Lehrbetriebe in der Höhe von 6 Mio. Franken.
-0.1		- Übrige Abweichungen



# 08

## Baudirektion

<b>Überblick</b>	<b>206</b>
<b>Legislaturziele</b>	<b>208</b>
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	208
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	208
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	208
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	208
<b>Finanzierung</b>	<b>210</b>
Übersicht	210
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	210
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	210
<b>Personal- und Lohnstatistik</b>	<b>211</b>
Beschäftigungsumfang	211
Lohnaufwand	211
Anstellungsverhältnisse	211
<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>211</b>
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	211
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	212
<b>Leistungsgruppen</b>	<b>213</b>
8000 Generalsekretariat (GS)	213
8100 Hochbauamt (HBA)	215
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)	217
8400 Tiefbauamt (TBA)	220
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	223
8510 Altlasten	227
8700 Immobilienamt	228
8710 Liegenschaftenerfolg	232
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	233
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	237
8940 Denkmalpflegefonds	238
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen	239
8960 Deponiefonds	240
8970 Kantonaler Waldfonds	241
8980 Wildschadenfonds	242

# Überblick

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (archäologische Funde, Baudenkmäler und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für Hochwasserschutz, saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente Energienutzung.

## Planungs- und Bautätigkeit

**Kantonaler Richtplan:** Der Kantonsrat hat im Berichtsjahr die Richtplanvorlage zur Entwicklung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum sowie die Teilrevisionen betreffend Glattalautobahn, die Lückenschliessung der Oberlandautobahn, die Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze in Winterthur sowie das Depot Limmattalbahnhof festgesetzt. Zwei der drei Pakete zur Teilrevision 2016 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat im vierten Quartal zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen.

**Kantonale Gestaltungspläne:** Die Baudirektion setzte drei kantonale Gestaltungspläne fest, welche die langfristige Abstimmung von Neubauten, Freiräumen und Verkehr innerhalb des Hochschulgebiets Zürich Zentrum sowie mit der Umgebung gewährleisten. Zudem wurde ein Stadtraumkonzept erarbeitet. Einen weiteren kantonalen Gestaltungsplan setzte die Baudirektion für den Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf fest. Die kantonalen Gestaltungspläne für das neue Universitäts-Kinderspital Zürich und den Uto Kulm sind im Berichtsjahr in Rechtskraft erwachsen.

**Gebietsplanung «Chance Uetikon»:** Der Kanton Zürich erwarb das Areal der Chemie Uetikon AG (CPH AG) zum Bau einer neuen Kantonsschule. Im Januar des Berichtsjahres übernahm die Gemeinde Uetikon a.S. 50% des Grundstücks. Das gesamte Areal wird unter der Federführung des Amtes für Raumentwicklung und des Immobilienamtes mittels einer Gebietsplanung gemeinsam entwickelt.

**Mittelschule linkes Zürichseeufer:** Zum Bau einer neuen Kantonsschule in Au-Wädenswil hat der Regierungsrat im Berichtsjahr dem Kauf eines Teils des Grundstücks des Areals «AuPark» zugestimmt und die Gründung der Kantonsschule beim Kantonsrat beantragt. Nach einer Standortevaluation vollzog das Immobilienamt die vorsorgliche Landsicherung.

**Vorgezogene Ausführungsplanung:** In der Vergangenheit musste die Planung eines Bauprojektes zwischen Projektierungs- und Ausschreibungsphase unterbrochen werden, bis der Kredit durch den Regierungs- und Kantonsrat genehmigt war. Der Kantonsrat hat am 4. September des Berichtsjahres beschlossen, dass die Ausführungsplanung während der Beschlussphase vorgezogen werden darf. Dank dieser Massnahme kann der Planungsprozess um etwa ein Jahr verkürzt werden.

**AgroVet-Strickhof:** Im Berichtsjahr wurden in Lindau die Neubauten des Kompetenzzentrums für Land- und Ernährungswirtschaft eingeweiht. Entstanden ist ein Nutztierzentrum mit Milchvieh- und Mastställen sowie ein Nutztierstall für die Ausbildung der Studierenden der Veterinärmedizin. Die ETH

Zürich hat ein Stoffwechsellager realisiert, in dem sie mit der Universität Zürich Forschung im Bereich der effizienten und emissionsarmen Nutztierhaltung betreiben wird.

**Instandsetzung A51:** Die 1970/1971 erbaute kantonale Autobahn A51 zwischen Kloten und Bülach Nord wird vom Tiefbauamt seit 2014 umfassend instand gesetzt. Die Hauptarbeiten begannen im September 2016. Im Sommer des Berichtsjahres stand während acht Wochen pro Fahrtrichtung je ein Fahrstreifen zur Verfügung. Aufgrund der intensiven Bauweise können die Bauzeit und die damit verbundenen Verkehrseinschränkungen um vier Monate verkürzt werden.

**Baustellenkoordination im Limmattal:** Mit dem Bau und der Inbetriebnahme der Limmattalbahnhof soll der Durchgangsverkehr im Raum Schlieren/Dietikon in Ost-West-Richtung zukünftig auf die Bernstrasse verlagert werden. Hierfür werden seit Sommer 2016 verschiedene Kreuzungen und Strassen um- und ausgebaut. Für die Strassenbauarbeiten in Oetwil an der Limmat, Geroldswil und Weiningen wurde ein Einbahnregime eingeführt. Ausserdem wurden auf der Bernstrasse die Hallerkreuzung fertiggestellt und die Brücke Schönenwerd über die SBB erneuert.

**Ausbau Hardwald:** Nachdem der Regierungsrat im Juni 2016 die gebundenen Kosten von 32,35 Mio. Franken bewilligt hatte, stimmte der Kantonsrat Ende Mai des Berichtsjahres mit 103:59 Stimmen den neuen Ausgaben über 62,2 Mio. Franken zu.

## Schutz und Erhaltung

**Landwirtschaftliche Bodenverbesserungen:** Durch die Bautätigkeit im Kanton Zürich fallen jährlich grosse Mengen fruchtbaren Bodens an, die für die Aufwertung sanierungsbedürftiger Böden einzusetzen sind. So können produktive Böden geschaffen und bei Bauvorhaben anfallende Verluste an Fruchtfolgeflächen ersetzt werden. Kantonsweit wurden im Berichtsjahr 15 mindestens 10 Hektar grosse Flächen für solche Bodenverbesserungen eruiert, die einen möglichst grossen Nutzen und möglichst geringe Konflikte mit anderen Schutzinteressen aufweisen.

**Naturschutz-Gesamtkonzept:** Der Bericht «Naturschutz-Gesamtkonzept: Bilanz 2015 und weitere Umsetzung» wurde am 15. März des Berichtsjahres vom Regierungsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Ziele im Natur- und Landschaftsschutz sind gemäss Bericht zur Hälfte erreicht. Der Zielerreichungsgrad konnte seit 2005 leicht gesteigert werden, was angesichts des hohen Drucks auf naturnahe Landschaften als Erfolg zu werten ist. Die Fortschritte haben sich allerdings im Vergleich zur Vorperiode (1995–2005) deutlich abgeschwächt.

**Klimawandel:** Die Folgen des Klimawandels schaden unter anderem der Gesundheit, der Landwirtschaft oder führen zu Sachschäden. Der Doppelstrategie des Kantons entsprechend wurden zwei Massnahmenpläne erarbeitet: einer zur Verminderung von Treibhausgasemissionen (Klimaschutz) und einer zum Umgang mit zunehmenden Klimarisiken (Anpassung an den Klimawandel).

**Thurauen:** Nach zehnjähriger Bauzeit konnte das Thurauenprojekt im Berichtsjahr zeitgerecht und im vorgegebenen Kostenrahmen erfolgreich abgeschlossen werden. Somit konnte das grösste Auengebiet des schweizerischen Mittelandes ökologisch aufgewertet, der Thur wieder ihren freien

Lauf gegeben und die umliegenden Gebiete vor Hochwasser geschützt werden.

**Schwemmholzrechen:** Oberhalb Langnau a.A. konnte an der Sihl einer der grössten Schwemmholzrechen eingeweiht und dem Betrieb übergeben werden. Mit diesem Rechen wird im Hochwasserfall über 95% des Schwemmholzes aus der Sihl aufgefangen und so die Verklausungsgefahr bei den Brücken bis zum Hauptbahnhof Zürich eliminiert.

**Hochwasserrückhalteraum Hegmatten:** Für den Schutz vor Hochwasser in der Stadt Winterthur konnte im Hegfeld das Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten nach zweijähriger Bauzeit dem Betrieb übergeben werden. Mit ihm wird Hochwasser aus der Eulach ausgeleitet und im Rückhalteraum gepuffert, damit ein Grossteil der Innenstadt vor Überflutung geschützt ist.

**Archäologie:** Die Rettungsgrabung im Hochwasserrückhalteraum Oberwinterthur-Hegmatten wurde abgeschlossen. Vorgängig zum neuen Kinderspital in Zürich-Lengg musste unerwartet eine Rettungsgrabung organisiert werden. Eine weitere Rettungsgrabung startete am Hauptsitz der Zurich Versicherung in Zürich. Zum Abschluss der Auswertung der Grossgrabung Parkhaus Opéra in Zürich wurde auf dem Sechseläutenplatz eine temporäre Ausstellung gezeigt.

**Denkmalpflege:** Mitte Jahr wurde die neue Objektdatenbank (ODB) mit Informationen zu rund 15000 Gebäuden in Betrieb genommen. Sie ermöglicht rasche rechtsverbindliche Auskünfte zu überkommunalen Schutzobjekten und Ensembles. Die Inventarbeschriebe der Planungsregionen Furttal und Knonaueramt wurden festgesetzt. Die Bearbeitung in weiteren Regionen wurde vorangetrieben. Der 21. Bericht Zürcher Denkmalpflege ist erschienen. Die Wiederinstandstellung der Umgebungsgestaltung des «Sulzer-Hochhauses» in Winterthur wurde abgeschlossen. In Oberstammheim konnte das aus fünf Einzelgebäuden bestehende Ensemble um den Gasthof Hirschen umfassend restauriert werden.

### **Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen**

**Jagdgesetz:** Geänderte bundesrechtliche und andere Rahmenbedingungen verlangen die vollständige Überarbeitung des kantonalen Jagdgesetzes. Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe hat einen Entwurf ausgearbeitet. Der Regierungsrat hat die Baudirektion ermächtigt, das Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Stellungnahmen sind ausgewertet.

**Wassergesetz:** Am 28. November des Berichtjahres schloss die Kommission des Kantonsrates für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) ihre Arbeiten am Wassergesetz ab. Der Gesetzesentwurf enthält zahlreiche Verbesserungen. So wird etwa der Rechtsschutz generell verbessert und es wird der Auftrag der Kantonsverfassung umgesetzt, die Renaturierung von Gewässern zu fördern. Ferner enthält der Entwurf nun präzisierende Vorschriften zur Gewässerraumfestlegung im Sinne des Bundesrechts und zum Umgang mit sogenannten Landanlagekonzessionen.

**Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF):** Im Februar des Berichtjahres nahmen die Stimmberechtigten die eidgenössische Vorlage zum NAF an. Damit ist die Grundlage geschaffen, dass zusätzliche Strassen ins Eigentum des Bundes übergehen. Die Übernahme durch den Bund wird am 1. Januar 2020 rechtlich vollzogen. Total gehen rund 36 Kilometer Strasse ins Eigentum des Bundes über.

**Eigentümerstrategien im Strombereich:** Die Umsetzung der im Dezember 2016 vom Regierungsrat beschlossenen Eigentümerstrategien für die Axpo Holding AG (Axpo) sowie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) hat begonnen. Die beiden Regierungsvertreter im Verwaltungsrat der Axpo sind zurückgetreten. Gleichzeitig wurde der Verwaltungsrat der Axpo von 13 auf 9 Mitglieder verkleinert. Der Kanton stellt nun zusammen mit den EKZ drei Verwaltungsräte.

**Open Government Data für Geodaten:** Im Amt für Raumentwicklung wurden im Berichtsjahr die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass am 1. Januar 2018 die revidierte kantonale Geoinformationsverordnung und die revidierte Gebührenverordnung in Kraft treten können. Damit stehen Geodatenätze kostenlos und zur freien Nutzung zur Verfügung.

**Elektronische Plattform für Baugesuche (eBaugesucheZH):** Mit diesem Projekt können Bauherren künftig ihre Baugesuchsunterlagen digital über ein Internetportal einreichen. Im Berichtsjahr wurde in einem Submissionsverfahren der Umsetzungspartner bestimmt und damit die Konzeptphase abgeschlossen. Parallel zur laufenden Realisierung wurde ein Erklärvideo erarbeitet und publiziert.

**Weiterentwicklung Immobilienmanagement (WIM):** Im Berichtsjahr wurde die Projektleitung WIM besetzt und die Projektorganisation konstituiert. Sie setzt sich aus Vertretungen aller Direktionen und der Staatskanzlei zusammen. Die seither erarbeiteten wichtigsten Ergebnisse sind das Konzept Mietermodell/Immobilienverordnung sowie das Leitbild und die Immobilienstrategie des Kantons Zürich. Somit konnten die grundsätzliche Richtungsdefinition des Mietermodells und des künftigen Immobilienmanagements festgelegt sowie die strategischen Grundlagen für die kantonalen Immobilien geschaffen werden.

**Festsetzung Immobilienstrategie:** Der Regierungsrat hat am 27. September des Berichtsjahres erstmals eine Immobilienstrategie des Kantons Zürich festgesetzt. Sie wurde unter Einbezug aller Direktionen und der Staatskanzlei erarbeitet. Die Immobilienstrategie definiert die strategische Ausrichtung des kantonalen Immobilienportfolios und dient dessen Steuerbarkeit. Sie sorgt für Transparenz und Kontinuität bei grundsätzlichen Entscheiden im Immobilienmanagement und sichert einen nachhaltigen Umgang mit den kantonalen Immobilien.

# Legislaturziele

## Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 7.1 Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.</b>		
RRZ 7.1a Ortspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen	8300	2019
RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln	8300	2019
RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln	8300	2019
RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken	8300	2019
RRZ 7.1e Die Bundesagrarpolitik 2014-2017 umsetzen und den Vollzug auf eine produzierende, nachhaltige Landwirtschaft ausrichten	8800	2017
RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen	8500	2019
<b>RRZ 7.2 Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.</b>		
RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten	8500	2017
RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten	8500	2018
RRZ 7.2c Den Energieplanungsbericht 2017 erarbeiten und vorlegen	8500	2017

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen	LG	bis
<b>BD 7.1 Natürliche Ressourcen erhalten und effizient nutzen</b>		
BD 7.1a Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen.	8300	2019
BD 7.1b Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken.	8300	2019
BD 7.1c Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen.	8400	2018
BD 7.1d Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen	8500	2019
BD 7.1f Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.	8500	2020
BD 7.1g Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.	8500	2019
BD 7.1h Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen.	8800	2018
BD 7.1i Eine Strategie für den Umgang mit der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen.	8800	2019
BD 7.1j Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen.	8800	2018

## Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.</b>		
RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen	8300	2019

## Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.</b>		
RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen	8400	2019
RRZ 9.2c Einen Entscheid über den langfristigen Hochwasserschutz Sihl-Zürichsee-Limmat (Stadt Zürich) treffen	8500	2018

## Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen	LG	bis
<b>RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.</b>		
RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	8500	2019
RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten	8100	2019
	8700	2018

<b>RRZ 10.2 Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.</b>		
RRZ 10.2e	Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen	8300 2019
RRZ 10.2f	Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können	8300 2019
<b>RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.</b>		
RRZ 10.3d	Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)	8500 2017
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG bis
<b>BD 10.1 Führungs- und Mitarbeiterentwicklung intensivieren und Prozesse optimieren</b>		
BD 10.1a	Konzept Fach- und Projektlaufbahn Baudirektion umsetzen	8000 2017
BD 10.1d	Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen	8000 2019
BD 10.1e	IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen	8700 2019

# Finanzierung

## Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	815.4	743.5	<b>758.4</b>	14.9	2.0
Aufwand	-967.0	-1 003.9	<b>-970.0</b>	33.9	3.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-3.6			
Saldo	-151.7	-260.4	<b>-211.6</b>	48.8	18.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	46.2	54.1	<b>50.8</b>	-3.3	-6.2
Ausgaben	-205.3	-512.5	<b>-312.1</b>	200.4	39.1
- Kreditübertragungen aus 2016		-149.0			
Saldo	-159.1	-458.4	<b>-261.4</b>	197.1	43.0

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
48.8		Abweichungen total R17 zu B17
14.5	8710	- Hauptsächlich Marktwertanpassungen und Buchgewinne von Liegenschaften im Finanzvermögen
14.1	8500	- Hauptsächlich geringerer Sachaufwand infolge Projektverzögerungen in den Bereichen Wasserbau, Abfallwirtschaft, Luft, Energie und Gewässerschutz
8.4	8510	- Hauptsächlich Rückzahlung Liquiditätsüberschuss und Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken
3.7	8800	- Hauptsächlich geringer Sachaufwand in den Bereichen Bodenschutz, Landwirtschaft, landwirtschaftliche Bildung und Wald, geringere Beiträge und Entschädigungen sowie geringerer Personalaufwand
3.7	8910	- Geringerer Nettoaufwand vor allem aufgrund geringerer Sofortabschreibungen infolge weniger Investitionen in den Bereichen Denkmalpflege und Ortsbild- und Landschaftsschutz
3.1	8700	- Hauptsächlich geringere Planungen Dritter und Honorare infolge diverser Projektverzögerungen, u.a. bei der Umsetzung des Mietermodells, sowie geringere Kapitalfolgekosten
1.3		- Übrige Abweichungen

## Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	<b>R17</b>	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	<b>-261.4</b>			
- Lindau, Neu- und Ersatzbauten AgroVet-Strickhof, Forschungs- und Bildungszentrum (87I-12062)	<b>-15.8</b>	-31.2	-30.0	-1.2
- Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen und Gastronomie (87I-13082)	<b>-15.0</b>	-28.8	-23.8	-5.0
- Bezirksverwaltung Winterthur inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (87I-13156)	<b>-1.5</b>	-6.5	-2.1	-4.4
- Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum (87I-11900)	<b>-80.0</b>	-682.5	-292.0	-390.5
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahn (84D-50025)	<b>-10.5</b>	-61.3	-12.5	-48.8
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10045)	<b>-0.6</b>	-1.5	-0.6	-0.9
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten/Leichte Unterhaltsmassnahmen (84K-10007)	<b>-2.1</b>	-42.7	-13.4	-29.3
- Umfahrung Obfelden–Ottenbach (84L-00001)	<b>-0.2</b>	-39.6	-1.0	-38.6
- Sanierung A51 Kloten–Bülach (84L-10103)	<b>-28.2</b>	-199.2	-86.0	-113.2
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	<b>-0.3</b>	-94.5	-1.2	-93.3
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	<b>-0.4</b>	-3.1	-1.0	-2.1
- Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	<b>-3.2</b>	-34.6	-29.7	-4.9
- Sihl, Langnau, Schwemholzrechen (85W-704) / KRB vom 8. Juni 2015 (Vorlage 5149)	<b>3.1</b>	-26.0	-15.3	-10.6
- Sihl, Zürich, langfristiger Hochwasserschutz Zürich (85W-745, bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Grobschätzung) / Projektierungskredit Entlastungsstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015	<b>-1.1</b>	-7.2	-2.0	-5.1
- Thurauen (85W-700, 718, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 741, 743, 746, 766, 767, 768, 772, 775, 780, 785) / KRB vom 4. Dezember 2006 (Vorlage 4300)	<b>-0.7</b>	-48.6	-25.1	-23.5

- Investitionsbeiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie (85B-30 und 85B-62)	<b>-3.4</b>	-29.8	-13.5	-16.3
- Übrige	<b>-101.5</b>			

## Personal- und Lohnstatistik

### Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	1 456.6	1 490.4	<b>1 456.2</b>	-34.2	-2.3

### Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
8000 Generalsekretariat (GS)	-10249	-10486	<b>-10 156</b>	330	3.1
8100 Hochbauamt (HBA)	-15206	-15549	<b>-14 906</b>	643	4.1
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)	-14799	-15088	<b>-14 629</b>	459	3.0
8400 Tiefbauamt (TBA)	-44466	-45829	<b>-44 951</b>	878	1.9
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	-27592	-27719	<b>-27 323</b>	396	1.4
8700 Immobilienamt	-11712	-11979	<b>-12 229</b>	-250	-2.1
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	-37998	-39857	<b>-38 424</b>	1433	3.6
Total	-162022	-166507	<b>-162 618</b>		

#### Bemerkungen

Allg. Der Lohnaufwand umfasst neben den Grundlöhnen auch Zulagen, Dienstaltersgeschenke, Lohnrückerstattungen sowie Bildung oder Auflösung von Personalrückstellungen.

### Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2017)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
8000 Generalsekretariat (GS)	92	41	51	67	25
8100 Hochbauamt (HBA)	126	38	88	97	29
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)	151	62	89	72	79
8400 Tiefbauamt (TBA)	473	46	427	426	47
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	266	81	185	164	102
8700 Immobilienamt	119	36	83	101	18
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	530	253	277	184	346
Total	1 757	557	1 200	1 111	646

## Parlamentarische Vorstösse

### Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
287/2014	Änderung der Submissionsverordnung (Postulat Martin Arnold, Oberrieden, Carmen Walker Späh, Zürich, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	Vorlage 5327 vom 11.01.2017	26.01.2015
347/2014	Überbauung von Autobahnen und Eisenbahnlinien (Motion Thomas Wirth, Hombrechtikon, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Andrew Katumba, Zürich)	Vorlage 5335 vom 01.03.2017	30.03.2015
24/2015	Beschaffungswesen der kantonalen Verwaltung (Postulat Regula Kaeser-Stöckli, Kloten, und Judith Anna Stofer, Zürich)	Vorlage 5336 vom 15.03.2017	30.03.2015
352/2014	Finanzierungsmechanismen für die Überbauung von Autobahnen und Eisenbahnlinien (Postulat Thomas Wirth, Hombrechtikon, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Andrew Katumba, Zürich)	Vorlage 5335 vom 01.03.2017	30.03.2015
75/2014	Zu viele Kompetenzen für die Konzessionsbehörde bei der Nutzung des Untergrundes (Postulat Martin Farner und Konrad Langhart, Oberstammheim, sowie Gabriela Winkler, Oberglatt)	Vorlage 5381 vom 30.08.2017	14.09.2015
92/2014	Fischzucht in der Landwirtschaftszone (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Beat Huber, Buchs, und Martin Farner, Oberstammheim)	Vorlage 5379 vom 23.08.2017	14.09.2015
136/2014	Ehrliche Umsetzung des PJZ-Gesetzes und Freigabe des gesamten Kasernenareals (Postulat Cyrill von Planta, Zürich, Andreas Hauri, Zürich, und Daniel Hodel, Zürich)	Vorlage 5400 vom 04.10.2017	26.10.2015

**Baudirektion  
Parlamentarische Vorstösse**

269/2014	Gesamtbetrachtung der Eigentalsstrasse (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Werner Scherrer, Bülach, und Roland Scheck, Zürich)	Vorlage 5393 vom 20.09.2017	02.11.2015
222/2015	REDEM-Initiative für klimafreundliche Gebäude (Einzelinitiative Niklaus Haller, Zürich)	Vorlage 5372 vom 28.06.2017	01.02.2016
56/2016	Initiative zur Änderung des Energiegesetzes (Einzelinitiative Hans Zürrer, Zürich)	Vorlage 5402 vom 25.10.2017	02.05.2016
220/2016	Kriterien verschärfen statt Kahlschlag bei der Energieförderung (dringliches Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Yvonne Bürgin, Rüti, und Bruno Fenner, Dübendorf)	Vorlage 5378 vom 23.08.2017	12.09.2016
242/2016	Kein Verkauf von AXPO-Wasserkraftwerken ins Ausland (dringliches Postulat Daniel Frei, Niederhasli, und Jürg Trachsel, Richterswil)	Vorlage 5385 vom 06.09.2017	24.10.2016
243/2016	Wasserkraftwerke für den Kanton Zürich (dringliches Postulat Michael Welz, Oberembrach, Ruedi Lais, Wallisellen, und Hans Wiesner, Bonstetten)	Vorlage 5386 vom 06.09.2017	24.10.2016

**Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)**

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
60/2016	Sinnvolle Wiederverwertung von wertvollem Bodenmaterial (Postulat Konrad Langhart, Oberstammheim, Martin Haab, Mettmenstetten, und Martin Hübscher, Wiesendangen)	25.04.2016
93/2016	Mehr Mass beim Denkmalschutz (Postulat Andreas Hauri, Zürich, Marcel Lenggenhager, Gossau, und Markus Schaaf, Zell)	29.08.2016
137/2016	Ladestationen-Offensive: Jetzt Elektromobilität erleichtern (Postulat Andreas Hauri, Zürich, Olivier Moise Hofmann, Hausen a.A., und Christian Lucek, Dänikon)	29.08.2016
206/2016	Mehr Augenmass beim Hochwasserschutz (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Martin Arnold, Oberrieden, und Philipp Kutter, Wädenswil)	31.10.2016
28/2017	Baukosten langfristig senken (selbständige Baukompetenz) (Leistungsmotion Kommissionen für Bildung und Kultur sowie für Planung und Bau)	10.04.2017
29/2017	Baukosten langfristig senken (Zuständigkeitsbereich Baudirektion) (Leistungsmotion Kommissionen für Bildung und Kultur sowie für Planung und Bau)	10.04.2017
403/2016	Förderung des Einsatzes von Zürcher Holz und vermehrter Berücksichtigung von Zürcher Bauunternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen im Kanton Zürich («Holzinitiative») (Einzelinitiative Othmar Hasler, Sternenberg)	24.04.2017
185/2015	Anpassung des Baustandards bei kantonalen Hochbauprojekten (Postulat Roland Scheck, Zürich, Erich Bollinger, Rafz, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	04.09.2017
320/2015	Rheinfall – wer A sagt, muss auch B sagen (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Martin Farner, Oberstammheim, und Benno Scherrer, Uster)	04.09.2017
177/2015	Richtplan Kapitel 4.7.2, Eintrag Flugplatz Dübendorf (Motion Christian Lucek, Dänikon, und Michael Welz, Oberembrach)	04.09.2017



# 8000 Generalsekretariat (GS)

Temporäre Veranstaltungen können erhebliche Auswirkungen haben (Umwelt, Verkehr, Sicherheit, Jugendschutz usw.), welche die Organisatoren und die kommunale Bewilligungsbehörde vor grosse Herausforderungen stellen. Hier bietet das neue Gesuchsformular, das zusammen mit dem Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV) erarbeitet wurde, wertvolle Unterstützung. Es stellt sicher, dass alle relevanten Themen frühzeitig berücksichtigt werden, zeigt auf, wer, was, weiter zu tun hat und in welchen Fällen kantonale Bewilligungen erforderlich sind. Den Gemeinden wird empfohlen, das neue Gesuchsformular im Bewilligungsverfahren zu verwenden.

Das Projekt zur Einführung einer neuen Software für die Erfassung und Genehmigung von Arbeitszeiten, Absenzen, Leistungen, Spesen und Zulagen wurde im Berichtsjahr unter Leitung des Generalsekretariats und unter Miteinbezug sämtlicher Ämter der Baudirektion sowie der Finanzverwaltung und des Personalamtes zur Einführungsreife gebracht.

Bei der neuen Software mit dem Namen «ProTime» handelt es sich um ein mit SAP integriertes Produkt, sodass Schnittstellen und Datenredundanzen eliminiert werden können. ProTime wird 2018 in der Baudirektion und in Teilen der Finanzdirektion (Finanzverwaltung und Amt für Informatik) eingeführt.

Im Anschluss an die 2015 eingeleiteten Massnahmen zum Thema Kooperation und Projektkultur erfolgten im Berichtsjahr die Durchführung der Refresh-Workshops für Projektleitende sowie die Umsetzung der ämter-spezifischen und -übergreifenden Massnahmen. Das Amt für Raumentwicklung, das Hochbauamt und das Immobilienamt führten eine Transferplattform in Form eines Workshops durch, um die ämterübergreifende Zusammenarbeit weiter zu verbessern. In allen Ämtern wurden Themenführer ernannt, welche die Weiterführung des Projekts und die Begleitung der Kulturveränderung in den Ämtern zusätzlich unterstützen. Das Projekt wird 2018 fortgesetzt.

## Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht, Finanzen und Controlling, Organisationsentwicklung und Kommunikation
- A2 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
- A3 Informatikunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen sowie für die Staatskanzlei
- A4 Leitung Bewilligungsverfahren und Querschnittsaufgaben im Bereich Umwelt

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl bearbeitete Direktionsgeschäfte	A1	1112	1100	<b>1180</b>	80	7.3
L2	Anzahl betreute Mitarbeitende	A2	1734	1720	<b>1757</b>	37	2.2
L3	Anzahl betreute Informatikarbeitsplätze	A3	1537	1500	<b>1509</b>	9	0.6
L4	Anzahl bearbeitete Baugesuche	A4	3212	3000	<b>3573</b>	573	19.1
B1	Anzahl betreute Mitarbeitende pro HR-Stelle (ganze Baudirektion)	A2	134	133	<b>133</b>	0	0.0
B2	Anzahl betreute Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support)	A3	274	268	<b>269</b>	1	0.4
W1	Zufriedenheit der Ämter der Baudirektion mit den Dienstleistungen des Generalsekretariats (Befragung alle 3 Jahre) (in%)	A1, A3, A4	-	75	<b>82</b>	7	
W2	Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmenden der Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre) (in%)	A2	74		<b>-</b>		
W3	Fristgerechte Erledigung von Störungsfällen sowie von Lieferungen Hard- und Software (in %)	A3	82	80	<b>84</b>	4	
W4	Fristgerecht erledigte Baubewilligungsverfahren (in %)	A4	81	80	<b>75</b>	-5	

### Bemerkungen

- L2 Der Trend zu mehr Teilzeitmitarbeitenden hielt auch im Berichtsjahr an. Im Zusammenhang mit dem Aufbau von Agro-Vet im Strickhof wurden sieben neue Stellen geschaffen.
- L3 Nach der vorübergehend höheren Anzahl Arbeitsplätze im Vorjahr während der Übergangsphase zur neuen Hard- und Softwareumgebung (MIT16) hat sich die Zahl der Arbeitsplätze nach der Migration auf tieferem Niveau stabilisiert.
- L4 Die Anzahl der beim Kanton eingegangenen Baugesuche ist aufgrund der sehr guten Konjunkturlage und der hohen Bautätigkeit weiterhin sehr gross.
- B1 Das Betreuungsverhältnis bleibt trotz mehr Mitarbeitenden unverändert, da eine Teilzeitstelle aus dem Strickhof zu Human Resources verschoben und leicht aufgestockt wurde.
- W4 Die Anzahl der Baugesuche hat gegenüber dem Vorjahr um 11% zugenommen, wobei die Anforderungen bei der Beurteilung der Baugesuche tendenziell zunehmen. Die Abwicklung zur fristgerechten Beurteilung von Baugesuchen stösst an ihre Grenzen. Der Kanton arbeitet intern bereits vollständig digital und mit einer optimierten Geschäftskontrolle.

**Entwicklungsschwerpunkte**

**BD 10.1a Konzept Fach- und Projektablaufbahn Baudirektion umsetzen**

Das Konzept Fach- und Projektablaufbahn sollte vorerst im Tiefbauamt umgesetzt werden. Nach Vorbereitungsarbeiten und einem ersten Workshop mit der Geschäftsleitung des Tiefbauamtes wurde aus Ressourcengründen entschieden, die Umsetzung zu sistieren. Umsetzungsmöglichkeiten werden 2018 in anderen Ämtern geprüft und vorangetrieben.

Stand bis  
Verzögert 2017

**BD 10.1d Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen**

Im Hinblick auf den erforderlichen Lieferantenwechsel wurde die gesamte Planung und das Pflichtenheft überarbeitet. Die Neuausschreibung und Vergabe sind für 2018 geplant.

Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	82.0	83.1	<b>81.0</b>	-2.0	-2.5

Bemerkungen R17 zu B17

-2.0 Diverse kleinere, vorübergehende Abweichungen in verschiedenen Abteilungen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	16.2	16.4	<b>15.3</b>	-1.1	-6.9
Aufwand	-50.9	-49.8	<b>-47.7</b>	2.2	4.3
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-23.0	-21.0	<b>-21.0</b>	0.0	0.0
Saldo	-34.7	-33.4	<b>-32.4</b>	1.0	3.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1				
Ausgaben	-3.5	-5.1	<b>-0.6</b>	4.5	87.5
- Kreditübertragungen aus 2016		-3.0			
Saldo	-3.4	-5.1	<b>-0.6</b>	4.5	87.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total R17 zu B17
1.7	A3	- Geringerer Informatikaufwand (saldoneutral)
0.5	A1, A2, A4	- Geringere Dienstleistungen Dritter
0.3	A1, A2, A4	- Höhere diverse Entgelte
0.1	A1, A4	- Geringerer Personalaufwand, v.a. infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
-1.7	A3	- Geringere Erträge aus internen Verrechnungen von Informatikdienstleistungen (saldoneutral)
0.1		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
374966	9041	<b>0</b>	365925	-9041

# 8100 Hochbauamt (HBA)

Mehrere Bauvorhaben konnten eingeweiht werden wie zum Beispiel die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Männedorf, der provisorische Büro- und Laborbau des Instituts für Medizinische Mikrobiologie an der Universität Zürich oder die sanierte Allgemeine Berufsschule Zürich.

Die jährlichen Investitionsausgaben für die Planung und Realisierung von kantonalen Bauvorhaben stiegen im Berichtsjahr von 273 Mio. Franken auf 346 Mio. Franken und werden sich in den nächsten Jahren auf über 500 Mio. Franken erhöhen. Grund für diese markant höhere Investitionstätigkeit ist einerseits der Realisierungsstart der beiden Grossprojekte Polizei- und Justizzentrum (PJZ) und des Laborbaus UZI5 der Universität Zürich, andererseits die Realisierung des Neubaus für das Bildungszentrum in Uster, des Ersatz- und Ergänzungsbau für die Kantonsschule Büelrain in Winterthur, der Instandsetzung und Erweiterung des Bildungszentrums Zürichsee in Horgen, des Ersatzneubaus Didymos im Kantonsspital Winterthur sowie des Neubaus des Behandlungstrakts SUED2 im Universitätsspital Zürich.

Die Investitionstätigkeit wird auch langfristig noch zunehmen, denn viele grosse Projekte stehen kurz vor der Realisierung wie beispielsweise der Umbau und die Erweiterung des Sportzentrums Kerenzerberg, der Laborneubau für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Wädenswil oder der Ersatz- und Ergänzungsbau für die Integrierte Psychiatrie Winterthur. Zudem waren im Berichtsjahr grosse Bauvorhaben in der Vorstudienphase wie zum Beispiel die Erweiterungsneubauten für die Kantonsschule Limmattal in Urdorf, die Gesamtinstandsetzung der Kantonsschule Zürich Nord, der Forumsneubau für die Universität Zürich sowie mehrere Neubauten im Campus T der ZHAW in Winterthur. Die Aufzählung umfasst eine Auswahl aus insgesamt über 1000 laufenden grossen und kleinen Projekten.

Einen Meilenstein setzte der Regierungsrat mit der Genehmigung des Standards Nachhaltigkeit für Hoch-, Tief- und Wasserbauten. Damit sind Leitlinien definiert, wie die kantonalen Bauvorhaben ökologisch und energetisch vorbildlich sowie nach gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorgaben geplant und realisiert werden sollen.

## Aufgaben

- A1 Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl neue Projekte	A1	178	150	<b>174</b>	24	16.0
L2	Anzahl abgeschlossene Projekte	A1	103	150	<b>103</b>	-47	-31.3
L3	Anzahl Projekte in Bearbeitung	A1	1015	800	<b>1044</b>	244	30.5
L6	Anzahl Instandhaltungsmandate	A1	72	70	<b>72</b>	2	2.9
L7	Anzahl Wettbewerbe Planer	A1	13	12	<b>7</b>	-5	-41.7
L8	Anzahl Gutachten	A2	204	250	<b>155</b>	-95	-38.0
L9	Anzahl Kunstgestaltungsprojekte	A3	76	120	<b>80</b>	-40	-33.3
L11	Anzahl bezahlte Rechnungen zu Lasten Baukredite	A1	16813	18500	<b>15569</b>	-2931	-15.8
B1	Aufwand HBA-Projektmanagementleistungen im Verhältnis zu Baukosten abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre in %	A1	4	5	<b>4.5</b>	-0.5	
B7	Unterschreitung (negative Zahl) / Überschreitung (positive Zahl) der Baukosten in % im Vergleich zur Kreditsumme abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre	A1	-15.9	0	<b>-8.0</b>	-8.0	
B9	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen in % innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen	A1	80.6	100	<b>88.3</b>	-11.7	
W1	Jährliches Nettoinvestitionsvolumen Hochbau, planbare Hochbauinvestitionen in Mio. Franken/Jahr	A1	-	646	<b>-</b>		
W4	Betreutes Investitionsvolumen mit HBA-Projektmanagementleistungen Total in Mio. Franken	A1	9780	10250	<b>10080</b>	-170	-1.7
W6	Betreutes Fremd-Investitionsvolumen Total in Mietobjekten in Mio. Franken	A1	237	500	<b>202</b>	-298	-59.6
W8	Bezahlte Rechnungen in Mio. Franken/Jahr	A1	273	400	<b>346</b>	-54	-13.5
W11	Umweltmanagement: Energieverbrauch im Vergleich zum Minergiestandard in %	A1	-	84	<b>-</b>		

### Bemerkungen

- L3 Über 200 Projekte sind finanziell abgerechnet, die Dokumentationen sind jedoch noch in Erstellung.
- L7 Es wurden 4 Planerwahlverfahren und 3 Wettbewerbe durchgeführt.
- L8 Weniger Gesuche für Gutachten, da die Kirchen keine Subventionen mehr ausrichten.
- L9 Weniger Kunstgestaltungsprojekte, weil eine Standortkontrolle der Kunstwerke erfolgreich durchgeführt wurde.
- W6 Es wurden vermehrt Bauvorhaben im Eigentum realisiert.

W8 Weniger Volumen aufgrund Projektüberarbeitung UZI 5.

W11 Der Indikator W11 wird nicht mehr erhoben und ab 2018 durch den Indikator W12 Anteil realisierter Neubauprojekte im Standard Minergie-P-eco in % ersetzt.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten

Das Hochbauamt hat mit externer Unterstützung die zukünftigen Herausforderungen im Immobilienmanagement analysiert und eine Vision HBA 2020 entwickelt. Die Organisation des Hochbauamtes wird neu auf die vom Kantonsrat beschlossenen Modelle (Mietermodell für das allgemeine Verwaltungsvermögen, Delegationsmodell für Universitätsbauten, Baurechtsmodell für Gesundheitsbauten) ausgerichtet. Zusammen mit der Universität wurde eine neue Governance im Immobilienbereich festgelegt. Mit dem Universitätsspital und der Psychiatrischen Universitätsklinik wurden Zusammenarbeitsvereinbarungen unterzeichnet, welche die Bauprojektmanagement-Dienstleistungen des Hochbauamtes für eine Übergangsphase festlegen.

Planmässig 2019

### 8100 9a Standards für Baukosten und für betriebliche sowie qualitative Anforderungen erarbeiten und für Hochbauten verbindlich umsetzen

Der Kantonsrat verlangt mit den Leistungsmotionen KR-Nrn. 28/2017 und 29/2017, dass das Hochbauamt Massnahmen ausarbeitet, die Einsparungen für kantonale Hochbauten von bis zu 25% ermöglichen. Dieselbe Stossrichtung verfolgt die Massnahme F21.1 in RRB Nr. 236/2016 (Leistungsüberprüfung 2016). Das Hochbauamt hat einen entsprechenden Massnahmenplan ausgearbeitet und der Kommission des Kantonsrates für Bildung und Kultur (KBIK) vorgestellt.

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	117.2	122.4	<b>114.8</b>	-7.6	-6.2

Bemerkungen R17 zu B17

-7.6 Noch nicht genehmigter Stellenplan für Grossprojektleiter, sowie verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.7	4.1	<b>3.0</b>	-1.1	-26.4
Aufwand	-25.5	-27.5	<b>-26.2</b>	1.3	4.7
Saldo	-22.8	-23.4	<b>-23.2</b>	0.2	1.0

  

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R17 zu B17
0.6	A1	- Geringerer Personalaufwand aufgrund ausstehenden Stellenplans für Grossprojektleiter und Verzögerung bei der Wiederbesetzung vakanter Stellen
0.4	A1	- Geringerer Aufwand für Dienstleistungen und Planungen Dritter sowie für Studien Umweltschutz
0.3	A1	- Geringerer Sachaufwand, vor allem für Informatikdienstleistungen, Mobiliar und Spesen
-1.1	A1	- Fehlende Erträge für Verrechnung von Dienstleistungen für Universitätsspital Zürich (USZ), Kantons- spital Winterthur (KSW), Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Integrierte Psychiatrie Winter- thur – Zürcher Unterland (ipw), da noch nicht alle notwendigen Gesetzesänderungen vom Kantonsrat beschlossen wurden
0.0		- Übrige Abweichungen

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
200449	0	<b>0</b>	200449	0

# 8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)

Im Bereich Raumplanung wurden an drei Veranstaltungen «Forum ländliche Gemeinden – Im Dialog mit dem Amt für Raumentwicklung» die Herausforderungen des kantonalen Richtplans und des Raumplanungsgesetzes für ländliche Gemeinden thematisiert. Im Rahmen der Gebietsplanungen «Airport-Region», «Bassersdorf/Dietlikon/Wangen-Brüttisellen» sowie «Oberglatt/Niederglatt/Niederhasli» konnten zwischen den beteiligten Gemeinden, Regionen und dem Kanton Handlungsprogramme vereinbart werden. Mit dem Masterplan Lengg besteht eine gemeinsame Haltung der im Gebiet Lengg ansässigen Institutionen, des Kantons und der Stadt Zürich und der Gemeinde Zollikon über die Weiterentwicklung des Gebiets Lengg. Für das Gebiet Uetliberg-Albis wurde eine erste Etappe der Schutzverordnung festgesetzt. Eine anhaltend hohe Anzahl Baugesuche wurde in den Bereichen Bauen ausserhalb Bauzonen und Ortsbildschutz beurteilt. Zudem konnten weitere kantonale Gestaltungspläne für den Kiesabbau und Deponien festgesetzt werden.

Die Archäologie hat in der Pfahlbaufundstelle Maur-Schiff-lände bei Vorbereitungsarbeiten für geplante Schutzmassnahmen seltene jungsteinzeitliche Textilfunde geborgen. Von grosser Bedeutung sind zudem Funde spätmittelalterlicher Webkeller und Textilien in Elgg und Winterthur sowie Bronze-funde der älteren Eisenzeit vom Üetliberg.

Im Bereich Geoinformation wurden im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) weitere 39 Gemeinden freigeschaltet. Bei der periodischen Nach-führung der Amtlichen Vermessung wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Landschaft und Natur, Abteilung Wald, die Geodaten der Waldränder als Grundlage für die Festlegung der statischen Waldgrenzen aktualisiert. Die Anwendung von Geoinformationssystemen in der kantonalen Verwaltung (GIS-ZH) feierte ihr 25-jähriges Bestehen. Im Projekt elektronische Regierungsgeschäfte und Mitberichte (eRRG) der Staatskanzlei wurde der gesamte Datentransport zwischen den Direktionen und der Staatskanzlei konzipiert und realisiert.

## Aufgaben

- A1 Raumplanung: Grundlagen und Planungen im kantonalen Interesse; Genehmigen oder Festsetzen kantonalen, regionaler und kommunaler Pläne; Interessensabwägung sicherstellen; Bewilligungen ausserhalb Bauzonen und im geschützten Ortsbild
- A2 Denkmalpflege: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von Baudenkmalern
- A3 Archäologie: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von archäologischen Denkmälern
- A4 Geoinformation: Entscheidungsrelevante, verlässliche raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne im urbanen Raum	A1	137	140	<b>154</b>	14	10.0
L2	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne ausserhalb des urbanen Raums	A1	102	90	<b>89</b>	-1	-1.1
L3	Bearbeitete Baugesuche zum Bauen ausserhalb der Bauzonen und zum Ortsbildschutz	A1	1107	1200	<b>1151</b>	-49	-4.1
L4	Gebietsplanungen in Bearbeitung	A1	4	2	<b>5</b>	3	150.0
L5	Gebietsplanungen in Umsetzung	A1	10	12	<b>13</b>	1	8.3
L6	Bearbeitete Baugesuche Denkmalpflege	A2	260	250	<b>350</b>	100	40.0
L7	Bearbeitete Baugesuche Archäologie	A3	452	400	<b>495</b>	95	23.8
L8	Archäologische Interventionen	A3	92	100	<b>119</b>	19	19.0
L9	Übernahme von Gemeinden in Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB (Zielwert)	A4	26	39	<b>39</b>	0	0.0
L10	Erfüllte Leistungskriterien gemäss Service-Level-Agreement-Verträgen Datenlogistik ZH [in %] (Zielwert)	A4	98.8	98	<b>99.4</b>	1.4	
B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum [in %]	A4	77	75	<b>92</b>	17	
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH [in %]	A4	94	70	<b>73</b>	3	
W1	Beanspruchte Bauzone pro Person [in m2]	A1	105	115	<b>105</b>	-10	-8.7
W2	Saldo von Ein- und Auszonungen [in ha]	A1	3	10	<b>5</b>	-5	-50.0
W3	Anteil erstelltes Gebäudevolumen in Gebieten, die aus landschaftlicher Sicht einen besonderen Schutz verdienen [in % des gesamten Gebäudevolumens]	A1	0.5	0.3	<b>0.3</b>	0.0	0.0
W4	Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von beitragsberechtigten Bauvorhaben [in %]	A2	90	5	<b>30</b>	25	
W5	Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von begleiteten Bauvorhaben [in %]	A3	100	95	<b>100</b>	5	
W6	Datenvolumen der Web-Dienste [in Terabyte TB]	A4	17.2	3	<b>17.5</b>	14.5	483.3
W7	Erfüllte Qualitätskriterien der Daten für das Gebäude- und Wohnungsregister GWR [%]	A4	87.6	95	<b>83.5</b>	-11.5	

Bemerkungen

- L1 Die urbanen Gemeinden erarbeiten mehr Planungen als erwartet, was die hohe Entwicklungsdynamik bezüglich Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung im Kanton Zürich widerspiegelt und auch vom Raumordnungskonzept her erwünscht ist.
- L6 Die Steigerung ist auf exogene Faktoren zurückzuführen.
- L7 Die Steigerung ist auf exogene Faktoren zurückzuführen.
- L8 Die Zunahme ist durch die höhere Anzahl von Bauvorhaben und Terrainveränderungen in archäologisch relevanten Gebieten bedingt.
- B1 Aufgrund des neuen Verrechnungsmodells GIS-ZH ab 1. Januar 2018 wurde die Periode Oktober 2016 bis Dezember 2017 anstelle von Oktober 2016 bis September 2017 verrechnet. Dies hat den Kostendeckungsgrad erhöht.
- W1 Der Indikatorwert ist gleich hoch wie im Vorjahr. Das starke Bevölkerungs- und Beschäftigtenwachstum führt tendenziell zu einer Verdichtung. Die Budgetwerte des Indikators werden für die Folgejahre vermindert.
- W2 Die Wirkung des Einzonungsmoratoriums aufgrund der Kulturlandinitiative hält weiterhin an.
- W5 Zu allen Interventionen sind Kurzberichte online zugänglich.
- W6 Das Datenvolumen wurde durch den Ausbau der Anzahl Geodienste sowie deren vermehrte Nutzung weit übertroffen. Die neuen Rasterprodukte wie Orthofotos und Höhendaten produzieren zudem deutlich mehr Transfervolumen. Über WebTransferZH wurde ebenfalls mehr Datenvolumen übertragen als geschätzt.

**Entwicklungsschwerpunkte**

	Stand	bis
<b>RRZ 7.1a Ortspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen</b>		
Zahlreiche Gemeindegespräche wurden im Berichtsjahr durchgeführt. Die Wegleitung zur Regelung des Parkplatzbedarfs in kommunalen Erlassen wurde aktualisiert und die interne Vernehmlassung durchgeführt. Die regionalen Richtpläne Winterthur und Umgebung, Stadt Zürich, Limmattal und Knolleneramten wurden festgesetzt, für die Regionen Zimmerberg, Pfannenstil, Glattal, Furtal, Oberland, Weinland und Unterland wurde die Festsetzung beantragt.	Planmässig	2019
<b>RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln</b>		
Die Überweisung der Gesetzesvorlage an den Kantonsrat bis Mitte 2017 war nicht möglich. Grund dafür war die hohe Anzahl Anträge aus der Vernehmlassung und der damit verbundene Aufwand zur Bearbeitung der Gesetzesvorlage. Es wird nun eine Überweisung bis Anfang 2018 angestrebt.	Verzögert	2019
<b>RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln</b>		
Der Zwischenbericht wurde am 15. Juni des Berichtsjahres von der Geschäftsleitung der Baudirektion grundsätzlich zustimmend aufgenommen. Die zu vertiefenden Themenfelder wurden bezeichnet und an die Projektpartner zur weiteren Bearbeitung adressiert. Als besondere Herausforderung erweist sich der Umgang mit unabhängigen Kommissionen und mit Begutachtungen durch diese.	Planmässig	2019
<b>RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken</b>		
Neben Abklärungen im Vorfeld der Weiterführung des unter Federführung des Amtes für Verkehr angesiedelten Projekts «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» konnte ein weiteres Pilotprojekt «Hot-Spots der Erholung an der Thur» gestartet werden.	Planmässig	2019
<b>RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen</b>		
Der Termin zur Einführung der Arbeitszonenbewirtschaftung wurde verpasst. Die Beratungen im Kantonsrat zur Teilrevision 2015 des Richtplans dauern noch an. Vor der Festsetzung des Richtplans durch den Kantonsrat kann die Arbeitszonenbewirtschaftung nicht eingeführt werden.	Verzögert	2019
<b>RRZ 10.2e Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen</b>		
Im Berichtsjahr wurden die Rechtsgrundlagen für die Nutzung der Geodaten als Open Government Data angepasst. Diese treten am 1. Januar 2018 in Kraft. Parallel dazu wurden die technischen Voraussetzungen für eine offene Datennutzung geschaffen.	Planmässig	2019
<b>RRZ 10.2f Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können</b>		
Im Berichtsjahr wurde in einem Submissionsverfahren der Umsetzungspartner bestimmt und damit die Konzeptphase abgeschlossen. Parallel zur laufenden Realisierung wurde ein Erklärvideo erarbeitet und publiziert.	Planmässig	2019
<b>BD 7.1a Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen.</b>		
Die Massnahme entspricht RRZ 7.1c (siehe vorne), deshalb wurde kein eigenes Jahresziel definiert.	Verzicht	2019

**BD 7.1b Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken.**

Die Vernehmlassung zur PBG-Revision «Planen und Bauen am Zürichsee» wurde zwar abgeschlossen, die Überweisung an den Kantonsrat ist allerdings noch nicht erfolgt. Die Vernehmlassung der Verordnungsanpassung «Beeinträchtigung durch Schattenwurf» ist in Vorbereitung, da vorgängig eine umfassende Grundlagenstudie durchgeführt und Massnahmen mit dem Baudirektor besprochen wurden.

Verzögert 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	122.2	124.5	<b>121.1</b>	-3.4	-2.7

Bemerkungen R17 zu B17

-3.4 Verzögerte Wiederbesetzungen von Stellen in verschiedenen Abteilungen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.1	6.2	<b>5.7</b>	-0.4	-7.1
Aufwand	-30.8	-31.0	<b>-30.6</b>	0.3	1.1
- Abschreibungen und Zinsen	-1.1	-1.1	<b>-1.0</b>	0.1	4.8
- Staatsbeiträge	-1.2	-0.4	<b>-0.4</b>	-0.0	-11.0
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.0			
Saldo	-23.7	-24.8	<b>-24.9</b>	-0.1	-0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.9	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-1.4	-0.6	<b>-0.1</b>	0.5	82.5
Saldo	-0.4	-0.6	<b>-0.1</b>	0.5	82.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R17 zu B17
0.5	A2, A4	- Geringerer Personalaufwand durch verzögerte Wiederbesetzungen von Stellen
0.1	A1	- Geringerer Sachaufwand Raumplanung
-0.3	A4	- Höherer Sachaufwand Geoinformation, vor allem durch zusätzliche Drittleistungen bei der Periodischen Nachführung, Etappen 1 und 2
-0.5	A4	- Geringere Erträge bei den internen Verrechnungen der Geoinformation, insbesondere der im Berichtsjahr mit internen Ressourcen vorangetriebene Aufbau der Datenabgabe «OpenGovernmentData OGD» führte dazu, dass weniger verrechenbare Aufträge/Projekte für GIS-Kunden ausgeführt werden konnten.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.6	<b>-0.1</b>	0.5	
- Projekt «elektronische Plattform für Baugesuche (ePB)» (RRZ 10.2f, A4)	-0.3	<b>-0.1</b>	0.2	- Projektverzögerung
- Projekt «Gebäude- und Wohnungsregister GWR-ZH», neuer Merkmalskatalog (A4)	-0.3	<b>0.0</b>	0.3	- Projektverzögerung
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016	Verwendung	<b>Antrag Bildung 2017</b>	Bestand 31.12.2017	
plus Bildung 2016	2017	<b>(verbucht 2018)</b>	plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
359600	0	<b>0</b>	359600	0

# 8400 Tiefbauamt (TBA)

Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei Anpassungen des Strassennetzes zur Verbesserung der Verkehrssicherheit (z.B. Sanierung von Unfallschwerpunkten) sowie bei der Vervollständigung des Radwegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen.

Im Nationalstrassenbereich sind die Abschlussarbeiten bei der Landumlegungsgenossenschaft Birmensdorf sowie der

Vollzug von diversen Mutationen auf den Notariaten im Gange.

Betrieb und Unterhalt der Staatsstrassen, verbunden mit dem entsprechenden Leistungsauftrag des ASTRA für die Autobahnen im Wirkungssperimeter der zürcherischen Gebietseinheit VII, waren die Hauptaufgabe im Berichtsjahr. Die ASTRA-Projekte «Ausbau Nordumfahrung» und «Instandsetzung Zürich Ost – Effretikon» beanspruchten die Mitarbeitenden der Gebietseinheit VII zusätzlich intensiv.

## Aufgaben

- A1 Bau und baulicher Unterhalt: Projektierung und Bauausführung von Staatsstrassenneu-, Unterhalts- und ausbauten, einschliesslich Kunstbauten
- A2 Betrieb: Staats- und Nationalstrassen (Auftrag Bund), einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
- A3 Hoheitliche Aufgaben: Konzessionen, Bewilligungen für Werkleitungen
- A4 Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Instandgesetzte und neu gebaute Strassen (in km)	A1	84.411	70	<b>93.099</b>	23.099	32.999
L2	Unterhaltene Staatsstrassen (in km)	A2	1326.5	1328.1	<b>1326.8</b>	-1.3	-0.1
L3	Unterhaltene kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen (in km)	A2	73.7	73.8	<b>73.7</b>	-0.1	-0.1
L4	Durch Strasseninspektorat koordinierte Baustellen	A1, A2	125	150	<b>129</b>	-21	-14.0
L5	Erteilte Konzessionen / Bewilligungen für Werkleitungen	A3	778	770	<b>776</b>	6	0.8
L6	Anzahl beurteilte Baugesuche bezüglich Lärmschutz	A4	579	500	<b>646</b>	146	29.2
B1	Kosten pro km Strassenbau und -instandsetzung im Durchschnitt der letzten 5 Jahre (in Fr.)	A1		-	-		
B2	Betriebliche Unterhaltskosten pro km der Staatsstrassen (ohne kant. Autobahnen und Hochleistungsstrassen, in Fr.)	A2	32382	35000	<b>34867</b>	-133	-0.4
B3	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen in % innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen	A1, A2, A3, A4	91.2	100	<b>98.3</b>	-1.7	
W1	Anteil der instandgesetzten und neu gebauten Strassen am Total der Staatsstrassen (in %)	A1	6.03	5	<b>6.65</b>	1.65	
W2	Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken, inkl. Land)	A1	9.1	15	<b>16.3</b>	1.3	8.7
W3	Zustand Kunstbauten, Anteil (in %) in schlechtem Zustand	A1	1.1	1.5	<b>1.2</b>	-0.3	
W4	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Anteil (in %) in ausreichendem bis gutem Zustand (Erhebung mind. alle 5 Jahre)	A1			-		

## Bemerkungen

- L1 Projektbezogene Abweichungen
- L6 Seit November 2015 werden der Fachstelle Lärmschutz (FALS) zur Sicherheit vermehrt Gesuche zugestellt, bei denen die Zuständigkeit der FALS nicht eindeutig ist.
- B1 Der Wert wird erstmals 2018 ausgewiesen.
- W1 Projektbezogene Abweichungen
- W4 Die nächste Datenerhebung erfolgt im Herbst 2018. Nach deren Analyse wird der neue Wert 2019 zur Verfügung stehen.



## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen

Die Langfristprognose 2015–2065 des netzweiten Mittelbedarfs zur Erhaltung und Erneuerung der Strassenoberbauten wurde erstellt und begründet. Die Massnahmenfälligkeitskarten zur Unterstützung der operativen Erhaltungsplanung sind erfolgreich eingeführt und werden jährlich aktualisiert. Die Anwendung des SEM-Ansatzes zur netzweiten Langfristprognose des Mittelbedarfs für die Kunstbauten ist in Abklärung.

Planmässig 2019

### BD 7.1c Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen.

Im Berichtsjahr sind die Arbeiten der Lärmsanierungsprojekte in allen Regionen gestartet. Die Abklärungen zum Ersatz von Lärmschutzwänden durch lärmarme Beläge sowie zu Temporeduktionsbegehren haben zu Verzögerungen geführt. Bisher wurden an sieben Strassenabschnitten Teststrecken mit lärmarmen Belägen realisiert.

Verzögert 2018

Am 31. März 2018 laufen die Fristen zur Lärmsanierung ab. Weil die Arbeiten bis dahin in den meisten Kantonen nicht abgeschlossen sind, wurde die Dauer für den Bezug von Bundesbeiträgen bis 2022 verlängert.

### 8400 9a Überarbeitung der Ausbaustandards für Staatsstrassen in Abstimmung mit der Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Verkehr.

Vertiefte Prüfungen der Grundlagen haben zu Verzögerungen geführt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis 2019 gerechnet werden.

Verzögert 2018

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	459.2	466.6	<b>455.4</b>	-11.2	-2.4

Bemerkungen R17 zu B17

-11.2 Verzögerte Besetzung von offenen Stellen

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	274.8	288.7	<b>297.1</b>	8.4	2.9
- Entschädigungen und Beiträge vom Bund	40.1	42.6	<b>39.1</b>	-3.5	-8.2
- Übertrag aus Strassenfonds	207.3	218.9	<b>229.8</b>	10.9	5.0
- Übrige Erträge	27.4	27.2	<b>28.1</b>	1.0	3.6
Aufwand	-274.8	-288.7	<b>-297.1</b>	-8.4	-2.9
- Abschreibungen und Zinsen	-71.2	-77.4	<b>-73.6</b>	3.8	4.9
- Betriebsaufwand	-203.6	-211.3	<b>-223.5</b>	-12.2	-5.8
Saldo	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	6.0	11.1	<b>10.6</b>	-0.5	-4.9
Ausgaben	-83.4	-116.6	<b>-128.5</b>	-11.9	-10.2
Saldo	-77.3	-105.5	<b>-117.9</b>	-12.4	-11.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
10.9		- Höherer Übertrag aus dem Strassenfonds (VD)
3.4	A1, A2	- Geringere Abschreibungen von Sachanlagen
2.1		- Geringerer Sachaufwand
1.2	A2	- Höhere Rückerstattungen Dritter und Eigenleistungen aus Unterhalt
1.1		- Geringere Dienstleistungen Dritter
1.1	A2	- Einmalige ausserordentliche Aufwertung von Lagermaterial
1.0	A2	- Geringerer betrieblicher Staatsstrassenunterhalt
0.9		- Höherer übriger Ertrag
0.8		- Geringere Personalkosten, vor allem aufgrund der verzögerten Besetzung von offenen Stellen
0.5	A2	- Geringerer Unterhalt an Gebäuden, Fahrzeugen, Maschinen und Geräten
0.5	A2	- Geringere Beiträge an öffentliche Unternehmen
-2.3	A1	- Geringere planmässige und ausserplanmässige Auflösung von Investitionsbeiträgen
-3.5	A2	- Geringere Entschädigungen vom Bund

## Baudirektion Leistungsgruppe 8400

-19.1            A1 - Höherer projektbedingter baulicher Staatsstrassenunterhalt  
1.4                - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-105.5	<b>-117.9</b>	-12.4	
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahn (84D-50025)	-3.0	<b>-10.5</b>	-7.5	- Nicht geplante Zahlung einer ersten Tranche der Pauschale für Aufwendungen der Limmattalbahn (LTB), 2. Etappe
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10045)	-0.6	<b>-0.6</b>	0.0	
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten/Leichte Unterhaltmassnahmen (84K-10007)	-0.2	<b>-2.1</b>	-1.9	- Instandsetzung wurde infolge Annahme des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) gestoppt. Als Folge davon mussten im Berichtsjahr Sofortmassnahmen ausgelöst werden, die nicht budgetiert waren.
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-0.2	<b>-0.2</b>	0.0	
- Rosengarten-Tunnel/-Tram (84L-00002)	-0.2	<b>0.0</b>	0.2	- Für die Aufarbeitung der Fragen aus den Kommissionen des Kantonsrates entstanden keine externen Kosten.
- Uster West - Neue Verbindungsstrasse (84L-00003)	-0.1	<b>0.0</b>	0.1	- Projektfestsetzung verzögert sich infolge fehlender rechtskräftiger Schutzverordnung.
- Sanierung A51 Kloten-Bülach (84L-10103)	-18.0	<b>-28.2</b>	-10.2	- Durch die Intensivbauphase im Sommer des Berichtsjahres ergaben sich kürzere Bauzeiten. Dadurch fielen aber die Baukosten früher an.
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-0.5	<b>-0.3</b>	0.2	- Der Start des Bauprojekts konnte erst später als geplant erfolgen.
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	0.0	<b>0.0</b>	0.0	
- Wetzikon, Westtangente 2. Teil (84S-70013)	-0.2	<b>0.0</b>	0.2	- Projekt wurde infolge fehlenden Gutachtens der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) gestoppt und an das Amt für Verkehr (VD) zurückgegeben.
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.6	<b>-0.4</b>	0.2	- Als Folge der Verzögerung im Rahmen der Vernehmlassung zu §12 StrG waren die Planerkosten tiefer.
- Übrige	-81.9	<b>-75.6</b>	6.3	

### Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
653600	34500	<b>0</b>	619100	-34500

Bemerkungen

Verwendung für Personalzwecke

# 8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)

Im Labor konnte der Nachweis erbracht werden, dass die Herstellung von Phosphorsäure aus Klärschlammasche technisch möglich ist. Aus dem Businessplan geht hervor, dass eine technische Umsetzung dann sinnvoll wäre, wenn eine grössere Menge an Klärschlammasche verarbeitet werden könnte. Im Berichtsjahr wurde die Pilotierung gestartet, und es wurde mit anderen Inhabern von Klärschlammasche Kontakt aufgenommen.

Turnusgemäss wurde der alle vier Jahre erscheinende Energieplanungsbericht des Regierungsrates erarbeitet. Die Energieversorgung des Kantons ist ausreichend und sicher. Der Wärmebedarf im Kanton sinkt, der Bedarf an Treibstoffen und Strom steigt nicht mehr an, obwohl die Kantonsbevölkerung wächst.

Auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Kopf sinkt und liegt auf dem Pfad zum Zielwert des kantonalen Energiegesetzes von 2,2 Tonnen für das Jahr 2050.

In den vergangenen Jahren waren rund 20% der gemeldeten Gewässerverschmutzungen auf Missstände bei Baustellen zurückzuführen. In Ergänzung zu dem jährlich angebotenen Ausbildungstag für die Baustellen-Umweltschutz-Kontrolleure hat die Abteilung Gewässerschutz deshalb erneut einen Erfahrungsaustausch zum Thema Baustellen-Umweltschutz-Kontrollen durchgeführt. Die teilnehmenden Gemeindevertreter und Kontrolleure erhielten Erfahrungsberichte zu Gewässerverschmutzungen auf Baustellen und konnten erfahren, mit welchen Massnahmen sich diese zukünftig vermeiden lassen.

## Aufgaben

- A1 Die Hochwassersicherheit wird durch gezielte bauliche Schutzmassnahmen, Gewässerrevitalisierung und den Gewässerunterhalt verbessert.
- A2 Ein effizienter Umweltschutzvollzug wird sichergestellt.
- A3 Die Bevölkerung wird in Innenräumen und im Freien vor übermässiger Luftverschmutzung und Strahlung geschützt.
- A4 Die Abfälle werden umweltgerecht entsorgt und soweit als möglich als Ressourcen genutzt.
- A5 Eine sichere und nutzeroptimierte Energieversorgung wird sichergestellt.
- A6 Treibhausgase werden durch die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien vermindert.
- A7 Es wird eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleistet.
- A8 Die Gewässer werden überwacht, vor schädlichen Einwirkungen geschützt und ihre ökologischen Funktionen werden erhalten oder wiederhergestellt.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Realisierte kantonale Hochwasserschutzprojekte pro Jahr (Zielwert)	A1	1	2	<b>3</b>	1	50.0
L2	Einsätze Schadenfallpikett	A2	226	200	<b>211</b>	11	5.5
L3	Anzahl Bewilligungen und Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz	A2	-	900	<b>1800</b>	900	100.0
L4	Anzahl Kontrollen bei Mobilfunkanlagen	A3	347	500	<b>342</b>	-158	-31.6
L5	Anzahl Bewilligungen und Konzessionen zur Wärmeenergieerzeugung aus erneuerbaren Energien und Abwärme	A6	1130	960	<b>1150</b>	190	19.8
L6	Anzahl genehmigter Wasserversorgungsplanungen	A7	13	5	<b>16</b>	11	220
B1	Aufwand pro Hektare für Gewässerunterhaltsgebiete [Std.]	A1	51	48	<b>48</b>	0	0.0
B2	Der Kanton Zürich ist unter den fünf günstigsten Kantonen bezüglich Stromtarife für Haushalte [Rang]	A5	2	5	<b>2</b>	-3	
B3	Energetische Wirkung p. Fr. Subvention aus dem Förderprogramm Energie [kWh/Fr.]	A5	101.4	0	<b>0</b>	0	
B4	Förderprogramm Energie (eingesetzte Franken pro Einwohner)	A5	4.63	1.5	<b>4.56</b>	3.06	204.00
B6	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfrist [%]	A1	94.3	100	<b>97.8</b>	-2.2	
W1	Anteil der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung [%]	A1	97	100	<b>100</b>	0	
W2	Anzahl biologischer oder chemischer Zwischenfälle ausserhalb der Betriebsareale mit Folgeschäden	A2	0	2	<b>0</b>	-2	
W3	Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz mit Beanstandungen [%]	A2	5	5	<b>5</b>	0	
W4	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO <sub>2</sub> [Ziel 2020 = 2%] [%]	A3	3	6	<b>2</b>	-4	
W5	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich PM <sub>10</sub> [Ziel 2020 = <4%] [%]	A3	0	5	<b>0</b>	-5	
W6	Mittlere Strahlenbelastung auf Schulhausplätzen aus Stichkontrollen [V /m]	A3	0.5	5	<b>0.4</b>	-4.6	-92.0

## Baudirektion Leistungsgruppe 8500

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W7	Beanstandete Kontrollen NIS bei Funkanlagen [%]	A3	1.4	2	<b>0.9</b>	-1.1	
W8	Energieverwertung aus Abfall [GWh]	A4	1364	1400	<b>1370</b>	-30	-2.1
W9	Verwertung mineralischer Rückbaustoffe in gebundener Form [%]	A4	58	47	<b>53</b>	6	
W10	Durchschnittliche Dauer der ungeplanten Stromunterbrechungen pro Endverbraucher [Min.]	A5	7.1	30	<b>5.1</b>	-24.9	-83.0
W11	CO <sub>2</sub> -Ausstoss pro Kopf und Jahr [t]	A6	4.7	4.6	<b>4.5</b>	-0.1	-2.2
W12	Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (ohne Mobilität) [Ziel 2020 = 20%] [%]	A6	17	17	<b>18</b>	1	5.9
W13	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung [Ziel 2020 = 95%] [%]	A7	90	91	<b>87</b>	-4	-4.4
W14	Anteil Wasserproben aus Grundwasservorkommen, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen [Ziel 2025 = 85%] [%]	A8	85	81	<b>81</b>	0	0.0
W15	Anteil Wasserproben aus Fliessgewässern, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen [Ziel 2025 = 85%] [%]	A8	79	81	<b>73</b>	-8	-9.9
W16	Revitalisierte Gewässer [km/J]	A8	1	5	<b>0.5</b>	-4.5	-90.0

### Bemerkungen

- L3 Der Planwert wurde mit dem KEF 2018–2021 angepasst.
- B3 Der kantonale Anteil an den Fördergeldern wird seit dem Berichtsjahr nicht mehr bewilligt (Lü16, Massnahme F22.3).
- W13 Die Überarbeitung der Generellen Wasserversorgungsprojekte von bevölkerungsreichen Gemeinden verzögert sich, deshalb ist der Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung gesunken.
- W15 Verschiedene Trockenperioden in der ersten Jahreshälfte haben in Kombination mit nachfolgenden Starkregenereignissen zu einer Verschlechterung der Wasserqualität geführt.
- W16 Auch in diesem Berichtsjahr schwierige ressourcenintensive Umsetzung von Revitalisierungsprojekten wegen Interessenkonflikten und politischer Widerstände sowie Fokussierung auf Hochwasserschutzprojekte.

## Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen</b>		
Die Massnahmenpläne wurden erstellt und es wurde ein Konsultationsprozess gestartet.	Planmässig	2019
<b>RRZ 7.2a Die Eigentümerstrategie Strom erarbeiten</b>		
Die Eigentümerstrategien Axpo und EKZ wurden bereits letztes Jahr mit RRB Nrn. 1196/2016 und 1197/2016 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2017
<b>RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten</b>		
Mit dem Energieplanungsbericht 2017 (RRZ 7.2c) soll der kantonale Handlungsbedarf aufgezeigt werden, anschliessend soll eine Vorlage zur Änderung des Energiegesetzes in die Vernehmlassung gebracht werden. Die Vernehmlassung wurde vorbereitet und erfolgt 2018. Die Vorlage für den Kantonsrat wird erst 2019 vorliegen.	Verzögert	2018
<b>RRZ 7.2c Den Energieplanungsbericht 2017 erarbeiten und vorlegen</b>		
Der Energieplanungsbericht wurde im Berichtsjahr erstellt und am 9. Januar 2018 vom Regierungsrat beschlossen.	Abgeschlossen	2017
<b>RRZ 9.2c Einen Entscheid über den langfristigen Hochwasserschutz Sihl-Zürichsee-Limmat (Stadt Zürich) treffen</b>		
Im Oktober des Berichtsjahres wurde die Stollenvariante für die Weiterbearbeitung ausgewählt.	Planmässig	2018
<b>RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen</b>		
Die Arbeiten wurden bereits 2016 abgeschlossen (siehe RRB Nrn. 1196/2016 und 1197/2016).	Abgeschlossen	2019
<b>RRZ 10.3d Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)</b>		
Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit wurde die Stellungnahme des Ausschusses der Kantone (AdK) zur 2. Etappe des Sachplans erstellt und dem Bund mitgeteilt. Die Bundesvernehmlassung erfolgt 2018. Die beiden Zürcher Regionalkonferenzen wurden fachlich unterstützt.	Planmässig	2017
<b>BD 7.1d Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen</b>		
Das Anhörungsverfahren für das Grundwasserschutzareal Rafzerfeld wurde durchgeführt und für das Areal Rheinau liegt der Planungsbericht mit Schutzzonenplan im Entwurf vor.	Planmässig	2019

**BD 7.1f Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.**

Die Gewässerraumausscheidung im Siedlungsgebiet ist gestartet. Wegen Lü16 wurden die personellen Ressourcen reduziert. Der Projektabschluss verzögert sich gemäss RRB Nr. 977/2016 (Abschnitt Finanzplanung) auf 2023.

Verzögert 2020

**BD 7.1g Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.**

Das Projekt für die vierjährige Bekämpfung der Neophyten für 2017 bis 2020 ist organisiert und gestartet.

Planmässig 2019

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	235.4	235.8	<b>231.4</b>	-4.4	-1.9

Bemerkungen R17 zu B17

-4.4 Verzögerte Besetzung von offenen Stellen

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	26.9	26.2	<b>30.8</b>	4.6	17.6
Aufwand	-122.9	-116.6	<b>-107.2</b>	9.5	8.1
- Abschreibungen und Zinsen	-57.8	-41.3	<b>-44.4</b>	-3.1	-7.6
Saldo	-96.0	-90.4	<b>-76.3</b>	14.1	15.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	35.2	37.2	<b>37.2</b>	-0.0	-0.0
Ausgaben	-49.8	-76.1	<b>-46.4</b>	29.7	39.0
- Kreditübertragungen aus 2016		-17.5			
Saldo	-14.6	-38.9	<b>-9.2</b>	29.6	76.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
14.1		Abweichungen total R17 zu B17
4.1	A1, A8, BD 7.1f	- Geringerer Sachaufwand beim Projekt «Gewässerraumausscheidung im Siedlungsgebiet». Der Projektstart musste aufgrund der erst am 1. Mai des Berichtsjahres in Kraft getretenen Änderung der Gewässerschutzverordnung des Bundes verschoben werden.
2.7		- Diverse höhere Erträge bei den Entgelten (Gebühren, Dienstleistungen) sowie Konzessionen. Die Gebühren für Konzessionen und Bewilligungen ergeben sich aus den eingereichten Gesuchen (z.B. im Zusammenhang mit Einbauten ins Grundwasser usw.).
2.5	A2, A3, A4, A5, A6, A7	- Geringerer Sachaufwand in den Abteilungen Abfallwirtschaft, Luft, Energie, Gewässerschutz und Dienste, da diverse Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden konnten.
2.3	A1, A8	- Geringerer diverser Sachaufwand der Abteilung Wasserbau (Revitalisierungen, Planung/Projektierung Hochwasserschutzprojekte, Gewässerunterhalt) abhängig von den Projektfortschritten
2.0	A5	- Geringere Vollzugskosten für das vom Bund finanzierte Gebäudeprogramm infolge einer kleineren Anzahl an Gesuchen (saldoneutral)
1.0	A1, A2, A3, A4, A5, A6, A7, A8	- Geringere Staatsbeitragsausrichtungen an Dritte und Entschädigungen an Gemeinden inkl. Ertrag aufgrund einer Rückzahlung eines Staatsbeitrags
0.7		- Geringerer Personalaufwand, u.a. aufgrund des geringeren Beschäftigungsumfangs
0.5		- Geringere interne Verrechnungen (Vergütungen an andere Amtsstellen), z.B. für Informatik
0.2		- Geringere Kapitalfolgekosten (netto, inkl. Auflösung passivierter Investitionsbeiträge)
-2.0	A5	- Geringere Entschädigungen vom Bund für das Gebäudeprogramm infolge geringerer Vollzugskosten (saldoneutral)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-38.9	<b>-9.2</b>	29.6	
- Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	-2.8	<b>-3.2</b>	-0.4	
- Sihl, Langnau, Schwemmholzrechen (85W-704) / KRB vom 8. Juni 2015 (Vorlage 5149)	-3.0	<b>3.1</b>	6.1	- Höherer Bundesbeitrag als budgetiert

**Baudirektion**  
**Leistungsgruppe 8500**

- Sihl, Zürich, langfristiger Hochwasserschutz Zürich (85W-745, bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Grobschätzung) / Projektierungskredit Entlastungstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015	-1.0	<b>-1.1</b>	-0.1	
- Thurauen (85W-700, 718, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 741, 743, 746, 766, 767, 768, 772, 775, 780, 785)/KRB vom 4. Dezember 2006 (Vorlage 4300)	1.1	<b>-0.7</b>	-1.8	- Die Bauabrechnung der letzten Etappe ist günstiger ausgefallen als budgetiert. Praxisänderung bei der Abgrenzung der Bundesbeiträge.
- Investitionsbeiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie (genehmigte Kreditübertragung von 17.5 Mio. Franken; 85B-30 und 85B-62)	-19.5	<b>-3.4</b>	16.1	- Die Ausrichtung der zugesicherten Beiträge im Rahmen des kantonalen Förderprogramms Energie ist abhängig vom Baufortschritt und dem damit einhergehenden Gesuch um Ausrichtung. Offene Zusicherungen per 31. Dezember 2017: Fr. 14 844 477
- Übrige	-13.7	<b>-3.9</b>	9.8	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
477 436	34 905	<b>0</b>	442 531	-34 905

Bemerkungen

Verwendung für Personalanlässe und Gesundheitsvorsorge

# 8510 Altlasten

Gemäss den gesetzlichen Grundlagen wurden Realleistungen, Ersatzvornahmen und die Übernahme von Ausfallkosten des Altlastenprogramms des Kantons Zürich finanziert.

Bei der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) wurden in einer ersten Auffülletappe innerhalb der Abbauhalle rund 350'000

Tonnen Ausbruchmaterial aus dem Eppenbergtunnel der SBB eingebaut. Zudem wurde die Demontage und der Rückbau der Hallenstruktur vorbereitet. Im Berichtsjahr wurden auch die Vorbereitungsarbeiten für die Nachsorgephase (ab 2021) weitergeführt.

## Aufgaben

A1 Sanierung von Altlasten vorantreiben

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.0	0.4	<b>1.5</b>	1.0	241.9
Aufwand	-2.4	-1.8	<b>5.6</b>	7.4	418.9
Saldo	-0.3	-1.3	<b>7.1</b>	8.4	629.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
8.4		Abweichungen total R17 zu B17
5.8	A1	- Rückzahlung Liquiditätsüberschuss aus Sanierung Sondermülldeponie Kölliken
1.4	A1	- Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken
1.4	A1	- Geringerer Aufwand für Realleistungen, Ersatzvornahmen und vom Kanton übernommene Ausfallkosten, für die keine Rückstellungen gebildet werden
0.3	A1	- Höhere Beiträge aus dem VASA-Altlasten-Fonds an den Kanton für Ausfallkosten für belastete Standorte (Untersuchung, Überwachung und Sanierung) und für Untersuchungskosten für Standorte, die sich als nicht belastet erwiesen haben
-0.5	A1	- Erhöhung der Rückstellungen (netto) für erwartete Ausfallkosten für die Sanierung von Altlasten im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich
0.0		- Übrige Abweichungen

# 8700 Immobilienamt

Die laufende Optimierung des kantonalen Immobilienmanagements, insbesondere auch im Rahmen des Projekts Weiterentwicklung Immobilienmanagement (WIM), stellt das Immobilienamt vor grosse Herausforderungen. Als Reaktion darauf hat sich das Immobilienamt (IMA) auf den 1. Oktober des Berichtsjahres einer Reorganisation unterzogen. Neu gibt es eigene Abteilungen für Immobilienmanagement (IM), für Assetmanagement (AM), für Facilitymanagement (FM) und für Facility Services (FS).

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche grössere Submissionen vorbereitet und durchgeführt; insbesondere die Rahmenvertragsausschreibung Telematikdienstleistungen, Ausschreibung Reinigung Verwaltungsgebäude und die Lead-Buyer-Beschaffung Strom.

Weiter wurden nicht mehr für öffentliche Zwecke benötigte Liegenschaften aus dem Finanzvermögen und dem Strassenfonds für gesamthaft rund 82 Mio. Franken veräussert.

Dabei konnte ein Buchgewinn von rund 31 Mio. Franken erzielt werden (vor Abrechnung der Grundstückgewinnsteuern).

An 26 Standorten wurden rund 1200 Telefonanschlüsse auf die Telematikinfrastruktur migriert. Darunter sind u.a. Werkhöfe des Tiefbauamtes, das Strassenverkehrsamt sowie die Kantonsapotheke. Die rund 23500 Abonnentinnen und Abonnenten eines Mobiltelefons konnten ebenfalls zu sehr guten Konditionen auf ein neues Produkt migriert werden.

Mehrere Rahmenvertragsverhandlungen für die Instandhaltung technischer Anlagen wurden aufgenommen und teilweise bereits abgeschlossen. Dazu zählen Rahmenverträge für Aufzugsanlagen, Brandmeldeanlagen sowie für die Reinigung der Handtuchstoffrollen in bestehenden Handtuchspendern. Darüber hinaus konnten Vorbereitungsaufgaben für die 2018 anstehende Lead-Buyer-Beschaffung Strom erfolgreich abgeschlossen werden.

## Aufgaben

- A1 Eigentümerversammlung der Liegenschaften des Kantons Zürich und Flächenbereitstellung: Steuerungs- und Controllingorgan für sämtliche Hochbau-Investitionsvorhaben, Erarbeitung von Teilportfoliostrategien, Fällen von Investitions- bzw. Devestitionsentscheiden, Abschluss und Bewirtschaftung sämtlicher Fremdmieten für die kantonale Verwaltung
- A2 Kauf und Verkauf von Grundstücken, Baurechte, allgemeine Grundbuchgeschäfte, Eintragungen von Dienstbarkeiten und Enteignungen
- A3 Zentraler Bewirtschafter für Bürobauten: Betriebsführung, Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen / Koordinator für die Beschaffung von Dienstleistungen und Lieferungen für die Bewirtschaftung
- A4 Sicherstellen einer optimalen Bewirtschaftung der an Externe vermieteten Objekte des Verwaltungs- und Finanzvermögens aller Direktionen, unter Berücksichtigung der Teilportfoliovorgaben

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften	A1	637	620	<b>637</b>	17	2.7
L2	Bewirtschaftete Gebäudeflächen [in m2] mit zentraler Steuerung	A3	251082	250000	<b>255089</b>	5089	2.0
L3	Umsatz Mobilbar [in Mio.Franken]	A3	10.18	8	<b>6.36</b>	-1.64	-20.50
L4	Anzahl hängiger Abtretungsverträge	A2	1852	1700	<b>1782</b>	82	4.8
L5	Anzahl bewirtschafteter Festnetzanschlüsse	A3	7500	8200	<b>8300</b>	100	1.2
L6	Anzahl bewirtschafteter Mobilnetzanschlüsse	A3	18500	20000	<b>21000</b>	1000	5.0
B1	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert [in %]	A1	1.91	2	<b>1.8</b>	-0.2	
B2	Durchschnittlich von einem Mitarbeitenden bewirtschaftete Fläche [in m2]	A3	7278	7122	<b>7394</b>	272	3.8
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung [in %]	A3	0	85	<b>85</b>	0	
W2	Baulicher Zustandswert (das Verhältnis zwischen Zustandswert zu Neuwert gibt den baulichen Zustand des Immobilienportfolios (Verwaltungsbauten) wieder.	A1	0.75	0.77	<b>0.73</b>	-0.04	-5.19
W3	Verwertungsquote engere Zentralverwaltung	A3	73.6	80	<b>87</b>	7	
W4	Werterhaltungsindex [in %] (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau)	A1	69.5	50	<b>57.8</b>	7.8	
W5	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung [in m2]	A3	17.8	17.1	<b>17.8</b>	0.7	4.1
W6	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung [in m2]	A3	16.8	16	<b>16.8</b>	0.8	5.0

### Bemerkungen

- L2 Zusätzlich bewirtschaftete Flächen aus Mietverhältnissen
- L5 Realisierung zusätzlicher unvorhergesehener Projekte in den Aussenstellen



- L6 Infolge attraktiver Mobilabonnemente wurden mehr Mobilnetzanschlüsse migriert.
- B1 Aufgrund geringer Budgetausschöpfung sind auch die werterhaltenden Investitionen geringer ausgefallen.
- B2 Bei gleichbleibender Mitarbeiterzahl konnten mehr Flächen bewirtschaftet werden.
- W2 Tieferer Zustandswert aufgrund von Portfoliozugängen in leicht schadhaftem Zustand
- W3 Zunahme der Verwertungsquote, vor allem infolge vermehrt richtiger Abfalltrennung durch die Nutzer
- W4 Aufgrund von Verzögerungen bei grösseren Neubauprojekten (PJZ, Universität Irchel) steigt die Quote zugunsten von werterhaltenden Massnahmen. Mit den in den kommenden Jahren geplanten Neubauten wird ein ausgeglichener Wert-erhaltungsindex erwartet.
- W5 Die Abweichung zur Flächenwertvorgabe kann kaum reduziert werden, da wegen geplanter Sanierungsprojekte und der dazu benötigten Rochadeflächen keine weiteren Verdichtungen durch Zuzug von Organisationseinheiten möglich sind.
- W6 Keine Belegungsveränderungen in den betroffenen Liegenschaften der übrigen Zentralverwaltung, daher ist keine weitere Belegungsoptimierung möglich.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten

Im Berichtsjahr wurden im Projekt Weiterentwicklung Immobilienmanagement (WIM) insbesondere das Konzept Mietermodell samt neuem Rollenmodell, das Leitbild Immobilien und die Immobilienstrategie des Kantons Zürich erarbeitet (RRB Nrn. 614/2017 und 901/2017). Die Phase Konzeption wurde samt revidierter Termin- und Kostenplanung mit RRB Nr. 1125/2017 abgeschlossen. Die Verzögerung gegenüber dem mit RRB Nr. 705/2016 genehmigten provisorischen Terminplan betraf insbesondere den Abschluss der Phase Konzeption und den Erlass der neuen Immobilienverordnung. Die Gründe für die gegenüber dem provisorischen Zeitplan eingetretene Verspätung lagen einerseits in der Komplexität und Grösse des Projekts, andererseits in der Verfügbarkeit der Mittel.

Verzögert 2018

### BD 10.1e IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen

Im Berichtsjahr wurde das Projekt zur Bereitstellung des IT-Systems für die Immobilienbewirtschaftung planmässig vorangetrieben. Das Dokumenten-Management-System für Facility Management wurde in Betrieb genommen.

Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	107.3	110.2	<b>109.3</b>	-0.8	-0.8

Bemerkungen R17 zu B17

- 1.0 Vakante Stelle für Planung und Aufbau der Bewirtschaftung des Polizei- und Justizzentrums infolge Projektverzögerung
- 0.2 Vorübergehende Doppelbesetzungen infolge krankheitsbedingter Abwesenheiten

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	119.9	115.7	<b>114.2</b>	-1.5	-1.3
- Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	46.0	44.2	<b>43.9</b>	-0.3	-0.7
- Verrechnete Kapitalfolgekosten	50.8	50.2	<b>51.2</b>	1.0	0.0
Aufwand	-139.4	-141.0	<b>-136.4</b>	4.6	3.3
- Abschreibungen und Zinsen	-84.1	-83.3	<b>-83.3</b>	-0.1	-0.1
- Kreditübertragungen aus 2016		-1.7			
Saldo	-19.5	-25.3	<b>-22.2</b>	3.1	12.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.2				
Ausgaben	-46.5	-287.7	<b>-121.9</b>	165.7	57.6
- Kreditübertragungen aus 2016		-128.5			
Saldo	-46.3	-287.7	<b>-121.9</b>	165.7	57.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

	Δ abs.	A/E	Begründungen
	3.1		Abweichungen total R17 zu B17
	2.2	A4	- Geringere Honorare und Dienstleistungen Dritter, vor allem infolge Verschiebung der Umsetzung des Mietermodells
	1.5	A1	- Weniger Planungen Dritter infolge Verzögerungen bei den Vorprojekten Hochbau
	0.9	A3	- Geringere Kapitalfolgekosten infolge diverser Projektverzögerungen, vor allem Polizei- und Justizzentrum (PJZ)

**Baudirektion**  
**Leistungsgruppe 8700**

- 0.3 A1, A2, A3, - Höhere Personalkosten infolge Rückstellungen für Personalbelange und Mehrleistungen  
A4
- 0.3 A3 - Geringere kalkulatorische Mieterträge inkl. Nebenkosten, vor allem infolge geringerer Zinsverrechnung durch Bauverzögerung PJZ
- 1.2 A3 - Weniger externe Mieterträge inkl. Nebenkosten, vor allem infolge weniger Raumvermietungen  
0.3 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-287.7	<b>-121.9</b>	165.7	
- Lindau, Neu- und Ersatzbauten Agroveterinärstrickhof, Forschungs- und Bildungszentrum (871-12062)	-8.2	<b>-15.8</b>	-7.6	- Die Kreditübertragung von 9.7 Mio. Franken ist im vorliegendem Budgetwert nicht abgebildet.
- Zürich, Walcheturm, Gesamtanierung (871-12590)	-2.0	<b>0.0</b>	2.0	- Die Thematik «Neue Arbeitswelten» musste überarbeitet werden. Die Ausgabenbewilligung ist für das erste Quartal 2018 geplant.
- Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen und Gastronomie (871-13082)	-15.0	<b>-15.0</b>	0.0	
- Bezirksverwaltung Zürich., Gesamtanierung (871-13236)	-0.8	<b>0.0</b>	0.8	- Massnahme vorübergehend zurückgestellt
- Bezirksverwaltung Affoltern a.A., Gesamtanierung (871-13522)		<b>0.0</b>		
- Bezirksverwaltung Winterthur inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (871-13156)	-5.0	<b>-1.5</b>	3.5	- Infolge Veränderungen der Anforderungen auf Nutzerseite muss die erforderliche Eingriffstiefe in den Bestand vorgängig geklärt werden.
- Zürich, Kasernenstrasse 49, Gesamtanierung (871-13666)	-1.1	<b>0.0</b>	1.1	- Massnahme vorübergehend zurückgestellt
- Zürich, Kaspar Escher-Haus, Gesamtanierung (871-13703)		<b>0.0</b>		
- Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum (871-11900)	-90.0	<b>-80.0</b>	10.0	- Der für Mitte des Berichtsjahres vorgesehene Baubeginn erfolgte mit dreimonatiger Verzögerung im September. Grund für die Verzögerung war ein gegenüber der ursprünglichen Berechnung erhöhtes Grundwasservorkommen, was vorgängig zusätzliche bauliche Massnahmen zur Absenkung des Grundwasserspiegels erforderte.
- engere Zentralverwaltung, Kaspar-Escher-Haus, Erneuerung Elektrohaupt- und Unterverteilung	-4.9	<b>-0.1</b>	4.8	- Aufgrund von Personalengpässen im Immobilienamt lag die Ausgabenbewilligung des Regierungsrates erst Ende November vor, weshalb die Arbeiten im Berichtsjahr noch nicht vergeben werden konnten.
- Reserven Regierungsrat	-4.0	<b>0.0</b>	4.0	- Keine Inanspruchnahme
- Diverse Kleinprojekte	-5.0	<b>-3.0</b>	2.0	- Aufwand Klosterinsel Rheinau (vor allem Projekte Strom, Neugestaltung Kirchhof), Engere Zentralverwaltung Zürich (diverse Kleinmassnahmen)
- Hochbauprojekte im Amt für Landschaft und Natur	-1.8	<b>-1.0</b>	0.8	- Geringere Investitionen aufgrund von diversen Projektverzögerungen
- Hochbauprojekte für Bezirksverwaltungen	-8.7	<b>-1.5</b>	7.2	- Geringere Investitionen aufgrund von Projektverzögerungen (vor allem Zürich, Horgen und Affoltern a. A.)
- Horgen, Sanierung Gasthaus Fork and Bottle	-2.5	<b>0.0</b>	2.5	- Massnahme vorübergehend zurückgestellt
- Kreditübertragungen	-128.5	<b>0.0</b>	128.5	- Kreditübertragungen, zum grössten Teil für Grossprojekte wie PJZ (-97.7 Mio.), AgroVet-Strickhof (-9.7 Mio.) und Klosterinsel Rheinau (-6.0 Mio.)
- Übrige	-10.2	<b>-4.0</b>	6.2	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
125699	39623	<b>0</b>	86076	-39623

Bemerkungen

Verwendung für Personalanlässe und Früchte

# 8710 Liegenschaftenerfolg

Im Berichtsjahr wurde insbesondere das Projekt zur Entwicklung der Baufelder am Max-Frisch-Platz in Zürich Oerlikon vorangetrieben. Zusammen mit der Stadt Zürich und weite-

ren Grundeigentümerinnen und -eigentümern wurde über eine Testplanung eine Revisionsvorlage für die geltenden Sonderbauvorschriften im Gebiet Neu-Oerlikon erarbeitet.

## Aufgaben

- A1 Steuerungs- und Controllingorgan sowie Eigentümervertreter im Auftrag des Regierungsrates für Investitionen, Vermietung und Bewirtschaftung
- A3 Proaktive Bewirtschaftung des allg. Finanzvermögens hinsichtlich Leerstandsminimierung, Verbesserung der Marktfähigkeit des Portfolio unter Berücksichtigung und Umsetzung der einzelnen Objektstrategien.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Bilanzwert Liegenschaften FV [in Mio. Franken]	A1, A3	917	865.4	<b>909.7</b>	44.3	5.1
B1 Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	A1, A3	3.19	3.4	<b>3.2</b>	-0.2	
W1 Nettorendite aller Liegenschaften des FV [in %]	A1, A3	2	1.7	<b>1.7</b>	0.0	
W2 Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV [in %]	A1, A3	2.85	2.3	<b>2.5</b>	0.2	

### Bemerkungen

- L1 Reduktion des Bilanzwertes gegenüber Vorjahr, vor allem aufgrund Verkauf eines Teils der Liegenschaft CU Uetikon an die Gemeinde
- W1, W2 Tiefere Nettorendite gegenüber Vorjahr, u.a. aufgrund höheren baulichen Unterhalts

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	120.4	25.3	<b>45.8</b>	20.5	81.3
- Mietzinsenertrag	25.0	24.8	<b>26.0</b>	1.2	4.7
Aufwand	-17.0	-23.2	<b>-29.3</b>	-6.0	-26.0
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-12.3	-12.8	<b>-13.7</b>	-0.9	-6.9
Saldo	103.4	2.0	<b>16.5</b>	14.5	709.3

  

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
14.5		Abweichungen total R17 zu B17
20.2	A1	- Marktwertanpassungen und Buchgewinne aus Verkäufen
2.1	A1	- Weniger Honorare und Planungen Dritter, vor allem infolge Verzögerungen bei den Projekten Schloss Laufen und CU Uetikon a.S.
1.2	A3	- Höhere Mietzinsenerträge, vor allem infolge Zugang von Liegenschaften
0.8		- Höhere Erträge aus Baurechtzinsen
-0.9	A1	- Höherer Zinsaufwand infolge Neubewertung der Liegenschaften im Vorjahr
-0.9	A1	- Grundstückgewinnsteuern
-1.1	A1	- Höherer baulicher Unterhalt, vor allem aufgrund von Sofortmassnahmen für zwei Liegenschaften in Winterthur
-1.6	A3	- Höhere Auszahlung von Rückvergütungen aus Nebenkostenabrechnungen
-5.6	A1	- Diverse Wertberichtigungen
0.3		- Übrige Abweichungen

# 8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)

Mittels Überlagerung digitaler Flächendaten sind zwölf für grossflächige Bodenverbesserungen und Fruchtfolgeflächenkompensationen geeignete Standorte mit geringen Konflikten mit dem Natur- und Landschaftsschutz ermittelt. Für diese werden 2018 Einträge in den regionalen Richtplan beantragt. Das Projekt «agriGIS» ist gestartet und 10% der landwirtschaftlichen Fläche ist als Basis für die Direktzahlungsausrichtung georeferenziert erfasst. Der Schutzwaldparameter erfährt eine Erweiterung um jene Waldflächen, die Schutz vor Gefahren in Bachgerinnen (Tobelwälder) bieten. Damit sind 15% des Zürcher Waldes als Schutzwald ausgeschieden. Zusammen mit dem Tiefbauamt wurde ein Standard für den ökologischen Ausgleich bei neuen verkehrlichen Infrastrukturen erarbeitet und von Baudirektion und Volkswirtschaftsdirektion genehmigt. Die Schutzbestimmungen für den bisher noch nicht geregelten Bereich im nationalen Auengebiet Eggrank Thurspitz wurden ergänzt. Für die überkommunalen

Naturschutzgebiete in Flaach und Teile des nationalen Flachmoors in Uster sind Schutzbestimmungen erlassen.

Das ALN hat die vom Regionalmanagement Zürcher Oberland erarbeitete Machbarkeitsstudie «Naturpark Zürcher Oberland» mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft sowie mit dem Amt für Raumentwicklung geprüft und dazu Stellung genommen.

Am 1. September des Berichtsjahres ist die Übergabe des neuen Zentrums «AgroVet-Strickhof» – die Kooperation von Bildung und Forschung für Nutztiere der ETH Zürich, der Universität Zürich und dem Strickhof – in Lindau im feierlichen Rahmen an die künftigen Nutzer erfolgt. Ende des Berichtsjahres nahm das vom ALN mitinitiierte «Weinbauzentrum Wädenswil» den operativen Betrieb in gefestigten Strukturen auf. Das neue Jagdgesetz ist vernehmlassst und zuhanden des Regierungsrates fertiggestellt. Das «Rotwildkonzept» ist erarbeitet und erhielt vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) eine positive Rückmeldung.

## Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung)	A1	134354	120000	<b>139956</b>	19956	16.6
L2	Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	A1	50751	55000	<b>55230</b>	230	0.4
L3	Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume [in ha] (Zielwert)	A3	3084	3110	<b>3225</b>	115	3.7
L4	Naturschutz: Anzahl Bewirtschafter Naturschutzflächen	A3	1710	1660	<b>1715</b>	55	3.3
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial [in %] (Zielwert)	A4	76	75	<b>76</b>	1	
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen	A3	9473	9500	<b>11172</b>	1672	17.6
L7	Wald: Gepflegte Schutzwaldfläche [in ha] (Zielwert)	A2	350	425	<b>562</b>	137	32.2
L8	Landwirtschaft: Anzahl neu genehmigter Projekte für landwirtschaftliche Hochbauten	A1	19	20	<b>16</b>	-4	-20.0
B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt	A1	37	30	<b>28</b>	-2	-6.7
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald [in %]	A2	47	46	<b>44</b>	-2	
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad [in %]	A3	70	63	<b>71</b>	8	
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof [in %]	A1					
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen [in %]	A1	81	85	<b>88</b>	3	
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (Vgl. z. Zuwachs) [in %]	A2	84	100	<b>101</b>	1	
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (Vgl. z. Zuwachs) [in %]	A2	95	100	<b>103</b>	3	
W5	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten	A3	1.38				
W6	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5'000m2 Fl. [in %]	A4	7	10	<b>7</b>	-3	
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anzahl Rehwild	A3	11012	10500	<b>10723</b>	223	2.1

## Baudirektion Leistungsgruppe 8800

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
W8	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten [in %]	A3		39	<b>39</b>	0	0.0

### Bemerkungen

- L1 Die im Berichtsjahr zusätzlich durchgeführten freiwilligen Kurse für die Hauswirtschaft an den Mittelschulen und der Ausbau der höheren Fachschule für Lebensmitteltechnologien und Weinbautechniker führten zum Anstieg der Schülertage.
- L3 Durch den Erlass der Schutzverordnungen (SVO) Uetliberg, Auengebiet Eggrank Thurspitz (Änderung), Limmataltläufe, Geroldswiler Auen (Änderung) und Flaach stieg die Fläche der gesicherten Lebensräume an. Das Erlassdatum ist kaum prognostizierbar, da das partizipative Verfahren für den Erlass einer Schutzverordnung komplex ist.
- L6 Im Berichtsjahr konnten gegenüber dem Vorjahr wesentlich mehr Patente und Tageskarten ausgestellt werden. Das Interesse an der Fischerei hat zugenommen.
- L7 Die Schutzwaldfläche hat sich durch die Ausscheidung der Tobelwälder verfünffacht. In der Mehrzahl dieser Bestände herrschte ein Pflegerückstand. Zudem passte das ALN die Beitragsbedingungen an. Der Anstieg im ersten Jahr unter diesen neuen Voraussetzungen fiel stärker aus als erwartet.
- L8 Die Anzahl der Subventionsgesuche für landwirtschaftliche Hochbauten war angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft geringer als erwartet.
- B2 Der Deckungsgrad reduzierte sich, da die Erträge aus den Holzverkäufen tiefer ausfielen und weniger Aufträge für Dritte ausgeführt wurden.
- W1 Der Indikator wird nur alle vier Jahre erhoben (2019, 2023, 2027 usw.).
- W8 Für die Berechnung des Indikators werden 28 Pflanzen- und 33 Tierarten verwendet, die im Fokus der Artenschutzbemühungen der Fachstelle Naturschutz stehen. Es handelt sich um Arten, zu denen grösstenteils Aktionspläne vorliegen und umgesetzt werden. Basiswert für den Indikator ist die Entwicklung von Bestandesgrösse bzw. Anzahl Populationen im Kanton Zürich im Verlaufe der Jahre.
- W5 Indikator W5 wird ab dem Berichtsjahr durch den neuen Indikator W8 abgelöst.

### Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>RRZ 7.1e Die Bundesagrarpolitik 2014-2017 umsetzen und den Vollzug auf eine produzierende, nachhaltige Landwirtschaft ausrichten</b>		
Die Vorgaben der Agrarpolitik 2014-2017 wurden im Kanton umgesetzt. Die Software Agricola zur Administration der Direktzahlungen wurde in Zusammenarbeit mit den elf weiteren Agricola-Kantonen angepasst und funktioniert im operativen Tagesgeschäft.	Abgeschlossen	2017
<b>BD 7.1h Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen.</b>		
Die laufende Nachführung der Fruchtfolgefläche findet im operativen Tagesgeschäft statt.	Planmässig	2018
<b>BD 7.1i Eine Strategie für den Umgang mit der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen.</b>		
Im Berichtsjahr konnten die ersten drei bodenkundlichen Karten der Waldböden fertiggestellt werden. Auf dieser Grundlage können die ersten «Ableitungskarten» für die forstliche Praxis mit den Themen «Wasserhaushalt», «Nährstoffhaushalt» und «Verdichtungsempfindlichkeit» erstellt und anschliessend mit den Anwendern im Feld getestet werden.	Planmässig	2019
<b>BD 7.1j Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen.</b>		
In Wädenswil erfolgte erstmals die rechtskräftige Festsetzung der Waldgrenze ausserhalb der Bauzone. Hierzu sind keine Einsprachen eingegangen. Kantonsweit sind die Grundlagen für die weitere Festsetzung der Waldgrenzen ab 2018 erhoben.	Planmässig	2018

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	333.4	347.9	<b>343.2</b>	-4.7	-1.4

### Bemerkungen R17 zu B17

- 2.0 Verzögerte Wiederbesetzung von Stellen
- 2.7 Kleinerer Personalbestand bei der Hauswirtschaft an Mittelschulen aufgrund der tieferen Anzahl von Kursen

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	197.8	212.9	<b>201.2</b>	-11.7	-5.5
- Durchlaufende Beiträge	148.5	160.7	<b>149.8</b>	-10.9	-6.8
Aufwand	-256.4	-275.4	<b>-260.0</b>	15.4	5.6
- Durchlaufende Beiträge	-148.5	-160.7	<b>-149.8</b>	10.9	6.8
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.9			
Saldo	-58.6	-62.5	<b>-58.8</b>	3.7	6.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	3.5	3.3	<b>2.3</b>	-0.9	-28.7
Ausgaben	-12.0	-11.3	<b>-9.5</b>	1.8	15.5
Saldo	-8.4	-8.0	<b>-7.2</b>	0.8	10.2

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.7		Abweichungen total R17 zu B17
10.9	A1, RRZ 7.1e	- Geringerer Aufwand bei durchlaufenden Beiträgen (Direktzahlungen Landwirtschaft)
2.2	A1, A2, A3, A4, BD 7.1i	- Geringerer Sachaufwand (vor allem Bodenkundliche Kartierung der Wälder mit sauren Böden, Erfassung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, Landwirtschaftliche Bildung, Konzept Sturmvorsorge und Schutzverordnungen)
1.6	A1, A2	- Geringerer Personalaufwand (vakante Stellen, höhere Rotationsgewinne, Rückerstattungen, tiefere Dienstaltersgeschenke)
1.3	A1, A2, A3	- Geringere Beiträge und Entschädigungen (vor allem Naturbildung, Asiatischer Laubholzbockkäfer, Feuerbrand und Waldbewirtschaftung)
0.4	A1, A4	- Höherer Ertrag aus internen Verrechnungen (vor allem Leistungen innerhalb dieser Leistungsgruppe sowie Ertrag Berufsbildung)
0.1	A3	- Höherer Ertrag aus Regalien (vor allem Fischerei)
-0.1	A2	- Geringere verschiedene Erträge (Bereich Forstwirtschaft)
-0.2	A1, A4	- Höherer Aufwand aus internen Verrechnungen (vor allem Leistungen innerhalb dieser Leistungsgruppe)
-0.3	A1	- Höhere Kapitalfolgekosten (vor allem ausserordentliche Abschreibung eines Gebäudes)
-1.3	A1, A2	- Geringere Entgelte (vor allem Berufsbildung und Holzveräufe)
-10.9	A1, RRZ 7.1e	- Geringerer Ertrag bei durchlaufenden Beiträgen (Direktzahlungen Landwirtschaft)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-8.0	<b>-7.2</b>	0.8	
- Ausgaben Sachanlagen	-2.0	<b>-1.3</b>	0.7	- Nicht alle budgetierten Projekte konnten realisiert werden (Bereiche Bildung und Forstwirtschaft).
- Ausgaben Investitionsbeiträge	-6.3	<b>-6.1</b>	0.2	- Verzögerung im Bewilligungsverfahren bei mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Ausgaben Durchlaufende Beiträge	-2.9	<b>-2.1</b>	0.8	- Verzögerung im Bewilligungsverfahren bei mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Einnahmen Investitionsbeiträge	0.2	<b>0.3</b>	0.1	- Höhere Einnahmen vom Bund (vor allem RRB Nr. 453/2017 Waldnaturschutzprojekt Thurauen)
- Einnahmen Durchlaufende Beiträge	2.9	<b>2.1</b>	-0.8	- Verzögerung im Bewilligungsverfahren bei mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0.2	<b>0.0</b>	-0.2	- Keine Rückzahlungen im Bereich Landwirtschaft
- Übrige	-0.1	<b>-0.1</b>	0.0	

**Baudirektion**  
**Leistungsgruppe 8800**

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
342318	13920	<b>0</b>	328398	-13920

Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen: Fr. 13 920, davon Fr. 12 200 für die Teamentwicklung und Fr. 1720 für die Infrastruktur



# 8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Für das Berichtsjahr hat der Kantonsrat das Budget des Natur- und Heimatschutzfonds um 2 Mio. Franken gekürzt. Im Naturschutz konnte deshalb die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts nicht im geplanten Umfang vorangetrieben werden. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf die Werterhaltung in den Naturschutzgebieten und die dringendsten Massnahmen zur Erhaltung besonders gefährdeter Lebensräume und Arten.

Die intensive Bautätigkeit führte in der Archäologie zu zahlreichen Sondierungen, Rettungsgrabungen (u.a. in Elgg, Fällanden, Unterstammheim, Winterthur und Zürich) sowie Baubegeleitungen. Besonders aufwendige Konservierungsarbeiten erforderten bedeutende jungsteinzeitliche bzw. mittelalterliche Funde aus Maur bzw. Elgg und Winterthur. Das Auswertungsprojekt Zürich, Parkhaus Opéra, konnte termingerecht abgeschlossen werden.

Im Bereich Denkmalpflege wurden bei rund 100 Objekten Analysen, Bestandesaufnahmen, Archivabklärungen und Fotodokumentationen gemacht. Zur Schonung von Schutzobjekten konnten in Unterstammheim und Niederhasli Entschädigungen für Mindernutzungen geleistet und die Restaurierungsarbeiten an der Villa Stünzi in Horgen abgeschlossen werden.

Im Ortsbild- und Landschaftsschutz konnten die langfristige Freihaltung der Umgebung der Bergkirche in Rheinau, die Sanierung des Seeplatzes «Oetikerhaab» in Stäfa sowie eine Machbarkeitsstudie zur Sicherstellung der guten Einordnung eines Vorhabens ins Ortsbild der Gemeinde Rickenbach mit Fondsmitteln unterstützt werden. Weitere Mittel wurden für den laufenden Unterhalt einer Fondsliegenschaft in der Gemeinde Egg eingesetzt.

## Aufgaben

A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Beitragsempfänger Naturschutz	A1	1710	1660	<b>1715</b>	55	3.3
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte	A1	4	3	<b>1</b>	-2	-66.7
L3	Anzahl archäologische Projekte	A1	200	190	<b>200</b>	10	5.3
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	A1	2	3	<b>9</b>	6	200.0

### Bemerkungen

L2, L4 Die Anzahl eingehender Beitragsgesuche ist exogen beeinflusst.

## Fonds

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	6.1	5.4	<b>9.1</b>	3.7	67.9

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	39.5	35.7	<b>37.4</b>	1.6	4.6
- Übertrag vom GS (8000)	23.0	21.0	<b>21.0</b>	0.0	0.0
Aufwand	-38.7	-36.4	<b>-34.4</b>	2.0	5.6
- Abschreibungen und Zinsen	-4.2	-4.2	<b>-1.4</b>	2.8	67.6
Saldo	0.8	-0.7	<b>3.0</b>	3.7	557.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.0		<b>0.0</b>	0.0	0.0
Ausgaben	-3.3	-3.7	<b>-0.4</b>	3.3	89.3
Saldo	-3.3	-3.7	<b>-0.4</b>	3.3	89.3

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.7		Abweichungen total R17 zu B17
2.8	A1	- Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen im Bereich Denkmalpflege, vor allem infolge geringerer Sofortabschreibungen
0.9	A1	- Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz, vor allem infolge geringerer Sofortabschreibungen
0.5	A1	- Geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzepts, vor allem aufgrund höherer Bundesbeiträge für Sofortmassnahmen für die Biodiversität
-0.4	A1	- Höherer Nettoaufwand für Rettungsgrabungen im Bereich Archäologie
-0.1		- Übrige Abweichungen

# 8940 Denkmalpflegefonds

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Finanzmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümer verwendet. So konnten mitunter für das Böcklin-Atelier in Zürich, für das Hirschen-Ensemble in Oberstammheim, für ein Bauernhaus in Schleinikon, für das Restaurant Hirschen in Rheinau sowie für

die Instandstellung der Umgebungsgestaltung des Wintertowers in Winterthur Beiträge geleistet werden. Für das neu gestaltete Museum des Schlosses Kyburg wurde ein namhafter Betriebsbeitrag ausgerichtet. Insgesamt wurden für rund 50 Objekte Zahlungen oder Schlusszahlungen geleistet.

## Aufgaben

- A1 Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen  
A2 Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zu Gunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl Zusicherungen von Beiträgen	A1	39	50	<b>41</b>	-9	-18.0

### Bemerkungen

- L1 Die Anzahl eingehender Beitragsgesuche ist exogen beeinflusst.

## Fonds

Fondsbestand	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	28.9	27.9	<b>28.9</b>	1.0	3.6

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>	6.4	10.5	<b>4.8</b>	-5.7	-53.9
- Übertrag vom Lotteriefonds	6.0	9.5	<b>4.8</b>	-4.7	-49.1
- Entnahme aus Bestandeskonto		1.0		-1.0	-100.0
<b>Aufwand</b>	-6.4	-10.5	<b>-4.8</b>	5.7	53.9
- Staatsbeiträge	-0.7	-1.5	<b>-0.9</b>	0.6	42.7
- Abschreibungen und Zinsen	-5.2	-9.0	<b>-4.0</b>	5.0	55.9
- Einlage in Bestandeskonto	-0.4				
<b>Saldo</b>	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
<b>Investitionsrechnung (in Mio. Franken)</b>	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.2	2.5	<b>0.7</b>	-1.8	-73.8
Ausgaben	-5.4	-11.5	<b>-4.6</b>	6.9	59.8
Saldo	-5.2	-9.0	<b>-4.0</b>	5.0	55.9

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
5.0	A1	- Geringere Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge
0.6	A2	- Geringere Betriebsbeiträge
-1.0	A2	- Keine Entnahme aus dem Fondskapital, da der Aufwand vollständig aus dem Lotteriefonds gedeckt werden konnte
-4.7	A2	- Geringerer Übertrag aus dem Lotteriefonds
0.1		- Übrige Abweichungen

# 8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton Zürich über ein solides und bewährtes System, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heutigen Form gut akzeptiert ist.

## Aufgaben

A1 Finanzierung der Sammlung und Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich im ganzen Kanton (Zielwert)		281	280	<b>285</b>	5	1.8
L2	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich in den Städten Zürich und Winterthur (Zielwert)		35	40	<b>35</b>	-5	-12.5
L3	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen im Kantonsgebiet jährlich ohne die Städte Zürich und Winterthur (Zielwert)		246	240	<b>250</b>	10	4.2
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin [Fr.]		0.6	0.6	<b>0.6</b>	0.0	0.0
W1	Gesammelte Menge Sonderabfall [in t]		339	340	<b>343</b>	3	0.9
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen total		33163	33500	<b>33343</b>	-157	-0.5
W3	Abgeber bei der stationären Sammelstelle Hagenholz		6413	5500	<b>7075</b>	1575	28.6
W4	Abgeber bei den mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur		3911	4700	<b>3955</b>	-745	-15.9
W5	Abgeber bei mobilen Sammlungen im Kantonsgebiet ohne die Städte Zürich und Winterthur		22839	23000	<b>22313</b>	-687	-3.0

## Fonds

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	2.2	1.8	<b>1.9</b>	0.1	7.4

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.9	0.9	<b>0.9</b>	-0.0	-1.3
- Abgaben von Gemeinden		0.9	0.9	<b>0.9</b>	-0.0	-1.6
Aufwand		-1.2	-1.3	<b>-1.2</b>	0.1	11.2
- Beiträge an Betriebe		-0.7	-0.7	<b>-0.7</b>	0.0	6.4
Saldo		-0.3	-0.4	<b>-0.2</b>	0.1	36.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
Saldo						

# 8960 Deponiefonds

Am Fonds sind 13 Deponien mit einem Gesamtvolumen von 16 Mio. m<sup>3</sup> angeschlossen. Der Fonds trägt das Risiko für die Sanierungspflicht von 2,6 Mio. m<sup>3</sup>.

## Aufgaben

A1 Finanzierung der Nachsorge und allfälliger Sanierung von Deponien.

### Fonds

Fondsbestand	R16 25.0	B17 24.9	<b>R17</b> <b>25.1</b>	Δ abs. 0.2	Δ % 0.8
--------------	-------------	-------------	---------------------------	---------------	------------

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.1	<b>0.2</b>	0.1	115.8
- Beiträge von Deponiebetreibern	-0.8	0.1	<b>0.2</b>	0.1	255.7
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.4	0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.4	0.0		-0.0	-100.0
Aufwand	-0.0	-0.1	<b>-0.2</b>	-0.1	-115.8
- Einlagen in Bestandeskonto		0.0	<b>-0.2</b>	-0.2	0.0
Saldo	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

# 8970 Kantonaler Waldfonds

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

## Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

## Fonds

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	0.9	0.9	<b>0.9</b>	0.0	0.0

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	0.0	0.0	<b>0.0</b>	-0.0	-6.4
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.0	0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.0	<b>0.0</b>	-0.0	-6.4
Aufwand	-0.0	-0.0	<b>-0.0</b>	0.0	6.4
- Einlage in Bestandeskonto	-0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

# 8980 Wildschadenfonds

Der Bestand an Schwarzwild konnte zahlenmässig durch die intensive Bejagung gegenüber dem Vorjahr nach unten korrigiert werden. Ein Anstieg der Schadenssumme war somit nicht zu verzeichnen.

## Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl vergütete Wildschadensfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	A1	538	390	<b>496</b>	106	27.2
L2	Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	A1	48	25	<b>44</b>	19	76.0
L3	Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	A1	41	30	<b>26</b>	-4	-13.3
B1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen [in %]	A1	62	52	<b>58</b>	6	
W1	Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben [in Fr.]	A1	350467	250000	<b>326650</b>	76650	30.7

## Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der Schäden im Berichtsjahr lag etwa auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Die Anzahl Wildschäden durch das Schwarzwild übertraf den Prognosewert wesentlich.
- L2 Die Anzahl der Gesuche für Einzäunungen erreichte den Umfang des Vorjahres, was den Budgetwert deutlich überstieg. Die in den vergangenen Jahren eingeleiteten Aufklärungsmassnahmen bewirkten die höhere Anzahl von Gesuchen.
- W1 Im Berichtsjahr traten wiederum grössere Wildschäden durch das Schwarzwild in allen Kulturen auf.

## Fonds

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	2.1	1.9	<b>1.9</b>	0.0	0.4

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
<b>Ertrag</b>		<b>0.6</b>	<b>0.3</b>	<b>0.5</b>	0.1	29.8
-	Erträge aus Regalien	0.1	0.1	<b>0.1</b>	0.0	16.2
-	Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0.1	0.1	<b>0.1</b>	0.0	49.0
-	Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0.5	0.2	<b>0.3</b>	0.1	30.4
<b>Aufwand</b>		<b>-0.7</b>	<b>-0.5</b>	<b>-0.6</b>	-0.1	-19.6
-	Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	-0.5	-0.3	<b>-0.4</b>	-0.1	-38.5
-	Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	-0.2	-0.2	<b>-0.1</b>	0.0	15.7
<b>Saldo</b>		<b>-0.1</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.1</b>	0.0	5.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
<b>Saldo</b>						

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
0.1	A1	- Höherer Übertrag in den Wildschadenfonds aus der Leistungsgruppe 8800, Amt für Landschaft und Natur
-0.1	A1	- Höhere Beiträge für Wildschäden und Zäune
0.0		- Übrige Abweichungen

# Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

## Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2017 Kantonsrat (20.12.2016)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2017 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2017	Abweichung + besser, - schlechter
<b>Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)</b>					
<b>Regierungsrat und Staatskanzlei</b>					
<b>1000 Regierungsrat und Staatskanzlei</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 17 806 100	-	- 17 806 100	- 16 507 107	1 298 993
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 300 000	-	- 300 000	-	300 000
<b>Direktion der Justiz und des Innern</b>					
<b>2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 8 474 300	- 588 000	- 9 062 300	- 8 463 317	598 983
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 7 788 300	- 300 000	- 8 088 300	- 286 013	7 802 287
<b>2204 Strafverfolgung Erwachsene</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 67 518 900	-	- 67 518 900	- 73 173 106	- 5 654 206
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	- 115 000	- 115 000	- 122 230	- 7 230
<b>2205 Jugendstrafrechtspflege</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 34 209 000	-	- 34 209 000	- 32 977 587	1 231 413
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 100 000	-	- 100 000	- 65 811	34 190
<b>2206 Amt für Justizvollzug</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 175 884 500	-	- 175 884 500	- 180 452 628	- 4 568 128
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 29 546 000	-	- 29 546 000	- 12 844 346	16 701 654
<b>2207 Gemeindeamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 146 400	- 614 000	- 6 760 400	- 5 488 717	1 271 684
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	- 2 000 000	- 2 000 000	- 951 675	1 048 325
<b>2216 Kantonaler Finanzausgleich</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 428 810 000	-	- 428 810 000	- 402 735 623	26 074 377
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>2217 Abwicklung Investitionsfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 516 700	-	- 4 516 700	- 4 491 548	25 152
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>2221 Handelsregisteramt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 313 000	-	1 313 000	2 452 587	1 139 587
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>2223 Statistisches Amt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 440 100	-	- 5 440 100	- 4 832 191	607 909
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>2224 Staatsarchiv</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 493 200	-	- 7 493 200	- 7 255 677	237 523
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 10 000 000	-	- 10 000 000	- 3 932 885	6 067 115
<b>2232 Fachstelle Opferhilfe</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 10 328 000	-	- 10 328 000	- 10 290 366	37 634
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 780 200	-	- 780 200	- 818 610	- 38 410
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>2234 Fachstelle Kultur</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 79 656 600	-	- 79 656 600	- 80 426 812	- 770 212
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 000 000	-	- 3 000 000	- 3 000 000	-
<b>2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 259 700	-	- 2 259 700	- 1 951 067	308 633
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>2251 Bezirksräte</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 8 034 200	-	- 8 034 200	- 8 291 268	- 257 068
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 307 420	- 307 420
<b>2261 Statthalterämter</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	10 418 200	-	10 418 200	11 451 401	1 033 201
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 461 130	- 461 130
<b>2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 50 000 000	- 1 244 000	- 51 244 000	- 50 015 088	1 228 912
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	- 2 630 000	- 2 630 000	-	2 630 000

# Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

## Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2017 Kantonsrat (20.12.2016)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2017 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2017	Abweichung + besser, - schlechter
<b>Sicherheitsdirektion</b>					
<b>3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzungsaufgaben und Rekursabteilung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 180 700	-	- 5 180 700	- 5 213 512	- 32 812
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 150 000	-	- 150 000	- 53 043	96 957
<b>3100 Kantonspolizei</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 402 000 000	-	- 402 000 000	- 401 062 014	937 986
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 39 898 000	- 15 595 000	- 55 493 000	- 25 116 510	30 376 490
<b>3200 Strassenverkehrsamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	17 604 000	-	17 604 000	17 071 363	- 532 637
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 200 000	- 706 000	- 4 906 000	- 2 798 773	2 107 227
<b>3300 Migrationsamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 11 747 700	-	- 11 747 700	- 11 243 253	504 447
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 100 000	-	- 100 000	-	100 000
<b>3400 Amt für Militär und Zivilschutz</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 13 000 000	-	- 13 000 000	- 10 223 845	2 776 155
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 7 299 500	- 1 899 000	- 9 198 500	- 7 205 178	1 993 322
<b>3500 Sozialamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 652 379 700	- 25 000 000	- 677 379 700	- 689 027 067	- 11 647 367
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 16 560 000	- 901 000	- 17 461 000	- 14 407 203	3 053 797
<b>3700 Sportamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 3 110 000	-	- 3 110 000	- 3 139 475	- 29 475
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>3910 Sportfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 3 930 700	-	- 3 930 700	4 001 442	7 932 142
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 7 775 000	- 1 340 000	- 9 115 000	- 6 170 573	2 944 427
<b>3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 550 000	-	- 550 000	- 338 359	211 641
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>3930 Schutzraumfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 886 000	-	5 886 000	5 786 498	- 99 502
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>Finanzdirektion</b>					
<b>4000 Generalsekretariat FD</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 050 800	-	- 2 050 800	2 677 683	4 728 483
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>4100 Finanzverwaltung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 8 874 997	- 2 078 000	- 10 952 997	- 8 142 733	2 810 264
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 253 000	- 1 150 000	- 1 403 000	- 1 125 154	277 846
<b>4300 Amt für Tresorerie</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 873 977	-	- 873 977	- 836 150	37 827
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>4400 Steuern Betriebsteil</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 161 581 000	- 1 473 000	- 163 054 000	- 152 777 474	10 276 526
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 433 000	- 5 564 000	- 7 997 000	- 2 956 541	5 040 459
<b>4500 Personalamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 17 188 000	- 1 600 000	- 18 788 000	- 16 212 345	2 575 655
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 150 000	- 300 000	- 450 000	- 249 181	200 819
<b>4600 Direktionsübergreifende Informatik</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 11 050 001	- 180 000	- 11 230 001	- 10 380 856	849 145
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 99 168	- 99 168
<b>4700 Drucksachen und Material</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	296 000	-	296 000	5 992	- 290 008
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 100 000	- 9 000	- 109 000	- 263 227	- 154 227
<b>4910 Steuererträge</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 176 200 000	-	7 176 200 000	7 240 729 122	64 529 122
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>4921 Schadenausgleich</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 200 000	-	- 2 200 000	- 5 651 419	- 3 451 419
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>4930 Kapital- und Zinsendienst Staat</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	371 056 050	-	371 056 050	455 590 306	84 534 256
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 207 148	- 207 148
<b>4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	196 254 931	-	196 254 931	156 363 913	- 39 891 018
Budgetkredit Investitionsrechnung	270 100 000	-	270 100 000	-	- 270 100 000
<b>4960 Nationaler Finanzausgleich</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 444 050 341	-	- 444 050 341	- 444 050 341	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-	-	-	-	-
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-



# Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

## Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2017 Kantonsrat (20.12.2016)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2017 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2017	Abweichung + besser, - schlechter
<b>4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 75 192 285	-	- 75 192 285	- 18 740 182	56 452 103
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>					
<b>5000 Generalsekretariat</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 3 644 400	-	- 3 644 400	- 3 788 387	- 143 987
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 220 000	-	- 220 000	- 179 434	40 566
<b>5205 Amt für Verkehr</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 99 298 100	-	- 99 298 100	- 89 935 577	9 362 523
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 76 636 000	-	- 76 636 000	- 64 558 202	12 077 798
<b>5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 299 516 000	-	- 299 516 000	- 294 624 460	4 891 540
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 50 142 561	-	- 50 142 561	- 48 301 094	1 841 467
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 15 000 000	-	- 15 000 000	- 14 644 323	355 677
<b>5920 Verkehrsfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 48 935 000	-	- 48 935 000	- 49 108 329	- 173 329
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 114 400 000	-	- 114 400 000	- 106 657 771	7 742 229
<b>5921 Flughafenfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 146 200	-	1 146 200	2 978 652	1 832 452
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>5925 Strassenfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	102 402 800	-	102 402 800	120 135 399	17 732 599
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>Gesundheitsdirektion</b>					
<b>6000 Steuerung Gesundheitsversorgung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 22 033 568	-	- 22 033 568	- 19 832 287	2 201 281
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 750 000	-	- 750 000	- 348 283	401 717
<b>6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 16 612 067	- 150 000	- 16 762 067	- 16 850 946	- 88 879
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 380 000	-	- 2 380 000	- 2 495 172	- 115 172
<b>6150 Arzneimittelversorgung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	50 000	-	50 000	- 3 130 225	- 3 180 225
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 515 000	- 1 910 000	- 5 425 000	- 4 024 245	1 400 755
<b>6200 Prävention und Gesundheitsförderung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 459 000	- 507 000	- 6 966 000	- 6 633 490	332 510
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 296 400 000	-	-1 296 400 000	-1 254 015 743	42 384 257
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 126 752 000	-	- 126 752 000	- 111 880 306	14 871 694
<b>6400 Psychiatrische Versorgung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 226 447 800	-	- 226 447 800	- 212 885 034	13 562 766
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 32 150 000	- 1 660 000	- 33 810 000	- 18 156 854	15 653 146
<b>6700 Beiträge an Krankenkassenprämien</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 352 800 000	-	- 352 800 000	- 357 175 972	- 4 375 972
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>6900 Tierseuchenfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 108 900	-	- 108 900	- 114 945	- 6 045
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>Bildungsdirektion</b>					
<b>7000 Bildungsverwaltung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 64 150 350	- 868 000	- 65 018 350	- 61 696 692	3 321 658
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 660 000	-	- 1 660 000	- 442 858	1 217 142
<b>7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 3 940 300	-	- 3 940 300	- 3 943 851	- 3 551
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 230 513 000	-	- 230 513 000	- 159 563 791	70 949 209
<b>7100 Lehrmittelverlag</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 000 000	-	5 000 000	1 441 276	- 3 558 724
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 750 000	-	- 750 000	- 57 594	692 406
<b>7200 Volksschulen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 422 516 873	-	- 422 516 873	- 410 105 440	12 411 433
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 9 500 000	-	- 9 500 000	- 7 785 765	1 714 235
<b>7301 Mittelschulen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 358 016 480	- 350 000	- 358 366 480	- 353 554 167	4 812 313
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 150 000	- 433 000	- 2 583 000	- 876 335	1 706 665
<b>7306 Berufsbildung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 375 449 070	- 100 000	- 375 549 070	- 358 822 776	16 726 294
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 13 991 000	- 1 131 000	- 15 122 000	- 5 274 991	9 847 009

# Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

## Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2017 Kantonsrat (20.12.2016)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2017 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2017	Abweichung + besser, - schlechter
<b>7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 604 285 000	-	- 604 285 000	- 601 719 394	2 565 606
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>7402 Sonstige universitäre Leistungen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 54 733 800	-	- 54 733 800	- 39 682 651	15 051 149
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 480 000	-	- 2 480 000	- 2 308 743	171 257
<b>7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 394 241 800	- 10 358 000	- 404 599 800	- 382 614 774	21 985 026
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 49 865 000	-	- 49 865 000	- 64 142 162	- 14 277 162
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>7501 Kinder- und Jugendhilfe</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 144 687 600	- 49 500 000	- 194 187 600	- 212 726 209	- 18 538 609
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 275 000	- 95 000	- 4 370 000	- 1 305 482	3 064 518
<b>7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 18 508 400	-	- 18 508 400	- 17 524 862	983 538
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 300 000	-	- 300 000	- 45 429	254 571
<b>7930 Berufsbildungsfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 710 400	-	- 4 710 400	- 7 408 938	- 2 698 538
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>Baudirektion</b>					
<b>8000 Generalsekretariat</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 33 418 400	-	- 33 418 400	- 32 394 944	1 023 456
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 140 000	- 2 966 000	- 5 106 000	- 640 520	4 465 480
<b>8100 Hochbauamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 23 436 264	-	- 23 436 264	- 23 211 637	224 627
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>8300 Amt für Raumentwicklung</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 23 823 520	- 994 000	- 24 817 520	- 24 913 923	- 96 403
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 550 000	-	- 550 000	- 96 034	453 966
<b>8400 Tiefbauamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 218 947 500	-	- 218 947 500	- 229 847 317	- 10 899 817
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 116 617 000	-	- 116 617 000	- 128 472 398	- 11 855 398
<b>8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 90 435 200	-	- 90 435 200	- 76 337 204	14 097 996
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 58 580 800	- 17 500 000	- 76 080 800	- 46 427 219	29 653 581
<b>8510 Altlasten</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 332 500	-	- 1 332 500	7 058 096	8 390 596
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>8700 Immobilienamt</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 23 617 479	- 1 687 000	- 25 304 479	- 22 160 231	3 144 248
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 159 180 000	- 128 493 000	- 287 673 000	- 121 947 892	165 725 108
<b>8710 Liegenschaftenerfolg</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 044 400	-	2 044 400	16 544 315	14 499 915
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>8800 Amt für Landschaft und Natur</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 61 606 600	- 902 000	- 62 508 600	- 58 781 087	3 727 513
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 11 293 000	-	- 11 293 000	- 9 539 670	1 753 330
<b>8910 Natur- und Heimatschutzfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 659 900	-	- 659 900	3 019 919	3 679 819
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 722 000	-	- 3 722 000	- 396 701	3 325 299
<b>8940 Denkmalpflegefonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 000 000	-	- 1 000 000	-	1 000 000
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 11 500 000	-	- 11 500 000	- 4 622 040	6 877 960
<b>8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 369 950	-	- 369 950	- 236 088	133 862
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>8960 Deponiefonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 35 000	-	- 35 000	174 413	209 413
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>8970 Kantonaler Waldfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 000	-	- 4 000	- 3 745	255
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
<b>8980 Wildschadenfonds</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 144 800	-	- 144 800	- 137 451	7 349
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-

# Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

## Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2017 Kantonsrat (20.12.2016)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2017 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2017	Abweichung + besser, – schlechter
<b>Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)</b>					
<b>9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 9 667 400	–	– 9 667 400	– 9 371 106	296 294
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
<b>9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	21 000 000	–	21 000 000	23 005 991	2 005 991
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
<b>9020 Finanzkontrolle</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 4 397 200	–	– 4 397 200	– 4 007 479	389 721
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
<b>9030 Obergericht und angegliederte Gerichte</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 34 856 300	– 339 000	– 35 195 300	– 42 868 877	– 7 673 577
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 13 031 000	– 3 074 000	– 16 105 000	– 3 356 989	12 748 011
<b>9040 Bezirksgerichte</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 104 794 600	– 96 000	– 104 890 600	– 114 115 087	– 9 224 487
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 550 000	– 12 787 000	– 14 337 000	– 182 037	14 154 963
<b>9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 726 400	–	1 726 400	12 215 590	10 489 190
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 700 000	–	– 2 700 000	– 344 112	2 355 888
<b>9063 Verwaltungsgericht</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 6 906 014	–	– 6 906 014	– 6 823 643	82 371
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
<b>9064 Sozialversicherungsgericht</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 13 162 200	– 1 100 000	– 14 262 200	– 14 187 520	74 680
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 275 000	–	– 275 000	– 184 170	90 830
<b>9065 Baurekursgericht</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 3 669 900	–	– 3 669 900	– 3 926 388	– 256 488
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	– 58 743	– 58 743
<b>9066 Steuerrekursgericht</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 010 200	–	– 2 010 200	– 2 341 986	– 331 786
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
<b>9070 Ombudsmann</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 1 219 050	–	– 1 219 050	– 1 172 970	46 080
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
<b>9071 Datenschutzbeauftragter</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 2 224 956	– 140 000	– 2 364 956	– 2 113 327	251 629
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–
<b>Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)</b>					
<b>9300 Zürcher Verkehrsverbund</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 168 716 000	–	– 168 716 000	– 164 099 460	4 616 540
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 038 000	– 550 000	– 1 588 000	– 1 441 130	146 870
<b>9510 Universitätsspital Zürich*</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 275 259 854	–	– 275 259 854	– 269 584 492	5 675 362
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 37 250 000	–	– 37 250 000	– 29 050 670	8 199 330
<b>9520 Kantonsspital Winterthur*</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 137 001 000	–	– 137 001 000	– 124 994 869	12 006 131
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 23 361 000	– 6 855 000	– 30 216 000	– 12 385 540	17 830 460
<b>9600 Universität Zürich</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 599 817 000	–	– 599 817 000	– 594 095 415	5 721 585
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 47 650 000	–	– 47 650 000	– 43 342 891	4 307 109
<b>9690 Zentralbibliothek</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 28 706 400	–	– 28 706 400	– 26 408 305	2 298 095
Budgetkredit Investitionsrechnung –	3 100 000	–	– 3 100 000	– 3 020 522	79 478
<b>9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 172 502 000	– 10 358 000	– 182 860 000	– 157 875 843	24 984 157
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 19 000 000	– 5 857 000	– 24 857 000	– 15 577 121	9 279 879
<b>9720 Zürcher Hochschule der Künste</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 106 632 400	–	– 106 632 400	– 106 744 174	– 111 774
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 2 400 000	–	– 2 400 000	– 2 917 973	– 517 973
<b>9740 Pädagogische Hochschule Zürich</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	– 109 576 000	–	– 109 576 000	– 105 695 669	3 880 331
Budgetkredit Investitionsrechnung	– 1 300 000	–	– 1 300 000	– 1 152 199	147 801
<b>9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit</b>					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	–	–	–	33 958	33 958
Budgetkredit Investitionsrechnung	–	–	–	–	–

\* Der «Budgetkredit Erfolgsrechnung» der beiden Spitäler USZ und KSW (Leistungsgruppen Nrn. 9510 und 9520) weist in der Spalte «Rechnung 2017» die tatsächlich ausgerichteten Staatsbeiträge aus.

# Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

## Abrechnung Budgetkredite

### Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)

#### 9200 Arbeitslosenkasse

Budgetkredit Erfolgsrechnung	-	-	-	4 889 687	4 889 687
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-

Legende:

**Budgetkredit Erfolgsrechnung:** Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

**Budgetkredit Investitionsrechnung:** Investitionsausgaben

# Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 1 570 000 zulasten der Rechnung 2017. Für das Jahr 2016 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 2 042 413. Diese hat der Kantonsrat am 10. Juli 2017 mit dem Geschäftsbericht 2016 genehmigt.

abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen und Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe auf Grund effizienter Leistungserbringung besser

in Franken

Leistungsgruppe		Bildung von Rücklagen 2016	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand (+ Zunahme/ - Abnahme gegenüber Vorjahr)
<b>Total</b>		<b>2 042 413</b>	<b>48 492 712</b>	<b>3 804 641</b>	<b>1 570 000</b>	<b>46 258 071</b>	<b>-2 234 641</b>
1000	Regierungsrat u. Staatskanzlei	-	407 048	29 087	-	377 961	- 29 087
2201	Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	50 000	388 564	63 463	-	325 100	- 63 463
2204	Strafverfolgung Erwachsene	-	1 707 485	6 079	-	1 701 406	- 6 079
2205	Jugendstrafrechtspflege	-	94 531	-	-	94 531	-
2206	Amt für Justizvollzug	-	3 451 266	696 389	-	2 754 877	- 696 389
2207	Gemeindeamt	-	53 576	26 905	-	26 670	- 26 905
2221	Handelsregisteramt	-	323 737	-	-	323 737	-
2223	Statistisches Amt	51 000	173 655	-	-	173 655	-
2224	Staatsarchiv	-	156 982	-	-	156 982	-
2232	Fachstelle Opferhilfe	5 500	34 116	3 722	4 000	34 394	278
2233	Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann	-	14 453	2 414	-	12 039	- 2 414
2234	Fachstelle Kultur	-	40 455	5 184	-	35 271	- 5 184
2241	Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	-	34 934	-	-	34 934	-
2251	Bezirksräte	-	232 045	70 899	-	161 146	- 70 899
2261	Statthalterämter	-	323 784	65 613	120 000	378 171	54 387
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	30 000	62 722	24 280	-	38 442	- 24 280
3100	Kantonspolizei	-	1 593 000	-	-	1 593 000	-
3200	Strassenverkehrsamt	300 000	344 536	312 700	-	31 836	- 312 700
3300	Migrationsamt	50 000	81 391	61 394	60 000	79 997	- 1 394
3500	Sozialamt	-	209 298	21 462	-	187 836	- 21 462
4000	Generalsekretariat FD	-	47 643	12 765	-	34 877	- 12 765
4100	Finanzverwaltung	-	200 871	16 766	-	184 105	- 16 766
4300	Amt für Tresorerie	-	11 257	-	-	11 257	-
4400	Steuern Betriebsteil	-	2 320 038	368 013	300 000	2 252 025	- 68 013
4500	Personalamt	-	326 682	-	-	326 682	-
4600	Direktionsübergreifende Informatik	-	7 297	-	-	7 297	-
4700	Drucksachen und Material	-	410 613	-	-	410 613	-
5000	Generalsekretariat (GS)	-	23 645	6 927	-	16 719	- 6 927
5205	Amt für Verkehr (AFV)	-	104 070	27 118	-	76 952	- 27 118
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-	1 580 147	50 157	-	1 529 990	- 50 157
6000	Steuerung Gesundheitsversorgung	100 000	407 940	133 115	100 000	374 825	- 33 115
6100	Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen *	10 000	631 068	45 349	20 000	605 719	- 25 349
6150	Arzneimittelversorgung	59 500	70 847	58 125	-	12 721	- 58 125
6400	Psychiatrische Versorgung	534 000	10 031 817	794 815	819 000	10 056 002	24 185
7000	Bildungsverwaltung	-	883 000	-	-	883 000	-
7301	Mittelschulen	-	6 988 556	-	-	6 988 556	-
7306	Berufsbildung	-	1 000 000	-	-	1 000 000	-
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	-	4 000 000	-	-	4 000 000	-
8000	Generalsekretariat	-	374 966	9 041	-	365 925	- 9 041
8100	Hochbauamt	-	200 449	-	-	200 449	-
8300	Amt für Raumentwicklung	-	359 600	-	-	359 600	-
8400	Tiefbauamt	-	653 600	34 500	-	619 100	- 34 500
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	-	477 436	34 905	-	442 530	- 34 905
8700	Immobilienamt	-	125 699	39 623	-	86 076	- 39 623
8800	Amt für Landschaft und Natur	-	342 318	13 920	-	328 397	- 13 920
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	-	22 719	-	-	22 719	-
9020	Finanzkontrolle	-	84 200	-	-	84 200	-
9030	Obergericht und angegliederte Gerichte	200 000	1 466 770	117 580	-	1 349 190	- 117 580
9040	Bezirksgerichte	722 000	3 449 585	474 686	-	2 974 899	- 474 686
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	20 000	1 360 548	85 000	100 000	1 375 548	15 000
9063	Verwaltungsgericht	90 000	284 538	45 000	30 000	269 538	- 15 000
9064	Sozialversicherungsgericht	- 269 587	-	-	-	-	-
9065	Baurekursgericht	50 000	72 655	4 463	-	68 192	- 4 463
9066	Steuerrekursgericht	40 000	99 507	26 665	-	72 842	- 26 665
9070	Ombudsmann	-	13 039	-	-	13 039	-

# Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

## Rücklagen und Gewinnverwendung

in Franken

		Bildung von Rücklagen 2016	Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand (+ Zunahme/ - Abnahme gegenüber Vorjahr)
Leistungsgruppe							
9071	Datenschutzbeauftragter	-	64 309	16 515	17 000	64 793	485
9300	Zürcher Verkehrsverbund	-	267 707	-	-	267 707	-

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Die Werte in den Spalten «Bildung von Rücklagen 2016», «Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016» und «Verwendung 2017» sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

\* Leistungsgruppe Nr. 6100, Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen: Antrag auf ausserordentliche Rücklagenbildung 2017 (vgl. § 19 FCV) für die kantonale Heilmittelkontrolle.

Die beantragte Bildung der Rücklagen im Betrag von rund 1,6 Mio. Franken wird nach der Genehmigung durch den Kantonsrat verbucht.

einschliesslich der beantragten Bildung um 2,2 Mio. Franken oder fünf Prozent auf 46,3 Mio. Franken.

Im Berichtsjahr wurden Rücklagen in Höhe von 3,8 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft sinkt der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2017

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus verwendeten Rücklagen Sachaufwendungen für Vorhaben von mehr als 50 000 Franken vor:

in Franken

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag	
2206	Amt für Justizvollzug	Personal über Rücklagen finanziert	696 389
6400	Psychiatrische Versorgung	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich: Personalanlässe und Anschaffung Mobiliar	549 185
		Integrierte Psychiatrie Winterthur: Personalanlässe	245 630

### Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten

Im Rahmen der Gewinnverwendung können Mittel den Reserven zugewiesen oder an den Kanton ausgeschüttet werden. Verluste werden durch Entnahmen aus den Reserven gedeckt. Die Verwendung der Gewinne bzw. Deckung der Verluste 2017 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anträge für die selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

in Franken

Leistungsgruppe

#### Total Zuweisung zu den Reserven

Leistungsgruppe	Antrag auf Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung	
<b>Total Zuweisung zu den Reserven</b>	<b>102 254 174.69</b>	
9510	Universitätsspital Zürich	77 326 300.64
9520	Kantonsspital Winterthur	9 753 563.65
9600	Universität Zürich	5 891 665.18
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	7 387 313.98
9740	Pädagogische Hochschule Zürich	1 895 331.24

in Franken

Leistungsgruppe

#### Total Entnahme aus den Reserven

Leistungsgruppe	Antrag auf Entnahme aus den Reserven im Rahmen der Verlustdeckung	
<b>Total Entnahme aus den Reserven</b>	<b>535 805.25</b>	
9720	Zürcher Hochschule der Künste	535 805.25

# Anhang

<b>Behörden</b>	<b>253</b>
Übersicht Finanzierung	253
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	254
9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank	255
9020 Finanzkontrolle	256
9070 Ombudsmann	257
9071 Datenschutzbeauftragter	258
<b>Rechtspflege</b>	<b>260</b>
Übersicht Finanzierung	260
9030 Obergericht	261
9040 Bezirksgerichte	264
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	267
9063 Verwaltungsgericht	270
9064 Sozialversicherungsgericht	273
9065 Baurekursgericht	276
9066 Steuerrekursgericht	279
<b>Zu konsolidierende Anstalten</b>	<b>281</b>
Übersicht Finanzierung	281
9300 Zürcher Verkehrsverbund	282
9510 Universitätsspital Zürich	285
9520 Kantonsspital Winterthur	289
9600 Universität Zürich	293
9690 Zentralbibliothek	298
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	300
9720 Zürcher Hochschule der Künste	305
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	309
9800 Stiftungen und Legate	312
<b>Nicht konsolidierte Organisationen</b>	<b>314</b>
9200 Arbeitslosenkasse	314
<b>Kreditübertragungen</b>	<b>316</b>
<b>Bewilligte Kreditüberschreitungen</b>	<b>320</b>





# Behörden

## Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	23.1	22.2	<b>24.8</b>	2.5	11.4
Aufwand	-18.4	-18.9	<b>-18.4</b>	0.4	2.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.1			
Saldo	4.8	3.4	<b>6.3</b>	3.0	89.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.0				
Saldo	-0.0				

# 9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

## Aufgaben

- A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in welchem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.
- A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.
- A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 KR: Zahl behandelter Vorlagen	A1	76	120	<b>68</b>	-52	-43.3
L2 KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	A1	0.83	0.75	<b>0.71</b>	-0.04	-5.33
L3 KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A1	128	160	<b>245</b>	85	53.1
L4 K: Zahl behandelter Vorlagen	A2	85	120	<b>96</b>	-24	-20.0
L5 K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	A2	263	180	<b>252</b>	72	40.0
L6 K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	A2	2.61	3	<b>1.93</b>	-1.07	-35.67
L7 K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A2	64	100	<b>88</b>	-12	-12.0
L8 PD: Zahl der Protokolle	A3	378	370	<b>372</b>	2	0.5
B1 PD: Durchschn. Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	2356	2748	<b>2350</b>	-398	-14.5
B2 PD: Durchschn. Kosten je Kommissionsprotokoll inkl.Sitzung	A3	1140	859	<b>1103</b>	244	28.4

## Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	14.6	14.4	<b>14.4</b>	0.0	0.0

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	<b>0.6</b>	0.5	1651.5
Aufwand	-9.3	-9.7	<b>-9.9</b>	-0.2	-2.4
Saldo	-9.3	-9.7	<b>-9.4</b>	0.3	3.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.3	A3	- Geringerer Aufwand wegen verzögerter Einführung der Geschäfts- und Dokumentenverwaltungssoftware Axioma.
0.0		- Übrige Abweichungen

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
22719	0	<b>0</b>	22719	0

# 9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank

## Aufgaben

A1 Die Kantonalbank entschädigt den Kanton Zürich jährlich für die Staatsgarantie (§ 6 Abs. 3 Kantonalbankgesetz).

<b>Fonds</b>	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	42.5	63.5	<b>65.5</b>	2.0	3.2

Bemerkungen R17 zu B17

2.0 Höhere Entschädigung der Kantonalbank infolge Anstieg der risikogewichteten Positionen

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	21.9	21.0	<b>23.0</b>	2.0	9.6
Aufwand					
Saldo	21.9	21.0	<b>23.0</b>	2.0	9.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.0		Abweichungen total R17 zu B17
2.0	A1	- Höhere Entschädigung der Kantonalbank
0.0		- Übrige Abweichungen

# 9020 Finanzkontrolle

Gemäss § 22 des Finanzkontrollgesetzes erstellt die Finanzkontrolle jährlich einen Tätigkeitsbericht zuhanden des Kantonsrates und des Regierungsrates. Der Bericht wird Ende Mai 2018 veröffentlicht.

## Aufgaben

A1 Ausübung der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG), d.h. prüfen der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Wirksamkeitskontrollen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anteil der Feststellungen/Empfehlungen in % aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	A1	30	30	<b>28</b>	-2	
L2 Anzahl Revisionen pro Jahr	A1	172	180	<b>162</b>	-18	-10.0
B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG in % zur verfügbaren Präsenzzeit	A1	78	80	<b>81</b>	1	
W1 Anteil der akzeptierten Empfehlungen in % (aufgrund Stellungnahmen)	A1	96	92	<b>96</b>	4	

## Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	26.0	26.0	<b>25.5</b>	-0.6	-2.1

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.1	<b>1.1</b>	0.0	0.5
Aufwand	-5.6	-5.5	<b>-5.1</b>	0.4	6.9
Saldo	-4.5	-4.4	<b>-4.0</b>	0.4	8.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
84200	0	<b>0</b>	84200	0

# 9070 Ombudsmann

Ein separater jährlicher Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit des Ombudsmanns.

## Aufgaben

A1 Der Ombudsmann nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Arbeitsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlage für die Institution Ombudsmann findet sich im Verwaltungsrechtspflegegesetz § 87 ff.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Zahl der eingegangenen Geschäfte	A1	830	850	<b>910</b>	60	7.1
L2	Zahl der erledigten Geschäfte	A1	836	830	<b>887</b>	57	6.9
L3	Zahl der angeschlossenen Gemeinden	A1	16	16	<b>14</b>	-2	-12.5
L4	Zahl der Geschäfte aus angeschlossenen Gemeinden	A1	14	20	<b>15</b>	-5	-25.0

## Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	4.3	4.3	<b>4.3</b>	0.0	0.0

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst den Ombudsmann und 3.3 Angestellte.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.0	<b>0.0</b>	-0.0	-14.6
Aufwand	-1.2	-1.3	<b>-1.2</b>	0.1	4.2
Saldo	-1.2	-1.2	<b>-1.2</b>	0.0	3.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

Einnahmen	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ausgaben					
Saldo					

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
13039	0	<b>0</b>	13039	0

# 9071 Datenschutzbeauftragter

Die ausführliche Berichterstattung des Datenschutzbeauftragten ist dem Tätigkeitsbericht 2017 zu entnehmen. Dieser wird im Juni 2018 publiziert und auf der Website des Datenschutzbeauftragten ([www.datenschutz.ch](http://www.datenschutz.ch)) verfügbar sein.

## Aufgaben

- A1 Der Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton, um die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen.
- A2 Er berät die öffentlichen Organe, beurteilt die datenschutzrelevanten Vorhaben (Vorabkontrollen) und nimmt Stellung zu Erlassen. Er bietet Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit an.
- A3 Bei öffentlichen Organen überprüft er mittels Kontrollen (Datenschutz-Reviews), ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten sind.
- A4 Der Datenschutzbeauftragte berät Privatpersonen über ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche und vermittelt in Konfliktfällen zwischen Privatpersonen und öffentlichen Organen. Er informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Beratungen von Privatpersonen	A4	518	500	<b>560</b>	60	12.0
L2	Anzahl Vernehmlassungen und Mitberichte	A2	14	18	<b>20</b>	2	11.1
L3	Anzahl Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe	A2	28	20	<b>21</b>	1	5.0
L4	Anzahl Kontrollen	A3	22	40	<b>31</b>	-9	-22.5
W1	Anteil umgesetzter Hinweise bei Datenschutz-Reviews (%)	A3	31	60	<b>42</b>	-18	
W2	Anzahl Besuche auf Webseiten	A4	31917	40000	<b>31575</b>	-8425	-21.1

## Entwicklungsschwerpunkte

### 9071 10a Sicherstellen des Datenschutzes im Umgang mit grossen Datenmengen (eGovernment, Open Government Data, Forschung, Big Data)

Dem Datenschutzbeauftragten liegen bis jetzt nicht alle relevanten Projekte vor. Stand bis

### 9071 10b Kontrolltätigkeit: Gewährleisten einer regelmässigen und nachhaltigen Kontrolle der Datenbearbeitungen

Mangels Ressourcen kann die Nachhaltigkeit der Kontrollen («Follow up») noch nicht gewährleistet werden. Verzögert 2017

### 9071 10c Förderung der Umsetzung angemessener Massnahmen im Bereich der Informationssicherheit

Projekt ist in Planung. Planmässig 2019

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	8.4	9.2	<b>9.4</b>	0.2	2.6

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	45.3
Aufwand		-2.2	-2.4	<b>-2.1</b>	0.2	10.3
- Kreditübertragungen aus 2016			-0.1			
Saldo		-2.2	-2.4	<b>-2.1</b>	0.3	10.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben		-0.0				
Saldo		-0.0				

## Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
64309	16515	<b>17 000</b>	64794	485

Bemerkungen

Verwendung:

Rücklagen wurden zur Finanzierung von Personalförderungsmaßnahmen verwendet.

Bildung:

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserung aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden.

Beanspruchung von etwa 7% für die Bildung von Rücklagen.

# Rechtspflege

## Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	169.5	169.3	<b>154.9</b>	-14.5	-8.5
Aufwand	-323.8	-334.5	<b>-326.9</b>	7.6	2.3
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.4			
- Nachtragskredit		-1.1			
Saldo	-154.3	-165.2	<b>-172.0</b>	-6.8	-4.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.6				
Ausgaben	-10.3	-33.4	<b>-4.1</b>	29.3	87.7
- Kreditübertragungen aus 2016		-15.9			
Saldo	-9.7	-33.4	<b>-4.1</b>	29.3	87.7



# 9030 Obergericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2017 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2018 veröffentlicht wird.

## Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts  
A2 Personalförderungsmaßnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	A1	812	800	<b>814</b>	14	1.8
L2	Erledigung von Berufungen	A1	1147	1100	<b>993</b>	-107	-9.7
L3	Erledigung von Beschwerden	A1	2000	2000	<b>2043</b>	43	2.2
L4	Erledigung von anderen Verfahren	A1	1199	1400	<b>1205</b>	-195	-13.9
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren abso- lut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	7940	8100	<b>8633</b>	533	6.6
L6	Anzahl Eingänge	A1	7888	8100	<b>8687</b>	587	7.2
L7	Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	A1	2182	< 2 300	<b>2255</b>		
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1 : 1 (Zielwert)	A1	1.01	1	<b>0.99</b>	-0.01	-1.00
B1	durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in Franken	A1	5374	4365	<b>4966</b>	601	13.8
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	A1	73.2	> 75	<b>72</b>		
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	A1	89.1	> 85	<b>94</b>		
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Mio. Franken	A1	1.5	1.6	<b>2.0</b>	0.4	25.0
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsvertre- tungen in Mio. Franken	A1	0.5	0.6	<b>0.9</b>	0.3	50.0
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Par- teien in Mio. Franken	A1	1.2	1	<b>1.4</b>	0.4	40.0

## Bemerkungen

- Allg. Der Prognosewert bei den Leistungsindikatoren wurde aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2013–2015 erstellt. Das Erreichen der Prognosen ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- B1 Die restriktiven Vorgaben zum Budget wurden im Bereich der nicht beeinflussbaren direkten Kosten und Erträge der Rechtsprechung klar verfehlt (hohe Zahlungen für amtliche Mandate und Mindererträgen bei den Gebühren und Einziehungen in Strafverfahren). Aus diesem Grund fiel der Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft höher aus als budgetiert, obwohl die Anzahl erledigter Geschäfte aufgrund der neu erfassten Archivgeschäfte im Berichtsjahr deutlich zunahm.
- W3 Die durchschnittliche Höhe hat aufgrund der Komplexität der Verfahren zugenommen. Die Anhebung des Stundensatzes für amtliche Mandate auf den 1. Januar 2015 wirkt sich mit einiger Verzögerung aus. Die Kosten für amtliche Verteidigungen sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- W4 In Strafverfahren mussten vermehrt Auszahlungen an unentgeltliche Rechtsvertretungen (von Privatkläger/innen) ausgerichtet werden. Zudem wirkt sich die Anhebung des Stundensatzes für amtliche Mandate auf den 1. Januar 2015 mit einiger Verzögerung aus. Die Kosten für unentgeltliche Rechtsvertretungen sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- W5 Die Ausrichtung von Parteienschädigungen in Strafsachen bei Freisprüchen oder Teilfreisprüchen hat seit einigen Jahren zugenommen. Die Entschädigungen sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- L5, L6 Der Anstieg bei den Erledigungen und den Eingängen ist darauf zurückzuführen, dass die Archivgeschäfte neu statistisch erfasst werden.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 9030 10b Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe seit Einführung der schweizerischen Prozessordnungen und zufolge von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Gerichte und Kammern. Der Kantonsrat bewilligte in diesem Zusammenhang einen Antrag auf Umwandlung von drei ständigen Ersatzrichterstellen in Wahlstellen.

Stand bis  
Planmässig 2017

### 9030 10c Überprüfung und Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) aufgrund der Einführung neuer Rechnungswesen-Software

Die Arbeiten für die Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) wurden planmässig im Berichtsjahr aufgenommen und werden 2018 abgeschlossen.

Verzögert 2017

### 9030 10d Überarbeitung des Rechenschaftsberichts

Der Rechenschaftsbericht über das Jahr 2019 wird voraussichtlich erstmals in überarbeiteter Form erscheinen.

Verzögert 2018

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	249.7	250.4	<b>251.2</b>	0.9	0.3

Bemerkungen R17 zu B17

0.9 Der Beschäftigungsumfang wird um 0.9 Stellen überschritten. Die zusätzlichen Ersatzoberrichter/innenstellen aufgrund von längeren Krankheitsabwesenheiten konnten nur teilweise durch den vorübergehend nicht voll besetzten Stellenplan des übrigen Personals kompensiert werden. Die durchschnittliche Lohnsumme steigt aufgrund der zusätzlichen Ersatzoberrichter/innenstellen, die über der durchschnittlichen Lohnsumme eingereicht sind, an.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	26.9	37.8	<b>25.7</b>	-12.1	-32.0
Aufwand	-69.6	-72.9	<b>-68.5</b>	4.4	6.1
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.3			
Saldo	-42.7	-35.2	<b>-42.9</b>	-7.7	-21.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-6.7	-16.1	<b>-3.4</b>	12.7	79.2
- Kreditübertragungen aus 2016		-3.1			
Saldo	-6.7	-16.1	<b>-3.4</b>	12.7	79.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-7.7		Abweichungen total R17 zu B17
2.4	A1	- Minderaufwand bei den Abschreibungen des Verwaltungsvermögens wegen Verzögerungen bei Bauprojekten und aufgrund des Verzichts auf Investitionsvorhaben im IT-Bereich.
1.2	A1	- Tiefere Forderungsverluste und Aufwandminderung bei Wertberichtigungen des Forderungs- und Prozessauslagenbestands.
0.8	A1	- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand aufgrund des vorübergehend nicht ausgeschöpften Stellenplans bei den Gerichtsschreiber/innen. Nicht budgetierte Rückerstattungen für Mutterschaftsurlaube und Militärabsenzen. Einsparungen bei den ins Budget eingestellten und nicht ausbezahlten Dienstaltersgeschenken (Ferienbezug). Auflösung von Rückstellungen aus Mehrleistungen des Personals.
0.4	A1	- Einsparungen beim IT-Unterhalt (Aktivierung von Entwicklungsleistungen).
0.3	A1	- Auflösung nicht beanspruchter Kreditübertragungen aus 2016.
-1.1	A1	- Mehraufwand bei den Kosten für amtliche Mandate und Parteientschädigungen. Diese Kosten können weder beeinflusst noch verlässlich budgetiert werden.
-1.6	A1	- Minderaufwand beim IT-Betrieb der Notariate, folglich tiefere Vergütung (IC-Ertrag) der Notariate ans Obergericht. Übrige Erträge fielen leicht höher aus als budgetiert.
-2.3	A1	- Rückgang bei den Erträgen aus dem Nachinkasso (vorübergehende Sistierung des Nachinkassos aufgrund des Applikationswechsels).
-2.5	A1	- Keine hohen Einziehungen/Ersatzforderungen in Strafsachen.
-5.7	A1	- Verschlechterung wegen tieferer Gebührenerträge und Bussen/Geldstrafen. Im Berichtsjahr konnten nur wenige Entscheide mit Gebühren >100 000 Franken abgerechnet werden.
0.4		- Übrige Abweichungen

**Rechtspflege**  
**Leistungsgruppe 9030**

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-16.1	<b>-3.4</b>	12.7	
- Informatik-Investitionen für die Gerichte - Software (Erneuerung Formularwesen, Erneuerung Rechenschaftsbericht, Intranet/Internet, Plattformerneuerung)	-2.0	<b>-0.6</b>	1.4	- Verschiebung von IT-Vorhaben und Verzicht auf Teilprojekte.
- Informatik-Investitionen für die Notariate - Software (Einführung des elektronischen Grundbuchs, Erneuerung von Applikationen)	-4.0	<b>-0.9</b>	3.1	- Verzicht oder Verschiebung von Projekten
- Informatik-Investitionen für die Gerichte - Hardware (diverse Projekte)	-2.8	<b>-1.8</b>	1.0	- Einsparungen durch Synergieeffekt des gemeinsamen IT-Betriebs der Gerichte und Notariate und teilweiser Verzicht auf Projekte.
- Informatik-Investitionen für die Notariate - Hardware (diverse Projekte, u.a. Erweiterung und Modernisierung des Netzwerkes)	-1.7	<b>-0.1</b>	1.6	- Einsparungen durch Synergieeffekt des gemeinsamen IT-Betriebs der Gerichte und Notariate und teilweiser Verzicht auf Projekte.
- Übrige	-5.6	<b>0.0</b>	5.6	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016	Verwendung	<b>Antrag Bildung 2017</b>	Bestand 31.12.2017	
plus Bildung 2016	2017	<b>(verbucht 2018)</b>	plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
1466770	117580	<b>0</b>	1349190	-117580

Bemerkungen

Das Obergericht verwendet Rücklagen für Personalförderungsmaßnahmen.

# 9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2017 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2018 veröffentlicht wird.

## Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts
- A2 Ausbildung junger Juristen am Gericht (Auditoren und Gerichtsschreiber)
- A3 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von Summarischen Verfahren	A1	35723	34900	<b>36509</b>	1609	4.6
L2	Erledigung von Zivilprozessen	A1	7272	7500	<b>6975</b>	-525	-7.0
L3	Erledigung von Strafprozessen	A1	2569	2500	<b>2323</b>	-177	-7.1
L4	Erledigung von Haftrichtersachen	A1	2770	2900	<b>2657</b>	-243	-8.4
L5	Erledigung von Mietschlichtungen	A1	4804	5300	<b>4844</b>	-456	-8.6
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	54965	54400	<b>55507</b>	1107	2.0
L7	Anzahl Eingänge	A1	54026	54400	<b>56351</b>	1951	3.6
L8	Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	A1	8852	< 9 900	<b>9656</b>		
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	1.02	1	<b>0.99</b>	-0.01	-1.00
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (Zielwert)	A2	0.8	0.8	<b>0.8</b>	0.0	0.0
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in Franken. Der Werte sinkt ab Budget 2017 deutlich und ist auf die in die Finanzplanung 2017-2020 eingestellten Saldoverbesserungen zurückzuführen	A1	2037	1939	<b>2056</b>	117	6.0
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	A1	72.5	>/=80	<b>75.9</b>		
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in Mio. Franken	A1	12.3	13.5	<b>15.3</b>	1.8	13.3
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in Mio. Franken	A1	13	10.9	<b>14.5</b>	3.6	33.0
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in Mio. Franken	A1	1.6	1.9	<b>1.6</b>	-0.3	-15.8

### Bemerkungen

- Allg. Die Prognosewerte bei den Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2013–2015 erstellt. Das Erreichen der Prognosen ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- B1 Die restriktiven Vorgaben zum Budget wurden im Bereich der nicht beeinflussbaren direkten Kosten und Erträge der Rechtsprechung klar verfehlt. Aus diesem Grund fiel der Nettoaufwand pro erledigtem Geschäfts höher aus als budgetiert, obwohl die Anzahl erledigter Geschäfte aufgrund der neu erfassten Archivgeschäfte im Berichtsjahr deutlich zunahm.
- W2 Die durchschnittliche Höhe der Auszahlungen für amtliche Verteidigungen hat stark zugenommen. Teilweise dafür verantwortlich ist die Anhebung des Stundensatzes für amtliche Mandate um 10% (per 1. Januar 2015), hauptsächlich aber die immer umfangreicheren und komplexeren Strafverfahren. Die Kosten für amtliche Verteidigungen sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- W3 Die Kosten für unentgeltliche Rechtsvertretungen sind stark gestiegen. Neben der Anhebung des Stundensatzes für amtliche Mandate ist auch die Zunahme der Auszahlungen an unentgeltliche Rechtsvertretungen für Privatkläger in Strafverfahren für die Kostensteigerung verantwortlich. Die Kosten für unentgeltliche Rechtsvertretungen sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- W4 Die Parteientschädigungen in Strafverfahren fielen tiefer aus als budgetiert und entsprechen dem Niveau der Rechnung 2016. Die Entschädigungen sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden.
- L6, L7 Der Anstieg bei den Erledigungen und den Eingängen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Archivgeschäfte neu statistisch erfasst werden.

## Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

### 9040 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe seit Einführung der schweizerischen Prozessordnungen und zufolge von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Bezirksgerichte. In diesem Zusammenhang bewilligte der Kantonsrat einen Antrag des Obergerichts für sieben Bezirksgerichte auf Umwandlung von ständigen Ersatzrichterstellen in Wahlstellen.

Planmässig 2017

### 9040 10b Überprüfung und Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) aufgrund der Einführung neuer Rechnungswesen-Software

Die Arbeiten für die Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) wurden planmässig im Berichtsjahr aufgenommen und werden 2018 abgeschlossen.

Verzögert 2017

### 9040 10c Überarbeitung des Rechenschaftsberichts

Der neue Rechenschaftsbericht über das Jahr 2019 wird voraussichtlich erstmals in überarbeiteter Form erscheinen.

Verzögert 2018

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	704.9	708.5	<b>700.8</b>	-7.7	-1.1

Bemerkungen R17 zu B17

7.7 Der Gesamtbeschäftigungsumfang wird aufgrund des vorübergehend nicht ausgeschöpften Stellenplans beim Personal um 7.7 Stellen unterschritten. Die durchschnittliche Lohnsumme sinkt um 0.9%.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	36.1	44.6	<b>37.5</b>	-7.1	-15.9
Aufwand	-148.1	-149.5	<b>-151.6</b>	-2.1	-1.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-0.1			
Saldo	-112.0	-104.9	<b>-114.1</b>	-9.2	-8.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.4	-14.3	<b>-0.2</b>	14.2	98.7
- Kreditübertragungen aus 2016		-12.8			
Saldo	-0.4	-14.3	<b>-0.2</b>	14.2	98.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-9.2		Abweichungen total R17 zu B17
1.9	A1	- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand aufgrund des vorübergehend nicht ausgeschöpften Stellenplans. Zusätzliche Entlastung des Personalaufwands infolge Rotationsgewinns. Folglich fielen die Sozialversicherungsbeiträge tiefer aus als budgetiert.
1.3	A1	- Rückgang bei den Forderungsverlusten aufgrund richterlicher Entscheide.
-0.5	A1	- Anhaltender Rückgang bei den Erträgen aus Bussen und Geldstrafen.
-1.5	A1	- Budgetverschlechterung, weil grosse Einziehungen in Straffällen ausblieben.
-1.9	A1	- Anstieg der nicht verlässlich budgetierbaren und nicht beeinflussbaren Kosten für amtliche Verteidigungen.
-3.6	A1	- Deutliche Zunahme bei den nicht verlässlich budgetierbaren und nicht beeinflussbaren Kosten für unentgeltliche Rechtsvertretungen.
-5.1	A1	- Tiefere Gebührenerträge als budgetiert. Im Berichtsjahr konnten nur wenige Entscheide mit Gebühren >100 000 Franken abgerechnet werden.
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-14.3	<b>-0.2</b>	14.2	
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar am Bezirksgericht Zürich	-0.2	<b>-0.2</b>	0.0	
- Übrige	-14.1	<b>0.0</b>	14.1	

## Rechtspflege Leistungsgruppe 9040

### Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
3 449 585	474 686	<b>0</b>	2 974 899	-474 686

#### Bemerkungen

Die Bezirksgerichte verwenden Rücklagen für befristete Personaleinsätze, für Personalförderungsmassnahmen und für Kleinstanschaffungen und Literatur.

# 9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2017 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2018 veröffentlicht wird.

## Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
- A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren dem Notariat übertragenen Aufgaben im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidg. Grundbuchs nach den Vorgaben der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A4 Erledigung der dem Konkursamt durch die eidgenössische Gesetzgebung übertragenen Aufgaben

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt in % (Zielwert)	A2, A3	90	90	<b>90</b>	0	
L2	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mte. in % (Zielwert)	A3	85.1	90	<b>95.4</b>	5.4	
L3	Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mte. in % (Zielwert)	A3	88.7	95	<b>100</b>	5	
L4	Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren (Zielwert)	A3	2	3	<b>5</b>	2	
L5	Anzahl Beurkundungen	A2	63033	56700	<b>62584</b>	5884	10.4
L6	Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	A3	87347	82400	<b>83147</b>	747	0.9
L7	Anzahl Konkurserledigungen	A4	2011	2000	<b>2060</b>	60	3.0
B1	Deckungsgrad in % (Aufwand/Ertrag)	A1	138	100	<b>117</b>	17	
W1	Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	A1	90	90	<b>90</b>	0	
W2	Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres) in %	A4	63	>75	<b>62.3</b>		

## Bemerkungen

- L2, L3 Die Ausbreitung der Software für das elektronische Grundbuch setzte nachgeführte Grundbücher voraus. Deshalb lag ein Fokus in der Arbeit auf diesen Tätigkeiten.
- L4 Die Einführung von eidg. Grundbüchern hängt auch von exogenen Einflüssen ab. Die Dauer des einzelnen Verfahrens kann nur geschätzt werden. Im Berichtsjahr konnten mehr Verfahren abgeschlossen werden als erwartet.
- L5 Im Vergleich zum Vorjahr verminderte sich zwar die Zahl der Beurkundungen im Grundstücksbereich, aber bescheidener als im Budgetprozess erwartet. Die Beurkundung von Vorsorgeaufträgen sowie von güter- und erbrechtlichen Rechtsgeschäften stieg erneut an.
- L6 Das Geschäftsvolumen im Grundbuchbereich hielt sich auf hohem Niveau. Historisch tiefe Zinsen belebten den Immobilienmarkt. Immobilien an attraktiven Lagen sind weiterhin gefragt.
- B1 Aus dem regen Immobilienmarkt resultierten höhere Gebühren als erwartet. Die Marktberuhigung setzte erst teilweise ein.
- W2 Die Zahl neuer Konkursverfahren ist leicht gestiegen. Anspruchsvolle Sachverhalte oder Rechtsfragen verzögerten die Fortschritte in den einzelnen Verfahren. Zudem lag der Fokus im Einsatz des Personals vorübergehend im Grundstücksbereich und in den Vorbereitungsarbeiten für die Ausbreitung der Software für das elektronische Grundbuch.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 9060 10a Einführung und vollständige Umstellung auf das elektronische Grundbuch

Im zweiten Halbjahr 2017 erfolgte die Ausbreitung der Software für das elektronische Grundbuch. Seit Ende November verfügen alle 44 Notariate über die Applikation. Datenerfassung/Datenüberführung und Verifikation sind nun, neben dem ordentlichen Tagesgeschäft, anspruchsvolle und aufwändige Zusatzaufgaben der Notariate. Es ist zu früh, den Termin für die vollständige Umstellung zu prognostizieren. Der Fortschritt zum Ziel wird wesentlich davon abhängen, ob genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen werden.

Stand bis  
Geplant 2020

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	432.8	430.4	<b>435.4</b>	5.0	1.2

### Bemerkungen R17 zu B17

5.0 Die Notariate sichern Lehrabgänger/innen eine befristete Anstellung für ein Jahr zu. Vakante Stellen können auf diese Weise besetzt werden. 2017 machten – wie bereits im Vorjahr – mehr Lehrabgänger/innen von diesem Angebot Gebrauch. Aus diesem Grund ist der Stellenplan leicht überschritten worden. Die durchschnittliche Lohnsumme fällt gegenüber dem Budget deutlich tiefer aus, weil die befristet angestellten Lehrabgänger/innen unter der durchschnittlichen Lohnsumme eingestellt werden.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	100.2	79.7	<b>85.7</b>	6.0	7.5
Aufwand	-72.4	-78.0	<b>-73.4</b>	4.5	5.8
Saldo	27.8	1.7	<b>12.2</b>	10.5	607.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-1.8	-2.7	<b>-0.3</b>	2.4	87.3
Saldo	-1.8	-2.7	<b>-0.3</b>	2.4	87.3

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
10.5		Abweichungen total R17 zu B17
6.2	A1, A2, A3, A4	- Mehrertrag bei den Gebühren, da historisch tiefe Zinsen den Immobilienmarkt weiterhin beleben.
1.9	A1, A2, A3, A4	- Minderaufwand beim IT-Betrieb der Notariate hatte eine tiefere Vergütung ans Obergericht zur Folge.
1.6	A1, A2, A3, A4	- Unterschreitung des Lohnaufwands, da nicht alle Stellen ordentlich besetzt werden konnten.
0.6	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Lohnsumme hat eine Entlastung bei den Pensionskassenbeiträgen zur Folge.
0.4	A1, A2, A3, A4	- Einsparungen beim Materialbezug und bei den Kleinstanschaffungen.
0.3	A1, A2, A3, A4	- Verlagerung der Tonerkosten und restriktive Materialbezüge führten zu Entlastungen.
-0.3	A1, A2, A3, A4	- Höhere Abschreibungen aufgrund der Investitionen in der Rechnung 2016.
-0.2		- Übrige Abweichungen

### Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.7	<b>-0.3</b>	2.4	
- bauliche Investitionen (Renovationsbedarf bei verschiedenen Notariaten, Asbestsanierungen, Umbauten)	-1.8	<b>-0.3</b>	1.5	- Bauliche Anpassungen konnten nur in beschränktem Umfang realisiert werden.
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar für verschiedene Notariate	-0.9	<b>-0.1</b>	0.8	- Aufgrund der nicht realisierten baulichen Anpassungen blieb der Beschaffungsbedarf für Mobiliar deutlich unter dem Budget.
- Übrige	-0.0	<b>0.1</b>	0.1	



## **Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
1 360 548	85 000	<b>100 000</b>	1 375 548	15 000

### Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen:

Die Notariate verwenden Rücklagen für Personalförderungsmaßnahmen.

Bildung von Rücklagen:

Die Notariate beantragen die Bildung von Rücklagen aufgrund der Zurückhaltung bei Anschaffungen und Materialbezug.

# 9063 Verwaltungsgericht

Das Verwaltungsgericht blickt auf ein arbeitsintensives Geschäftsjahr zurück. Neben der Bearbeitung der deutlich angestiegenen Rechtsmitteleingänge beschäftigte sich das Verwaltungsgericht damit, die Gebührenverordnung zu überarbeiten und die Zutrittssicherheit im Gerichtsgebäude zu verbessern sowie die Evaluation der Geschäftsapplikation voranzubringen.

Im Berichtsjahr hat das Verwaltungsgericht die im Budget prognostizierte Erledigungszahl von 1000 Fällen um 19 Fälle (+2%) übertroffen. Diesen 1019 erledigten Fällen stehen 1091 neu eingegangene Rechtsmittel (Eingänge) gegenüber. Die Anzahl Eingänge liegt im budgetierten Rahmen (1100). Hingegen übertrifft die Pendenzenzahl (412 Fälle) die budgetierte Prognose um plus 3% (400). Eine deutliche Zunahme der Fälle stellt das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr im Ausländerrecht, im Gewaltschutz, im Steuerrecht und in der Fürsorge fest. Zurückgegangen sind die Fälle im Beschaffungswesen und im Baurecht.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) betrug im Geschäftsjahr vier Monate, das heisst sie liegt noch unter den im Budget prognostizierten fünf Monaten (-20%), jedoch um 0,2 Monate höher als im Vorjahr. Das Verwaltungsgericht hat 82% der Fälle innerhalb von sechs Monaten erledigt. Die nicht erledigten Fälle (412 Pendenzen) übersteigen die in früheren Jahren erreichten rund 300 Pendenzen bei Weitem. Ebenfalls deutlich angestiegen sind die Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände mit Fr. 163367. Sie liegen 36% über Budget (Fr. 120000).

Die ausführliche Berichterstattung ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich und wird voraussichtlich im April 2018 veröffentlicht. Dieser wird nach Veröffentlichung auch auf der Website des Verwaltungsgerichts [www.vgrzh.ch](http://www.vgrzh.ch) abrufbar sein.

## Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln.
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen.
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	A4	968	1000	<b>1019</b>	19	1.9
L2	Anzahl Eingänge	A4	1004	1100	<b>1091</b>	-9	-0.8
L3	Anzahl Pendenzen	A4	340	400	<b>412</b>	12	3.0
L4	Nettoverfahrensdauer in Monaten	A4	3.8	5	<b>4</b>	-1	-20.0
B1	durchschnittl. Lohnaufwand pro Personalstelle	A4	161700	161200	<b>161170</b>	-30	-0.0
B2	durchschnittl. Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	A4	7107	6906	<b>6694</b>	-212	-3.1
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4 809 / 83.6	750 / 75		<b>837</b>		
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4 134 / 13.8	170 / 17		<b>163</b>		
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4 19 / 2	60 / 6		<b>19</b>		
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monaten (je absolut / in % von L1)	A4 6 / 0.6	20 / 2		<b>0</b>		
W8	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	A4	134069	120000	<b>163367</b>	43367	36.1

## Bemerkungen

- L1, L2, Die Anzahl der Eingänge und Erledigungen lag im Vergleich zum Budget im Rahmen der Erwartungen. Die anlässlich L3, L4 der Budgetpräsentation im Nachgang zur Lü16-Massnahme ausgesprochene Warnung, dass die Anzahl Pendenzen bei reduziertem Personalbestand ansteigen würde, wurde im 2017 im Vergleich zur budgetierten Anzahl (400) sogar noch um 19 Fälle (419) übertroffen (Zunahme gegenüber Budget: 19 Fälle = 3%). Die Verbesserung der durchschnittlichen Verfahrensdauer auf 4 Monate, im Vergleich zu den budgetierten 5 Monaten, liegt an der vorgezogenen Erledigung dringender Fälle.
- B1 Dieser Indikator umfasst jeweils die Grundlöhne der Richter, inkl. Funktionszulagen, sowie die Grundlöhne des Personals ohne Dienstaltersgeschenke und Ersatzrichterentschädigungen.
- B2 Die Kosten pro erledigtem Fall sanken aufgrund höherer Anzahl Erledigungen und verminderten Aufwands, trotz geringeren Ertrags, gegenüber dem Vorjahr von Fr. 7 107 auf Fr. 6 694.

W8 Um 36 % deutlich angestiegen sind im Vergleich zum Budget (Fr. 120 000) die Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände mit Fr. 163 367. Wer keine aussichtslosen Verfahren führt und mittellos ist, hat Anspruch auf unentgeltliche Rechtsbeistandung. Mit Zunahme der Fürsorge-, Ausländerrechts- und Gewaltschutzfällen im Jahr 2017 begründet sich dieser Anstieg.

### Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

#### 9063 10a Laufende Überprüfung der Personalressourcen und Geschäftsabläufe

siehe Bemerkungen zu «Personal (Beschäftigungsumfang)»

Planmässig 2020

#### 9063 10b Überprüfung der Gebührenverordnung des Verwaltungsgerichts

Die Gerichtsleitung hat das interne Verfahren für eine Revision der Gerichtsgebührenverordnung im Geschäftsjahr abgeschlossen und kann die Weisung zur Gebührenverordnungsrevision voraussichtlich 2018 dem Kantonsrat zur Genehmigung vorlegen.

Abgeschlossen 2017

#### 9063 10c Ausgehend von Geschäftseingängen auf heutigem Niveau: Bewältigung der Geschäftslast unter Einhaltung der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität

siehe Bemerkungen zu «Indikatoren»

Planmässig 2020

#### 9063 10d Überprüfung der Geschäftsapplikation auch im Rahmen der kantonalen IT-Überprüfung

Die Evaluation der Geschäftsapplikation zeigt sich als komplexes Unterfangen und wird sich bis zur Umsetzung noch die nächsten 1 bis 3 Jahre hinziehen. Die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt «Neue Geschäftsapplikation» laufen gerichtsintern in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten weiter.

Verzögert 2017

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	34.6	34.3	<b>33.8</b>	-0.6	-1.6

Bemerkungen R17 zu B17

-0.6 Der effektive Beschäftigungsumfang wurde gegenüber dem Budget um 0.6 Stellen unterschritten. Diese Reduktion ergab sich durch natürliche Fluktuation und unbesoldete Urlaube zu Weiterbildungszwecken (Anwaltsprüfungsvorbereitung) und Mutterschaften.

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.7	2.8	<b>2.4</b>	-0.4	-14.7
Aufwand	-9.6	-9.7	<b>-9.2</b>	0.5	5.1
Saldo	-6.9	-6.9	<b>-6.8</b>	0.1	1.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R17 zu B17
0.5		- Die Aufwandabweichung von total Fr. 499 000 gegenüber dem Budget ergibt sich im Wesentlichen durch den tieferen Personalaufwand (Fr. 310 000) und Einsparungen im Sachaufwand, insbesondere bei Mietaufwand (Fr. 55 000) aufgrund von Mietzinsreduktionen wegen Bauarbeiten, Fachliteratur (Fr. 23 000), tatsächlichen Forderungsverlusten und Wertberichtigung (Fr. 60 000) sowie Hard- und Software (Fr. 51 000). Im Betrag von Fr. 51 000 wird eine Kreditübertragung beantragt, da es sich hier um die budgetierten Migrationskosten für JURIS 5 handelt. Dieses Projekt war im Berichtsjahr noch in der Evaluation und hat noch keine Kosten verursacht.
-0.4		- Die Ertragsabweichung von total Fr. -417 000 gegenüber dem Budget ist insbesondere auf niedrigere Gerichtsgebühren pro Fall zurückzuführen. Die durchschnittliche Gerichtsgebühr pro Fall lag Fr. 460 unter den Erwartungen.
0.0		- Übrige Abweichungen

### Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
284538	45000	<b>30000</b>	269538	-15000

Bemerkungen

Rücklagenauflösung:

Die Rücklagen wurden im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung verwendet.

Antrag auf Rücklagenbildung:

Dank unbesoldeter Urlaube (Rechtsanwaltsprüfungsvorbereitungen und Mutterschaften) ohne Kompensation bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern wurde das Personalbudget um Fr. 52'000.- entlastet. Das Personal hat aber die erhöhten Eingänge (1091) durch eine beachtliche Erledigungsquote (1019) bewältigt. Gestützt auf diese endogenen Faktoren, welche zur Verbesserung der Rechnung 2017 beitrugen, beantragt das Verwaltungsgericht die Bildung von Rücklagen in Höhe von Fr. 30 000.

# 9064 Sozialversicherungsgericht

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Neukonstituierung sowie die Projektierung des Umbaus zur Steigerung der Sicherheit am Gericht. Gegenüber dem Vorjahr ging die Anzahl Eingänge um rund 100 Fälle zurück, die Erledigungen konnten um fast 160 Fälle gesteigert werden. Dennoch blieb die Pendenzenlast mit knapp 2400 Fällen auf hohem Niveau.

2017 hat das Sozialversicherungsgericht keine Personalabgänge ersetzen können.

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2017 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2018 veröffentlicht wird.

## Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Erledigungen	A1	2480	2650	<b>2635</b>	-15	-0.6
L2	Anzahl Eingänge	A1	2635	2450	<b>2532</b>	82	3.3
L3	Anzahl Pendenzen	A1	2512	2307	<b>2409</b>	102	4.4
L4	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	A1	0.94	1.08	<b>1.04</b>	-0.04	-3.70
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	A1	5716	5538	<b>5384</b>	-154	-2.8
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A1	144748	144039	<b>141690</b>	-2349	-1.6
W1	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	A1	28.45	30	<b>27.0</b>	-3.0	
W2	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zw. 6 und 12 Monaten	A1	15.18	20	<b>21.0</b>	1.0	
W3	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zw. 12 und 24 Monaten	A1	53.91	48	<b>50.0</b>	2.0	
W4	Gesamtverfahrensdauer (in %) Anteil Erledigungen über 24 Monaten	A1	2.47	2	<b>2.0</b>	0.0	
W5	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	A1	375026	420000	<b>440904</b>	20904	5.0
W6	Zahlungen des Staates an Parteien	A1	4100	4000	<b>2800</b>	-1200	-30.0

## Bemerkungen

- L1 Der Prognosewert bei diesem Leistungsindikator basierte auf den Erledigungszahlen der Vorjahre mit einem Personalbestand von 71.3.
- L2 Der Prognosewert bei diesem Indikator basierte auf den Eingangszahlen der Vorjahre.
- L3 Die Pendenzen konnten trotz des Anstellungsstopps beim juristischen Personal in der Berichtsperiode um 109 Fälle gegenüber 2016 reduziert werden, da Abgänge erst im Laufe des Jahres erfolgten.
- L4 Das Verhältnis Erledigungen : Eingänge zeigt, dass im Berichtsjahr lediglich ein leichter Abbau der Pendenzen möglich war. Das Gericht verfügt nach wie vor über einen Arbeitsvorrat von über einem Jahr. Insofern konnte es sich dem Zielwert unter «Entwicklungsschwerpunkte, 1c» noch nicht in genügender Weise annähern.
- B1 Dieser Indikator konnte infolge von Rotationsgewinnen verbessert werden.
- B2 Dieser Indikator konnte infolge von Rotationsgewinnen verbessert werden.
- W3 Es zeigt sich, dass die Verfahren, insbesondere im Rechtsgebiet der IV, komplexer geworden sind und daher längere Verfahrensdauern mit sich bringen. Dank des höheren Personalbestandes konnte dieser Indikator im Vergleich zum Vorjahr um fast vier Prozentpunkte verbessert werden.
- W4 Der Anteil der über zwei Jahre dauernden Verfahren konnte im Vergleich zum Vorjahr leicht gesenkt werden.
- W5 Die Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände sind jährlichen Schwankungen unterworfen und können nicht verlässlich budgetiert werden.
- W6 Die Zahlungen können nicht beeinflusst werden.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 9064 1a Die Zahl der Pendenzen wird auf 1700 reduziert.

Das Ziel der Reduktion der Pendenzen auf 1700 Fälle bis im Jahr 2020 beruhte auf einem Personalbestand von 71,3 Vollstellen pro Jahr. Im Budget 2018 sind zunächst 68,1 Vollstellen vorgesehen, weshalb mit gut 200 Erledigungen weniger zu rechnen ist. Damit wird auch der Zielwert nur mit Verzögerung erreicht werden können.

Stand bis  
Verzögert 2020

### 9064 1b Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt ca. 30%.

Der Zielwert wurde erreicht.

Planmässig 2020

### 9064 1c Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 30%.

Im Berichtsjahr dauerten 52% der Prozesse länger als ein Jahr. Da die Anzahl pendenter Fälle nach wie vor sehr gross war, war es nicht möglich, sich dem Zielwert substanziiell anzunähern.

Verzögert 2020

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	69.8	65.4	<b>71.0</b>	5.6	8.5

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Infolge der Sparmassnahmen konnten für das Jahr 2017 nur 65.4 Personalstellen budgetiert werden. Da der tatsächliche Personalbestand im Berichtsjahr jedoch höher war (71 Jahres-Stellen) und Entlassungen nicht möglich waren, wurde durch den Kantonsrat ein Nachtragskredit von 1.1 Mio. Franken gesprochen.

## Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	0.9	1.0	<b>1.0</b>	-0.0	-0.0
Aufwand	-15.1	-15.3	<b>-15.2</b>	0.1	0.5
- Nachtragskredit		-1.1			
Saldo	-14.2	-14.3	<b>-14.2</b>	0.1	0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben		-0.3	<b>-0.2</b>	0.1	33.0
Saldo		-0.3	<b>-0.2</b>	0.1	33.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R17 zu B17
	A1	- Der Nachtragskredit von 1.1 Mio. Franken wurde wie folgt verwendet: Löhne Personal: Fr. 533 000, AG-Beiträge an die AHV: Fr. 39 000, AG-Beiträge an die BVK: Fr. 61 000, Überbrückungsrenten: Fr. 49 000, Übrige nicht aktivierbare Anlagen: Fr. 54 000, Dienstleistungen Dritter: Fr. 54 000, Honorare für externe Experten (URV, Gutachten): Fr. 76 000, Unterhalt Software: Fr. 242 000.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	<b>-0.2</b>	0.1	
- Realisierung Sicherheitskonzept und Erneuerung Eingangsbereich	-0.4	<b>-0.1</b>	0.3	- Das Umbauprojekt zur Verbesserung der Sicherheit am Gericht wurde unter der Federführung des Hochbauamtes sowie zusammen mit Experten geplant. Für die definitive Realisierung sind noch zusätzliche Abklärungen/Verhandlungen notwendig.
- Erneuerung Telefonie und Upgrade auf die neue Juris-Version	-0.2	<b>-0.1</b>	0.1	- Die Umstellung auf IP-Telefonie sowie die Einrichtung einer neuen Serverplattform ist erfolgt. Das Geschäft zur Ablösung der Geschäftsverwaltungssoftware ist in der Abklärungsphase.
- Budgetkürzung	0.3			- Anlässlich der Budgetdebatte des Kantonsrates wurde das Investitionsbudget des Sozialversicherungsgerichts um rund Fr. 300 000 gekürzt.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016  
plus Bildung 2016

0

Verwendung  
2017

0

**Antrag Bildung 2017**  
**(verbucht 2018)**

**0**

Bestand 31.12.2017  
plus Bildung 2017

0

Veränderung Bestand

0

# 9065 Baurekursgericht

Das Baurekursgericht kann auf ein erfolgreiches siebtes Geschäftsjahr zurückblicken. Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse sank im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr 2016 lediglich minimal von 825 auf 807. Erledigt wurden 742 Verfahren. Die Pendenzen erreichten per Ende Jahr einen Stand von 564 Geschäften. Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) belief sich im Berichtsjahr auf 3,2 Monate. Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten (§ 339a PBG) wurden 94% der Verfahren erledigt.

Für die Amtsdauer 2017–2023 wurden vom Kantonsrat am 26. Juni neun bisherige und sechs neue Mitglieder sowie sieben bisherige und fünf neue Ersatzmitglieder gewählt. Katrin Jaggi und Walter Linsi, welcher sowohl als Abteilungspräsident als auch als Mitglied gewählt worden war, lehnten die Wahl als Mitglieder ab. Am 2. Oktober wählte der Kantonsrat deshalb Sabine Ziegler anstelle von Katrin Jaggi und am

4. Dezember Roland Fraefel anstelle von Walter Linsi (als ordentliches Mitglied).

Als Nachfolgerin des langjährigen, altershalber per 31. Juli zurückgetretenen Kanzleichefs Ulrich Erb wurde durch das Plenum des Baurekursgerichts Martina Hemerka Bonetti gewählt. Im juristischen Sekretariat waren im Berichtsjahr überdies ein weiterer Abgang sowie eine Neuanschaffung zu verzeichnen. Im Verwaltungssekretariat erfolgte jeweils ein Aus- und ein Eintritt.

Am 20. Januar bezog das Baurekursgericht seinen neuen Gerichtssitz im Handelshof an der Sihlstrasse 38 in Zürich. Der für den Umbau bewilligte Objektkredit wurde nicht ausgeschöpft.

Die ausführliche Berichterstattung ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird im April 2018 veröffentlicht.

## Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie von kantonalen Amtsstellen und Bezirksräten (Lex Koller), von Entscheiden der Anstalt für Gebäudeversicherung und von landwirtschaftlichen Streitigkeiten im Klageverfahren. Seit dem 1. Juli 2014 ist das Baurekursgericht auch zuständig für Anordnungen, die in Anwendung des Gewässerschutzgesetzes, des Abfallgesetzes, des Strassengesetzes (teilweise), des Wasserwirtschaftsgesetzes, des Energiegesetzes (teilweise) und des Waldgesetzes ergehen.
- A2 Qualitativ gute Rechtssprechung.
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 339a PBG).
- A4 Für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV).
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet.
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	A1, A2	851	900	<b>742</b>	-158	-17.6
L2	Anzahl Eingänge	A1	825	900	<b>807</b>	-93	-10.3
L3	Anzahl Pendenzen	A1, A3	499	< 630	<b>564</b>		
L4	Nettoverfahrensdauer (Durchschnitt in Monaten)	A1, A3	3.8	< 5	<b>3.2</b>		
B2	durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle		133790	130700	<b>130370</b>	-330	-0.3
B1	durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	A1	4920	4080	<b>5290</b>	1210	29.7
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	791/93	> 720/80	<b>699/94</b>		
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	59/7	< 135/15	<b>39/5</b>		
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	1/0	< 45/5	<b>4/1</b>		
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monaten (absolut / in %)	A1, A3	0/0	0/0	<b>0</b>		

### Bemerkungen

- L1, L2, Die Rekurseingänge blieben gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Die tiefere Erledigungs- respektive höhere
- L3 Pendenzenzahl lässt sich hauptsächlich mit dem grossen personellen Wechsel in der Richterschaft (7 von 16 Mitgliedern, 5 von 12 Ersatzmitgliedern), dem Weggang des Kanzleichefs und den damit verbundenen zahlreichen Funktionswechseln in der juristischen Kanzlei sowie mit der Bindung von personellen Ressourcen im Zusammenhang mit dem Umbau und Umzug erklären. Überdies sind 42 Fälle mehr als im Vorjahr sistiert.
- B1 Folge der gegenüber dem Budget tieferen Anzahl von Rekurseingängen und der unter L1 begründeten tieferen Anzahl von Erledigungen
- Allg. Zu den Wirkungsindikatoren W1-W4; siehe Begründung zu L1 und L2

## Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
Personal (Beschäftigungsumfang)	26.0	27.0	<b>24.9</b>	-2.1	-7.9



Bemerkungen R17 zu B17

-2.1 Die Abweichung gegenüber dem Budget ist die Folge von Vakanzen bzw. verzögerten Stellenwiederbesetzungen und unbezahlten Urlauben.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	2.2	<b>1.7</b>	-0.5	-21.3
Aufwand	-5.9	-5.9	<b>-5.6</b>	0.2	3.6
Saldo	-4.2	-3.7	<b>-3.9</b>	-0.3	-7.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.6				
Ausgaben	-1.3		<b>-0.1</b>	-0.1	0.0
Saldo	-0.8		<b>-0.1</b>	-0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.3		- Die Aufwandabweichung beim Personal von Fr. 274 900 ergibt sich – trotz den erhöhten Rückstellungen für die Mehrleistungen des Personals (Fr. –27 600), den ausserordentlichen Ausgaben für Personalrekrutierung bei der Kanzlei und der Richterschaft (Fr. –20 000), dem Ausbleiben von Lohnrückerstattungen (Fr. –18 400), der Auszahlung von Mehrzeit in Zusammenhang mit dem Umbau und Umzug (Fr. –11 500) sowie den individuellen Lohnerhöhungen (Fr. –9 500), die über Rotationsgewinne zu finanzieren waren – hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen (Fr. 222 900), der angefallenen Rotationsgewinne (Fr. 91 500), der gewährten unbezahlten Urlaube (Fr. 23 100), der geringer angefallenen Entschädigungszahlungen an die Richter (Fr. 12 200) und des Bezugs von Dienstaltersgeschenken in Form von Urlaubstagen (Fr. 12 000).
-0.1		- Die Einsparungen beim übrigen Aufwand, welche sich durch einen sparsamen Umgang (Fr. 41 800) sowie durch ein verschobenes Upgrade der Geschäftsverwaltung (Fr. 37 800) ergeben, werden durch die nicht budgetierten Kosten im Zusammenhang mit dem Umbau und Umzug an den Handelshof (Fr. –145 900) entsprechend gemindert.
-0.5		- Die Ertragsabweichung von total Fr. –465 100 resultiert im Wesentlichen daraus, dass die budgetierten Gebühreneinnahmen aus den in Rechtskraft erwachsenen Rekurs erledigungen im Berichtsjahr nicht vollständig erreicht werden konnten. Sie fielen um rund 23% (Vorjahr: 18%) tiefer aus (Fr. –496 700); dies hauptsächlich als Folge der tieferen Anzahl von Erledigungen durch den Wechsel in der Richterschaft und der Kanzlei. Mehreinnahmen von Fr. 31 600 wurden jedoch bei den übrigen Positionen, insbesondere durch die höhere Auflösung von Investitionsbeiträgen, verzeichnet (Fr. 28 300).
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	<b>-0.1</b>	-0.1	
- Handelshof Sihlstrasse 38, Uraniastrasse		<b>-0.1</b>		- Vorgesehen war der Bezug des neuen Gerichtssitzes auf den 1. Dezember 2016. Durch eine nicht durch das BRG verursachte Verzögerung musste dieser auf den 20. Januar verschoben werden, weshalb die vorliegenden Ausgaben von Fr. –58 700, die durch die bewilligte Kreditüberschreitung 2016 sowie den Objektkredit 2016 abgedeckt sind, der Rechnung 2017 zu belasten waren (vgl. hierzu auch den II. Teil des Geschäftsberichts vom Vorjahr, Seite 342). Die Kreditabrechnung über den ganzen Mieterumbau schliesst voraussichtlich um Fr. 273 600 besser ab.
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
72 655	4 463	<b>0</b>	68 192	-4 463

Bemerkungen

Auflösung von Rücklagen

Rücklagenauflösung für Personalanlass

Antrag auf Bildung von Rücklagen

Das Baurekursgericht stellt bzw. kann keinen diesbezüglichen Antrag stellen.

# 9066 Steuerrekursgericht

Nach den beiden sehr eingangsstarken Vorjahren 2015 und 2016 entsprach die Anzahl an Geschäftseingängen im Berichtsjahr wieder weitestgehend der Planung. Die Anzahl an Geschäftserledigungen blieb leicht unter dem Wert des Vorjahrs bzw. deutlich unter dem Planungswert. Begründet ist dies durch den im Berichtsjahr tiefen Beschäftigungsumfang als Folge des Abbaus einer 50%-Gerichtsschreiberstelle in Nachachtung der Leistungsüberprüfung 16, die Gewährung eines unbezahlten Urlaubs für Weiterbildungszwecke und den noch nicht gleichwertigen Ersatz für im Herbst 2016 zu Richterinnen gewählten ehemaligen Gerichtsschreiberinnen. Diese verminderten juristischen Personalressourcen führten zu

einem weiteren deutlichen Anstieg der Pendenzenlast, des durchschnittlichen Nettoaufwands pro erledigten Prozess sowie der Nettoverfahrensdauer.

Im Berichtsjahr wurden die IT-Umgebung erneuert sowie die Evaluation einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware bzw. die Revision der Gebührenverordnung vorangetrieben.

Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird voraussichtlich im April 2018 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Website [www.strgzh.ch](http://www.strgzh.ch) abrufbar sein.

## Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl der erledigten Prozesse	A3	576	620	<b>560</b>	-60	-9.7
L2	Anzahl Eingänge	A3	689	650	<b>642</b>	-8	-1.2
L3	Anzahl Pendenzen	A3	375	300	<b>457</b>	157	52.3
L4	Nettoverfahrensdauer in Monaten	A3	4.8	6	<b>6.3</b>	0.3	5.0
B2	durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A3	146385	147043	<b>145995</b>	-1048	-0.7
B1	durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A3	3761	3242	<b>4182</b>	940	29.0
W1	Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (absolut / in % von L1)	A3	423 / 73.4	465 / 75	<b>301 / 53.7</b>		
W2	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten (absolut / in % von L1)	A3	125 / 21.7	105 / 17	<b>192 / 34.3</b>		
W3	Anzahl abgeschlossener Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten (absolut / in % von L1)	A3	24 / 4.2	37 / 6	<b>62 / 11.1</b>		
W4	Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate (absolut / in % von L1)	A3	4 / 0.7	13 / 2	<b>5 / 0.9</b>		

### Bemerkungen

- L2 Die Anzahl an Geschäftseingängen entspricht weitestgehend der Planung.
- L1, L3, L4 Die verringerten juristischen Personalressourcen und der noch nicht gleichwertige Ersatz für im Herbst 2016 zu Richterinnen gewählten ehemaligen Gerichtsschreiberinnen führten zu einer deutlich unter der Planung liegenden Erledigungsquote. Damit einhergehend haben sich die Pendenzenlast sowie die durchschnittliche Nettoverfahrensdauer pro Fall deutlich erhöht.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess lag aufgrund der deutlich geringeren Anzahl an Geschäftserledigungen gepaart mit einem markant geringeren Gerichtsgebührenertrag (siehe Finanzierung) deutlich höher als erwartet.
- W1, W2, W3 Dieselben Gründe führten zu einer markant erhöhten Quote an Verfahrenserledigungen innert 7 bis 12 Monaten und innert 13 bis 24 Monaten zulasten der innert 6 Monaten angestrebten Quote.

## Entwicklungsschwerpunkte

### 9066 1a Bewältigung der Geschäftslast lediglich unter der Erhöhung des Budgets im Umfang der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität.

Aufgrund der aktuell zur Verfügung stehenden Personalressourcen sowie aufgrund der bis 2020 wahrscheinlichen Altersrücktritte in der Richterschaft erscheinen die Stabilisierung der Geschäftslast bzw. gar der Wiederabbau der Pendenzenlast kurz-/mittelfristig als unrealistisch.

Stand bis

Verzögert 2020

### 9066 1b Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware

Weiterführung der Evaluation, des Tests sowie der produktiven Einführung der Geschäftsverwaltungssoftware.

Verzögert 2018

**Personal**

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	13.9	14.0	<b>13.8</b>	-0.2	-1.2

Bemerkungen R17 zu B17

B 17 zu R 17 Der im Vergleich zur Planung geringere Beschäftigungsumfang ist auf einen unbezahlten Urlaub zu Weiterbildungszwecken sowie auf die nicht vollständige Ausschöpfung des Pensums des Leitenden Gerichtsschreibers zurückzuführen. Diesen Reduktionen stand im Berichtsjahr eine BU-Erhöhung von 0.1 Stellen in der Administrativkanzlei gegenüber.

**Finanzierung**

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.0	1.2	<b>0.9</b>	-0.4	-30.6
Aufwand	-3.2	-3.2	<b>-3.2</b>	0.0	1.4
Saldo	-2.2	-2.0	<b>-2.3</b>	-0.3	-16.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R17 zu B17
0.0	A1, A2, A3	- Aufwandseitig konnte der geplante Personalaufwand trotz nicht budgetierter Entschädigungen für die Ersatzrichterschaft aufgrund des niedrigeren Beschäftigungsumfangs sowie aufgrund des Bezugs von Dienstaltersgeschenken in Form von Urlaubstagen um rund Fr. 46 000 unterschritten werden. Der vermehrte Sachaufwand als Folge eines erhöhten Wertberichtigungs- und Abschreibungsbedarfs bei Forderungen gegenüber den privaten Rechtsmittelparteien wurde durch verminderte interne Verrechnungen zufolge der Verzögerung der Einführung einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware kompensiert.
-0.4	A1, A2, A3	- Die Verminderung der rechtskräftigen Geschäftserledigungen gepaart mit einem aufgrund eines kleineren durchschnittlichen Streitwerts geringeren durchschnittlichen Ertrag pro Fall führte zu einer markanten Unterschreitung des budgetierten Ertrags um rund Fr. 377 000.
0.1		- Übrige Abweichungen

**Rücklagen**

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
99507	26665	<b>0</b>	72842	-26665

# Zu konsolidierende Anstalten

## Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5049.4	4974.0	<b>5 149.6</b>	175.7	3.5
Aufwand	-4915.2	-4974.7	<b>-5042.3</b>	-67.6	-1.4
- Kreditübertragungen aus 2016		-10.4			
Saldo	134.2	-0.8	<b>107.4</b>	108.1	14160.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	9.2	3.1	<b>6.7</b>	3.6	117.6
Ausgaben	-115.0	-148.4	<b>-108.9</b>	39.5	26.6
- Kreditübertragungen aus 2016		-12.7			
- Nachtragskredit		-0.6			
Saldo	-105.7	-145.3	<b>-102.1</b>	43.1	29.7

# 9300 Zürcher Verkehrsverbund

In der Fahrgastbefragung 2017 verzeichnete der ZVV in der Gesamtzufriedenheit erneut 77 von 100 möglichen Punkten und somit nach 2016 abermals den höchsten Stand seit Beginn der Befragung. Im Juli beantragte der Regierungsrat beim Kantonsrat einen Rahmenkredit von 709 Mio. Franken für die Fahrplanperiode 2018/2019 und unterbreitete gleichzeitig die ZVV-Strategie 2020–2023. Ende August des Berichtsjahres erfolgte der Spatenstich für die Limmattalbahn. Kurz darauf eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur STEP 2030/2035. Die vom Bundesrat empfohlene Variante für 11,5 Mrd. Franken bis 2035 enthält die beiden Projekte Brüttener-tunnel und den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen, die zwin-gend sind für den weiteren Ausbau der Zürcher S-Bahn.

Bereits in Betrieb ist seit Dezember des Berichtsjahres die Tramverbindung Hardbrücke. Die verlängerte Linie 8 entlastet das Tramnetz in der Innenstadt, das während der Stosszeiten oft an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Im Bereich Vertrieb wurde im Berichtsjahr das Sortiment der ZVV-Ticket-App mit Tickets für schweizweite Reisen ergänzt sowie die Integration einer automatischen Reiseeffassung lanciert. Der im Dezember 2016 eingeführte ZSG-Schiffszuschlag sorgte im vergangenen Jahr für ein grosses Medienecho und verschiedene Vorstösse im Kantonsrat. Mit den zusätzlichen Ein-nahmen aus dem Schiffszuschlag soll der Kostendeckungs-grad der Zürichsee Schifffahrtsgesellschaft angehoben wer-den.

## Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares öffentliches Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.  
A2 Interessenwahrung des Kantons Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Zugskilometer S-Bahn (in Mio.)	A1	23.9	24.1	<b>23.9</b>	-0.2	-0.8
L2 Zugskilometer Tram (in Mio.)	A1	12.6	12.6	<b>12.6</b>	0.0	0.0
L3 Wagenkilometer Bus (in Mio.)	A1	49.9	50	<b>50.2</b>	0.2	0.4
L4 Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.)	A1	0.6	0.6	<b>0.6</b>	0.0	0.0
B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	A1	3.93	3.86	<b>3.76</b>	-0.10	-2.59
B2 Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. Fr.)	A1	341.6	337.4	<b>328.2</b>	-9.2	-2.7
B3 Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.)	A1	11.23	11.41	<b>11.29</b>	-0.12	-1.05
B4 Kostendeckungsgrad (in %)	A1		66.1	<b>66.7</b>	0.6	0.9
W1 Personenkilometer (in Mio.)	A1		3400	<b>n.n.b.</b>		-100
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte)	A1	77	76	<b>77</b>	1	1.3

### Bemerkungen

- L1, L3 Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.  
B1, B2, Dank Reduktion der Kostenunterdeckung gegenüber dem Budget um 9 Mio. Franken verbessert sich die Wirtschaftlichkeit deutlicher als erwartet.  
W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.  
W2 Die Messung der Kundenzufriedenheit findet neu jährlich statt. Die Bewertung konnte 2017 um einen Indexpunkt gesteigert werden.

## Entwicklungsschwerpunkte

**9300 6a Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 20% bis 2021 (Grundlage 2013) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr soll abgestimmt auf die angestrebte räumliche Entwicklung und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit abgedeckt werden.**

Das tatsächliche Nachfragewachstum liegt leicht unter den Erwartungen und kann mit dem vorhandenen und geplanten Angebot abgedeckt werden.

Stand bis  
Planmässig 2021

**9300 6b Das Angebot wird angepasst, wo Kapazitätsenpässe auftreten und Handlungsspielraum besteht sowie dort, wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.**

Die Angebotsplanung erfolgt im zweijährigen Fahrplanverfahren. Das Angebot für die Fahrplanperiode 2018/19 wurde im Sommer 2017 vom Verkehrsrat bewilligt. Die Planung für die nächste Fahrplanperiode 2020/21 ist angelaufen.

Planmässig 2021

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9300

### 9300 6c Die Kundenzufriedenheit wird auf dem Niveau von mindestens 76 Punkten gehalten.

Bisherige Messungen belegen, dass die Kundenzufriedenheit auf dem gewünschten hohen Niveau gehalten werden kann. Planmässig 2021

### 9300 6d Die Kostenunterdeckung soll sich im Rahmen des erwarteten Wirtschaftswachstums im Kanton Zürich, gemessen am Bruttoinlandprodukt, entwickeln. Gleichzeitig wird eine weitere Verbesserung des Kostendeckungsgrads angestrebt.

Die Kostenunterdeckung ist zum zweiten aufeinanderfolgenden Mal gesunken. Der Kostendeckungsgrad konnte dadurch weiter gesteigert werden. Planmässig 2021

### 9300 6e Die Verkehrsleistungen werden energieeffizienter als heute erbracht unter Berücksichtigung eines angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Die technischen Möglichkeiten werden bei allen Fahrzeugbeschaffungen konsequent genutzt soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Planmässig 2021

### Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	36.5	36.0	<b>36.1</b>	0.1	0.2

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
	977.4	995.9	<b>985.7</b>	-10.2	-1.0
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	170.8	168.7	<b>164.1</b>	-4.6	-2.7
Aufwand	-977.4	-995.9	<b>-985.7</b>	10.2	1.0
Saldo	0.0	0.0	<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ausgaben	-1.0	-1.6	<b>-1.4</b>	0.1	9.2
- Nachtragskredit		-0.6			
Saldo	-1.0	-1.6	<b>-1.4</b>	0.1	9.2

#### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R17 zu B17
	A1	- Dank tieferen Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die Kostenunterdeckung gegenüber dem Budget um 9 Mio. Franken unterschritten werden.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	R17	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.6	<b>-1.4</b>	0.1	
- Beteiligung des ZVV an der neuen nationalen Vertriebsplattform	-0.9	<b>-0.9</b>	0.0	
- Nachtragskredit zur Beteiligung des ZVV an der neuen nationalen Vertriebsplattform	-0.6	<b>-0.5</b>	0.1	
- Übrige	-0.1	<b>0.0</b>	0.1	

### Rücklagen

Bestand 31.12.2016 plus Bildung 2016	Verwendung 2017	<b>Antrag Bildung 2017 (verbucht 2018)</b>	Bestand 31.12.2017 plus Bildung 2017	Veränderung Bestand
267707	0	<b>0</b>	267707	0

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9300

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>267.8</b>	<b>252.4</b>	<b>15.4</b>	<b>6.1</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>267.8</b>	<b>252.4</b>	<b>15.4</b>	<b>6.1</b>
Flüssige Mittel	0.3	0.0	0.3	> 100.0
Forderungen	126.4	108.5	17.9	16.5
Kurzfristige Finanzanlagen	130.0	130.0	0.0	0.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	11.1	13.9	-2.7	-19.8
Vorräte und angefangene Arbeiten				
<b>Anlagevermögen</b>	<b>4.9</b>	<b>3.9</b>	<b>1.0</b>	<b>25.0</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>4.9</b>	<b>3.9</b>	<b>1.0</b>	<b>25.0</b>
Sachanlagen	0.1	0.1	-0.0	-16.7
Immaterielle Anlagen	4.8	3.8	1.0	25.8
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
<b>Total Aktiven</b>	<b>272.7</b>	<b>256.3</b>	<b>16.4</b>	<b>6.4</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-272.5</b>	<b>-256.1</b>	<b>-16.4</b>	<b>-6.4</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-252.0</b>	<b>-234.5</b>	<b>-17.4</b>	<b>-7.4</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-19.9	-14.8	-5.2	-34.9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-10.2	-5.8	-4.5	-77.1
Passive Rechnungsabgrenzung	-209.3	-204.8	-4.5	-2.2
Kurzfristige Rückstellungen	-12.5	-9.1	-3.4	-36.9
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-20.5</b>	<b>-21.5</b>	<b>1.0</b>	<b>4.8</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-4.6	-5.6	1.0	17.6
Langfristige Rückstellungen	-15.9	-15.9	0.0	0.3
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
<b>Eigenkapital</b>	<b>-0.3</b>	<b>-0.3</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-272.7</b>	<b>-256.3</b>	<b>-16.4</b>	<b>-6.4</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	267.8	252.4	15.4	6.1



# 9510 Universitätsspital Zürich

Mit 77.3 Mio. Franken Reingewinn schliesst die Jahresrechnung 2017 (Einzelabschluss USZ nach Swiss GAAP FER) etwas tiefer als im Vorjahr ab (-6.9 Mio. Franken). Vom Reingewinn sind 41.8 Mio. Franken auf einen einmaligen Effekt zurückzuführen. So konnten nicht mehr benötigte Rückstellungen für Tarifunsicherheiten aufgelöst werden. Das USZ verfügt nun erstmals seit der Einführung der DRG-Fallpauschalen 2012 mit der Ausnahme eines Krankenversicherers über gültige Verträge mit Einkaufsgemeinschaften der Krankenversicherer. Ohne diesen einmaligen Effekt resultiert ein Gewinn von 35.5 Mio. Franken. Die EBITDAR-Marge bleibt mit 7.8% unter dem angestrebten Zielwert wie auch unter dem Wert des Vorjahres (9.2%). Operativ konnten in den Fallzahlen und den Auslastungen zwar wiederum Fortschritte erzielt werden.

Aufgrund sinkender Preise im stationären Bereich und Mehrkosten insbesondere beim Personal- und medizinischen Sachaufwand sind die Verbesserungen jedoch nicht im operativen Ergebnis ersichtlich. Die Cashflow-Marge ist als sehr positiv zu bewerten. Sie ist von grosser Bedeutung, weil in den nächsten Jahren die Erneuerung der Infrastruktur einen hohen Mittelbedarf zur Folge haben wird.

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des USZ werden in einem eigenen Geschäftsbericht Anfang Mai 2018 veröffentlicht. Dieser kann auf der Webseite [www.usz.ch](http://www.usz.ch) als PDF-Dokument heruntergeladen oder per Mail an [publikationen@usz.ch](mailto:publikationen@usz.ch) in gedruckter Form bestellt werden.

## Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) verfolgt das Universitätsspital folgenden Zweck: Das Universitätsspital dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Spitalaustritte - Allg. (inkl. Säuglinge)		32406	33334	<b>33371</b>	37	0.1
L2 Spitalaustritte - HP		4945	4544	<b>4868</b>	324	7.1
L3 Spitalaustritte - P		3705	3567	<b>3793</b>	226	6.3
L4 Taxpunkte Poliklinik in 1'000		173036	172867	<b>181345</b>	8478	4.9
L5 Taxpunkte pers. Sprechstunde in 1'000		86917	92293	<b>93008</b>	715	0.8
W1 Würden Sie für dieselbe Behandlung wieder in dieses Spital kommen?			9	<b>5.43</b>	-3.57	
W2 Maximale Rate ungeplante Rehospitalisationen gemäss SwissDRG (Wiedereintritte, in %).		3.65	4	<b>3.8</b>	-0.2	

## Bemerkungen

- L1, L2, Die Zahl der stationären Austritte nahm im Berichtsjahr mit 587 Fällen um 1.4% stärker zu als budgetiert. Der Anteil der L3 zusatzversicherten Patientinnen und Patienten ging leicht, nämlich um 50 Basispunkte, auf 20.6% (Vorjahr: 21.1%) zurück; absolut wurden jedoch leicht mehr zusatzversicherte Patientinnen und Patienten behandelt. Bei den ausserkantonalen Patientinnen und Patienten liegt die Zuwachsrate mit +2.6% noch immer über derjenigen der Zürcher Patientinnen und Patienten (+2.3%). Damit festigt das USZ seine Stellung als Endversorgerspital für die Diagnostik und die Behandlung von komplexen medizinischen Problemen weit über die Kantons Grenzen hinaus. Das Wachstum im stationären Bereich ist bei gegebenen engen Platzverhältnissen am USZ nur mittels Verbesserungen bei den Auslastungen und den Prozessen möglich. Hier konnte das USZ auch im Berichtsjahr wichtige Fortschritte erzielen. Die Auslastung der Operationssäle konnte um 1.2% erhöht werden. Dafür wurden die Wechselzeiten nochmals um 5.5% gegenüber dem Vorjahr verkürzt. Insgesamt fanden 22 132 Operationen am USZ statt (+2.6% gegenüber Vorjahr). Die Grossgeräte im Bereich der Bildgebung und der Diagnostik wurden gegenüber dem Vorjahr um 2.1% besser ausgelastet. Die Bettenauslastung blieb gegenüber dem Vorjahr fast konstant. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 0.16 Tage bzw. 2.3% auf 6.71 Tage gesenkt werden, dies trotz des höheren Schweregrades der Patientinnen und Patienten. Dabei liegt der Fokus auf der Vermeidung unnötiger Wartezeiten vom Eintritt bis zum Austritt in eine anschliessende Rehabilitation oder nach Hause.
- L4, L5 Im ambulanten Bereich setzte sich im Berichtsjahr das Wachstum der letzten Jahre fort. Gegenüber dem Budget nahm das Volumen der ambulanten Taxpunkte um 3.5% zu und blieb mit +5.5% gegenüber 2016 (Vorjahr +7.0%) weiterhin über dem stationären Wachstum. Insgesamt wurden 274.4 Mio. Taxpunkte erbracht (Vorjahr: 260.0). Der Trend hin zu einer höheren Nachfrage nach ambulanten Leistungen wird das USZ auch in 2018 stark beschäftigen. Mit Blick auf die vom Kanton Zürich vorgegebene Leistungsverchiebung von stationär zu ambulant sowie den Eingriff des Bundesrates in den TARMED-Katalog hat das USZ bereits 2017 umfangreiche Vorarbeiten zur Optimierung des ambulanten Angebots getroffen. Bereits heute werden 21% der gut 22 000 Operationen ambulant durchgeführt. Ab 2018 wird das USZ über zwei Operationssäle verfügen, welche ausschliesslich für ambulantes Operieren vorgesehen sind. Auch die administrativen Prozesse wurden für die ambulanten Patienten vereinfacht. Unbestritten ist, dass das USZ auch im ambulanten Bereich eine unerlässliche Versorgungsaufgabe übernimmt. Dazu gehört insbesondere die ambulante Notfallversorgung, die zunehmend spezialisierten Behandlungen sowie die teilweise langjährige ambulante Behandlung in Zusammenhang mit komplexen stationären Eingriffen wie z. B. bei Transplantationen.

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9510

- W1 ANQ hat schweizweit eine Änderung der Antwortskalen vorgenommen. Alle Skalen sind ab der Messung 2016 zwischen 1 und 6 (1: auf keinen Fall bis 6: auf jeden Fall). Der Budgetwert wäre bei linearer Transformierung daher mit 5.5 gleichzusetzen. Der Wert der Vorjahresrechnung entspräche dann einer Bewertung von 5.46. Damit bewegt sich das USZ auf dem sehr guten Vorjahresniveau.
- W2 Die ungeplanten Rehospitalisationen blieben 20 Basispunkte unter der kritischen Schwelle von 4%. Das Ziel wurde damit erreicht. Gegenüber dem Vorjahr wurde eine leichte Verschlechterung von 15 Basispunkten gemessen.

### Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

**9510 4a Patientinnen-/Patienten-Versorgung: Die medizinischen Schwerpunkte werden USZ-intern und -extern gestärkt. Im Bereich der hochspezialisierten Medizin werden die nationalen Leistungsaufträge gesichert. Das USZ baut systematisch definierte Kooperationen mit Partnern auf.**

Bezüglich Zielerreichung ist das USZ auf Kurs: Das Comprehensive Cancer Center wurde zusammen mit UZH gegründet, HSM-Aufträge sind gesichert, weitere Kooperationen werden aufgebaut.

Planmässig 2019

**9510 4b Forschung und Lehre: Leistungen im Bereich Lehre und Forschung sind mit der Universität abgestimmt, das Allokationsmodell ist umgesetzt und der Umgang mit Drittmitteln geregelt.**

Das Ziel wurde nicht erreicht: Eine Lösung für die bestehende Unterfinanzierung im Bereich Forschung und Lehre wurde nicht gefunden. Ein laufendes Projekt mit der UZH soll 2018 eine Lösung bringen.

Verzögert 2017

**9510 4c Das USZ vermeidet mittels ausreichend hohen Cash Flows eine Neuverschuldung und stärkt die Eigenkapitalbasis. Zu diesem Zweck verteidigt das USZ eine faire Baserate gegenüber den Krankenversicherern. Die Rechnungslegung erfolgt nach SwissGAAP FER. Die Kapitalmarktfähigkeit wird verbessert.**

Das USZ befindet sich auf Kurs zur Zielerreichung: Eine hohe Cashflow-Marge konnte erzielt werden; eine Erhöhung des Eigenkapitalgrads wurde ebenfalls erreicht. Durch den erzielten Tarifabschluss mit Krankenversicherern wurden Risiken eliminiert. Die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER wurde umgesetzt.

Planmässig 2019

**9510 4d Raumplanung: Das Projekt Berthold läuft plangemäss. Die Übernahme der bestehenden Immobilien ist erfolgt. Der Standort 'USZ - The Circle' und das externe Zentrallager sind bezogen und in Betrieb.**

Der Richtplan zum Hochschulquartier wurde verabschiedet. Das neue USZG mit Übernahme der Liegenschaften im Baurecht tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Planmässig 2020

**9510 4e Das USZ stärkt seine Stellung als führende Aus-, Weiter- und Fortbildungsinstitution auf dem Platz Zürich und darüber hinaus. Es trägt damit dem Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal Rechnung.**

Aus- und Weiterbildungsleistungen sind qualitativ und quantitativ auf weiterhin hohem Niveau.

Planmässig 2020

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	5963.0	5990.0	<b>6097.3</b>	107.3	1.8

Bemerkungen R17 zu B17

- Allg. Die Zunahme gegenüber dem Budget liegt bei 1.8% und ist hauptsächlich im Kerngeschäft (Pflege, MTTB und Ärzte) zu verzeichnen. Hauptgrund ist hier das Mengenwachstum ambulant und stationär. Bei den übrigen Personal-kategorien (Verwaltung, Ökonomie und technisches Personal) sind es insbesondere die grossen Infrastruktur- und IT-Projekte, welche im Berichtsjahr Vorleistungen notwendig machten.

### Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1392.3	1298.7	<b>1445.6</b>	146.9	11.3
- Staatsbeiträge total	267.8	275.3	<b>269.6</b>	-5.7	-2.1
- davon Subventionen gemäss § 11 SPFG	19.4	24.8	<b>21.1</b>	-3.6	-14.7
Aufwand	-1300.4	-1298.6	<b>-1358.6</b>	-60.0	-4.6
Saldo	91.9	0.1	<b>87.0</b>	86.9	77979.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.7		<b>2.3</b>	2.3	0.0
Ausgaben	-39.9	-37.3	<b>-29.1</b>	8.2	22.0
Saldo	-39.2	-37.3	<b>-26.8</b>	10.5	28.1

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9510

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
86.9		Abweichungen total R17 zu B17
40.1		- Einmalige, ausserordentliche Abweichung zum Budget aufgrund der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen für Tarifsicherheiten
34.4		- Zunahme stationäre Erträge aufgrund Zunahme bei den Fällen und gestiegenem Casemix-Index und damit verbundener Zunahme beim Casemix-Volumen
22.4		- Zunahme ambulanter Ertrag aufgrund höherer Nachfrage
14.8		- Zunahme beim Ertrag aus nicht medizinischen Leistungen, insbesondere bei Dienstleistungen an Mitarbeitende, Personalausleihen und höheren Beiträgen im Bereich der Sondermittel für Forschung und Lehre und der Auftragsforschung
10.2	A1	- Zunahme des 40% Anteil an der Zentralwäscherei Zürich auf Basis einer Unternehmensbewertung nach der Discounted Cash Flow-Methode (DCF)
8.9		- Abnahme bei den Anlagenutzungskosten aufgrund tieferer Aktivierungen in den Vorjahren
4.5		- Abweichung Finanzertrag aufgrund höherem Cash-Zufluss als budgetiert
2.3		- Abweichung bei den externen Aufträgen an Partnerspitäler und Dritte
-4.8		- Zunahme Honoraraufwand aufgrund höherem Volumen zusatzversicherter Patienten sowie Wachstum im ambulanten Bereich (Persönliche Sprechstunde)
-5.9		- Zunahme bei den Delkredere auf ausstehenden Forderungen.
-9.4		- Zunahme Sachaufwand insbesondere bei Mieten und Anschaffungen unter 10 000 Franken
-11.0		- Zunahme Personalaufwand insbesondere aufgrund gestiegener Nachfrage bei den stationären und ambulanten Fällen, der Anstellung von Temporärpersonal bei Engpässen sowie auch in Zusammenhang mit Grossprojekten (Übernahme Immobilien, Berthold, Circle etc.)
-18.5		- Zunahme medizinischer Sachaufwand (Medikamente und Materialien) aufgrund der gestiegenen Nachfrage und der pauschalen Verrechnung von 5 Mio. Franken Mehrkosten Kantonsapothek Zürich
-1.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	R17	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-37.3	<b>-26.8</b>	10.5	
- Medizintechnik	-21.0	<b>-15.9</b>	5.1	- Bei zwei Beschaffungen in der Medizintechnik kam es aufgrund von Ausschreibungen zu Verzögerungen. Diese Projekte werden 2018 umgesetzt.
- Übrige	-16.3	<b>-10.9</b>	5.4	

### Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 11 Abs. 3 Ziff. 5 des USZG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet nach § 9 Ziff. 5 des USZG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Das USZ rechnet in den kommenden Jahren mit einem hohen Geldabfluss für Rückzahlungen von Fremdkapital und für Rückerstattungen im Rahmen der Tariffestsetzung. Zudem stehen grosse Infrastrukturvorhaben an mit entsprechend hohen Ausgaben bei den Ausstattungen und der IKT-Infrastruktur.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 77 326 300.64 gemäss Einzelabschluss des USZ (Swiss GAAP FER) dem Eigenkapital gutzuschreiben. Das Ergebnis nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung, HBR) beläuft sich auf Fr. 87 031 831. Davon resultieren Fr. 10 874 000 aus der unterschiedlichen Bewertungsmethode der Minderheitsbeteiligung an der ZWZ. Die verbleibende Differenz von gerundet Fr. 1 168 470 ist auf die im Jahr 2017 aus vorgelegten Gewinnen vorgenommene Einlage in die neu gegründete USZ-Foundation zurückzuführen.

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9510

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 $\Delta$ abs.	$\Delta$ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>739.0</b>	<b>665.1</b>	<b>73.9</b>	<b>11.1</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>739.0</b>	<b>665.1</b>	<b>73.9</b>	<b>11.1</b>
Flüssige Mittel	22.3	10.6	11.7	> 100.0
Forderungen	523.7	489.6	34.1	7.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	189.7	161.1	28.6	17.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	3.4	3.8	-0.4	-9.5
				-
<b>Anlagevermögen</b>	<b>137.4</b>	<b>132.5</b>	<b>4.9</b>	<b>3.7</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>18.6</b>	<b>7.8</b>	<b>10.9</b>	<b>&gt; 100.0</b>
Finanzanlagen	18.6	7.8	10.9	> 100.0
Sachanlagen				-
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				-
				-
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>118.7</b>	<b>124.8</b>	<b>-6.0</b>	<b>-4.8</b>
Sachanlagen	100.3	107.4	-7.1	-6.6
Immaterielle Anlagen	18.4	17.4	1.0	5.7
Kurzfristige Darlehen				-
Langfristige Darlehen				-
Beteiligungen				-
Investitionsbeiträge	0.1	-	0.1	100.0
<b>Total Aktiven</b>	<b>876.4</b>	<b>797.6</b>	<b>78.8</b>	<b>9.9</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-592.7</b>	<b>-600.9</b>	<b>8.2</b>	<b>1.4</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-505.3</b>	<b>-337.9</b>	<b>-167.4</b>	<b>-49.5</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-226.5	-229.8	3.3	1.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-92.4	-33.0	-59.4	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-58.4	-32.8	-25.6	-78.1
Kurzfristige Rückstellungen	-127.9	-42.3	-85.6	> 100.0
				-
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-87.4</b>	<b>-263.1</b>	<b>175.6</b>	<b>66.8</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-51.5	-113.6	62.2	54.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-4.5	-2.9	-1.6	-55.6
Langfristige Rückstellungen	-26.0	-140.2	114.2	81.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-5.5	-6.4	0.9	14.2
				-
<b>Eigenkapital</b>	<b>-283.7</b>	<b>-196.7</b>	<b>-87.0</b>	<b>-44.3</b>
Fonds im Eigenkapital				-
Rücklagen				-
Einbehaltene Gewinne	-188.3	-96.3	-91.9	-95.5
Reserven aus Absicherungsgeschäften				-
Dotationskapital	-8.4	-8.4	0.0	0.0
Jahresergebnis	-87.0	-91.9	4.9	5.3
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				-
<b>Total Passiven</b>	<b>-876.4</b>	<b>-797.6</b>	<b>-78.8</b>	<b>-9.9</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	757.7	672.9	84.8	12.6

# 9520 Kantonsspital Winterthur

Aus Sicht des Gesamtunternehmens war das Berichtsjahr geprägt durch die Volksabstimmung zum Gesetz über die Umwandlung des KSW (von einer selbständig öffentlich-rechtlichen Anstalt) in eine Aktiengesellschaft. Das KSW hätte damit mehr Handlungsfreiheit in den Bereichen Immobilien, Personal und Kooperationen erhalten. Das Volk hat die Vorlage abgelehnt. In der Folge wurde eine neue Vorlage bei unveränderter Rechtsform erarbeitet und vom Regierungsrat zuhänden des Kantonsrats verabschiedet, welche die volle Handlungsfreiheit im Bereich Immobilien vorsieht.

Im Februar wurde das Fachärzteezentrum im Glattzentrum in Wallisellen eröffnet, das die fachärztliche Grundversorgung in der Region ergänzt. Die angebotenen Spezialsprechstunden sind auf Zuweisung durch die niedergelassenen Ärzte für die Patientinnen und Patienten zugänglich.

Im März wurde auf dem KSW-Areal eine öffentlich zugängliche Apotheke eröffnet, in der die Patientinnen und Patienten bei Spitalaustritt die benötigten Medikamente beziehen können. Die Apotheke steht auch Besucherinnen und Besuchern

sowie KSW-Mitarbeitenden offen. Die «Apotheke im KSW» zielt auf die integrierte Versorgung der Patientinnen und Patienten ab. Die Apotheke im KSW kam auf Initiative des Apothekerverbandes des Kantons Zürich (AVKZ) und des Kantonsspitals Winterthur zustande.

Im Mai konnte die Radio-Onkologie im westlichen Teil des Spitalparks den Ersatzneubau beziehen. Das viergeschossige «Haus R» ist als eigenständiger Neubau direkt zugänglich und über einen unterirdischen Gang für Patiententransporte auch mit den anderen Spitalgebäuden verbunden. Am früheren Standort südlich des Hochhauses wurden die Bauarbeiten für den Ersatzneubau des Bettenhochhauses «didymos» gestartet.

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des Kantonsspitals Winterthur werden in einem eigenen Jahresbericht Ende April 2018 veröffentlicht. Dieser kann auf der Webseite unter [www.ksw.ch](http://www.ksw.ch) als PDF-Dokument heruntergeladen werden oder per Mail an [publikationen@ksw.ch](mailto:publikationen@ksw.ch) in gedruckter Form bestellt werden.

## Aufgaben

A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung im Raum Winterthur für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Stationäre Patientenaustritte Total	A1	27190	28069	<b>27088</b>	-981	-3.5
L2	Stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte	A1	21310	22373	<b>21280</b>	-1093	-4.9
L3	Stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte	A1	5880	5696	<b>5808</b>	112	2.0
B1	Differenz der bereinigten Fallkosten im Vergleich zum Benchmarkspital in Fr.	A1		0	<b>0</b>	0	
W1	Würden Sie für dieselbe Behandlung wieder in dieses Spital kommen?	A1		9			
W2	Wie beurteilen Sie die Qualität der Behandlung, die Sie erhalten haben?	A1		9			
W3	Wenn Sie Fragen an einen Arzt oder eine Ärztin stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?	A1		9			
W4	Wenn Sie Fragen an das Pflegepersonal stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?	A1		9			
W5	Wurden Sie während Ihres Spitalaufenthaltes mit Respekt und Würde behandelt?	A1		9			
W6	Fallzusammenführungen nach SwissDRG in %	A1	2.6	2.7	<b>2.5</b>	-0.2	

### Bemerkungen

W1, Ab 2016 wurden die Befragungssystematik und die Bewertungsskala der jährlichen «Nationalen Patientenbefragung ANQ» geändert. Deshalb sind die aufgeführten Basisfragen des Budgets 2017 (5 Basisfragen, Bewertung: Skala 1 bis 10, 10: höchste Bewertung) überholt und können für 2016 und fürs Berichtsjahr nicht bewertet werden.  
W2,  
W3,  
W4,  
W5

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9520

### Entwicklungsschwerpunkte

#### 9520 4a Einführung integriertes ERP System (Ablösung Altsysteme)

ERP Phase 1 (Ablösung Patientenadministration, Finanz- und Rechnungswesen, Codierung und Materialwirtschaft) wurde im ersten Halbjahr 2017 abgeschlossen. Die Phase 2 (Ablösung HRM-System) wurde um ein Jahr verschoben. Die Inbetriebnahme soll per 1.1.2019 stattfinden.

Stand bis  
Verzögert 2018

#### 9520 4b Patientenmonitoring Institut für Anästhesiologie

Die Geräte zur Patientenüberwachung der Anästhesiologie sollen im Jahr 2018 ersetzt werden. Im Sinne einer kostensparenden Massnahme wurde in der Berichtsperiode an einer fachübergreifenden Konsolidierung von Anforderungen gearbeitet, mit dem Ziel eine Ausschreibung für sämtliche Patientenmonitore zu machen. Im Dezember wurde zudem ein Request for Information erstellt, um die aktuellen Alarmierungslösungen besser kennen zu lernen.

Geplant 2018

#### 9520 4c Ersatz Linearbeschleuniger (Linac) und Positronen Emissions-Tomograph/Computertomograph (PET-CT Gerät)

Der Linearbeschleuniger wurde im März 2017 in der Klinik für Radio-Onkologie in Betrieb genommen.

Planmässig 2019

#### 9520 4d Ersatzneubau Hochhaus

Das Gebäude der Radio-Onkologie wurde im Mai 2017 dem Betrieb übergeben. Die Grundsteinlegung für das Bettenhochhaus erfolgte im Februar. Der Baufortschritt erfolgt planmässig.

Planmässig 2020

#### 9520 4e Microsoft Enterprise Agreement (Ersatz von Benutzerlizenzen)

Der Ersatz der Benutzerlizenzen wurde im Berichtsjahr durchgeführt und hat eine Gültigkeit von drei Jahren. In 2020 wird ein erneuter Ersatz der Benutzerlizenzen nötig sein.

Planmässig 2020

#### 9520 4f Ausbau Telefonanlagen

Der Rollout der neuen Mobiltelefone hat 2017 begonnen und wird 2018 abgeschlossen. Die Einführung der Mobile Medical Devices und der Ersatz Patiententerminals verzögert sich. Ein Ersatz der aktuellen Telefonanlage wird voraussichtlich 2019 stattfinden.

Verzögert 2020

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2413.2	2359.7	<b>2409.0</b>	49.3	2.1

Bemerkungen R17 zu B17

Allg. Durch eine Umstellung der Zählweise (Sitzwachen, Praktikantinnen und Praktikanten) ist der Beschäftigungsumfang des Berichtsjahres nicht vergleichbar mit dem Vorjahr und dem Budgetwert.

### Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	510.6	506.8	<b>516.0</b>	9.2	1.8
- Staatsbeiträge total	126.7	137.0	<b>125.0</b>	-12.0	-8.8
- davon Subventionen gemäss § 11 SPFG	3.2	3.0	<b>3.7</b>	0.7	22.4
Aufwand	-480.9	-497.3	<b>-506.2</b>	-8.9	-1.8
Saldo	29.8	9.5	<b>9.8</b>	0.3	2.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-16.5	-30.2	<b>-12.4</b>	17.8	59.0
- Kreditübertragungen aus 2016		-6.9			
Saldo	-16.5	-30.2	<b>-12.4</b>	17.8	59.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R17 zu B17
5.4	A1	- Mehrertrag aufgrund Bewertung ZWZ (Zentralwäscherei Zürich)
-0.9	A1	- Mehraufwand durch Bereinigung der Anlagebuchhaltung nach VKL
-2.0	A1	- Mehraufwand durch Reglementsänderung der Pensionskasse BVK
-4.9	A1	- Mehraufwand durch Bewertungsänderungen (neu in der Erfolgsrechnung anstatt in der Investitionsrechnung) bei Sammelbestellungen 2017
-6.1	A1	- Mehraufwand durch Bewertungsänderung und Restwertabschreibungen bei Sammelbestellungen 2016
8.8		- Übrige Abweichungen

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9520

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-30.2	<b>-12.4</b>	17.8	
- Einführung integriertes ERP System	-1.3	<b>0.0</b>	1.3	- Die geplante zweite Phase im ERP Projekt wurde um ein Jahr verzögert.
- SPECT-CT Nuklearmedizin	-0.9	<b>0.0</b>	0.9	- Die Anschaffung der Symbia Gammakamera (SPECT-CT) wird auf das Jahr 2018 verschoben.
- Aufrüstung T6 auf X-SPECT Institut für Radiologie	-0.5	<b>0.0</b>	0.5	- Nur sinnvoll im Zusammenhang mit der Beschaffung der Symbia Gammakamera.
- PACS Software Institut für Radiologie	-1.0	<b>0.0</b>	1.0	- Die Anschaffung der Software verzögert sich.
- Bewertungsänderung von Sammelbestellung (neu in der Erfolgsrechnung ausgewiesen)	-4.9	<b>0.0</b>	4.9	- Durch die Bewertungsänderung bei Sammelbestellungen werden die Aufwände nicht mehr in der Investitionsrechnung dargestellt.
- Beatmungsgeräte für das Zentrum für Intensivmedizin	-0.6	<b>0.0</b>	0.6	- Praxistest der Geräte und somit Auswertung der Submission verzögern sich.
- Intraoperative Navigation mit Computertomographie	-1.5	<b>0.0</b>	1.5	- Die Anschaffung der Intraoperativen Navigation mit Computertomographie wurde gestrichen.
- Übrige	-19.5	<b>-12.4</b>	7.1	

### Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 10 Abs. 3 KSWG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 Ziff. 5 KSWG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (resp. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung des Kantonsspitals Winterthur schliesst mit einem Gewinn von 9.8 Mio. Franken ab. Der Gewinn fällt damit um 20.0 Mio. Franken geringer aus als im Vorjahr. Der Betriebsertrag (exkl. Sondereffekte) stagnierte bei gegenüber dem Vorjahr leicht tieferen stationären Patientenzahlen. Demgegenüber ergab sich auf der anderen Seite eine Aufwandssteigerung. Namhaft dazu beigetragen hat eine Praxisänderung bei der Bewertung von Sammelbestellungen.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 9 753 563.65 auf die neue Rechnung vorzutragen. Damit kann die Eigenkapitalquote gestärkt werden, was angesichts der notwendigen Finanzierung zukünftiger Investitionen wie beispielsweise des Ersatzneubaus des Bettenhauses sinnvoll ist. Mit der in Beratung befindlichen Revision des KSWG ist die Übertragung der Immobilien per 1.1.2019 geplant. Auf eine Gewinnabschöpfung zugunsten des Kantons wird angesichts dieses bevorstehenden Kapitalisierungsschritts in diesem Jahr verzichtet. Der grundsätzliche Umgang mit einem allfälligen Gewinn und die Beachtung der soweit wie möglich gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle Spitäler im Kanton bleiben davon nicht berührt.

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9520

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>208.1</b>	<b>194.6</b>	<b>13.4</b>	<b>6.9</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>208.1</b>	<b>194.6</b>	<b>13.4</b>	<b>6.9</b>
Flüssige Mittel	7.4	3.5	3.8	> 100.0
Forderungen	120.5	118.1	2.4	2.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	75.0	69.4	5.6	8.0
Vorräte und angefangene Arbeiten	5.2	3.6	1.6	44.1
<b>Anlagevermögen</b>	<b>67.2</b>	<b>72.7</b>	<b>-5.5</b>	<b>-7.6</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>13.2</b>	<b>7.8</b>	<b>5.4</b>	<b>69.4</b>
Finanzanlagen	13.2	7.8	5.4	69.4
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>54.0</b>	<b>64.9</b>	<b>-10.9</b>	<b>-16.8</b>
Sachanlagen	44.6	53.9	-9.3	-17.2
Immaterielle Anlagen	9.4	11.1	-1.6	-14.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
<b>Total Aktiven</b>	<b>275.3</b>	<b>267.4</b>	<b>7.9</b>	<b>3.0</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-133.2</b>	<b>-129.2</b>	<b>-4.0</b>	<b>-3.1</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-78.6</b>	<b>-56.4</b>	<b>-22.2</b>	<b>-39.4</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-55.2	-38.9	-16.2	-41.7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-9.2	-2.7	-6.5	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-3.8	-5.5	1.7	31.4
Kurzfristige Rückstellungen	-10.5	-9.3	-1.3	-13.5
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-54.6</b>	<b>-72.8</b>	<b>18.2</b>	<b>25.0</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-45.1	-62.9	17.8	28.2
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.6	-2.8	0.2	6.9
Langfristige Rückstellungen	-5.0	-5.1	0.2	3.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-1.9	-2.0	0.1	4.2
<b>Eigenkapital</b>	<b>-142.0</b>	<b>-138.2</b>	<b>-3.9</b>	<b>-2.8</b>
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne	-130.5	-107.2	-23.4	-21.8
Reserven aus Absicherungsgeschäften	2.0	2.5	-0.5	-21.2
Dotationskapital	-3.7	-3.7	0.0	0.0
Jahresergebnis	-9.8	-29.8	20.0	67.2
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-275.3</b>	<b>-267.4</b>	<b>-7.9</b>	<b>-3.0</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	221.2	202.4	18.8	9.3



# 9600 Universität Zürich

Die Universität Zürich (UZH) hat im Berichtsjahr eine Vielzahl von wichtigen Initiativen und Projekten erfolgreich abgeschlossen bzw. in Angriff genommen: Die neu etablierte Digital Society Initiative (DSI) befasst sich mit Fragen der digitalen Gesellschaft und fördert die kritische, interdisziplinäre Reflexion und Innovation bezüglich aller Aspekte der Digitalisierung von Wissenschaft und Gesellschaft. Im Zuge des Abschlusses des Projekts Universitäre Medizin Zürich wurden die erforderlichen Umsetzungsarbeiten, wie die Etablierung des Koordinationsmodells oder die Erarbeitung einer Dachstrategie, vorangetrieben.

Mit dem Start des Studienjahres 2017/18 wurden die Studienplätze in der Humanmedizin um 72 auf 372 erhöht. Dies geht mit einer engen Kooperation der UZH mit den Universitäten Luzern und St. Gallen sowie der ETH einher. Mit der

2. Ausschreibung des kompetitiven Lehrkredits wurden 14 innovative Projekte gefördert, welche bestehende und neue Lehrkonzepte und Lehrveranstaltungsformate weiterentwickeln und erproben. Wissenschaftler der UZH haben äusserst erfolgreich ERC-Grants und SNF-Förderprofessuren eingeworben. In enger Zusammenarbeit mit der ETH und dem Amt für Landschaft und Natur wurde das Projekt AgroVet realisiert. Darüber hinaus startete der Baubeginn des ersten strategischen Bauvorhabens am Irchel (UZ15). Der Gestaltungsplan für die prioritären Areale im Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ) wurde von der Baudirektion erlassen. Zudem wurde die organisatorische Weichenstellung zum Aufbau der Direktion Immobilien und Betrieb angegangen. Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2017 der UZH verwiesen (Publikation im April 2018).

## Aufgaben

- A1 Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau einschliesslich nationaler und internationaler Zusammenarbeit.
- A2 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A3 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L9	Anzahl Studierende gesamt	A1	25542	25800	<b>25672</b>	-128	-0.5
L5	- Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	13466	13700	<b>13566</b>	-134	-1.0
L6	- Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A1	6142	6100	<b>6204</b>	104	1.7
L7	- Anteil Studierende in Lizenziat/Diplom/höheres Lehramt	A1	643	700	<b>578</b>	-122	-17.4
L8	- Anteil Studierende in Doktoratsstudiengängen	A2, A3	5291	5300	<b>5324</b>	24	0.5
L2	Anzahl Habilitationen	A2, A3	93	100	<b>85</b>	-15	-15.0
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in (Fr.)	A1, A2	23079	23158	<b>23273</b>	115	0.5
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der Universität in %	A1, A2	43.4	44.2	<b>43.3</b>	-0.9	
B3	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende)	A1	73.6	68.5	<b>68.3</b>	-0.2	-0.3
B4	Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (inkl. Doktorierende)	A1	44.2	42	<b>42.7</b>	0.7	1.7
B5	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	A1	61.8	63	<b>59.9</b>	-3.1	-4.9
W8	Anzahl Abschlüsse gesamt,	A1	5394	5720	<b>5417</b>	-303	-5.3
W9	- Anteil Bachelorabschlüsse	A1	2495	2600	<b>2414</b>	-186	-7.2
W10	- Anteil Masterabschlüsse	A1	2007	2120	<b>1998</b>	-122	-5.8
W11	- Anteil Lizenziat/Diplom/höheres Lehramt	A1	249	210	<b>300</b>	90	42.9
W12	- Anteil Dokorate Medizin/Veterinärmedizin	A1, A2	233	300	<b>247</b>	-53	-17.7
W13	- Anteil Dokorate ohne Medizin/Veterinärmedizin	A2, A3	410	490	<b>458</b>	-32	-6.5
W1	Anzahl Evaluationen		26	28	<b>34</b>	6	21.4
W2	Anzahl laufende SNF-Projekte	A2	535	555	<b>520</b>	-35	-6.3
W3	Anzahl laufende EU-Projekte	A2	127	157	<b>161</b>	4	2.5
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss in %		95.4		<b>95.4</b>		
W7	Durch Drittmittel finanzierte Stellen in Vollzeiteneinheiten (VZE, per 31.12.)	A2, A3	1736	1730	<b>1785</b>	55	3.2

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9600

### Bemerkungen

L9, L5, Die Budgetzahlen orientieren sich an der zum betreffenden Planungszeitpunkt verfügbaren Studierendenprognosen L6, L7 des Bundesamts für Statistik (BFS). Die Anzahl der Studierenden nahm etwas geringer als vom BFS prognostiziert zu, wobei die Studierenden der MINT-Fächer den stärksten Zuwachs verzeichnen. Während die Anzahl der Studierenden in den meisten Stufen gegenüber dem Vorjahr zunahm, sind die Zahlen auf Stufe höheres Lehramt rückläufig.

L2 Der Anstieg der Anzahl Habilitationen der letzten Jahre setzte sich nicht fort, bewegt sich aber immer noch auf hohem Niveau.

W8, Die Anzahl der Abschlüsse entwickelte sich analog zu den Studierendenzahlen unter der BFS-Prognose.

W9,  
W10,  
W12,  
W13

W11 Beim höheren Lehramt sind neu auch Vertiefungsabschlüsse möglich, was bei der Budgetierung noch nicht eingeplant war.

### Entwicklungsschwerpunkte

#### **9600 2a Unterstützung der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Medizin**

Die Fördersumme für Massnahmen im Bereich der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung konnte im Berichtsjahr wie geplant eingesetzt werden. Die Klinischen Forschungsschwerpunkte an den Universitären Spitälern (zweite Förderphase) sowie das Programm «Filling the Gap» sind institutionalisierte Fördermassnahmen der Universitären Medizin Zürich.

Stand bis

Planmässig 2018

#### **9600 2b Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren**

Die bestehenden Kompetenzzentren konnten etabliert werden. Im Berichtsjahr wurde das Kompetenzzentrum Citizen Science gegründet, welches gemeinsam mit der ETH geführt wird.

Planmässig 2018

#### **9600 2c Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP**

Die Nationalen Forschungsschwerpunkte «Democracy» und «Mediality» konnten im Oktober erfolgreich abgeschlossen werden. Die Universitären Forschungsschwerpunkte der zweiten Serie wurden erfolgreich in die zweite vierjährige Förderphase überführt.

Planmässig 2018

#### **9600 2d Weitere Erhöhung der Drittmittel**

Das Drittmittelvolumen wuchs um 2.6%. Insbesondere der Umsatz an Fördergeldern des Schweizerischen Nationalfonds sowie der EU nahmen zu.

Planmässig 2018

#### **9600 2e Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in stark nachgefragten Fächern**

Die Betreuungsquotienten «Studierende pro Professur» verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr auf Stufe UZH insgesamt leicht (40.0 gegenüber 40.4).

Planmässig 2018

#### **9600 2f Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning/E-Assessment)**

Die medienpädagogische Expertise wird ausgebaut und gebündelt. In Zusammenarbeit mit den relevanten Stakeholdern wird die Strategie zur Unterstützung von Lehren und Lernen durch digitale Technologien und Plattformen konsequent umgesetzt.

Planmässig 2018

#### **9600 2g Entwicklung spezialisierter Masterprogramme; Förderung der Doktoratsstufe; Nachwuchsförderung**

Die Universität Zürich konnte im Berichtsjahr 13 von 42 neuen Förderungsprofessuren des Schweizer Nationalfonds für sich gewinnen. Über den universitätsinternen, kompetitiven Forschungskredit erhielten 71 Doktorierende und 47 Postdoktorierende einen Forschungszuschuss. Im Rahmen der von swissuniversities ausgeschriebenen Mittel für Doktoratsprogramme werden ab dem Berichtsjahr an der Universität Zürich 44 inter- und intrauniversitäre Doktoratsprogramme bzw. Kooperationen gefördert.

Planmässig 2018

#### **9600 2h Zusammenarbeit mit der ETH: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.**

Im neu eröffneten Zentrum AgroVet-Strickhof wird die universitäre Bildung und Forschung im Bereich der Agrar- und Veterinärwissenschaften durch die Kooperation zwischen Strickhof, ETH Zürich und Universität Zürich mit den praktischen Bedürfnissen der Landwirtschaft verknüpft.

Planmässig 2018

UZH, ETH Zürich sowie die universitären Spitäler planen im Rahmen eines medizinischen Forschungszentrums – das Center for Precision Medicine Research (CPMR) – ihre Aktivitäten im Bereich der personalisierten Medizin zu bündeln.

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9600

### 9600 2i Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie

Im Berichtsjahr konnten mit dem Wettbewerbsstart für ein Lehr- und Lernzentrum Wässerwies im Hochschulgebiet Zentrum (FORUM UZH) und dem Baubeginn des Laborgebäudes für Chemie am Standort Irchel (UZI5) wichtige Meilensteine zur Umsetzung der Zweistandortstrategie erreicht werden.

2025

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	4748.9	4850.0	<b>4813.9</b>	-36.1	-0.7

Bemerkungen R17 zu B17

-36.1 Da nicht alle Lehraufträge in Anstellungen umgewandelt wurden, fiel der Beschäftigungsumfang tiefer aus als budgetiert. Die Zunahme des Beschäftigungsumfangs um 65 Vollzeiteinheiten gegenüber dem Vorjahr bewegt sich innerhalb der sich aus den befristeten Anstellungsverhältnisse ergebenden Streubreite und lässt sich darüber hinaus auf die Erfüllung der arbeitsrechtlichen Vorgaben bei der Vetsuisse-Fakultät (+25 Stellen) zurückführen.

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1357.4	1350.9	<b>1378.3</b>	27.4	2.0
- Beiträge Bund	139.0	139.3	<b>139.2</b>	-0.1	-0.0
- Beiträge anderer Kantone	147.4	148.7	<b>148.3</b>	-0.4	-0.3
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	592.0	599.8	<b>600.0</b>	0.2	0.0
Aufwand	-1353.9	-1350.9	<b>-1372.4</b>	-21.5	-1.6
Saldo	3.5	0.0	<b>5.9</b>	5.9	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	5.7		<b>0.3</b>	0.3	0.0
Ausgaben	-41.9	-47.7	<b>-43.3</b>	4.3	9.0
Saldo	-36.2	-47.7	<b>-43.0</b>	4.6	9.7

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9600

### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.9		Abweichungen total R17 zu B17
19.4	A2, A3	- Höhere Drittmittel-Projektbeiträge (u.a. SNF- und EU-Projekte)
4.3	A2	- Höhere Einnahmen Benützung und Dienstleistungen für Dritte
4.1	A2	- Diverse Mehrerträge, u.a. Personalverrechnungen an Universitäre Spitäler
2.3	A1, A2, A3	- Tiefere Baunutzungskosten sowie Mietnebenkosten
1.9	A1, A2, A3	- Tiefere Personalkosten, u.a. tiefere Löhne für Lehrkräfte und tiefere Arbeitgeber-Beiträge BVK
0.2	A2	- Höherer Beitrag der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich
-0.1	A1, A2	- Tiefere Einnahmen im Rahmen der Grundbeiträge des Bunds (HFKG)
-0.4	A1	- Tiefere Einnahmen von anderen Kantonen (Interkantonale Universitätsvereinbarung IUV)
-1.4	A1, A2	- Höhere Abschreibungen auf Mobilien
-3.5	A1, A2	- Mehraufwendungen für Dienstleistungen von Dritten
-20.8	A2	- Höherer Aufwand im Rahmen von Drittmittelprojekten
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	R17	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-47.7	<b>-43.0</b>	4.6	
- Einnahmen total	0.0	<b>0.3</b>	0.3	- Investitionsbeteiligungen von Projektpartnern (nicht budgetiert)
- Ausgaben total	-47.7	<b>-43.3</b>	4.4	- Die Minderausschöpfung der Investitionsmittel resultiert aus Verzögerungen diverser Projekte und Vorhaben (u.a. IT Ausstattung (Hardware) sowie medizinische Geräte)
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

### Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlustes vor. Die Jahresrechnung 2017 der Universität Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 5891665.18 (Vorjahr: Gewinn von Fr. 3461536.12) ab. Der Gewinn ist das Ergebnis der im Rahmen der Leistungsüberprüfung umgesetzten Kostenreduktionsmassnahmen sowie der Verzögerungen bei der Umsetzung von strategischen Programmen, u.a. der Universitären Forschungsschwerpunkte. Der Gewinn dient der Finanzierung künftiger strategischer Projekte, insbesondere

der Anschubfinanzierung von Aktivitäten der Digital Society Initiative.

Die Universität beantragt, den Gewinn von Fr. 5891665.18 dem Eigenkapital (eingehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage Zweckbestimmte Reserve Fr. 300120.40
- Entnahme Zweckbestimmte Reserve Fr. 2325673.05
- Einlage Reserve Separate Rechnung Fr. 4825090.60
- Entnahme Reserve Separate Rechnung Fr. 6233132.92
- Einlage in die Freie Reserve Fr. 9325260.15

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9600

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>422.2</b>	<b>395.4</b>	<b>26.8</b>	<b>6.8</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>422.2</b>	<b>395.4</b>	<b>26.8</b>	<b>6.8</b>
Flüssige Mittel	2.7	3.4	-0.7	-20.8
Forderungen	388.9	333.9	55.0	16.5
Kurzfristige Finanzanlagen	0.1	0.1	-0.0	-22.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	29.5	57.0	-27.5	-48.3
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.0	0.9	0.1	9.8
<b>Anlagevermögen</b>	<b>144.1</b>	<b>146.5</b>	<b>-2.4</b>	<b>-1.6</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>144.1</b>	<b>146.5</b>	<b>-2.4</b>	<b>-1.6</b>
Sachanlagen	133.1	137.6	-4.6	-3.3
Immaterielle Anlagen	9.6	7.4	2.3	30.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.4	0.3	0.1	17.0
Investitionsbeiträge	1.0	1.2	-0.1	-12.3
<b>Total Aktiven</b>	<b>566.3</b>	<b>541.9</b>	<b>24.4</b>	<b>4.5</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-456.8</b>	<b>-438.3</b>	<b>-18.5</b>	<b>-4.2</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-137.9</b>	<b>-131.1</b>	<b>-6.8</b>	<b>-5.2</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-51.4	-43.0	-8.4	-19.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-57.9	-56.3	-1.6	-2.9
Kurzfristige Rückstellungen	-28.6	-31.8	3.2	9.9
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-318.9</b>	<b>-307.3</b>	<b>-11.7</b>	<b>-3.8</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-7.2	-11.2	4.0	36.0
Langfristige Rückstellungen	-29.1	-27.9	-1.2	-4.4
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-282.6	-268.1	-14.5	-5.4
<b>Eigenkapital</b>	<b>-109.4</b>	<b>-103.6</b>	<b>-5.9</b>	<b>-5.7</b>
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-103.6	-100.1	-3.5	-3.5
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-5.9	-3.5	-2.4	-70.2
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-566.3</b>	<b>-541.9</b>	<b>-24.4</b>	<b>-4.5</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	422.2	395.4	26.8	6.8

# 9690 Zentralbibliothek

Im Berichtsjahr standen neben der Aufrechterhaltung des umfassenden Bibliotheksbetriebs die 100-Jahr-Jubiläumsfeierlichkeiten im Zentrum. Im Rahmen von rund 100 verschiedenen Veranstaltungen, Projekten und Aktionen wurden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Bildungs- und Kulturinstitution Zentralbibliothek Zürich (ZB) beleuchtet und damit deren Dienstleistungen einem breiten Publikum nähergebracht. Sodann wurde die Umsetzung der im Vorjahr beschlossenen «Strategie ZB 2020» an die Hand genommen; ein von der Geschäftsleitung beschlossener Masterplan hat entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Besonders zu erwähnen sind die Konzeption und ein Pilotprojekt in Bezug auf universitäre Forschungsdaten, die Erweiterung des Informations-

kompetenz-Angebots auf weitere Zielgruppen, die Vorbereitungen hinsichtlich einer neuen ZB-Webseite einschliesslich Turicensia-Portal, die Aktualisierung des MAS-Curriculums in Informations- und Bibliothekswissenschaften und weiterhin eine massgebliche Beteiligung der ZB am Aufbau einer gesamtschweizerischen Bibliotheksplattform. Schliesslich hat die Bibliothekskommission als Nachfolger von Direktorin Prof. Dr. Susanna Bliggenstorfer mit Wirkung ab 1. Januar 2018 Dr. Christian Oesterheld zum Direktor der ZB ernannt. Der Jahresbericht 2017 der Stiftung ZB, herausgegeben von der ZB, erscheint im Frühjahr 2018 nach Abnahme durch den Stiftungsrat.

## Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublizierter zürcherischer Informationsträger und ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen und akademischen Nachwuchs.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt - auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen - wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Ausleihen	A1	940094	985000	<b>927812</b>	-57188	-5.8
L2	Gesamtzuwachs Medien (ab 2016 einschliesslich elektronische Medien)	A2	134564	94000	<b>86392</b>	-7608	-8.1
L3	Führungs- und Schulungsteilnehmende	A3	8917	9700	<b>9287</b>	-413	-4.3
B1	Anzahl Ausleihen pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3	5205	5500	<b>5192</b>	-308	-5.6
W1	ZB-Webseitenzugriffe	A1	1453404	1500000	<b>1255537</b>	-244463	-16.3

### Bemerkungen

- L1 Prognosewert zu hoch angesetzt: Abbild vermehrter Benutzung elektronischer Medien
- L2, W1 Prognosewerte zu hoch angesetzt
- L3 Prognosewert zu hoch angesetzt: im Jubiläumsjahr weniger Kapazität für ordentliche Führungen

## Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>9690 2a Regelbetrieb der kooperativen Speicherbibliothek in Büron (LU) konsolidieren</b> Auslagerungen der ZB in die Speicherbibliothek im Berichtsjahr abgeschlossen, Regelbetrieb aufgenommen.	Abgeschlossen	2017
<b>9690 2b Ausbau der Kooperation mit der Universität Zürich: Erwerb von elektronischen Medien, Forschungsdaten, Kurierdienste, Open Access</b> Teils verzögert infolge des Aufbaus einer neuen Governance der Bibliotheken innerhalb der Universität Zürich.	Verzögert	2017
<b>9690 2c Erhaltung/Instandstellung/Verbesserung im Bereich Bau &amp; Haustechnik</b> Ständiger Prozess	Planmässig	2018
<b>9690 2d Ausbau des elektronischen Medienangebotes, insbesondere auch für nicht-universitäre Benutzergruppen</b> Neuausrichtung auf nationaler Ebene mit neuem Partner	Verzögert	2017
<b>9690 2e Projekt DigiTUR (Lotteriefondsprojekt): Digitalisierung ausgewählter Zürcherischer Eigenbestände, Abschluss der 1. Tranche</b> Abschluss des Projekts Mitte 2018	Planmässig	2018

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9690

### 9690 2f Anpassung der internen Prozesse (Medienbearbeitung, Sacherschliessung) auf die neuen Regelwerke und Bibliothekssysteme. Stärkere nationale Kooperation und Optimierung des Datenaustausches zwischen Bibliotheken.

Nationales Projekt Swiss Library Service Platform (SLSP) ist mit massgeblicher Beteiligung der ZB in Umsetzung. Planmässig 2019

#### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	180.6	170.5	<b>178.7</b>	8.2	4.8

Bemerkungen R17 zu B17

8.2 Zusätzliche Stellen im Zusammenhang mit dem Projekt DigiTUR (nicht budgetierte Drittmittel, Finanzierung über Lotteriefonds)

#### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag		43.4	41.2	<b>46.2</b>	5.0	12.0
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion		28.4	28.7	<b>28.7</b>	0.0	0.0
Aufwand		-43.6	-41.2	<b>-43.9</b>	-2.7	-6.5
Saldo		-0.2	0.0	<b>2.3</b>	2.3	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		2.7	3.1	<b>2.9</b>	-0.2	-6.9
Ausgaben		-2.7	-3.1	<b>-3.0</b>	0.1	2.6
Saldo		-0.1	0.0	<b>-0.1</b>	-0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.3		Abweichungen total R17 zu B17
2.3	A1, A2, A3	- Zuwendungen Legate
2.1	A1, A2, A3	- Minderaufwand Medienerwerbung, Umstellung periodengerechte Verbuchung
1.9	A1, A2, A3	- Beitrag des Lotteriefonds für das Projekt DigiTUR (nicht budgetierte Drittmittel)
0.8	A1, A2, A3	- Beitrag Dritte für Jubiläumsveranstaltung
0.2	A1, A2, A3	- Minderaufwand für verschiedene Sachaufwendungen und Mehrjahresprojekte
-0.8	A1, A2, A3	- Mehraufwand für Jubiläumsveranstaltung
-1.9	A1, A2, A3	- Mehraufwand Projekt DigiTUR (vgl. oben)
-2.3	A1, A2, A3	- Einlagen in Legate
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	<b>-0.1</b>	-0.1	
- Bauliche Investitionen und Anschaffungen von Mobilien	0.0	<b>-0.1</b>	-0.1	- Weniger Bauinvestitionen (0.2) und damit tiefere Investitionsbeiträge (-0.2) sowie höhere Ausgaben für Mobilienbeschaffungen (-0.1)
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

# 9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Die ZHAW verzeichnete in ihrem zehnjährigen Jubiläumswort ein starkes Studierendenwachstum in der Lehre. Auf Bachelorstufe fällt das Wachstum mit 4 bis 7% in den Departementen Wirtschaft, Gesundheit und Angewandte Linguistik am stärksten aus. Auf Masterstufe sind Wachstumsraten von 33% in der Technik bzw. 40% in der Wirtschaft eindrucklich. Das Drittmittelvolumen in der Weiterbildung, Forschung und Dienstleistung hat ebenfalls um knapp 6% zugenommen. Andererseits zeigen sich im unverändert verzögerten Personalwachstum die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften. Dies hat im vergangenen Berichtsjahr dazu geführt, dass nicht alle Vorhaben planmässig vorangetrieben werden konnten.

In der Lehre konnten im Herbstsemester 2017/2018 die neuen Studienangebote Master Umwelt und natürliche

Ressourcen, Master Hebamme (Kooperation) sowie der Bachelor International Management (neu ein eigenständiger Studiengang) lanciert werden.

In der Forschung wurden die Forschungsdatenbanken überarbeitet. Nebst Prozessvereinfachungen können damit künftig die ZHAW-Forschungsleistungen besser sichtbar gemacht werden.

Im Infrastrukturbereich sind der Spatenstich für das neue Gebäude des Departements Gesundheit in Winterthur, der Teilumbau der Lagerstrasse in Zürich, der Umbau in den Hallen 180, 189 und 191 sowie Baustart der Halle 141, die Überweisung des Bauprojekts Reidbach in Wädenswil an den Regierungsrat sowie die Wettbewerbsvorbereitungen für den Campus Technikumstrasse in Winterthur zu vermerken.

## Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität der Lehre sowie Weiterbildung auf Hochschulniveau.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Studierende gesamt	A1	11530	11987	<b>12105</b>	118	1.0
L2	- Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	10303	10542	<b>10652</b>	110	1.0
L3	- Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A1	1227	1445	<b>1453</b>	8	0.6
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in %	A2	44.1	43	<b>42.5</b>	-0.5	
L5	- Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	A2	10.8	10.4	<b>10.9</b>	0.5	
L6	- Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	A2	28.4	27.7	<b>26.8</b>	-0.9	
L7	- Anteil Dienstleistungen in %	A2	4.9	4.9	<b>4.8</b>	-0.1	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A1, A2	14406	14391	<b>13652</b>	-739	-5.1
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHAW in %	A1, A2	36.7	36.6	<b>35.6</b>	-1.0	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur) in %	A1, A2	32.6	32.1	<b>33.2</b>	1.1	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in %	A1, A2	79.4	79.2	<b>81.4</b>	2.2	
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	A1	2491	2500	<b>2498</b>	-2	-0.1
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse	A1	381	455	<b>503</b>	48	10.5
W3	Anzahl Projekte Forschung und Entwicklung	A2		2000	<b>2089</b>	89	4.5

### Bemerkungen

L1, L2, Die Studierendenzahl liegt um insgesamt 1.0% über Budget (Bachelor +1%, Master +0.6%). Gegenüber dem Vorjahr liegt das Studierendenwachstum auf einem unverändert hohen Niveau von +5% (Zunahme Master 18.4%, Bachelor +3.4%). Auf der Masterstufe sind die grössten Wachstumsraten in der School of Management and Law (+40.1%) und School of Engineering (+33.1%) zu verzeichnen.

L4, L5, Der Volumenanteil in der Weiterbildung hat sich trotz stärkeren relativen Wachstums in der grundständigen Lehre gegenüber dem Vorjahr um 0.1 Prozentpunkte auf 10.9% erhöht (absolutes Wachstum +1.8 Mio. Franken) und liegt damit über dem Planwert von 10.4%. Im Bereich Forschung und Entwicklung konnte die Finanzierung gegenüber dem Vorjahr dank höheren Drittmitteln (+1.5 Mio. Franken bzw. +3.6%) sowie einer Kostenreduktion (-3.4 Mio. Franken bzw. -2.9%) verbessert werden, letzteres widerspiegelt im tieferen Kostenanteil der Forschung. Die Dienstleistung liegt mit einem Kostenanteil von 4.8% praktisch auf Vorjahres- und Budgetwert.



- B1 Der Staatsbeitrag je Studierenden hat sich gegenüber dem Vorjahr um -5.2% bzw. -754 Franken pro Studierenden weiter reduziert. Die Veränderung des Staatsbeitrages pro Studierenden ist nebst generellen Kostenoptimierungen auch wesentlich geprägt vom Forschungsvolumen sowie von Veränderungen im Studierendenmix (v.a. Wachstum in den weniger kostenintensiven Studienrichtungen wie z.B. Wirtschaft) und Veränderungen bei der Studierendenherkunft (Zürcher bzw. Nicht-Zürcher Studierende).
- B2 Der prozentuale Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHAW konnte im Berichtsjahr um -1.1 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr reduziert werden (Reduktion gegenüber Budget um 1.0 Prozentpunkt). Dies widerspiegelt das gegenüber dem Studierendenwachstum deutlich unterproportionale Personalwachstum.
- B3 Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Grundständigen Lehre liegt mit gut 33% über Vorjahr und Budget. Die Auswirkungen des neuen Finanzierungsmodells des Bundes bei den Fachhochschulen sind mit der im Berichtsjahr erstmalig nach den Modalitäten gemäss HFKG erfolgten Ausrichtung der Grundbeiträge bekannt und es ergibt sich in diesem Bereich wieder mehr Planungssicherheit für die künftigen Jahre.
- B4 Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen hat sich weiter erhöht. Die Quote von aktuell 81.4% liegt am obersten Rand und kann angesichts der bestehenden Personalvakanzen kaum auf diesem Niveau gehalten werden.
- W1, W2 Die Gesamtzahl der Diplomabschlüsse liegt 1.6% über Budget (Bachelor -0.1%, Master +10.5%) bzw. um 4.5% über dem Vorjahr (Bachelor +0.3%, Master +32.0%). Die grössten Zuwachsraten beim Master sind in den Departementen School of Management and Law, Soziale Arbeit, School of Engineering und Life Sciences & Facility Management zu verzeichnen.
- W3 Die Anzahl der Forschungsprojekte liegt über dem Planwert. Im Berichtsjahr konnte sich die ZHAW erstmals mit diversen Projekten bei den Projektgebundenen Beiträgen des Bundes mitbeteiligen.

### **Entwicklungsschwerpunkte**

Stand bis

#### **9710 2a Aufbau des strategischen Schwerpunktes «Energie»**

Die Kompetenzen der ZHAW wurden im Rahmen des Forschungsschwerpunktes «Energie» auf- und ausgebaut. Daraus entstanden sechs interdisziplinäre Projekte unter Beteiligung aller Departemente. Diese Projekte liefen bis 2017. Alle Aktivitäten im Rahmen des «Schwerpunktes Energie» der ZHAW wurden 2017 einer externen Evaluation unterzogen, welche positiv ausgefallen ist. Die ZHAW beteiligt sich zudem bei den folgenden SCCER (Swiss Competence Centers for Energy Research) Projekten: FURIES, CREST, Mobility, BIOSWEET.

Planmässig 2017

#### **9710 2b Stärkung des Angebots im MINT- und Gesundheitsbereich**

Im Fachbereich Gesundheit startete im Herbstsemester der Kooperationsmaster Hebamme. Ebenfalls neu gestartet ist im Fachbereich Life Science der Master Umwelt und Natürliche Ressourcen. Das Studierendenwachstum im Jahresvergleich im MINT-Bereich beträgt +2.2% (Vorjahr +1.5%) und im Gesundheitsbereich +6.3% (Vorjahr +4.4%).

Planmässig 2018

#### **9710 2c Konsolidierung des Forschungs- und Entwicklungs-Portfolios und des Weiterbildungsangebots**

Überprüfung der Forschungs- und Weiterbildungsportfolios verläuft gemäss Planung (inhaltlich wie auch finanziell).

Planmässig 2018

#### **9710 2d Beteiligung an der Initiative des Bundes gegen den Fachkräftemangel**

Durchführung der «Science Week» des Departements Life Sciences und Facility Management und des Ferienprogramms «Faszination Technik» der School of Engineering. Einstiegsangebote für PiBS (praxisintegriertes Bachelorstudium) sind seit Herbstsemester 2015/2016 in diesen beiden Departementen vorhanden (in allen acht Bachelorstudiengängen der School of Engineering sowie Bachelorstudiengänge Biotechnologie und Chemie).

Planmässig 2019

#### **9710 2e Bezug der Hallen 141/180/189/191 durch das Departement Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen auf dem Sulzerareal Winterthur**

Umbau in den Hallen 180, 189 und 191 sowie Neubau der Halle 141 (Haus Richard-Coray). Der Baustart bei der Halle 141 erfolgte im Berichtsjahr. Die Projektarbeiten verlaufen grossmehrheitlich gemäss Planung. Der Bezug des letzten Gebäudes verschiebt sich wahrscheinlich um ein halbes Jahr auf Ende 2019/Anfang 2020.

Planmässig 2019

#### **9710 2f Aufbau des strategischen Schwerpunktes «gesellschaftliche Integration»**

Ziel ist die Vertiefung der Expertise und Positionierung der ZHAW in den Themenfeldern Arbeit, Diversität, Lebensraum und soziale Sicherung. Der im Berichtsjahr lancierte 1. Call zur Förderung im Rahmen dieses neuen ZHAW-Forschungsschwerpunktes ist auf grosses Interesse gestossen. Von insgesamt 29 Projekteingaben will die Hochschulleitung der ZHAW im Jahr 2018 14 Projekte fördern.

Planmässig 2020

#### **9710 2g Bezug Haus Adeline-Favre auf dem Sulzerareal durch das Departement Gesundheit**

Der Spatenstich in Winterthur ist im Berichtsjahr erfolgt. Die Projektarbeiten verlaufen insgesamt gemäss Planung und sind auf Kurs für den Bezug der Gebäude durch die ZHAW im Jahr 2020.

Planmässig 2020

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9710

### 9710 2h Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (1. Phase)

Der Laborcluster wurde im Dezember in einem einstufigen Wettbewerb im selektiven Verfahren ausgeschrieben. Das Ergebnis und somit die Projektauswahl wird voraussichtlich im November 2018 bekannt gegeben. Im Berichtsjahr wurde der Entscheid für eine Re-Etappierung der weiteren Bau-massnahmen getroffen. Dementsprechend erfolgt im Anschluss an die Planung des Laborclusters neu die Planung und Umsetzung der ursprünglichen Etappe 3 (TE und TE Hof). Erste inhaltliche Vorbereitungen und denkmalpflegerische Abklärungen zum Gebäudeerhalt oder Abriss TC wurden bereits auf-genommen. Parallel wurden weitere Schritte in die Wege geleitet, um die Campus-Planung voranzu-treiben. Der Generalplaner-Wettbewerb für die erste Bauetappe des neuen Campus Technikums-trasse startet im Januar 2018.

Verzögert 2022

### 9710 2i Entwicklung Standort Wädenswil (Haus RD, Campus Reidbach & Campus Grün-tal)

Beim Haus RD in Wädenswil erfolgte die Überweisung des Bauprojekts an den Regierungsrat. Das Vorgehen für die weitere Campus-Entwicklung wird voraussichtlich im Jahr 2018 geklärt.

Verzögert 2022

### 9710 2j Umsetzung der Qualitätsstrategie und Vorbereitung der Institutionellen Akkre-ditierung

Die Arbeiten verlaufen gemäss Planung.

Planmässig 2022

### 9710 2k Umsetzung Strategie 2015-2025

Verankerung der strategischen Schwerpunkte in den Jahreszielen gemäss Planung.

Planmässig 2025

### 9710 2l Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (2. Phase)

Dieses Projekt wird in Abhängigkeit von der Phase 1 (Entwicklung Campus Technikumstrasse, Win-terthur) lanciert.

Geplant 2027

## Personal

	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2208.3	2324.5	<b>2223.9</b>	-100.6	-4.3

#### Bemerkungen R17 zu B17

-100.6 Die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften widerspiegelnd hat sich der Personalbestand trotz einer Steigerung bei den Drittmitteln in der Weiterbildung, Forschung und Dienstleistung um 5.3 Mio. Franken (5.9%) sowie eines weiteren Studierendenwachstums von 5% gegenüber Vorjahr um lediglich 15.6 Vollzeitäquivalente (+0.7%) erhöht und liegt damit um rund 100 Vollzeitäquivalente unter Budget.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Ertrag	452.3	471.2	<b>464.3</b>	-6.9	-1.5
- Beiträge Bund	81.8	83.0	<b>89.3</b>	6.3	7.6
- Beiträge anderer Kantone	82.7	85.3	<b>87.1</b>	1.8	2.1
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	166.1	172.5	<b>165.3</b>	-7.2	-4.2
Aufwand	-448.4	-481.6	<b>-456.9</b>	24.7	5.1
- Kreditübertragungen aus 2016		-10.4			
Saldo	3.9	-10.4	<b>7.4</b>	17.7	171.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	R17	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.2		<b>0.1</b>	0.1	0.0
Ausgaben	-10.2	-24.9	<b>-15.6</b>	9.3	37.3
- Kreditübertragungen aus 2016		-5.9			
Saldo	-10.0	-24.9	<b>-15.5</b>	9.4	37.6

#### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
17.7		Abweichungen total R17 zu B17
19.5	A1, A2	- Tieferer Personalaufwand als Ergebnis einer Budgetabweichung von 9.1 Mio. Franken (2.6%) bei den Personalkosten sowie der Kreditübertragung aus dem Vorjahr von 10.4 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr Anstieg der Personalkosten um 10.3 Mio. Franken (einschliesslich höhere Aufwendungen für temporäre Arbeitskräfte und Arbeitgeberbeiträge und Zunahme der Mehrzeiteinsaldi). Im Zweijahres-vergleich Zunahme der gesamten Personalkosten um lediglich 2.3% bei einem gleichzeitigen Wachs-tum bei den Studierenden von 9.7%. Abnahme der Gesamtkosten in der Weiterbildung, Forschung und Dienstleistung gegenüber Vorjahr um 1.4 Mio. Franken, dies bei einer gleichzeitigen Steigerung der Drittmittel um 5.3 Mio. Franken.
5.9	A1, A2	- Höhere Bundesbeiträge (+5.1%), davon 6.3 Mio. Franken Grundbeiträge (Ertrag oben in der Tabelle aufgeführt) und -0.4 Mio. Franken weitere Bundesbeiträge. Zunahme Grundbeiträge Bund, da sich die ZHAW bei den neuen Bemessungskriterien gemäss Finanzierungsmodell Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) gegenüber den anderen Fachhochschulen relativ verbessern konnte.

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9710

5.1	A1, A2	- Tieferer Sachaufwand infolge aus verschiedenen Gründen (Ressourcenengpässe, externe Abhängigkeiten, inhaltliche Unwägbarkeiten usw.) entstandener Verzögerungen vor allem von Infrastruktur- und Systemprojekten. Im Vorjahresvergleich um rund 1.8 Mio. Franken tieferer Sachaufwand, hauptsächlich bedingt durch tiefere Informatikbeschaffungskosten, tiefere Anschaffungskosten von nicht zu aktivierenden Maschinen und Geräten sowie tieferen externen Dienstleistungsaufwand.
1.8	A1	- Mehrerlöse Pauschalbeitrag FHV Nicht-Trägerkantone (+2.1%; Beiträge von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung) infolge höherer Studierendenzahlen (+1%) gegenüber Planung
1.8	A2	- Höhere interne Verrechnungen innerhalb des Kantons Zürich infolge Mehrleistungen der ZHAW in Aus-/Weiterbildungen sowie übrigen Dienstleistungen für Amtsstellen aus dem Kanton
0.4	A1, A2	- Höhere Transfererträge
-7.2	A1, A2	- Tieferer Kostenbeitrag der Bildungsdirektion
-9.6	A1, A2	- Entgelte, verschiedene Erträge und Finanzertrag tiefer als budgetiert (-9.6 Mio. Franken), Entgelte jedoch um 1.9 Mio. Franken höher als im Vorjahr (+3.3 Mio. Franken höhere Schul- und Kursgelder, +2.3 Mio. Franken Mehrerlöse Benutzungsgebühren und Dienstleistungen, -3.7 Mio. Franken höhere Projektabgrenzungen aufgrund ressourcenbedingter Verzögerungen in der Abwicklung von Forschungsprojekten)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-24.9	<b>-15.5</b>	9.4	
- Bau- und Infrastrukturprojekte	-24.9	<b>-15.5</b>	9.4	- Ressourcenengpässe und Projektverzögerungen, betrifft v.a. Bau- und Infrastrukturprojekte im Bereich Informatik und Facility Management (gegenüber Vorjahr Zunahme um 5.5 Mio. Franken)
- Übrige	0.0	<b>0.0</b>	0.0	

### Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2017 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Gewinn von Fr. 7387313.98 (entspricht 1.6% des Gesamtaufwands der ZHAW von rund 457 Mio. Franken; Ergebnis Vorjahr Fr. 3947664.66). Hauptgründe für dieses positive Ergebnis sind ein gegenüber Vorjahr weiterhin hohes Studierendenzuwachstum und Drittmittelwachstum bei einem unverändert unterproportionalen und zeitlich verzögerten Personalaufbau. Im Berichtsjahr hat der Bund die Grundbeiträge für die

Fachhochschulen erstmals gemäss dem neuen Finanzierungsmodell des HFKG entrichtet. Da sich die ZHAW bei den Bemessungskriterien gegenüber den anderen Fachhochschulen relativ verbessern konnte, sind die Bundesbeiträge um 5,9 Mio. Franken höher ausgefallen als für das Berichtsjahr budgetiert.

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beantragt, den Gewinn von Fr. 7387313.98 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage in die strategische Reserve: Fr. 2000000.00
- Einlage in die Forschungsreserve: Fr. 5387313.98

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9710

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>130.0</b>	<b>105.4</b>	<b>24.6</b>	<b>23.4</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>130.0</b>	<b>105.4</b>	<b>24.6</b>	<b>23.4</b>
Flüssige Mittel	0.4	0.4	0.1	17.4
Forderungen	122.7	96.2	26.5	27.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.5	8.4	-1.9	-22.5
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.4	0.4	-0.0	-11.1
<b>Anlagevermögen</b>	<b>43.8</b>	<b>42.0</b>	<b>1.8</b>	<b>4.3</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>43.8</b>	<b>42.0</b>	<b>1.8</b>	<b>4.3</b>
Sachanlagen	42.9	40.8	2.1	5.0
Immaterielle Anlagen	0.8	1.2	-0.3	-26.3
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.1	0.0	0.0	> 100.0
Investitionsbeiträge				
<b>Total Aktiven</b>	<b>173.8</b>	<b>147.4</b>	<b>26.4</b>	<b>17.9</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-138.6</b>	<b>-119.6</b>	<b>-19.0</b>	<b>-15.9</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-137.8</b>	<b>-118.6</b>	<b>-19.2</b>	<b>-16.2</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-22.8	-22.5	-0.3	-1.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-95.4	-79.7	-15.7	-19.7
Kurzfristige Rückstellungen	-19.6	-16.4	-3.2	-19.5
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-0.8</b>	<b>-1.0</b>	<b>0.2</b>	<b>16.7</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.4	-0.6	0.2	32.5
Langfristige Rückstellungen	-0.4	-0.4	-0.0	-6.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
<b>Eigenkapital</b>	<b>-35.2</b>	<b>-27.8</b>	<b>-7.4</b>	<b>-26.6</b>
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	-27.8	-23.9	-3.9	-16.5
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Jahresergebnis	-7.4	-3.9	-3.4	-87.1
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-173.8</b>	<b>-147.4</b>	<b>-26.4</b>	<b>-17.9</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	130.0	105.4	24.6	23.4

# 9720 Zürcher Hochschule der Künste

Im Bereich Lehre wurde ein neues Modell zur Förderung des hochschulweiten Lernens implementiert. Dieses ermöglicht Studierenden, sich innerhalb des Lehrangebots flexibler zu bewegen sowie übergreifend konzipierte Module zu belegen. Damit profitieren die Studierenden verstärkt vom Gesamtangebot der Hochschule. Interdisziplinär ausgerichtet ist auch die neue Mastertiefung Sound Design. Mit dem im Berichtsjahr vom Fachhochschulrat genehmigten Master of Arts in Dance positioniert sich die ZHdK in der Schweiz als alleinige Anbieterin eines Masterstudiengangs in Tanz. Die beiden neuen Masterangebote starten im Herbstsemester 2018.

Vertreterinnen und Vertreter aus Forschung und Lehre entwickelten in einem Projekt mit der Hochschulleitung Massnahmen zur besseren Verschränkung der beiden Leistungsbereiche und zur Förderung departementsübergreifender Forschung. Ausserdem wurden vier von fünf Anträgen für projektgebundene Beiträge des Bundes für Doktoratsprogramme im Rahmen der BFI-Botschaft 2017–2020 genehmigt.

Die ZHdK kann somit in Kooperation mit promotionsberechtigten Hochschulen im In- und Ausland attraktive Doktoratsprogramme anbieten.

Die ZHdK will sich im Bereich Digitalisierung aktiv positionieren. Zur Bündelung von Digitalisierungsthemen wird neu ein Digitalrat aufgebaut. Er berät die Hochschulleitung und koordiniert die Umsetzung konkreter Massnahmen. Beim ersten Digitaltag der Schweiz engagierte sich die ZHdK erfolgreich mit einem umfassenden Angebot.

Erstmals verlieh die ZHdK mit dem «Honorary Companion» bzw. «Companion» Ehrentitel an Persönlichkeiten, die sich um die Interessen der ZHdK besonders verdient gemacht oder bereits in jungen Jahren Aussergewöhnliches geleistet haben.

Der Rektor der ZHdK wurde für eine dritte Amtszeit von vier Jahren wiedergewählt.

Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2017 der ZHdK verwiesen (Publikation im Mai 2018).

## Aufgaben

- A1 Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design sowie Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung.
- A3 Angebote im Nicht-Fachhochschulbereich (Museum, Propädeutikum und Tanzakademie).

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Studierende gesamt	A1	2027	2002	<b>2067</b>	65	3.2
L2	- Anteil Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	1149	1151	<b>1193</b>	42	3.6
L3	- Anteil Studierende in Masterstudiengängen	A1	878	851	<b>874</b>	23	2.7
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in %	A2	19	14.5	<b>19.9</b>	5.4	
L5	- Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	A2	3.7	2.6	<b>4.2</b>	1.6	
L6	- Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	A2	14.9	11.8	<b>15.3</b>	3.5	
L7	- Anteil Dienstleistungen in %	A2	0.4	0.1	<b>0.4</b>	0.3	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A1, A2	42182	43702	<b>42562</b>	-1140	-2.6
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHdK in %	A1, A2	61.7	64.7	<b>62.9</b>	-1.8	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur) in %	A1, A2	22.5	21.7	<b>23.4</b>	1.7	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in %	A1, A2	59.6	55.2	<b>57.3</b>	2.1	
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	A1	314	342	<b>311</b>	-31	-9.1
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse	A1	296	330	<b>338</b>	8	2.4
W3	Anzahl Projekte Forschung und Entwicklung	A2		55	<b>54</b>	-1	-1.8

### Bemerkungen

- L1, L2, Die Zahl der Studierenden liegt sowohl bei den Bachelor- wie auch den Masterstudiengängen über der Planung. Dies ist hauptsächlich auf eine längere Studiendauer bis zum Abschluss zurückzuführen.
- L3 ist hauptsächlich auf eine längere Studiendauer bis zum Abschluss zurückzuführen.
- L4, L5, Die Projektbeiträge bei der Forschung und Entwicklung konnten gegenüber dem Budget gesteigert werden. Zusätzlich wurden auch mehr Weiterbildungsangebote als geplant angeboten und durchgeführt.
- L6, L7 wurden auch mehr Weiterbildungsangebote als geplant angeboten und durchgeführt.
- B1 Die höheren Studierendenzahlen führen zu einem tieferen Kostenbeitrag der Bildungsdirektion pro Student/in als budgetiert.

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9720

- B2, B3 Der Grundbeitrag des Bundes wurde erstmals nach dem neuen Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG) entrichtet. Der Beitrag für die ZHdK hat sich hierbei höher herausgestellt als budgetiert (siehe unten «Finanzierung»). Dies führte zum höheren Finanzierunganteil des Bundes an der Diplombildung (B3) und zu dem gegenüber Budget tieferen Finanzierungsanteil des Kantons am Gesamtumsatz der ZHdK (B2).
- B4 Höhere Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen aufgrund der höheren Studierendenzahl
- W1, W2 Die Anzahl der Bachelor-Abschlüsse ist tiefer ausgefallen als geplant. Die Zahl der Master-Abschlüsse konnte leicht gesteigert werden.

### Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<b>9720 2a Inbetriebnahme Museum für Gestaltung Ausstellungsstrasse (inkl. Rückgabe Museum Bellerive)</b>		
Die Eröffnung des umgebauten und renovierten Standortes an der Ausstellungsstrasse erfolgt planmässig am 1. März 2018.	Planmässig	2018
<b>9720 2b Nachfolgeplanung in der Hochschulleitung sichergestellt</b>		
Die Departementsleitung Kunst und Medien wurde neu besetzt. Die Rekrutierungsprozesse für die Verwaltungsdirektion und die Direktion des Departementes Darstellende Künste und Film sind initiiert.	Planmässig	2018
<b>9720 2c Evaluation und gegebenenfalls Neuausrichtung Bildung und Vermittlung</b>		
Die Auslegeordnung wurde durch die Hochschulleitung zur Kenntnis genommen. Das weitere Vorgehen ist geplant.	Planmässig	2019
<b>9720 2d Abschluss Aufbau Bachelorstudiengang Tanz</b>		
Im Bachelor Contemporary Dance nahm im Herbst der dritte Jahrgang sein Studium auf. Damit ist dieser Studiengang voll ausgebaut.	Planmässig	2017
<b>9720 2e Stärkung der Vernetzung von Forschung und Lehre durch neue Organisationsmodelle und Einrichtung von Forschungsdeputaten</b>		
Die Forschungsdeputate werden in Einzelfällen operativ weitergeführt. Neue organisatorische und personelle Massnahmen sollen den Transfer zwischen Forschung und Lehre wirksamer sicherstellen.	Sistiert	2017
<b>9720 2f Erhöhung der Flexibilität in der Lehre einschliesslich Entwicklung und Implementierung einer neuen e-Learning-Strategie</b>		
Das neue Modell für die departementsübergreifenden Lehrmodule (Z-Module) wurde konzipiert und wird im Frühjahrssemester 2018 erstmals umgesetzt. Die Fachstelle E-Learning ist etabliert.	Abgeschlossen	2017
<b>9720 2g Ausbau Weiterbildungsangebote und Schaffung von neuen Angeboten für den internationalen Weiterbildungsmarkt</b>		
Neue internationale Angebote wurden durchgeführt. Der Angebotsausbau wird weiter vorangetrieben. Strategie Weiterbildungsangebote / Struktur Zentrum für Weiterbildung (Antrag an Hochschulleitung) per Ende Frühjahrssemester 2018	Planmässig	2018
<b>9720 2h Bündelung der internationalen Kooperationen und Partnerschaften und Erhöhung der "Global Competence" für Studierende, Dozierende und Mitarbeitende</b>		
Die Aktivitäten in Hongkong sind seit Herbst 2016 in eine kontinuierliche Programmlogik überführt.	Planmässig	2018
<b>9720 2i Institutionelle Akkreditierung abgeschlossen</b>		
Der Umsetzungsplan ist verabschiedet. Peer Reviews für erste Departemente im Jahr 2018 vorbereitet.	Planmässig	2020

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	678.0	658.9	<b>683.4</b>	24.5	3.7

Bemerkungen R17 zu B17

- 24.5 Die Abweichung zum Budget ist darauf zurückzuführen, dass bis einschliesslich Budget 2017 das nicht per Anstellungsverfügung beschäftigte Personal (privatrechtliche Anstellungen) teilweise als Sachaufwand budgetiert wurde. Die buchhalterische Umgliederung dieser Aufwendungen vom Sach- zum Personalaufwand wurde in der Budgetierungslogik inzwischen vorgenommen.

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9720

### Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	168.6	164.9	<b>168.7</b>	3.9	2.3
- Beiträge Bund	22.1	21.4	<b>23.3</b>	2.0	9.2
- Beiträge anderer Kantone	19.7	19.5	<b>18.5</b>	-1.0	-5.2
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	104.0	106.6	<b>106.2</b>	-0.4	-0.4
Aufwand	-165.5	-164.9	<b>-169.3</b>	-4.4	-2.7
Saldo	3.0	0.0	<b>-0.5</b>	-0.5	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.0		<b>1.2</b>	1.2	0.0
Ausgaben	-2.6	-2.4	<b>-2.9</b>	-0.5	-21.6
Saldo	-2.6	-2.4	<b>-1.7</b>	0.7	29.4

#### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.5		Abweichungen total R17 zu B17
1.9	A1, A2	- Höhere Bundesbeiträge: 2.0 Mio. Franken höhere Grundbeiträge Bund gemäss HFKG (vgl. oben Bemerkung zu Indikatoren B3), -0.1 Mio. Franken übrige Bundesbeiträge
1.6		- Tiefere Aufwendungen für externe Dienstleistungen, wurden über eigenen Personalaufwand erbracht
1.5		- Höhere Erträge aus internen Verrechnungen für von der ZHdK erbrachte Leistungen an konsolidierte Einheiten innerhalb des Kantons Zürich
1.1	A1	- Mehreinnahmen von Schul- und Kurgeldern aufgrund höherer Studierendenzahl
0.7		- Tiefere Ver- und Entsorgungskosten durch günstigeren Stromeinkauf
0.5	A2	- Ergebnis verschiedener Ertragsabweichungen: höhere Einnahmen aus Dienstleistungen und Verkäufen sowie höherer übriger Ertrag; tiefere Rückerstattungen und Entgelte
0.4		- Ergebnis verschiedene Aufwandsabweichungen: Aufwandminderungen beim Material- und Warenaufwand, den Aufwendungen für nicht aktivierbare Anlagen, im übrigen Betriebsaufwand sowie bei den Abschreibungen und Mieten; höhere Unterhaltskosten und Zunahme Weiterleitung von Forschungsbeiträgen an Kooperationspartner
-0.4	A3	- Tieferer Beitrag vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt an die Tanzakademie aufgrund weniger beitragsberechtigten Lernenden als im Vorjahr
-0.8		- Höhere Aufwendungen für interne Verrechnungen, vor allem im Bereich Nutzungskosten
-1.0	A1	- Mindererlöse Pauschalbeitrag FHV Nicht-Trägerkantone (Beiträge von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung) aufgrund weniger Studierenden von ausserhalb des Kantons Zürich
-6.0	A2	- Höherer Personalaufwand durch im Budget als Sachkosten, in der Rechnung aber als Personalkosten ausgewiesenen Aufwendungen vor allem im Bereich angewandte Forschung und Entwicklung
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.4	<b>-1.7</b>	0.7	
- Total Einnahmen	0.0	<b>1.2</b>	1.2	- Nicht budgetierte Investitionsbeiträge von Dritten für die Dauerausstellung im Museum für Gestaltung an der Ausstellungstrasse
- Übrige	-2.4	<b>-2.9</b>	-0.5	

### Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2017 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Verlust von Fr. 535'805.25 (Vorjahr Gewinn Fr. 3'047'896.64). Dieser Verlust ergibt sich im Wesentlichen aus den von der Hochschulleitung und vom Rektor bewilligten Projekten zu Lasten der allgemeinen Reserve (vor allem Projekt Arts for Change, Umzug Museum

Bellerive, Internationale Filmkonferenz CILECT, Aufbau internationale Weiterbildung).

Die Zürcher Hochschule der Künste beantragt, den Verlust von Fr. 535'805.25 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zu entnehmen:

- Entnahme allgemeine Reserven Fr. 780'544.45
- Einlage allgemeine Reserven Fr. 244'739.20

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9720

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>10.5</b>	<b>13.2</b>	<b>-2.7</b>	<b>-20.2</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>10.5</b>	<b>13.2</b>	<b>-2.7</b>	<b>-20.2</b>
Flüssige Mittel	0.2	0.1	0.1	> 100.0
Forderungen	5.8	9.0	-3.2	-35.1
Kurzfristige Finanzanlagen	0.0	0.0	0.0	7.1
Aktive Rechnungsabgrenzung	4.4	4.0	0.4	9.7
Vorräte und angefangene Arbeiten				
<b>Anlagevermögen</b>	<b>41.2</b>	<b>48.1</b>	<b>-6.9</b>	<b>-14.3</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.0</b>	<b>-100.0</b>
Finanzanlagen	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>41.2</b>	<b>48.1</b>	<b>-6.9</b>	<b>-14.3</b>
Sachanlagen	40.6	47.5	-6.9	-14.5
Immaterielle Anlagen	0.5	0.6	-0.0	-5.8
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.0	-	0.0	100.0
Investitionsbeiträge				
<b>Total Aktiven</b>	<b>51.7</b>	<b>61.3</b>	<b>-9.6</b>	<b>-15.6</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-33.4</b>	<b>-42.4</b>	<b>9.0</b>	<b>21.3</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-24.6</b>	<b>-32.8</b>	<b>8.2</b>	<b>25.0</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-14.6	-21.7	7.1	32.6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-5.2	-7.2	1.9	27.1
Kurzfristige Rückstellungen	-4.8	-3.9	-0.8	-21.0
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-8.8</b>	<b>-9.6</b>	<b>0.8</b>	<b>8.6</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-8.7	-9.5	0.8	8.6
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.2	0.0	9.1
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
<b>Eigenkapital</b>	<b>-18.3</b>	<b>-18.8</b>	<b>0.5</b>	<b>2.8</b>
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs.3 FCV	-18.8	-15.8	-3.0	-19.3
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0.5	-3.0	3.6	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-51.7</b>	<b>-61.3</b>	<b>9.6</b>	<b>15.6</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	10.5	13.2	-2.7	-20.3



# 9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die Hochschulleitung hat im Berichtsjahr die Strategie für die Periode 2018 bis 2021 entwickelt. Diese besteht aus vier Leitlinien und sieben strategischen Zielen. Sie setzt unter anderem Schwerpunkte bei der Qualitäts- und Professionsentwicklung, bei der Weiterentwicklung von Kooperationen mit Schulen und Hochschulen und beim Thema Digitalisierung. Die Strategie wurde im Dezember vom Fachhochschulrat verabschiedet.

In der Ausbildung sind weiterhin leicht steigende Studierendenzahlen zu verzeichnen. Inhaltlich wurde auf allen Stufen an Studienreformen und Curriculumsentwicklungen gearbeitet. In der Weiterbildung lag ein Schwerpunkt beim Thema Lehrplan 21. Neben sehr gut besuchten Einführungsveranstaltungen für Lehrpersonen und Schulleitende startete im Herbst der Grundlagenkurs Medien und Informatik (GMI).

Bis 2021 werden sich bis zu 3200 Lehrerinnen und Lehrer in diesem Thema weiterbilden und die kantonale Unterrichtsbezeichnung in Medien und Informatik erhalten

Der Schweizerische Nationalfonds hat im Berichtsjahr mehrere Forschungsprojekte der PHZH unterstützt, so zum Beispiel zum Thema «Gesundheit von Lehrpersonen». Daneben konnten weitere Drittmittel von verschiedenen Stiftungen eingeworben werden. Gleichzeitig wurden 20 Projekte erfolgreich abgeschlossen.

Weiter ausgebaut wurden verschiedene Kooperationen mit anderen Hochschultypen sowie mit der Universität Zürich und den Zürcher Fachhochschulen. Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2017 der PH Zürich verwiesen (Publikation Mai 2018).

## Aufgaben

- A1 Praxisorientierte Diplomstudiengänge für die Lehrpersonenausbildung auf Hochschulniveau, die dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung.

## Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl Studierende gesamt,	A1	3141	3330	<b>3158</b>	-172	-5.2
L2	- Anteil Studierende in der Eingangsstufe (Bachelorstudiengänge)	A1	1583	414	<b>491</b>	77	18.6
L10	- Anteil Studierende in der Primarstufe (Bachelorstudiengänge)	A1		1312	<b>1314</b>	2	0.2
L3	- Anteil Studierende in der Sekundarstufe I (Masterstudiengang)	A1	730	780	<b>790</b>	10	1.3
L4	- Anteil Studierende in der Sekundarstufe II (Diplomstudiengänge und Master Fachdidaktik)	A1	364	350	<b>384</b>	34	9.7
L5	- Anteil Studierende in den kantonalen Studiengängen (Bachelor QUEST, kantonale Stufenanstiege Sek I, Berufskundeunterricht Sek II im Nebenberuf)	A1	464	474	<b>179</b>	-295	-62.2
L6	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in %	A2	30.8	27.2	<b>32.1</b>	4.9	
L7	- Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	A2	8	6	<b>9.8</b>	3.8	
L8	- Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung in %	A2	8.7	8.5	<b>9.7</b>	1.2	
L9	- Anteil Dienstleistungen in %	A2	14.1	12.7	<b>12.7</b>	0.0	
B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Student/in	A1, A2	34011	32906	<b>34065</b>	1159	3.5
B2	Anteil Kostenbeitrag der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der PHZH in %	A1, A2	73.6	75.9	<b>73.4</b>	-2.5	
B3	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in %	A1, A2	54.4	48.9	<b>55.1</b>	6.2	
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse Eingangsstufe und Primarstufe	A1	417	415	<b>376</b>	-39	-9.4
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse Sekundarstufe I	A1	73	110	<b>80</b>	-30	-27.3
W3	Anzahl Diplomabschlüsse Sekundarstufe II (einschliesslich Master Fachdidaktik)	A1	142	120	<b>176</b>	56	46.7
W4	Anzahl Zürcher Lehrdiplomabschlüsse (Bachelor QUEST, KSTS, Sek II Nebenberuf)	A1	238	117	<b>147</b>	30	25.6
W5	Anzahl Projekte Forschung und Entwicklung	A2		70	<b>50</b>	-20	-28.6

# Zu konsolidierende Anstalten

## Leistungsgruppe 9740

### Bemerkungen

- Allg. Die Indikatorwerte beruhen auf der Kostenrechnung 2017 der PHZH.
- L2, L10, L15 Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) wurden diese Studiengänge im Berichtsjahr in die betreffenden Bachelorstudiengänge integriert. Die betreffenden Studierenden werden in der R17 deshalb dort eingezählt (im B17 dagegen noch in L5 eingezählt).
- W2, W4 Diplomabschlüsse QUEST Sekundarstufe I im Budget in W2 und in der Rechnung in W4 eingezählt

### Entwicklungsschwerpunkte

#### **9740 2a Durch Ausbildungsgänge für den Quereinstieg QUEST, den Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule und geplante Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen und Schulleitende an der Volksschule genügend geeignete Personen - darunter mehr Männer - für den Lehrerberuf gewinnen**

Die PHZH bietet verschiedene Stufenumstiege an, darunter den kantonalen Stufenumstieg zur Sekundarstufe I für Primarlehrpersonen. Ebenfalls in den Regelbetrieb übernommen wurden die Ausbildungsgänge QUEST. Diese sind nun EDK-angelernt und werden daher wie die anderen Studiengänge regelmässig durchgeführt.

Stand bis

Planmässig 2020

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	558.7	553.8	<b>560.6</b>	6.8	1.2

#### Bemerkungen R17 zu B17

- 6.8 Der Personalbestand liegt im Rahmen des Vorjahrs und damit leicht höher als ursprünglich für das Berichtsjahr budgetiert.

### Finanzierung

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	145.2	144.3	<b>146.6</b>	2.3	1.6
- Beiträge anderer Kantone	16.3	14.7	<b>17.0</b>	2.3	15.6
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	106.8	109.6	<b>107.6</b>	-2.0	-1.8
Aufwand	-142.1	-144.3	<b>-144.7</b>	-0.4	-0.0
Saldo	3.0	0.0	<b>1.9</b>	1.9	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-1.3	<b>-1.2</b>	0.1	11.4
Saldo	-0.2	-1.3	<b>-1.2</b>	0.1	11.4

#### Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.9		Abweichungen total R17 zu B17
2.3	A1	- Mehrerlöse Pauschalbeitrag FHV Nicht-Trägerkantone (Beiträge von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung)
1.8	A1, A2	- Höhere projektgebundene Beiträge vom Bund
1.2	A2	- Mehrerlöse Dienstleistungen und sonstige Mehrerlöse
-0.3	A1, A2	- Höherer Personalaufwand
-1.0	A2	- Tiefere Einnahmen aus Schul-/Kursgeldern (Einführung Lehrplan 21)
-2.0	A1, A2	- Tieferer Kostenbeitrag der Bildungsdirektion
-0.1		- Übrige Abweichungen

### Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckungs des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2017 der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 1 895 331.24 (Vorjahr Fr. 302 462.36).

Der Gewinn ist auf die höheren FHV-Beiträge von anderen Kantonen sowie die Kostenbewirtschaftung zurückzuführen. Die Pädagogische Hochschule Zürich beantragt, den Gewinn von Fr. 1 895 331.24 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 FCV) zuzuführen.

- Einlage in die allgemeinen Reserven Fr. 1 895 331.24

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9740

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>39.3</b>	<b>31.5</b>	<b>7.8</b>	<b>24.6</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>39.3</b>	<b>31.5</b>	<b>7.8</b>	<b>24.6</b>
Flüssige Mittel	0.1	0.0	0.0	89.2
Forderungen	36.9	29.6	7.3	24.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.2	1.8	0.4	23.8
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.1	0.1	0.0	15.6
<b>Anlagevermögen</b>	<b>2.2</b>	<b>2.7</b>	<b>-0.5</b>	<b>-17.9</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>2.2</b>	<b>2.7</b>	<b>-0.5</b>	<b>-17.9</b>
Sachanlagen	2.2	2.7	-0.5	-17.6
Immaterielle Anlagen	0.0	0.0	-0.0	-100.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
<b>Total Aktiven</b>	<b>41.5</b>	<b>34.2</b>	<b>7.3</b>	<b>21.3</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-26.2</b>	<b>-20.8</b>	<b>-5.4</b>	<b>-25.9</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-26.0</b>	<b>-20.6</b>	<b>-5.4</b>	<b>-26.1</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-5.9	-3.0	-2.8	-93.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-10.8	-9.7	-1.1	-11.0
Kurzfristige Rückstellungen	-9.3	-7.8	-1.5	-18.8
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.2</b>	<b>-0.0</b>	<b>-5.5</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.2	-0.2	-0.0	-5.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
<b>Eigenkapital</b>	<b>-15.3</b>	<b>-13.4</b>	<b>-1.9</b>	<b>-14.1</b>
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs.3 FCV	-13.4	-10.4	-3.0	-29.0
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-1.9	-3.0	1.1	37.3
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-41.5</b>	<b>-34.2</b>	<b>-7.3</b>	<b>-21.3</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	39.3	31.5	7.8	24.6

# 9800 Stiftungen und Legate

## Aufgaben

A1 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel vom Donator vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

## Bemerkungen

A1 Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant. Weiterreichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

## Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.7		<b>4.6</b>	4.6	0.0
Aufwand	-3.0		<b>-4.5</b>	-4.5	0.0
Saldo	2.7		<b>0.0</b>	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

## Zu konsolidierende Anstalten Leistungsgruppe 9800

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>36.3</b>	<b>32.0</b>	<b>4.4</b>	<b>13.6</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>36.3</b>	<b>32.0</b>	<b>4.4</b>	<b>13.6</b>
Flüssige Mittel	1.3	1.4	-0.1	-5.9
Forderungen	25.5	28.0	-2.5	-8.8
Kurzfristige Finanzanlagen	9.1	2.2	6.9	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.4	0.4	-0.0	-2.8
Vorräte und angefangene Arbeiten				
<b>Anlagevermögen</b>	<b>80.3</b>	<b>85.0</b>	<b>-4.8</b>	<b>-5.6</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>80.3</b>	<b>85.0</b>	<b>-4.8</b>	<b>-5.6</b>
Finanzanlagen	71.3	76.7	-5.4	-7.1
Sachanlagen	9.0	8.3	0.6	7.6
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
<b>Total Aktiven</b>	<b>116.6</b>	<b>117.0</b>	<b>-0.4</b>	<b>-0.4</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-75.3</b>	<b>-75.8</b>	<b>0.5</b>	<b>0.6</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-0.1</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.1</b>	<b>&gt; 100.0</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-0.0	-0.0	0.0	59.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.1	-0.0	-0.1	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen				
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>-75.2</b>	<b>-75.7</b>	<b>0.5</b>	<b>0.7</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.5	-0.5	0.0	0.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-74.7	-75.2	0.5	0.7
<b>Eigenkapital</b>	<b>-41.3</b>	<b>-41.3</b>	<b>-0.0</b>	<b>-0.1</b>
Fonds im Eigenkapital	-41.3	-41.3	-0.0	-0.1
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-116.6</b>	<b>-117.0</b>	<b>0.4</b>	<b>0.4</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	116.6	117.0	-0.4	-0.4

# Nicht konsolidierte Organisationen

## 9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Von der Arbeitslosenkasse werden Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzentschädigungen sowie kollektive und individuelle Arbeitsmarktmassnahmen (u. a.

Ausbildungszuschüsse, Kursauslagen, Einarbeitungszuschüsse) ausbezahlt. Das Geschäftsvolumen nahm in diesem Jahr entsprechend der Anzahl Versicherten zu. Die Anzahl Abrechnungen stieg um 3.1 % gegenüber dem Vorjahr.

### Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

Aufgabe	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ%
L1 Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	306 638	250 000	<b>316 183</b>	66 183	26.5
B1 Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen	2.1 %	2.0 %	<b>2.4 %</b>	0.4 %	

Bemerkungen

L1 Volumenzunahme

### Entwicklungsschwerpunkte

#### 9200a Mehr Nähe zu den Kunden

Stand

bis

Im Sommer 2017 wurde eine weitere Geschäftsstelle der ALK in Regensdorf eröffnet, um die Kundennähe zu verbessern.

### Personal

	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	98.8	100.0	<b>123.0</b>	23.0	23.0

Bemerkungen B17 zu R17

Aufgrund der Feststellungen des SECO zur Qualität im Bereich der Kassenprozesse wurden die Ressourcen entsprechend aufgestockt.

### Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Ertrag	636.7	620.0	<b>680.5</b>	60.5	9.6
Aufwand	-634.0	-620.0	<b>-675.6</b>	-55.6	-9.0
Saldo	2.7	0	<b>4.9</b>	4.9	

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R16	B17	<b>R17</b>	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes (ALV-Fonds), die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Der Aufwand umfasst die Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung

einschliesslich Sozialleistungen sowie die Verwaltungskosten für den Vollzug. Er wird vollumfänglich vom Bund (ALV-Fonds) finanziert (vgl. oben, Ertrag).

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo, welcher laufend ausgeglichen wird.

Δ abs. A/E

Begründungen

4.9

Abweichungen total B17 zu R17

4.9

- Vorschuss des Bundes ist höher als die effektive Abrechnung. Ausgleich erfolgt 2018.

0.0

- Übrige Abweichungen

## Nicht konsolidierte Organisationen 9200 Arbeitslosenkasse

### Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2017	per 31.12.2016	Differenz R 16/17 Δ abs.	Δ %
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>21.0</b>	<b>16.0</b>	<b>5.1</b>	<b>31.8</b>
<b>Finanzvermögen <sup>1)</sup></b>	<b>21.0</b>	<b>16.0</b>	<b>5.1</b>	<b>31.8</b>
Flüssige Mittel	13.2	8.7	4.5	52.2
Forderungen	7.9	7.3	0.6	7.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	0.3	0.3	-0.1	-16.9
Finanzvermögen <sup>1)</sup>	0.3	0.3	-0.1	-16.9
Finanzanlagen				
Sachanlagen	0.3	0.3	-0.1	-16.9
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
<b>Verwaltungsvermögen</b>				
<b>Sachanlagen</b>				
Immaterielle Anlagen				
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
<b>Total Aktiven</b>	<b>21.3</b>	<b>16.3</b>	<b>5.0</b>	<b>30.9</b>
<b>Fremdkapital</b>	<b>-1.2</b>	<b>-1.3</b>	<b>0.1</b>	<b>7.0</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>-1.2</b>	<b>-1.3</b>	<b>0.1</b>	<b>7.0</b>
Laufende Verbindlichkeiten	-0.1	-0.1	0.0	36.8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.1	-0.1	0.0	16.3
Kurzfristige Rückstellungen	-1.1	-1.1	0.0	3.3
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>				
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
<b>Eigenkapital</b>	<b>-20.1</b>	<b>-15.0</b>	<b>-5.1</b>	<b>-34.1</b>
Fonds im Eigenkapital	-20.1	-15.0	-5.1	-34.1
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
<b>Total Passiven</b>	<b>-21.3</b>	<b>-16.3</b>	<b>-5.0</b>	<b>-30.8</b>
<sup>1)</sup> Total Finanzvermögen (FV)	21.3	16.3	5.0	30.9

# Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur

für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.

- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher als Fr. 100 000 ist (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget 2018 (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 159 Kreditübertragungen (Vorjahr: 163) bewilligt, davon 56 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 32,7 Mio. Franken (Vorjahr: 57 Kreditübertragungen über 24,3 Mio. Franken) und 103 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 260,3 Mio. Franken (Vorjahr: 106 Kreditübertragungen über 215,3 Mio. Franken).

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)			
Leistungsgruppe		Vorhaben	Kreditübertragung
<b>Total</b>	<b>Erfolgsrechnung</b>		<b>–32 747 000</b>
2201	Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	Personalumfrage 2017	– 80 000
2207	Gemeindeamt	IT-Stelle im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG)	– 150 000
		Abschreibungen auf den IT-Investitionen im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG)	– 464 000
2224	Staatsarchiv	Einführung Geschäftsverwaltungssystem AXIOMA	– 50 000
2241	Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	Finanzierung von Integrationsprojekten	– 290 000
4100	Finanzverwaltung	Planungs- und Budgetierungstool (aus GB 2017)	– 210 000
		Durchbruch E-Rechnung (Übertrag aus Übertrag 2016)	– 70 000
		Ablösung Zahlungsverkehr-Software (Übertrag aus 2016)	– 226 000
		Elektronischer Kontoauszug (Übertrag aus 2016)	– 150 000
		Digitalisierung Zahlungsverkehr (aus GB 2017)	– 210 000
		Archivierung, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 50 000
		Nachbearbeitung aus SAP Providerwechsel / Migration SAP und SAP-nahe Systeme, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 338 000
		Oberfläche SAP Fiori, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 360 000
		SAP Prozessoptimierung, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 183 000
		Lösungsdokumentation, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 100 000
		Benutzerprovisionierung, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 157 000
4400	Steuern Betriebsteil	Projektiertung Vorhaben «AP18+» (Ersatzbeschaffung Arbeitsplätze Finanzdirektion)	– 352 000
		Programm ZüriPrimo	–3 430 000
4500	Personalamt	Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)	– 100 000
		HR-IT Projekte 2016-2018	–1 845 000
		Weiterentwicklung elektronisches Handbuch Personalrecht	– 100 000
		Evaluation und Einführung zukünftige Zeit-/Leistungs-/Spesenerfassung	– 400 000
		Neuer Release Syrona+	– 130 000
4600	Direktionsübergreifende Informatik	IKT-Projekt; Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 144 000
		LEUnet 2, verbleibende Projekte (Secure Web Access und Secure Remote Access), Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 255 000
		Überführung der KITT-Vorhaben in das Projekt IKT, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 400 000
6200	Prävention und Gesundheitsförderung	Schwerpunktprogramm Suizidprävention	– 230 000
7000	Bildungsverwaltung	Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen	– 115 000
		Einführung Zürcher Lehrplan 21	–1 328 000
		Administrative und organisatorische Unterstützung der Schulärztlichen Dienste	– 60 000
		Entwicklung des Standardisierten Abklärungsverfahrens (SAV)	– 50 000



# Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben) Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung
	Bildung und ICT: Weiterbildungsangebote, Internetanbindung und Website edu-ict.ch	– 180 000
	Umsetzung/Gesetzesänderung der Finanzierung von Sonderschulen	– 50 000
	Weiterbildung der Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen	– 60 000
	Unterrichtsentwicklung: Lehrmitteleinführung («dis donc!», 5.-9. Kl.), Weiterbildungen in den Bereichen Natur und Technik (NaTech) und Sprache (Sprachstandsinstrumentarium «Sprachgewandt»)	– 371 000
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	– 331 000
	ZHAW F&E	– 331 000
	ZHAW Lehre	– 895 000
	ZHAW Zentrums-, Kompetenzaufbau / Führungsausbildung	– 520 000
	ZHAW Strategie / Kunden DL / Compliance	–3 863 000
	ZHAW Infrastruktur & Systeme	–6 061 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	–4 000 000
8700	Immobilienamt	– 440 000
	Kirchen, Zustandsanalysen	– 440 000
	Engere Zentralverwaltung Walcheplatz1, Brandschutz	– 70 000
	Weiterentwicklung Immobilienmanagement (WIM)	– 650 000
	Instandsetzung / Umnutzung Gebäude 5/6 Klosterinsel Rheinau (Vorstudie)	– 95 000
	Bezirksverwaltung Dietikon, Fassadenunterhalt	– 282 000
	Polizei- und Justizzentrum, baubegleitendes Facility Management	– 185 000
	Bezirksverwaltung Horgen, Zustandsanalyse	– 250 000
	Kasernenstrasse 49 Zürich, Gesamtanierung Vorprojekt	– 127 000
8710	Liegenschaftenerfolg	– 774 000
	Schloss Laufen (Vertiefungsstudie)	– 774 000
	Chemie Uetikon (Partizipative Gebietsentwicklung)	– 495 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	– 120 000
	Datenersterfassung AgriGIS	– 120 000
	Konzept Sturmvorsorge	– 100 000
	Projekt Bodenkundliche Kartierung saurerer Waldböden Kanton Zürich	– 615 000
9063	Verwaltungsgericht	– 51 000
9071	Datenschutzbeauftragter	– 135 000
	Kontrollen mit externen Partnern	– 135 000
<b>Total</b>	<b>Investitionsrechnung</b>	<b>–260 275 000</b>
2201	Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	– 600 000
	Ersatz Druckerflotte	– 600 000
	Service-Provider-Organisation	– 400 000
	Ersatz PC-Flotte/Enterprise-Agreement	– 130 000
	Ablösung Rechnungswesensoftware IRIS durch SAP	– 172 000
	Ersatz Rechenzentrum (ehem. PowerSAN)	– 720 000
	Information and Communication Technology PJZ	– 640 000
	Customer Relationship Business Lösung Handelsregisteramt	– 66 000
2207	Gemeindeamt	–1 048 000
	IT-Investition im Zusammenhang mit dem Melde- und Einwohnerregister (MERG).	–1 048 000
2224	Staatsarchiv	–6 067 000
3100	Kantonspolizei	–2 750 000
	Winterthur-Ohringen, Verkehrspolizeistützpunkt, Sanierung und Erweiterung	–2 750 000
	Hinwil, Verkehrspolizeistützpunkt, Sanierung und Erweiterung	–1 300 000
	Bülach, Verkehrspolizeistützpunkt, Fahrzeughalle	– 740 000
	Hagenbuch, Schiessplatz Tobel, Sanierung Kugelfang	– 179 000
	Regensdorf, Ausbildungsanlage Trockenloo	–7 450 000
	Oberrieden, Gesamtanierung Seepolizeistützpunkt	–4 950 000
3200	Strassenverkehrsamt	– 316 000
	Zürich, Verwaltungsgebäude, Instandsetzung Flachdach über Personalrestaurant und Büros	– 316 000
	Zürich, Verwaltungsgebäude, Sanierung Heizung, Lüftung, Kälte, Elektro (HLKE)	– 82 000
3500	Sozialamt	– 250 000
	Neue Klientenverwaltungssoftware für IV-Betriebe des Sozialamtes	– 250 000
	Investitionsbeitrag für Soziale Einrichtungen	–2 800 000
3910	Sportfonds	–1 691 000
	Filzbach, Sportzentrum Kerenzerberg, Instandsetzung Sporthalle 2	–1 691 000
4100	Finanzverwaltung	– 84 000
	Anpassung Zahlungsverkehr-Software	– 84 000
	SAP Providerwechsel / Migration SAP und SAP-nahe Systeme, Kreditübertragung in LG 4610 Amt für Informatik	– 193 000
4400	Steuern Betriebsteil	– 428 000
	«AP18+» (Ersatzbeschaffung Arbeitsplätze Finanzdirektion)	– 428 000

# Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)		Vorhaben	Kreditübertragung
	Leistungsgruppe		
		Programm ZüriPrimo	–1 955 000
4500	Personalamt	HR-IT Projekte 2016-2018	– 200 000
5920	Verkehrsfonds	Schweizerische Bundesbahnen Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	–1 200 000
		4. Teilergänzung SBB; 3. Etappe	–6 542 000
6150	Arzneimittelversorgung	Neubau Kantonsapotheke	–1 400 000
7050	Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	Zürich, Universität Irchel, Chemische Institute, 5. Ausbaustufe (UZI 5)	–35 000 000
7200	Volksschulen	Investitionsbeiträge an Schulheime	–1 714 000
7306	Berufsbildung	Berufsschule für Detailhandel Zürich, Ersatzbeschaffung Notebooks	– 103 000
		Allgemeine Berufsschule Zürich, Ausstattung	– 265 000
		Staatsbeitrag KV Zürich Business School, Instandsetzung Toilettenanlagen	–1 081 000
		Staatsbeitrag KV Zürich Business School, Erneuerung EVAK- und AMOK-Anlage	– 270 000
		Staatsbeitrag KV Zürich Business School, Erneuerung Brandmeldeanlage	– 209 000
7501	Kinder- und Jugendhilfe	Krisenintervention Riesbach, Investitionsbeitrag Renovation/Umbau/Neubau	– 750 000
		Kinder- und Jugendheim Oberi, Investitionsbeitrag Sanierung Lift/Beleuchtung	– 81 000
		Landheim Brüttisellen, Investitionsbeitrag Ersatz Mobilien/Ausbau EDV	– 80 000
		Pestalozzi-Jugendstätte Burghof, Investitionsbeitrag Ersatz Spritzkabine	– 83 000
8000	Generalsekretariat	Integrales Daten- und Projektmanagement (IDPM)	–1 000 000
		Projekt Datenmanagement Grundwasser	– 130 000
		Projekt Dokumentenmanagementsystem (DMS 2.0)	–2 356 000
		Projekt Ablösung Geko Bewilligung und Postlauf	– 500 000
		Projekt Lärm-Datenbank	– 200 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie sowie für Pilotprojekte	–14 700 000
8700	Immobilienamt	Engere Zentralverwaltung, Kaspar Escher Haus Erneuerung Elektrohaupt- und Unterverteilung	–4 790 000
		Fischzuchtanstalt Wangen, Sanierung Kältemaschine	– 110 000
		Bezirksverwaltung Dielsdorf, Lüftung Gericht	– 225 000
		Bezirksverwaltung Winterthur, Notmassnahme Heizung	– 149 000
		Bezirksverwaltung Affoltern a. Albis, Sofortmassnahmen (inkl. Warenlift, Brandmeldeanlage)	–1 500 000
		Fischzuchtanlage Dachsen, Sanierung Kältemaschine	– 100 000
		Bezirksverwaltung Winterthur, Erweiterung	–3 490 000
		Polizei und Justizzentrum (PJZ), Neubau	–107 700 000
		Strickhof Lindau, Agrovet	–3 100 000
		Engere Zentralverwaltung, Walcheturm Brandschutz / Gesamtsanierung	–2 000 000
		Rheinau Klosterinsel (Hauswirtschaftskurse / Gastronomie)	–6 000 000
		Bezirksverwaltung Meilen, Erweiterung Gerichtstrakt	–2 259 000
		Wädenswil, Halbinsel Au, Bootshaus,	–1 020 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Darlehen Neue Regionalpolitik	– 100 000
		Traktor Teleskoplader	– 122 000
		Fütterungsfahrzeug	– 250 000
		Mobiler Fütterungsautomat für den Jungvieh- und Rindermaststall	– 100 000
		Radbagger Liebherr	– 249 000
		Notebooks Informatikausbildung Berufsschule (Strickhof)	– 108 000
		Server (Berufsschulunterricht Strickhof)	– 60 000
9030	Obergericht und angegliederte Gerichte	Obergericht	–2 680 000
9040	Bezirksgerichte	Hinwil	–7 617 000
		Pfäffikon	– 50 000
		Zürich	–6 411 000
9064	Sozialversicherungsgericht	Projektierung und Realisierung Sicherheitsprojekt	– 62 000
		Neue Sozialversicherungsgericht-Plattform (Server und Storage)	– 28 000
9520	Kantonsspital Winterthur	Medizintechnische Geräte	–1 400 000
		Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	– 600 000
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	High Performance Computing	– 350 000
		Dekanter	– 120 000

# Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/ Investitionsausgaben)  
Leistungsgruppe

Vorhaben	Kreditübertragung
Update Turbinen- und Aerodynamiklabor	– 50 000
Digital Services Hub	– 90 000
Konzept flexible Arbeitsplätze	– 150 000
Anmeldeportal Lehre	– 60 000
Profilierung ZHAW-Forschung	– 50 000
Koordination Forschungsschwerpunkte	– 70 000
Integrierte Planungslösung	– 210 000
Enterprise Content Management (ECM)	– 400 000
Strategische Applikations-Einführung	– 450 000
Modernisierung Schuladministration	– 150 000
Ausbau diverse Services	– 500 000
Software as a Service	– 300 000
Cloud Security	– 100 000
Schatten-IT	– 150 000
Haus Adeline-Favre (Halle 52, Neubau Sulzerareal Dept. G)	– 170 000
Entwicklung Campus Grüntal (Dept. N)	– 50 000
Instandhaltung Gastroeinrichtungen	– 130 000
Entsorgungskonzept	– 160 000
Lagerstrasse Zürich	– 80 000
PaaS (Platform as a Service) Infrastruktur	– 150 000
Projektmanagement-Cockpit	– 130 000
Competencies Based Education (CBE)	– 140 000
Service Laboratorium (Wirtschaft)	– 300 000
Technische Infrastrukturerneuerung (Angewandte Linguistik)	– 50 000
Mobiliar / Ausrüstung	– 130 000
Test- und Versuchsanlage Solar	– 220 000
Laborkapellen (Wädenswil)	– 110 000
Akkreditierungssoftware AACSB (Association to Advance Collegiate Schools of Business)	– 100 000

# Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im laufenden Jahr fünf Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 35,4 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden fünf Kreditüberschreitungen von 12,8 Mio. Franken bewilligt.

in Franken; Abweichung: + besser / – schlechter

Leistungsgruppe	Begründung	Bewilligte Kreditüberschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2017
<b>Total Bewilligte Kreditüberschreitungen</b>		<b>-48 190 417</b>	
<b>Total Erfolgsrechnung</b>		<b>-35 389 117</b>	
3500 Sozialamt	Höhere Kosten für Familienzulagen für Nichterwerbstätige. Die Aufgabe ist durch das Bundesrecht zwingend vorgeschrieben, vgl. FamZG, SR 836.2 (§ 22 Abs. 1 lit. b CRG).	-4 000 000	-11 647 367
7501 Kinder- und Jugendhilfe	Bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime führten Bundes- und Verwaltungsgerichtsentscheide (§ 22 Abs. 1 lit. c CRG) zu einem zusätzlichen Rückstellungsbedarf von 66.1 Mio. Franken (§ 22 Abs. 1 lit. e CRG) und in der Folge zu einer nicht kompensierbaren Budgetüberschreitung von -65.7 Mio. Franken bzw. -16.2 Mio. Franken nach Abzug des vom Kantonsrats genehmigten Nachtragskredits von 49.5 Mio. Franken. Zum Zeitpunkt der Nachtragskreditbeantragung wurde von einer Inkraftsetzung der bereinigten Gesetzesgrundlage per 1. Oktober 2017 ausgegangen. Da diese nach der Volksabstimmung vom 24. September 2017 auf den 1. Januar 2018 festgesetzt wurde, resultierte ein entsprechender Fehlbetrag.	-16 193 391	-18 538 609
	Im Stipendienbereich führten steigende Gesuchszahlen und höhere Beiträge an gemäss Stipendienverordnung (i.V.m. Bildungsgesetz i.V.m. Stipendienkonkordat EDK sowie Kantons- und Bundesverfassung) anspruchsberechtigte Personen in Ausbildung (§ 22 Abs. 1 lit. b CRG) zu einer nicht bzw. bei den übrigen Staatsbeiträgen nur teilweise kompensierbaren Budgetüberschreitung.	-3 662 726	
8400 Tiefbauamt	Wetterbedingte Mehrkosten in den Bauprojekten, welche nur teilweise kompensiert werden konnten (§22 Abs. 1 lit. a CRG).	-11 000 000	-10 899 817
8510 Altlasten	Erhöhung der Rückstellungen im Zusammenhang mit altlastenrechtlich notwendigen Massnahmen gemäss Art. 32d Abs. 3 USG (§ 22 Abs. 1 lit. e CRG).	- 533 000	8 390 596
<b>Total Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)</b>		<b>-12 801 300</b>	
2251 Bezirksräte	Es handelt sich um eine dringliche Ausgabe gemäss § 22 Abs. 1 lit. a CRG für Ausbauten und Einrichtungen infolge Kündigung der bisherigen Büroräumlichkeiten durch die Vermieterin.	- 246 053	- 307 420
2261 Statthalterämter	Es handelt sich um eine dringliche Ausgabe gemäss § 22 Abs. 1 lit. a CRG für Ausbauten und Einrichtungen infolge Kündigung der bisherigen Büroräumlichkeiten durch die Vermieterin.	- 369 079	- 461 130

## Bewilligte Kreditüberschreitungen

in Franken; Abweichung: + besser / – schlechter

Leistungsgruppe	Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rech- nung vom Budgetkredit 2017
4600 Direktionsübergreifende Informatik	<p>Die Kantonale Verwaltung ersetzte den heutigen Web Access Service für LEUnet2 durch einen alternativen Lösungsansatz der Swisscom. Die Realisierung dieses Dienstes erfolgte mittels einer zentralisierten Web Security Plattform. Für die Authentisierung und Autorisierung der Internetnutzer des Kantons Zürich werden Informationen über den Kontext des zugreifenden Benutzers benötigt. Es muss sichergestellt werden, dass im Zuge der Internetnutzung keine personenbezogenen Daten auf Datenbanken oder Speichermedien ausserhalb der Schweiz übertragen werden (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG).</p> <p>Eine Kompensation innerhalb der Investitionsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 4600 «Direktionsübergreifende Informatik» war nicht möglich, da im Berichtsjahr kein Investitionsbudget vorlag (§ 22 Abs. 2 CRG).</p>	– 99 168	– 99 168
4700 Drucksachen und Material	Kreditübertragung 2015/2016 für Projekt Opacc Enterprise wurde nicht vollzogen. Dieses Versehen wurde erst Anfang 2017 bemerkt (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG).	– 87 000	– 154 227
8400 Tiefbauamt	Wetterbedingte Mehrkosten in den Bauprojekten, welche nur teilweise kompensiert werden konnten (§22 Abs. 1 lit. a CRG).	–12 000 000	–11 855 398

# Impressum

**Herausgeberin**

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

**Fotos Umschlag**

André Roth und Marc Schmid, Zürich

**Druck**

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale kdmz

**Auflage**

550

**Internet**

[www.gb.zh.ch](http://www.gb.zh.ch)

**Weitere Informationen**

[info@sk.zh.ch](mailto:info@sk.zh.ch)

**Bezugsquelle**

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale kdmz  
Art.-Nr. 680391

**ISSN-Nummer**

ISSN 2504-4737

